

Ökonomen und ihre Theorien

Was man besser beerdigt
und das Wenige,
was man wissen sollte

Zentrale Konzepte
der Volkswirtschaftslehre und ihre Relevanz
in der öffentlichen Debatte

sponsored powered and provided by infos24 GmbH

Autor: Andrés Ehmann

Design: Manuel Wree, Angela Schwabe

Berlin, 2016

Vorwort

Die Wirtschaftswissenschaften haben einen schlechten Ruf. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit handelt es sich um eine Pseudowissenschaft, der prognostische Wert ihrer Aussagen rangiert so in etwa auf der Höhe dessen, was ein Schamane von sich gibt.

Weiter unterstellt man den Wirtschaftswissenschaften mehr an der Verklärung der Verhältnisse interessiert zu sein, als an derer rationaler Durchdringung.

Das mag zwar bei anderen, insbesondere bei den Geistes- und Sozialwissenschaften ähnlich sein, diese stehen aber nicht so im Fokus der Öffentlichkeit. Bedingt durch die Tatsache, dass die Politik ein Interesse daran hat, ihr Handeln „wissenschaftlich“ zu begründen, genießen die Wirtschaftswissenschaften eine Förderung durch die Politik und eine Verankerung im politischen System, die bei weitem über das hinausgeht, was wir von den Geistes- oder Sozialwissenschaften kennen, wobei allerdings letztlich politisches Handeln durch die Grundüberzeugung der handelnden Akteure geprägt ist und die Wirtschaftswissenschaften diese lediglich „fundieren“.

Das ist zweifelsohne alles richtig und bei der Fülle der Beiträge in Foren etc. kann auch kaum bestritten werden, dass die Wirtschaftswissenschaften ein ernsthaftes Akzeptanzproblem haben.

Der Autor, der neben anderen Dingen auch Wirtschaftswissenschaften studiert hat, bis zum bitteren Ende, will gar nicht bestreiten, dass die öffentliche Meinung hier weitgehend richtig liegt.

Allerdings kann man folgendes anmerken: Die öffentlich vertretenen Meinungen in Internetforen, Blogs, Artikeln etc. lassen sich problemlos der einen oder anderen Strömung der Volkswirtschaftslehre zuordnen, der klassischen Nationalökonomie, der Neoklassik, dem Keynesianismus, dem Ordoliberalismus, Neoliberalismus etc.. Es gibt eine Menge Leute, die der Volkswirtschaftslehre jede Berechtigung absprechen und im Nachsatz irgendeine Meinung vertreten, die man problemlos irgendeiner Strömung der Volkswirtschaftslehre zuordnen kann.

Das Argument, dass die Volkswirtschaftslehre eine Pseudowissenschaft sei, ist dann nicht mehr besonders stichhaltig, wenn eine Meinung dieser Pseudowissenschaft

energisch, wenn auch nicht logisch schlüssig, vertreten wird und Grundlage politischer Entscheidungen ist.

Zielführender wäre es, die Fehler dieser Pseudowissenschaft nicht zu wiederholen.

Wir haben hier also nicht vor, wie dies in anderen Darstellungen der Entwicklung des ökonomischen Denkens Usus ist, die verschiedenen Lehrmeinungen einfach nur als in sich logisch schlüssige Systeme darzustellen.

Keine Strömung der Volkswirtschaftslehre ist, sieht man mal vom Marxismus ab, komplett falsch. Wir finden aber in jeder Strömung genau die inhaltlichen Fehler und problematischen methodologischen Ansätze, die wir auch in der öffentlichen Debatte finden. Hier kann man mal ausmisten. Was richtig ist an einem Ansatz, sollte man aufheben, was falsch ist, sollte man entsorgen.

Richtig an der klassischen Nationalökonomie ist z.B. die Beschreibung der Funktion von Preisen. Sie dienen der Steuerung der Allokation der Ressourcen. Völlig in die Irre gehen die Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie hinsichtlich Sparen, Kapital, der Funktion des Zinses und des Geldes. Diese irrigen Vorstellungen leben aber bis heute fort und führen zu konfusen Ideen auch über Themen mit tagespolitischer Relevanz.

Der Leser wird bei der Lektüre des Buches verstehen, dass es sich hierbei nicht um eine rein theoretische Debatte handelt. Eine kapitalgedeckte Altersversorgung, z.B. Riesterrente, kann nur (einigermaßen) funktionieren, wenn das klassische Modell stimmt. Es stimmt aber nicht und folglich kann es nicht funktionieren und funktioniert nicht.

Der beliebte Einwand, der derzeit, 2016, ständig in der Presse verbreitet wird, gegen eine expansive Geldpolitik, nämlich dass diese die Sparer „enteigne“, beruht ebenfalls auf fundamental falschen Vorstellungen bezüglich Sparen. Um mal zwei Beispiele zu nennen.

Ein weiterer grundlegender Fehler, dies trifft auf das, was wir heute als neoklassische Theorie bezeichnen noch mehr zu, als auf das, was wir heute als klassische Theorie bezeichnen, ist die weitgehende Ignorierung von Unsicherheit. Ignoriert man Unsi-

cherheit, geht also davon aus, dass sich Gleichgewichte quasi automatisch einstellen, wird das Problem ignoriert, das die marktwirtschaftliche Ordnung am besten löst. Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen wird dann obsolet. Die neoklassische Theorie gilt als Gegenmodell des Marxismus. Der methodologische Ansatz allerdings ist bei beiden identisch und falsch.

Ungünstig in diesem Zusammenhang ist auch die Subsumierung verschiedener Autoren unter einer Strömung, weswegen wir diesem Ansatz auch nicht folgen. Es macht z.B. keinen Sinn, Adam Smith und David Ricardo der klassischen Nationalökonomie zuzurechnen, bzw. Alfred Marshall und Vilfredo Pareto der Neoklassik, wenn diese Autoren sich methodologisch und inhaltlich erheblich unterscheiden. Wir gewinnen relevantere Aussagen über die ökonomische Realität, wenn wir uns wieder mit den Originalwerken beschäftigen.

Die Probleme der Wirtschaftswissenschaften liegen aber nicht im Bereich der Theorie. Die Probleme liegen eigentlich in der organisatorischen und politischen Einbettung der Wirtschaftswissenschaften in die demokratische Debatte. Darauf gehen wir kurzfristig in den Präliminarien ein.

Auf biographische Daten, die in den meisten Abhandlungen über die Entwicklung der Volkswirtschaftslehre im Vordergrund stehen, werden wir nicht eingehen. Informationen dieser Art kann man auf Tausenden von Websites finden.

Was sollte man am Schluss als Erkenntnis gewonnen haben? Man sollte am Schluss sehen, dass die Vorstellungen der klassischen Ökonomie hinsichtlich Sparen, Kapital, Zins, Geld falsch sind. Das ist der springende Punkt, warum Keynes die klassische Nationalökonomie ablehnt. Man sollte aber auch die Bedeutung des Wettbewerbs als automatischen, objektiven Kontrollmechanismus verstehen. Irgendwo zwischen Adam Smith und John Maynard Keynes liegt der goldene Mittelweg.

Inhaltsverzeichnis

Präliminarien	11
1.1 Vorwort zu Präliminarien	11
1.2 Die Rolle der Volkswirtschaftslehre in der Demokratie	11
1.3 Die „vierte“ Gewalt. Eine positive Entwicklung?	14
1.4 Das Internet und die Volkswirtschaftslehre	16
1.5. Methodologisches Paradigma der heutigen Volkswirtschaftslehre	17
1.6 Nötige Umstrukturierungen im Fach Volkswirtschaftslehre	23

Klassik

Klassische Nationalökonomie	27
Adam Smith	33
1. Vorwort	33
2. Arbeitsteilung	33
3. Homo oeconomicus	34
4. Natürlicher Preis/Marktpreis	34
5. Monopolbildung	36
6. Staat	37
7. Kapital und Sparen	37
8. Adam Smith innerhalb der Klassik	41
David Ricardo	43
1. Vorwort	43
2. Darstellung seines Theoriegebäudes	43
3. David Ricardo als illustratives Beispiel	44
4. Steuern	45
5. Geldtheorie	46
6. Komparative Kosten	48
7. Rente	49
8. Wer bestimmt den Preis?	50
Angebot oder Nachfrage	50
IX. David Ricardo innerhalb der klassischen Nationalökonomie	51
Jean Baptiste Say	53
1. Einführung	53

2. Sparen als Bedingung für Investition auch bei Say nach wie vor gültig. Mehrwert aus Arbeit wird abgeschafft.	54
3. Forschung und Entwicklung durch den Staat	57
4. Preis ergibt sich aus der Nachfrage	58
5. Saysches Gesetz	60

John Stuart Mill.	63
1. Principles of Political Economy	63
2. On Liberty.	72

Neoklassik

Neoklassik.	79
Alfred Marshall	87
1. Alfred Marshall	87
2. Methodische Grundlagen.	88
3. Konsumentenrente, Produzentenrente.	91
4. Ordinale Nutzenmessung, kardinale Nutzenmessung	95
5. Tausch von Gütern, Produktion von Gütern.	97
6. Bildung	99

Vilfredo Pareto	103
----------------------------------	-----

Léon Walras	113
------------------------------	-----

Carl Menger	125
------------------------------	-----

Karl Marx.	133
-----------------------------	-----

Keynes.	143
1. Vorbemerkung	143
2. Klassische Theorie	145
2.1 Effizienz marktwirtschaftlicher Ordnung. Wird von Keynes nicht in	145
2.2 Geld oder Kapital. Was wird gespart und wie wird gespart.	148
3. Keynesische Theorie.	156
3.1 Was stellt Keynes in Frage?	162
3.2 expansive Fiskalpolitik	168
4. Das IS-LM Modell.	173
5. Schlusswort	189

Ordoliberalismus

Ordoliberalismus	199
Walter Eucken	209
Alfred Müller-Armack	219
Friedrich Hayek	231
1. Methodologischer Ansatz	231
2. Eine Variante einer Totalitarismustheorie	233
3. Demokratie	240
Joseph Schumpeter	253
1. methodischer Ansatz	253
2. Geldtheorie	260
3. Unternehmertum	268
4. Konjunkturtheorie	272
Karl Popper	277
1. Falsifizierbarkeit	277
2. Offene Gesellschaft	281
3. Demokratie	288
4. methodologischer Ansatz	291
5. Historizismus	293

Philosophische Kritik

Theodor W. Adorno	299
Ernst Bloch	313
Milton Friedman	333
1. Neoliberaler	333
2. Begründer des Monetarismus	355

Fragen und Antworten

Fragen zu Präliminarien	370
Klassische Nationalökonomie	374
Adam Smith	375
David Ricardo	380
Jean Baptiste Say	385
John Stuart Mill	387
Neoklassik	391
Alfred Marshall	395
Vilfredo Pareto	404
Léon Walras	408
Carl Menger	411
Karl Marx	414
John Maynard Keynes	418
Ordoliberalismus	452
Walter Eucken	457
Alfred Müller-Armack	460
Friedrich Hayek	463
Joseph Schumpeter	466
Karl Popper	474
Ernst Bloch	482
Milton Friedman	487

Präliminarien

1.1 Vorwort zu Präliminarien

Dieses Buch ist aus einer Website hervorgegangen, www.economics-reloaded.de. Die Website ist ausführlicher, untermauert die Theorie mehr mit Beispielen aus der Tagespolitik. Des Weiteren kann die Website leicht Informationen, über links, aus dem Netz nachziehen. Dadurch werden die Texte aber auch weniger „kompakt“. Das Buch ist also eine kompaktere Darstellung der Website. In den Kernaussagen gibt es jedoch keine Unterschiede.

Die Volkswirtschaftslehre hat Probleme, das ist unbestritten und unbestreitbar. Auf diese Probleme soll kurz eingegangen werden.

1.2 Die Rolle der Volkswirtschaftslehre in der Demokratie

Nachvollziehbarer Weise kann eine Demokratie nur funktionieren, wenn bei Wahlen eine bewusste Auswahl aus mehreren Alternativen getroffen werden kann, andernfalls könnte man ja auch würfeln. Das setzt voraus, dass über die tatsächlich relevanten Politikfelder abgestimmt werden kann und zu diesen Politikfeldern die relevanten Fakten vorliegen und die Problematik erfasst wird.

Es muss also sichergestellt sein, dass die relevanten Politikfelder Gegenstand der öffentlichen Debatte sind, die relevanten Fakten bekannt sind und diese Fakten auch bewertet werden können.

Der Autor ist sich nicht sicher, ob diese Tatsache im öffentlichen Bewusstsein präsent ist. Die Demokratie kann sowohl am Angebot scheitern, die Politikfelder, die im Fokus der öffentlichen Debatte stehen sind irrelevant, die Fakten liegen nicht vor und eine theoretische Durchdringung der Probleme wird nicht angeboten. Sie kann aber auch an der Nachfrage scheitern, wenn niemand das Gefühl hat, dass die Fakten unbekannt sind, eine Theorie fehlt und lediglich über Personen diskutiert wird, aber nicht über Inhalte.

Massenmedien sind Wirtschaftsunternehmen. Diese haben ein Interesse daran, möglichst preiswert zugängliche Nachrichten an möglichst viele Leute zu verteilen. Finan-

ziell rentabel ist nicht die relevante Nachricht, sondern die Nachricht, die viele ein bisschen interessiert.

Massenmedien können gar nicht „meinungsbildend“ wirken. Massenmedien befriedigen Bedürfnisse. Wir haben also sowohl ein Problem auf der Angebotsseite wie auf der Nachfrageseite. Allerdings verändert sich derzeit durch das Internet sowohl die Angebotsseite wie auch die Nachfrageseite.

Soll heißen: Eine Nachricht über die neuesten Eskapaden englischer Prinzen ist wirtschaftlich rentabler, als eine Klärung der Frage, wie die Spekulationsgewinne an der Börse verteilt werden. Erstere ist näher an der Unterhaltung als letztere und die wirtschaftlich rentable Nachricht ist die unterhaltsamere, wenn auch nicht die relevantere.

Durch das Internet sinken die Produktionskosten und Distributionskosten drastisch und national oder international ist das Publikum ausreichend groß, um eine Refinanzierung des Angebots zu gewährleisten. Die Nachfrageseite ändert sich, weil durch die Struktur des Internets auch komplexere Zusammenhänge, dargestellt, bzw. „ergoogelt“ werden können.

Alle Probleme, die im Zentrum der öffentlichen Debatte stehen und über die über Wahlen abgestimmt werden soll, sind zumindest teilweise auch immer ökonomische Probleme. Stabilität der sozialen Sicherungssystem, Arbeitslosigkeit, Gestaltung des öffentlichen Bildungssystems, Möglichkeit des Staates Einfluss zu nehmen auf die technische Entwicklung, Förderung von alternativen Energien etc. sind immer zumindest teilweise ökonomische Probleme.

Wenn die Volkswirtschaftslehre in der öffentlichen Debatte nicht mehr präsent ist, dann liegt das daran, dass sie sowohl inhaltlich wie auch in der Darstellung Probleme hat. Die Probleme sind ohne weiteres erkennbar, wenn man sich das Selbstverständnis der Volkswirtschaftslehre vor Augen führt.

Ihre Aufgabe sieht sie weniger in der Einflussnahme auf die öffentliche Debatte, ein Studium der Volkswirtschaftslehre bereitet hierauf auch gar nicht vor, sondern in der Politikberatung. Die Gründe hierfür sind trivial. Die Politikberatung verlangt weniger unternehmerisches Handeln, als die Einflussnahme auf die öffentliche Debatte. Erste ist institutionalisiert, letztere nicht.

Die akademische Diskussion kreist um das Thema Fortschritt in der Theorie. Fraglich ist hierbei nicht nur, ob wir überhaupt seit 50 Jahren einen Fortschritt in der Theorie haben, sondern auch ob dies überhaupt das zentrale Problem ist. Der Fortschritt in der Theorie bewirkt rein gar nichts, wenn diese Fortschritte nicht in die öffentliche Debatte einfließen.

Die akademische Volkswirtschaft betrachtet sich als eine Art Ingenieurwissenschaft, neuerdings wird auch immer öfter der Vergleich zur Medizin gezogen. Der Patient hat ein Problem und der Volkswirt verabreicht, vermittelt durch die Politik, die Medizin. Das Problem hierbei ist, von allen anderen Problemen mal abgesehen, dass der Politiker die Medizin nur verabreichen kann, wenn er hierzu demokratisch legitimiert ist. Die Volkswirtschaft muss also erstmal den Patienten davon überzeugen, dass die Medizin überhaupt wirkt. Darauf bereitet aber ein Studium der Volkswirtschaftslehre überhaupt nicht vor.

Durch das Internet ist ein Problem in den Fokus der öffentlichen Diskussion geraten, das wesentlich relevanter ist, als die Frage, ob es einen Fortschritt in der Theorie gibt: Der Zugang zu den Daten, die einer politischen Entscheidung zugrunde liegen. Die Riesterrente z.B. muss auf der Annahme beruhen, dass unabhängig von der Summe, die über die Riesterrente angespart wird, der Zinssatz unverändert bleibt. Das ist nur unter zwei Bedingungen möglich. Entweder nehmen alternative Anlagen ab, z.B. die Lebensversicherung oder die Investitionsquote steigt parallel zur Sparquote. Nur wenn diese Fakten, die diesen Annahmen zugrunde liegen, öffentlich zugänglich sind, kann darüber diskutiert werden. Das ist kein Problem der Theorie, das ist ein Problem der Fakten.

Die Frage der Wissenschaftlichkeit der VWL ist ein minor problem, weitgehend irrelevant. Schaffen es Volkswirte relevante Daten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und verständlich aufzubereiten, dann erfüllt sie ihren Zweck. Allerdings spielt dieses Thema in der akademischen Volkswirtschaftslehre keine Rolle.

Last not least. Das Studium der Volkswirtschaftslehre übt die Produktion einer bestimmten Textsorte, „wissenschaftliche“ Abhandlungen, die dann in „wissenschaftlichen“ Zeitungen veröffentlicht, wenn auch von niemandem gelesen werden. Hiervon hängt die akademische Karriere ab. Wir haben also das, was man einen Fehlanreiz nennt. Das System belohnt gesamtwirtschaftlich sinnloses Verhalten.

Relevant sind die oben genannten Ziele, qualitative Steigerung der öffentlichen Debatte und nicht die Veröffentlichung von discussion papers in wissenschaftlichen Fachzeitschriften, wo gar keine discussion stattfindet.

Die genannten Fehlentwicklungen, und einige andere, kann die Volkswirtschaftslehre selbst nicht beheben. Zum einen liegt es in der Natur der Dinge, dass das derzeit bestehende Personal durch eine entsprechend Personalpolitik dafür sorgt, dass die Verhältnisse nicht intern in Frage gestellt werden.

Zum anderen fehlt dem derzeit bestehenden Personal auch die erforderliche Qualifikation um einen Richtungswechsel einzuleiten. Das akademische Personal hat nur in den allerseltensten Fällen eine konkrete Berufserfahrung.

1.3 Die „vierte“ Gewalt. Eine positive Entwicklung?

Es wird im Allgemeinen hingenommen, dass sich die Massenmedien als „vierte“ Gewalt, neben Exekutive, Legislative und Judikative etabliert haben. Die Massenmedien bestimmen, welche Themen relevant sind, verbreiten die Fakten, die mühelos zu erhalten sind und kommentieren diese.

Nimmt man beide Worte ernst, vierte und Gewalt, und misst dieser vierten Gewalt tatsächlich dieselbe Bedeutung zu wie den anderen, dann stellt sich die Frage nach der demokratischen Legitimität. Nimmt man den Ausdruck „vierte Gewalt“ ernst, dann hätten wir eine Gewalt, die demokratische Entscheidungsprozesse beeinflussen kann, selbst aber gar nicht demokratisch legitimiert ist.

Da dies nun doch wieder sehr abstrakt ist, erläutern wir es anhand eines Beispiels. Gegenwärtig führen fast alle Massenmedien, insbesondere aber die Printmedien, eine Campagne gegen google. Google betätige sich als „goalkeeper“ und beeinflusse über das Ranking die neutrale Berichterstattung. Eine Argumentation, die man selbst in den Hoch-Zeiten der Springer Presse nirgends gelesen hat.

Tatsächlich ist es so, dass Google lediglich versucht, anhand abstrakter Algorithmen die Relevanz einer Website für ein bestimmtes Thema zu ermitteln, was ihm offensichtlich ganz gut gelingt, denn die überwältigende Mehrheit der Internetuser ist der Meinung, dass Google auch tatsächlich die relevantesten Websites findet.

Ein Interesse das Ranking zu beeinflussen hat google nicht, denn wirtschaftlich ist es für google völlig irrelevant, welche Websites auf der ersten und welche auf der zweiten Seite erscheinen.

Das Problem für die Printmedien allerdings ist ein ganz anderes. Da der google Algorithmus lediglich die Relevanz einer Website ermittelt, ist der kleine Websitebetreiber dem global agierenden Medienkonzern gleichgestellt.

Dass dies den Medienkonzernen nicht gefällt und sie eine hartnäckige Campagne gegen Google fahren, ist logisch. Ziel eines Medienkonzerns muss die Verbreitung billig zu generierender Nachrichten und Informationen an ein möglichst großes Publikum sein.

Google stellt dieses Geschäftskonzept in Frage. Google führt zu einer Zersplitterung des Marktes. Es finden sich spezialisierte Nachrichten für ein kleines Publikum und da der Tag nun mal nur 24 Stunden hat, geht der Konsum der Massenmedien zurück. Was den Printbereich anbelangt, ist diese Entwicklung existenzbedrohend. Des Weiteren sind immer weniger Leute bereit, für „journalistische Leistungen“ zu bezahlen, die sie tausendfach im Internet kostenlos erhalten.

Des weiteren wird es auch zunehmend schwieriger, Themen zu setzen. Wir erleben, dass zunehmend das Internet die Themen setzt, etwa die Plagiate von Guttenberg. Dies ist ein weiterer Machtverlust.

Last not least macht Google das gesamte Internet über adsense ökonomisch verwertbar. Damit ist er auch mit ausreichend Macht ausgestattet, den Medienkonzernen Paroli zu bieten.

Offensichtlich haben aber die langen Beziehungen zwischen Politik und Massenmedien dazu geführt, dass sich in diesem Konflikt die Politik eindeutig auf Seiten der Massenmedien positioniert, wie die Diskussion um das Leistungsschutzrecht der Presseverlage gezeigt hat. Das ist aber nicht der Punkt, der uns letztlich interessiert, weil es ein ephemeres Problem ist und die Massenmedien, vor allem in der Form, wie wir sie heute kennen, verschwinden werden.

Die Etablierung der Massenmedien zur vierten Gewalt war eine eher unglückliche Entwicklung, die nun rückgängig gemacht wird.

1.4 Das Internet und die Volkswirtschaftslehre

Es sei konzediert, dass die Frage nach dem Zugang zu Daten, etwa dem Bundeshaushalt, sich erst stellt, seit das Internet die Möglichkeit bietet, alle Arten von "amtlichen Informationen" öffentlich zugänglich zu machen. Mehrbändige Zahlenkolonnen lassen sich in Papierform schlecht verteilen.

Das Internet bietet nun die Möglichkeit, alle Arten von relevanten Daten an jedem Punkt der Erde, zu jedem Zeitpunkt aus unterschiedlichen Blickwinkeln darzustellen.

Hierbei stehen alle technischen Möglichkeiten zur Verfügung, relationale Datenbanken, xml Datenbanken, regular expressions, server side scripting (perl, php etc.), client side scripting (javascript), Interaktion z.B. mit Flash etc.. Die Möglichkeiten der Verarbeitung von Informationen übersteigen bei weitem die Möglichkeiten proprietärer Systeme.

Wenn die Volkswirtschaftler gelernt hätten, mit diesen Instrumenten umzugehen, was in der Regel nicht der Fall ist und in naher Zukunft auch nicht der Fall sein wird, da Professoren der VWL selber Probleme damit haben, dann wären jetzt viele interessante Dinge möglich.

Der Bundeshaushalt könnte z.B. nach unterschiedlichen Kriterien durchsucht und Posten nach unterschiedlichen Kriterien aggregiert werden, z.B. könnten alle Aufwendungen für Beratungsleistungen in allen Ministerien zusammenaddiert werden, oder die Personalkosten ab einer bestimmten Besoldungsstufe, oder der Energieverbrauch in allen Bundesbehörden etc. etc..

Des Weiteren interessiert natürlich nicht nur der Mittelansatz in den einzelnen Kapiteln und Titeln, sondern auch der tatsächliche Abfluss der Mittel.

Um es mal noch konkreter zu machen: Bei der Unterbringung von Flüchtlingen durch externe Dienstleister wäre z.B. mal die Frage interessant, ob man mit diesen Mitteln nicht auch hätte entsprechende Gebäude kaufen können, die man später anderweitig nutzen kann. (Dieser Verdacht liegt hier nämlich nahe.) Es gibt eine sehr große Anzahl an sehr spannenden Fragen, die weit interessanter sind, als die Unterschiede zwischen Neo-Keynesianismus und Post-Keynesianismus und das Internet bietet

die Möglichkeit, solche Fragen öffentlich zu diskutieren. Damit solche Websites sich aber finanziell tragen, bedarf es unternehmerischer Fähigkeiten, siehe I.2 Die Rolle der Volkswirtschaftslehre in einer Demokratie, über die Professoren der Volkswirtschaftslehre ebenfalls nicht verfügen.

Das akademische Personal muss also, abgesehen von den oben genannten Gründen, ausgetauscht werden.

Das Internet wird langfristig zu einer data driven economics führen. Das Problem der Volkswirtschaftslehre ist nicht die Theorie, es sind die Daten.

1.5. Methodologisches Paradigma der heutigen Volkswirtschaftslehre

Das heutige methodologische Paradigma der Volkswirtschaftslehre bildete sich in der Zeit der Neoklassik, am deutlichsten finden wir es bei Léon Walras, der auch explizit die Methoden der Physik zum methodologischen Paradigma erklärte.

Ziel ist, das marktwirtschaftliche Gleichgewicht so präzise zu berechnen, wie den Stand der Venus am Tag Y, was dann dazu führte, dass auch die Methoden der Astronomie und der Physik, also die mathematische Modellierung, als vorbildlich auch für die Volkswirtschaftslehre dargestellt werden.

Die Frage, ob das Erkenntnisobjekt der Ökonomie, menschliches Verhalten im wirtschaftlichen Kontext, sich für diese Methode überhaupt eignet, wird überhaupt nicht gestellt. Liese sich vom Erkenntnisobjekt abstrahieren, wäre auch Jura ein geeigneter Kandidat für die mathematische Modellierung oder Literaturwissenschaft.

Die akademische Volkswirtschaft allerdings geht anders vor. Was nicht passt, wird passend gemacht, das heißt es werden schlicht nur noch die Aspekte behandelt, die der mathematischen Modellierung zugänglich sind, das heißt wo die unterstellten Kausalzusammenhänge stabil sind und kontingente, spontane, schlecht oder gar nicht prognostizierbare Einflussparameter keine Rolle spielen. Bedauerlicherweise sind aber Kausalzusammenhänge in den Wirtschaftswissenschaften nur dann stabil, wenn sie trivial sind, denn Trivialitäten sind tatsächlich ex definitione immer gültig.

Im totalen Gleichgewicht werden, bei Léon Walras, alle Märkte von einem Gitter aus Preis und Menge so stabil im Gleichgewicht gehalten wie das Planetensystem durch die wechselseitige Wirkung von Gravitation- und Zentripetalkraft.

Allerdings sind die Hoffnungen, die wir mit den zwei Systemen verbinden, völlig unterschiedlich. Hinsichtlich unseres Planetensystems hoffen wir, dass es, zumindest die nächsten 5 Milliarden Jahre, bis auch auf der Sonne das Licht ausgeht, sich nicht ändert. Hinsichtlich der Preis/Mengenrelation hoffen wir natürlich, dass sich diese ändert. Wir hoffen nicht, dass wir in zwanzig Jahren noch solange für die Miete arbeiten müssen, wie heute.

Wir gehen des Weiteren auch nicht davon aus, dass die von Léon Walras genannten Produktionsfaktoren, Arbeit und Kapital, automatisch in die jeweils rentabelste Verwendung fließen, die Grenzerträge sich also ausgleichen, wie Léon Walras rechnerisch nachweist. Wir befürchten, dass dies nur der Fall ist, wenn Menschen, konkreter Unternehmer, entsprechende Entscheidungen treffen und da diese unter unvollkommener Information getroffen werden, erwarten wir eigentlich auch nicht, dass das Kapital überall die gleichen Profite abwirft.

Aus dem bisher Gesagten können wir schließen, dass die mathematische Modellierung, die in der Physik und der Astronomie zu sehr überzeugenden Ergebnissen führt und präzise Prognosen über die Zukunft erlaubt, angewendet auf die Volkswirtschaft zur Demonstration am ungeeigneten Objekt mutiert.

Die Frage, warum die mathematische Modellierung das methodologische Paradigma der Volkswirtschaftslehre ist, können wir nicht beantworten. Wir können nur Vermutungen anstellen. Eignet sich das Objekt, das analysiert werden soll, für die mathematische Modellierung, ist es also möglich, alle relevanten Parameter zu erfassen und bleibt die Relation zwischen diesen Parametern im Zeitablauf gleich, dann erlaubt die mathematische Modellierung, als Gleichungssystem oder als Funktion, präzise Prognosen über die Zukunft.

Durch die Anwendung der mathematischen Modellierung in der Volkswirtschaftslehre wird eine Präzision suggeriert, allerdings wird die Frage nicht beantwortet, ob sich das Objekt für die Anwendung dieser Methode überhaupt eignet.

In manchen Bereichen der Volkswirtschaftslehre ist dies völlig unstrittig, z.B. in der Finanzmathematik oder im Bereich beschreibende Statistik. Bei ersterer sind alle relevanten Parameter bekannt, bei letzterer soll ein kausaler Zusammenhang gar nicht hergestellt werden. Es soll lediglich ein Zusammenhang beschrieben werden, etwa bei der Lorenzkurve, oder, in der schließenden Statistik, die Wahrscheinlichkeit eines solchen Zusammenhanges illustriert werden.

Möglicherweise dient die mathematische Modellierung dazu, einen möglichen kausalen Zusammenhang als objektive, wissenschaftlich nachgewiesene These erscheinen zu lassen. Suggestiert wird, dass die Volkswirtschaftslehre hinsichtlich der Präzision ihrer Aussage mit der Physik oder der Astronomie vergleichbar ist.

Dieser Ansatz hat ein sehr grundsätzliches Problem. Lässt sich die Zukunft anhand mathematischer Modelle präzise vorhersagen, brauchen wir die marktwirtschaftliche Ordnung nicht.

Die Stärke der marktwirtschaftlichen Ordnung besteht darin, dass die dezentrale Informationsverarbeitung über Preise der zentralen Steuerung überlegen ist. Da der einzelne Akteur der marktwirtschaftlichen Ordnung seine individuellen Umstände immer besser kennt, als eine zentrale Planungskommission, er besser als diese weiß, was er kann und was nicht, welche Alternativen er hat, und er auch besser Bescheid weiß über den Markt, in dem er agiert, ist die marktwirtschaftliche Ordnung, diese Lehre können wir wohl eindeutig aus der Geschichte ziehen, der zentralen Planung immer überlegen. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist das effizienteste System zur Bewältigung des Chaos. Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt, aber wir wissen, dass die marktwirtschaftliche Ordnung am besten mit Unsicherheit umgehen kann, weil Millionen von Akteuren, die unabhängig arbeiten, sich schneller an Veränderungen der Produktionsstruktur anpassen, als eine zentrale Plankommission.

Die mathematische Modellierung suggeriert und behauptet aber das Gegenteil. Sie geht davon aus, dass die mathematische Modellierung zur Planbarkeit wirtschaftlicher Prozesse führt. Damit wird die marktwirtschaftliche Ordnung überflüssig.

Die marktwirtschaftliche Ordnung mit Hilfe der mathematischen Modellierung zu analysieren ist so ähnlich, wie Tomatensuppe mit der Gabel zu essen.

Was planbar ist, muss auch geplant werden. Wir brauchen keine zweitbeste Lösung, die marktwirtschaftliche Ordnung, wenn wir das Problem, das mit dieser bewältigt werden soll, Unsicherheit, auch endgültig lösen können. Leider ist dies nicht unsere Welt. In unserer Welt herrscht Unsicherheit.

Die Adepten der mathematischen Modellierung ökonomischer Verhältnisse machen also kühne Aussagen. Sie behaupten, dass wir die marktwirtschaftliche Ordnung irgendwann nicht mehr brauchen und zur Planwirtschaft übergehen können. Daran glaubte wahrscheinlich zuletzt nicht mal mehr in der DDR noch irgendjemand.

Solange die akademische Volkswirtschaftslehre ihre Spielereien nur im akademischen Raum betreibt und dies keinen Einfluss auf die Politik hat und von der breiten Öffentlichkeit ignoriert wird, ist das harmlos. Das ist dann zwar teuer und sinnlos, führt uns aber noch nicht in die Irre. Hellhörig sollten wir werden, wenn diese Spielereien für bare Münze genommen werden. Dann wird die Axt an die Fundamente unserer Wirtschaftsordnung gelegt.

Wer ein Lehrbuch der Mathematik aufschlägt, dem sticht sofort ins Auge, dass mathematische Funktionen oder Gleichungssysteme unabhängig von jedem Kontext definiert werden können. Mathematische Gleichungssysteme beschreiben stabile Beziehungen zwischen Variablen, erklären aber keine kausalen Zusammenhänge. Von daher hat die mathematische Modellierung in der Volkswirtschaftslehre rein beschreibenden Charakter, stellt aber keinen kausalen Zusammenhang her. Sie ist von daher so richtig oder falsch, wie die Annahmen über die kausalen Zusammenhänge, die definitorisch in das Gleichungssystem eingehen. Man kann diese Gleichungen auch umformen, aber das Ergebnis dieser Umformungen sind Tautologien.

In einem Lehrbuch der Makroökonomie taucht z.B. immer so einige 100 mal diese Gleichung auf.

$$Y = C + I \text{ und } Y = C + S$$

Mit Y = Volkseinkommen, I = Investition und S = Sparen

Daraus folgt, nach Gleichsetzung und Kürzung $I = S$. Das gibt uns leider keine Antwort auf die ganz entscheidende Frage, ob Sparen die Voraussetzung für Investieren

ist, wie die Klassik behauptet, oder umgekehrt Investieren zu einem entsprechenden Sparen führt, wie Keynes, zutreffenderweise, behauptet. Die Gleichung beschreibt die klassische Theorie, Sparen ist die Bedingung für eine Investition, wie auch die keynesische Theorie, sparen ist eine Folge der Investition, soll vereinfacht heißen, jemand investiert, erzielt daraus Erträge und einen Teil dieser Erträge kann er eben nicht konsumieren, weil er ja den Kredit zurückzahlen muss. Wir gehen hierauf im Kapitel über Keynes ausführlich ein. Das heißt, die Gleichung bringt den ganz entscheidenden Unterschied gar nicht zum Ausdruck, schlimmer noch, sie verwischt diesen Unterschied.

Es ist auffallend, dass von den umfangreichen Werken, die meisten deutlich über vierhundert Seiten, der grundlegenden, im wahrsten Sinne des Wortes, Grundlegend, Autoren der Volkswirtschaftslehre nur einige wenige Konzepte kanonisiert wurden, also heute fester Bestandteil der Volkswirtschaftslehre sind. Andere Autoren, deren Bedeutung nicht bestritten wird, wie etwa Joseph Schumpeter, sind nicht Bestandteil der Lehre.

Die Frage, die sich stellt, ist hierbei natürlich, welches Kriterium bei dieser Kanonisierung ausschlaggebend war. Es spricht einiges dafür, dass die Konzepte kanonisiert wurden, die einer mathematischen Modellierung zugänglich waren.

Die heutige Mikroökonomie ist z.B. eine vereinfachte Darstellung der Principles of Economics von Alfred Marshall. Alfred Marshall deutete die Möglichkeit der mathematischen Modellierung bereits selbst an, führte diese stellenweise auch durch, ohne ihr aber eine besondere Bedeutung beizumessen. Die mathematische Darstellung hat er in den Appendix verlagert. Was sich also mathematisch darstellen lässt, wurde übernommen. Seine kritischen Bemerkungen zu dieser Vorgehensweise, seine Unterscheidung zwischen Tendenz und Gesetz, seine Unterscheidung zwischen kurzfristig und langfristig, seine Bemerkungen zur Interdependenz zwischen Umwelt und Individuum, seine kritischen Bemerkungen hinsichtlich der Datenlage etc. nicht.

Von Vilfredo Pareto wurde nur das Pareto Optimum übernommen. Ein im Prinzip sehr simples Konzept, das aber, da es inhaltlich lediglich einen Zusammenhang beschreibt, der „intuitiv“ nachvollziehbar ist, also kaum Aussagen über kausale Zusammenhänge macht, mathematisch gut modellierbar ist. Die Aussagen, die man heute eher der Soziologie zuordnen würde, werden, ähnlich wie bei Alfred Marshall, vollständig ignoriert.

Joseph Schumpeter, der einen entscheidenden Beitrag zur Geldtheorie geliefert hat, indem er zwischen Kapital und Geld, zwei Begriffe, die in der Klassik als Synonyme verwendet werden, unterscheidet, spielt in der Lehre ebenfalls keine Rolle. Ideengeschichtlich stellt er einen Bruch dar und wäre von daher bedeutsam. Da sich aber seine Theorien nicht mathematisch modellieren lassen, hat er auch keinen Eingang gefunden in Lehrbücher zur Volkswirtschaft.

Wir würden Friedrich Hayek nicht als ökonomisch relevant bezeichnen, einen entscheidenden Beitrag zur Theorie können wir nicht erkennen, allerdings ist er berühmt. Seine grundlegende These, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung nicht nur die ökonomische Effizienz gewährleistet, sondern auch der Garant für Freiheit ist, scheint vielen Leuten einzuleuchten. Allerdings fehlt jede Möglichkeit der mathematischen Modellierung, weswegen er kein Thema der akademischen Lehre ist. Gleiches gilt für Walter Eucken und Alfred Müller Armack.

Die Art der methodischen Herangehensweise determiniert hier also die Inhalte. Falsch ist allerdings die vielfach kolportierte These, dass dies dem neoklassischen Mainstream geschuldet sei. Zur Neoklassik wird auch Alfred Marshall gerechnet, der sich hinsichtlich der Möglichkeit und Sinnhaftigkeit der mathematischen Modellierung differenziert äußert und diesen Ansatz selbst auch gar nicht verfolgt, auch wenn er, zusammen mit Augustin Cournot, als Begründer diese methodischen Ansatzes gilt.

Augustin Cournot beschreibt im Übrigen das Vorgehen der heutigen Volkswirtschaftslehre recht zutreffend.

Die Fragen, bei denen die mathematische Analysis nicht anwendbar ist und auch jene, die mir vollständig geklärt scheinen, habe ich nicht berührt.

aus: Augustin Cournot, Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses, Seite 2

Damit ist das Programm der akademischen Volkswirtschaftslehre präzise beschrieben. Man beschäftigt sich nicht mit relevanten Fragen, sondern mit den Themengebieten, wo eine mathematische Modellierung möglich ist.

1.6 Nötige Umstrukturierungen im Fach Volkswirtschaftslehre

Das Fach Volkswirtschaftslehre hat hinsichtlich des methodischen Ansatzes, den Inhalten, dem Selbstverständnis und hinsichtlich der Einbettung in die Gesellschaft erhebliche Probleme. Es werden mit dem falschen methodischen Ansatz, die falschen Themen behandelt und gesellschaftlich ist sie völlig isoliert. Jeder Praktikant der seinen ersten Artikel in der FAZ online abliefern hat, hat mehr Resonanz, als einige mit Millionenaufwand geförderte „Forschungsinstitute“, think tanks, Initiativen etc.. Das liegt schlicht daran, dass sie zu relevanten Themen nichts zu sagen haben. Bei den allermeisten „Forschungseinrichtungen“ würde es niemandem auffallen, wenn man sie schlicht schließen würde, was eine gute Idee wäre. Es gibt eine bessere Verwendung für die Steuergelder.

Das Fach selbst kann nicht erneuern. Dazu fehlen dem eingesetzten Personal schlicht die intellektuellen Fähigkeiten. Vermutlich wird die Entwicklung anders verlaufen. Anzunehmen ist, dass Studiengänge entwickelt werden, die auf ein konkretes Ziel hinsteuern, z.B. Wirtschaftsjournalist, und dort zusammen den nötigen Programmierkenntnissen auch die Kenntnisse vermittelt werden, die für die Bewertung einer ökonomischen Sachlage notwendig sind, bzw. die Voraussetzung sind, um sich einzuarbeiten. Da der Studiengang Volkswirtschaftslehre außerhalb der mit Steuergeldern subventionierten Wärmehallen auch keine beruflichen Perspektiven bietet, wird ihm die Kundschaft ausgehen, wenn Alternativen vorhanden sind. Denkbar sind solche Spezialisierungen auch im Bereich Soziologie, Jura, Psychologie, Informatik, Mathematik. Der eigentliche Kern der Volkswirtschaftslehre könnte locker in drei Semestern gelehrt und in andere Studiengänge integriert werden.

Die Bologna Reform hat zu zwei völlig unterschiedlichen Entwicklungen geführt. Zum einen haben wir eine totale Verschulung der Studiengänge. Das heißt für die Volkswirtschaftslehre, dass Wissen in einer Form vermittelt wird, die leicht abprüfbar ist. Rechenaufgaben eignen sich hierzu besser, als Projekte oder die klassischen Seminararbeiten. Zum anderen hat es zu einer größeren Bandbreite an Studiengängen geführt, die in die oben beschriebenen Richtung gehen.

Dass die volkswirtschaftlichen Institute sich bewegen, ist unwahrscheinlich. Optimiert man die Didaktik, wir hoffen, dass uns auf dieser Website eine „lebendigere“ Darstellung gelungen ist, als sie herkömmliche Lehrbücher bieten, dann ist inhaltlich das

gleiche auch in 3 oder 4 Semestern vermittelbar. Damit spart man 2 Jahre oder 4 Semester.

Diese 4 Semester können dann für eine Spezialisierung genutzt werden. Die Credit Points müssten dann auch in fachfremden Fächern erworben werden können. Wer sich tatsächlich in Statistik spezialisieren will, kann Scheine bei den Mathematikern erwerben und dies mit den entsprechenden Softwarepaketen, z.B. SPSS, kombinieren.

Wer sich auf einen bestimmten Kulturkreis spezialisieren will, China, Russland, den arabischen Raum, Südamerika, kann bei den entsprechenden Philologien Scheine erwerben.

Wer sich auf betriebliches Rechnungswesen spezialisieren will, wenn ihm das später eingefallen ist und er nicht von vorne herein Betriebswirtschaftslehre studiert hat, der kann entsprechende Scheine in Controlling, Bilanzierung, SAP etc. machen.

Das jetzige System läuft darauf hinaus, dass Leute Lehrpläne schmieden, also Professoren der VWL, die über keinerlei konkrete Berufserfahrung verfügen und auch keinerlei Verantwortung übernehmen, wenn das, was vermittelt wird, sich als völlig irrelevant erweist.

Günstig wäre in diesem Zusammenhang, wenn man das Personal teilweise austauscht und mehr Leute mit Berufserfahrung einsetzt. Es interessiert nicht wirklich, um ein Beispiel zu nennen, was irgendein Prof zum Thema NGO oder Entwicklungshilfe zu sagen hat. Will sich z.B. jemand damit beschäftigen, wie man den Wissenstransfer in Entwicklungsländer verbessert, dann ist ihm mit einem gestandenen Praktiker mehr geholfen als mit einem akademischen Schwätzer, dessen Karriere aus Schule => akademischer Mittelbau => Prof => Pensionierung => Grab besteht.

Lässt man den Studiengang so wie er ist, sollte zumindest die Effizienz gemessen werden und diese besteht nun mal in dieser unseren trivialen Welt in der Integration in den Arbeitsmarkt und den Euros auf dem Bankkonto. Fakultäten hätten also bei allen Absolventen ein Jahr nach Beendigung des Studium diese Zahlen zu veröffentlichen, anonymisiert, mit einer Angabe des Durchschnittsgehaltes. Dies würde es erlauben, hinsichtlich dieses entscheidenden Kriteriums die verschiedenen Fakultäten zu vergleichen.

Ohne solche Daten ist eine optimal Allokation der Ressourcen im Sinne einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht erreichbar.

Zum einen fehlt der Druck auf die Universitäten sich an neue Anforderungsprofile anzupassen. Es ist wohl wenig sinnvoll, die Anzahl der Juristen innerhalb von zehn Jahren zu verdoppeln, so dass diese in die sichere Arbeitslosigkeit hinein studieren, auf der anderen Seite aber zu wenig Studienplätze in Medizin zur Verfügung zu stellen.

Im Zusammenhang mit dem Bologna Prozess wurden auch Akkreditierungsstellen eingerichtet. Nur akkreditierte Studiengänge dürfen von Universitäten/Fachhochschulen angeboten werden. Allerdings ist nicht ersichtlich, nach welchen Kriterien akkreditiert wird und über welche Qualifikationen die Akkreditierenden verfügen.

Die Marktlösung ist relativ einfach. Jede Uni hat das Recht, wie dies schon beim Magister der Fall war, einen Studiengang einzurichten. Werden die Zahlen hinsichtlich der Integration in den Arbeitsmarkt veröffentlicht, kann die Effizienz dieses Studienganges unschwer ermittelt werden. Preise kann man ungerecht finden, aber sie sind immer objektiv.

Das jetzige System bietet faktisch keinen Leistungsanreiz, dafür aber Fehlanreize. Die akademische Karriere eines Romanistikprofessors hängt ab von dessen Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und nicht, zum Beispiel, von dessen innovativen Ideen die Inhalte der Romanistik zu einer spannenden Sache zu machen, bzw. von seinen innovativen Ideen zur Sprachdidaktik bzw. von der Erstellung marktfähiger Produkte. Sein Tun und Treiben ist also nicht nur weitgehend irrelevant, sondern führt auch dazu, dass die Studenten nicht auf das Berufsleben vorbereitet werden. Denen nützen nämlich Kenntnisse des Vulgärlateins relativ wenig für die Unterrichtsvorbereitung.

In diesem Fall hat die Politik reagiert und Romanistiklehrstühle zusammengestrichen. Ein Schicksal, das der VWL noch bevorsteht.

Last not least. Harte Daten erlauben nicht nur einen Vergleich verschiedener Fakultäten, sondern auch einen Vergleich gleicher Fakultäten an unterschiedlichen Unis. Zeigen sich Unterschiede, so können erfolgreiche Unis mehr Mittel erhalten und damit mehr Studenten ausbilden und bei anderen gekürzt werden.

Im Zusammenhang mit der immer wieder aufkeimenden Diskussion über Studiengebühren wäre natürlich interessant, was ein Studienplatz an der jeweiligen Universität in

dem jeweiligen Fach überhaupt kostet. Da Unis über kein Controlling verfügen, stehen diese Daten nicht zur Verfügung. Es bleibt damit unklar, ob die Begründung der Hochschulrektorenkonferenz stichhaltig ist. Behauptet wird, dass Studiengebühren nötig sind, um die Kosten zu decken. Da aber keine konkreten Zahlen vorliegen, weiß niemand, ob die Deckungslücke nicht auch durch effizienteres Wirtschaften geschlossen werden kann.

Wir sehen also, dass es für Volkswirtschaftler eine unendliche Fülle an Aufgaben gibt, deren Lösung für die Gesellschaft von allergrößter Wichtigkeit ist.

Und wenn wir über das öffentliche Bildungssystem reden, dann ist natürlich e-learning, oer (open education resources), mooc (massive open online courses) etc. ein Thema. Volkswirte, mit einem breiten Querschnittswissen, sind die ideale Besetzung, wenn es darum geht, die Möglichkeiten, die diese Ansätze bieten, abzuschätzen und durchzusetzen.

Klassische Nationalökonomie

Auch wenn wir selbst den Begriff klassische Nationalökonomie immer wieder verwenden, ist dieser Begriff objektiv Unsinn. Wir verwenden ihn, wenn auf Vorstellungen abgestellt wird, die zahlreiche Autoren, die unter diesem Begriff zusammengefasst werden, mehr oder weniger teilen.

Liest man aber die Originalwerke der „klassischen“ Autoren, fällt es schwer, eine Verbindung zwischen den verschiedenen Autoren, Adam Smith, David Ricardo, Jean Baptiste Say, John Stuart Mill herzustellen.

Bei dem zu Recht oder Unrecht bekanntesten Autor der „klassischen Nationalökonomie“, Adam Smith, eigentlich enthält Jean Baptiste Say weniger Fehler, ist die Angelegenheit noch komplizierter, weil das Theoriegebäude in sich widersprüchlich ist; sein Vorstellung von einem Marktpreis, der durch die Nachfrage determiniert ist, kann nicht mit seiner Arbeitswertlehre, der Vorstellung, dass der Wert einer Ware allein von der in dieser inkorporierten Arbeit abhängt, in Einklang gebracht werden. Um mal ein Beispiel zu nennen.

David Ricardo fällt völlig aus dem Rahmen, weil wir bei ihm keine der Vorstellungen finden, die man üblicherweise mit marktwirtschaftlichen Ordnungen verbindet. Da die Nachfrage keine Rolle spielt, spielen Preise für die Allokation der Ressourcen keine Rolle und Wettbewerb haben wir nur auf dem Arbeitsmarkt, dort sorgt er dafür, dass die Löhne auf dem Existenzminimum verharren. Kapital und Land ist immer knapp, so dass der Wettbewerb keine Rolle spielt.

Bei Jean Baptiste Say wird der entscheidende Akteur der marktwirtschaftlichen Ordnung ausführlich behandelt, ist sogar ein selbständiger Produktionsfaktor, bei Adam Smith können wir ihn zumindest erahnen, aber bei David Ricardo ist er schlicht inexistent.

Von John Stuart Mill könnte die heutige Ökokaste wichtiges lernen. Aus ökonomischer Sicht ist John Stuart Mill zwar eine radikalisierte Zusammenfassung aller Fehler der ‚klassischen Nationalökonomie‘, aber er ist näher an der Auffassung der Volkswirtschaftslehre als Querschnittswissenschaft, was sie ja tatsächlich ist. Zahlreiche von ihm behandelte Themen würde man heute der Psychologie, Soziologie, Philosophie zuordnen.

Im Kontext der keynesianischen Theorie gibt es allerdings eine Gemeinsamkeit, weswegen sich in diesem Kontext auch von klassischer Nationalökonomie sprechen lässt. Gemeinsam ist allen Autoren der klassischen Nationalökonomie die irreführende Vorstellung von Sparen, bzw. Akkumulieren, wie Say und Ricardo das nennen. Sparen wird vorgestellt als nicht konsumieren von Einnahmen aus der Vergangenheit. Tatsächlich ist sparen aber die Produktion von Produktionsgütern zu Lasten von Konsumgütern. Diese irrige Vorstellung ist sozusagen der Fundamentalirrtum der klassischen Nationalökonomie. Er beruht auf einer irrigen Vorstellung über ‚Kapital‘ und Geld und führt zu einer ganzen Kaskade fundamental falscher Vorstellungen. Diesen Fundamentalfehler finden wir auch bei den neoklassischen Autoren, so dass Keynes zwischen klassischer Nationalökonomie und Neoklassik gar nicht unterscheidet.

Die klassische Nationalökonomie ist weit davon entfernt, ein geschlossenes System zu sein, was schon durch die Tatsache deutlich wird, dass von Adam Smith über Ricardo sowohl ein Weg zum Marxismus und zur Planwirtschaft führt, als auch zur freien Marktwirtschaft.

Gleichermaßen falsch ist die Unterscheidung zwischen klassischer Nationalökonomie und Neoklassik. Der Unterschied soll die „marginale Revolution“ sein, also die Vorstellung, dass Ressourcen solange neu alloziert werden, bis der Ertrag der letzten Einheit in allen Verwendungen gleich ist. Diese „marginale Revolution“ hat allerdings nie stattgefunden, weil das Konzept des natürlichen Preises von Adam Smith implizit ebenfalls auf die letzte Einheit abstellt. Say beschreibt die Nutzenoptimierung der Konsumenten sogar präziser. Er beschreibt nicht nur, dass der Nutzen mit steigendem Konsum sinkt, eine marginale Betrachtung, sondern auch, weit typischer, dass die Güter zueinander in Konkurrenz stehen.

Richtig ist lediglich, dass die Neoklassik nur noch ein Thema hat: Die Beschreibung von Gleichgewichten mit unterschiedlichen Modellen, wobei alle Gleichgewichte Ergebnis einer Nutzenmaximierung aufgrund einer Marginalbetrachtung sind.

Weiter haben wir in der Neoklassik, das ist das, was wir in Lehrbüchern zur Mikroökonomie finden, einen Paradigmenwechsel hinsichtlich der Methodik. Betrachtet wird nur noch, was sich (mathematisch) modellieren lässt. Wir haben also, wenn wir von Alfred Marshall absehen, eine drastische Reduktion an Themen.

Andererseits ist aber auch eine klare Abgrenzung zur Neoklassik unmöglich, weil wir mit der Neoklassik das gleiche Problem haben, wie mit der Klassik. Die Autoren, die der Neoklassik zugerechnet werden, sind so unterschiedlich, dass die Subsumierung unter einem Begriff sinnlos ist.

Ganz grob und nicht wirklich zielführend, könnte man die zwei Strömungen folgendermaßen gegeneinander abgrenzen.

- Bei der klassischen Nationalökonomie geht es eher um die Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum und die Beschreibung langfristiger Trends. Die Neoklassik beschäftigt sich ausschließlich mit Gleichgewichten.
- Die klassische Nationalökonomie, insbesondere Adam Smith und Jean Baptiste Say, beschäftigen sich mit einem weiten Spektrum an Themen. Die Neoklassik versucht lediglich mit unterschiedlichen Konzepten nachzuweisen, dass im Gleichgewicht das Wohlfahrtsoptimum erreicht ist.
- Der methodologische Ansatz, die (mathematische) Modellierung, ist für die Neoklassik konstitutiv. Komplexere Themen, wie etwa die Interaktion zwischen der Politik und der Wirtschaft, werden somit ausgeblendet.
- Die klassische Nationalökonomie beschreibt eher, wenn wir David Ricardo ausnehmen, die Dynamik marktwirtschaftlicher Ordnungen. Bei Jean Baptiste Say wird die Unternehmertätigkeit sogar ein eigener Produktionsfaktor. In der Neoklassik ist der entscheidende Akteur marktwirtschaftlicher Ordnungen, der Unternehmer, schlicht inexistent.
- Ein Fortschritt gegenüber der klassischen Nationalökonomie ist die Aufgabe der Produktionsfaktoren. Aus Arbeit, Kapital und Boden werden in der Neoklassik schlicht Kosten. Damit ist natürlich auch der Unsinn mit der Arbeitswertlehre beerdigt.
- Die klassische Nationalökonomie geht davon aus, dass die Nachfrage nach Arbeit seitens der Unternehmer immer weit geringer ist, als das Angebot an Arbeit. Das Lohnniveau wird folglich aufgrund der Konkurrenz zwischen den Arbeitern das Existenzminimum nie überschreiten. Die Neoklassik geht davon aus, dass Arbeit auf einem Lohnniveau über dem Existenzminimum knapp wird, die Arbeiter also in einer Machtposition sind.

Im Kontext einer Diskussion um den Keynesianismus sind aber weniger die Unterschiede zwischen der klassischen Nationalökonomie entscheidend, als die Gemeinsamkeiten.

- Beide verfolgen im Grunde einen mikroökonomischen Ansatz, gehen also davon aus, dass ein Verhalten, das aus der Perspektive der Einzelwirtschaft sinnvoll ist, auch gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist. Ist also sparen einzelwirtschaftlich sinnvoll, dann ist es auch gesamtwirtschaftlich sinnvoll. Der Keynesianismus ist ein makroökonomischer Ansatz.
- Bei beiden bildet sich der Zins auf dem Kapitalmarkt, wobei Kapital gespart oder akkumuliert wird, indem Einnahmen aus der Vergangenheit nicht konsumiert werden. Bei Keynes bildet sich der Zins auf dem Geldmarkt und zwar weitgehend unabhängig von der Realwirtschaft. Ein hoher Zins ist nicht mehr Bedingung für Wachstum, weil er über eine Zunahme des Sparens die Kapitalbildung fördert, sondern er ist eine Hürde, die eine Investition überspringen muss.
- Sowohl in der klassischen Nationalökonomie wie auch in der Neoklassik hängt der Gütermarkt wie auch der Kapitalmarkt vom Arbeitsmarkt ab. Bei einem bestimmten Lohnniveau kann eine bestimmte Menge an Arbeit eingestellt werden. Diese stellen eine bestimmte Menge an Gütern her und dem resultierenden Volkseinkommen entspricht, abhängig vom Zins, eine bestimmte Kapitalakkumulation. Die Logik stimmt natürlich dann nicht mehr, wenn der Zins sich auf dem Geldmarkt bildet. In diesem Fall hängt der Arbeitsmarkt und der Gütermarkt vom Geldmarkt ab. Ein niedriger Zins führt zu hohen Investitionen, hohe Investitionen zu hoher Beschäftigung und eine hohe Beschäftigung zu einem entsprechenden Gleichgewicht auf dem Gütermarkt.

Egal ob klassische Nationalökonomie, Neoklassik, Keynesianismus, Neoliberalismus etc.. ein Phänomen ist auffallend. Aus komplexen Theorien haben nur wenige Konzepte Eingang gefunden in den akademischen Kanon und oft handelt es sich hierbei um Konzepte, die im Original lediglich eine Nebenbemerkung waren. Von Adam Smith kennen wir die unsichtbare Hand, von Jean Baptiste Say das Gesetz von Say, von David Ricardo die Theorie der komparativen Kosten, etc. etc.. Was über die Kanonisierung entscheidet ist unklar, aber auf jeden Fall ist es nicht die Relevanz.

Was damit jetzt konkret gemeint ist, werden wir sehen, wenn wir uns mit den einzelnen Autoren beschäftigen. Ausführlicher ist es auf der www.economics-reloaded.de geschildert.

Adam Smith



1. Vorwort

Die Website versucht durch Beispiele aus der Gegenwart die Theorie greifbar zu machen. Weiter orientiert sich die Website stark an den Originaltexten. Auf beides wird hier verzichtet. Das Verfahren entspricht also dem Verfahren, das bereits bei dem kleinen Büchlein über Keynes angewendet wurde, siehe Startseite www.economics-reloaded.de. Wer die Relevanz der Theorie für die Erklärung der Realität nicht erkennt, sei auf die www.economics-reloaded.de verwiesen.

Das Gedankengebäude von Adam Smith ist widersprüchlich. Der historisch gesehen fatalste Widerspruch ist, dass er zwar einerseits den Wert einer Ware durch die in dieser akkumulierten Arbeit determiniert sieht, auf der anderen Seite aber auch klar erkennt, dass sich der Wert einer Ware aus der Nachfrage ergibt. Wir werden aber auf diese Widersprüche hier nicht eingehen und verweisen auf die www.economics-reloaded.de.

2. Arbeitsteilung

Die bekannteste Aussage, die man mit Adam Smith verbindet, ist die Aussage, dass die Arbeitsteilung die Produktivität fördert. Adam Smith illustriert den Zusammenhang anhand der Produktion von Nähnadeln. Zerlegt man den Prozess der Produktion von Nähnadeln in lauter einzelne Prozesse und spezialisiert sich jeweils jemand auf diesen einen Prozess, steigt die Produktivität. Eine genaue Analyse, warum das so ist, liefert er nicht. Die hierdurch erworbene größere Geschicklichkeit in Bezug auf den einzelnen Prozess erklärt das Phänomen eigentlich nicht. Relevanter dürfte in diesem Fall eher die Tatsache sein, dass die Werkzeuge nicht ständig gewechselt werden müssen und unnötige Änderungen des Arbeitsplatzes entfallen.

Richtiger wäre der Begriff Spezialisierung. Bei der Spezialisierung ist es tatsächlich so, dass die größere Geschicklichkeit oder das know how ausschlaggebend ist.

Sowohl die Arbeitsteilung wie auch die Spezialisierung verlangt aber einen hinreichend

großen Markt, geht also einher mit einer besseren Logistik und Infrastruktur. Nur wenn die Nachfrage nach einer spezifischen Ware oder Dienstleistung groß genug ist, ist eine Spezialisierung möglich.

3. Homo oeconomicus

Den Begriff homo oeconomicus verwendet Adam Smith nicht, allerdings ist das Konzept, das sich hinter diesem Begriff verbirgt, in *Wealth of Nations* schon vorhanden. Die Idee ist schlicht die, dass bei einer ausreichenden Wettbewerbsintensität das Einzelinteresse deckungsgleich ist mit dem Gesamtinteresse. Der berühmte Bäcker in *Wealth of Nations* produziert keine Brötchen aus altruistischen Motiven heraus, aber will er seinen Nutzen, sprich Gewinn, maximieren, bleibt ihm nichts anderes übrig, als bessere Brötchen zu billigeren Preisen anzubieten als die Konkurrenz.

Der Begriff homo oeconomicus ist Gegenstand der öffentlichen Debatte, was wohl auf einer irrigen Vorstellung über diesen Begriff fußt. Angeführt wird, dass der homo oeconomicus, also der Mensch, der allein seinen persönlichen Nutzen optimiert, weder wünschenswert ist, noch der Realität entspricht, da Menschen ihr Verhalten nach moralischen Prinzipien ausrichten.

Übersehen wird hierbei, dass Adam Smith von einer ausreichenden Wettbewerbsintensität ausgeht, die er im übrigen als bedroht sieht. Dieser Aspekt ist ein zentrales Moment des Ordoliberalismus. Wir verweisen für nähere Ausführungen zum Ordoliberalismus auf die www.economics-reloaded.de.

Fehlt diese Wettbewerbsintensität, ist der homo oeconomicus natürlich kein sinnvolles Konstrukt mehr. Für eine Diskussion, wie man Bereiche, wo kein Wettbewerb herrscht, steuern könnte, Rechtssprechung, Bildungswesen, Forschung und Entwicklung, und ob dies möglich ist, verweisen wir auf die www.economics-reloaded.de.

4. Natürlicher Preis/Marktpreis

Wir zeigen auf der www.economics-reloaded.de an zahlreichen Beispielen, dass es oft vorkommt, dass aus komplexen Theoriegebäuden relativ banale Konzepte Eingang gefunden haben in das öffentliche Bewusstsein, wesentlich relevantere Aspekte allerdings in Vergessenheit gerieten.

Die Unterscheidung zwischen natürlichem Preis und Marktpreis ist wahrscheinlich das bedeutsamste Konzept der Theorie von Adam Smith, weil es einerseits die „marginale Revolution“ der Neoklassik vorwegnimmt, anders ausgedrückt, eine „marginale Revolution“ nie stattgefunden hat und andererseits den Wert eines Gutes korrekt aus Angebot UND Nachfrage determiniert sieht.

Das Konzept natürlicher Preis/Marktpreis widerspricht der These von der Bestimmung des Wertes eines Gutes durch die in diesem verkörperlichten Arbeit. Das ist der fatalste Widerspruch im Werk von Adam Smith. Über das Begriffspaar natürlicher Preis/Marktpreis kommen wir zur freien Marktwirtschaft. Über die in den Waren verkörperte Arbeit zum Marxismus.

In der Klassik gibt es drei Produktionsfaktoren: Arbeit, Kapital und Boden. Hierüber wollen wir hier nicht mehr diskutieren und verweisen auf die www.economics-reloaded.de oder auf das kleine Büchlein zu Keynes.

Die jeweiligen Produktionsfaktoren werden entsprechend ihrer Knappheit entlohnt. Natürlich ist diese Entlohnung aus folgendem Grund. Es ist nachvollziehbar, dass die Besitzer dieser Produktionsfaktoren diese möglichst rentabel anlegen werden. Gibt es also die Möglichkeit einer rentableren Verwendung, wird der entsprechende Produktionsfaktor solange aus dieser Verwendung abgezogen und einer anderen Verwendung zugeführt, bis in allen Verwendungen die Rentabilität gleich ist. Das ist eine Marginalbetrachtung. Das Gleichgewicht ist dann erreicht, wenn ein Produktionsfaktor in jeder Verwendung die gleichen Erträge bringt.

Im Gleichgewicht ist der Marktpreis, also der Preis, den die Leute für ein Gut zu zahlen bereit sind, genau so hoch, wie die Summe der natürlichen Preise für Arbeit, Kapital und Boden. Wäre der Marktpreis höher, würde eine größere Menge an Produktionsfaktoren in diesen Bereich einströmen und wäre er niedriger, dann würden die Produktionsfaktoren in rentablere Bereiche abfließen.

(Wie bereits erwähnt diskutieren wir nicht über Details. Wir diskutieren hier nicht darüber, ob die Reallokation der Ressourcen, also die Ab- und Zuwanderung von einem Bereich in den anderen möglich ist und verweisen auf die www.economics-reloaded.de.)

Nun ist davon auszugehen, dass dieses Gleichgewicht nicht ewig bestehen bleibt.

Änderungen der Präferenzen, Bevölkerungszunahme, technologischer Wandel, Missernten, politische Unruhen etc.. lassen die Erträge in bestimmten Branchen sinken oder steigen was zu einer Ab- bzw. Zuwanderung an Produktionsfaktoren führt. Der Wert einer Ware ergibt sich folglich sowohl von der Angebotsseite, also der Kosten- seite, wie von der Nachfrageseite, also dem Preis, den die Leute bereit sind für ein Produkt zu bezahlen.

Alle wesentlichen Elemente marktwirtschaftlicher Ordnungen sind durch das Konzept natürlicher Preis/Marktpreis präzise und vor allem klar beschrieben.

Damit das Spiel funktioniert bedarf es eines ausreichenden Wettbewerbs. Der Preis einer Ware darf sich nur zusammensetzen aus den natürlichen Preisen für Arbeit, Kapital und Boden, darf aber keine Machtverhältnisse, etwa durch ein Monopol, widerspiegeln.

Der natürliche Preis ist eine Grenzbetrachtung. Im Fokus steht die letzte Einheit. Produktionsfaktoren wandern nur solange, bis die Unterschiede in den Erträgen ausgeglichen sind. Léon Walras erzählt also nichts neues, er erzählt es nur unklarer und diffuser, wobei er seine Thesen am ungeeigneten Objekt, dem Tauschmarkt, illustriert, siehe www.economics-reloaded.de.

Die Preise haben eine Signalfunktion. Zu einer Reallokation, Zu- und Abwanderung von Produktionsfaktoren von einem in den anderen Bereich, der Produktionsfaktoren kommt es, weil die Preise eine Signalwirkung haben, also (veränderte) Knappheiten anzeigen. Wodurch diese Veränderungen bedingt sind, müssen die Marktakteure nicht wissen und wissen sie in der Regel auch nicht. Die Aktivitäten der Marktakteure wird koordiniert durch Preise.

5. Monopolbildung

Eingang gefunden in das öffentliche Bewusstsein habe die in Wealth of Nations beschriebenen Unternehmer, die bei jeder Art von geselligem Beisammensein darüber nachdenken, wie sie die Wettbewerbsintensität verringern und damit die Preise zu Lasten der Konsumenten erhöhen können. Wir wollen hier die auf der www.economics-reloaded.de vorgetragenen Argumente nicht wiederholen.

Fraglich ist allerdings die Relevanz des Problems. Bei Monopolen wäre der relevante

Markt zu definieren. In einer globalisierten Welt, bei der die Transportkosten immer weiter abnehmen, ist die Welt der relevante Markt und weltweit gibt es keine Monopole. Versucht ein Unternehmen einen Preis durchzusetzen, der nicht auf Leistung sondern auf Marktmacht beruht, so wird er Konkurrenten aus der ganzen Welt anziehen, die seine Macht brechen.

6. Staat

Die Bewertung staatlicher Tätigkeit ergibt sich bei Adam Smith aus seiner Einschätzung der Bedeutung des Wettbewerbs. Anhand zahlreichen Beispielen, siehe www.economics-reloaded.de, illustriert er, dass ohne Wettbewerb keine Leistung zu erwarten ist. Ist der Staat der einzige Anbieter einer Leistung oder entfällt die enge Verbindung zwischen einer am Markt dokumentierten Leistung und Einkommen, sinkt die Leistungsbereitschaft.

Allerdings besteht ein Unterschied zum Neoliberalismus. Für den Neoliberalismus ist der Markt der Garant für eine freiheitliche Ordnung, für Adam Smith lediglich der Garant für Effizienz. Näheres hierzu www.economics-reloaded.de.

7. Kapital und Sparen

Hier steckt der fatalste Fehler im Theoriegebäude von Adam Smith und der gesamten ökonomischen Theorie vor Keynes. Wir gehen darauf bereits in unserem kurzen Büchlein zu Keynes ein, siehe Startseite www.economics-reloaded.de.

Die Begriffsverwirrung ist hier so komplett und vollständig, dass sich das Knäuel auf die Schnelle nicht mehr entwirren lässt. Wir verweisen auf die www.economics-reloaded.de

In Kürze: Im Grunde ist Kapital und Geld für Adam Smith das Gleiche und er verwendet, wie wir anhand von Originalzitaten auf der www.economics-reloaded.de zeigen, die Begriffe als Synonyme, oft sogar im selben Absatz.

Unabhängig davon, dass er sie als Synonyme verwendet, ergibt sich deren Identität auch aus der Logik der Dinge.

Kapital stellt Adam Smith sich als einen Produktionsfaktor vor, der in jede beliebige Anwendung fließen kann und dies auch solange tut, bis er in jeder Verwendung denselben Ertrag bringt, siehe Kapitel 4. Das ist nur möglich, wenn Kapital in seiner flüssigsten Form vorliegt, also in Geld. Geld kann man überall anlegen. Kapital, also Anlagen und Maschinen, nicht. Reallozieren kann man Kapital in dieser Form, also als Anlagen und Maschinen, erst dann, wenn es in Form von verdienten Abschreibungen wieder zurückgeflossen ist, also wieder in Geld vorliegt.

Damit ergibt sich dann auch, dass die Geldschleiertheorie falsch ist. Wenn Kapital und Geld dieselbe Funktion hat, also investiv verwendet werden kann, dann ist Geld kein Schleier mehr. Für eine ausführlichere Begründung siehe das kleine Büchlein zu Keynes.

Skurril ist die irrige Vorstellung von Adam Smith bezüglich des Kapitals deswegen, weil er selbst darauf hinweist, dass eine Ausdehnung der Kreditvergabe durch das Bankensystem über Wechsel, eine Art von Geldschöpfung, eine positive Auswirkung auf das Wachstum der Wirtschaft hat, siehe www.economics-reloaded.de.

Gleichermaßen erkannte schon sein Freund David Hume völlig zutreffend, dass auch eine Zunahme der zirkulierenden Goldmenge, Gold war im 18. Jahrhundert anerkannte Währung, das Wachstum der Wirtschaft fördert.

Da Kapital also im Grunde Geld ist, also nicht per se knapp ist, sondern eher knapp gehalten wird, kann der Zins auch kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung sein. Was nicht knapp ist, hat keinen Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Genau genommen ist Kapital in seiner flüssigen Form, also in Form von Geld, nicht mal ein Produktionsfaktor. Wir führen die Diskussion hier nicht noch mal und verweisen auf das kleine Büchlein zu Keynes. Man kann es von der Startseite der www.economics-reloaded.de herunterladen.

Hätte er aber Kapital lediglich definiert als nichtkonsumiertes Einkommen aus der Vergangenheit, das nun investiv verwendet werden kann, wäre es nicht so schlimm gewesen.

Bedauerlicherweise geht Adam Smith aber noch einen Schritt weiter. Kapital ist Arbeit, die sich in Waren verkörpert und der Wert einer Ware ergibt sich aus der Menge an Arbeit, die man hierfür erlangen kann, siehe www.economics-reloaded.de.

Wir brauchen diese krautige Theorie nicht weiter zu verfolgen. Wir sehen ohne weiteres, dass sich der Wert einer Ware aus deren Knappheit ergibt, also aus Angebot und Nachfrage.

Die irrige Vorstellung über den Charakter des Kapitals, besser gesagt die nicht vorhandene Vorstellung darüber, was das eigentlich sein soll, führt dann auch zu den merkwürdigen Vorstellungen über das Sparen.

Obwohl Kapital und Geld bei Adam Smith das gleiche ist, auch wenn ihm das nicht so richtig klar ist, ist Kapital, also zu investiven Zwecken verfügbares Geld, knapp und muss angespart werden. Kapital, also zu investiven Zwecken verfügbares Geld, ist folglich das Resultat von nicht verkonsumierten Einnahmen der Vergangenheit.

Damit nun jemand spart, also Einnahmen nicht verkonsumiert und sie damit investiven Zwecken zuführt, bedarf es eines Anreizes. Das ist der Zins. Je höher der Zins, desto eher werden Leute auf Konsum in der Gegenwart verzichtet, weil der hohe Zins Gewähr dafür bietet, dass sie in der Zukunft noch mehr konsumieren können.

Naheliegenderweise ist diese Theorie Unsinn, wenn Kapital schlicht Geld ist, was es bei Adam Smith ist.

Die ganze Kapitaltheorie der Klassik ist derartig wirr, dass sich eine Beschäftigung damit nicht lohnt. Man kann sich höchstens fragen, warum diese wirren Vorstellungen über den Charakter des Kapitals sich so zäh halten. Bis auf den heutigen Tag.

Die tiefstschürfendste Erklärung hierfür ist, dass Adam Smith wie auch die gesamte klassische und neoklassische Theorie zwischen Mikroökonomie und Makroökonomie gar nicht unterscheiden. Was einzelwirtschaftlich sinnvoll ist, ist immer auch gesamtwirtschaftlich sinnvoll. Eine Betrachtungsweise, die dem common sense entgegenkommt, aber falsch ist.

Für den einzelnen Akteur innerhalb der marktwirtschaftlichen Ordnung ist Kapital, egal in welcher Form es vorliegt, ein Produktionsfaktor. Er verfügt über eine begrenzte Menge an Ressourcen, ob es sich hierbei um Maschinen, Anlagen oder Geld handelt, ist völlig egal. Der einzelne Akteur innerhalb der marktwirtschaftlichen Ordnung kann, zumindest nicht auf legalem Wege, Geld produzieren.

Diese knappen Ressourcen wird er optimal einsetzen, also da, wo sie die höchste Rendite erbringen, bzw. er wird sie konsumieren, wenn der Zins so niedrig ist, dass ein Verzicht auf Konsum in der Gegenwart durch den höheren Konsum in der Zukunft nicht kompensiert wird.

Mikroökonomisch gesehen ist also der Zins durchaus ein Preis für Kapital oder Geld, da er tatsächlich eine Lenkungsfunktion hat. Makroökonomisch allerdings ist der Zins aber kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung, denn Kapital, also Geld, ist gar nicht knapp und was nicht knapp ist, kann auch keinen Preis haben.

Das einzusehen fällt den Meisten unglaublich schwer. Die Anhänger der österreichischen Schule z.B. kapieren das nicht.

Wie wenig der Unterschied zwischen Mikroökonomie und Makroökonomie verstanden wird, lässt sich auch den Definitionen in Lehrbüchern entnehmen. Behauptet wird, dass der Unterschied in der Aggregation bestünde. Die Mikroökonomie also die einzelnen Akteure der marktwirtschaftlichen Ordnung betrachtet und die Makroökonomie aggregierte Größen. Das ist zwar richtig, aber irrelevant. Entscheidend ist, dass in der Makroökonomie die These aufgestellt wird, dass einzelwirtschaftlich sinnvolles Verhalten auch gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist.

Eine andere Erklärung für das Tohuwabohu wäre diese. In der gesamten Klassik und Neoklassik herrscht immer Vollbeschäftigung. Bei Vollbeschäftigung haben wir, wenn auch aus anderen Gründen, eine ähnliche Situation, wie sie auch bei den einzelnen Akteuren innerhalb der marktwirtschaftlichen Ordnung vorliegt.

In dieser Situation bedarf es eines Mechanismus, der festlegt, wie viele Konsumgüter und wie viele Investitionsgüter hergestellt werden. In einer Situation der Vollbeschäftigung kann das eine nur zu Lasten des anderen gehen. Ein hoher Zins wird hierbei zu einer höheren Sparquote und damit zu einem Rückgang des Konsums führen. Da weniger Konsumgüter hergestellt werden, werden in diesem Bereich Ressourcen frei, die dann für die Produktion von Investitionsgütern verwendet werden können.

Einer ähnlichen Logik folgt auch Adam Smith, wenn er betont, dass nur mit Kapital mehr Leute beschäftigt werden können und die Volkswirtschaft wachsen kann. Nur wenn ausreichend Kapital zur Verfügung steht, kann die Wirtschaft wachsen. Daher

auch seine Unterscheidung zwischen produktiven und unproduktiven Tätigkeiten, siehe www.economics-reloaded.de.

8. Adam Smith innerhalb der Klassik

Der Begriff klassische Nationalökonomie ist problematisch. Die Subsumierung verschiedener Autoren, Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill, Jean Baptiste Say kann nur gelingen, wenn radikal vereinfacht wird, an der Grenze zu falsch. Gleiches gilt, sogar in höherem Maße, für die Neoklassik.

Dass Keynes zwischen den Autoren der Klassik und Neoklassik nicht unterscheidet ist gerechtfertigt, da alle Autoren der Klassik und Neoklassik wirre Vorstellungen haben in Bezug auf Kapital und Geld. Die konfusen Vorstellungen über Kapital und Geld führen zu einer ganzen Kaskade von wirren Vorstellungen. Wir gehen hierauf in dem kleinen Büchlein über Keynes, siehe Startseite www.economics-reloaded.de ausführlich ein und werden die Diskussion über Sparen, Zins, Geld, Beschäftigung hier nicht wiederholen.

Alle Klassiker und Neoklassiker gehen davon aus, dass Investitionen nur möglich sind, wenn vorher Kapital akkumuliert oder gespart wurde, Kapital also ein Produktionsfaktor ist. Auf der anderen Seite stellen sie sich Kapital aber auch als völlig liquide vor, also als etwas, dass in jede x-beliebige Verwendung fließen kann. Das kann aber nur Geld. Geld wiederum ist per se nicht knapp. Die Gründe für diesen Denkfehler wurden in Kapitel 7 beschrieben.

Dessen ungeachtet sind aber die Vorstellungen über Kapital nicht identisch. Wir finden zwar auch bei Adam Smith die Vorstellung, dass Kapital verkörperte Arbeit ist, aber eben auch, anders ist das Begriffspaar natürlicher Preis/Marktpreis, siehe Kapitel 4, nicht zu deuten, eine starke Betonung der Nachfrage. Die Idee, dass Kapital ausschließlich akkumulierte Arbeit ist, ist mit der Wertbestimmung einer Ware durch die Nachfrage genauso inkompatibel, wie jede Vorstellung, dass der Wert einer Ware allein durch die Kostenseite determiniert ist. Bei Adam Smith haben wir also einen Widerspruch, der in diesem Falle sogar günstig ist, weil das Begriffspaar natürlicher Preis/Marktpreis die Verhältnisse richtig beschreibt.

Bei David Ricardo ergibt sich dann der Wert einer Ware ausschließlich aus der in dieser inkorporierten Arbeit. Folgerichtig verneint David Ricardo, siehe

www.economics-reloaded.de vollständig die Bedeutung der Nachfrage für den Wert einer Ware.

Diese These wird dann von Marx radikalisiert. Marx sieht zwar, dass eine Ware wertlos ist, völlig unabhängig von der in dieser enthaltenen inkorporierten Arbeit, wenn sie keinen Gebrauchswert hat, aber der Gebrauchswert ist nur ein schwaches Surrogat für die Nachfrage. Die Frage, ob eine Ware einen Gebrauchswert hat oder nicht, ist zweitrangig. Entscheidend ist die Knappheit. Produziert werden nicht alle Waren, die einen Gebrauchswert haben, sondern die Waren, die knapp sind. Ohne ein Signal für Knappheit, ist die Produktion nicht zu steuern.

Jean Baptiste Say wiederum hält zwar an der Idee, dass Investitionen nur möglich sind, wenn vorher Kapital akkumuliert wurde, fest, gibt aber die Idee, dass sich der Wert eines Gutes aus der in diesem akkumulierte Arbeit ergibt auf. Seine Argumentation ist simpel: In Dienstleistungen kann sich gar nichts verkörpern, denn die Produktion und der Konsum erfolgt gleichzeitig. Einmal produziert, bleibt nichts übrig, wo Arbeit akkumuliert sein könnte.

Die Neoklassiker wiederum, wobei der Begriff Neoklassik nichtssagend ist, weil sich die einzelnen Autoren sehr stark unterscheiden, geht weiterhin davon aus, dass Kapital, verstanden als nichtkonsumiertes Einkommen aus der Vergangenheit, die Bedingung für Investitionen sind. Allerdings machen sich die neoklassischen Autoren, Alfred Marshall, Léon Walras, Vilfredo Pareto, Carl Menger keine Gedanken mehr darüber, wie dieses Kapital überhaupt entsteht und die nötige Trennung zwischen Kapital auf der einen Seite und Geld auf der anderen Seite nehmen auch sie nicht vor.

Wie stark die Klassik und Neoklassik nachwirkt sehen wir bei Joseph Schumpeter. Er erkennt zwar messerscharf, dass man für Investitionen Geld braucht und kein diffuses Kapital, kann sich aber von den übrigen Vorstellungen der Klassik und Neoklassik, insbesondere von der Vorstellung, dass Märkte, insbesondere der Arbeitsmarkt, zum Gleichgewicht führen, nicht lösen und die österreichische Schule kann dies bis zum heutigen Tag nicht.

David Ricardo



1. Vorwort

Wir verzichten wie in den vorangegangenen Büchlein über Keynes und Adam Smith auf Zitate aus den Originalwerken und verweisen auf die www.economics-reloaded.de.

2. Darstellung seines Theoriegebäudes

David Ricardo ist ein illustratives Beispiel für einen Zusammenhang, den wir oft finden, auf allen Gebieten. Bestimmte Beziehungen erscheinen so stabil, dass hieraus allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden. Im Zeitablauf und aus historischer Sicht zeigt sich dann, dass als stabil hypostasierten Beziehungen äußerst instabil waren und folglich die Schlussfolgerungen, die aus diesen vermeintlich stabilen Beziehungen gezogen wurden, vollkommen falsch sind.

Wie bei allen Klassikern, hierin unterscheiden sie sich von Neoklassikern, gibt es drei Produktionsfaktoren: Arbeit, Kapital und Boden, wobei die verfügbare Menge an Kapital sich aus der Arbeit ergibt. Der „Kapitalist“, der bei David Ricardo lediglich durch den Besitz von Kapital ausgezeichnet ist, also kein Unternehmer im Sinne von Jean Baptiste Say ist, hat die Verfügungsmacht über Kapital, also über Anlagen und Maschinen und er kann die Arbeit vorfinanzieren. Aufgrund der Machtverhältnisse muss er lediglich den existenzsichernden Lohn bezahlen. Die Waren allerdings, die von den Arbeitern produziert werden, übersteigen diesen Wert, so dass er einen Mehrwert erhält, der es ihm wiederum erlaubt, die Produktion auszudehnen. Sei es, dass er mehr Anlagen und Maschinen kaufen kann, sei es, dass er mehr Arbeiter einstellen kann, die in der Welt des David Ricardo in jeder x-beliebigen Menge zur Verfügung stehen.

Werden aber mehr Arbeiter eingestellt, steigt der Bedarf an Nahrungsmitteln. Es wird von daher notwendig, immer unfruchtbarere und/oder weiter entfernte Böden zu bewirtschaften. Das wiederum führt dazu, dass die „Kapitalisten“ immer höhere Löhne bezahlen müssen.

Die Landbesitzer oder Pächter erhalten hierdurch eine Rente. Der Begriff Rente ist nun tatsächlich ein interessantes Phänomen und wird uns bei Alfred Marshall in Form der Produzentenrente wieder begegnen.

Klar ist, von den Details sehen wir jetzt ab und verweisen auf die www.economics-reloaded.de, dass sich innerhalb eines Marktes nur ein Preis bilden kann. Damit ist dann aber auch klar, dass die Gewinne, die die einzelnen Landbesitzer oder Pächter erzielen unterschiedlich sind. Fruchtbare Böden und/oder näher an der Stadt gelegene Böden erzielen höhere Gewinne, als unfruchtbare und/oder weit entfernt gelegene Böden. Fruchtbare und oder nah gelegene Böden erzielen eine Rente. Die Rente ergibt sich also lediglich dadurch, dass der Bedarf an Nahrungsmitteln steigt. Irgendwann ist dann ein Punkt erreicht, bei dem die zu zahlenden Löhne so hoch sind, dass kein Mehrwert mehr erwirtschaftet wird.

Die Lohnhöhe kann das Existenzminimum, bei David Ricardo, nicht übersteigen, denn eine höherer Lohn würde dazu führen, dass die Bevölkerung wächst.

Es braucht kaum erwähnt zu werden, dass seine Prognose aus dem Jahre 1817 kaum Berührungspunkte hat mit der seither tatsächlich stattgefundenen Entwicklung, das ist aber nicht der interessante Punkt. Der interessante Punkt ist, dass er Zusammenhänge, die für seine Zeit Gültigkeit hatten, als ewig gültig hypostasierte und hierauf aufbauend sein Theoriegebäude zusammensetzte. Er hypostasierte, basierend auf den Erfahrungen seiner Zeit, eine bestimmte Bevölkerungsentwicklung und einen bestimmten Verlauf der Bodenerträge. Die weitere Entwicklung bestätigt aber weder das eine noch das andere.

3. David Ricardo als illustratives Beispiel

David Ricardo ist wohl der erste Modellschmied der Volkswirtschaftslehre. Er unterscheidet sich hierin deutlich von Adam Smith oder Jean Baptiste Say. Letztere argumentieren noch sehr viel stärker aus der persönlichen Anschauung heraus, erläutern ihre These an Beispielen. Das führt, wie das Beispiel Adam Smith zeigt, nicht unbedingt zu widerspruchsfreien Theoriegebäuden, siehe www.economics-reloaded.de, aber auch nicht zu abstrakten und stark vereinfachenden Modellen, bei denen die entscheidenden Parameter nicht mehr präsent sind.

Den Faktor Arbeit betrachtet z.B. David Ricardo, und daran hat sich bis zum heutigen Tag wenig geändert, als homogen. Damit ist dann auch garantiert, dass dieser Faktor immer in jeder beliebigen Menge zur Verfügung steht und nie knapp ist. Knapp ist lediglich das Kapital. Die Realität sieht anders aus. Hochspezialisierte Arbeit ist knapp

und damit mit ausreichend Macht ausgestattet, um einen sehr viel höheren Lohn als den gerade noch existenzsichernden Lohn durchzusetzen. Fraglich ist allerdings, ob Kapital, vorgestellt als nicht konsumierte Einnahmen aus der Vergangenheit, knapp ist. Kapital stellt sich David Ricardo als etwas vor, was beliebig in einen Bereich einströmen und abfließen kann, bis der Profit in jeder Verwendung gleich ist. Das ist aber nur möglich, wenn es in seiner liquidisten Form vorliegt, also als Geld und Geld ist nun mal nicht knapp, sondern wird höchsten knapp gehalten, siehe das Büchlein über Keynes auf der Einstiegsseite der www.economics-reloaded.de.

Es ist für die qualifizierte Arbeit leichter, sich Kapital zu besorgen, als für das Kapital, qualifizierte Arbeit zu finden, denn der Profit, der mit Kapital erzielt werden kann, hängt vom Vorhandensein qualifizierter Arbeit ab. Wäre das Kapital das Problem, gäbe es für die meisten ökonomischen Probleme dieser Welt eine einfache Antwort: Sparen. Leider ist es nicht so einfach, wie uns die tägliche Erfahrung zeigt.

Qualifizierte Arbeit lässt sich offensichtlich auch nicht auf Knopfdruck produzieren. Je komplexer das Umfeld, desto qualifizierter ist die Arbeit, wobei die Komplexität der Umwelt sowohl Bedingung wie auch Resultat der spezialisierten, hochqualifizierten Arbeit ist. Das scheint der Teufelskreis der Entwicklungsländer zu sein.

4. Steuern

Im Zentrum der Theorie von Ricardo steht das Wachstum der Wirtschaft und dieses wiederum hängt alleine von der Kapitalakkumulation ab. Wir wissen zwar nicht, warum die Wirtschaft bei David Ricardo überhaupt wachsen soll, weil dieses lediglich zu einer Zunahme an Menschen führt, die ein Dasein am Rande des Existenzminimums führen, aber die Frage müssen wir ja auch nicht beantworten.

Folglich betrachtet er Steuern allein unter dem Blickwinkel ihrer Auswirkungen auf die Kapitalakkumulation. Hierbei trifft er eine Unterscheidung, die sogar interessant ist, auch wenn das gesamte Theoriegebäude völlig abgedreht ist.

Tatsächlich mindert die Besteuerung von Renten die Möglichkeit zur Kapitalakkumulation, wenn wir von allen makroökonomischen Zusammenhängen absehen, was ja in der klassischen und neoklassischen Nationalökonomie immer der Fall ist.

Eine Steuer auf die Bodenrente zum Beispiel, das gleiche gilt für alle Arten von Renten, ist nur von den Landbesitzern oder Pächtern zu zahlen, die überhaupt eine Rente erzielen. Zum Konzept der Rente bei Ricardo siehe Kapitel 2 und Kapitel 7. Der „Grenzanbieter“, so heißt das dann in der Neoklassik, David Ricardo verwendet diesen Begriff nicht, zahlt keine Steuer auf die Rente, weil er schlicht keine erzielt. Da aber der Grenzanbieter keine Steuern bezahlt, wird er diese auch nicht auf den Preis umwälzen. Der Marktpreis bleibt also unverändert. Wenn der Marktpreis aber unverändert bleibt, dann können auch die Landbesitzer oder Pächter, die eine Rente erzielen, diese nicht weiterwälzen und tragen sie folglich selbst, andernfalls würden sie sich aus dem Markt katapultieren.

Positiv bewertet er die Abschaffung des Zolls auf Getreide. Kann Getreide aus dem Ausland bezogen werden, sinkt der existenzsichernde Lohn und die Profite und damit die Kapitalakkumulation steigen.

Eine Besteuerung der Löhne wäre letztlich von den „Kapitalisten“ zu tragen, da andernfalls die Löhne, bei gleichem Bruttolohn, unter das Existenzminimum fallen würden. Der „Kapitalist“ muss also die Löhne so anheben, dass die Nettolöhne wieder das Existenzminimum erreichen.

5. Geldtheorie

David Ricardo wird allgemein als Anhänger der quantitativen Geldtheorie beschrieben. Diese besagt, vereinfacht, für Details siehe www.economics-reloaded.de, dass die Preise proportional zur Geldmenge steigen, Geld aber keine Auswirkungen auf die Realwirtschaft hat.

Wir haben es also mit dem Grundproblem der Klassik zu tun. Obwohl Kapital in der Klassik und Neoklassik als absolut liquide vorgestellt wird, letztlich also Geld ist, ist Kapital was völlig anderes als Geld. Wir gehen auf diesen Aspekt jetzt nicht mehr ein und verweisen auf das kleine Büchlein zu Keynes, das von der Startseite der www.economics-reloaded.de heruntergeladen werden kann.

Weiter diskutieren wir auch nicht über komplexere monetäre Transmissionsmechanismen. Auch hier sei auf das oben genannte Büchlein verwiesen oder auf das Kapitel über Keynes auf der www.economics-reloaded.de. David Ricardo ging es ausschließ-

lich um die Verhinderung der Inflation. Eine solche befürchtet er, wenn die Geldmenge stärker steigt als das Volkseinkommen.

Um die Geldtheorie von David Ricardo zu verstehen, müssen wir verstehen, dass im 18. Jahrhundert weder das Volkseinkommen noch die umlaufende Geldmenge bekannt war. Direkt kann also die Geldmenge nicht an das Volkseinkommen angepasst werden.

Der Goldstandard erlaubt eine Kontrolle der Geldmenge, ohne Kenntnis des Volkseinkommens und der umlaufenden Geldmenge.

Fiatgeld, also Papiergeld, ist hierbei durch Gold gedeckt, kann also jederzeit in Gold umgetauscht werden, wobei die Kaufkraft des Goldes der Kaufkraft der entsprechenden Summe Fiatgeld entspricht.

Gold ist also sozusagen eine Zweitwährung, die aber stabil ist, weil Gold aus natürlichen Gründen knapp ist. Befürchten die Leute, dass das Fiatgeld, also Papiergeld, an Wert verliert, werden sie nur noch Gold als Zahlungsmittel akzeptieren. Papiergeld wird also gegen Gold eingetauscht. Damit aber sinkt die Menge an zirkulierendem Papiergeld und die Inflation wird gestoppt. In dem Moment aber, in dem die Inflation gestoppt wird, besteht auch keine Notwendigkeit mehr, Papiergeld in Gold umzutauschen.

Es ist also keineswegs so, dass beim Goldstandard Papiergeld durch Gold gedeckt ist. Wollen alle Leute gleichzeitig Papiergeld in Gold umtauschen, dann „platzt“ das System.

Der Umtausch garantiert hier nur das „fine tuning“. Solange die zirkulierende Geldmenge parallel zum Volkseinkommen steigt, können die Leute darauf vertrauen, dass einem bestimmten Geldbetrag auch immer ein bestimmter Warenkorb entgegensteht. Sie haben keine Veranlassung, Papiergeld in Gold umzutauschen. Steigt die Geldmenge aber stärker als das Volkseinkommen, wird, so die klassischen und neoklassische Annahme, Papiergeld seinen Wert verlieren.

Im Goldstandard sieht David Ricardo also die Stabilität der Währung gesichert und einzig die Stabilität der Währung ist das, was ihn, in diesem Zusammenhang, interessiert.

Im Detail vertritt David Ricardo eine bestimmte Variante des Goldstandards, auf den wir hier aber nicht eingehen und auf die www.economics-reloaded.de verweisen.

6. Komparative Kosten

Die Theorie der komparativen Kosten ist wohl das bekannteste Konzept von David Ricardo, auch wenn es meist in einem Zusammenhang genannt wird, wo es wenig zur geistigen Durchdringung eines Problems beitragen kann. Damit soll bewiesen werden, dass auch Entwicklungsländer vom internationalen Handel profitieren können. (Der Autor bestreitet nicht, dass das möglich ist. Er bestreitet nur, dass das was mit komparativen Kostenvorteilen zu tun hat.)

Was besagt die Theorie? Mit der Theorie soll bewiesen werden, dass auch Länder, deren Produktivität bei allen Gütern niedriger ist, als die anderer Länder, vom Handel profitieren, wenn sie sich auf die Produkte spezialisieren, wo sie zumindest relative Vorteile haben. Ein konkretes Rechenbeispiel hierzu findet sich auf der www.economics-reloaded.de im Kapitel über David Ricardo.

Nehmen wir an, dass Hans und Martin Pfeifen schnitzen und Socken stricken, Hans aber beides besser kann als Martin, Hans also an einem Tag 3 Pfeifen schnitzt und an einem anderen Tag 2 Socken strickt, Martin es aber nur auf 2 Pfeifen und 1 Socke bringt. Martin ist also in beiden Bereichen ineffizienter und man könnte folglich meinen, dass Hans nur wenig Veranlassung hat, mit Martin zu tauschen.

Allerdings sieht man sofort, dass Martin sich besser stellt, wenn er die Produktion von Socken einstellt und diese von Hans produzieren lässt. Um eine Socke zu produzieren, muss Martin auf zwei Pfeifen verzichten, Hans hingegen nur 1,5 Pfeifen. Martin ist zwar bei beidem ineffizienter, aber bei den Socken besonders ineffizient.

Er könnte also nur noch Pfeifen produzieren. In drei Tagen hätte er dann sechs Pfeifen, die er an Hans liefern kann, der damit zwei Tage Arbeit spart, die er für die Produktion von Socken verwenden kann. In diesen zwei Tagen kann Hans 4 Socken produzieren, was eine Socke mehr ist, als Martin selber hätte in drei Tagen herstellen können.

Martin hätte also, wenn Hans ihm die gesamte Menge an Socken gibt, 2 Socken mehr. Für Hans wiederum würde sich nichts ändern. Dieser hätte in den zwei Tagen die Menge Pfeifen produziert, die er jetzt von Martin erhält.

Über diesen Umweg kann Martin mehr Socken produzieren, als er alleine produzieren könnte.

Eine Spezialisierung auf Socken ist für Martin allerdings nicht sinnvoll. In zwei Tagen kann Martin nur zwei Socken produzieren, wodurch Hans einen Tag gewinnt, in dem er drei Pfeifen schnitzt. In zwei Tagen hätte aber Martin auch selber 4 Pfeifen schnitzen können.

Wie allerdings der Gewinn aus einem solchen Handel verteilt wird, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Allerdings ist der Bekanntheitsgrad dieser Theorie umgekehrt proportional zu ihrer praktischen Bedeutung, die dicht bei Null liegt und insbesondere im Hinblick auf Entwicklungsländer völlig irrelevant ist. Diese liefern meistens Produkte, die in den importierenden Staaten schlicht gar nicht vorhanden sind, Bananen, Kakao, Baumwolle, Kaffee etc.. Der Handel zwischen Industriestaaten beruht auf Spezialisierung und nicht auf komparativen Kostenvorteilen.

7. Rente

Es ist schwer zu sagen, was die Menschheit vermissen würde, wenn es David Ricardo nie gegeben hätte. Zwar führt von David Ricardo ein Weg zu Karl Marx, aber auch ohne David Ricardo wäre uns wohl der Marxismus nicht erspart geblieben.

Die Rente ist wohl das einzige Konzept im ganzen Theoriegebäude von David Ricardo, das Sinn macht, obwohl er nicht auf den naheliegenden Gedanken gekommen ist, dieses Konzept auf andere Bereiche auszudehnen, das macht erst Alfred Marshall, siehe www.economics-reloaded.de. Es ist naheliegend, dass Renten immer dann entstehen, wenn der Marktpreis es dem Grenzanbieter noch erlaubt, in den Markt einzutreten. Anders formuliert, wenn bedingt durch die steigende Nachfrage immer ineffizientere Anbieter in den Markt eintreten.

Dass er diesen Zusammenhang nicht gesehen hat, ergibt sich aus der Logik seiner Prämissen. Wird Arbeit als homogener Produktionsfaktor vorgestellt und Kapital als völlig liquide, dann gibt es gar keine Unterschiede in der Effizienz der Produktion. Alle Arbeiter sind gleich qualifiziert und die Anlagen und Maschinen sind alle identisch. Der einzige Faktor, der nicht beliebig in jede Anwendung fließen kann, ist der Boden, denn der kann nicht wandern.

Müssen zur Versorgung der Gesellschaft weit entfernte Böden genutzt werden, dann steigen die Transportkosten.

Die Tatsache, dass David Ricardo nicht erkennt, dass es in allen Bereichen der Wirtschaft Grenzanbieter gibt und die Produktionsstrukturen sich zumindest in kurzer Frist nicht anpassen, ist illustrativ. Er abstrahiert von allem, was marktwirtschaftliche Ordnungen charakterisiert, Innovation, technologischer Fortschritt, know how Transfer. Die Ähnlichkeit zur heutigen Volkswirtschaftslehre ist kaum zu übersehen.

8. Wer bestimmt den Preis?

Angebot oder Nachfrage

Die Frage, was den Wert einer Ware bestimmt beschäftigt die Menschheit seit 1776, dem Erscheinungsjahr von *Wealth of Nations*. Adam Smith fand es verwirrend, dass es Dinge gibt, die einen hohen Gebrauchswert haben, etwa Wasser, aber nichts kosten und es auf der anderen Seite Dinge gibt, die zwar keinen Gebrauchswert haben, wie etwa Diamanten, aber viel kosten. Des Rätsels Lösung ist denkbar einfach. Der Wert eines Wirtschaftsgutes bestimmt sich aus seiner Knappheit, die sich wiederum ergibt aus Angebot und Nachfrage. Dieses Rätsel ist also schnell gelöst.

Das eigentliche Rätsel ist, wieso Adam Smith das rätselhaft fand. Mit seinem Begriffspaar natürlicher Preis und Marktpreis, siehe www.economics-reloaded.de, hat er das Rätsel doch eigentlich schon gelöst. Das Problem bei Adam Smith ist, dass er gleichzeitig ein Anhänger der These ist, dass der Wert einer Ware sich aus der in dieser verkörperten Arbeit ergibt. Mit dieser These kann das eingangs genannte Rätsel zwar nicht gelöst werden, aber der eingangs genannte Zusammenhang wird damit zum Rätsel.

David Ricardo ist nun ein strammer Anhänger der These, dass der Wert einer Ware ausschließlich angebotsseitig determiniert ist. Die Logik dahinter ist simpel. Kann jedes Angebot abgesetzt werden, entscheidet allein der Preis, bzw. die Kosten, zu dem eine Ware produziert werden kann, über den Absatz.

Das klingt logisch, ist aber falsch. Selbst bei einem reinen Anbietermarkt entscheidend die Nachfrage, was überhaupt produziert wird. Auch bei einem reinen Anbietermarkt bei permanenter Unterversorgung lenkt die Nachfrage die Ressourcen. Das ist auch bei seiner Bodenrente so. In dem Maße, in dem die Nachfrage nach Nahrungsmitteln steigt, müssen immer mehr unfruchtbare oder weit entfernte Böden bewirtschaftet werden. Die Bodenrente ist also Ausdruck der Nachfrage.

Am anderen Ende haben wir dann Carl Menger, siehe www.economics-reloaded.de. Der sieht den Wert eines Gutes allein durch die Nachfrage bestimmt und behauptet, dass sich die Knappheit aus der Nachfrage ergibt. Das ist genau so falsch. Die Nachfrage allein lässt ein Produkt nicht knapp sein, sondern nur das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage.

IX. David Ricardo innerhalb der klassischen Nationalökonomie

Von Adam Smith und Jean Baptiste Say unterscheidet sich David Ricardo deutlich. Zwei unheilvolle Entwicklungen beginnen mit David Ricardo.

Die erste unheilvolle Entwicklung ist die Idee, dass sich der Wert einer Ware aus der in ihr verkörperten Arbeit ergibt. Das führt zum Marxismus und Karl Marx war der größte Fan von David Ricardo.

Mit David Ricardo beginnt auch die Abschaffung der marktwirtschaftlichen Ordnung, die bei Karl Marx dann vollendet wird. Zu den zentralen Momenten marktwirtschaftlicher Ordnungen, siehe das kleine Büchlein zu Keynes auf der Eingangsseite der www.economics-reloaded.de. Wird die Arbeit als homogenes Gut vorgestellt, bedarf es keines Preissignals mehr, dass die Arbeit veranlasst, sich an strukturelle Änderungen anzupassen. Man kann dann auch nur das Existenzminimum bezahlen, wie bei David Ricardo im entfesselten „Kapitalismus“ oder alle den gleichen Lohn, wie im blühenden Sozialismus.

Weiter spielt auch die Nachfrage bei ihm keine Rolle mehr, so dass ohnehin keine Preise mehr gibt, die Knappheitssignale anzeigen könnten.

Die zweite unheilvolle Entwicklung ist die Modellierung anhand sehr weniger Parameter unter weitgehender Abstraktion von der Realität.

Jean Baptiste Say



1. Einführung

Wie bereits erwähnt, in den Büchlein zu Adam Smith, David Ricardo und John Maynard Keynes gehen wir nicht auf Details ein und insbesondere verzichten wir auf Zitate aus dem Originalwerk. Für eine detailliertere Darstellung, die auch mehr mit Beispielen argumentiert, verweisen wir auf die

www.economics-reloaded.de.

Jean Baptiste Say ist der ‚dynamischste‘ unter den Autoren der klassischen Nationalökonomie. Den Begriff klassische Nationalökonomie hinterfragen wir hier nicht und verweisen auf die www.economics-reloaded.de.

Was verstehen wir in diesem Zusammenhang unter ‚Dynamik‘? Unter einem dynamischen System verstehen wir ein System, das sich an veränderte Bedingungen anpassen kann und sich auch ständig verändert. Diese Veränderungen liegen eher auf der Angebotsseite als auf der Nachfrageseite, allerdings lassen sowohl Adam Smith wie auch David Ricardo, zwei andere klassische Autoren, die Frage ungeklärt, wie es zu diesen Änderungen auf der Angebotsseite überhaupt kommt.

Adam Smith und David Ricardo beschreiben quantitative Zunahmen im Angebot, aber keine qualitativen Sprünge.

Es braucht nicht weiter hinterfragt zu werden, weil es offensichtlich ist, dass qualitative Sprünge das Resultat von Forschung und Entwicklung und Unternehmertum sind. Diese zwei Momente marktwirtschaftlicher Ordnungen werden von Jean Baptiste Say diskutiert.

Wir werden bis zu Joseph Schumpeter warten müssen, bis wir einen der zentralen Akteure marktwirtschaftlicher Ordnungen, den Unternehmer, wiederfinden.

Wir gehen in der www.economics-reloaded.de ausführlich auf die Problematik ein. Insbesondere bei den Werken der Autoren der Neoklassik, Léon Walras und Vilfredo Pareto, haben wir eine Marktwirtschaft ohne Unternehmer. Wir erläutern in der

www.economics-reloaded.de, dass dies durch die Methodik bestimmt wird, mit der die Neoklassik und im Gefolge dieser die gesamten Wirtschaftswissenschaften ökonomische Probleme analysiert.

Eingang in die Lehrbücher hat nur das Saysche Gesetz gefunden. Wir haben bereits erwähnt, dass dies ein Phänomen ist, das wir bei allen Autoren finden. Von David Ricardo wurde nur die Theorie der komparativen Kosten kanonisiert, mit Adam Smith verbindet jeder die unsichtbare Hand des Marktes, nicht aber, das eigentlich viel relevantere, Begriffspaar natürlicher Preis/Marktpreis. Das fatalste Beispiel für dieses Phänomen ist die Reduktion des keynesschen Theoriegebäudes auf expansive Fiskalpolitik.

Das Phänomen kann erklärt werden, siehe oben, und die Erklärung dieses Phänomens ist bedeutsam, weil zentrale Probleme der Wirtschaftswissenschaften mit der Wahl der Methode zusammenhängen, mit der ökonomische Phänomene analysiert werden. Die Methode präjudiziert einerseits die Inhalte und ist andererseits dafür verantwortlich, dass wesentliche Aspekte, die für die Erklärung ökonomischer Zusammenhänge relevant sind, ausgeklammert werden. Es lässt sich diesbezüglich ein Muster erkennen, das einer empirischen Überprüfung zugänglich ist.

Für Details verweisen wir auf die www.economics-reloaded.de.

2. Sparen als Bedingung für Investition auch bei Say nach wie vor gültig. Mehrwert aus Arbeit wird abgeschafft.

Wie in dem kleinen Büchlein zu Adam Smith bereits skizziert und auf der www.economics-reloaded.de ausführlich beschrieben, ist Wealth of Nations von Adam Smith hinsichtlich der Frage der Akkumulation des Kapitals widersprüchlich. Auf der einen Seite ist Kapital lediglich das Ergebnis akkumulierter Arbeit, auf der anderen Seite bestimmt aber der Marktpreis, der im Gleichgewicht dem natürlichen Preis entspricht, den Wert eines Gutes und die Entlohnung der in diesem Gut verkörperten Produktionsfaktoren. Dies ist widersprüchlich unter anderem deswegen, weil auch die Entlohnung aus Kapital und Boden, so sie nicht konsumiert werden, zu Kapital werden bzw. für investive Zwecke zu Verfügung stehen.

Insbesondere bleibt aber, siehe unten, die unternehmerische Leistung unberücksichtigt.

Klarer, also weniger widersprüchlich, aber dennoch falsch, ist das Theoriegebäude von David Ricardo. Bei David Ricardo ist Kapital das Resultat des von den Arbeitern geschaffenen Wertes, der den Wert dessen übersteigt, was sie zum Leben brauchen. Von David Ricardo geht es also direkt zur Karl Marx.

Mit der Frage, woher die für investive Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel stammen, setzt sich Jean Baptiste Say gar nicht *expressis verbis* auseinander, allerdings geht auch er davon aus, dass Sparen, verstanden als nicht konsumiertes Einkommen der Vergangenheit, notwendige Bedingung für Investitionen ist.

Mehr als mit der Arbeitswertlehre, also der Lehre, dass sich Arbeit in Waren verkörpere, setzte er sich mit den Physiokraten auseinander. Diese behaupten, dass allein der Boden Werte schaffe, die Arbeit aber soviel Werte durch Konsum vernichte, wie sie vorher schaffe. Zutreffend stellt er fest, dass das wohl nicht ganz stimmen kann, wenn die industrielle Wertschöpfung die Wertschöpfung des Bodens um das Mehrfache übersteigt.

Mit der Arbeitswertlehre setzt er sich nur indirekt, im Zusammenhang mit Dienstleistungen und der These von Adam Smith, dass diese keine Werte schaffen, da das Ergebnis einer Dienstleistung sich nirgends verkörpere, auseinander. Soll heißen: Ist das Konzert beendet, bleibt nichts übrig, das man verwerten kann.

Die These ist, wie Say zutreffend bemerkt, etwas abwegig. Diagnostiziert der Arzt eine Krankheit und ermöglicht hiermit, dass geeignete Maßnahmen zu deren Bekämpfung ergriffen werden können, dann wird er hierfür entlohnt. Diesen Zufluss an liquiden Mitteln kann man verkonsumieren oder investieren, auch wenn sich das Resultat seiner Tätigkeit nirgends verkörpert hat.

Der zweite Angriff auf die Arbeitsmarktlehre, ebenfalls indirekt, erfolgt durch die von Say eingeführte separate Entlohnung für die unternehmerische Tätigkeit.

Die unternehmerische Tätigkeit spielt weder bei Adam Smith, noch bei David Ricardo noch bei John Stuart Mill eine Rolle und erst Recht nicht bei den Autoren der Neoklassik. Siehe Einführung. Für Details verweisen wir auf die www.economics-reloaded.de. Wie bereits erwähnt, halten wir diesen Zusammenhang für bedeutend, weil die grundlegenden methodischen Fehler, die zu dieser Abstraktion führen, auch für die heutige

Volkswirtschaftslehre bedeutsam sind. Wir wollen das aber in dieser kurzen Abhandlung nicht weiter ausführen und verweisen auf die www.economics-reloaded.de.

Außer bei Jean Baptiste Say und Joseph Schumpeter gibt es in der Volkswirtschaftslehre nur „Kapitalisten“. Der Kapitalist ist aber nicht durch seine unternehmerische Tätigkeit charakterisiert, sondern durch die Tatsache, dass er im Besitz des Kapitals ist, wobei Kapital als etwas vorgestellt wird, das quasi mühelos in die jeweils rentabelste Verwendung fließen kann. Ein Subjekt, das die Marktsignale verarbeitet, ist hierbei nicht nötig.

Dieser Ansatz führt zu einer Methodik, die marktwirtschaftliche Ordnungen als mathematisch beschreibbar erscheinen lassen. Die hypostasierte Berechenbarkeit marktwirtschaftlicher Ordnungen negiert das Vorhandensein des Problems, bei dessen Lösung marktwirtschaftliche Ordnungen ihre Überlegenheit ausspielen können. Es ist von daher unwahrscheinlich, dass die heute in den Wirtschaftswissenschaften angewandten Methoden zur Beschreibung marktwirtschaftlicher Ordnungen geeignet sind, denn wären diese Methoden anwendbar, bräuchten wir die marktwirtschaftliche Ordnung nicht.

Die unternehmerische Tätigkeit ist, so Jean Baptiste Say, ein eigener Produktionsfaktor. Der Unternehmer ist der entscheidende Akteur marktwirtschaftlicher Ordnung. Der Kapitalist, dessen Kapital berechenbar und ohne weitere Anstrengung in die optimale Verwendung fließt, kann das zentrale Problem marktwirtschaftlicher Ordnungen nicht lösen. Es bedarf eines Unternehmers, der aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Informationen Entscheidungen trifft und für diese Entscheidungen auch haftet.

Da diese eine eigene Leistung ist, wird sie, zutreffenderweise, auch entlohnt. Bei Say gibt es also zusätzlich zur Entlohnung des Kapitals, den Profit, noch eine Entlohnung für die unternehmerische Leistung. Damit ergibt sich dann auch, dass es nicht allein, wie bei den anderen Autoren der Klassik, die Arbeit ist, die Werte schafft, sondern eben auch die unternehmerische Leistung.

Des Weiteren wird von Jean Baptiste Say bestritten, wie von David Ricardo imaginiert, dass das Kapital mühelos in die jeweils rentabelste Verwendung fließt, so dass sich die Profitraten ausgleichen und insbesondere, dass das Kapital dies von alleine tut. Wäre dem so, wie dies auch die Autoren der Neoklassik behaupten, dann wäre das Problem der Informationsverarbeitung bereits gelöst und eine marktwirtschaftliche Ordnung unnötig.

Die Annahme der vollkommenen Information und Transparenz ist keine harmlose ceteris paribus Klausel, die zu analytischen Zwecken vorgenommen wird, damit wesentliche Aspekte marktwirtschaftliche Ordnungen leichter beschrieben werden können. Diese Annahme expediert das eigentliche Problem. Ein Modell, in diesem Fall das Modell des vollkommenen Marktes, das das zentrale Problem wegdefiniert, ist nicht geeignet, dieses zentrale Problem zu analysieren, weil es ja in diesem Modell gar nicht mehr vorhanden ist.

3. Forschung und Entwicklung durch den Staat

Wie eingangs, siehe 1. Einführung, bereits erwähnt, ist Jean Baptiste Say, der „dynamischste“ unter den Autoren der Klassik. Unter Dynamik, wie bereits anfangs erwähnt, verstehen wir qualitative Sprünge auf der Angebotsseite, also z.B. Technologien, die zu Umstrukturierungsprozessen in vielen Bereichen der Wirtschaft führen. Das Internet wäre zum Beispiel ein solcher qualitativer Sprung. Ausführlich beschäftigt sich mit dieser Thematik Joseph Schumpeter, siehe www.economics-reloaded.de.

Das derzeit in den Wirtschaftswissenschaften dominierende methodologische Paradigma kann Prozesse der Vergangenheit in die Zukunft fortschreiben, also quantitative Veränderungen beschreiben. Qualitative Sprünge können mit diesen Methoden nicht erfasst werden und werden ignoriert. Die schwache prognostische Kraft wirtschaftswissenschaftlicher Theorien hängt damit zusammen. Qualitative Sprünge bewirken, dass Tendenzen aus der Vergangenheit nicht in die Zukunft fortgeschrieben werden können.

Forschung und Entwicklung führen zu qualitativen Sprüngen. Es liegt hierbei in der Natur der Dinge, dass eine Prognose über den Erfolg von Forschung und Entwicklung nicht möglich ist. Wäre dies möglich, gäbe es also einen stabilen Zusammenhang zwischen Aufwand und Ertrag, wären manche der in der www.economics-reloaded.de angeführten Argumente nicht stichhaltig.

Die Rentabilität von Investitionen in Forschung und Entwicklung könnten dann mit denselben Rechenverfahren, etwa der Barwertmethode, berechnet werden, die auch bei anderen Investitionen angewendet werden.

Die Notwendigkeit staatlicher Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung

wurde auf der www.economics-reloaded.de damit begründet, dass ein „wissenschaftlicher Durchbruch“ zwar zu großen Wachstumsschüben führen kann, auf der anderen Seite das Risiko für Privatunternehmen aber zu groß ist. Da der Staat aber in der Lage ist, seine Investitionen breit zu streuen, kann er sich quasi bei sich selbst versichern. Er kann also, modern ausgedrückt, die Strategie eines venture capitalists fahren.

Gäbe es das Risiko nicht, bzw. würde es das Maß einer „normalen“ Investition nicht übersteigen, wäre es also berechenbar, bestünde die Notwendigkeit staatlicher Investitionen in Forschung und Entwicklung nicht.

Jean Baptiste Say betont also die Bedeutung der „dynamischen“ Elemente einer Marktwirtschaft. Die Bedeutung des Unternehmers und die Bedeutung von Forschung und Entwicklung.

Leider ist die Volkswirtschaftslehre diesem Ansatz nicht gefolgt. Die Neoklassik, so wie wir sie heute in den Lehrbüchern finden, ist eigentlich keine Volkswirtschaftslehre, sondern eine Lehre der Marktgleichgewichte. Im Fokus der Betrachtung stehen Marktgleichgewichte und nicht die dynamischen Prozesse.

Dass auch Joseph Schumpeter nicht Eingang gefunden hat in den Kanon der Lehre, hängt mit dem methodischen Paradigma zusammen. Die „schöpferische Zerstörung“, ein eher unglücklicher Begriff, siehe www.economics-reloaded.de, stellt auf sprunghafte Änderungen auf der Angebotsseite ab, die zu tiefgreifenden Veränderungen in vielen Bereichen der Wirtschaft führen. Das methodische Paradigma der derzeitigen Volkswirtschaftslehre verneint implizit das Vorhandensein solcher qualitativen Sprünge.

4. Preis ergibt sich aus der Nachfrage

Die Frage, wie sich der Wert eines Gutes bestimmt, zieht sich durch die gesamte Klassik. Das ist insofern erstaunlich, als Adam Smith mit dem Begriffspaar natürlicher Preis/Marktpreis die Frage eigentlich schon beantwortet hat.

Der natürliche Preis ist der Preis, siehe das kleine Büchlein zu Adam Smith oder www.economics-reloaded.de, der genau so hoch ist, dass er die natürlichen Entgelte für Arbeit, Kapital und Boden, also Lohn, Profit und Rente, deckt. „Natürlich“ wiederum sind diese Entgelte, wenn sie in allen Verwendungen gleich sind, denn wäre

dem nicht so, würden sie ab- und zuwandern. Der Marktpreis ist der tatsächlich zu zahlende Preis, der sich aufgrund der Nachfrage verändert. Ist der Marktpreis gleich dem natürlichen Preis, besteht ein Gleichgewicht. Ist er höher, werden die Produktionsfaktoren in den jeweiligen Bereich einwandern, bis die Entgelte wieder in allen Verwendungen gleich sind. Ist er niedriger, werden die Produktionsfaktoren abwandern, bis das Gleichgewicht erreicht ist. Damit ist eigentlich zu dem Thema alles gesagt und die „revolutionäre“ Marginaltheorie der Neoklassik wird vorweggenommen, anders formuliert: Eine „marginale Revolution hat, anders als wir dies vielfach lesen, nie stattgefunden. Siehe www.economics-reloaded.de.

Leider hat Adam Smith die Tragweite seiner Gedanken nicht erkannt, was für ihn typisch ist. Parallel zu dieser Theorie, aus der sich ergibt, dass der Wert eines Gutes sowohl angebotsseitig wie auch nachfrageseitig bestimmt ist, entwickelt er noch die Arbeitswertlehre, bei der sich der Wert eines Gutes ausschließlich aus der in diesem Gut inkorporierten Arbeit bestimmt.

Bei David Ricardo ist der Wert eines Gutes ausschließlich von der Angebotsseite her bestimmt. Würden die Preise fallen, hätten die Arbeiter, bei gleichbleibendem Nominallohn, ein höheres Einkommen. Dadurch würde die Bevölkerung zunehmen, wodurch die Preise wieder steigen würden.

Jean Baptiste Say bemerkt zutreffend, dass hier ein Denkfehler vorliegt, den er anhand der Bodenrente erläutert. Die Bodenrente steigt, wenn die Nachfrage zunimmt, weil dann immer schlechtere und/oder weiter entferntere Böden bewirtschaftet werden können, für Details siehe www.economics-reloaded.de. Die höhere Bodenrente ergibt sich also aus der Nachfrage. Läge diese nicht vor, könnten die Böden nicht rentabel bewirtschaftet werden.

Das lässt sich allgemeiner formulieren. Selbst wenn wir den Grundthesen von David Ricardo zustimmen würden, dass die Preise immer auf einem Niveau sind, dass bei bestehendem Nominallohn gerade noch das Existenzminimum erreicht wird, die Bevölkerungszahl also sozusagen durch das Preisniveau bestimmt wird, der Preis also die exogene Variable ist und die Bevölkerungszahl die endogene, zieht trotzdem die Nachfrage das Angebot hinter sich her. Die Nachfrage bestimmt, was produziert wird.

In den Lehrbüchern der Mikroökonomie wird die Nachfrage abgeleitet aus dem

1. und 2. Gossenschen Gesetz. Das erste 1. Gossensche Gesetz besagt, dass der Nutzen mit zunehmendem Konsum abnimmt, das 2. Gossensche Gesetz besagt, dass das verfügbare Einkommen so verwendet wird, dass der Nutzen maximiert wird. Das wiederum heißt, dass der Konsum eines Gutes nur solange währt, bis der Nutzen eines anderen Gutes, von dem bislang weniger konsumiert wurde, höher ist. Wir finden dann in zahlreichen Abhandlungen eine Diskussion darüber, ob Gossen der Urheber war, Menger oder Walras. Die Antwort ist, keiner von den Dreien. Den simplen Zusammenhang hat schon Jean Baptiste Say erkannt. Wir zitieren hier ausnahmsweise mal wörtlich.

„Hieraus ergibt sich dann für jede Ware eine bestimmte erwünschte und nachgefragte Menge, wobei die Menge abhängt vom Preis, zu dem sie angeboten werden kann. Denn je teurer für den Produzenten, bedingt durch die Kosten der Produktion, dessen Resultat sie ist, desto eher wird sie, je nach Bewertung durch den Konsumenten, verdrängt und muss hinnehmen, dass die Produkte vorgezogen werden, die eine größere Befriedung zum selben Preis versprechen.“

Das ist eigentlich sogar präziser als Gossen, weil er die Kosten in seine Argumentation mit einbezieht. Für ein konkretes Beispiel, das den Abschnitt erläutert, siehe www.economics-reloaded.de.

5. Saysches Gesetz

Das Saysche Gesetz ist das einzige Konzept, das Eingang gefunden hat in den Kanon der Lehre.

Der Autor würde sagen, dass dies nicht der interessanteste Aspekt des Werkes von Jean Baptiste Say ist. Der Autor würde sagen, der eigentlich interessante Aspekt des Werkes ist die Tatsache, dass Jean Baptiste Say mehr als alle anderen Autoren der Klassik, und insbesondere mehr als die Autoren der Neoklassik, auf die dynamischen Elemente der marktwirtschaftlicher Ordnungen fokussiert. Dies ist insofern ein wichtiges Element, als die derzeitige Volkswirtschaftslehre genau diese Aspekte ignoriert. Nicht die konkrete Analyse dieser Aspekte ist der interessante Punkt, sondern die Perspektive unter der die Wirtschaft betrachtet wird. Der Unterschied dürfte sich daraus ergeben, dass Jean Baptiste Say der einzige Autor ist, der über konkrete unternehmerische Erfahrung verfügt. Das Manko der heutigen Volkswirtschaftslehre

hängt eben auch damit zusammen, dass Uni Professoren keinerlei Berufserfahrung haben.

Das Saysche Gesetz, in der Interpretation, wie wir es in den heutigen Lehrbüchern finden, besagt, dass es zu einer Unterkonsumtion nicht kommen könne, weil jedes Angebot sich seine Nachfrage selbst schaffe. Die Idee ist, dass wenn jeder nur soviel arbeitet, dass er den gewünschten Warenkorb erwerben kann, wird er genau so viele Werte schaffen wie er anschließend entweder zu konsumieren oder zu sparen wünscht. Das Problem hierbei wäre, dass Gewinneinkünfte „zufällig“ anfallen, also im voraus gerade nicht vorhergesagt werden können, was dann zu der von Keynes beschriebenen Problematik führt, siehe das kleine Büchlein zu Keynes oder www.economics-reloaded.de.

Liest man sich den entsprechenden Abschnitt aber durch, siehe www.economics-reloaded.de, wo er vollständig wiedergegeben ist, dann ist das nicht das, was Say ursprünglich gesagt hat. Say hat ursprünglich lediglich gesagt, dass eine zu geringe Nachfrage durch ein zu geringes Angebot entsteht, also keine ausreichende Kaufkraft vorhanden ist. Nur wer vorher etwas verkauft hat, besitzt Kaufkraft und nur wer über die nötige Kaufkraft verfügt, kann etwas kaufen.

Tatsächlich ist der Abschnitt im Original komplexer und vielschichtiger und hat mit dem, was wir heute unter Sayschem Gesetz in den Lehrbüchern finden, eigentlich nur wenig gemeinsam. Wir sehen das schon daran, dass Say zu Beginn des Abschnitts konstatiert, dass die Händler über eine schwache Nachfrage klagen. Würde aber das Saysche Gesetz, in der Interpretation, die wir heute in den Lehrbüchern finden, gelten, dürfte es diese mangelnde Nachfrage ja gar nicht geben.

Zu Beginn setzt sich Say mit der im Handel weit verbreiteten Ansicht auseinander, dass es an Geld fehle. Er führt an, dass Geld lediglich das „Vehikel“ sei, das, vergleichbar mit einer Kutsche, die Waren von A nach B transportiert, also lediglich den Austausch von Gütern ermögliche, aber im Grunde Güter gegen Güter getauscht werden. Das ist die Geldschleiertheorie, die natürlich die Wirklichkeit unzutreffend beschreibt. Siehe das kleine Büchlein zu Keynes oder www.economics-reloaded.de.

Er stellt dann zutreffend fest, dass die Höhe der Löhne und der Profite von der Nachfrage abhängen. Je größer die Nachfrage nach einem Produkt, im Verhältnis zum An-

gebot, je höher sind die Profite und die Löhne, die in diesem Sektor bezahlt werden.

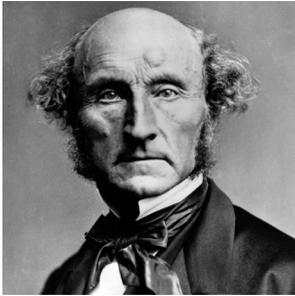
Er stellt dann weiter fest, ebenfalls zutreffend, dass die abstrakte Nachfrage praktisch unendlich ist. Eine mangelnde Nachfrage gibt es also nie, es gibt höchstens eine mangelnde Kaufkraft.

Des Weiteren kann es sein, dass ein Gut zwar einen Nutzen stiftet, aber die Kosten, die für die Herstellung aufgewendet werden müssen, diesen Nutzen übersteigt.

Er führt dann noch ein Argument gegen David Ricardo an, ohne diesen jedoch zu nennen. Es mag zutreffend sein, dass die Bevölkerungszahl durch das Angebot an Nahrungsmitteln begrenzt ist, da aber diese begrenzte Bevölkerungszahl eine unendliche Nachfrage entwickeln kann, kann auch die Wirtschaft bis ins Unendliche wachsen.

Weiter stellt er, ebenfalls zutreffend fest, dass Handel vor allem zwischen wohlhabenden Nationen stattfindet. Nur wenn eine Nation wohlhabend ist, ist sie in der Lage, in einem anderen Land eine Nachfrage zu entfalten. Handelsbeschränkungen aller Art sind also, ebenfalls weitgehend zutreffend, völlig sinnlos, weil man dadurch andere Länder daran hindert, in den Besitz der Kaufkraft zu kommen, die es ihnen ermöglicht, in einem anderen Land einzukaufen.

John Stuart Mill



1. Principles of Political Economy
2. On liberty

1. Principles of Political Economy

Wir verzichten hier auf die Wiedergabe der englischen Originalzitate und verweisen auf die www.economics-reloaded.de.

John Stuart Mill ist als Ökonom unbedeutend, hat jedoch erheblichen Einfluss auf den Liberalismus, als dessen Begründer er gilt.

Sein Werk Principles of Political Economy, erschienen 1848, ist eine Zusammenfassung der gesamten Fehler der klassischen Nationalökonomie, die obendrein auch noch in radikalierter Form dargestellt werden. Dieses Kapitel wird jetzt also sehr kurz, weil wir auf all diese irrigen Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie in den vorherigen Kapiteln schon ausführlich eingegangen sind. Hinsichtlich der irrigen Vorstellungen der Klassik bezüglich Kapital, Sparen, Arbeit, Zins und Geld verweisen wir auf das einführende Kapitel über die Klassik. Ausführlicher haben wir die Problematik in den entsprechenden Kapiteln zu Adam Smith, David Ricardo und Jean Baptiste Say besprochen.

Bei Adam Smith und Jean Baptiste Say ist das Bild etwas unklarer. Adam Smith ist in sich widersprüchlich. Wir finden zwar auch bei ihm die irrigen Vorstellungen der Klassik über Kapital, sparen, Zins und Geld, allerdings gibt es bei ihm auch einen Marktpreis sowie eine Beschreibung wie Geld ein Produktionspotential aktivieren kann und ähnliches, was mit den irrigen Annahmen der Klassik inkompatibel ist und in die richtige Richtung weist.

Jean Baptiste Say wiederum verneint, mit guten Gründen, dass Kapital das Ergebnis eines den Arbeitern abgepressten Mehrwerts ist und räumt einer zentralen Gestalt der marktwirtschaftlichen Ordnung breiten Raum ein: Dem Unternehmer.

Wir betonen noch mal, dass es von fundamentaler Bedeutung ist, den Begriff sparen präzise und exakt zu definieren. Die Definition, die wir überall lesen, sparen ist das

nicht konsumieren von Einnahmen aus der Vergangenheit, ist irreführend und falsch. ‚Sparen‘ kann auch erfolgen aus dem durch die Investition generierten Einkommen in der Zukunft ohne jeden Konsumverzicht. Richtig ist diese Definition: Sparen ist die Produktion von Investitionsgütern anstatt von Konsumgütern. Diese Definition zielt auf den Kern des Problems. In der Vollbeschäftigung muss gespart werden, in der Unterbeschäftigung nicht.

Kapital, wobei zwischen Produktivkapital, Anlagen, Maschinen, Werkzeuge, Gebäude und Geld bei den klassischen Autoren, also John Stuart Mill, Adam Smith, Jean Baptiste Say, David Ricardo und eben auch Karl Marx, nicht unterschieden wird, ist ein limitierender Faktor der Produktion. Nur in dem Maße, in dem mehr Kapital zur Verfügung steht, kann in dieser Welt die Produktion aufrechterhalten bzw. erweitert werden.

Der Umfang der gegenwärtigen Beschäftigung hängt also von dem in früheren Perioden von der Arbeit geschaffenen Kapital ab.

Das Kapital liefert der Produktion die Gebäude, Schutz, Werkzeuge und die Rohstoffe, die für die Arbeit nötig sind, sowie die Nahrung und alles übrige, was die Arbeiter während des Produktionsprozesses benötigen. Das sind die Dienste, die gegenwärtige Arbeit von der früheren Arbeit und deren Resultate beziehen muss. Was immer zu diesem Zweck dient - was also dazu bestimmt ist mit diesen Mitteln eine produktive Tätigkeit zu ermöglichen - ist Kapital.

aus: John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Seite 75

Wir bereits ausführlich erläutert, hat diese Theorie gleich zwei Fehler. Erstens entsteht ‚Kapital‘, also Geld, das für investive Zwecke zur Verfügung steht nicht nur durch Arbeit, sondern schlicht durch Einnahmen, die nicht konsumiert wurden, wo immer diese auch herkommen mögen, und zweitens hängt die Menge an Geld, das für investive Zwecke zur Verfügung steht, nicht vom Sparen ab.

Die klassische Nationalökonomie verfolgt einen mikroökonomischen Ansatz. Unternehmen und Haushalte können tatsächlich ihr „Kapital“ nur erhöhen, indem sie sparen. (Die Tatsache allein, dass Arbeit einen Mehrwert schafft, reicht hierfür natürlich nicht. Der Mehrwert darf auch nicht konsumiert werden.)

Die Quelle, aus der das Sparen herrühren kann ist der Mehrwert des Produktes der Arbeit, nachdem alles für die Produktion, inklusiv allem für den Ersatz des Materials und der Instandhaltung des fixen Kapitals, Lebensnotwendige, ersetzt wurde. Mehr als dieser Mehrwert kann unter keinen Umständen gespart werden.

aus: John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Seite 140

Nach dieser Logik müsste die Mehrwertsteuer an der Lohnsumme ansetzen. Zu befürchten ist, dass das Finanzamt die Meinung von John Stuart Mill und der klassischen Nationalökonomie im Allgemeinen nicht teilt. Ausnahmsweise, und das ist für den Autor dieser Zeilen selten, würde er sagen, dass hier sogar das Finanzamt Recht hat.

Ähnlich wie Jean Baptiste Say verwendet er die Begriffe Akkumulation und Sparen als Synonyme, was allerdings auch nicht zielführend ist.

Jede Akkumulation bedeutet ein Opfer in der Gegenwart zugunsten eines Konsums in der Zukunft

aus: John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Seite 142

Geht es darum, sein Vermögen zu vermehren, dann muss man in der Tat akkumulieren, also nicht alle Einnahmen verkonsumieren. Er geht allerdings davon aus, dass man akkumulieren muss, um die Produktion auszudehnen, meint also sparen im Sinne der Klassik und das ist falsch. Einen neuen Gedanken gibt es bei John Stuart Mill, wobei Jean Baptiste Say das ebenfalls andeutet.

Das ist das eigentliche Motiv, welches dem Wunsch nach Akkumulation zugrunde liegt [Konsum in der Zukunft] und dieses ist bedeutender als jedes andere. Es zeigt, kurz und bündig, das Niveau der Zivilisation. Um die arbeitenden Schichten dazu zu bringen ihre Lebensbedingungen zu verbessern und Kapital anzusparen, ist es absolut notwendig, sie dazu zu bringen, durch Religion oder Erziehung, einzusehen, dass der Konsum in der Zukunft größer ist, als das Opfer der Gegenwart. Das ist, ohne Zweifel, ein Problem der Erziehung und gehört eher in den Bereich der Ethik als in den Bereich der politischen Ökonomie.

aus: John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Seite 142

Bei David Ricardo, und bei Karl Marx, ist es schlicht unmöglich, dass die Arbeiter sparen, denn sie erhalten den gerade noch existenzsichernden Lohn, von dem sich nichts sparen lässt. Würden sie einen Lohn erhalten, der das Existenzminimum übersteigt, würden sie mehr Kinder bekommen, das Arbeitsangebot folglich steigern, was wiederum den Lohn auf das Existenzminimum drücken würde. Dass es günstiger wäre, wenn ein größerer Teil der Bevölkerung im Besitz von Produktivvermögen wäre, ist unstrittig. Zweifelhaft jedoch ist, ob das dadurch gelingt, dass mehr gespart wird.

In der Klassik herrscht eine allgemeine Begriffsverwirrung. (Die wir im übrigen auch in modernen Lehrbüchern finden.) Akkumulation ist das gleiche wie Sparen, Kapital und Geld werden immer mal wieder als Synonyme verwendet, zwischen Geld und Gold als Zahlungsmittel wird nicht unterschieden.

In der nun folgenden Diskussion, werde ich den Begriff Geld und Edelmetalle verwenden, ohne zu unterscheiden. Das kann geschehen, ohne dass dies zu einem Fehler führt. Das ist so, weil der Wert des Geldes sich allein aus dem Wert der Metalle ergibt, egal ob es aus Edelmetall besteht oder eine Papierwährung ist, die bei Bedarf in ersteres konvertiert werden kann. Von diesem kann es nie, mal abgesehen von den Prägekosten, wenn diese von den Individuen und nicht vom Staat bezahlt werden, abweichen.

aus: John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Seite 469

Das hätte John Stuart Mill mal besser nicht getan. Denn Gold war zur damaligen Zeit ein allgemeines Zahlungsmittel, Geld allerdings, das von einer Zentralbank herausgegeben wird oder, wie damals, für das eine Privatbank bürgt, ist eine nationale Währung. Gold als Zahlungsmittel wird auch dann akzeptiert, wenn das Ausland gar nicht vorhat, im Inland etwas einzukaufen. Eine nationale Währung allerdings wird nur akzeptiert, wenn in dem emittierenden Land auch etwas eingekauft werden soll. Weiter ist Gold von Natur aus knapp, Geld jedoch nicht. Wird keine Unterscheidung zwischen Geld und Gold getroffen, führt das zu all den Denkfehlern, die wir bereits des Öfteren besprochen haben.

Gewöhnlich ist das produzierende Gewerbe und der Handel, vor allem wenn sie alle ihr Kapital rentabel eingesetzt haben, in der Lage ihr Geschäft über das hinaus auszudehnen, was ihnen ihr eigenes Kapital erlaubt. Das sind die natür-

lichen Darlehensnehmer und die Kreditsumme, die sie zu entleihen wünschen und für die sie Sicherheiten stellen können, sind die Nachfrage nach investiven Krediten. Zu diesen muss man dann noch die Anleihen des Staates und der Landbesitzer, oder andere Konsumentenkredite hinzuaddieren, die in der Lage sind, den Kredit abzusichern. Es ist nun vorstellbar, dass Personen über ein Kapital in gleicher Höhe oder sogar mehr verfügen, die nicht persönlich investieren wollen oder hierzu nicht qualifiziert sind. In diesem Fall gäbe es auf der Seite der Entleiher einen Wettbewerb und der Zins würde nur einen kleinen Teil ausmachen im Verhältnis zum Profit. Der Zinssatz würde solange sinken, bis endlich die Darlehensnehmer mehr Kredite aufnehmen, als sie vernünftigerweise in ihren Unternehmen investieren können oder ein Teil der Darlehensgeber würde entmutigt, so dass sie entweder darauf verzichten zu akkumulieren oder danach streben werden, ihr Einkommen dadurch zu vermehren, dass sie auf eigene Rechnung geschäftlich tätig werden, damit aber auch das Risiko, und auch die Arbeit, einer gewerblichen Tätigkeit auf sich nehmen.

aus: John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Seite 511

Das ist die klassische Kapitalmarkttheorie. Die einen haben Kapital, de facto Geld, angespart oder akkumuliert und können es verleihen. Andere wiederum können das Geld investiv verwenden. Der Zins bringt die beiden Größen zum Ausgleich. Ist er niedrig, wird einerseits weniger gespart und akkumuliert, andererseits aber mehr investiert. Erstaunlich ist allerdings der Halbsatz „...bis endlich die Darlehensnehmer mehr Kredite aufnehmen, als sie vernünftigerweise in ihren Unternehmen investieren können...“.

Damit insinuiert er eine Überinvestitionstheorie. Überinvestitionstheorien gibt es viele, theoretisch denkbar, wenn auch praktisch irrelevant, wäre dieser Zusammenhang. Der niedrige Zins lässt bestimmte Investitionen rentabel erscheinen, wobei aber vernachlässigt wird, dass der Preis der Investitionsgüter steigt, wenn die Investitionstätigkeit die wirtschaftliche Leistungskraft übersteigt. Zu den höheren Investitionskosten ist dann die ursprünglich rentable Investition nicht mehr rentabel. Der Denkfehler bei dieser und anderen Überinvestitionstheorien besteht darin, dass die Höhe des Zinses keinerlei Aussagen darüber erlaubt, ob die Wirtschaft überfordert ist oder nicht.

[Das war die Wicksel Version. Die Hayek Version geht so: Sind die Zinsen, verstanden

als Preis für Kapital auf dem Kapitalmarkt, hoch, sind die Leute bereit, auf gegenwärtigen Konsum zu verzichten. Dadurch werden dann ‚Produktionsumwege‘ möglich, das heißt die Produktion von Investitionsgütern. Hält aber die Zentralbank die Zinsen künstlich niedrig, dann entspricht das nicht den Präferenzen der Konsumenten. Sie konsumieren weiter wie bisher und zusätzlich steigt die Nachfrage nach Investitionen, was die Wirtschaft überfordert. Die Zinsen werden also wieder ansteigen, z.B. über einen größeren Bedarf an Transaktionskasse wegen gestiegener Preise. Das wiederum wird manche Investoren in den Bankrott treiben. Die Theorie ist natürlich völliger Blödsinn, weil bei einer Auslastung von durchschnittlich 80 Prozent in der Industrie, schon ein gewaltiger Bedarf nach Investitionsgütern entstehen muss, damit die Industrie überfordert ist. Von der Problematik, dass alle Waren aus allen Winkeln der Welt herangekarrt werden können, mal ganz abgesehen.]

Wirklich interessant ist nun dieser Abschnitt. Hier wird nämlich angedeutet, dass die öffentliche Meinung die Zusammenhänge bereits korrekt erfasst hat und wir müssen uns dann fragen, wieso lediglich die irreführenden Vorstellungen tradiert wurden.

Beispielhaft für die wirren Vorstellungen bezüglich der Natur des Kredits dient uns die übertriebene Darstellung der Bedeutung des Geldes für die Wohlfahrt eines Landes. Kredit hat einen großen, aber nicht, wie viele Leute meinen, eine magische Funktion. Er kann nicht aus nichts, nichts erschaffen. Manchmal findet man die Vorstellung, dass mit zunehmender Kreditschöpfung auch Kapital geschaffen wird, oder sogar dass Kredit das Gleiche wie Kapital ist. Es ist merkwürdig, dass betont werden muss, dass ein Kredit, der ja lediglich die Erlaubnis ist, das Kapital eines anderen zu verwenden, nicht die produktiv einsetzbaren Mittel erhöht. Sie werden lediglich übertragen.

aus: www.econlib.org

Die öffentliche Meinung scheint also vollkommen klar zu sehen, dass Kapital mit Kreditschöpfung (extension of credit) geschaffen wird, wobei der Begriff Kreditschöpfung sogar insinuiert, dass Kredit ohne eine Ausdehnung der Geldmenge geschöpft wird bzw. ohne dass das Sparvolumen aufgrund höherer Zinsen ansteigt. Die öffentliche Meinung hat also bereits richtig erkannt, dass Kredit das Gleiche ist wie Kapital. Kapital kann für investive Zwecke im Regelfall nur dann genutzt werden, wenn es in seiner liquidesten Form, also Geld, vorliegt. Geld erhält allerdings auch der Kreditnehmer.

Für den Investor ist es völlig egal, ob der Kredit auf einer Kreditschöpfung, bei der die Summe der Kredite das Sparvolumen übersteigt, beruht oder Teil des Sparvolumens ist. Kredit ist eben gerade nicht notwendigerweise die Erlaubnis, das Kapital eines anderen zu verwenden, denn Kredite können auch geschöpft werden.

Es ist zu vermuten, dass die Repräsentanten der „öffentlichen Meinung“ die Kaufleute sind, die natürlich aus praktischer Erfahrung wussten, dass Kredite auch geschöpft werden können, das Kreditvolumen also das Sparvolumen, nicht konsumierte Einnahmen aus der Vergangenheit, übersteigen kann. Wechsel zum Beispiel sind Kredite, die die Privatwirtschaft in beliebiger Menge autonom schöpfen kann und diese gibt es schon seit der Renaissance. Da sie übertragen werden können, haben sie sogar Geldfunktion.

Als typischer Vertreter der Klassik, erkennt John Stuart Mill an, dass es so etwas wie Risiko gibt. Das ist keineswegs selbstverständlich. In der Welt der Neoklassik, wo sich Gleichgewichte quasi automatisch und mühelos einstellen, gibt es kein Risiko. Insofern war die Neoklassik ein echter Rückschritt.

Das andere Element [das erste war die Stärke des Wunsches in der Zukunft zu konsumieren], welche weniger den Willen zu sparen betrifft als die Möglichkeit Ersparnes produktiv einzusetzen, ist der Grad an Sicherheit des Kapitals, das in Investitionen gebunden ist. Werden Mittel, die jemand in Form von Kapital [eigentlich meint er Geld] auf eigene Rechnung investiert oder an andere zu demselben Zweck ausgeliehen, dann besteht immer ein zusätzliches Risiko, dass das Risiko, das man hat, wenn man das Geld schlicht unproduktiv bei sich behält, übersteigt. Dieses extra Risiko ist umso größer, je unsicherer die Gesellschaft ist: Dieses Risiko mag 20, 30 oder 50 Prozent sein, oder lediglich 1 oder 2 Prozent. Mit irgendeinem Wert ist das Risiko auf jeden Fall zu kompensieren, so dass die Erwartung, die man an den Profit hat groß genug sein muss, um einen Ausgleich zu schaffen.

aus: John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Seite 575

Mit der Aussage gibt es zwei Probleme, die uns bei Keynes noch beschäftigen werden. Die Variante, dass Geld schlicht unproduktiv gehalten wird, ist in der Klassik nicht vorgesehen. Das Einkommen wird entweder konsumiert oder investiert. Ist der Zins

sehr niedrig, wird es eben vollkommen konsumiert. Die Möglichkeit, die John Stuart Mill nennt, es unproduktiv unter das Kopfkissen zu legen, ist in der Klassik nicht vorgesehen und im klassischen Modell auch kein rationales Verhalten. Bei Keynes allerdings gibt es eine dritte Möglichkeit. Die Investition in Finanzanlagen. Diese sind fast so liquide wie Geld und damit sicher, werfen aber trotzdem eine Rendite ab, obwohl sie unproduktiv sind. Sind aber die Verhältnisse unsicher, dann investiert schlicht niemand mehr. In der Logik der Klassik, bei der Kapital ja ein limitierender Faktor ist, ist das fatal, weil dann keine weiteren Arbeitsplätze mehr geschaffen werden. Im keynesianischen Modell, bei dem Kapital, definiert als nicht konsumiertes Einkommen der Vergangenheit, schlicht durch beliebig vermehrbares Geld ersetzt wurde, ist Kapital kein limitierender Faktor. Allerdings kann die allgemeine Verunsicherung so groß sein, dass auch eine lockere Geldpolitik zu keiner Zunahme der Investitionstätigkeit mehr führt.

Der limitierende Faktor ist nicht Kapital, sondern know how.

Wenn alle Personen alles was sie produzieren und was sie an Einkünften aus den Leistungen anderer erhalten für persönliche Genüsse verausgaben, dann kann das Kapital nicht wachsen. Irgendwelche Ersparnisse muss es also, auch in den einfachsten wirtschaftlichen Verflechtungen, gegeben haben. Die Leute müssen mehr produziert haben, als sie verbraucht haben oder weniger verbraucht haben, als sie produziert haben.

aus: John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Seite 91

Das ist falsch. Da Kredite, also Geld, über Geldschöpfung in unbegrenzter Menge zur Verfügung gestellt werden können, ist Kapital, also Geld, kein limitierender Faktor. Eine Wirtschaft kann sämtliche Einnahmen konsumtiv verwenden und trotzdem wachsen. Auch in einfachsten wirtschaftlichen Verflechtungen müssen die Leute nicht mehr produziert haben, als sie verbraucht haben. Es muss lediglich sicher gestellt sein, dass das Produktionspotential, das heißt die Fähigkeit mehr zu produzieren, tatsächlich vorhanden ist. Das Produktionspotential ist der einzige objektiv limitierende Faktor.

Zu guter letzt macht er sogar noch eine Bemerkung, der unter Umständen ein gewisser Wahrheitsgehalt zukommt.

Unter Volkswirten im allgemeinen und insbesondere englischen Volkswirten ist es üblich fast ausschließlich auf die erste von zwei Kräften [Wettbewerb und Bedarf] abzustellen, also den Effekt des Wettbewerbs zu übertreiben und der anderen, mit dieser konkurrierenden Kraft, kaum Beachtung zu schenken. So wie sich äußern, könnte man glauben, dass sie tatsächlich der Meinung sind, dass der Wettbewerb auch tatsächlich all das bewerkstelligt, was er überhaupt bewerkstelligen kann. Das ist teilweise verständlich, wenn wir bedenken, dass nur durch den Wettbewerb die Volkswirtschaft beanspruchen kann, den Charakter einer Wissenschaft zu haben. Was die Renten, Profite, Löhne und Preise angeht, so sind sie durch den Wettbewerb determiniert und sie können durch Gesetze bestimmt werden. Geht man davon aus, dass allein der Wettbewerb der bestimmende Faktor ist, dann kann man Gesetze mit großer Allgemeingültigkeit und Präzision finden, mit Hilfe derer sich jene bestimmen lassen. Der Volkswirtschaftler hält zutreffenderweise dies für seine eigentliche Aufgabe und als abstrakte, hypothetische Wissenschaft kann von der Volkswirtschaftslehre auch nicht mehr verlangt werden und tatsächlich kann sie auch nicht mehr leisten.

aus: John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Seite 204

Diese These kann allgemeiner formuliert werden. Volkswirte beschäftigen sich mit den Dingen, die modellierbar sind und es erlauben, Gesetze abzuleiten. Zutreffend ist, dass mathematische Modelle in der Volkswirtschaftslehre immer von bestimmten Prämissen ausgehen, z.B. Nutzenoptimierung oder einer ausreichenden Wettbewerbsintensität. Im Grunde handelt es sich hierbei um primitive stimulus \Leftrightarrow response Modelle, wie wir sie auch beim Behaviourismus geschildert finden. (Der Unternehmer reagiert auf Preise wie ein Hund auf einen Knochen.)

Komplexe Phänomene lassen sich allerdings mit solchen primitiven Modellen nicht beschreiben. Es mag schon sein, dass die Reaktion des Unternehmers auf eine Änderung des Preisgefüges ähnlich präzise vorhergesagt werden kann, wie das Verhalten eines Hundes, der zur Belohnung für ein erwünschtes Verhalten einen Knochen erhält, aber das erklärt nicht die eigentlich spannende Frage, nämlich die Ursache für die Änderung des Preisgefüges.

Im Kontext der Entwicklungspolitik interessieren wir uns nicht für das Preisgefüge, etwa den Preis der Grundnahrungsmittel oder den Lohn. Wir interessieren uns nicht dafür,

dass sich ein Gleichgewicht bei schlicht jedem Preis irgendwann einstellt. Wir interessieren uns für die Produktivität, von dem das Preisgefüge lediglich der Effekt ist. Die Produktivität wiederum hängt ab von der Effizienz des know how transfers und hier können wir mit primitiven stimulus \Leftrightarrow response Modellen keine neuen Einsichten gewinnen.

Fazit: Als Ökonom ist John Stuart Mill eine Zusammenfassung aller irreführenden Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie. Dass er hier und da originelle Ansätze vertritt, etwa den Arbeitern empfiehlt, sich zu Genossenschaften zusammenzuschließen und selber Besitzer von Produktivkapital zu werden, ändert hieran nichts.

Origineller ist er als Begründer des Liberalismus.

2. On Liberty

On Liberty, erschienen 1859, ist die bekannteste Schrift von John Stuart Mill. Sie gilt als eine der wichtigsten Schriften des Liberalismus, wobei hier eine Unterscheidung zu treffen ist. Liberalismus kann eine Einstellung bezeichnen, die dafür plädiert, dass jeder tun und lassen kann was er will, solange er anderen nicht in die Quere kommt. Eine Einschränkung der Freiheit ist also nur dann gerechtfertigt, wenn sie die Freiheit anderer einschränkt, wobei John Stuart Mill davon ausgeht, dass Freiheit, also die subjektive und objektive Möglichkeit Alternativen wahrzunehmen, nicht von alleine gegeben ist. Subjektive Freiheit, das Wissen um alternative Handlungsoptionen, muss aktiv gefördert werden.

Die andere Variante des Liberalismus ist das, was wir heute als Neoliberalismus kennen. Der Neoliberalismus zielt vor allem auf wirtschaftliche Freiheit. Persönliche Freiheit wie Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung, freie Entfaltung der Persönlichkeit etc. ist in dieser Vorstellung automatisch vorhanden, wenn die wirtschaftliche Freiheit gewährleistet ist. Die persönliche Freiheit wird zwar nicht konkreter bestimmt, insbesondere bedarf es keiner aktiven Förderung derselben, ist aber trotz ihrer lediglich abstrakten Hypostasierung so bedeutend, dass der wirtschaftlichen Freiheit, keine Intervention des Staates in die Wirtschaft, auch dann der Vorzug zu geben ist, wenn diese ökonomisch ineffizient ist. Fordert die klassische Nationalökonomie wirtschaftliche Freiheit ausschließlich aus Gründen der effizienten Leistungserstellung, so wird sie im Neoliberalismus als Grundbedingung der nirgends präzise definierten persönlichen Freiheit gefordert.

Mit dem Neoliberalismus, wir kommen bei Milton Friedman darauf zurück, haben wir also viele Probleme. Erstens ist unklar, welche Rolle demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen in diesem System zugesprochen wird, denn alles, was es zu regeln gibt, wird über Marktmechanismen geregelt und was die Marktmechanismen nicht regeln, muss auch gar nicht geregelt werden. Für demokratische Entscheidungsfindungsprozesse ist schlicht kein Platz.

Genau genommen ist eigentlich für keine Regierung, egal wie diese legitimiert ist, eine Rolle vorgesehen. Befürwortet, in Theorie und Praxis, das erklärt die Unterstützung von Milton Friedman und Friedrich Hayek der Pinochet Diktatur, wird lediglich die Diktatur, wenn dies notwendig ist, um die wirtschaftliche Freiheit zu garantieren.

Zweitens ist, im Neoliberalismus, nur wirtschaftliche Freiheit genau definiert. Wirtschaftliche Freiheit bedeutet, dass sich der Staat auf die Durchsetzung des Strafrechts beschränkt und unter Umständen Maßnahmen ergreift, um die Intensität des Wettbewerbs aufrechtzuerhalten, ansonsten aber möglichst nichts tut. Die sozialen Sicherungssysteme sind auf ein Minimum herunterzufahren, das Gesundheitswesen ist weitestgehend zu privatisieren, das Bildungssystem soll privat finanziert werden.

Der Begriff persönliche Freiheit ist im Neoliberalismus zwar höchstes Ziel, ist allerdings nirgends definiert. Wir können vermuten, dass damit irgendwas wie Religionsfreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Freiheit der Kunst etc.. gemeint ist, aber konkret definiert ist es nirgends. Freiheit scheint im Neoliberalismus etwas zu sein, was im ‚Naturzustand‘ immer da ist und durch staatliches Handeln eingeschränkt wird.

Das Gegenteil von Freiheit ist im Neoliberalismus der Kollektivismus, wobei leider auch dieser Begriff nie definiert wird. Wir erfahren bei Hayek lediglich, dass eine Planwirtschaft zum Kollektivismus führt.

Der Begriff ist empirisch belastbar schwer zu definieren. Wir können aber feststellen, dass, aus welchen Gründen auch immer, in bestimmten Epochen sich Menschen mehr als Teil eines übergeordneten Ganzen begriffen haben, Volk, Rasse, Angehörige einer Religion, eines Standes, denn als Individuen. Soll heißen: Bestimmte Normen, Verhaltensweisen, Einstellungen, Gefühle sind nicht mehr das Resultat einer individuellen Entwicklung, sondern Ergebnis einer weitgehend blinden Identifikation.

Der Kollektivismus soll, folgt man den Vertretern des Neoliberalismus, Resultat von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft sein. Argumentiert wird, dass totalitäre und autoritäre Regime in die wirtschaftliche Freiheit eingreifen und so jede individuelle Entwicklung abwürgen. Die These kann nur richtig sein, wenn so etwas wie eine individuelle Entwicklung quasi „naturhaft“ stattfindet und nur der Staat diese abwürgen kann. Vermutlich ist aber bei totalitären und autoritären Regimen der Eingriff des Staates in die Wirtschaft noch eines der geringeren Probleme. Wesentlich relevanter dürfte in diesem Zusammenhang der Terror sein.

Etwas spekulativer könnte man noch anmerken, dass Individualismus ein relativ neues Phänomen ist. In der Literatur z.B. haben wir individuelle Charaktere erst seit dem 18. Jahrhundert, wenn man von vereinzelt Beispielen wie dem Lazarillo de Tormes oder dem Abenteuerlichen Simplicissimus absieht. In persischen Raum wäre als Ausnahme zu der Regel noch Omar Chayyam zu nennen. Geisteswissenschaftler tendieren dazu, die Geburt des Individuums in der Renaissance zu verorten.

Geht man davon aus, dass die persönliche Freiheit aktiv gefördert werden muss, dann ist der Kollektivismus Resultat der totalitären Herrschaft, aber nicht der Grund. Der totalitäre Staat fördert nicht aktiv die individuelle Freiheit.

Was Hayek und Company angeht, müssen wir aber nicht klären, wie sich Individualismus und Kollektivismus zueinander verhält, denn Hayek ist schlicht Geschwätz.

Im Vergleich zu John Stuart Mill ergeben sich zwei Unterschiede. Zum einen relativiert John Stuart Mill die Aussage, dass der Markt allein jedes Problem optimal löst, zum anderen präzisiert er die Begriffe Individuum und Freiheit.

Große Infrastrukturprojekte, Deiche, Landentwässerung, Straßenbau etc.. werden üblicherweise durch staatliche Stellen durchgeführt. Es dürfte hierbei keinen großen Unterschied machen, ob diese Aufgaben von privaten Initiativen gelöst werden oder vom Staat. In beiden Varianten wird die Organisation ausreichend komplex und damit intransparent sein, so dass einzelne ihre höchst individuellen Ziele verfolgen können. Mit Staat oder nicht Staat hat die Sache wenig zu tun. Letztlich geht es um die Frage, ob die Leistung durch konkurrierende Unternehmen erstellt wird. Ist dies der Fall, braucht sich niemand dafür zu interessieren, wie die Organisation intern funktioniert, weil die Leistung letztlich von Privatleuten abgenommen werden muss, so dass eine

externe Kontrolle erfolgt. Gibt es aber von der Natur der Sache her nur einen Anbieter, fehlt diese Kontrolle. Ob der Staat oder ein privates Unternehmen die Leistung erstellt, ist hierbei weitgehend egal.

Versuchen wir die notwendigen Leistungen des Staates zu benennen, werden wir finden, dass diese sehr viel facettenreicher sind, als sich viele Leute erstmal bewusst sind und sie durch eindeutige Grenzen nicht so klar umrissen werden können, wie dies pauschal in der öffentlichen Diskussion immer behauptet wird. Wir hören zum Beispiel immer wieder, dass sich die Regierung darauf beschränken müsse, vor Gewalt und Betrug zu schützen, dass aber ansonsten Menschen frei handeln können sollten und auf sich selber achten sollten. Solange als jemand, zu Lasten anderer Personen oder deren Eigentum nicht gewalttätig ist oder betrügt, sei der Gesetzgeber oder die Regierung in keinster Weise dazu berufen sich darum zu kümmern. Aber warum sollten Leute durch ihre Regierungen, also, durch die gemeinsame Stärke, gegen Gewalt und Betrug geschützt werden, nicht aber gegen andere Gefahren, wo doch lediglich der Schaden offensichtlicher ist? Wenn nur das, was Menschen unter Umständen nicht selbst tun können, sich dazu eignet von der Regierung getan zu werden, dann könnten die Leute sich auch selbst mit eigenen Mitteln und Kraft gegen Gewalt wehren bzw. um Schutz nachfragen oder bezahlen, was sie ja gewöhnlich auch tun, wenn die Regierung nicht in der Lage ist, sie zu schützen und gegen Betrug kann sich jeder mit seinem eigenen Verstand wehren.

John Stuart Mill, Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy

Soll heißen: Manchmal ist kollektives Handeln auch für den einzelnen effizienter als der Wettbewerb.

Die Übernahme von tradierten Meinungen, Verhaltensweisen, Glaubensbekenntnissen hält John Stuart Mill für unvereinbar mit individuellem Fortschritt. Das klingt vordergründig harmlos, widerspricht aber jeder Vorstellung von Tradition und Leitkultur, die ja implizit davon ausgeht, dass bestimmte sittliche, ästhetische, emotionale, politische, ethische, religiöse Vorstellungen ewige Gültigkeit haben sollen.

Wo nicht der eigene Charakter, sondern die tradierten Verhaltensweisen an-

derer Leute das Verhalten bestimmen, fehlt eine unabdingbare Voraussetzung menschlichen Glücks und das wichtigste Element für individuellen und sozialen Fortschritt. Die meisten Menschen, da sie ja zufrieden sind mit dem menschlichen Geschlecht so wie es ist (weil eben dieses sie ja zu dem gemacht hat, was sie sind), können nicht verstehen, warum diese Wege nicht für alle gut genug sein sollen. Schwerwiegender ist aber, dass Spontaneität nicht das Ideal der Moral der Mehrheit und Sozialreformer ist, sondern eher misstrauisch beäugt wird; als etwas, das stört und rebellisch gegen die allgemeine Akzeptanz dessen, was diese Reformer für das Beste für die Menschheit halten. Außerhalb Deutschland verstehen die meisten Menschen nicht mal die Ansichten von Wilhelm von Humboldt, gleichermaßen berühmt als Wissenschaftler und Politiker, die dieser in einer Schrift dargelegt hat: „Das Ziel der Menschheit, oder das, was die Vernunft für so unumstößlich wie sicher und nicht von schwankenden Leidenschaften hervorgerufen ansieht, ist die größtmögliche Entfaltung und harmonische Entwicklung seiner Fähigkeiten zu einem vollständig und abgerundeten Ganzen.“

John Stuart Mill, On Liberty

Philosophisch betrachtet steckt in dem Abschnitt erstens die Aussage, dass der Möglichkeitsraum nur erfasst werden kann, wenn abweichende Vorstellungen zugelassen werden. Das passt natürlich den Leuten nicht, den Sozialreformern, die sehr präzise Vorstellung darüber haben, wie die ideale Welt auszusehen hat. Diese haben keinen Bedarf an weiteren Möglichkeiten.

Weniger klar ist die zweite Aussage, die mit dem humboldtschen Bildungsideal. Was man sich unter „harmonischer Entwicklung seiner Fähigkeiten“ vorzustellen hat, ist etwas unklar. Wahrscheinlich irgendwas wie einen Klavier spielenden Elektroingenieur, der auf einem altsprachlichen Gymnasium war und als Zitatenschleuder auf jeder Party die Leute nervt. Die Zahlen hat der Autor eingefügt.

(1) Niemand ist der Meinung, dass ein Verhalten, das lediglich das Verhalten anderer kopiert, vorbildhaft ist. Niemand wird behaupten, dass sie ihr eigenes Leben, bei den Dingen, die sie selber betreffen, nicht auch nach eigenem Gutdünken und gemäß ihres eigenen Charakters steuern sollten. (2) Auf der anderen Seite wäre aber die Behauptung, dass die Leute ihre Leben so führen sollten, also ob es vor

ihnen nichts auf der Welt gegeben hätte, als ob die Erfahrung bis jetzt noch nicht gezeigt hätte, dass eine bestimmte Lebensweise, eine bestimmte Lebensführung, nicht besser ist als eine andere, absurd. Niemand bestreitet, dass Leute in ihrer Jugend belehrt und sie geführt werden müssen, so dass sie die gesicherten Resultate der menschlichen Erfahrung kennen und davon profitieren. (3) Es ist jedoch das Privileg und die besondere Situation des Menschen, dass er, wenn er zur Höhe seiner geistigen Fähigkeiten gelangt ist, die Erfahrungen auf seine eigene Art nutzen kann. Es liegt an ihm herauszufinden, welche tradierten Erfahrungen für ihn und seine eigenen Umstände und seinen eigenen Charakter angemessen sind. Die Traditionen und Gewohnheiten anderer Leute sind, in einem gewissen Umfang, die Schlussfolgerung aus dem, was ihre Erfahrungen sie gelehrt haben. Als vorläufige Schlussfolgerungen haben sie das Recht, respektiert zu werden, doch erstens kann ihr Erfahrungshorizont zu eng sein oder sie haben ihn nicht richtig interpretiert. Zweitens kann die Interpretation ihrer Erfahrungen korrekt sein, aber nicht auf seine Situation passen. Gewohnheiten passen für gewöhnliche Situationen und gewöhnliche Charaktere; seine Umstände und sein Charakter kann jedoch ungewöhnlich sein. Drittens können die Gewohnheiten sowohl gute Gewohnheiten sein und auch auf seine Situation passen, aber nur eine Gewohnheit nachzuahmen, einfach so, bringt weder die Eigenschaften hervor, die für Menschen typisch sind, noch werden sie dadurch weiterentwickelt. (4) Die menschlichen Fähigkeiten Dinge wahrzunehmen, zu beurteilen, sie emotional anders zu bewerten, nachzudenken, ja sogar moralische Einstellungen, entwickeln sich nur, wenn eine Wahl getroffen wird. Wer nur etwas tut, weil dies so der Brauch ist, trifft keine Wahl. Er bekommt keine Praxis, weder darin Dinge zu erfassen, noch darin, das Beste zu wünschen. Die mentalen und moralischen Fähigkeiten, wie auch die Muskelkraft, werden verbessert, wenn man sie nutzt. Die Fähigkeiten verkümmern, wenn man nur etwas tut, weil die anderen es tun oder wenn man etwas glaubt, nur weil die anderen es glauben. Sind die Gründe, die für eine Behauptung angeführt werden für jemanden nicht nachvollziehbar, dann kann sein Verstand auch nicht gestärkt werden und wahrscheinlich wird er geschwächt, wenn er sie einfach übernimmt; (5) und stimmt der Anlass einer Handlung nicht mit seinen eigenen Gefühlen und Charakter überein (außer eben wenn die Gefühle oder Rechte anderer tangiert sind), dann wird dies dazu führen, dass seine eigenen Gefühle und Charakter träge und betäubt werden, anstatt aktiv und energisch.

John Stuart Mill, On Liberty

In dem Abschnitt stecken nun viele Thesen und jede ist „intuitiv“ nachvollziehbar, auch wenn die Realität unter Umständen komplexer ist. (1) haben geschichtlich gesehen sehr viele Leute behauptet und in z.B. religiös geprägten Gesellschaften herrscht Einigkeit darüber, dass auch die individuelle Lebensführung bestimmten Vorstellungen zu entsprechen hat. Bestimmte Verhaltensweisen, etwa Homosexualität, waren sogar strafbewehrt, obwohl die Rechte Dritter in keinster Weise tangiert waren. Es mag hierfür eine breite Palette psychologischer Erklärungen geben, aber die Überzeugung, dass sich jeder am besten mal um seinen eigenen Kram kümmert, ist relativ neu. (2) ist wohl zutreffend. (3) hypostasiert einen eigenen Charakter, der sich als im Widerspruch zu tradierten Vorstellungen stehend empfinden kann. Der Wahrheit näher dürfte die These sein, dass die moderne Welt mehr Identifikationsangebote bietet, was aber auf das gleiche hinausläuft, weil dies ja eben Resultat der von John Stuart Mill beschriebenen Prozesse ist. Es kann kaum bestritten werden, dass es immer wieder Menschen gibt, die gegen bestehende Normen rebellieren, sich durchsetzen und so ein neues Identifikationsmodell schaffen. Das erklärt zwar noch nicht die Dynamik des Prozesses, aber rein äußerlich betrachtet ist es richtig. (4) Die soziale Dynamik dürfte komplexer sein. Bestehende Normen kritisch zu reflektieren bringt manchmal keine Vorteile, aber sehr oft erhebliche Nachteile. Leute werden wohl nicht dadurch ‚kräftiger‘ weil sie Normen, Vorstellungen, Verhaltensweisen hinterfragen, sondern sie hinterfragen sie, weil sie ‚kräftiger‘ sind. Dessen ungeachtet ist natürlich der Preis, den ein kritischer Geist zahlen muss geringer, wenn es viele kritische Geister gibt, denn die Macht der Normen ist dann naturgemäß geringer. (5) bezeichnet man wohl Neudeutsch als Resignation.

Während also der Neoliberalismus einzig auf die objektiven Beschränkungen der Freiheit durch staatliches Handeln abstellt, geht es bei John Stuart Mill eher um die Einschränkungen der Freiheit im Subjekt selbst. Des Weiteren ist es auch nicht allein der Staat, der die Freiheit einschränkt, diesem werden im Gegenteil sogar weit mehr Aufgaben zugewiesen als im Neoliberalismus, sondern die tradierte Verhaltensweisen, Normen, sittliche Vorstellungen etc..

Neoklassik

Mit dem Begriff Neoklassik gibt es die gleichen Probleme, die wir bereits im einführenden Kapitel zu den Autoren beschrieben haben, die man heute der Klassik zurechnet. Das Problem besteht darin, dass Autoren, die sich in den Kernaussagen, dem methodologischen Ansatz, dem philosophischen Hintergrund radikal unterscheiden, einer Strömung zu gerechnet werden. So wenig ein Zusammenhang zwischen Adam Smith und David Ricardo zu erkennen ist, so wenig existiert ein Zusammenhang zwischen Alfred Marshall und Vilfredo Pareto.

Sehen sollte man des Weiteren, dass Keynes zwischen der Klassik und der Neoklassik nicht unterscheidet. Das hängt damit zusammen, dass beide Strömungen hinsichtlich sparen, hinsichtlich der Funktion des Zinses und hinsichtlich der Bedeutung des Kapitals und des Zinses denselben (irrigen) Vorstellungen anhängen. Der Keynesianismus entwickelt hier Vorstellungen, die den Vorstellungen sowohl der Klassik wie auch der Neoklassik diametral entgegengesetzt sind. Näheres hierzu findet sich im Kapitel über Keynes.

Will man sehr cursorisch und sehr grob einen Unterschied zwischen Klassik und Neoklassik herausarbeiten, dann bestünde dieser darin, dass sich die Klassik mit den Bedingungen für das Wachstum einer Wirtschaft beschäftigt, wohingegen die Neoklassik nur ein einziges Thema hat, nämlich wirtschaftliche Gleichgewichte.

Einziges Thema der Neoklassik ist der Nachweis, dass ein Gleichgewicht ein Zustand ist, bei dem die Wirtschaft bei gegebenem Produktionpotential ihr Optimum erreicht hat. Gleichgewicht ist hierbei ein Zustand, bei dem niemand seinen Nutzen bzw. seinen Gewinn durch eine andere Allokation der Ressourcen verbessern kann, ohne dass sich die Situation eines anderen verschlechtert.

Gleichgewicht wird allerdings von den verschiedenen Autoren der Neoklassik anders beschrieben. Die Cambridge Version, Alfred Marshall, beschreibt ein partielles Gleichgewicht auf dem Gütermarkt. Also die gleichgewichtige Preis/Mengen Kombination für ein Gut.

Von der Lausanner Grenznutzenschule haben wir gleich zwei Gleichgewichtsmodelle. Das eine ist das vollkommene Gleichgewicht von Léon Walras, das alle Märkte, den

Güter-, Arbeits- und Kapitalmarkt im Gleichgewicht zeigt. Allerdings ist dieses Gleichgewichts nichts Neues. Es entspricht der Idee vom natürlichen Preis/Marktpreis von Adam Smith.

Das andere ist das Gleichgewicht von Vilfredo Pareto, dem Nachfolger von Léon Walras an der Universität Lausanne. Dieses zeigt ein optimales Tauschverhältnis in einem zwei Güter Fall. Die Kernaussage ist schlicht die, dass solange getauscht wird, wie sich zumindest einer der Tauschpartner besser stellt und keiner schlechter.

Die Aussagekraft dieser Modelle ist äußerst unterschiedlich, wobei das Modell von Alfred Marshall das Aussagekräftigste ist, bzw. sich mit diesem Modell in zahlreichen Szenarien, Mindestpreise, Höchstpreise, Subventionen, Verbrauchsteuern, Zölle, nicht monetäre Handelshemmnisse, illustrieren lässt, warum, bei isolierter Betrachtung, diese Eingriffe in die marktwirtschaftliche Ordnung die gesellschaftliche Wohlfahrt mindern.

Ausgegangen wird hierbei von der zweifelsfrei zutreffenden Idee, dass ein Gut immer dann konkret gekauft wird, wenn einerseits es jemanden gibt, der es zu diesem Preis produzieren kann und andererseits auch jemand da ist, der bereit und in der Lage ist, diesen Preis zu bezahlen. Für das Verständnis dieses Gleichgewichts ist es nun von fundamentaler Bedeutung, dass verstanden wird, dass sich auf dem Markt nur EIN Marktpreis bildet. (Die Problematik dieser Annahme diskutieren wir hier nicht.) Das heißt aber, dass manche Leute bereit wären, auch mehr zu bezahlen als den Marktpreis und manche Anbieter die Ware auch unter dem Marktpreis verkauft hätten. Die ersteren erhalten eine Konsumentenrente, letztere eine Produzentenrente, auch wenn Alfred Marshall das nicht so nennt. Er spricht von consumer bzw. producer surplus.

Wenn der Staat nun einen Höchstpreis setzt, also einen Preis unterhalb des Marktpreises, die Logik ist für alle anderen Fälle dieselbe, passiert folgendes. Manche Anbieter können zu diesem Preis nicht anbieten und scheiden folglich aus. Das Angebot ist also geringer als es bei einem Marktpreis wäre. Andererseits ist aber die Nachfrage höher, als sie bei einem Marktpreis wäre. Durch den staatlich verordneten Höchstpreis haben wir also einen Nachfrageüberhang.

Zur Verdeutlichung: Legt der Staat den Preis für ein Smartphone auf 10 Euro fest, gibt es nur sehr wenige Anbieter, die es zu diesem Preis produzieren können, auf der anderen Seite gibt es aber viele Nachfrager, die es zu diesem Preis kaufen würden. Was

passieren würde ist klar. Manche Nachfrager würden sich die Mühe machen vor den Läden zu übernachten und möglichst viele Smartphone kaufen, die sie dann anschließend auf dem Schwarzmarkt verkaufen würden.

Subventioniert der Staat eine Ware, deckt der Preis nicht alle Kosten, was ja auch nicht nötig ist, da der Staat den Verlust übernimmt. Das Produkt wird also zu einem Preis unterhalb des Marktpreises angeboten, die Nachfrage ist also höher, als sie ohne diese Subvention wäre.

Zur Illustrierung: Subventioniert der Staat Milch, „sinken“ die Erzeugerpreise und die Nachfrage steigt. Es wird also eine größere Menge an Milch angeboten und nachgefragt, als es ohne diese Subvention der Fall wäre. In der isolierten Betrachtung ist das natürlich schön, allerdings muss bedacht werden, dass die Allgemeinheit, die ja letztlich die Subvention bezahlt, einen höheren Nutzen gehabt hätte, wenn sie selber darüber entschieden hätte, wie das Geld ausgegeben wird.

Will man sich klar machen, was Marktwirtschaft bedeutet, hält man sich am besten an das allgemeine Gleichgewicht von Léon Walras bzw. Adam Smith. Bei diesem Gleichgewicht wird davon ausgegangen, dass die Grenzerträge in allen Verwendungen gleich sind. Wenn die Grenzerträge in allen Verwendungen gleich sind, kommt es zu keinen Umwidmungen von Produktionsfaktoren mehr.

Zur Verdeutlichung: Stellen die Informatiker fest, dass sich mit der Entwicklung von Apps mehr Geld verdienen lässt, als mit der Administration von Servern, werden solange Informatiker „umsatteln“, bis sich mit der App Programmierung genauso viel Geld verdienen lässt, wie mit der Administration von Servern.

Zur Illustrierung: Ein Landwirt kann Getreide anbauen für Brot oder Mais für Biosprit. Er wird also, wenn der Bedarf an Biosprit steigt, solange die Anbaufläche für Mais vergrößern, bis er mit dem Anbau von Getreide soviel Geld verdient, wie mit dem Anbau von Mais.

Die schlichteste Aussage hat das Gleichgewicht von Pareto. Aus dem Gleichgewicht von Pareto können wir nur den Schluss ziehen, dass zwei Individuum nur dann tauschen, wenn zumindest einer von beiden sich besser stellt und keiner schlechter.

Zur Verdeutlichung: Zwei Tauschpartner haben die jeweils gleichen Mengen an Birnen und Äpfeln, aber unterschiedliche Präferenzen. Der eine mag lieber Äpfel, der andere lieber Birnen, wobei aber beide keine ausschließliche Präferenz für Birnen und Äpfel haben. Sie werden also solange tauschen, wie sie sich durch den Tausch besser stellen. Der mit der Präferenz für Birnen wird einige Äpfel abgeben und der mit der Präferenz für Äpfel einige Birnen.

Wir wissen allerdings dann nur, dass sich beide besser stellen, nicht aber um wie viel sie sich besser stellen oder ob beide gleichermaßen von dem Tausch profitieren. Wenn wir z.B. annehmen, dass die Ausgangsposition unterschiedlich ist und für den einen deshalb sowohl die Birnen wie auch die Äpfel einen geringen Nutzen stiften, dann ist der Nutzenzuwachs des einen geringer als der des anderen. Des Weiteren ist selbst bei gleicher Ausgangssituation nicht gewährleistet, dass beide durch den Tausch denselben Nutzenzuwachs haben. Im Extremfall ist es dem einen z.B. fast egal, ob er einen Apfel oder Birne mehr hat, wohingegen der Tauschpartner, in Abhängigkeit von der Präferenzstruktur, einen hohen Nutzenzuwachs hat.

Das einzige, was man mit Sicherheit sagen kann ist, dass im Optimum das Substitutionsverhältnis zwischen Birnen und Äpfeln die subjektive Präferenz widerspiegelt.

Da hierbei nicht der Nutzen zwischen zwei Individuen gemessen wird, spricht man von einem ordinalen Nutzenkonzept. Der Nutzen wird also nicht kardinal gemessen, dann könnte der Nutzen zwischen zwei Individuen verglichen werden, sondern ordinal. Etwas unklar ist bei dem Pareto Ansatz die praktische Bedeutung.

Mit dem partiellen Gleichgewicht von Alfred Marshall kann man was anfangen. Zwar handelt es sich bei der Differenz zwischen der Zahlungsbereitschaft und dem Marktpreis um eine kardinale Messung, der Nutzen wird ja letztlich in einem Geldbetrag gemessen, dessen Nutzen aber wiederum davon abhängt, wie viel man davon hat, aber statistisch hebt sich das weg. Mit dem partiellen Gleichgewicht von Alfred Marshall lassen sich dann alle möglichen Dinge, Zölle, Gebrauchssteuern, Änderung in der Produktionsstruktur, Änderungen in den Präferenzen etc. analysieren. Weiter lässt sich mit dem partiellen Gleichgewicht zeigen, dass die Konsumentenrente bei mangelnder Wettbewerbsintensität schrumpft, weil zum einen bei einem Preis über dem Marktpreis manche Leute das Gut schlicht gar nicht mehr kaufen und somit auch keine Konsumentenrente mehr erhalten, zum anderen ein Teil der Konsumentenrente an die Produzentenrente abgegeben wird.

Das allgemeine Gleichgewicht von Adam Smith (natürlicher Preis) bzw. Léon Walras veranschaulicht idealtypisch die Effizienz marktwirtschaftlicher Ordnungen.

Moderne Lehrwerke der Mikroökonomie haben im Grunde nur ein Thema: Marktgleichgewichte. Im Grunde sind moderne Lehrwerke der Mikroökonomie nichts anderes als eine vereinfachte Darstellung der Neoklassik, insbesondere der Vorstellungen von Alfred Marshall.

Bleibt man bei dieser oberflächlichen Betrachtung, ist das alles recht einleuchtend. Steigt man tiefer ein und liest das Original von Alfred Marshall, moderne Lehrbücher der Mikroökonomie sind nichts anderes als eine vereinfachte Darstellung der ‚Principles of Economics‘, wird es komplizierter, weil der Gesichtskreis von Alfred Marshall sehr viel weiter ist.

Was wir heute in modernen Lehrbüchern zur Mikroökonomie finden ist eine Analyse der kurzen Frist, bei der die Fixkosten für die Analyse keine Rolle spielen und in der kurzen Frist können sie, zumindest wenn wir annehmen, dass die variablen Kosten einen relevanten Teil der Gesamtkosten ausmachen, auch tatsächlich vernachlässigt werden. Modern ausgedrückt würde man sagen, die kurzfristige Analyse entspricht dem, was man heutzutage eine Deckungsbeitragsrechnung nennen würde. Für die Optimierung des Angebots sind lediglich jene Kosten in Anschlag zu bringen, die ursächlich mit der Entscheidung ein Produkt anzubieten zusammenhängen und nicht entstehen, wenn das Produkt nicht angeboten wird. In dieser kurzen Frist steigt in der Tat das Angebot, wenn die Preise steigen, weil dann auch ineffizientere Anbieter in den Markt eintreten können. Eine Ausdehnung der Nachfrage führt also zu einem ansteigen der Preise.

Allerdings diskutiert Alfred Marshall auch die mittlere und lange Frist und in der mittleren und langen Frist ergibt sich ein völlig anderes Bild und die Verhältnisse sind dann sehr viel komplizierter, als es moderne Lehrbücher der Mikroökonomie suggerieren.

Ist der Fixkostenanteil sehr hoch und die variablen Kosten fast irrelevant, dies ist z.B. beim mobilen Telefonieren der Fall, dann sinken die Kosten mit zunehmender Nachfrage und aufgrund der Konkurrenz zwischen den Unternehmen auch der Preis. Pkws würden nicht billiger, wenn die Nachfrage sinkt, sondern teurer. Die Leerkosten müssten von dem tatsächlich produzierten und verkauften Pkws getragen werden.

Das Konzept der Produzentenrente, der Differenz zwischen dem Marktpreis und dem Preis, zudem manche Produzenten es anbieten könnten und anbieten würden ist nur vordergründig plausibel. Tatsächlich fehlt die Dimension Zeit. Die Produzentenrente entsteht, weil unterschiedliche Anbieter unterschiedlich effizient produzieren, sich aber nur ein Marktpreis bildet. Für die Interpretation der Produzentenrente kommt es also ganz wesentlich darauf an, wie lange diese Unterschiede in der Effizienz tatsächlich bestehen. Beruhen die Unterschiede auf einem unterschiedlichen know how, was wohl, zumindest in der industriellen Fertigung, diese Unterschiede weitgehend erklärt, können sie schnell abgebaut werden. Wird des Weiteren, wie die Neoklassik dies tut, auch noch vollkommene Transparenz unterstellt, dann dürften diese Unterschiede eigentlich gar nicht existieren. Alle Anbieter müssten gleich effizient sein und es folglich keine Produzentenrente geben.

Wird allerdings von einem Tauschmarkt ausgegangen, wie dies bei Vilfredo Pareto und Léon Walras der Fall ist, spielt der gesamte Produktionsprozess keine Rolle mehr, denn in einem reinen Tauschmarkt wird lediglich eine gegebene Menge getauscht, aber keine produziert. Wir haben eine Betrachtung der sehr kurzen Frist, die für die Analyse marktwirtschaftlicher Prozesse irrelevant ist. Der eigentlich interessante Teil marktwirtschaftlicher Ordnungen, die Produktionsseite, gerät völlig aus dem Blickfeld. Dieser Teil, also die Produktion ist auch kaum (mathematisch) modellierbar. Über den Einfluss von know how, know how transfer, Innovation, Umsetzung von Ergebnisse der Forschung in marktfähige Produkte etc., also über den dynamischen Part marktwirtschaftlicher Ordnungen, können mit diesem methodischen Ansatz keine Aussagen gemacht werden.

Es kann von daher kaum verwundern, dass das methodologische Paradigma für Vilfredo Pareto und Léon Walras die Physik ist. Wenn von allem abstrahiert wird, was sich nicht (mathematisch oder graphisch) modellieren lässt, kann tatsächlich methodisch so vorgegangen werden, wie in der Physik. Gleichermaßen logisch ist dann, dass Alfred Marshall, der einem weit breiterem Ansatz folgt, die Leistungsfähigkeit dieses Ansatzes in den Wirtschaftswissenschaften bezweifelt.

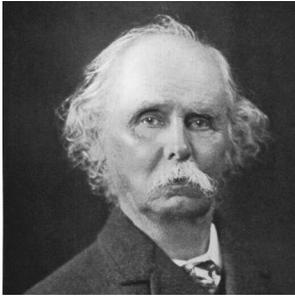
Die mathematische, graphische Modellierung hat aber noch ein prinzipielles Problem. Sie suggeriert, dass wirtschaftliche Prozesse mit derselben Präzision vorhersagbar sind, mit der sich die Stellung der Venus am Tag X vorhersagen lässt. Wäre dies der Fall, bräuchten wir die marktwirtschaftliche Ordnung nicht.

Die Stärke der marktwirtschaftlichen Ordnung besteht darin, dass sie mit Unsicherheit am besten umgehen kann. Genauer gesagt, sie ist am schnellsten in der Lage, Fehlentscheidungen zu korrigieren und aus Fehlern zu lernen. Ließe sich die wirtschaftliche Entwicklung allerdings planen, gäbe es das Problem, das die marktwirtschaftliche Ordnung am besten löst gar nicht und eine Planwirtschaft wäre überlegen. Lässt sich etwas planen, dann ist es besser man plant es.

Cum grano salis könnte man also sagen, dass die mathematische Modellierung die Stärke marktwirtschaftlicher Ordnungen verneint. Die Neoklassik ist damit eben gerade nicht der Gegenspieler des Marxismus. Der methodische Ansatz ist genau der gleiche. Beide Ansätze gehen davon aus, dass sich wirtschaftliche Prozesse prognostizieren lassen. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass dieser Ansatz in sozialistischen Planwirtschaften leider konkret umgesetzt wurde, während es in marktwirtschaftlichen Ordnungen lediglich eine akademische Spielerei ohne praktische Relevanz blieb.

Vermutlich würde es zu einem tieferen Verständnis real wirtschaftlicher Prozesse führen, wenn man sich auf ‚Principles of Economics‘ von Alfred Marshall zurückbesinnen würde und sich von der etwas heuristischen Zusammenstellung von Konzepten der Neoklassik, wie wir sie heute in allen Lehrbüchern der Mikroökonomie finden, wieder verabschieden würde.

Alfred Marshall



1. Alfred Marshall
2. Methodische Grundlagen
3. Produzentenrente, Konsumentenrente
4. Ordinale Nutzenmessung, kardinale Nutzenmessung
5. Tausch von Gütern, Produktion von Gütern
6. Bildung

1. Alfred Marshall

Was wir heute in modernen Lehrbüchern der Mikroökonomie finden, sind Konzepte von Alfred Marshall. Was nicht von Alfred Marshall stammt, wie etwa die Konzepte von Vilfredo Pareto oder Léon Walras, deren Analysen sich auf reine Tauschmärkte beziehen und die von der Produktion vollkommen abstrahieren, gehören nicht in ein Lehrbuch der Mikroökonomie, weil sich auf der Basis von Tauschmärkten keine relevanten Aussagen über marktwirtschaftliche Ordnungen gewinnen lassen.

Bei reinen Tauschmärkten, bei denen eine bereits vorliegende Menge lediglich getauscht wird, gibt es auch keine gleichgewichtige Preis-/Mengenkombination, weil der Markt hier geräumt werden muss. Das heißt am Ende der betrachteten Periode müssen alle Waren verkauft worden sein. Es gibt also lediglich eine Preisreaktion. Der Preis muss solange sinken, bis alle Waren verkauft sind. Bei Tauschmärkten gibt es einen markträumenden Preis, aber keinen gleichgewichtigen Preis. Solche Märkte mag es geben, der Fischmarkt wäre hierfür ein Beispiel oder andere Märkte, wo verderbliche Waren gehandelt werden, aber dieser Typ von Märkten ist irrelevant für die marktwirtschaftliche Ordnung. In der Regel werden Produkte produziert und die Nachfrage determiniert den Preis, der wiederum der limitierende Faktor für die Produktion ist. Zum Zuge kommen nur die Anbieter, die zu einem gegebenen Marktpreis anbieten können und wollen.

Alfred Marshall beschreibt ein partielles Gleichgewicht auf einem Markt, wo Produzenten und Konsumenten aufeinandertreffen. Jeder Anbieter, der zum gegebenen Marktpreis das Gut herstellen konnte und wollte, hat es hergestellt und jeder Nachfrager, der zu dem gegebenen Marktpreis das Gut kaufen konnte und wollte, hat es gekauft.

Zu beachten ist hierbei jedoch, dass es sich um eine Analyse der kurzen Frist handelt, bei der sich die Produktions- und Präferenzstruktur der Nachfrager nicht ändert. Es ist naheliegend, dass die Aussagekraft des Modells davon abhängt, wie lange diese Prämisse Gültigkeit hat. Die Produktionsstruktur innerhalb eines Landes mit homogenem Bildungsstand wird sich z.B. wesentlich schneller anpassen als die Produktionsstruktur zweier Länder mit unterschiedlichem Bildungsstand. Soll heißen: Der effizientere Anbieter der bei gegebenem Marktpreis hohe Gewinne einfährt, wird diesen Vorteil in einem Land mit homogenen Bildungsstand schnell verlieren, wohingegen er in einem Land mit niedrigerem Bildungsstand, ihn recht lange aufrecht erhalten kann.

Soll heißen, die relevanten Aspekte geraten bei dieser kurzfristigen Analyse gar nicht ins Blickfeld. Ein Tatbestand, dessen sich Alfred Marshall, im Gegensatz zur heutigen verbeamteten Ökokaste, vollkommen bewusst war. Deswegen unterscheidet er auch zwischen einer kurz-, mittel- und langfristigen Perspektive.

2. Methodische Grundlagen

Alle Autoren der Neoklassik, das ist etwas, was sie ebenfalls von den klassischen Autoren unterscheidet, reflektieren über den methodischen Ansatz oder, wie es Neudeutsch heißt, über das Erkenntnisobjekt. Für Alfred Marshall ist das Erkenntnisobjekt der Wirtschaftswissenschaften menschliches Verhalten, insoweit sich der Effekt des Anreizes sich in Geld messen lässt.

Hierbei trifft er noch eine subtile Unterscheidung. Gemessen wird hierbei lediglich der Effekt, den ein Anreiz hervorgerufen hat, nicht aber der Anreiz oder das Motiv selbst.

Gibt also jemand zwei Monatslöhne für einen Goldring aus, dann wissen wir, dass irgendein Motiv oder Anreiz einen starken Effekt hervorgerufen hat, wir wissen aber nichts über das Motiv. Er kann entweder schwer verliebt sein oder ein schlechtes Gewissen haben.

Mit der Neoklassik, der auch Alfred Marshall zugerechnet wird, verbindet man im Allgemeinen eine stärkere (mathematische, graphische) Modellierung und zutreffend ist, dass die meisten dieser Modelle von Alfred Marshall eingeführt wurden.

Der Vorteil der Modellierung soll die Reduktion der Komplexität auf das Wesentliche

sein. Das dies auf Modelle im Allgemeinen zutrifft, ist unstrittig. Eine Straßenkarte ist ein auf das Wesentliche reduziertes Modell einer Stadt, Landschaft, Region.

Fraglich ist allerdings, ob das generell zutrifft und ob nicht das Modell selber schon Ergebnis einer Theorie ist. Das Weltbild des Ptolemäus ist ein Modell, hat aber mit der Realität nichts zu tun. Modellierung allein garantiert in keinster Weise ein auf das Wesentliche reduziertes Abbild der Realität. Genauso wahrscheinlich ist, dass ein Modell zu einem Tunnelblick führt.

Ein Modell kann nur dann ein Abbild der Wirklichkeit sein, wenn alle relevanten Parameter in dem Modell enthalten sind. In die Modelle der Wirtschaftswissenschaften fließt aber nur eine eng begrenzte Anzahl an Parametern ein und alle, Preis, Menge, Kosten, Zins, Sparen, Kapital, Arbeit, Nachfrage, Angebot, Gewinn, Rentabilität, Umsatz, Volkseinkommen, Leistungsbilanz, Investition sind lediglich Effekte von etwas, aber nicht die Ursachen. Zwischen diesen Parametern werden nun irgendwelche Beziehungen als stabil hypostasiert.

Zu diesem Vorgehen schreibt Alfred Marshall folgendes.

Doch nichts von alledem trifft auf die reale Welt, in der wir leben, zu. Hier ändert jede ökonomische Kraft unter dem Einfluss anderer Kräfte, die neben ihr wirken, ständig ihre Richtung. Hier beeinflussen sich der Umfang der Produktion, ihre Methoden und ihre Kosten ständig gegenseitig; sie beeinflussen ständig die Art und den Umfang der Nachfrage und werden ständig von diesen beeinflusst. Des weiteren brauchen all diese wechselseitigen Beziehung Zeit um ihre ganze Wirkung zu entfalten und im allgemeinen gibt es auch nicht zwei Einflüsse, die sich gleich schnell bewegen. Deshalb ist in dieser Welt jede klare und simple Annahme die Beziehung zwischen Kosten der Produktion, Nachfrage und Wert betreffend falsch. Und je klarer etwas durch eine geschickte Darstellung erscheint, desto schädlicher ist sie. Wahrscheinlich ist derjenige ein besserer Ökonom, der seinem gesunden Menschenverstand und seinem praktischen Instinkt vertraut, als wenn er vorgibt die Werttheorie zu studieren und davon überzeugt ist, dass diese einfach ist.

Alfred Marshall, Principles of Economics, BOOK V, CHAPTER V, EQUILIBRIUM OF NORMAL DEMAND AND SUPPLY, CONTINUED, WITH REFERENCE TO LONG AND SHORT PERIODS

Liest man sich den folgenden Abschnitt durch, wird man feststellen, dass schon die Zeitgenossen Alfred Marshalls Zweifeln äußerten, ob die Analyse von statischen Zuständen weiterhilft und wenn sich, wie bei Alfred Marshall, nur ein geringer Teil des Gesamtwerkes mit solchen statischen Zuständen beschäftigt, ist es akzeptabel. Das Problem ist, dass moderne Lehrbücher der Mikroökonomie sich ausschließlich mit solchen Zuständen beschäftigen.

In dem Maße, wie wir die starren Beziehungen eines stationären Zustandes aufgeben, nähern wir uns der aktuellen Lebenssituation. So nähern wir uns Stück für Stück dem schwierigen Problem der unzähligen Interaktionen ökonomischer Zusammenhänge. Im stationären Zustand sind alle Bedingungen der Produktion und der Konsumtion immer gleich. Weniger einschränkende Maßnahmen werden gemacht, wenn wir das, was nicht ganz korrekt statische Analyse genannt wird, anwenden. Hier konzentrieren wir uns auf einige zentrale Punkte. Wir gehen davon aus, dass der stationäre Zustand für eine Zeit Gültigkeit hat und untersuchen dann die Kräfte, die hier wirken und einen Einfluss auf das Gleichgewicht haben. Manche dieser Untersuchungen führen vielleicht zu einer Lösung von Problemen, die zu schwierig wären, wenn man alle Kräfte auf einmal untersuchen würde.

aus: Alfred Marshall, Principles of Economics, BOOK V, CHAPTER V, EQUILIBRIUM OF NORMAL DEMAND AND SUPPLY, CONTINUED, WITH REFERENCE TO LONG AND SHORT PERIODS

Beschäftigt man sich mit solchen Zuständen ein paar Stunden, ist das ok. Beschäftigt man sich mit solchen Zuständen ein ganzes Semester, dann ist das definitiv zu lang.

Das Problem mit gleichgewichtigen Zuständen besteht nicht nur darin, dass vom Faktor Zeit abgesehen wird, das Problem besteht vor allem darin, dass bei der neoklassischen Analyse von Gleichgewichten entweder die Produktionsseite überhaupt keine Rolle spielt, wie bei Vilfredo Pareto, oder nur die variablen Kosten berücksichtigt werden, wie im Modell von Alfred Marshall.

Das kann man bei einer kurzfristigen Analyse tun, denn in der kurzen Frist lassen sich diese tatsächlich nicht beeinflussen und werden auch im kaufmännischen Rechnungswesen in der kurzen Frist nicht berücksichtigt. In der langen Frist allerdings

spielen diese Kosten, zumindest in der industriellen Fertigung, eine entscheidende Rolle. Eine Gleichgewichtsanalyse aufgrund von Grenzkostenbetrachtungen, bei denen Fixkosten ja keine Rolle spielen, sind von daher für die Analyse real wirtschaftlicher Prozesse irrelevant.

Das eigentliche Problem steckt aber tiefer. Gleichgewichte beschreiben den Zusammenhang zwischen Preis und Menge. Angebotsseitig wird argumentiert, dass je höher der Marktpreis, desto größer das Angebot, weil auch ineffiziente Anbieter bestehen können. Nachfrageseitig wird argumentiert, dass ein Gut nur einen geringeren Nutzen stiften muss, wenn der Preis niedrig ist und von daher ein sinkender Preis mit einer Zunahme der Nachfrage einhergeht.

Das Problem ist, wie Alfred Marshall schon richtig bemerkt, dass damit über den eigentlichen Kausalzusammenhang nichts gesagt wird. Weder wissen wir, warum ein Anbieter weniger effizient ist als ein anderer, noch woraus sich die Präferenz für ein Produkt ergibt.

Das ist aber das, was uns z.B. im Kontext der Entwicklungshilfe interessiert.

Im Grunde braucht es aber nicht mal eine Begründung. Wird von einem gegebenen Einkommen ausgegangen, ist es vollkommen logisch, dass man mehr von etwas kaufen kann, je billiger es ist. Im Grunde ist das Gleichgewicht, das wir in allen Lehrbüchern finden, eine Tautologie, die logisch auf derselben Stufe steht wie die Aussage, dass man umso mehr Geld ausgeben kann, je mehr man davon hat.

3. Konsumentenrente, Produzentenrente

Die Konsumentenrente und die Produzentenrente ist wohl das aussagekräftigste Konzept der gesamten Mikroökonomie, wobei wir die Idee, allerdings beschränkt auf den Produktionsfaktor Land, eigentlich schon bei David Ricardo finden, wobei wir aber zwischen der Produzentrente bei Alfred Marshall, die er im übrigen producer surplus nennt, und der Bodenrente bei David Ricardo einen interessanten Unterschied haben.

Eine bestimmte Stadt hat einen bestimmten Bedarf an Weizen. Wir können davon ausgehen, dass der Preis für Weizen überall in der Stadt der gleiche ist, denn wäre dem nicht so, würden die Leute beim billigeren Anbieter kaufen, was diesen wiederum

veranlassen würde, die Preise anzuheben. Wir haben also einen Marktpreis. Allerdings haben wir auf der Anbieterseite, den Farmern, die Weizen anpflanzen, Unterschiede. Manche wohnen in der Nähe der Stadt und andere weit entfernt, so dass bei den einen Transportkosten anfallen, bei den anderen nicht. Je näher an der Stadt ein Farmer produziert, desto höher ist also sein Gewinn. Steigt nun der Bedarf an Weizen in der Stadt aufgrund einer Bevölkerungszunahme, dann steigt auch der Preis. Dies wiederum erlaubt es einem noch weiter entfernten Farmer, der bis jetzt nicht anbieten konnte, Weizen in die Stadt zu liefern. Der Gewinn des Farmers in der Nähe der Stadt vergrößert sich. Der Gewinn, der lediglich durch die unterschiedliche geographische Lage/Bodenqualität entsteht, nennt David Ricardo Bodenrente.

Alfred Marshall wendet dieses Konzept auf jedes x beliebige Gut an. Bei jedem x beliebigen Gut gibt es, tendenziell, EINEN Marktpreis, aber unterschiedlich effiziente Anbieter. Genau wie bei der Bodenrente ist der Gewinn folglich in Abhängigkeit von der Effizienz unterschiedlich.

Auch wenn es hierbei natürlich einen wesentlichen Unterschied gibt, die Bodenrente hat mit Leistung nichts zu tun, die bessere Effizienz aber schon, sind die Ähnlichkeiten offensichtlich.

Man kann sich die Frage stellen, warum David Ricardo sein Konzept der Bodenrente nicht, wie Alfred Marshall das dann getan hat, auf alle Arten von Produkten ausdehnte.

Der Grund ist schnell erklärt. David Ricardo geht von einer völligen Mobilität der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit aus. Unter diesen Prämissen gibt es keine Unterschiede in der Effizienz der Produktionsstrukturen. Das heißt auch, dass know how bei David Ricardo keine Rolle spielt, denn der Faktor Arbeit kann mühelos und umgehend in jede Verwendung wandern.

Zutreffend sieht Alfred Marshall das anders. Umstrukturierungsprozesse erfordern Zeit und sind mühevoll. Unterschiede in der Effizienz können also auch sehr lange bestehen, was wiederum die Bedingung für die Existenz von Produzentenrenten ist.

Das Konzept der Produzentenrente verweist also implizit auf die Ursachen der wirtschaftlichen Entwicklung. Know how, know how transfer, Innovationskraft etc.. Es sind letztlich diese Faktoren, die darüber entscheiden, wie lange die Produzentenren-

te überhaupt besteht. Klammert die (mathematische oder graphische) Modellierung diese Faktoren aus, sind keine gehaltvollen Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung mehr möglich, weil dann die zentralen Parameter gar nicht mehr Bestandteil des Modells sind.

Das Konzept des natürlichen Preises von Adam Smith bzw. das allgemeine Gleichgewicht von Léon Walras schließt die Existenz von Produzentenrenten aus. Die Erträge der Produktionsfaktoren sind in allen Verwendungen gleich hoch, denn wäre das nicht der Fall, würden sie automatisch solange in die Bereiche fließen, wo die Erträge höher sind, bis die Erträge sich wieder ausgleichen. Es gibt also nicht nur keine Unterschiede in der Produktivität innerhalb einer Branche, sondern es gibt auch branchenübergreifend keine Unterschiede in der Produktivität.

Das Gegenstück zur Produzentenrente ist die Konsumentenrente. Es gibt Nachfrager, die bereit gewesen wären einen höheren Preis als den Marktpreis zu bezahlen, was sie aber nicht müssen, da der Marktpreis nun mal gegeben ist.

Die Existenz einer Konsumentenrente ist mit den Vorstellungen von Adam Smith vom natürlichen Preis und Marktpreis kompatibel, nicht aber mit Tauschmärkten, die Léon Walras seinen Überlegungen zugrunde legt. Die Konsumentenrente ist nur sinnvoll vor dem Hintergrund von Präferenzen. Es gibt Leute, die bereit gewesen wären mehr zu zahlen, müssen aber nur den Gleichgewichtspreis bezahlen.

Bei einem reinen Tauschmarkt, der am Ende der Periode geräumt sein muss, passt sich der Preis den Präferenzen an. Bleiben am Ende der Periode Fische auf einem Fischmarkt übrig, kann der Verkäufer sie entweder verschenken oder entsorgen, wobei ihn letzteres in der Regel Geld kostet.

Monopole mindern die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt. Dies wird oft anhand der Konsumenten- und Produzentenrente illustriert. Das Monopol legt einen Preis oberhalb des Gleichgewichtspreises fest. Das hat zwei unterschiedliche Wirkungen. Zum einen wird zu diesem höheren Preis weniger nachgefragt und weniger angeboten. Wer aber nicht nachfragt, hat naheliegenderweise auch keine Konsumentenrente und wer nicht anbietet, im Polypol gäbe es ja bis zum Marktpreis ein Angebot, hat natürlich auch keine Produzentenrente. Dieser Effekt ist also auf jeden Fall negativ. Der zweite Effekt ist ein Nullsummenspiel. Der Monopolist erhöht die Produzentenrente auf Kos-

ten der Konsumentenrente. Da der erste Effekt auf jeden Fall negativ ist und der zweite ein Nullsummenspiel, ist der Gesamteffekt auf jeden Fall negativ.

Hinsichtlich anderer Probleme, die im Allgemeinen anhand der Konsumenten- und Produzentenrente diskutiert werden, führt die isolierte Betrachtung zu einer Überschätzung der Wirkung.

Ein Zoll auf ein Produkt würde zwar den Marktpreis anheben mit der Folge, dass die nachgefragte Menge zurückgeht und es folglich zu einem Verlust der Konsumenten und Produzentenrente käme, weil einerseits kein Nachfrager eine Konsumentenrente haben kann, wenn er das Produkt schlicht gar nicht nachfragt und kein Produzent eine Produzentenrente haben kann, wenn er das Produkt schlicht nicht produziert. Allerdings wird die Wirkung in der isolierten Betrachtung überschätzt, weil die Konsumenten ihr Geld dann für etwas anderes ausgeben.

Des Weiteren reduziert der Zoll die Konsumentenrente und die Produzentenrente, allerdings erhält dieses Geld der Staat, der es ebenfalls ausgibt, so dass die Wirkung auf aufgrund dieses Effektes überschätzt wird.

Bezüglich bestimmter Verbrauchssteuern wie z.B. die Tabaksteuer, ist die Argumentation mit der Fehlallokation etwas wirr, weil es ja gerade das Ziel dieser Steuer ist, die Nachfrage zu verringern.

Zusammenfassend ist aber das partielle Gleichgewicht die realistischste Darstellung marktwirtschaftlicher Ordnungen, denn das Modell impliziert, dass die Produktionsfaktoren eben nicht mühelos in die Verwendung mit der höchsten Produktivität fließen. Wäre dies nämlich der Fall, gäbe es gar keine Produzentenrenten.

Aufgabe der Volkswirtschaftslehre wäre es folglich, die Gründe für das Entstehen von Produzentenrenten zu ermitteln, insbesondere eben die Probleme beim Transfer von know how zu erklären. Die Produzentenrente graphisch, rechnerisch und verbal zu beschreiben, ist weniger ergiebig, denn die Produzentenrente ist lediglich ein Effekt, aber keine Ursache. Wir interessieren uns aber für die Ursachen und nicht für die Effekte, die diese Ursachen hervorbringen.

4. Ordinale Nutzenmessung, kardinale Nutzenmessung

Gegen die Konsumentenrente von Alfred Marshall wird vorgebracht, dass sie auf einer kardinalen Nutzenmessung beruhe. Ist der Marktpreis 5 Euro und die Zahlungsbereitschaft von X und Y betrüge jeweils 7 Euro, dann, so das Argument, könne man die jeweils 2 Euro Konsumentenrente nicht addieren, weil nicht sichergestellt sei, dass für X 2 Euro denselben Wert haben wie für Y. Hierzu bemerkt Alfred Marshall.

In großen Märkten, wo Reich und Arm, Jung und Alt, Männer und Frauen und Menschen unterschiedlichster Geschmäcker, Temperamente und Beschäftigungen durcheinander gewürfelt sind, werden sich die Eigenheiten der Bedürfnisse der Individuen ausgleichen und ein vergleichbare reguläre Abstufung zeigen. Jeder Fall, so gering er auch sein mag, des Preises einer Ware des täglichen Bedarf, wird, solange alles andere sich nicht ändert, zu einer Steigerung des Absatzes führen, ganz so wie ein ungesunder Monat die Sterblichkeitsrate in einer Stadt ansteigen lässt, obwohl nicht alle Menschen davon betroffen sind. So können wir denn, wenn wir über die dafür notwendigen Kenntnisse verfügen, eine Liste aus Preis/Mengen Kombinationen erstellen, bei welchen jede Menge an einem bestimmten Ort, sagen wir innerhalb eines Jahres, verkauft werden kann.

Alfred Marshall, Principles of Economics, BOOK III, CHAPTER III, GRADATIONS OF CONSUMERS' DEMAND

Soll heißen: Es ist gut möglich, dass X ein Einkommen pro Monat von 10 000 Euro hat und Y von 500 Euro, so dass der in Geld gemessene Nutzen für X und Y höchst unterschiedlich ist. Statistisch gesehen gleicht sich das aber aus. Im Durchschnitt wird der in Geld gemessene Nutzen der gleiche sein. Im übrigen spielt das aber auch keine große Rolle, denn man kann die Differenz zwischen subjektiver Zahlungsbereitschaft und Marktpreis auch schlicht als Ersparnis definieren und die ist bei X und Y dann gleich hoch.

Die ordinale Nutzenmessung versucht das Problem, dass demselben Geldbetrag unterschiedliche Nutzen entgegenstehen können, dadurch zu verhindern, dass der Nutzen nicht absolut, sondern relativ gemessen wird. Das heißt, es wird kein Vergleich zwischen zwei Individuen vorgenommen. Die ordinale Nutzenmessung beschreibt Alfred Marshall so.

Der einfachste Fall eines Ausgleichs oder Gleichgewichts zwischen Wunsch und Anstrengung findet man vor, wenn eine Person seinen eigenen Bedarf mit direkter Arbeit befriedigt. Wenn ein Junge Brombeeren pflückt um sie zu essen, dann bereitet ihm vielleicht eine Zeit lang das Pflücken selbst schon Freude. Eine gewisse Zeit reicht die durch das Naschen erlebte Freude vollkommen aus, um die Mühsal des Pflückens zu kompensieren. Nachdem er aber eine gewissen Menge gegessen hat, nimmt der Wunsch mehr zu essen immer mehr ab, während die Mühsal des Pflückens, mehr wegen der Monotonie als wegen der Ermüdung, zunimmt. Das Gleichgewicht ist dann erreicht, wenn die Freude am Spiel, die Abneigung gegen die Arbeit und der Wunsch zu essen ausbalanciert sind. Die Befriedigung, welche er aus dem Pflücken der Früchte ziehen kann, hat sein Maximum erreicht, denn bis zu diesem Punkt hat jedes neue Pflücken ihm mehr Freude bereitet, also es ihn kostete. Danach mindert jedes weitere Pflücken die Lust mehr, als es diese steigert.

aus: Alfred Marshall, Principles of Economics, BOOK V, CHAPTER II, TEMPORARY EQUILIBRIUM OF DEMAND AND SUPPLY

Wir haben also in diesem Fall keine Angaben über die absolute Höhe des Nutzens, wir können aber sagen, dass in dem Moment, wo der Junge mit Brombeeren pflücken aufhört, die Mühe des Pflückens den Nutzenzuwachs durch die Brombeeren übersteigt. Wir können zwar nicht angeben, wie viel Nutzenzuwachs er durch weiteres pflücken von Brombeeren erhält, das wäre kardinal, aber wir können angeben, dass der Nutzenzuwachs die Mühe übersteigt, denn andernfalls würde er ja aufhören, Brombeeren zu pflücken. Wir können also den Nutzenzuwachs ordinal anordnen. Bestimmte Kombinationen aus Arbeit und Brombeeren stiften mehr Nutzen als andere.

Das Problem mit der kardinalen Nutzenmessung hat Alfred Marshall vollumfänglich erfasst.

Der Preis misst den Grenznutzen eines Gutes bezogen auf den jeweiligen Käufer individuell. Wir können nicht sagen, dass der Preis den Grenznutzen allgemein misst, denn die Bedürfnisse und die Umstände der Menschen sind unterschiedlich.

aus: Alfred Marshall, Principles of Economics, BOOK III, CHAPTER III, GRADATIONS OF CONSUMERS' DEMAND

Er hält dieses Problem aber vernachlässigbar. Die ordinale Nutzenmessung von Vilfredo Pareto bringt aus praktischer Sicht keine Vorteile. Es gibt schlicht, wie Vilfredo Pareto ja auch selbst konzediert, kein realistisches Szenario, wo aufgrund der ordinalen Nutzenmessung irgendwelche tieferen Einsichten gewonnen werden könnten.

5. Tausch von Gütern, Produktion von Gütern

Alfred Marshall unterscheidet klar zwischen einer kurzfristigen und einer langfristigen Analyse. Das entspricht der Analyse eines Tauschmarktes, wo eine vorhandene Menge an Waren lediglich getauscht wird, und einer langfristigen Analyse, bei der Waren auch produziert werden.

Die Ausführungen von Léon Walras und Vilfredo Pareto beziehen sich fast ausschließlich auf Tauschmärkte, die für marktwirtschaftliche Ordnungen weitgehend irrelevant sind. Tauschmärkte haben den Vorteil, dass sie sich leichter mathematisch modellieren lassen, da von allen relevanten Zusammenhängen, insbesondere der Produktionsstruktur, abstrahiert werden kann.

Es gibt bei Tauschmärkten auch keinen gleichgewichtigen Preis, sondern einen markträumenden Preis. Der gleichgewichtige Preis ist der Preis, bei dem alle, die zu einem gegebenen Preis **PRODUZIEREN** können und wollen auch produzieren und alle, die zu einem gegebenen Preis das Gut kaufen können und wollen, dies auch tun. Anbieter, die zu einem bestimmten Marktpreis nicht kostendeckend produzieren können oder wollen, stellen die Produktion ein, bzw. fangen gar nicht erst mit der Produktion an. Wir haben also eine Mengen UND Preisreaktion.

Bei reinen Tauschmärkten haben wir lediglich eine Preisreaktion. Im Verlaufe einer bestimmten Periode soll eine bestimmte Menge eines Gutes verkauft werden. Hierbei ist es durchaus möglich, dass die Waren zu einem Preis verkauft werden, bei dem der Deckungsbeitrag negativ ist.

(Genau genommen ist allerdings der Begriff Deckungsbeitrag bei reinen Tauschmärkten sinnlos, da ja alle Kosten quasi Fixkosten sind.)

Dieses Szenario ist nicht vorstellbar, wenn Waren produziert werden. Niemand wird etwas produzieren, wenn er keinen Gewinn damit macht, bzw. die Verluste vergrößert.

Der Händler allerdings wird unter Umständen, vor allem wenn es verderbliche Waren sind, diese zu schlicht jedem Preis verkaufen.

Alfred Marshall diskutiert einen solchen Typ von Markt anhand des Getreidemarktes und erweitert ihn bei dieser Gelegenheit noch um eine Warenterminbörse, also um einen Markt, wo spekulativ mit Mengen in der Zukunft gehandelt wird.

Das relevanteste Beispiel für reine Tauschmärkte sind Aktienmärkte. Bei Aktien liegt die Menge fest und der markträumende Preis, das ist bei Aktienmärkten der Preis, bei dem der Umsatz maximiert wird, ergibt sich aus der spekulativen Nachfrage.

Bei reinen Tauschmärkten ergibt sich der Marktpreis naheliegenderweise einzig aus der Nachfrage, denn wenn gar keine Güter produziert werden, dann hat ein höherer Preis auch keinen Einfluss auf die produzierte Menge. Durch einen höheren Preis wird das Angebot nicht erhöht.

Das ist der prinzipielle Denkfehler in der sogenannten subjektiven Wertlehre, deren extremster Vertreter Carl Menger ist. Ob eine gegebene Menge knapp ist oder nicht, hängt ab von der Nachfrage. Werden Güter allerdings auch produziert, dann ist Knappheit relativ. Es ist denkbar, dass zu einem gegebenen Preis schlicht jede Nachfrage befriedigt wird, Güter also nie knapp werden. Werden Güter also produziert, dann ist Knappheit relativ und hängt von der Produktionsstruktur ab.

Je länger also der betrachtete Zeitraum, desto mehr gerät der Produktionsprozess in den Vordergrund und dieser ist dann mit simplen mathematischen Modellen eben nicht mehr beschreibbar. Bei Alfred Marshall klingt das dann so.

So können wir denn als generelle Regel festhalten, dass wir unsere Aufmerksamkeit desto stärker dem Einfluss der Nachfrage widmen müssen, je kürzer der Zeitraum ist, den wir betrachten und je länger die Periode, desto bedeutender ist der Einfluss der Produktionskosten auf den Wert, denn der Einfluss in den Kostenstrukturen der Produktion braucht im Allgemeinen länger um sich ganz zu entfalten, als Veränderungen der Nachfrageseite. Der aktuelle Wert zu irgendeinem Zeitpunkt, der Marktwert, wie er oft genannt wird, wird öfters durch vorübergehende Erscheinungen und sporadische, kurzfristige Effekte beeinflusst, als durch solche, deren Wirkung von dauerhafter Natur ist. Betrachtet man hinge-

gen längere Zeiträume, dann heben sich die Einflüsse dieser vorübergehenden und unregelmäßig auftretenden Effekte gegenseitig auf. Doch selbst lang andauernde Effekte sind dem Wandel unterworfen und die ganze Struktur des Produktionsprozesses wird geändert, wie auch die relativen Kosten der Produktion verschiedener Dinge sich ständig, von einer Generation zur anderen, ändern.

aus: Alfred Marshall, Principles of Economics, BOOK V, CHAPTER III, EQUILIBRIUM OF NORMAL DEMAND AND SUPPLY

Anmerken könnte man, dass der Begriff Wert ganz grundsätzlich in die Irre führt. Der Begriff wird von beiden Seiten verwendet, von der Neoklassik sowie ihrem vermeintlichen Gegenspieler, dem Marxismus. Erstere definieren ihn rein subjektiv, als den Wert, den irgendjemand einem Gut beimisst. Letzterer definiert ihn „objektiv“, also rein von der Kostenseite her und Marx als den in einer Ware verkörperter Arbeit.

Auf den Wert kommt es aber gar nicht an, selbiger ist irrelevant. Relevant ist allein die effektive Nachfrage und die hängt eben von der Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft der Nachfrage sowie von der Fähigkeit der Anbieter ab, das Gut zu einem Preis zu liefern, der dem entspricht.

Unstrittig ist aber, dass der eigentlich dynamische Teil der Marktwirtschaft die Produktionsseite ist.

6. Bildung

Know how ist einer der entscheidenden Einflussfaktoren auf die wirtschaftliche Entwicklung. In Teilbereichen der Wirtschaft, z.B. Informatik, besteht der Arbeitsaufwand schon gar nicht mehr in der eigentlichen Produktherstellung, sondern in der Aquisition von know how. Weiß man wie es geht, lässt sich ein Programm schnell schreiben, allerdings verbringt man viel Zeit damit herauszufinden, wie es geht.

Es gibt nur zwei Autoren, die dem Faktor know how eine Bedeutung zumessen, nämlich Jean Baptiste Say und Alfred Marshall. David Ricardo, Karl Marx und Léon Walras erwähnen die Bedeutung von know how nicht mal. Der Faktor Arbeit fließt mühelos in jede x-beliebige Verwendung.

Know how ist, auch wenn versucht wird, es systematisch zu produzieren, das Ergebnis kontingenter Faktoren und lässt sich daher schlecht mathematisch oder graphisch modellieren. Das mag mit ein Grund sein, warum wir in modernen Lehrbüchern der Mikroökonomie nichts über know how finden.

Wir können insgesamt sagen, dass alles was kontingent, zufällig, spontan auftritt und damit schlecht modellierbar ist, keine Berücksichtigung in der akademischen Lehre findet. Gleiches gilt z.B. für die Unternehmertätigkeit, die wir auch nur bei Jean Baptiste Say und Alfred Marshall beschrieben finden.

Jean Baptiste Say und Alfred Marshall sind auch die einzigen, die sich mit der Bedeutung von Forschung und Entwicklung beschäftigen.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass ein bestimmter methodischer Ansatz, die mathematisch, graphische Modellierung eben, dazu tendiert, von allem, was sich mit diesem Ansatz nicht beschreiben lässt, zu abstrahieren.

Abstrahiert man von kontingenten, zufälligen, spontanen Ereignissen mag ein Ansatz, der für die Physik geeignet ist, auch für die Volkswirtschaft zielführend erscheinen, den Kontingentes, Zufälliges, Spontanes gibt es in der Physik nicht. Die Frage ist nur, ob wir mit dieser Abstraktion tatsächlich noch relevante Aussagen über wirtschaftliche Prozesse gewinnen.

Autoren die diesen engen methodischen Ansatz nicht folgen, haben ein weit breiteres Spektrum an Themen. Bildung ist für Alfred Marshall der wichtigste Produktionsfaktor.

Kapital besteht zu einem großen Teil aus Wissen und Organisation und ist teilweise in privatem Besitz und teilweise nicht. Wissen ist das mächtigste Mittel, das uns zur Produktion zur Verfügung steht. Es macht uns die Natur nutzbar und unterwirft sie uns, so dass sie unsere Bedürfnisse befriedigt. Die Organisation unterstützt das Wissen.

Alfred Marshall, Principles of economics, BOOK IV, THE AGENTS OF PRODUCTION, Land, Labour, Capital And Organization

Von der Natur der Sache her kann Wissen nur in den Köpfen vorhanden sein. Damit

sind dann wesentliche Aussage, die immer wieder in der öffentlichen Debatte auftauchen, falsch. Die These von David Ricardo und Karl Marx z.B. dass die Arbeiter nie einen das Existenzminimum übersteigenden Lohn durchsetzen können, ist, wie ja auch die Wirklichkeit zeigt, falsch, weil das Kapital ja in den Köpfen steckt. Macht haben die Leute, die die Maschinen produzieren und bedienen können und nicht die Leute, die sie besitzen.

Kapital wird dann des Weiteren durch das informelle/formelle Bildungssystem akkumuliert und nicht durch den ‚Kapitalisten‘.

In der Ware ist dann nicht eine bestimmte Menge Arbeit inkorporiert, gemessen in Zeiteinheiten, sondern know how und bei know how haben wir es mit etwas Spontaneum, Kontingentem zu tun, das in Zeiteinheiten nicht gemessen werden kann.

Der methodologische Ansatz des Marxismus ähnelt stark dem, was wir in modernen Lehrbüchern zur Mikroökonomie finden. Beide Denkrichtungen abstrahieren von allem, was sich nicht modellieren lässt, was eben teilweise zu offensichtlich recht skurrilen Ergebnissen führt.

Man muss sehen, dass das was wir heute in Lehrbüchern zur Mikroökonomie an marshallischen Vorstellungen finden, eine willkürliche und eklektische Auswahl ist, wobei der methodologische Ansatz mit dafür entscheidend war, welche Vorstellungen überhaupt kanonisiert wurden.

Es wäre besser gewesen, man hätte den von Alfred Marshall vorgezeichneten Weg weiter verfolgt.

In einem gewissen Sinn gibt es nur zwei Produktionsfaktoren, die Natur und den Menschen. Kapital und Organisation sind das Ergebnis der von der Natur geförderten menschlichen Arbeit, die von seiner Fähigkeit, die zukünftige Entwicklung abzuschätzen und seinem Willen, Vorsorge zu treffen, geleitet ist. Bei gegebenem Charakter und menschlichen wie natürlichen Potentialen, folgt hierauf der Zuwachs an Wachstum, Wissen und Organisation wie jedes Resultat auf eine Ursache folgt. Andererseits jedoch wird der Mensch selber von seiner Umgebung geformt, in der wiederum die Natur eine große Rolle spielt, so dass egal von welchem Blickwinkel man es auch betrachtet, immer

der Mensch das zentrale Problem sowohl der Produktion wie auch der Konsumtion ist.

aus: Alfred Marshall, Principles of economics, BOOK IV, THE AGENTS OF PRODUCTION, Land, Labour, Capital And Organization

Aus den klassischen Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden macht er Natur und Mensch. Es sind also nicht mehr, wie wir das in Lehrbüchern der Mikroökonomie finden, ökonomische Gesetze, die mit derselben Stabilität wie die Gravitation die Planeten in ihren Umlaufbahnen hält zu einem Gleichgewicht auf dem Güter-, Arbeits- und Kapitalmarkt führen. Die wirtschaftliche Entwicklung hängt ab von konkreten Entscheidungen unter Unsicherheit.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist aber nicht nur das Ergebnis menschlichen Handelns, sondern die wirtschaftliche Entwicklung prägt auch umgekehrt den Menschen. Die wirtschaftliche/technische Entwicklung und deren Rückwirkung auf den Menschen kann so einschneidend sein, dass fundamentale Annahmen eines Modells nicht mehr gelten.

Den ersten Prototyp einer Modellierung haben wir z.B. bei David Ricardo. Allerdings hat die wirtschaftlich, technische Entwicklung und deren Rückwirkung auf den Menschen dazu geführt, dass keine einzige Annahme seines Modells heute noch zutreffend ist.

Es ist anzunehmen, dass alle ökonomischen Modelle, selbst die allertrivialsten, in den nächsten 50 Jahren dasselbe Schicksal erleiden.

Vilfredo Pareto



Von Vilfredo Pareto stammt das Pareto Optimum. Dieses finden wir in absolut jedem Lehrbuch zur Mikroökonomie.

Betrachtet man es im Kontext seines Hauptwerkes, des *Tratato di Sociologia Generale* von 1916, dann können wir vermuten, dass Vilfredo Pareto vor allem nachweisen wollte, dass es kein objektives Kriterium gibt, anhand dessen sich eine Verteilung des Nationaleinkommens, insbesondere eine Umverteilung, rechtfertigen lässt.

Die Grundidee ist hierbei äußerst simpel und lässt sich in einem Satz zusammenfassen. Auch er geht von einem reinen Tauschmarkt aus, bei dem eine gegebene Menge getauscht wird, aber nichts produziert wird. Es gilt somit das gleiche wie für Carl Menger und Léon Walras. Da vom eigentlich dynamischen und komplexen Teil, nämlich der Produktion, vollkommen abstrahiert wird, lassen sich praktisch keine inhaltvollen Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung gewinnen.

Das Pareto Optimum ist ein Zustand, bei dem keiner der Tauschpartner sich mehr besser stellen kann, ohne dass der andere sich schlechter stellt. Dies ist allerdings, auch wenn es etwas umständlich erläutert wird, eine Binsen, denn ein Tausch findet nie statt, wenn einer der Tauschpartner sich durch den Tausch schlechter stellt. Von altruistischen Motiven abstrahieren wir jetzt.

Vermutlich ist das Pareto Optimum nur deswegen so berühmt, weil es reichlich umständlich dargestellt wird. Durch die Art der Darstellung, als graphisches oder mathematisches Modell, wird ein Tiefsinn suggeriert, wo tatsächlich keiner ist.

Als Pluspunkt des Modells von Pareto im Vergleich zum Modell von Alfred Marshall wird oft angeführt, dass das Pareto Modell auf eine kardinale Nutzenmessung verzichtet und kein interpersoneller Nutzenvergleich stattfindet. Für das ordinale Nutzenkonzept von Pareto muss lediglich bekannt sein, dass ein Individuum bereit ist, das Gut X gegen das Gut Y einzutauschen, er folglich das Gut X noch präferiert.

Nimmt man die kardinale Nutzenmessung als Maßstab, also eine Nutzenmessung,

die in Geld gemessen wird, und unterstellt man einen abnehmenden Grenznutzen, würde sich, abstrahiert man von dem Einfluss auf die Leistungsbereitschaft durch eine Nivellierung des Einkommens durch Umverteilung, sich die maximale allgemeine Wohlfahrt durch eine gleichmäßige Umverteilung des Einkommens ergeben. Da dann der Grenznutzen des Geldes der Reichen geringer ist als der der Armen, ergäbe sich eine Wohlfahrtsteigerung, wenn man den Reichen das Geld wegnimmt und es an die Armen verteilt.

Tendenziell ist das die Idee hinter der progressiven Besteuerung. 200 Euro oder 20 Prozent Steuer ist für jemanden, der nur 1000 Euro verdient mehr, als 1000 Euro oder 25 Prozent für jemand, der 4000 Euro verdient.

Das allerdings will Pareto und die auf ihn aufsetzende Wohlfahrtsökonomie nicht gelten lassen. Das Pareto Optimum will den Nachweis erbringen, dass sich unabhängig von der Ausgangssituation der Tauschpartner zwar ein Optimum ermitteln lässt, aber Aussagen darüber, ob eine Veränderung der Ausgangssituation die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt steigert oder nicht unmöglich sind.

Somit kann natürlich auch nicht hinterfragt werden, ob die Ausgangssituation selbst „gerecht“ ist oder nicht.

Dieser Ansatz widerspricht den Grundpfeilern der marktwirtschaftlichen Ordnung. In der marktwirtschaftlichen Ordnung ist die Ausgangssituation das Ergebnis einer Leistung, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und Wettbewerb entstanden ist, weil nur unter diesen Bedingungen die individuelle Nutzenmaximierung automatisch die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt optimiert. Das ist die zentrale Idee der marktwirtschaftlichen Ordnung seit Adam Smith.

Abstrahiert man davon, wie die Ausgangssituation entstanden ist, ob die ungleiche Ausgangssituation durch Raub, Erpressung, Betrug oder durch eine Marktleistung zustande kam, untergräbt man die marktwirtschaftliche Ordnung. Eine ungleiche Verteilung wird nur, innerhalb gewisser Grenzen, dann akzeptiert, wenn sie auf einer sich am Markt und im Wettbewerb dokumentierten Leistung beruht.

Vereinfacht ausgedrückt: Es gibt keinen Grund zur Klage, wenn jemand viel verdient, weil dem Verdienst ja eine Marktleistung zugrunde liegt. Verdient jemand viel, tut er

offensichtlich vielen Leuten etwas Gutes, denn offensichtlich stellen sich die Leute durch den Kauf seiner Leistung besser, andernfalls würden sie es ja unterlassen.

Die Diskussion über die kardinale oder ordinale Nutzenmessung geht völlig in die Irre, weil das gar nicht das Thema ist. Thema ist die Frage, wie ungleich die Einkommensverteilung sein muss, damit noch ein Anreiz besteht, sich dem Wettbewerb zu stellen. Bei völliger Nivellierung des Einkommens besteht dieser Anreiz nicht mehr und das System ist auf nicht monetäre Anreize angewiesen, Verleihung von Orden und ähnlichem, was regelmäßig schief geht.

Pareto allerdings diskutiert das Thema unter dem Begriff „Gerechtigkeit“ und findet, dass sich nicht wissenschaftlich nachweisen lässt, was gerecht ist. Es ist z.B. auch ungerecht, wenn man einen Mörder daran hindert, jemanden umzubringen, denn der Nutzenzuwachs den der Mörder durch die Befriedigung seiner Mordlust erfährt kann größer sein, als die Nutzeneinbuße, die der Ermordete erfährt. Er schreibt:

Gehen wir mal von einer Gemeinschaft zwischen Wolf und Schaf aus: Das Glück des Wolfes besteht darin, das Schaf zu fressen und das Glück des Schafes besteht darin, nicht gefressen zu werden. Wie können wir eine solche Gemeinschaft glücklich machen? Unter den Menschen gibt es kriegerische Völker und nicht kriegerische Völker. Das Glück der kriegerischen Völker besteht darin, die zweiten zu erobern und das Glück dieser besteht darin, nicht erobert zu werden. Man muss dann auf ein anderes Prinzip zurückgreifen und zum Beispiel das kriegerische Volk an seinem Glück hindern. Damit würde man es für weniger würdig halten, als das unkriegerische Volk, dessen alleinige Interessen man berücksichtigen würde. Dann hätte aber das schöne Prinzip, das man gewählt hat um genau diese moralische Problem zu lösen, keine Geltung mehr und würde zu nichts mehr nützen.

Vilfredo Pareto, Manuale di economia politica con una introduzione alla scienza sociale, pagina 62

Nach Vilfredo Pareto müssen wir also abwägen, zwischen den Nutzenzuwachs des Bankräubers und des Vergewaltigers und dem Nutzenverlust der Ausgeraubten und der vergewaltigten Frau, weil wir ja die ersteren an ihrem Glück hindern. Es ist hierbei durchaus zutreffend, dass Straftäter an ihrem Glück gehindert werden. Ziel des Straf-

rechts ist es, den Straftäter unglücklich zu machen, so dass er die Straftat eben nicht begeht.

Niemandem erschließt sich so richtig der Erkenntniswert des Pareto Optimums. Es gibt kein einziges konkretes Problem, bei dem sich mit der Hilfe des Pareto Optimums irgendwelche tieferen Einblicke gewinnen lassen.

Einzig bei der Wohlfahrtsökonomie, die den Nachweis erbringen will, dass unabhängig von der Ausgangssituation jede Situation optimal ist, bei der sich keiner der Tauschpartner besser stellen kann, ohne dass sich ein anderer schlechter stellt, ist das Pareto Optimum relevant.

Daraus schließt der Autor, dass das allgemeine Gleichgewicht seines Freundes Léon Walras, dessen Nachfolger er an der Universität von Lausanne war, nicht geeignet war, ihm die grundlegende Funktionsweise marktwirtschaftlicher Ordnungen zu vermitteln.

Im Original erklärt Vilfredo Pareto das anhand eines unnötig komplexen Szenarios, das obendrein einen engen Spezialfall beschreibt, den wir in der Realität nicht vorfinden.

Beide Tauschpartner verfügen über zwei gleiche Produkte, deren Grenznutzen mit zunehmendem Konsum sinkt. Das heißt, je weniger der eine von einem Produkt hat, desto mehr Nutzen stiftet es für ihn und desto mehr von dem anderen Produkt muss der Tauschpartner liefern, um ihn zum Tausch zu veranlassen.

Zu Deutsch: Haben beide Tauschpartner Reis und Heizöl, so kann es sein, dass der eine es vorzieht, satt zu sein und ein bisschen zu frieren, der andere hingegen hat es lieber warm und hungert ein bisschen. Allerdings will der eine auch nicht erfrieren und der andere nicht verhungern. Da die Präferenzen also unterschiedlich sind, entspricht die gleiche Ausstattung nicht ihrem Optimum. Zu Beginn werden also beide bereit sein, viel Reis gegen viel Heizöl zu tauschen. Nähern sie sich aber dem Punkt, wo der eine verhungert und der andere erfriert, wird ein weiterer Tausch den Gesamtnutzen verringern und folglich unterbleiben. Der eine hat nichts mehr davon, wenn er mehr Heizöl gegen Reis tauscht und der andere stellt sich nicht besser, wenn er mehr Reis gegen Heizöl eintauscht. Beide würden dann etwas abgeben, was sie dringend benötigen und etwas erhalten, was sie nicht so dringend benötigen.

Dass das Tauschverhältnis anders aussieht, wenn beide in der Südsee wohnen, als wenn der eine in Sibirien und der andere auf den Kanaren wohnt, ist offensichtlich.

Das Grundproblem hierbei ist jedoch das gleiche, das wir auch bei der Ableitung der Nachfragekurve allgemein immer wieder sehen. Der fallende Verlauf der Nachfragekurve wird erklärt aus dem fallenden Grenznutzen. Damit lässt sich der fallende Verlauf der Nachfragekurve im Allgemeinen aber nicht erklären, weil eben nur EIN Exemplar eines Gutes nachgefragt wird. Der fallende Verlauf erklärt sich aus der Konkurrenz der Güter. Je billiger ein Gut ist, desto besser die Nutzen/Preis Relation und desto eher wird es anderen Gütern vorgezogen.

Die Frage, ob der Nutzen ordinal oder kardinal gemessen wird, ist ein rein akademisches Problem, aber unabhängig davon, hätte man dies auch einfacher illustrieren können. Dafür braucht man keine Indifferenzkurve, alle Kombination aus, in unserem Beispiel, Heizöl und Reis, die den gleichen Nutzen stiften.

Bei jedem Tausch erfährt zumindest ein Tauschpartner einen Nutzenzuwachs, weil er etwas mit einem für ihn höheren Nutzen erhält, als das, was er dafür hergeben muss. Den Nutzenzuwachs können wir nicht, das ist die These Paretos, kardinal messen und wir können den Nutzenzuwachs der Tauschpartner auch nicht addieren, aber wir können sagen, dass der eine sich besser und der andere sich zumindest nicht schlechter stellt.

Das heißt abhängig von der Ausgangssituation haben wir also mehrere Gleichgewichtspunkte, bei denen ein Tausch nicht mehr stattfindet, weil der Nutzenverlust den Nutzengewinn übersteigt. Diese gleichgewichtigen Punkte nennt Pareto die Kontraktkurve.

Gleichgewichtspunkte haben wir also wenn A 100 Liter Heizöl und 100 kg Reis hat, B 200 Liter und 200 kg Reis oder A 220 Liter Heizöl und 310 kg Reis, B 600 Liter Heizöl und 400 kg Reis etc..

Um die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt über eine Änderung der Ausgangssituation zu optimieren, müssten wir aber den Nutzenverlust des einen mit dem Nutzenzuwachs des anderen verrechnen, was ja nach Pareto und der Wohlfahrtsökonomie nicht geht.

Eine solche Umverteilung wäre normativ, müsste also auf Kriterien zurückgreifen, die sich, so Pareto, wissenschaftlich nicht beweisen lassen.

Für Vilfredo Pareto ist das Verteilungsproblem ein Problem der Gerechtigkeit und was gerecht oder ungerecht ist, lässt sich wissenschaftlich nicht beweisen.

Die Menschen und vielleicht auch die Tiere, die in Gesellschaft leben, haben bestimmte Gefühle, die in bestimmten Situationen für ihr Verhalten bestimmend sind. Die Gefühle des Menschen hat man in unterschiedliche Klassen eingeteilt, worunter die hervorgehoben werden sollen, die dominierend sind: Religion, Moral, Recht, Sitte. Die Grenzen zwischen diesen unterschiedlichen Klassen kann man nicht mal heute scharf voneinander abgrenzen und eine Zeit lang wurde zwischen diesen Gruppen nicht unterschieden und sie bildeten deshalb eine homogene Einheit. Es gibt nichts, was ihnen in der Realität entspricht und sie sind nur ein Produkt unseres Geistes. Es ist von daher völlig sinnlos, sich zum Beispiel zu fragen, was objektiv die Moral oder die Gerechtigkeit ist. Dennoch haben sich die Menschen zu allen Zeiten gefragt, ob die Moral und die Gerechtigkeit isoliert betrachtet werden können, von daher der Drang, der hier so stark spürbar ist, etwas als objektive Fakten zu bezeichnen, was lediglich subjektiv ist und die Beziehungen ihrer Gefühle mit einem Lack von Logik zu bedecken. Die Dispute der Theologie haben einen ähnlichen Ursprung, wobei eine wissenschaftliche Theologie wirklich eine Monstrosität darstellt.

Vilfredo Pareto, Manuale di economia politica con una introduzione alla scienza sociale, pagina 48

Das Problem ist, dass die Annahme der Existenz eines Gerechtigkeitsproblems selber theoriegeladen ist. Aus einem Effizienzproblem macht Vilfredo Pareto ein „theologisches“ Problem.

Massenarbeitslosigkeit ist vor allen Dingen mal ein Effizienzproblem. Es gelingt nicht, ein vorhandenes Produktionspotential auszuschöpfen, aus welchen Gründen auch immer. Das Problem kann in der Organisation des formellen/informellen Bildungssystem liegen, in einem Zinssatz, den wenig produktive Investitionen nicht bedienen können, instabilen politischen Verhältnisse etc..

Ist die ungleiche Verteilung Ergebnis von Korruption, Machtmissbrauch, mangelnde Intensität des Wettbewerbs etc. dann ist das kein „Gerechtigkeitsproblem“. Diese Einkommensverteilung ist schlicht ineffizient.

Geht ein staatlicher Auftrag an ein Unternehmen das besser als andere „politische Landschaftspflege“ betrieben hat, dann geht der Auftrag eben nicht an das effizienteste Unternehmen. Die Leistung hätte billiger und/oder effizienter erstellt werden können, was die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt erhöht hätte.

Die Frage nach der Gerechtigkeit stellt sich weder in der Theorie noch in der Praxis, die umfangreiche Literatur über „Wertfreiheit“ der Wissenschaft etc. ist überflüssig.

Die Gerechtigkeitsdebatte geht von einem gegebenem Volkseinkommen aus und diskutiert die Frage, wie dieses zu verteilen sei. Bei dieser Perspektive verlieren die einen und die anderen gewinnen. Die Gerechtigkeitsdebatte hypostasiert also ein Nullsummenspiel.

Die marktwirtschaftliche Ordnung geht davon aus, dass jemand maximal nur soviel Einkommen hat, wie er zur Steigerung des Volkseinkommens beiträgt. Unter dieser Perspektive stellt sich die Gerechtigkeitsfrage gar nicht, denn dies ist kein Nullsummenspiel.

Gleichermaßen falsch ist der Begriff Chancengerechtigkeit. Hier wird suggeriert, dass alle die gleichen Chancen erhalten sollen, bestimmte Posten zu ergattern. Unterstellt wird ein Konkurrenzverhältnis und gerecht ist, wenn alle die gleichen Chancen haben.

Darum geht es aber nicht. Auch hier geht es um Effizienz. Je breiter der Zugang zur Bildung, je ausgefeilter die didaktischen Methoden, je breiter das Angebot der informellen und formellen Bildung, desto effizienter und stabiler ist die Wirtschaft.

Die Frage ist nicht, ob das dreigliedrige Schulsystem „gerecht“ ist. Die Frage ist, ob es effizient ist.

Die Frage ist auch nicht, ob Studiengebühren „gerecht“ sind. Die Frage ist, ob Studiengebühren gesamtwirtschaftlich effizient sind. Manche sind der Meinung, dass Studiengebühren „ungerecht“ sind, weil einkommensschwache Bevölkerungsgruppen die Universitäten mitfinanzieren. Selbst wenn das stimmen würde, würde das nicht viel nützen, wenn Studiengebühren ineffizient sind.

Wenn Studiengebühren gerecht, aber ineffizient sind, dann ist letzteres der entscheidende Tatbestand.

Eine „Wertediskussion“ kann man führen, allerdings nicht im Kontext wirtschaftlicher Zusammenhänge. Man kann die Frage stellen, ob die Leute nicht glücklicher wären, wenn sie mehr Zeit und Geld in ihre persönliche Bildung und Gesundheit stecken würden, als in ihre Autos.

Was allerdings Vilfredo Pareto angeht, so versteht dieser den ganz prinzipiellen Ansatz marktwirtschaftlicher Ordnungen nicht. Die marktwirtschaftliche Ordnung setzt einen Ordnungsrahmen, bei dem die Anreize so gesetzt sind, dass das einzelwirtschaftliche Interesse und das Gesamtinteresse deckungsgleich sind.

Das ist was völlig anderes als das simple Recht des Stärkeren, für welches er plädiert.

Er [gemeint ist Herbert Spencer] ist zum Beispiel davon überzeugt, dass der Krieg unmoralisch sei. Eine solche Haltung mag seinen und den Gefühlen anderer entsprechen, aber es lässt sich nicht wissenschaftlich beweisen und niemand kann sagen, ob der Krieg jemals von der Erde verschwinden wird oder nicht. Die Ablehnung des Krieges und kriegerischer Gefühle durch Spencer ist rein subjektiv. Er macht, wie dies viele Leute tun, hieraus einen objektiv gültigen Grundsatz und richtet so über die Moral anderer Völker [die Lust am Krieg spielen haben]. Er merkt nicht, dass er hier die religiösen Menschen imitiert, für die jede Religion, die nicht ihre eigene ist, falsch ist. Spencer ist lediglich ein Anhänger der Religion des Friedens und diese Religion ist nicht besser oder schlechter als der Islam, der Buddhismus oder irgendeine andere Religion.

Vilfredo Pareto, Manuale di economia politica con una introduzione alla scienza sociale, pagina 59

Wir lernen also hieraus, dass das Pareto Optimum nur in einem ganz eng begrenzten Zusammenhang Anwendung findet. Werden nämlich in einem Krieg manche schwer verletzt, erleiden diese auf jeden Fall einen Nutzenverlust. Das Pareto Kriterium gilt dann aber offensichtlich nicht mehr, denn dieses besagt ja, dass sich zumindest einer besser, aber keiner schlechter stellt.

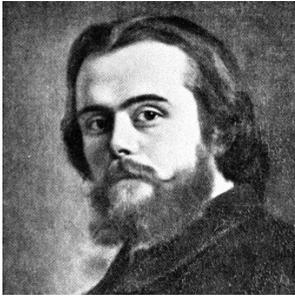
Unabhängig davon liegt kriegerischen Auseinandersetzungen immer die Idee zugrunde, dass das, was der eine hat, der andere nicht hat. Beim jetzigen Stand der Technik hätten beide Krieg führenden Parteien mehr, wenn sie auf wirtschaftliche Entwicklung

setzen. Ist der entscheidende Produktionsfaktor know how, was der Fall ist, dann lässt sich mit militärischen Mitteln unter Umständen zwar die Verteilung eines gegebenen Volkseinkommens ändern, aber nicht vergrößern. Durch wirtschaftliche Entwicklung könnte auch die obsiegende Partei ihren Wohlstand stärker steigern, als sich durch den Zuwachs an Wohlstand aus der Eroberung ergibt.

Letztlich ist Vilfredo Pareto eine faschistoide, irrationale Ideologie, die eigentlich mit Wirtschaft gar nichts zu tun hat.

Wirtschaftliches Handeln orientiert sich an der Effizienz. Das kann man, das wäre dann eine „Werteproblematik“ langweilig finden. Man kann es vorziehen, arm zu sein, dafür aber im Blut zu waten und im heroischen Kampf zu sterben, darüber dann einen Roman à la „In Stahlgewittern“ schreiben oder was auch immer. Das ist aber ein anderes Thema. Rein wirtschaftlich gesehen waren alle Kriege der letzten 200 Jahre ein enormes Verlustgeschäft. Für Vilfredo Pareto wäre der Preis für das Abenteuer vielleicht in Ordnung, da sich aber Vilfredo Pareto hinter seinen Likör und Weinflaschen versteckt hatte und Angora Hasen züchtete, vermuten wir eher, dass er mit dieser Art von Abenteuer keine Erfahrung hatte.

Léon Walras



Auch bei Léon Walras, genau wie bei Carl Menger und Vilfredo Pareto, können wir uns kurz halten, denn auch seine Analyse beruht auf Tauschmärkten, das heißt eine gegebene Menge wird lediglich getauscht, aber es wird nichts produziert. Unter diesen Prämissen macht auch sein methodologischer Ansatz Sinn, allerdings lassen sich so keine inhaltvollen Aussagen über die ökonomische Entwicklung gewinnen.

Es ist das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das jeden Austausch von Waren regelt, ganz so wie das universelle Gesetz der Schwerkraft alle Himmelskörper leitet. Schon hier erscheint die Welt der Wirtschaft in seiner ganzen Ausdehnung und Komplexität und erscheint daher so schön, anders gesagt so weit und zugleich so einfach, wie die Welt der Astronomie.

Léon Walras, Element d' économie politique pur, ou théorie de la richesse sociale, 34 Leçon

Bei einem reinen Tauschmarkt, wo keine Güter produziert werden, und der am Ende der Periode geräumt sein muss, erscheint die Wirtschaft in der Tat so weit und so einfach, wie die Welt der Astronomie. An die Einfachheit der Astronomie glauben wir zwar nicht wirklich, Tatsache ist aber, dass die kausalen Beziehungen in der Astronomie im Zeitablauf stabil sind. So eine Situation haben wir in der Wirtschaft nur bei reinen Tauschmärkten.

Mit einem reinen Tauschmarkt wird von der Komplexität marktwirtschaftlicher Ordnungen abstrahiert. Wir haben eine gegebene Menge und diese soll bis zum Abschluss der Periode verkauft werden. Seiner Analyse liegt also so etwas wie ein Fischmarkt zugrunde, bei dem am Ende der Periode alles verkauft werden muss, weil es sonst verdirbt. Es bleibt praktisch nur noch eine Variable übrig, die diese Markträumung gewährleisten kann, nämlich der Preis.

Bei welchem Preis der Markt dann geräumt wird, hängt von der Zahlungsbereitschaft bzw. der Zahlungsfähigkeit der Nachfrager ab. Je mehr die Nachfrage das Angebot übersteigt, desto höher ist der Preis und umgekehrt. Einfacher formuliert. Liegt die Menge wie auch die Gesamtsumme, die die Nachfrager ausgeben wollen fest, dann

erfolgt die Markträumung über den Preis. Wer will, kann das „mathematisch“ formulieren.

Menge = Gesamtsumme/Preis

bzw. Preis = Gesamtsumme/Menge

Hier ergibt sich tatsächlich eine Analogie zum „universellen Gesetz der Schwerkraft“ oder zur Hydraulik, wie er später schreibt. Die gesuchte Variable ergibt sich als logische Konsequenz der Gleichung.

Interessant ist die Chronologie. ‚Principles of Economics‘ von Alfred Marshall erschien 1890, die ‚Element d‘ economie politique pur‘ von Léon Walras 1874, also 16 Jahre vorher. Das erklärt einen Großteil der Denkfehler. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der ‚Element d‘ economie politique pur‘ lagen die Principles of Economics noch gar nicht vor. Er erkennt nicht, dass ein reiner Tauschmarkt eine Analyse der sehr kurzen Frist ist. In der sehr kurzen Frist liegt die Menge fest und allein die Nachfrage entscheidet über den Preis. In der mittleren Frist werden Güter auch erstellt, allerdings ändern sich die Produktionsstrukturen in der mittleren Frist nicht. Langfristig allerdings ändern sich die Produktionsstrukturen und spontane, kontingente, schwer modellierbare Entwicklungen gewinnen zunehmend an Einfluss.

Die wirtschaftliche Entwicklung ähnelt dann nicht mehr dem „universellen Gesetz der Schwerkraft, das alle Himmelskörper leitet“. Wir hoffen ganz schwer, dass die Bahn der Planeten nicht von spontanen, kontingenten, zufälligen Einflüssen bestimmt wird, denn dann müssten wir jeden Tag damit rechnen, dass irgendein Nachbarplanet auf die Erde knallt. Im Gegenzug hoffen wir aber, dass irgendjemand auf dem Globus ab und an einen Geistesblitz hat, der es erlaubt ein relevantes Problem zu lösen.

Bei den Himmelskörpern hoffen wir in der Tat, dass sie sich bis zum Ende unserer Tage im Gleichgewicht befinden und sich nichts ändert. Jede Änderung kann nur schrecklich sein. Hinsichtlich der Wirtschaft allerdings, haben sich Menschen immer erhofft, dass das Gleichgewicht nicht allzu lange besteht. Niemand sehnt sich nach den Gleichgewichten zurück, die vor 50 Jahren vorlagen.

Diese astronomische Weltsicht vertritt zwar auch die gegenwärtige Volkswirtschaftslehre, aber genau das ist der Grund, warum sich niemand dafür interessiert.

Léon Walras liegt da völlig falsch.

Wenn die reine Politische Ökonomie, oder die Theorie vom wechselseitigen Tausch, oder anders formuliert die Theorie vom sozialen Reichtum an und für sich, wie die Mechanik oder die Hydraulik, eine physikalisch-mathematische Wissenschaft ist, dann soll sie auch nicht dafür zurückschrecken die Methoden und die Sprache der Mathematik zu verwenden.

aus: Léon Walras, Elements d' économie politique pure ou théorie de la richesse, 6° LEÇON, Du fait de la valeur d'échange et delà théorie de la richesse

Wenn die reine Politische Ökonomie eine Wissenschaft wie die Hydraulik wäre, dann wäre sein methodischer Ansatz richtig, das ist sie aber nicht. Wenn man den Wert eines Gemäldes oder eines Romans in Kilo messen könnte, dann wäre eine Waage ein geeignetes Instrument zur Bestimmung des Wertes. Leider bleibt er uns den Nachweis schuldig, dass das Erkenntnisobjekt der Hydraulik oder der Mechanik mit denselben Methoden beschrieben werden kann, wie das Erkenntnisobjekt der Volkswirtschaftslehre. Das behauptet er einfach, einen Beweis hierzu liefert er nicht.

Léon Walras ist aber noch ein Spur wirrer. Denn auch sein Tauschmarkt ist sehr speziell.

Der Tauschwert stellt sich auf ganz natürliche Weise ein, wenn man dem Markt nur den Kräften der Konkurrenz überlässt. In seiner Eigenschaft als Käufer, wird jemand die anderen überbieten und in seiner Eigenschaft als Verkäufer, wird er einen Rabatt anbieten, so dass der Wettbewerb zu einem bestimmten Tauschwert der Waren führt, der manchmal steigt, manchmal sinkt oder gleich bleibt. Je nachdem ob der Wettbewerb besser oder schlechter funktioniert, ergibt sich ein mehr oder weniger eindeutiger Tauschwert. Die im Hinblick auf die Konkurrenz am besten funktionierenden Märkte sind jene, wo der Verkauf und Kauf durch Zuruf von Agenten wie etwa Börsenhändlern, Maklern oder Zurufern realisiert wird, die sie so in Übereinstimmung bringen, dass kein Tausch stattfindet, bevor nicht die Bedingungen angekündigt und bekannt gegeben wurden und bevor nicht die Verkäufer einen Rabatt und die Käufer ihr Angebot erhöhen konnten. So funktioniert die Börse mit Staatsanleihen, die Handelsbörse, die Getreidemärkte, die Fischmärkte etc.. Außer diesen Märkten gibt es noch andere, wo der

Wettbewerb, wenn auch weniger reglementiert, noch auf eine zweckerfüllende und zufriedenstellende Art funktioniert, wie zum Beispiel die Obstmärkte, die Gemüsemärkte, die Geflügelmärkte. Die Straßen einer Stadt, wo sich die Läden und die Bäckerläden befinden, die Metzgereien, die Lebensmittelläden, die Schneidereien, die Schuster, sind weniger gut organisiert, was den Wettbewerb angeht.

aus: Léon Walras, Elements d' économie politique pure ou theorie de la richesse, Section II, 9° Leçon

Es gibt also erstmal nur eine Preisanpassung, keine Mengenanpassung. Übersteigt die Nachfrage das Angebot, werden manche Käufer mehr bieten. Übersteigt das Angebot die Nachfrage, werden manche Verkäufer die Preise senken. In der realen Welt und auf mittlere Frist, werden die Hersteller mehr produzieren, wenn die Preise steigen, es kommt also zu einer Mengen und Preisanpassung. Langfristig allerdings kann sich die Produktionsstruktur ändern, so dass möglicherweise die Hersteller mit zunehmender Nachfrage die Preise senken.

Den Markt, den er sich vorstellt, gibt es schlicht nicht. Nirgends. Großmärkte im Fischhandel sind AUKTIONEN, das heißt einzelne Chargen werden an den Meistbietenden verkauft. Getreidemärkte waren wohl schon zu seiner Zeit Warenterminmärkte, das heißt X hat Y versichert, zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft eine bestimmte Menge zu einem bestimmten Preis zu verkaufen. Liegt der Preis dann unter dem vereinbarten Preis, hat X Glück gehabt. Er kann das Getreide dann billiger kaufen als verkaufen. Liegt der Preis allerdings darüber, hat er Pech gehabt. Er muss das Getreide dann zu einem höheren Preis kaufen als er es selbst verkaufen kann.

Der Aktienhandel kommt dem, was er sich vorstellt am nächsten, allerdings wird dort der umsatzmaximierende Preis durch einen Aktienmakler bestimmt und nicht der markträumende Preis, was ja im Kontext einer Aktienbörse wenig Sinn machen würde. Zwischen einem Großhandel für Fische, einem Aktienmarkt und einem Getreidemarkt besteht keine Beziehung. Die Preise werden völlig unterschiedlich ermittelt.

Was er sich allerdings vorstellt ist völlig verrückt. Er stellt sich vor, dass A, B und C jeweils vor einem Berg Getreide stehen und dieses an 1, 2, 3 verkaufen wollen.

A, B und C haben jeweils 1 Tonne davon, die sie für 170, 200 und 230 verkaufen wollen. 1,2,3 wollen jeweils 1 Tonne kaufen, für 160, 180 und 200 Euro. Der ‚Auktionator‘, wer immer das ist, schlägt also zu Beginn 180 Euro vor. Dabei stellt er dann fest, dass A zwar verkaufen würde und 2 und 3 auch kaufen würden, dass aber B und C für diesen Preis nicht verkaufen. Daraufhin schlägt er 200 Euro vor. Damit würden dann 1 Tonnen verkauft, weil nur 3 bereit ist, diesen Preis zu bezahlen. Brauchen die einen dringend Bargeld und die anderen dringend Weizen, werden sich also beide Parteien bewegen. Nach längerem hin- und her wird so der markträumende Preis gefunden und in dieser skurrilen Logik wird erst verkauft, wenn dieser Preis gefunden wird. Er stellt nun fest, dass sich auf Konsumentenmärkten die Preise nicht so bilden. Anbieter werden auf eine Nachfrage, die das Angebot übersteigt erst allmählich mit einer Preissteigerung reagieren und genauso allmählich auf eine geringe Nachfrage mit einer Preissenkung.

Allerdings erzählt er uns dann an anderer Stelle das.

Wir sehen jetzt ganz klar, worin der Mechanismus des Wettbewerbs über den Markt besteht: Das Steigen und Fallen der Preise ist die praktische Lösung des Tauschproblems, wofür wir die theoretische und mathematische Lösung gefunden haben. Man muss auch verstehen, dass wir nicht eine Lösung durch eine andere ersetzen wollten. Die praktische Lösung ist von einer Geschwindigkeit und einer Sicherheit, die nichts zu wünschen übrig lässt. Auf allen Märkten, auch ohne Makler und Auktionäre, bewegen sich die Preise in wenigen Minuten hin zum Gleichgewicht und beträchtliche Mengen an Waren werden zu diesem Preis in zwei oder drei Viertelstunden getauscht. Die theoretische Lösung ist ganz im Gegenteil, fast immer, praktisch kaum durchführbar. Uns vorzuwerfen, dass es schwierig ist, die Austauschkurven oder ihre Gleichungen zu ermitteln, wäre also ein eigenartiger Vorwurf. Den Vorteil, den es manchmal haben könnte, die Nachfragekurve in ihrer Gesamtheit oder in Teilbereichen zu ermitteln und die Möglichkeit oder Unmöglichkeit dies zu tun, ist eine Frage, die wir erstmal zurückstellen. Im Moment analysieren wir das Problem des Tausches im Allgemeinen und das reine und einfache Konzept der Tauschkurven ist für unsere Zwecke ausreichend und notwendig.

aus: Léon Walras, Elements d' économie politique pure ou théorie de la richesse, 12° LEÇON, Courbes d'offre effective.

Er behauptet also, dass das Problem praktisch schon gelöst ist, er aber das Problem theoretisch gelöst hat. Wir fragen uns allerdings, wieso man ein Problem theoretisch lösen muss, wenn es praktisch schon gelöst ist.

Wir behaupten nicht, dass dies grundsätzlich unsinnig ist, dass es also prinzipiell unsinnig ist, ein Problem, das praktisch gelöst ist, nochmal theoretisch zu lösen. Alle Probleme der Grammatik z.B. sind praktisch gelöst. Ein Muttersprachler beherrscht mehr oder weniger die Grammatik seiner Muttersprache, allerdings ist er oft nicht in der Lage, die Systematik grammatikalischer Strukturen zu durchdringen, obwohl dies unter Umständen hilfreich sein kann, z.B. für das Erlernen anderer Sprachen oder um die verbale Darstellung der Realität durch das menschliche Gehirn zu verstehen.

Es kann auch sinnvoll sein, genau zu verstehen, was Acetylsalicylsäure macht. Aus Erfahrung und aus der Praxis weiß man, dass sie schmerzlindernd wirkt. Weiß man, wie sie wirkt, ist es leichter alternative Wirkstoffe zu finden.

Hier allerdings fragen wir uns, welche weiteren Erkenntnisse wir aus der Analyse von Tauschmärkten gewinnen können. Er reduziert die Wirtschaft auf den Austausch einer gegebenen Menge von Waren. Das ist eine extreme Simplifizierung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Hier ist die Praxis auch in der theoretischen Durchdringung weiter, denn in der Praxis muss man die mittelfristige und langfristige Sicht, bei der Waren auch produziert werden und sich die Produktionsstruktur ändert, berücksichtigen.

Was uns allerdings viel mehr verblüfft ist die Tatsache, dass er uns zuerst erzählt, was ja zutreffend ist, dass sich Gleichgewichtspreise auf Konsumentenmärkten eben nicht so schnell einstellen, wie es die „theoretische“ Lösung suggeriert. Er unterscheidet ja zwischen institutionalisierten Märkten wie dem Aktienmarkt und Konsumentenmärkten wie etwa dem Obstmarkt. Bei letzterem konstatiert er, dass der Wettbewerb nicht so effizient funktioniert.

Hier aber teilt er uns auf einmal mit, dass der Gleichgewichtspreis auf ALLEN Märkten in wenigen Minuten gefunden ist und dann beträchtliche Mengen innerhalb einer 3/4 Stunde ausgetauscht werden. Das will er sogar beobachtet haben. Das allerdings kann er nicht beobachtet haben, weil es das gar nicht gibt.

Léon Walras gilt als der Begründer des allgemeinen Marktgleichgewichts. Seine Ana-

lyse verzichtet anfänglich auf die Einführung von Geld in der Annahme, dass Geld die tatsächlichen Verhältnisse lediglich verschleiert, da tatsächlich Waren gegen Waren getauscht werden. Hierbei soll bei beliebig vielen Waren das Angebot jeweils der Nachfrage entsprechen. Haben wir also Kugelschreiber, Äpfel und Glühbirnen dann ist ein allgemeines Gleichgewicht dann erreicht, wenn am Ende der Periode eine als gegeben angenommene Menge an Kugelschreibern, Äpfeln und Glühbirnen verkauft ist. Bleiben Kugelschreiber übrig, so war eben das Austauschverhältnis Kugelschreiber/Äpfel bzw. Kugelschreiber/Glühbirnen nicht korrekt. Bleiben Äpfel übrig, dann war das Austauschverhältnis Äpfel/Kugelschreiber bzw. Äpfel/Glühbirnen nicht korrekt. Bleiben z.B. Kugelschreiber übrig, dann waren diese „zu teuer“, das heißt die Anbieter von Äpfeln bzw. Glühbirnen waren nicht bereit so viele Äpfel bzw. Glühbirnen für einen Kugelschreiber herzugeben.

Es ist vollkommen klar, dass es in diesem Modell allein der „Preis“ ist, also das Austauschverhältnis, das den Markt räumen kann.

Sind mehrere Güter gegeben, ist es notwendig und hinreichend, damit sich ein Marktgleichgewicht einstellt, oder die Preise gleich bleiben, dass die effektive Nachfrage jedes Gutes gleich dem effektiven Angebot dieses Gutes ist. Besteht diese Gleichheit nicht, ist es notwendig, damit sich der Gleichgewichtspreis wieder einstellt, dass die Preise der Güter, deren effektive Nachfrage höher ist, als das effektive Angebot proportional steigen, und dass der Preis der Güter, deren effektives Angebot die effektive Nachfrage übersteigt, sinkt.

aus: Léon Walras, Elements d' économie politique pure ou theorie de la richesse, 22° LEÇON, Loi d'établissement des prix d'équilibre

Das Marktgleichgewicht stellt sich also ein, wenn keine Änderung der Austauschverhältnisse mehr nötig ist, weil der Markt für alle Produkte am Ende der Periode geräumt wird. Ist dies nicht der Fall, dann muss der Preis oder das Austauschverhältnis der Güter, deren Angebot die Nachfrage übersteigt, sinken und der Preis der Güter, bei denen die Nachfrage das Angebot übersteigt, steigen.

Der alleinige Anpassungsmechanismus ist der Preis: „Besteht diese Gleichheit nicht, ist es notwendig, damit sich der Gleichgewichtspreis wieder einstellt, dass die Preise der Güter, deren effektive Nachfrage höher ist, als das effektive Angebot proportional

steigen, und dass der Preis der Güter, deren effektives Angebot die effektive Nachfrage übersteigt, sinkt.“

Das ist falsch, bzw. nur gültig, in der sehr kurzfristigen Frist und wenn Marktträumung unterstellt wird. Wir können uns ohne weiteres vorstellen, dass zu einem bestimmten Preis eine beliebige Menge produziert wird. Übersteigt in diesem Fall die Nachfrage das Angebot, kommt es nur zu einer Mengenanpassung. In dem Fall, dass die Bedienung des Nachfrageüberschusses zu höheren Produktionskosten führt, haben wir eine Mengen- und eine Preisanpassung. Eine reine Preisanpassung haben wir nur dann, wenn die Menge der Güter gegeben ist und auch nicht mehr produziert werden kann. Das ist ein für die Praxis irrelevanter Spezialfall.

Für das Verständnis der marktwirtschaftlichen Ordnung ist es sinnvoll, sich Klarheit darüber zu verschaffen, was ein allgemeines Gleichgewicht bedeuten könnte, allerdings ist der Ansatz von Adam Smith hier zielführender. Der natürliche Preis beschreibt bereits ein allgemeines Gleichgewicht. Der natürliche Preis ist der Preis bei dem alle drei Produktionsfaktoren, in der klassischen Nationalökonomie gibt es nur diese drei, Arbeit, Kapital und Boden, eine „natürliche“ Entlohnung erhalten. Es gibt also einen „natürlichen“ Lohn für die Arbeit, einen „natürlichen“ Profit für das eingesetzte Kapital und eine „natürliche“ Rente für den Boden. „Natürlich“ ist eine Entlohnung dann, wenn sie in jeder Verwendung gleich ist. Eine solche Situation wird sich bei Adam Smith automatisch einstellen, da ein Produktionsfaktor immer in den Bereich einströmen wird, wo er besser entlohnt wird. In dem Bereich, in den er einströmt wird er damit weniger knapp und in dem Bereich, aus dem er abströmt, knapper. Das passiert solange und immer wieder, bis die Entlohnung überall gleich ist.

Der natürliche Preis ist also der Preis, bei dem die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden mit ihren jeweiligen natürlichen Preisen entlohnt werden.

Die Entlohnung wiederum hängt von der Nachfrage nach dem Produkt ab, für das der entsprechende Produktionsfaktor verwendet wird. Steigt die Nachfrage nach Produkt X, dann steigt auch die Nachfrage nach den Produktionsfaktoren, die für die Produktion dieses Gutes benötigt werden. Eine Zeit lang ist dann der Marktpreis, der von der Nachfrage abhängt, höher als der natürliche Preis. Allerdings wird dies dazu führen, dass die für die Produktion dieses Gutes benötigten Produktionsfaktoren in diesem Bereich knapp und damit höher entlohnt werden, was dann zum Einströmen dieser Produktionsfaktoren führen wird, bis der „natürliche“ Preis sich wieder einstellt.

Das ist tendenziell richtig und eine korrekte Beschreibung marktwirtschaftlicher Ordnungen. Was Léon Walras beschreibt, ist eine Parallelwelt. Nicht der Tausch ist das zentrale Moment marktwirtschaftlicher Ordnungen, sondern die Produktion. Wird nichts produziert, ist gar nichts da, was man tauschen kann. In diesem Modell ist auch vorstellbar, dass die Menge UND die Entlohnung sich im Zeitablauf verändert, was in einer marktwirtschaftlichen Ordnung sinnvoll ist. Ändert sich die Produktionsstruktur radikal, dann hilft eine hohe Entlohnung die Produktionsfaktoren neu zu allozieren. Zu Deutsch: Je mehr z.B. ein App Programmierer verdient, desto knapper diese Qualifikation ist, desto schneller werden sich Leute hierfür qualifizieren und die Knappheit verringern.

Zu guter Letzt berücksichtigt Léon Walras dann auch noch die Produktionsseite, allerdings wird es dann vollkommen wirr.

Haben wir mehrere Produktionsfaktoren, die sich zur Herstellung verschiedener Produkte eignen und die gegen diese unter Verwendung eines Zahlungsmittels ausgetauscht werden können, dann ist es eine notwendige und hinreichende Bedingung für ein Marktgleichgewicht oder für gleichbleibende Preise aller dieser Produktionsfaktoren und aller dieser Produkte bewertet mit dem Zahlungsmittel, dass 1) zu diesem Preis die effektive Nachfrage eines jeden Produktionsfaktors und eines jeden Produktes seinem effektiven Angebot entspricht und dass 2) der Verkaufspreis der Produkte dem Selbstkostenpreis des Produzenten entspricht. Existiert diese doppelte Gleichheit nicht, dann muss, damit die erste Gleichheit erreicht wird, entweder der Preis der Produktionsfaktoren oder der Produkte steigen, deren effektive Nachfrage das effektive Angebot übersteigt oder der Preis jener, deren effektives Angebot höher ist als die effektive Nachfrage sinken. Um die zweite zu erreichen, bedarf es einer Erhöhung in der MENGE der Produkte, deren Verkaufspreis höher ist als der Selbstkostenpreis und eine Verringerung der MENGE jener, deren Selbstkostenpreis höher ist als der Verkaufspreis.

aus: Léon Walras, Elements d' économie politique pure ou théorie de la richesse, 43° LEÇON, Résolution des équations de la production. Marché des services producteurs

Fassen wir das mal zusammen. Die effektive Nachfrage muss also erstens dem effektiven Angebot entsprechen, der Markt muss also geräumt werden.

Markträumung ist hierbei was anderes als ein Gleichgewicht auf dem Gütermarkt, wie wir es bei Alfred Marshall dargestellt finden. Ein Marktgleichgewicht bei Alfred Marshall ist dann vorhanden, wenn die Grenzkosten dem Grenznutzen entsprechen. Das heißt zu Deutsch, die Produzenten werden solange produzieren, wie sie noch einen Deckungsbeitrag erwirtschaften, der wiederum von dem Preis abhängt, den sie für ihre Produkte erzielen und dieser Preis hängt wiederum von der Nachfrage ab. Markträumung meint, dass eine gegebene Menge an Produkten vollständig verkauft wird.

Zweitens muss, unter Wettbewerbsbedingungen, der Verkaufspreis den Selbstkosten, also den Kosten der Produktion entsprechen.

Damit Bedingung eins erfüllt ist, müssen, gesetzt den Fall die Nachfrage übersteigt das Angebot, die Preise der Produktionsfaktoren oder der Preis der Waren steigen und gesetzt den Fall das Angebot übersteigt die Nachfrage, der Preis der Produktionsfaktoren oder der Waren sinken.

Damit Bedingung zwei erfüllt wird, müssen, gesetzt den Fall der Verkaufspreis übersteigt den Selbstkostenpreis, die Menge ausgedehnt werden und, gesetzt den Fall der Selbstkostenpreis ist höher als der Verkaufspreis, die Menge reduziert werden.

Die ganze Theorie ist allerdings grottenfalsch. In beiden Fällen kommt es zu einer Mengen UND einer Preisanpassung. Übersteigt die Nachfrage das Angebot, kommt es zu einer Preissteigerung. Das hat zwei Effekte. Die Nachfrage geht zurück und neue Anbieter treten in den Markt ein, was die Menge erhöht. Übersteigt das Angebot die Nachfrage, dann kommt es zu einer Preissenkung. Die Nachfrage steigt, aber manche Anbieter reduzieren die Menge. Wir haben immer, absolut immer, eine Preis UND eine Mengenanpassung.

Allein in dem Fall, dass wir ein vollkommen unelastisches Angebot bzw. eine vollkommen unelastische Nachfrage haben, kommt es lediglich zu einer Preisreaktion. Bei einem vollkommen unelastischen Angebot, bei dem die Menge aus irgendwelchen Gründen fest vorgegeben ist, kann sich natürlich die Menge nicht ändern. Ein Nachfrageüberschuss würde zwar zu einer Preiserhöhung führen, aber nicht zu einer Mengenreaktion. Auf den Fischmarkt trifft dies auf kurze Frist zu. Die Fischer müssen ihre gesamte Menge verkaufen. In diesem Fall bestimmt allein die Nachfrage den Preis.

In dem Fall einer völlig unelastischen Nachfrage reagiert die Menge ebenfalls nicht. Deswegen erhebt der Staat auch so gerne Steuern auf Suchtmittel wie Tabak. Da die Menge nicht zurückgeht, lohnt sich das. Würden die Leute nach Einführung der Tabaksteuer aufhören zu rauchen, wären die Steuerneinnahmen Null. Tun sie aber nicht. So ein richtiger Junky verzichtet dann eher auf Obst und Gemüse, hält aber seinen Tabakkonsum aufrecht.

Außerhalb dieser Extremszenarien haben wir immer eine Preis und Mengenanpassung, wobei eben Preis und Mengenanpassung auf der Angebotsseite auch lediglich Verlustminimierung bedeuten kann. Im Januar kann man z.B. für 70 Euro nach Mallorca fliegen, hin- und zurück. Das deckt zwar nicht alle Kosten, aber zumindest die variablen Kosten, so dass zumindest ein Teil der Fixkosten gedeckt ist. Würden die Fluggesellschaften den Sommerpreis setzen, würde niemand nach Mallorca fliegen und sie blieben auf 100 Prozent der Fixkosten sitzen.

Haben wir lediglich Fixkosten, dann SINKEN die Preise mit zunehmender Nachfrage aufgrund der Fixkostendegression.

Ohne eine Trennung zwischen kurzer Frist, mittlerer Frist und langer Frist können wir wirtschaftliche Prozesse nicht analysieren. Des Weiteren erhalten wir ohne eine Trennung zwischen variablen Kosten und fixen Kosten, bzw. zwischen Einzel- und Gemeinkosten keine gehaltvollen Aussagen über die Realität. Beides fehlt bei Léon Walras.

Léon Walras ist der entschiedenste Vertreter der mathematischen Modellierung und einer der Begründer dieses methodologischen Ansatzes. Dafür wird er bis auf den heutigen Tag von der akademischen Volkswirtschaftslehre gefeiert.

Eine rein verbale Beschreibung nennt er „methode litteraire“, literarische Methode. Diese sei ungenau, dunkel und unklar.

Dies sind die Gefahren der literarischen Methode, wenn diese anstatt der wissenschaftlichen Methode verwendet wird.

aus: Léon Walras, Elements d' economie politique pure ou theorie de la richesse, 44° LEÇON, Du principe de la libre concurrence

Wenn wir uns sein Werk durchlesen, würden wir eher zu dem Schluss kommen, dass die mathematische Modellierung schlicht gar nichts bringt, bzw. mit dieser Methode keinerlei relevanten Einsichten in die wirtschaftliche Entwicklung möglich sind.

Mehr oder weniger alles ist vollkommen falsch. Der Tauschmarkt ist erstmal sowieso nicht typisch für marktwirtschaftliche Ordnungen. Sein spezieller Tauschmarkt, existiert schlicht gar nicht. Seinen Auktionator gibt es nicht.

Die Reduktion auf einen reinen Tauschmarkt, Arbeit, die er letztlich einführt ist für ihn auch nur eine Ware, die getauscht wird, führt zu einer extremen Verengung des Blickwinkels, bei dem mittel- und langfristige Entwicklungen völlig aus dem Blickfeld geraten.

Theoretisch ist die kaufmännische Praxis viel weiter. Diese arbeitet mit fixen und variablen Einzelkosten sowie mit fixen und variablen Gemeinkosten, was eine gestufte Deckungsbeitragsrechnung ermöglicht. Er kennt nicht mal die Trennung in Fixkosten und variable Kosten.

Léon Walras ist die perfekte Illustrierung all dessen, was man besser unterlässt, wenn man sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt.

Carl Menger



Carl Menger spielt in der akademischen Volkswirtschaftslehre nachvollziehbarer Weise keine Rolle, allerdings wird er von der sogenannten österreichischen Schule gefeiert, gilt als deren Begründer. Finden wir also irgendwo Artikel über Carl Menger, dann ist der Autor ein Anhänger von Friedrich Hayek oder Ludwig von Mises, also einem Anhänger der österreichischen Schule.

In der Literatur finden wir oft drei Grenznutzenschulen beschrieben, nämlich die von Cambridge mit deren wichtigstem Vertreter Alfred Marshall, die Lausanner Schule, begründet von Léon Walras und fortgeführt von Vilfredo Pareto und eben die Wiener Grenznutzenschule, als deren Gründer Carl Menger gilt.

Der Begriff Grenznutzenschule suggeriert, dass durch die Vertreter dieser Denkrichtungen ein neues methodologisches Paradigma eingeführt wurde, der Grenznutzen eben. Das ist kompletter Unsinn.

Wir vermuten, dass die Idee des Grenznutzens so trivial ist, dass die Idee Allgemeingut war und die Debatte, ob Heinrich Gossen, Johann Thünen, William Stanley Jevons, Carl Menger, Léon Walras etc. Urheber dieses Ansatzes waren ist von daher müßig.

Mit dem Grenznutzenkonzept soll erklärt werden, wie Haushalte ihren Nutzen optimieren, allerdings erschließt sich nicht, was an dieser Idee so neu sein soll. Wir wissen alle, dass wir solange z.B. Spaghetti kaufen, bis der Nutzwert einer Einheit Geld investiert in Spaghetti geringer ist, als wenn wir diese Einheit Geld in Reis investieren.

Dieses Konzept finden wir allerdings schon bei Adam Smith und wesentlich präziser und allgemeiner formuliert bei Jean Baptiste Say. Also rund 50 Jahre früher, wobei zu vermuten ist, dass auch Adam Smith und Jean Baptiste Say hier lediglich etwas niedergeschrieben haben, was allgemein akzeptiert wurde.

Der natürlich Preis von Adam Smith basiert auf einer Grenznutzen Überlegung. Ab dem Moment, wo eine Einheit Arbeit oder Kapital in der einen Verwendung einen höheren Nutzen oder Ertrag stiftet, als in einer anderen, wird sie in die andere Verwendung ab-

wandern, mit dem Ergebnis, dass sie in dem einen Bereich knapper wird und im anderen weniger knapp. Das passiert solange, bis der Nutzen oder Ertrag überall gleich ist.

Das Problem mit dem Grenznutzen ist, dass sich die aggregierte Nachfragekurve so eben gerade NICHT ableiten lässt, auch wenn wir das in jedem Lehrbuch der Mikroökonomie so beschrieben finden. Behauptet wird, dass mit abnehmendem Grenznutzen auch der Preis sinken müsse, weil mit zunehmendem Konsum auch der Nutzen sinkt und folglich auch die Zahlungsbereitschaft.

Von den allermeisten Gütern wird aber lediglich EIN Gut konsumiert und in diesem Fall erklärt sich der fallende Verlauf der Nachfragekurve durch die Konkurrenz zwischen den Gütern. Stiftet ein Fahrrad und ein Fernseher gleich viel Nutzen und der Fernseher ist billiger, dann wird der Fernseher gekauft. Ist aber das Fahrrad billiger, das Fahrrad. Es ist also in der Regel die Konkurrenz zwischen den Gütern, die den fallenden Verlauf der Nachfragekurve erklärt. Jean Baptiste Say erläutert beide Fälle. Die Nachfrage steigt mit sinkendem Preis, weil dies die Ansprüche an den Grenznutzen herabsetzt, sie kann aber auch steigen, weil ein Produkt mit sinkendem Preis sich gegen etwas anderes durchsetzt.

Das Werk von Carl Menger heißt „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“. Der Name ist falsch, denn eigentlich hat Carl Menger nur ein Thema, nämlich die Bestimmung des Wertes eines Gutes. Der richtige Titel wäre also gewesen „Die Bestimmungsgründe des Wertes eines Wirtschaftsgutes“ oder irgendwas in der Art.

Doch schon bei seinem einzigen Thema wählt er einen völlig falschen Ansatz, denn der Wert eines Gutes ist völlig irrelevant. Er fällt hinter Adam Smith zurück, denn dieser erkannte zutreffend, dass allein die effektive Nachfrage, das heißt die mit ausreichend Kaufkraft ausgestattete Nachfrage relevant ist. Die Frage ist nicht, welchen Wert jemand einem Gut beimisst, sondern ob er es tatsächlich kaufen kann. Er kauft es, wenn entweder seine Wertschätzung für ein bestimmtes Gut steigt und er über ausreichend Kaufkraft verfügt oder seine Wertschätzung des Gutes gleich bleibt, dieses aber billiger wird, so dass er dann über ausreichend Kaufkraft verfügt.

Dass er zu einer gegenteiligen Meinung kommt liegt daran, dass er von einem REINEN TAUSCHMARKT ausgeht. In einem reinen Tauschmarkt werden keine Güter produziert. Übersteigt also die Nachfrage das Angebot, wird über den Preis rationiert. Nur

die erhalten das Gut, die am meisten bezahlen wollen und können. Bei einem reinen Tauschmarkt spielt es naheliegenderweise keine Rolle, zu welchem Preis ein Gut produziert wird, weil schlicht GAR NICHTS produziert wird.

Wird ein Gut produziert, kann es sein, dass zu einem bestimmten Preis jede x-beliebige Menge zur Verfügung steht. In einem Tauschmarkt ist Knappheit ein absoluter Begriff. Werden Güter produziert, ist es ein relativer Begriff.

Allerdings ist selbst unter diesen Bedingungen seine Werttheorie falsch, denn den subjektiven Wert kennen wir gar nicht und können ihn auch nicht kennen. Wir kennen nur die Zahlungsbereitschaft, die aber mit dem Wert nichts zu tun hat. Es mag sein, dass zwei Leute bereit sind für ein Fahrrad mit Carbonrahmen und Shimano Ausrüstung 5000 Euro auszugeben. Über den Wert, den sie diesem Fahrrad beimessen, sagt das allerdings nichts aus, denn verdient jemand 15 000 Euro im Monat, dann kauft er auch mal ein Fahrrad in einer Qualität, die er weder wertschätzen kann noch braucht. Jemand der aber nur 1500 Euro im Monat verdient und ein Jahr braucht, um 5000 Euro anzusparen, muss schon ein ziemlicher Fan hochwertiger Fahrräder sein. Der Wert, der einem Gut beigemessen wird, hat mit der Zahlungsbereitschaft nichts, absolut nichts, zu tun.

Dieser Grundfehler zieht sich nun durch das ganze Buch, in 100 von Varianten. Die Orthographie ist nun mal so wie sie ist.

Der Werth ist demnach nichts den Gütern Anhaftendes, keine Eigenschaft derselben, eben so wenig aber auch ein selbstständiges, für sich bestehendes Ding. Derselbe ist ein Urtheil, welches die wirthschaftenden Menschen über die Bedeutung der in ihrer Verfügung befindlichen Güter für die Aufrechthaltung ihres Lebens und ihrer Wohlfahrt fällen, und demnach ausserhalb des Bewusstseins derselben nicht vorhanden. Es ist demnach auch durchaus irrig, wenn ein Gut, welches für die wirthschaftenden Subjecte Werth hat, ein „Werth“ genannt wird, oder aber die Volkswirthe gar von „Werthen“, gleichwie von selbstständigen realen Dingen sprechen, und der Werth solcherart objectivirt wird. Denn das, was objectiv besteht, sind doch immer nur die Dinge, beziehungsweise die Quantitäten derselben, und ihr Werth ist etwas von denselben wesentlich verschiedenes, ein Urtheil nämlich, welches sich die wirthschaftenden Individuen über die Bedeutung bilden, welche die Verfügung über dieselben für die Aufrechterhaltung

ihres Lebens, beziehungsweise ihrer Wohlfahrt hat. Es hat aber die Objectivierung des seiner Natur nach durchaus subjectiven Güterwerthes gleichfalls sehr viel zur Verwirrung der Grundlagen unserer Wissenschaft beigetragen.

aus: Carl Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Die Lehre vom Werthe

Es ist richtig, dass ein Gut an sich keinen Wert hat, sondern lediglich in Bewusstsein dessen existiert, der ihm einen Wert beimisst. Das Problem ist nur, dass dies vollkommen irrelevant ist. Seine subjektive Werttheorie hat viel dazu beigetragen, Carl Menger vollständig zu verwirren. Dem Unternehmer ist es völlig egal, welchen Wert jemand seinem Produkt beimisst. Wenn ein arabischer Scheich Rolex Uhren kauft wie andere Leute Schaumküsse, er selbigen also zwar keine allzu großen Wert beimisst, aber dem Geld, das er dafür ausgibt auch nicht, denn davon hat er mehr als genug, dann freut sich die Firma Rolex. Es ist der Firma aber völlig schnurz, welchen Wert der Scheich den Uhren beimisst.

Mit umgekehrten Vorzeichen macht Carl Menger den gleichen Denkfehler wie Karl Marx. Bei Karl Marx und David Ricardo ist es genau umgekehrt. Der Wert bestimmt sich nach der in den Waren inkorporierten Arbeit, allerdings kommt es auf den Wert eben nicht an, sondern auf die effektive, also mit Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft ausgestattete, Nachfrage.

Bei Carl Menger kann man in einen Laden gehen und den Preis für das Smartphone bezahlen, den man subjektiv für angemessen hält, also z.B. 10 Euro. Es steht zu befürchten, dass das nicht funktionieren wird. Bei Karl Marx kann man das Smartphone für z.B. 10000 Euro produzieren, das ist dann der Wert. Man erreicht das dadurch, dass man besonders ineffizient produziert, so dass ordentlich Arbeit in dem Smartphone inkorporiert ist. Zu dem Preis wird es dann verkauft. Leider funktioniert auch das nicht in der Praxis.

Die Praxis ist da pragmatischer. Unternehmer machen bedauerlicherweise nur dann Umsatz und Gewinn, wenn sie bei gegebener Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft ein Gut zu einem entsprechenden Preis anbieten können. Die effektive Nachfrage, alleine um diese geht es, wird also sowohl von der Nachfrageseite wie auch von der Anbieterseite her bestimmt.

Geht man von einem reinen Tauschmarkt aus, kann man in der Tat auf die Idee kommen, dass der „Wert“ eines Gutes von dessen Knappheit abhängt und ein Gut erst dann knapp wird, wenn die Nachfrage die vorhandene Menge übersteigt. Liegt z.B. ein Dorf an einem großen Bach, durch den weit mehr Wasser fließt, als die Bewohner des Dorfes irgendwie noch sinnvoll gebrauchen können, dann hat es keinen „Wert“. Niemand wird für Wasser bezahlen, wenn er es kostenlos erhalten kann.

Liegt das Dorf allerdings in der Wüste, dann braucht es irgendeinen Mechanismus, der die Wassermenge zuteilt. Das kann z.B. die Zahlungsbereitschaft und die Zahlungsfähigkeit sein.

Nach der gleichen Logik kann ein Gut je nach Umständen knapp oder üppig vorhanden sein. In der Hochsaison z.B. sind Flugtickets teuer, in der Nachsaison billig. Um diesen Spezialfall mit der Angebotskurve von Alfred Marshall, die ja einen steigenden Verlauf hat, je höher der Preis desto größer das Angebot, in Einklang zu bringen, muss man verstehen, dass die Angebotskurve von Alfred Marshall einer Deckungsbeitragsrechnung entspricht. Die Fluggesellschaften machen dann zwar vielleicht Verlust, können aber zumindest einen Teil der Fixkosten decken.

Knappheit begründet nun für Carl Menger auch das Eigentum. Da bei Knappheit über irgendeinen Mechanismus rationiert werden muss, gehören knappe Güter zwangsläufig irgend jemandem.

Es haben demnach die menschliche Wirthschaft und das Eigentum einen gemeinsamen wirtschaftlichen Ursprung, denn beide haben ihren letzten Grund darin, dass es Güter gibt, deren verfügbare Quantität geringer ist, als der Bedarf der Menschen, und ist das Eigentum somit, gleich wie die Wirthschaft der Menschen, keine willkürliche Erfindung, sondern vielmehr die einzig mögliche practische Lösung jenes Problems, das uns die Natur der Dinge, das obige Missverhältniss zwischen Bedarf und verfügbarer Gütermenge, bei allen wirthschaftlichen Gütern aufdrängt.

aus: Carl Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Ueber den Ursprung der menschlichen Wirthschaft und die wirtschaftlichen (ökonomischen) Güter

Es ist nun relativ naheliegend, dass bei knappen Gütern eine Rationierung stattfindet. Eine Schüssel Reis kann schlecht von zwei Leuten konsumiert werden. Sie gehört entweder dem einen, oder dem anderen. Schleierhaft ist nur, wieso das Eigentum die praktische Lösung für das Problem ist, weil völlig unklar bleibt, WIE etwas zu Eigentum wird. Für Carl Menger scheint es völlig egal zu sein, ob der Besitz Ergebnis einer Marktleistung, eines Diebstahles oder eines Betruges ist.

Eigentum wird gesamtgesellschaftlich nur dann akzeptiert werden, wenn es eine marktwirtschaftlich sinnvolle Funktion hat, das heißt den gesamtwirtschaftlichen Wohlstand steigert. Idealtypisch sind in einer Marktwirtschaft Güter auch nicht knapp, weil jeder nur soviel, wertmäßig, konsumieren kann, wie er vorher produziert hat. Knappheit allein ist also in einer marktwirtschaftlichen Ordnung keine Begründung für Eigentum, allerdings sorgt Eigentum dafür, dass knappe Produktionsfaktoren optimal genutzt werden. Nur wenn ein Zusammenhang besteht zwischen Erfolg und Ertrag, bzw. Misserfolg und Haftung, wird mit knappen Produktionsfaktoren sorgsam umgegangen.

Allerdings braucht es hierfür die Institution Eigentum nicht. Aktiengesellschaften z.B. können theoretisch allen „gehören“, jeder kann einen Anteil daran haben. Entscheidend ist, dass Anreize für eine sich am Markt zu dokumentierende Leistung bestehen.

Nach der Logik von Carl Menger müssten alle Güter in den vergangenen Jahrhunderten sehr knapp geworden sein, denn bei gegebener Menge und wachsender Bevölkerung wären alle Güter sehr knapp geworden. Tatsächlich produziert die wachsende Bevölkerung aber auch immer mehr, so dass die Güter eben, zumindest in den entwickelten Industrienationen, nicht knapper geworden sind, ganz im Gegenteil.

Fans hat Carl Menger nur bei den Anhängern der österreichischen Schule, die sich zu Hauf auf Seiten wie www.mises.org oder www.hayek.org tummeln.

In diesen Grundsätzen, die 1871 erschienen, weist er nach, daß der Wert eines Gutes durch die subjektive Wertschätzung seiner jeweils letzten Einheit („Grenzeinheit“) bestimmt wird (Grenznutzenbetrachtung). Damit war es ihm gelungen, erstmals ein abschliessendes Gesetz der Preisbildung zu finden. Schon als junger Beamter, als er noch für die „Wiener Zeitung“ Marktberichte schreiben musste, hatte er sich mit dieser Problematik beschäftigt. Er entdeckte da-

bei, "dass die letzte Quelle der Preisbildung die Wertschätzung sei, welche die schliesslichen Abnehmer der Güter, die Konsumenten, hätten."

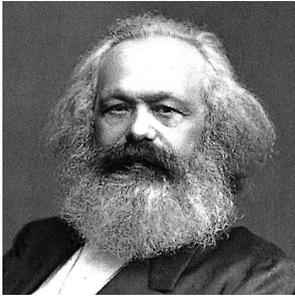
www.mises.de

Wir schließen daraus, dass man bei der mises.org die Fachliteratur nicht kennt, denn die Geschichte mit der Grenznutzenbetrachtung ist älter als die grünen Hügel Afrikas, allerdings gehört zur Grenznutzenbetrachtung eben auch die Grenzkostenbetrachtung und letztere ist der spannendere Teil.

Es mag sein, dass er zu dieser wenig subtilen Einsicht als Beamter kam, aber auf die abstruse Idee, dass „die letzte Quelle der Preisbildung die Wertschätzung“ sei, kann man auch wirklich nur kommen, wenn man Beamter ist. Unternehmer sind mit der unangenehmen Tatsache konfrontiert, dass sie ihre Produktion so optimieren müssen, dass sich für ihre Produkte bei gegebener Zahlungsbereitschaft und Zahlungsfähigkeit auch Abnehmer finden. Dem Unternehmer nützt es herzlich wenig, wenn seine Kunden seine Produkte zwar wertschätzen, aber nicht kaufen können.

Carl Menger ist intellektuell die Liga Vilfredo Pareto und Léon Walras. Bedauerlicherweise wurde nur ersterer aus dem Verkehr gezogen. Letztere spuken immer noch durch die Lehrbücher.

Karl Marx



Der Marxismus gilt als der große Gegenspieler der Neoklassik, auch wenn es bei den politischen Auseinandersetzungen zu Zeiten des kalten Krieges, 1945 - 1989, nie um die Frage ging, inwieweit die theoretische Fundierung des einen oder anderen Systems tatsächlich logisch schlüssig war. Beide Strömungen sind rein akademische Veranstaltungen ohne jede praktische oder politische Relevanz.

Das politische Personal der einen Seite hat Alfred Marshall, Léon Walras, Vilfredo Pareto etc. mindestens so umfassend ignoriert, wie das politische Personal der Gegenseite Karl Marx.

Konkret: So schnurz wie es Helmut Kohl war, was Alfred Marshall geschrieben hat, so schnurz waren Honecker die Ansichten von Karl Marx. So wenig wie der des Englischen nicht mächtige Historiker die ‚Principles of Economics‘ kannte, es gibt keine deutsche Übersetzung, so wenig hatte der Tischlergeselle die drei dicken Bände von Carlos Murks gelesen.

Wir werden also keine weiteren Erkenntnisse über die politische Entwicklung in den Jahren 1945 bis 1989 gewinnen, wenn wir die beiden theoretischen Konzepte miteinander vergleichen, denn die Dynamik der Entwicklung ergibt sich nicht aus einer unterschiedlichen Vorstellung über wirtschaftliche Entwicklungen.

In der gesamten, sehr reichhaltigen, Literatur über den kalten Krieg, spielen grundlegende Überlegungen über den wirtschaftlichen Ordnungsrahmen, freie Marktwirtschaft oder zentrale Planwirtschaft, keine Rolle.

Allgemeiner: Ideologien können nicht über die Inhalte erklärt werden, denn diese sind irrelevant. Ideologien konstituieren sich durch die Fähigkeit ein System von Anreizen zu schaffen, die ein bestimmtes Verhalten fördern oder sanktionieren. Die Ziele, die das System verfolgt, sind hierbei völlig andere, als die Ziele, die offiziell Ziel des Systems sind. Nicht die offiziellen Ziele sind für den einzelnen relevant, sondern das Anreizsystem, das die Durchsetzung seiner individuellen Ziele steuert.

Konkret: Ob der Sozialismus planmäßig verwirklicht wird oder nicht, war dem MfS Mitarbeiter in der DDR völlig egal, er wusste nicht mal, was das konkret bedeuten soll. Für ihn war entscheidend, dass Erfolge bei der „Ausschaltung des Klassenfeindes“ karrierefördernd waren. Gleichmaßen egal ist dem Beamten beim Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst etc. die marktwirtschaftliche Ordnung. Was ihn interessiert ist die Einordnung in die Besoldungsgruppe.

Die Analyse autoritärer Systeme oder Totalitarismustheorien setzen von daher auch nicht bei der Analyse des Inhalts der Ideologie an, sondern an der Art, wie die Anreizsysteme implementiert werden und diese sind unabhängig vom Inhalt der konkreten Ideologie immer die gleichen. Der Unterschied liegt lediglich im Freiheitsgrad. In lediglich autoritären Systemen ist ein gewisser Freiheitsgrad vorhanden, bei totalitären Systemen wird auch der private Bereich von den Anreizsystemen erfasst.

Das heißt konkret, dass eine Analyse wie die von Karl Popper in „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“, die an den Inhalten einer Ideologie ansetzt, völlig in die Irre führt.

Richtig ist natürlich, dass ein wirtschaftlicher Ordnungsrahmen, der von vorne herein auf Wettbewerb setzt, Macht, und damit die Fähigkeit die Anreize zu setzen, beschneidet. Die marktwirtschaftliche Ordnung kennt nur einen Anreiz, wirtschaftlichen Erfolg als Ergebnis einer Marktleistung. Der Unternehmer muss sich also einem demokratischen Abstimmungsprozess stellen. Der Markt kann sich in anonymer und freier Wahl für und gegen ihn entscheiden. Er kann nur überleben, wenn er seine Ressourcen optimal einsetzt. Er hat keine Möglichkeit, individuelle Interessen zu verfolgen, die den Anforderungen des Marktes widersprechen. Die Probleme dieses Ordnungsrahmens aus wirtschaftlicher, sozialer, politischer und philosophischer Sicht sind nun hinlänglich bekannt und werden in anderen Kapiteln diskutiert.

Der Autor würde allerdings sagen, dass sich die Neoklassik und der Marxismus ziemlich ähnlich sind, auch wenn sie inhaltlich diametral entgegengesetzt erscheinen. Der methodologische Ansatz ist nämlich in beiden Fällen derselbe, bzw. der Unterschied ist subtil.

In der Welt der Neoklassik spielt die optimale Ressourcenallokation eine zentrale Rolle. Soll heißen, die Ressourcen sollen so eingesetzt werden, dass die größten Knapp-

heiten beseitigt werden, bzw. die Ressourcen optimal genutzt werden. Allerdings geht die Neoklassik davon aus, dass Arbeit und Kapital wie von Zauberhand geführt automatisch in den Bereich einströmt, wo die Produktivität am größten ist. Arbeit und Kapital sind also homogene Faktoren, andernfalls könnten sie nicht mühelos in andere Bereich einströmen.

Bei Karl Marx spielt die Allokation der Ressourcen schlicht gar keine Rolle. Hat ein Produkt einen Gebrauchswert, so hat es automatisch auch den äquivalenten Tauschwert nach Maßgabe der in diesem Produkt inkorporierten Arbeit.

Bei Karl Marx muss Arbeit nicht mal optimal eingesetzt werden um einen Mehrwert zu produzieren, es reicht vollkommen, wenn sie einen Gebrauchswert produziert. Knappheit, die sich in Preisen ausdrückt, spielt bei ihm keine Rolle und die Preise der Güter ergeben sich auch nicht aus deren Knappheit, sondern sind Spiegelbild der in den betreffenden Waren inkorporierten Arbeit.

Allgemein: In beiden Systemen funktioniert Wirtschaft ohne jedes menschliche Zutun, gemäß universell geltender ökonomischer Gesetze.

(Wenn wir von Neoklassik sprechen, meinen wir immer die Version, wie sie in Lehrbüchern dargestellt wird. Genau genommen hat Alfred Marshall klar erkannt, dass die Produktionsfaktoren eben nicht mühelos in jede Verwendung fließen können. Wäre dies nämlich der Fall, gäbe es gar keine Unterschiede in der Effizienz der Produktion und folglich auch keine Produzentenrenten.)

Der Unterschied besteht lediglich darin, dass das mit den ökonomischen Gesetzen in den marktwirtschaftlich orientierten Ländern die Sphäre des akademischen Betriebs nie verlassen hat, wohingegen die ökonomischen Gesetze in der DDR Verfassungsrang hatten.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974)

Artikel 9

Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik beruht auf dem

sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln. Sie entwickelt sich gemäß den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der zielstrebigem Verwirklichung der sozialistischen ökonomischen Integration.

Da fragt man sich dann, wieso Honecker und Co das verwirklichen WOLLTEN. Entwickelt sich die Wirtschaft ohnehin gemäß „den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus“, braucht man das nicht zu wollen. Man kann auch im Bett bleiben und zuschauen, wie sich die Wirtschaft entwickelt.

Ein entsprechender Artikel für die Verfassung der BRD sähe dann in etwa so aus.

Die Wirtschaft der BRD entwickelt sich nach den universellen Gesetzen der Mikroökonomie hin zum allgemeinen Gleichgewicht auf dem Arbeits-, Güter- und Kapitalmarkt auf der Grundlage eines Ordnungsrahmens, der Privateigentum garantiert und die Kooperation auf freiwilliger Basis anhand von Preisen organisiert wird.

Wir finden also im Marxismus denselben „astronomischen“ Blick auf die Wirtschaft wie bei Léon Walras. Dieser meinte ja auch schon, dass die ökonomischen Gesetze das Gleichgewicht auf den Gütermärkten mit derselben Stringenz erzwingen, wie die astronomischen Gesetze die Planeten auf ihrer Umlaufbahn halten.

Karl Marx zeigt also, wie die ökonomischen Gesetze unweigerlich zu einem Gleichgewicht in der fernen Zukunft führen, nachdem erstmal die Expropriateure expropriert sind. In der Neoklassik beschreiben die ökonomischen Gesetze, wieso in der Gegenwart die Gütermärkte im Gleichgewicht gehalten werden. Das gibt sich nach Meinung des Autors nicht viel.

Bei beiden Systemen haben wir also eine Modellierung und bei Modellen müssen wir uns nicht fragen, ob sie in sich schlüssig sind, das kann durchaus der Fall sein, sondern ob die relevanten Parameter tatsächlich in dem Modell enthalten sind.

Abstrahiert ein Modell von einem relevanten Parameter, kann das Modell kein Abbild der Wirklichkeit sein.

Der ‚Kapitalist‘ z.B. hat bei Marx nur eine einzige Eigenschaft, er hat Kapital. Zumindest wenn wir davon ausgehen, dass das Kapital auch einen Besitzer hat, denn eigentlich wird nicht mal der ‚Kapitalist‘ in den drei blauen Bänden erwähnt. So wenig also wie die Arbeit in irgendeiner Art qualifiziert sein muss, bzw. dies egal ist, weil es nur auf die durchschnittliche Arbeit ankommt, so wenig muss der Kapitalist über irgendwelche Fähigkeiten verfügen. Der Kapitalist ist also kein Unternehmer, den selbiger muss von dem Bereich, in dem er tätig ist, ja einiges verstehen. Know how, Innovationskraft, Engagement etc. spielt überhaupt keine Rolle.

Das Kapital akkumuliert sich von ganz alleine, wobei es völlig egal ist, WAS produziert wird, vorausgesetzt es hat einen Gebrauchswert.

Wie bei David Ricardo bestimmt sich der Wert einer Ware allein aus der in dieser Ware inkorporierten Arbeit. Ein Fahrrad ist soviel Wert wie ein Computer, wenn in beiden das gleiche Quantum an Arbeit inkorporiert ist. Hat es irgendeinen Gebrauchswert, dann hat es auch den äquivalenten Tauschwert. Anders formuliert, die Nachfrage spielt überhaupt keine Rolle.

Karl Marx produziert nun eine Unmenge an Begrifflichkeiten und Konzepte, „organische Zusammensetzung des Kapitals“, „Reproduktion des Kapitals“, „erweiterte Reproduktion des Kapitals“, Geldkristall, absoluter Mehrwert, relativer Mehrwert etc. etc. die er eigentlich für seine simple Grundthese gar nicht braucht. Er benötigt für seine simple These nicht mal den Arbeitswert, den er von Ricardo übernommen hat, der aber schon bei David Ricardo unnötig war.

Die Sache ist schlicht, wie bei David Ricardo auch, die, dass das Angebot an Arbeit, Leute die arbeiten wollen, die Nachfrage nach Arbeit, Unternehmer die Leute einstellen wollen, übersteigt, so dass die Konkurrenz zwischen den Arbeitern den Lohn auf das Existenzminimum drückt. Wäre dem nicht so, wäre Arbeit knapp, dann könnten die Arbeiter einen höheren Lohn durchsetzen und der „Mehrwert“, wäre geringer.

Wie viel Arbeit in den Waren inkorporiert ist, ist völlig egal. Entscheidend ist die Grundannahme. Das Angebot an Arbeit, Leute die Arbeit suchen, übersteigt die Nachfrage nach Arbeit.

Dasselbe Problem, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen, hat die neoklassische Arbeitsmarkttheorie. Sie geht davon aus, das ist wohl zutreffend, dass Leute solange eingestellt werden, wie der (monetäre) Grenzertrag der Arbeit höher ist als der Lohn. Zu Deutsch: Solange sich das für den Unternehmer noch lohnt. Da aber im Gegenzug auch davon ausgegangen wird, dass der (monetäre) Grenzertrag sinkt, werden desto mehr Leute eingestellt, je niedriger der Lohn. Zu Deutsch: Für 5 Euro pro Stunde werden viele Leute eingestellt, denn die Arbeit muss dann nicht besonders produktiv sein. Bei 280 Euro pro Stunde wird es dann schwieriger. Die Logik macht natürlich nur Sinn, wenn Vollbeschäftigung erreicht wird, bevor der Lohn auf dem Existenzminimum liegt.

Das ist im Grunde der entscheidende Unterschied zwischen der Neoklassik und dem Marxismus. Die Neoklassik geht von Vollbeschäftigung aus bei einem Lohnniveau, das über dem Existenzminimum liegt. Bei Erreichen der Vollbeschäftigung haben die Arbeiter eine Machtposition. Der Marxismus geht, wie auch David Ricardo, davon aus, dass ständig ein Überangebot an Arbeit da ist und folglich der Lohn auf das Existenzminimum runterkonkurriert wird.

Weiter ist der Mehrwert bei Marx von der Nachfrage völlig unabhängig. Der Mehrwert ist proportional zur Arbeit, wenn wir mal von dem Geschwurbel mit dem absoluten Mehrwert und relativen Mehrwert absehen.

In der Neoklassik sinkt mit zunehmendem Angebot der Grenznutzen einer Ware und damit die Zahlungsbereitschaft. Bei Marx gibt es keinen Grenznutzen. Hat ein Ding einen Gebrauchswert, kann man den Leuten jede x-beliebige Menge davon vor die Tür stellen, die kaufen schlicht jede Menge, wenn das Ding nur einen Gebrauchswert hat, also das Ding zu irgendwas gut ist. Meint zumindest Marx.

Beide abstrahieren vollkommen von der Politik, wobei das bei der Neoklassik noch eher nachvollziehbar ist, als beim Marxismus.

In der Neoklassik geht es ausschließlich um optimale Faktorallokation und Effizienz. Der Staat stört da nur. Im Marxismus geht es ausschließlich um Verteilung. Das kann der Staat leisten.

Die Allokation der Mittel spielt beim Marxismus überhaupt keine Rolle. Es reicht, dass ein Gut einen Gebrauchswert hat, damit es auch den entsprechenden Tauschwert hat,

der sich aus der inkorporierten Arbeit ergibt. Für die optimale Allokation der Ressourcen wäre aber die Knappheit entscheidend.

Ein Kugelschreiber und ein Stück Papier haben beide einen Gebrauchswert, allerdings nur zusammen, was aber im Marxismus keine Rolle spielt. Der Kugelschreiber hat einen Gebrauchswert, damit auch den äquivalenten Tauschwert, auch wenn kein Stück Papier da ist, auf dem man schreiben kann.

In der Neoklassik werden die Ressourcen optimal nach Maßgabe ihrer Grenzerträge alloziert, das heißt best möglichst verwendet. Interveniert der Staat, so kann dies die Knappheitssignale des Marktes nur verzerren, was zu einer Fehlallokation der Mittel führt, das Volkseinkommen sinkt.

Spielt die Allokation, wie bei Marx, allerdings eh keine Rolle, dann kann auch die Politik qua nachträglicher Umverteilung den Mehrwert an die Arbeiter zurückgeben. In einer Demokratie ist es sogar sehr wahrscheinlich, dass dies bis zu einem gewissen Umfang passiert und dies umso mehr, als der ‚Kapitalist‘ ja letztlich funktionslos ist, denn er ist kein Unternehmer. Er leistet nichts. Der Unternehmer hat bei Marx nur eine einzige Eigenschaft, er hat Kapital, was aber letztlich Geld ist. Auf den letzten Punkt werden wir im Kapitel über Keynes noch ausführlich zu sprechen kommen.

Die Allokation der Ressourcen bzw. die Mechanismen, die die Ressourcenallokation steuern, sind das zentrale Thema einer Wirtschaftsordnung. Das ist den Proletariern aller Länder aber erst aufgefallen, nachdem sie sich vereinigt hatten und die Expropriateure expropriert hatten, denn in den drei blauen Bänden findet sich zum Thema Ressourcenallokation kein einziges Wort.

Man braucht jetzt nicht viel Phantasie, um sich auszurechnen, dass die zentrale Planung der Produktion scheitern muss, bzw. nur dann gelingen kann, wenn die Wirtschaft sich lediglich reproduziert, das heißt jahraus jahrein dasselbe produziert. Für Grundbedürfnisse des täglichen Bedarf ist so was denkbar, fraglich allerdings, ob es effizienter wäre.

Ein Problem, unter sehr vielen, ist hierbei das Anreizproblem. Wird Leistung monetär vergütet, hat man die gleichen Anreizsysteme wie in marktwirtschaftlichen Ordnungen, die man ja gerade nicht will. Vergütet man aber Leistung nicht, bezahlt alle mehr

oder weniger gleich, dann gibt es einen Anreiz möglichst wenig zu tun und kein Risiko einzugehen.

Ein Betrieb in einer Planwirtschaft wird also kaum dazu zu bewegen sein, seine tatsächliche Leistungsfähigkeit offen zu legen, also mehr zu leisten, als der Plan vorschreibt, denn dies hätte zur Folge, dass das Soll in der nächsten Periode erhöht wird. Ein ganz ähnliches Problem kennen wir ja von allen Arten von Bürokratien. Das Dezemberfieber kommt dadurch zustande, dass sparsames Verhalten ein Indiz für Einsparpotentiale liefert, weswegen alle Gelder am Jahresende ausgegeben werden.

Zweitens wird ein Betrieb kein Risiko eingehen. Ein Erfolg würde nicht honoriert, ein Misserfolg ist aber auf jeden Fall nicht karrierefördernd. Das gilt umso mehr, als bei der Postenvergabe weniger Leistungskriterium als politische Gründe eine Rolle spielen. Des Weiteren kann der Betrieb auch gar keine eigenen Entscheidungen treffen und niemand wird sich mit einer übermächtigen Bürokratie anlegen und Widerstände überwinden.

Staatlich festgelegte Höchstpreise, wie in der DDR üblich, führen zu einem blühenden Schwarzmarkt. Die Zahlungsbereitschaft ist tatsächlich höher, was aber den Produzenten nichts nützt, weil sie diese nicht abschöpfen und somit die Produktion nicht ausdehnen können. Die Ressourcen werden ihnen ja zugeteilt. Die Leute werden also auf dem Schwarzmarkt zu Preisen kaufen, die über den staatlich festgesetzten Höchstpreisen liegen.

Beamte führen immer wieder das Argument an, dass die Effizienz staatlicher Organisationen, der Effizienz marktwirtschaftlicher Unternehmen entspricht. Daraus schließt der Autor, dass sie die Grundpfeiler marktwirtschaftlicher Ordnungen nicht verstehen.

Wäre dem so, müssten planwirtschaftlich organisierte Unternehmen funktionieren und wir könnten unsere Wirtschaft planwirtschaftlich organisieren. Tatsächlich zeigt uns aber die Erfahrung, dass dieses System eben nicht funktioniert. In einer planwirtschaftlichen Ordnung sind alle verbeamtet. Der Arbeitsplatz ist sicher, das Gehalt ist weitgehend abgekoppelt von der Leistung, für die Altersversorgung ist gesorgt. So ein System kann nur funktionieren, wenn Leistungsanreize unnötig sind, weil es sich um reine Routinetätigkeiten handelt, bei denen die Sollerfüllung einfach vorgegeben

und ermittelt werden kann. In so einem Fall bedarf es lediglich Maßnahmen, die eine Minderleistung sanktionieren.

Für z.B. Innovationen bedarf es aber Leistungsanreize und diese müssen eine gesamtwirtschaftlich sinnvolle Wirkung entfalten. Für die Karriere der akademischen Ökokaste z.B. ist nicht die Lösung konkreter Probleme relevant, sondern die Anzahl der Veröffentlichungen in „wissenschaftlichen“ Zeitschriften mit einem hohen impact factor. Das führt dann dazu, dass sich die Ökokaste mehr mit der Lösung nicht vorhandener Probleme beschäftigt, als mit der Lösung tatsächlich vorhandener.

Ihre „Forschung“ ist ähnlich irrelevant und stromlinienförmig wie die ihrer ehemaligen Kollegen an der Hochschule für Ökonomie in Ost-Berlin.

Kurzum: Karl Marx hatte das gleiche Problem wie die heutige Ökokaste. Er hatte keinerlei konkrete Berufserfahrung, weshalb ihm die Funktion des Unternehmers in einer marktwirtschaftlichen Ordnung völlig unklar, bzw. dieser ihm schlicht unbekannt war.

Sein „astronomischer“ Blick auf die Wirtschaft verbaut ihm den Blick auf alles Kontingente, Spontane, Unvorhersehbare was die wirtschaftliche Entwicklung nun mal charakterisiert. Wir können nicht wissen, was in Zukunft sein wird, weil wir nicht wissen, was wir in der Zukunft wissen, wie Popper zutreffend feststellt.

Das Sein bestimmt auch nicht nur das Bewusstsein, sondern das Bewusstsein bestimmt auch das Sein. Die wirtschaftliche Entwicklung prägt nicht nur den Menschen, sondern der Mensch prägt vor allen Dingen die wirtschaftliche Entwicklung. Es ist eine dynamische Beziehung. Wer nach 2000 geboren ist, wird dank Internet, das die Welt zum globalen Dorf zusammenschumpfen lässt, einen anderen Blick auf die Welt haben, als frühere Generationen. Der Mensch entwickelt die Technik, aber diese wiederum formt ihn.

Der Unterschied zu Autoren mit konkreter Berufserfahrung, z.B. Jean Baptiste Say, ist deutlich spürbar. Der Unternehmer wird bei Jean Baptiste Say zur zentralen Gestalt und Unternehmertum ein eigener Produktionsfaktor mit eigener Entlohnung.

Keynes



1. Vorbemerkung

Dieses Buch ist eine Zusammenfassung der www.economics-reloaded.de. Auf Zitate aus den Originaltexten, insbesondere der General Theory of Employment, Interest and Money, wird hier aus Gründen der klareren Darstellung verzichtet. Wer eine Darstellung der keynesschen Theorie auf

Basis des Originaltextes sucht, sei auf die oben genannte Website verwiesen.

Gleichermaßen verzichten wir hier darauf, durch Beispiele die Theorie zu illustrieren. Das machen wir ausgiebig auf der www.economics-reloaded.de. Wir gehen hier davon aus, dass der Leser mit den Problemen und Krisen der Gegenwart halbwegs vertraut ist und folglich die Relevanz der gemachten Aussagen erkennt. Wenn nicht: Ein Internetanschluss ist ja in der Regel vorhanden. Der Zugang zur www.economics-reloaded.de ist vollkommen kostenlos.

Keynes ist wohl mit weitem Abstand der meistzitierte Ökonom aller Zeiten. Es vergeht praktisch kein Tag, an dem nicht irgendeine Zeitung auf ihn Bezug nimmt. Allerdings hat das Originalwerk, also die General Theory of Employment, Interest and Money niemand gelesen. Auch im akademischen Umfeld nicht.

In der öffentlichen Debatte wird Keynes reduziert auf einige wenige Aussagen, die weder für das keynessche Theoriegebäude entscheidend sind, noch geeignet sind, die fundamentalen Unterschiede zwischen Keynes und der Klassik zu verstehen.

In der öffentlichen Debatte wird Keynes reduziert auf expansive Fiskalpolitik. Soll heißen: In einer Rezession soll der Staat die Nachfrage ausdehnen und in einer Boomphase diese reduzieren. Er soll also eine antizyklische Fiskalpolitik betreiben.

Hält man das für die Kernaussage von Keynes, dann ist es natürlich ein leichtes, Keynes zu widerlegen. Wer allerdings der Meinung ist, dass in Griechenland eine expansive Fiskalpolitik betrieben wurde und dieses Beispiel zeigt, dass die keynessche Theorie falsch ist, hat weder die keynessche Theorie verstanden, noch begriffen was, in Griechenland passiert ist. Er darf auch annehmen, dass der bedeutendste Ökonom des zwanzigsten Jahrhundert begriffen hätte, dass eine expansive Fiskalpolitik ledig-

lich zu einem Strohfeuer führt, wenn das induzierte Mehr an Nachfrage im Ausland befriedigt wird. Man sollte schon realistisch bleiben und Keynes nicht unterschätzen.

Die Tatsache, dass von komplexen Theoriegebäude einzelner Autoren, dies trifft gleichermaßen zu für Adam Smith, David Ricardo, Jean Baptiste Say, Vilfredo Pareto, Joseph Schumpeter etc. nur wenige Gedanken Eingang gefunden haben in das öffentliche Bewusstsein oder die akademische Lehre gilt nicht nur für Keynes. Es gilt praktisch für alle Ökonomen. Auf der www.economics-reloaded.de zeigen wir dezidierter die Diskrepanz zwischen öffentlicher Wahrnehmung und den Aussagen der Originaltexte.

Bei anderen Autoren allerdings ist das weniger dramatisch. Hinsichtlich des keynesschen Theoriegebäudes ist das insofern dramatisch, als über ökonomische Probleme, insofern sie sich auf makroökonomische Zusammenhänge beziehen, ohne Kenntnis des keynesschen Theoriegebäudes nicht sinnvoll diskutiert werden kann. Wer über Kapital, Sparen, Geld, Zins redet, muss wissen, was er darunter versteht. Sind die Abgrenzungen unklar, wie in der Klassik oder der öffentlichen Debatte, bzw. wird mit diesen Begriffen eine Funktion assoziiert, die diese nicht haben, dann ist keine Diskussion möglich.

Die keynessche Theorie ist nicht die Antwort auf alle ökonomischen Fragen und sollte dies auch nie sein. Aber die keynessche Theorie ist die Grundlage, anhand derer alle ökonomischen Fragen diskutiert werden müssen.

Um was geht es also hier? Es geht hier um eine einfache, klare, präzise und vor allem RICHTIGE Darstellung der keynesschen Theorie. Genau so: Einfach, klar, präzise und richtig. Der Inhalt soll auch von jenen verstanden werden, die noch nie ein Buch über Makroökonomie in der Hand hatten, sich aber schon die Frage gestellt haben, ob z.B. der Zins stabil bleiben kann, wenn das gesamtwirtschaftliche Sparen erhöht wird. Deutlicher: Ob „riestern“ eigentlich funktionieren kann; oder die sich schon die Frage gestellt haben, warum es Blasen immer nur in manchen Bereichen gibt, Börse, Immobilien, Gold etc.; oder was passieren würde, wenn die Geschäftsbanken die günstigeren Refinanzierungsmöglichkeiten bei den Zentralbanken an die Kunden weiterreichen würden.

Wir haben uns also bemüht, eine kleine Abhandlung zu schreiben, die man gemütlich und ohne größere Anstrengung in 20 Stunden lesen kann und die Sachverhalte so vorsortiert, dass eine vernünftige Diskussion wieder möglich ist.

2. Klassische Theorie

2.1 Effizienz marktwirtschaftlicher Ordnung. Wird von Keynes nicht in Frage gestellt.

Bekanntlich unterscheidet Keynes nicht zwischen Klassik und Neoklassik. Konkret: Zwischen den Autoren der klassischen Nationalökonomie, Adam Smith, Jean Baptiste Say, David Ricardo, John Stuart Mill und den neoklassischen Autoren, Alfred Marshall, Vilfredo Pareto, Léon Walras, Carl Menger unterscheidet er nicht. Was vor ihm war, ist für ihn klassische Nationalökonomie.

Auf die Problematik der Begriffe klassische Nationalökonomie und neoklassische Nationalökonomie müssen wir hier nicht eingehen und verweisen wieder auf die www.economics-reloaded.de. Die Problematik besteht darin, dass sich die einzelnen Autoren stark unterscheiden und nicht unter einem Begriff zusammengefasst werden können.

Auf andere Strömung wie etwa den Neoliberalismus, die österreichische Schule, Monetarismus oder Ordoliberalismus werden wir hier nicht eingehen. Näheres zu diesen Strömungen siehe www.economics-reloaded.de. Diese Richtungen fußen bzgl. der Vorstellungen von Kapital, Sparen, Geld und Zins auf denselben falschen Annahmen, wie die klassische Nationalökonomie. Eine gesonderte Diskussion ist von daher nicht nötig.

Wir werden in Zukunft, wie Keynes auch, nur noch von klassischer Nationalökonomie sprechen. Soit dit en passant: Das Unterscheidungsmerkmal zwischen der klassischen Nationalökonomie und der neoklassischen Nationalökonomie soll die Marginalbetrachtung sein. Wir haben auf der www.economics-reloaded.de aber gezeigt, dass diese schon in der klassischen Nationalökonomie vorhanden ist. Es gäbe also noch andere als die von Keynes genannten Argumente, um diese Unterscheidung als nicht zielführend zu erachten.

Die Grundthese der klassischen Nationalökonomie ist, dass die einzelwirtschaftliche Nutzenmaximierung (Haushalt, Unternehmen) auch gleichzeitig den gesamtwirtschaftlichen Nutzen maximiert. Das Paradebeispiel hierfür ist der viel genannten Bäcker in Wealth of Nations von Adam Smith. Dieser backt keine Brötchen, um andere Leute

glücklich zu machen, aber seine einzige Möglichkeit, seinen eigenen Nutzen zu optimieren, besteht darin, möglichst gute Brötchen, möglichst billig zu produzieren.

Für die klassische Nationalökonomie hat der Wettbewerb also die Funktion, die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt zu steigern.

Der berühmte homo oeconomicus, der allein seine individuelle Nutzenmaximierung im Blick hat, kann nur vor diesem Hintergrund verstanden werden. Ohne Wettbewerb ist der homo oeconomicus kein sinnvolles Konzept.

Dieses Moment marktwirtschaftlicher Ordnungen kann kaum überschätzt werden und wird von Keynes auch nicht kritisiert.

Wir haben uns auf der www.economics-reloaded.de mit zahlreichen Systemen beschäftigt, wo diese systemimmanente Kontrolle nicht vorhanden ist, etwa der Rechtsprechung, dem Bildungswesen, der öffentlichen Verwaltung. Liegt keine systemimmanente Kontrolle vor, muss diese Kontrolle durch andere Mechanismen gewährleistet werden, die aber selten eine so durchschlagende Wirkung entfalten, wie der Wettbewerb.

Ein weiteres zentrales Moment, von Keynes ebenfalls nicht kritisiert, ist die Steuerung der Wirtschaft über Preise. Preise zeigen einerseits Knappheitssignale an, führen aber andererseits, aufgrund der Tatsache, dass sich Knappheiten in hohen Preisen widerspiegeln, dazu, dass diese Knappheiten beseitigt werden, da die Möglichkeit zur Gewinnerzielung entsprechend sind.

Damit haben wir die entscheidenden Unterschiede zu planwirtschaftlichen Ordnungen erfasst. Bei planwirtschaftlichen Ordnungen erfolgt die Koordination der wirtschaftlichen Aktivitäten über einen Plan. Damit dieser sinnvoll ist, muss die zentrale Einheit über so viele Informationen verfügen, wie die individuellen Akteure in der marktwirtschaftlichen Ordnung. Es liegt in der Natur der Dinge, dass dies nicht der Fall ist.

Das einzelne Unternehmen ist über seine Handlungsalternativen immer besser informiert, als eine zentrale Stelle und der einzelne Haushalt kennt seine Bedürfnisse und Präferenzen besser, als eine staatliche Plankommission.

Die dezentrale Koordination über Preise ist also flexibler, als eine Koordination über eine staatliche Stelle.

Diese zwei Momente, Wettbewerb und dezentrale Koordination über Preise, sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer Wirtschaftsordnung. Daran will auch Keynes, auch wenn man ihm dies hin und wieder unterstellt, nichts ändern.

Der Ordoliberalismus ist also nur ein Nebensatz zu Adam Smith. Adam Smith sah den Wettbewerb zwar als notwendig an, konstatierte aber Tendenzen, die darauf abzielen, eben diesen Wettbewerb auszuschalten.

Für den Ordoliberalismus ist es Aufgabe des Staates durch eine entsprechende Ordnung dafür zu sorgen, dass die Wettbewerbsintensität ausreichend ist, um die Kontrollfunktion des Wettbewerbs zu gewährleisten.

Die Probleme marktwirtschaftlicher Ordnungen, charakterisiert durch Wettbewerb und dezentrale Informationsverarbeitung durch Preise, sind nun hinlänglich bekannt.

Es gibt Probleme mit der Verteilung und es herrscht keineswegs, auch wenn die Klassik das Gegenteil behauptet, Vollbeschäftigung. Richtig an der klassischen Theorie sind also nur die oben genannten Elemente. Unstrittig ist nur, dass der Wettbewerb die wirksamste Art der Kontrolle ist, und die dezentrale Informationsverarbeitung über Preise effizienter ist, als zentrale Planung.

Die Verteilung ergibt sich in der Klassik aus der Entlohnung der Produktionsfaktoren. Je knapper ein Produktionsfaktor ist, desto höher ist die Entlohnung. Es ist nun hinlänglich bekannt, dass die Einkommen breiter Schichten so niedrig sein können, dass das politische System instabil ist. Auf der anderen Seite kann aber auch die Entlohnung nicht einfach staatlich festgesetzt werden, weil dadurch der Anreiz für die Arbeitnehmer sich an strukturelle Veränderungen der Wirtschaft anzupassen schwinden würde.

Eine Antwort auf diese Frage bietet die soziale Marktwirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft greift zwar nicht in die Allokation der Produktionsfaktoren ein, verhindert also nicht, dass auf Knappheitssignale adäquat reagiert wird, spricht sich aber für eine nachträgliche Umverteilung des Volkseinkommens aus.

Zum zweiten Problem marktwirtschaftlicher Ordnungen, Arbeitslosigkeit, hat die Klassik nicht viel zu sagen. Fasst man die wortreich dargebotenen Vorstellungen der

Klassik, und aller Strömungen, die auf den Konzepten der Klassik aufsetzen, zusammen, so lautet die schlichte These, dass es gar keine Arbeitslosigkeit gibt. Da es gar keine gibt, braucht man auch keinen Ansatz, um dieses Problem zu lösen.

Hier haben wir nun einen ganz entscheidenden Unterschied zwischen Keynes und allen anderen Strömungen der Volkswirtschaftslehre.

Für die Klassik ist Arbeitslosigkeit ein Problem, das sich langfristig von alleine löst, nämlich dann, wenn die Arbeitnehmer ihre überzogenen Lohnvorstellungen an die Realität anpassen.

Für Keynes ist eine dauerhafte Arbeitslosigkeit möglich und kann insbesondere nicht durch eine Lohnsenkung beseitigt werden.

Allerdings hat Keynes auch nicht behauptet, dass man sie allein mit einer expansiven Fiskalpolitik beseitigen kann. Die Gründe des Malheurs liegen tiefer.

2.2 Geld oder Kapital. Was wird gespart und wie wird gespart.

Wenn wir uns über Keynes unterhalten, müssen wir mal die Begriffe sortieren. Wir haben anhand von Zitaten auf der www.economics-reloaded.de gezeigt, dass die Klassiker Kapital und Geld als Synonyme verwenden, oft sogar innerhalb desselben Absatzes. Karl Marx hat die zwei korrekten und wichtigen Elemente der klassischen Theorie, Wettbewerb und dezentrale Informationsverarbeitung, zwar eliminiert, dafür aber die wenig zielführenden Vorstellungen über den Charakter des Kapitals übernommen.

Unabhängig von der Tatsache, dass die Klassik und Karl Marx Geld und Kapital als Synonyme verwenden, ergibt sich die Einheit aus Geld und Kapital auch aus der Logik der Dinge bzw. der Logik der klassischen Nationalökonomie.

Die ganze Klassik sowie alle Strömungen, die auf deren Konzepte aufbauen, inklusiv Karl Marx, gehen davon aus, dass Kapital in die jeweils rentabelste Verwendung fließt.

Soll heißen: Kann der ‚Kapitalist‘ mehr in der einen Branche verdienen als in der anderen, dann wird er sein Kapital umschichten. Weg von der weniger rentablen Branche hin zur rentableren Branche. Damit das gelingt, muss das Kapital aber in liquider Form

vorliegen. Man kann sich zwar mit Geld in ein Softwareunternehmen einkaufen bzw. eines gründen, nicht aber mit einem Bagger oder einem Mähdrescher. Wenn also in der Klassik davon gesprochen wird, dass Kapital angelegt wird, dann ist eigentlich gemeint, dass Geld angelegt wird und wir werden noch sehen, dass das ein ganz gewaltiger Unterschied ist.

Weiter gibt es in der Klassik, wie satzungsbekannt, drei Produktionsfaktoren: Arbeit, Kapital und Boden. Die Arbeit erhält hier einen Lohn, das Kapital einen Profit und der Boden eine Rente.

Was die Rente genau ist, müssen wir hier nicht klären. Wer sich dafür interessiert, der möge zur www.economics-reloaded.de gehen und sich das Kapitel über David Ricardo durchlesen. Uns interessiert nur, dass die einzelnen Produktionsfaktoren nach Maßgabe ihrer Knappheit entlohnt werden. Allerdings ist der Zusammenhang ein bisschen komplexer. Wir sehen ein, dass man Arbeit entlohnen muss, denn ansonsten wird a) niemand arbeiten und b) hätten wir auch bald keine Arbeit mehr.

Darüber, wie man den Boden entlohnt, kann man diskutieren. Auch über die These, ob Boden knapp ist, wie die Klassik hypostasiert oder ob es nicht vielmehr Wasser ist, das knapp ist, kann man diskutieren, interessiert uns aber nicht. Mit der These, dass man für die Nutzung des Bodens irgendwas bezahlen muss, können wir leben und wie man den Boden entlohnt, ist für die keynesische Theorie auch völlig irrelevant.

Also für Arbeit und Boden muss man irgendwas bezahlen, das ist klar. Der Preis für Arbeit, also der Lohn, und der Preis für Boden, also die Rente, haben auch eine Preisfunktion, also eine sinnvolle Funktion innerhalb einer marktwirtschaftlichen Ordnung, signalisieren also Knappheit und lenken die Ressourcen.

Sollen sich die Arbeitswelt an strukturelle Änderungen anpassen, dann braucht es einen Anreiz. Verdient der Informatiker nicht mehr als der Metzgermeister, hat der Metzgermeister keinen Anreiz, sich zum Informatiker ausbilden zu lassen. Der Bauer kann nicht dazu bewegt werden, seinen Betrieb aufzugeben und in der Industrie zu arbeiten, wenn er dort nicht mehr verdient.

Damit ein Grundbesitzer wiederum sein Land verkauft, damit dieses Bauland werden kann, muss es einen Anreiz geben. Nur wenn er durch den Verkauf seiner Grundstücke

und die Umwidmung zum Bauland mehr verdient, als mit dem Anbau von Mais, der anschließend von Argentinien importiert wird, wird er sein Bauland verkaufen.

Das ist banal, aber das müssen wir jetzt verstehen. Lohn und Rente sind Preise im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese Preise haben einen sinnvollen Informationsgehalt, zeigen Knappheiten an und führen zu wirtschaftlich sinnvollen Umstrukturierungen.

Und jetzt kommt der entscheidende Punkt, den man verstehen muss. Kapital, worunter in der Klassik und bei Karl Marx eigentlich Geld verstanden wird, ist in der klassischen Nationalökonomie knapp. Weil es knapp ist, hat es in der klassischen Nationalökonomie auch einen Preis. Nur Dinge die knapp sind, haben einen Preis. Luft, Sonne, Sand in der Wüste etc. haben keinen Preis, weil sie nicht knapp sind.

Warum ist es in der klassischen Nationalökonomie knapp? Es ist knapp, weil es eines Opfers bedarf, um es zu erlangen.

In der klassischen Nationalökonomie ist Kapital das Resultat nicht konsumierter Einnahmen der Vergangenheit. Hat aber jemand auf Konsum verzichtet, in der Hoffnung, in der Zukunft umso mehr konsumieren zu können, dann ist Kapital knapp. Braucht es ein Opfer, um an etwas zu gelangen, dann ist dieses etwas knapp. Naheliegenderweise. Es entsteht nur, wenn die Kompensation, die man für das Opfer erhält, ausreichend ist.

Etwas was knapp ist, also z.B. Kapital in der klassischen Nationalökonomie, hat deshalb naheliegenderweise einen Preis, den Profit auf das Kapital eben, und wäre es knapp, dann hätte dieser Preis auch eine marktwirtschaftlich sinnvolle Funktion.

Zum einen brächte er Konsum und Investition in Ausgleich. Damit der Verzicht auf Konsum in der Gegenwart den Präferenzen für (höheren) Konsum in der Zukunft entspricht, muss das Verhältnis über einen Preis austariert werden. Je höher dieser ist, also je größer der Profit, desto eher wird auf Konsum in der Gegenwart zugunsten von Konsum in der Zukunft verzichtet. Der Konsum in der Zukunft wiederum fällt dann besonders üppig aus, wenn es rentable Investitionen gibt, die hohe Profite abwerfen.

Auf der anderen Seiten würde, wenn der Preis für Kapital, also der Profit, ein Preis im

Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung wäre, also eine Signal- und Lenkungsfunktion hätte, er auch dafür sorgen, dass das Kapital optimal alloziert wird, das heißt in die Verwendung wandert, wo der Profit am höchsten ist.

Der Knackpunkt ist also, dass Kapital in der Klassik ein Produktionsfaktor ist, das heißt ein knappes Gut.

Der fatale Fehler der Klassik und aller ökonomischen Richtungen inklusiv des Marxismus, die auf den Konzepten der Klassik aufbauen, besteht nun darin, dass Kapital mit Geld verwechselt wird.

Anders formuliert: Geld für investive Zwecke ist, in der klassischen Nationalökonomie, nicht konsumiertes Einkommen aus der Vergangenheit. Zwar nennen sie dieses Geld Kapital, aber es ist Geld. Da beginnt das Malheur.

Versteht man nämlich unter Kapital schlicht Geld, was sinnvoll ist, denn Kapital kann nur in seiner liquiden Form, also in Form von Geld, investiv verwendet werden, dann ist es eben überhaupt nicht knapp und auch nicht das Resultat eines in der Vergangenheit erbrachten Opfers. Wie viel Geld die Zentralbank zur Verfügung stellen will, ist eine rein politische Entscheidung, die sich an der makroökonomischen Situation orientiert.

Geld ist also per se nicht knapp und folglich kann der Zins, also der Preis für Geld, auch kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung sein.

Vereinfacht: Der Geldmarkt ist, bei Keynes, kein Kartoffelmarkt. Sind Kartoffeln teuer, weil die Nachfrage das Angebot übersteigt, dann werden die Bauern mehr Kartoffeln anpflanzen. Der Preis zeigt Knappheit an und es ist für die Bauern ökonomisch interessant, diese zu beseitigen.

Der Zins für Geld ist aber kein Preis in diesem Sinne, er hat keine Lenkungsfunktion. Zwar werden bei hohen Zinsen nur die Investitionen getätigt, die diesen hohen Zins auch bedienen können, aber eine Allokationswirkung hat der Zins trotzdem nicht, denn die rentable Investition hätte auch bei einem niedrigen Zins die Produktionsfaktoren, z.B. qualifizierte Arbeit, höher entlohnen und damit an sich binden können. Der Zins ist lediglich ein Kostenfaktor, der von den Unternehmen zu tragen ist, der aber keine Allokationswirkung entfaltet.

Dass Geld kein Produktionsfaktor ist, wie etwa Rohstoffe, die man da einsetzt, wo sie die höchsten Renditen abwerfen, erkennt man auch daran, dass die Zentralbanken den Preis für Geld festlegen.

Der Preis für Geld kann 0,25 Prozent betragen, wie derzeit, wir schreiben das Jahr 2014, oder 6 Prozent. Das legt die Zentralbank aufgrund ihrer Beurteilung der makroökonomischen Lage fest.

Um es ganz präzise zu formulieren: Eine Lenkungsfunktion hat der Preis nur in der Vollbeschäftigung, wobei die Klassik ja immer von Vollbeschäftigung ausgeht. Bei Vollbeschäftigung gibt es einen trade off zwischen der Produktion von Konsumgütern und der Produktion von Investitionsgütern. Der Zins hat in dieser Situation eine Preisfunktion. Ein hoher Zins ist ein Anreiz zum Sparen und wer spart, konsumiert nicht. Die Nachfrage nach Konsumgütern geht also zurück, Produktionsfaktoren werden frei, die für die Produktion von Investitionsgütern verwendet werden können.

Auf der anderen Seite steht Geld zu investiven Zwecken zur Verfügung, was wiederum dazu führt, dass die Leute, die jetzt nicht mehr in der Konsumgüterindustrie beschäftigt sind, in der Investitionsgüterindustrie arbeiten.

Nochmal: Der Preis für Arbeit, der Lohn, hat immer eine Lenkungsfunktion, sowohl in der Unterbeschäftigung, wie auch bei Vollbeschäftigung. Auch in der Unterbeschäftigung muss sich die Qualifikation an die wirtschaftlichen Strukturen anpassen und das geht nur, wenn unterschiedliche Qualifikationen auch unterschiedlich entlohnt werden.

Der Preis für Geld allerdings, der Zins, hat in der Unterbeschäftigung keine Lenkungsfunktion, denn auch ohne den Zins könnte sich die rentablere Investition gegen die unrentablere durchsetzen, weil sie die tatsächlich knappen Ressourcen besser entlohnen kann.

Allerdings kann ein zu hoher Preis für Geld Investitionen und damit Vollbeschäftigung verhindern.

Wir vernachlässigen jetzt die Tatsache, dass nicht die rentablere Investition sich durchsetzt, sondern die Investition, die Sicherheiten bietet. Wer eine umfassendere und komplexere Diskussion sucht, sei auf die www.economics-reloaded.de verwiesen.

Das gleiche Problem wie mit dem Begriff Kapital, das heißt die Gleichsetzung von Kapital mit Geld und die Vorstellung, dass Kapital ein Produktionsfaktor ist, haben wir auch mit dem Begriff sparen.

Sparen, oder bei Karl Marx und Jean Baptiste Say akkumulieren, heißt nicht konsumieren von Einnahmeströmen der Gegenwart. Das Angesparte ist dann das Resultat von nicht konsumierten Einnahmeströmen der Vergangenheit. Diese Mittel können investiv verwendet werden, wobei Investitionen in der Klassik nur möglich sind, wenn vorher ein Opfer erbracht wurde. Sparen, das ist der Zusammenhang, der für das Verständnis der keynesschen Theorie entscheidend ist, ist also eine Bedingung für investieren und nicht, wie bei Keynes, wir kommen hierzu gleich, das Resultat der Investition.

Dass die Theorie der Klassik falsch ist, kann man ohne weiteres verstehen. Will ein Unternehmer eine Erweiterungsinvestition tätigen, z.B. einen Kran kaufen, dann kann er natürlich vorher sparen, also Teile seiner Gewinne nicht konsumieren. In diesem Fall verhält er sich so, wie die klassische Nationalökonomie sich das vorstellt. Gespart, im Sinne von nicht konsumieren, hat er in der Vergangenheit.

Er kann aber auch genauso gut zur Bank gehen und dort einen Kredit aufnehmen. Die Bank kann ihm diesen Kredit gewähren und das Geld entweder über Giralgeldschöpfung schöpfen oder es sich von der Zentralbank ausleihen. Zahlt er den Kredit zurück, wird das zuvor geschaffene Geld anschließend wieder vernichtet.

Gespart allerdings wird in diesem Fall in der Zukunft. Dem Unternehmer stehen Einnahmeströme der Zukunft nicht mehr für konsumtive Zwecke zur Verfügung. Sparen, nicht konsumieren von Einnahmeströmen, findet also in der Zukunft statt und war auch nicht die Bedingung für die Investition, sondern die Konsequenz dieser Investition. Die zusätzlichen Einnahmeströme, mit denen der Kredit getilgt wurde, sind von der Investition induziert worden, waren aber nicht deren Bedingung.

Wir müssen also präzisieren, was wir unter sparen eigentlich verstehen. In der Klassik ist sparen das nicht Konsumieren gegenwärtiger oder vergangener Einnahmeströme. Bei Keynes ist sparen nicht konsumieren von Einnahmeströmen in der Zukunft.

Das ist etwas total anderes. Ist Sparen das nicht Konsumieren von Einnahmeströmen der Vergangenheit, wobei sparen ein Opfer bedeutet, dann ist Kapital, das für

investive Zwecke zur Verfügung steht, knapp und der Preis für Kapital, der Profit, ist ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Wer ein Opfer erbringt, fordert einen Ausgleich für sein Opfer, welcher nur von hoch rentablen Investitionen erbracht werden kann.

Ist sparen aber nicht konsumieren von Einnahmeströmen in der Zukunft, dann ist es nicht knapp, steht sogar desto reichhaltiger zur Verfügung, je mehr investiert wird. Ein Opfer ist dann auch nicht mehr nötig, weil sparen ja durch das nicht Konsumieren von Einnahmeüberschüssen erzielt wird, die andernfalls gar nicht entstanden wären.

Jemandem, der durch eine Investition von 10000 Euro im Jahr mehr verdient als ohne diese, zu erklären, dass er ein Opfer erbringt, weil er von diesen zusätzlichen 10000 Euro eine gewisse Summe zur Kredittilgung beiseite legen muss, ist schwierig. Folgte man dieser Logik, würde niemand Investitionen über Kredite finanzieren.

Die entscheidende Konsequenz aus dieser unterschiedlichen Auffassung über das sparen ist aber eine andere. Wird Kapital, im Grunde Geld, als knapper Produktionsfaktor gesehen, dann folgt hieraus, dass manche Investitionen, die den entsprechenden Preis für Kapital nicht bezahlen können, nicht zustande kommen, was die Arbeitslosigkeit erhöht.

Wird z.B. von einer Immobilie verlangt, dass sie fünf Prozent pro Jahr an Rendite abwirft, weil ansonsten der Kredit nicht bedient werden kann, werden weniger Häuser gebaut und damit weniger Leute beschäftigt, als wenn dieses Haus nur drei Prozent Rendite erwirtschaften muss.

Ist Geld aber kein knappes Gut, dann kann der Zinssatz auf ein Niveau abgesenkt werden, bei dem Vollbeschäftigung herrscht.

Wie stark die klassische Nationalökonomie in ihrem Irrtum verfangen ist, erkennt man auch daran, dass sie davon ausgeht, dass Kapitalsammelstellen ausschließlich Ersparnis im Sinne von nicht konsumierten Einnahmeströmen aus der Vergangenheit zur Verfügung stellen können. Banken können aber auch Geld schaffen und tun dies ständig. Wir vereinfachen jetzt die Diskussion und verweisen wieder auf die www.economics-reloaded.de. Tatsächlich hat Adam Smith den Charakter des Geldes verstanden. Allerdings hat er die Tragweite seiner Gedanken nicht erfasst.

Weiter ist es für die klassische Nationalökonomie selbstverständlich, dass sparen automatisch zu Investitionen führt, ein Zusammenhang, der weit weniger plausibel ist, als die umgekehrte These, nämlich dass Investitionen automatisch zu sparen führen.

In der klassischen Nationalökonomie wird entweder konsumiert oder gespart und das, was gespart wird, wird auch investiert. Das heißt im Umkehrschluss, dass das gesamte Angebot auch vom Markt absorbiert wird.

Wir werden gleich sehen, dass diese These erschüttert wird, wenn es außer konsumieren und investieren noch etwas Drittes gibt, nämlich die Investition in geldnahe Produkte.

Weniger problematisch ist aber die umgekehrte Logik, nämlich dass jede Investition ein Sparvolumen induziert, das den Kredit tilgen kann. Zumindest Unternehmer werden keine kreditfinanzierte Investition tätigen, wenn sie nicht damit rechnen, diesen auch tatsächlich tilgen zu können.

Die keynessche Kritik an der klassischen Vorstellung bezüglich des Kapitals im Sinne von nicht konsumiertem Einkommen der Vergangenheit ist aber viel radikaler.

Erstens geht Keynes davon aus, dass man Kapital im Sinne der Klassik gar nicht braucht um zu investieren. Kapital im Sinne der Klassik, nicht konsumiertes Einkommen der Vergangenheit, ist allerhöchstens eine notwendige Beschränkung der Investitionstätigkeit bei Vollbeschäftigung, aber keinesfalls notwendige Bedingung für Investitionen.

Zweitens schwächt Sparen die Nachfrage. Ist eine Wirtschaft ohnehin schon unausgelastet, dann wird ein Rückgang des Konsums durch sparen zu einem weiteren Rückgang der Nachfrage führen.

Insbesondere kann auch, bei Unterbeschäftigung, sparen die nötige Umstrukturierungsprozesse nicht fördern. Die innovativen Branchen sind auf sparen im Sinne von nicht konsumierten Einnahmenströmen der Vergangenheit nicht angewiesen und die weniger wettbewerbsfähigen Branchen werden geschwächt.

Cum grano salis: Die neoklassische Nationalökonomie stellt die kühne These auf, dass eine Strukturanpassung einfacher ist, wenn die Zinsen hoch sind. Das wäre richtig,

wenn der Zins eine Allokationswirkung hätte. Die hat er aber nicht.

Konkret: Was im Moment in Griechenland versucht wird, über sparen nötige Umstrukturierungen zu erzwingen, kann nicht gelingen.

Das dritte Argument ist etwas komplexer, wir kommen darauf zurück. Sparen hängt nicht ab vom Zins, sondern vom Einkommen. Keynes argumentiert anders, wir sehen das aber schon ansatzweise, wenn wir an einen Kredit denken. Es sind die Einkommen, die durch den Kredit induziert werden, die zu einer höheren Sparsumme führen. Der hohe Zins führt erstmal nur dazu, dass Investitionen verhindert werden und damit die Einkommen geringer sind, als sie sein könnten.

Cum grano salis: In der klassischen Nationalökonomie sorgt ein hoher Zins dafür, dass Kapital für investive Zwecke zur Verfügung gestellt wird. Bei Keynes sorgt er vor allem mal dafür, dass alle Investitionen, die diese Hürde nicht überspringen können, verhindert werden.

Der Grund hierfür ist, dass in der klassischen Nationalökonomie Kapital knapp ist und bei Keynes nicht.

3. Keynesische Theorie

Es ist sinnvoll, sich mal den Titel des Werkes von Keynes anzuschauen. Das Buch heißt General Theory of Employment, Interest and Money oder Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Es geht also um die Beschäftigung, den Zins und das Geld.

Den Teil Beschäftigung heben wir uns für später auf. Um es ganz knapp zu sagen. Die Klassik läuft so: Wie viel produziert wird hängt vom Arbeitsmarkt ab. Herrscht Unterbeschäftigung, dann muss der Lohn solange sinken, bis Vollbeschäftigung herrscht. Sinkt der Lohn, sinken die Preise und damit kann dann auch mehr abgesetzt werden. Aus dem hieraus resultierenden Einkommen ergibt sich, in Abhängigkeit vom Zins, das Sparvolumen, das wiederum über die Investitionen entscheidet. Dass man dieser Logik irgendwas nicht stimmen kann, lesen wir täglich in der Zeitung. Detailliert wollen wir auf die Theorie nicht eingehen und verweisen auf die www.economics-reloaded.de.

Beschäftigen wir uns also erstmal mit Zins und Geld.

Wir haben, siehe Kapitel über die Klassik, bereits gesehen, dass in der Klassik der Zins der Preis ist für Kapital, wobei Kapital und Geld einerseits in der Klassik das Gleiche ist, und andererseits das Resultat eines Opfers. Geld und Kapital ist also knapp und was knapp ist, hat einen Preis.

Wenn aber Kapital im Grunde Geld ist, dann ist es per se nicht knapp. Man kann das drucken. Der Zins ist also kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Was aber ist dann der Zins, bzw. wie kommt er zustande und welche Funktion hat er?

Um das zu verstehen, müssen wir ein bisschen ausholen. Der Zins bildet sich nämlich bei Keynes auf dem Geldmarkt und dieser hat nur ganz bedingt etwas mit dem Realgütermarkt zu tun.

Keynes unterscheidet drei Funktionen des Geldes. Zum einen braucht man es, um das Volkseinkommen umzusetzen. Man braucht also eine Transaktionskasse. Das heißt man braucht es, um Dinge zu kaufen. Dafür muss man es nicht unbedingt im Geldbeutel haben, man kann auch mit Kreditkarten bezahlen, aber es muss auf jeden Fall völlig flüssig sein, das heißt problemlos von einer Verwendung in die andere übertragen werden können. Das ist die Transaktionskasse.

Dann lassen manche Leute einen Teil ihres Geldes einfach so auf dem Girokonto liegen oder legen es sonst wie beiseite, um gegen eventuelle Widerwärtigkeiten des Zeitenlaufs gewappnet zu sein. Diese Funktion ist für Keynes relativ bedeutungslos. Er nennt sie, ohne dass sie für seine Theorie eine besondere Bedeutung hat. Beim Vorsichtsmotiv spielen Renditeerwartungen keine Rolle.

Eine bestimmte Menge Geld wird aber aus spekulativen Gründen gehalten. Hierbei wird auf eine Rendite bewusst verzichtet. Das ist also Geld, das ebenfalls auf dem Girokonto rumliegt und kaum Erträge abwirft. Ein solches Verhalten ist in der klassischen Theorie irrational und da die Klassik ja rationales Verhalten voraussetzt, kann es so was nicht geben.

In der neoklassischen Nationalökonomie wird Geld entweder konsumiert oder eben gespart, was ja dann wiederum das Investitionsvolumen erhöht, was dann wiederum

zu einem höheren Konsum in der Zukunft führt, der für das Opfer in der Gegenwart entschädigt.

Erachten die Wirtschaftssubjekte also eine Investition als zu riskant, dann konsumieren sie eben mehr. Sie werden aber, in der neoklassischen Theorie, nicht sparen, wenn es dafür keine Entschädigung gibt, weil der Konsum in der Gegenwart einem gleich hohen Konsum in der Zukunft vorgezogen wird.

Bei Keynes und in der Realität gibt es aber außer konsumieren und sparen, bzw. investieren, noch etwas Drittes. Man kann nämlich Geld in einer Form halten, die fast genau so liquide ist wie Geld selbst, aber dennoch eine Rendite abwirft, nämlich börsennotierte Wertpapiere.

Börsennotierte Wertpapiere sind deshalb sicher, weil die Entscheidung für die Investition jederzeit rückgängig gemacht werden kann. So schnell wie man für Geld ein Wertpapier kaufen kann, so schnell kann man ein Wertpapier auch wieder in Geld zurückverwandeln. Es gibt von daher, bei Keynes, eine Liquiditätspräferenz.

Damit stellt Keynes dann zwischen Zins und Volkseinkommen folgende Beziehung her. Für die Details verweisen wir wieder auf die www.economics-reloaded.de.

Geht man von einer konstanten Geldmenge aus, dann ist der Bedarf an Transaktionskasse bei einem niedrigen Volkseinkommen gering, da ja nur wenig Güter gehandelt werden. Es gibt also relativ viel Geld, bei dem die Leute sich zwischen zwei Optionen entscheiden müssen. Entweder sie lassen es zinslos oder fast zinslos irgendwo liegen, oder sie investieren es irgendwie.

Das wäre kein Problem, wenn es nicht die Börse gäbe, also die Möglichkeit liquider und damit sicherer Anlagen, die trotzdem noch eine Rendite abwerfen. Gäbe es die Börse nicht, müssten die Leute entweder konsumieren oder investieren, was beides nachfragewirksam wäre.

Hätten die Leute also nur die Möglichkeit zwischen konsumieren und investieren, wäre die Welt in Ordnung. Beide Tätigkeiten führen zu mehr Beschäftigung.

Bedauerlicherweise haben sie aber noch die Möglichkeit, börsennotierte Wertpapiere

zu kaufen, was keinerlei Beschäftigungswirkungen hat.

Die illiquide Realinvestition, eine solarbetriebene Wasserentsalzungsanlage zum Beispiel, kann nicht in Geld rückkonvertiert werden. Erfüllen sich die Erwartungen in die Rentabilität dieser Anlage nicht, dann kann das Geld nicht zurückgezogen werden.

Die Realinvestition tritt also in Konkurrenz zu börsennotierten Wertpapieren und muss eine sehr viel höhere Rendite abwerfen, um realisiert zu werden, wobei natürlich immer die Möglichkeit verbleibt, wenn beide Optionen als sehr unsicher erscheinen, das Geld einfach in der Spekulationskasse liegen zu lassen. Je größer jedoch die Spekulationskasse ist, desto mehr Leute werden sich finden, die ihr Geld in der einen oder anderen Form anlegen.

Keynes nennt als Grund für die Präferenz für liquide Anlagen Unsicherheit. Diese kann verringert werden, wenn eine Entscheidung revidierbar ist, was umso eher möglich ist, je liquider eine Anlage ist und börsennotierte Wertpapiere sind sehr liquide.

Den Begriff Unsicherheit könnte man natürlich präzisieren. Unsicherheit entsteht auch durch Unwissenheit. Realinvestitionen sind schwerer zu bewerten, als Finanzinvestitionen. Börsennotierte Wertpapiere sind ein homogenes Produkt. Als Wertpapier ist die Aktie eines Chemieunternehmens das Gleiche, wie die Aktie eines Automobilunternehmens oder eines Internetkonzerns. Man muss weder eine Ahnung haben von der Chemieindustrie noch von der Automobilindustrie, um mit ihr zu handeln.

Bei der solarbetriebenen Wasserentsalzungsanlage, um bei unserem Beispiel zu bleiben, ist das anders. Um eine solche Investition zu bewerten, bedarf es einer detaillierten Kenntnis solcher Anlagen. Man muss wissen, wie viel Wasser sie produziert, welche Flächen damit bewässert werden können, welche landwirtschaftlichen Erträge dann erzielt werden können und welche Preise für diese Erträge erzielt werden können. Damit sind Kapitalsammelstellen, also Banken und Versicherungen, überfordert.

Auf jeden Fall ist die Spekulationskasse bei einem niedrigen Volkseinkommen hoch und die risikobereiten haben investiert, vornehmlich in börsennotierte Wertpapiere. Deren Kurs ist folglich hoch und damit die Verzinsung niedrig.

Erhält man 10 Euro Dividende auf ein Wertpapier, das 100 Euro kostet, ist das relativ

viel. Erhält man 10 Euro Dividende auf ein Wertpapier, das 400 Euro kostet, ist das relativ wenig. Desto höher als der Kurs, desto niedriger die Verzinsung dieses Wertpapiers.

Steigt nun das Volkseinkommen, so steigt auch der Bedarf an Transaktionskasse. Ein Teil der börsennotierten Wertpapiere muss verkauft werden, um diesen Bedarf zu decken. Deren Kurse sinken, da nicht damit zu rechnen ist, dass die Leute, die ihr Geld in der Spekulationskasse halten, diesen Rückzug kompensieren werden. Sinken aber die Kurse der Wertpapiere, steigen die Zinsen.

Einfacher formuliert: Wenn die Risikofreudigen Wertpapiere gehalten haben und sich jetzt zurückziehen, dann steigen wegen der höheren Verzinsung Risikoscheuere ein. Im Durchschnitt halten jetzt also mehr Risikoscheue die Wertpapiere, was nur möglich ist, wenn die Zinsen höher sind.

Das geht solange, bis keine Spekulationskasse mehr vorhanden ist. Irgendwann sind die Zinsen so hoch, dass niemand mehr Spekulationskasse hält. Ein weiterer Anstieg des Volkseinkommens ist nur möglich, wenn die Transaktionskasse durch den Verkauf von Wertpapieren aufgefüllt wird.

Das wiederum führt zu einem solchen Anstieg der Zinsen, dass eine weitere Ausdehnung des Volkseinkommens nicht möglich ist, wenn die Zentralbank die Geldmenge konstant hält, was sie aber erst dann tun wird, so sich rational verhält, wenn Vollbeschäftigung erreicht ist.

Die Kurse der Wertpapiere sind sehr niedrig, die Zinsen sehr hoch. Keine Realinvestition kann diese Hürde überspringen.

Was sollte erklärt werden? Die klassische Nationalökonomie hat im eigentlichen Sinn gar keine Geldtheorie. Sie geht davon aus, und bis zum heutigen Tage gehen viele Leute davon aus, dass Geld lediglich in Form von Transaktionskasse gehalten wird, also nur dazu dient, die Waren umzusetzen. Steigt die Geldmenge, dann steigen proportional die Preise, ohne dass sich an den relativen Beziehungen der Preise was ändert. Geld ist lediglich ein Schleier, hat aber keine weitere Bedeutung.

Insbesondere hat Geld keine Bedeutung für den Zins. Steigt die Geldmenge, steigen die Preise und damit das nominelle Einkommen. Von diesem nominellen Einkommen

wird ein Teil gespart und dieser wiederum wird investiv verwendet, wobei die Investitionen sich nominal proportional zum Einkommen erhöht haben. Alles ist also so geblieben, wie es war. Denkbar ist höchstens, ein Zusammenhang den David Ricardo andeutet, nämlich dass im Zinssatz die Inflation mitberücksichtigt wird und dieser folglich höher ist. Wir diskutieren aber solche und andere monetären Transmissionsmechanismen hier nicht und verweisen auf die www.economics-reloaded.de. An den Grundaussagen von Keynes ändert sich aber nichts, wenn man diese Mechanismen berücksichtigt.

Was man jetzt verstehen muss, ist das: In der klassischen Nationalökonomie herrscht immer Vollbeschäftigung. Durch eine Senkung des Lohnes kann diese immer erreicht werden. Der Zins entscheidet lediglich darüber, ob Investitionsgüter produziert werden oder Konsumgüter, da das knappe Gut Kapital nur erzeugt werden kann, wenn ein ordentlicher Preis dafür bezahlt wird. Zu Arbeitslosigkeit aufgrund mangelnder Nachfrage kann es nicht kommen, weil die Produktion entweder durch den Konsum oder die Investition abgesaugt wird.

In der keynesschen Theorie ist der Geldmarktzins, der letztlich von einem Kasino, der Börse, abhängt, der begrenzende Faktor. Es ist der Geldmarktzins, der den Maßstab für Realinvestitionen setzt.

Eine Realinvestition, die diese Hürde nicht überspringen kann, wird nicht realisiert.

Genau genommen ist es noch viel krasser, als Keynes sich das vorstellt. Minimale Gewinne sind gewaltig, wenn enorme Volumina bewegt werden können. (Allein der Umsatz an den Aktienmärkten betrug im Jahre 2013 sagenhafte 30 Billionen Dollar. Das entspricht dem Bruttoinlandsprodukt der USA, China, Deutschland und Japan und fast der Hälfte des weltweiten BIP von 70 Billionen Dollar.) Für Kapitalsammelstellen ist es attraktiver, an der Börse zu handeln, als sich mit Krediten von Unternehmen zu beschäftigen. Das dürfte der Grund sein, warum die billigen Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken durch die Zentralbanken nicht an die Geschäftskunden weitergegeben werden. Kleine Kredite an Unternehmen, mit vergleichsweise hohen Kosten für die Verwaltung, interessieren Banken nicht.

Unter diesen Auspizien können nur Investitionen in hochinnovativen und hoch rentablen Sektoren realisiert werden. Der Geldmarktzins ist die Schranke für die Beschäftigung.

3.1 Was stellt Keynes in Frage?

Sieht man von den Eingangs erwähnten zwei Elementen ab, die marktwirtschaftliche Ordnungen charakterisieren, dem Wettbewerb und der dezentralen Informationsverarbeitung durch Preise, stellt Keynes eigentlich alle Konzepte der klassischen Nationalökonomie in Frage, insbesondere aber die zentrale Annahme der neoklassischen Nationalökonomie, nämlich dass die Märkte zum Gleichgewicht zurückfinden, wobei Gleichgewicht in der klassischen Nationalökonomie auch relativ ist. Bei Ricardo ist das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt auch dann erreicht, wenn die Arbeiter weniger erhalten, als den existenzsichernden Lohn, sie sterben dann nämlich und Tote sind nun mal nicht arbeitslos. Für Details siehe www.economics-reloaded.de.

Rekapitulieren wir das bislang Gesagte.

Sparen stellt in der Klassik das für investive Zwecke zur Verfügung stehende Kapital zur Verfügung. Gemeint ist aber konkret Geld und nicht Anlagen und Maschinen. Das ergibt sich zum einen aus der Tatsache, dass die Begriffe Geld und Kapital als Synonyme verwendet werden, oft innerhalb desselben Absatzes und zum anderen aus der näheren Beschreibung. Kapital wird als etwas vorgestellt, das für beliebige Zwecke verwendet werden kann. Diese Eigenschaft besitzt nur Geld, weil der Empfänger es wiederum für beliebige Zwecke verwenden kann.

Weiter ist Kapital für investive Zwecke das Resultat von Konsumverzicht in der Vergangenheit, beruht also auf einem Opfer und ist deshalb knapp. Es hat einen Preis, nämlich den Zins, aus der Sicht des Sparers, bzw. den Profit, aus der Sicht des Unternehmers. Kapital wird also nur zur Verfügung gestellt, wenn der Profit des Unternehmers einen so hohen Zins erwirtschaftet, dass der Sparer für sein Opfer entschädigt werden kann.

Das Problem bei dieser Logik ist, dass Geld auch ohne Opfer produziert werden kann und folglich diese Logik nicht greift. Kapitalsammelstellen wie Banken und Versicherungen erbringen kein Opfer, um an Geld zu gelangen. Sie arbeiten mit fremdem Geld, das unter Umständen die Zentralbanken drucken, und ob sie damit arbeiten oder nicht, hängt vom Risiko ab. Der Zins ist also der Preis, der gezahlt werden muss, um sie dazu zu bringen, den sicheren Hafen der absoluten Liquidität zu verlassen und je komplexer und unsicherer sich die Realwirtschaft darstellt, desto geringer ist ihre Neigung, dies zu tun.

Nur in der Vollbeschäftigung hat der Zins sowohl in der klassischen Nationalökonomie wie bei Keynes eine sinnvolle Funktion. Bei Vollbeschäftigung muss tatsächlich, soll das Volkseinkommen weiter ausgedehnt werden, die Produktion von Konsumgütern zu Lasten der Produktion von Investitionsgütern zurückgehen. Das erreicht man über einen hohen Zins. Dieser hohe Zins wird zu einem Anstieg der Sparquote führen und damit den Konsum zurückdrängen.

So ist auch der Titel des Werkes zu verstehen: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Keynes liefert eine allgemeine Theorie, die den Spezialfall der Klassik, nämlich Vollbeschäftigung, mit umfasst.

In der Unterbeschäftigung allerdings ist der Zins kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung, was in der schlichten Tatsache begründet ist, dass Kapital für investive Zwecke, also Geld, überhaupt nicht knapp ist und was nicht knapp ist, hat nun mal auch keinen Preis.

Bei Unterbeschäftigung muss eine Entscheidung zwischen Konsumgütern und Investitionsgütern nicht getroffen werden. Im Gegenteil: Geht der Konsum zurück, sinkt die Investitionsbereitschaft, weil diese von der Nachfrage abhängt.

Wäre Kapital aber knapp, wäre ein Preis für Kapital auch bei Unterbeschäftigung höchst sinnvoll und mikroökonomisch betrachtet ist der Zins auch sinnvoll. Der einzelne Haushalt kann kein Geld schöpfen. Er hat eine bestimmte Menge Geld angespart und dieses will er möglichst rentabel anlegen. Er wird es also, so die Theorie, vermittelt über Kapitalsammelstellen an den Unternehmer ausleihen, der ihm die höchsten Zinsen bietet. Mikroökonomisch ist das richtig.

Makroökonomisch betrachtet ist Geld allerdings keine feste Größe und kann in beliebiger Menge produziert werden. Eine Diskriminierung ist von daher sinnlos.

Was heißt das für die Praxis? Momentan, wir schreiben das Jahr 2014, beschweren sich Sparer, Versicherungen, Banken und andere Kapitalsammelstellen wie Pensionsfonds darüber, dass die Zentralbanken sie enteignen, weil sie den Markt mit Geld fluten und es folglich immer schwieriger wird, angespartes Geld im Sinne der Klassik anzulegen.

Das kann man so sehen, das kann man aber auch anders sehen. Es gibt bei Unterbe-

schäftigung keinen plausiblen Grund, Geld künstlich knapp zu halten, nur damit die Besitzer von Geld einen guten Preis für ihr Geld erhalten und die Investitionen rauszukicken, die diese Hürde nicht überspringen.

Wir haben also ein skurriles Phänomen. Zwar ist Geld nicht knapp und der Zins kein Preis im marktwirtschaftlichen Sinn, trotzdem kann der Geldzins, bedingt durch das spekulative Verhalten der Kapitalsammelstellen, Investitionen verhindern und so die Wirtschaft permanent in der Unterbeschäftigung verharren lassen.

Es kann sogar eine Situation eintreten, bei der ein weiteres Fluten des Geldmarktes mit Geld zwar noch die Börsenkurse brummen lässt, die Zinsen also noch sinken, aber dies keine Auswirkungen mehr hat auf den Zinssatz der Kredite.

Vorstellbar ist sogar diese Situation, obwohl sie noch nie eingetreten ist. Gehen die Banken davon aus, dass die Börsenblase demnächst platzt, rechnen sie also damit, dass die Kurse der Wertpapiere fallen, dann werden sie nicht mal mehr weiteres Geld bei der Zentralbank abholen.

Der Zins hat also bei Keynes eine völlig andere Funktion als in der Klassik.

Viele Leute gehen davon aus, dass der Zins eine Allokationsfunktion hat, das heißt eine Preisfunktion, also die Ressourcen in die optimale Verwendung lenkt. Das tut er nicht. Die rentablere Investition kann Ressourcen über eine bessere Entlohnung abziehen. Der Zins könnte hierfür auch Null sein.

Geld ist kein Produktionsfaktor. Dass die klassische Nationalökonomie wie auch der Marxismus Kapital, also im Grunde Geld, für einen Produktionsfaktor hält, ist wohl der fatalste Fehler der klassischen Nationalökonomie, der eine ganze Kaskade von Fehlern nach sich zieht.

Die skurrile Ansicht der klassischen Nationalökonomie, dass sparen die Bedingung für investieren ist, beruht auf demselben Fehler. Das stimmt nur in der Vollbeschäftigung und nur in der Vollbeschäftigung ist eine Unterscheidung zwischen Geld und Kapital unnötig. In der Vollbeschäftigung gibt es keine freien Ressourcen und die Investitionstätigkeit kann nur auf Kosten des Konsums ausgedehnt werden. In dieser Situation muss tatsächlich in der Gegenwart auf Kon-

sum verzichtet werden und sparen heißt nun mal Verzicht auf Konsum.

In der Unterbeschäftigung allerdings haben wir eine völlig andere Situation. Sparen ist geradezu schädlich. Was wir in dieser Situation mit Sicherheit nicht brauchen, ist eine Verringerung der Nachfrage und für neue Investitionen brauchen wir kein Sparen.

Der Zins ist in dieser Situation ein Hindernis, denn jede Investition, die die Administrationskosten der Banken plus das Risiko deckt ist sinnvoll, denn sie schafft Arbeitsplätze.

Allerdings muss gewährleistet sein, dass das Geld, das zuerst geschaffen wurde, anschließend auch wieder vernichtet wird. Das kann nur gelingen, wenn ein Risiko eingepreist ist. Vergibt eine Kapitalsammelstelle 10 Kredite à 1000 Euro und ein Kredit platzt, dann müssen die verbleibenden 9 das Geld innerhalb der Nutzungsdauer des Investitionsobjektes vernichten. Andernfalls hätten wir eine permanente Ausdehnung der Geldmenge.

Damit wird aber deutlich, dass Keynes unter sparen etwas völlig anderes versteht als die Klassik. In der Klassik ist sparen nicht konsumiertes Einkommen der Vergangenheit. Bei Keynes bedeutet sparen, dass ein Teil der durch die Investition induzierten Einnahmeströme nicht konsumiert wird.

Damit stürzt dann auch die gesamte klassische Nationalökonomie und alle Richtungen, die auf deren Konzepte aufsetzen, einschließlich de Marxismus, zusammen wie ein Kartenhaus.

Beispielhaft deklinieren wir das mal durch für David Ricardo. Die Details überspringen wir. Wer sich dafür interessiert, sei auf die www.economics-reloaded.de verwiesen.

David Ricardo geht davon aus, dass die Arbeiter immer nur einen gerade noch existenzsichernden Lohn erhalten, der Wert, der von ihnen geschaffenen Produkte aber diesen übersteigt. Dieser Mehrwert verbleibt beim Kapitalisten, der ihn wiederum investiert, also noch mehr Arbeiter einstellt, was wiederum zu einer höheren Nachfrage nach Nahrungsmitteln führt, die nur, da Boden knapp ist, zu höheren Preisen befriedigt werden kann. Der Kapitalist muss also mehr bezahlen, bis er irgendwann nichts mehr verdient.

Die Krux an dieser Theorie, wie bei allen Theorien der klassischen Nationalökonomie, ist, dass der Kapitalist Geld erhält. Verkauft er die Waren, hat er Geld und mit Geld investiert er. Geld ist aber lediglich bedrucktes Papier. Der Kapitalist hätte sich also nicht allmählich dem Endzustand zu nähern brauchen. Er hätte sich auch gleich das Geld von der Bank leihen können.

Besser wäre es also gewesen, der Kapitalist hätte seinen ganzen Mehrwert verkonsumiert und es sich gut gehen lassen und alle Investitionen, die er tätigen will, über Kredite finanziert. Er hätte dann zwar einen Teil seiner Einnahmeüberschüsse für Zinszahlungen ausgeben müssen, andererseits hätte er aber viel mehr Arbeiter einstellen können.

Naheliegenderweise hätten die Arbeiter das auch selbst machen können. Auch sie hätten zur Bank gehen können, so wie dies ja Millionen von Unternehmern täglich tun und sich dort das Geld ausleihen können.

Bestenfalls wird aus der Theorie ein Schuh, wenn man berücksichtigt, dass für die Vergabe von Krediten nicht die Rentabilität eines Investitionsprojektes ausschlaggebend ist, sondern die Sicherheiten, die der Investor bieten kann. Hiervon sehen wir aber in dieser Zusammenfassung ab. Näheres unter www.economics-reloaded.de.

Dasselbe gilt natürlich auch für den Marxismus. Auch dort wird höchst umständlich akkumuliert. Den Schritt hätte sich Marx sparen können. Die Kapitalisten werden von den Druckmaschinen der Zentralbanken expropriert.

In der Logik der Klassik sind Investitionen und damit ein hoher Beschäftigungsgrad nur möglich, wenn die Kapitalisten sparen. Obwohl unter Kapital letztlich Geld verstanden wird, ist dieses knapp und setzt der Investitionstätigkeit eine Schranke.

Tatsächlich ist Geld aber gar nicht knapp und es erfordert auch kein Opfer, selbiges zu erlangen. Was der Investition eine Schranke setzt ist Unsicherheit. Der Zins ergibt sich aus der Unsicherheit und dieser Zins setzt die Schranke.

Oder um es mit den Worten von Keynes zu sagen: Der Zins ist nicht der Preis, der für ein Opfer gezahlt wird, sondern es ist der Preis, der gezahlt werden muss, damit jemand den sicheren Hafen der Liquidität verlässt.

Um es mal klar zu sagen: Wäre es möglich mit Sicherheit die Investitionen zu benennen, die in der Lage sind, den Kredit zu tilgen und die zu vermeiden, die dies nicht können, hätten wir keine Arbeitslosigkeit. Bei dem enormen Technologiegefälle weltweit, gibt es immer rentable Investitionen, also solche, die qua Kredittilgung das zuvor geschaffene Geld wieder vernichten können.

Damit ist auch klar, warum wir uns mit dem klassischen Arbeitsmarkt gar nicht weiter beschäftigen müssen, da es nicht der Arbeitsmarkt ist, der das Gleichgewicht auf dem Gütermarkt bestimmt, sondern der Geldmarkt und da der Arbeitsmarkt vom Gütermarkt abhängt, bestimmt der Geldmarkt das Beschäftigungsniveau.

Fazit: Die gesamte klassische Nationalökonomie und alle Strömungen, die auf deren Konzepten aufsetzen, haben grundsätzliche Fehler.

Aus Gründen, die wir noch erläutern werden, können aus der keynesschen Theorie nicht einfache Rezepte zur Lösung bestimmter Probleme destilliert werden, das hatte Keynes auch gar nicht vor. Mögliche Konsequenzen erwähnt er beiläufig.

Allerdings ist die keynessche Theorie die Basis jeder sinnvollen Diskussion.

Bevor wir weiterschreiten, müssen wir noch einen Punkt klären. In der Diskussion oben gingen wir von einer konstanten Geldmenge aus. Diese ist natürlich in der Realität nicht konstant.

Die Zentralbanken können, z.B. über eine Offenmarktpolitik, die Geldmenge ausdehnen. Offenmarktpolitik heißt, dass die Zentralbanken den Banken Wertpapiere abkaufen, wodurch Geld in die Wirtschaft fließt. In welchem Maße die Geschäftsbanken das Angebot annehmen, hängt vom Leitzins ab, zu dem diese Papiere diskontiert werden.

Die monetären Transmissionsmechanismen sind dann die Gleichen wie oben beschrieben. In Abhängigkeit von der Risikoeinschätzung halten die Wirtschaftssubjekte Geld in möglichst liquider Form, kaufen also börsennotierte Wertpapiere oder investieren in Realinvestitionen, wobei derzeit, wir schreiben immer noch das Jahr 2014, die erste Variante präferiert wird.

Denkbar ist natürlich auch, dass die Geschäftsbanken auf das Angebot der Zentralbanken gar nicht mehr eingehen, weil sie davon ausgehen, dass die Börsenkurse demnächst fallen und sie auch keine Möglichkeit sehen für Realinvestitionen.

Allerdings ist diese Szenario hypothetisch, denn es wäre das Ende der Geschäftsbanken. Investieren sie weder in Wertpapiere noch in Realinvestitionen, gibt es keine Geschäftsgrundlage mehr.

Zu guter letzt muss man noch verstehen, dass eine Senkung des Zinssatzes keinerlei Auswirkungen auf die Allokation der Ressourcen hat, auch wenn wir immer wieder das Gegenteil lesen. Da Geld überhaupt kein Produktionsfaktor ist, kann der Preis für Geld auch die Allokation der Ressourcen nicht verändern.

3.2 expansive Fiskalpolitik

Wer bei google den Namen Keynes eingibt, der findet Tausende von Artikeln, die alle einen Aspekt in den Vordergrund stellen, der im Original, also der General Theory of Employment, Interest and Money, lediglich eine Nebenbemerkung ist: Die expansive Fiskalpolitik.

Das eigentliche Thema des Buches kann man eigentlich schon dem Titel entnehmen. Ein Buch das ‚Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes‘ heißt, hat eben die Beschäftigung, den Zins und das Geld als zentrales Thema und nicht die Fiskalpolitik.

Wäre das Thema des Buches die expansive Fiskalpolitik gewesen oder antizyklische Staatsausgaben, dann hätte Keynes das Buch wohl entsprechend genannt.

Im Zentrum der keynesschen Theorie steht auch nicht die zu geringe Nachfrage. Die zu geringe Nachfrage ist lediglich eine Konsequenz der falschen Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie. Mangelnde Nachfrage ist der Effekt, nicht die Ursache. Wir interessieren uns aber für die Ursache und die Ursache ist monetärer Natur.

Wird in der Unterbeschäftigung auch noch gespart, dann wird aus einer Rezession eine handfeste Depression.

Die General Theory of Employment, Interest and Money setzt sich mit drei zentralen Konzepten der neoklassischen Nationalökonomie auseinander, nämlich, wie der Titel schon sagt, mit der Beschäftigung, dem Zins und dem Geld.

Allgemein ist die Theorie deshalb, weil sie nicht nur den Spezialfall der Vollbeschäftigung umfasst, in diesem Fall sind die Konsequenzen aus der unsauberen Definition dieser Begriffe nicht gravierend, sondern allgemein gilt. Wer keine klaren Vorstellungen hat über die Funktion des Zinses und des Geldes, der darf zum Beispiel weiterhin Kapitallebensversicherungen und Riester Verträge abschließen, er darf sich aber anschließend nicht darüber beschweren, dass seine Erwartungen enttäuscht werden.

Die erste Konsequenz, die man aus der keynesschen Theorie ziehen kann ist, dass der Zins soweit abzusenken ist, bis gerade noch die Administrationskosten der Banken und das Risiko eingepreist ist. Dies wäre, wie Keynes formuliert, der Tod des Rentiers. Wird Geld nicht mehr künstlich knapp gehalten, verliert es seinen Wert.

Dass die Zentralbanken derzeit, wir befinden uns im Jahre 2014, mit dieser Politik scheitern kann man Keynes nicht ankreiden. Das Problem, dass die Geschäftsbanken ihre günstigen Refinanzierungskosten bei der Zentralbank nicht an ihre Kunden weitergeben, wäre einfach zu lösen. Die Zentralbanken müssen hierfür die Kreditvergabe an die Banken nur an die Bedingung knüpfen, dass diese Kredite ausschließlich für Realinvestitionen verwendet werden dürfen. Damit ließe sich das Kasino sehr viel schneller austrocknen, als mit einer Finanztransaktionssteuer.

Allerdings würde das zu einem Problem führen. Bei der erstmaligen Emittierung von Aktien hat die Börse einen Sinn. Sie stellt Unternehmen Kapital zur Verfügung, ohne dass sich der Investor langfristig binden muss, da er ja danach seine Anteile wieder verkaufen kann. Fehlt diese Möglichkeit, haben nur Investoren Zugang, die sich langfristig an dem Unternehmen beteiligen können.

Die expansive Fiskalpolitik ist nicht der zentrale Punkt der keynesschen Theorie. Allerdings ist es sehr sinnvoll, wenn über die Funktion und Bedeutung zentraler Größen der Volkswirtschaft Klarheit besteht. Man sollte also schon wissen, welche Funktion der Zins und das Geld haben und was man genau unter sparen versteht.

Man muss auch nicht unbedingt der Meinung sein, dass eine expansive Fiskalpolitik die Wirtschaft aus der Rezession führen kann. Aber man sollte verstehen, warum das Problem überhaupt entsteht. Die klassische Nationalökonomie bestreitet schon die Existenz dieses Problems. Wenn man das Problem schlicht gar nicht sieht, kann man es nicht beseitigen. Keynes beschreibt immerhin mal das Problem. Das bringt uns der Lösung auf jeden Fall näher. Denn ein Problem, das nicht mal gesehen wird, wird auch nicht gelöst.

Keynes diskutiert tatsächlich die Situation, dass die Unsicherheit so umfassend ist, dass entweder eine Senkung des Zinssatzes über eine expansive Geldpolitik zwar möglich ist, aber dies aufgrund der absoluten Präferenzierung von Liquidität keinen Einfluss auf die Realwirtschaft hat, oder dass die Geschäftsbanken nicht mehr bereit sind, Geld aufzunehmen.

In dieser Situation muss der Staat direkt tätig werden, das heißt direkt investieren, also Straßen, Wohnungen bauen, innovative Technologien fördern, mehr investieren in Bildung etc..

Eine kurze Recherche mit google bringt einem Tausende von Artikeln, die die keynesische Politik als gescheitert ansehen, weil die expansive Fiskalpolitik gescheitert ist.

Das ist gleich aus zwei Gründen falsch. Erstens ist die expansive Fiskalpolitik im keyneschen Theoriegebäude ein Nebenkriegsschauplatz und zweitens gibt es gute und schlechte Fiskalpolitik. Eine gute Fiskalpolitik schafft Werte, die entweder der Bevölkerung für lange Zeit zur Verfügung stehen, z.B. Ausbau der Kommunikationsnetze, oder die Produktivität der Wirtschaft erhöhen, erfolgreiche Investitionen in Forschung und Entwicklung. Schlechte Fiskalpolitik finanziert lediglich den Konsum, z.B. Sozialausgaben.

Die Idee der expansiven Fiskalpolitik ist simpel. Wir gehen mal von einem idealen Szenario aus, bei dem alle Effekte, die wir nachträglich diskutieren werden, nicht auftreten.

Wir gehen davon aus, dass 20 Prozent des Volkseinkommens gespart werden und 80 Prozent konsumiert. Erhöht der Staat nun jährlich die Ausgaben um 1 Million Euro und nimmt hierfür einen Kredit auf, dann werden irgendwelche Leute, Bauunternehmer, Telekommunikationsdienstleister, Universitäten etc. 1 Million erhalten. Von dieser einen Million geben sie 80 Prozent aus, also 640 000. Diese landen dann bei Karstadt,

Edeka, MediaMarkt etc., die damit wieder Löhne, Miete etc. bezahlen. Diese Empfänger geben hiervon wieder 80 Prozent aus, macht 512 000. Diese wiederum geben das Geld wieder aus, wieder zu 80 Prozent usw..

Diese 1 Million, die der Staat vorfinanziert hat, muss natürlich langfristig gedeckt sein. Wir können uns zur Vereinfachung vorstellen, dass sparen hier ein Zwangssparen ist, also die 20 Prozent Steuern sind. Der Einfachheit halber nehmen wir an, dass der Staat das Geld einnimmt, seine Kredite tilgt und damit das Geld wieder vernichtet.

Die Frage ist dann, um wie viel das Volkseinkommen steigen muss, damit die 1 Million zusätzlicher staatlicher Ausgaben gedeckt ist. In dem hier unterstellten Szenario wären das 5 Millionen, da 20 Prozent von 5 Millionen eben eine Million ist. Diesen Effekt, also dass das Volkseinkommen um ein Vielfaches des Primärimpulses steigen muss, bezeichnet Keynes als Multiplikator. ($\text{Primärimpuls}/(1-c)$, mit c als der Anteil des Einkommens, der konsumiert wird.)

Dass dieser Multiplikator in der Realität auch sehr gering sein kann und unter Umständen der Staat, in unserem Beispiel, auf seinen Schulden sitzen bleibt, sehen wir sofort, wenn wir unser Beispiel genauer betrachten. Die Waren, die Karstadt, Edeka und der Media Markt verkaufen, kommen aus dem Ausland. Schon an dieser Stelle fließt also ein Großteil des Primärimpulses an das Ausland ab.

Kann also das Ausland die Nachfrage besser und/oder billiger befriedigen oder sind die nachgefragten Güter im Inland gar nicht vorhanden, wird der Primärimpuls an das Ausland abfließen. Freundlicherweise hat das Ausland Deutschland Impulse dieser Art verschafft. Ob es auch in Zukunft so freundlich sein kann und wird, ist allerdings fraglich.

Weiter erhöhen die Staatsausgaben die Gewinne aus unternehmerischer Tätigkeit und die Kapitalerträge. Hier muss von einer überdurchschnittlichen Sparquote ausgegangen werden und je höher die Sparquote, desto geringer ist der Multiplikatoreffekt.

Schließlich gibt es noch ein weiteres Problem. Wird die expansive Fiskalpolitik nicht durch eine expansive Geldpolitik unterstützt, dann steigt der Zins, was an und für sich, im Gegensatz zu dem, was man überall liest, die Allokation nicht beeinflusst, weil die rentablere Investition die Produktionsfaktoren über eine höhere Entlohnung trotzdem binden kann.

Allerdings ist der Staat der solventeste Gläubiger. Er kann also, da er beliebig viele Kredite aufnehmen kann, die Produktionsfaktoren auch besser entlohnen, er kann es sich also leisten, mit qualifiziertem Personal Bürokratien aufzubauen, das heißt Leute aus produktiven Bereichen abziehen und sie in unproduktive Bereiche locken. Wir haben hier ein komplexes Problem, auf das wir hier nicht eingehen. Wer sich dafür interessiert, sei auf die www.economics-reloaded.de verwiesen.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, dass bei strukturellen Problemen eine expansive Fiskalpolitik wirkungslos ist. Der Staat kann ein Strohfeuer abbrennen, ist die Party aber vorbei, bleiben nur die Schulden.

Ist ein Staat nicht wettbewerbsfähig, das heißt produziert er die nachgefragten Güter nur zu einem höheren Preis, in schlechterer Qualität oder gar nicht, dann wird der Primärimpuls ins Ausland abfließen. Um bei unserem Beispiel zu bleiben: Kommen alle Nahrungsmittel, Kleidung, Elektrogeräte aus dem Ausland, ist der Multiplikator fast Null.

Das betrifft aber Keynes nicht, denn Keynes, mal abgesehen von den bereits angeführten Argumenten, behandelt ausschließlich die geschlossene Volkswirtschaft.

Die expansive Fiskalpolitik muss also unter demselben Blickwinkel betrachtet werden, wie die expansive Geldpolitik. Bei der expansiven Geldpolitik wird der Zinssatz solange abgesenkt, bis das Investitionsvolumen ausreicht, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Der Kredit selbst muss aber aus der Investition getilgt werden können. Über Sekundäreffekte können wir uns freuen, rechnen können wir aber mit diesen Effekten nicht.

Fiskalpolitik muss auf Investitionen fokussieren, die schon von sich aus den Kredit tilgen können.

Was spricht nun für eine expansive Fiskalpolitik? Eine höhere Staatsverschuldung ist prinzipiell hinnehmbar, wenn damit langfristige Konsumgüter geschaffen werden, z.B. Immobilien, oder die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft verbessert wird, z.B. Straßen. Auch wenn die Investitionen zu Lebzeiten der heutigen Generation sich nicht amortisieren, ist es legitim, auch die kommende Generation zu belasten, denn sie erbt nicht nur Schulden, sondern auch Vermögen.

Wobei „erben“ von Schulden hier relativ ist. Ein Teil der kommenden Generation erbt Bundesobligationen und ein anderer Teil die Verpflichtung, diese zu bedienen. Wir haben also eine Umverteilung innerhalb der kommenden Generation. Ein Effekt, der sich in Grenzen hält, wenn Geld nicht künstlich knapp gehalten wird, die Verzinsung also niedrig ist.

Versagt, aus den oben genannten Gründen, die expansive Geldpolitik, totale Präferenz für Liquidität, dann ist der Staat der einzige, der überhaupt noch agieren kann, weil er von allen Sekundäreffekten profitiert. Investitionen in Forschung und Entwicklung z.B. ist eine Investition in Köpfe. Da diese zwei Beine haben und weglaufen können, werden sich Unternehmen mit Investitionen in Köpfe zurückhalten. Dem Staat ist das egal. Wo immer der Kopf hinläuft, zumindest wenn er das Land nicht verlässt, wird er Steuern bezahlen und/oder eventuell aus seinen Kenntnissen marktfähige Produkte machen.

Anzumerken ist noch, dass Keynes ausschließlich von Investitionen spricht. (Das ist auch das einzig richtige am IS-LM Modell. Die Kurve heißt IS Kurve mit I wie investment und nicht mit C wie consumption. Erhöht der Staat also die Nachfrage, dann solle er sich auf produktive Investitionen beschränken. Diese sind erstens eher in der Lage, die aufgenommenen Kredite zu tilgen und schaffen zweitens dauernde Werte. Konsumtive Staatsausgaben sind auf die Sekundäreffekte angewiesen, die aber in einer globalisierten Wirtschaft ans Ausland abfließen.

4. Das IS-LM Modell

Dieser Abschnitt braucht jetzt nur die Leute zu interessieren, die sich mit Volkswirtschaftslehre aus akademischer Sicht beschäftigen. Wir gehen das jetzt gründlich und detailliert durch, bezweifeln aber den didaktischen Wert. Vermutlich trägt das IS-LM Modell mehr zur Verwirrung bei, als dass es die keynessche Theorie anschaulich darstellt.

Das IS-LM Modell ist der Hauptverantwortliche für die Missverständnisse, die bezüglich der keynesschen Theorie bestehen. Das liegt nicht nur daran, dass es falsch ist, sondern auch daran, dass es die Kernaussagen der keynesschen Theorie nicht enthält und insgesamt unverständlich ist. Was „hängen“ bleibt und dann von Journalisten verbreitet wird, ist eine eher „intuitive“ Eingebung, das „Gefühl“, dass mehr verkauft werden könnte, wenn die Nachfrage größer wäre. Übrig von der keynesschen Theorie bleibt dann der Nachfragemangel und als Quintessenz der keynesschen Theorie die

expansive Fiskalpolitik, mit der dieser Nachfragemangel beseitigt werden können soll.

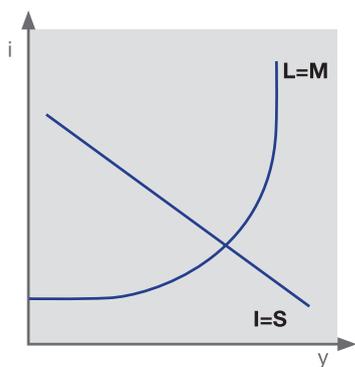
Dieses generalisierte Gefühl des Nachfragemangels beschreibt schon Jean Baptiste Say, für Details siehe www.economics-reloaded.de. Die Lösung, die Jean Baptiste Say anbietet, ist zwar falsch, er bleibt in den Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie verhaftet, aber die allgemeine Gemütslage beschreibt er richtig.

Wer sich mit Volkswirtschaftslehre schon befasst hat, zumindest bis zum Vordiplom oder die ersten Semester Bachelor, der kennt die unten stehende Grafik. Das ist das berühmte IS-LM Modell. Gibt man IS-LM model (also auf Englisch) bei google ein, erhält man sagenhafte 35 Millionen Treffer. Leider zeigt das nur, wie weit der Unsinn verbreitet ist, sagt aber nichts über die Richtigkeit.

Das Modell soll eine neoklassische Synthese sein, das heißt eine Synthese aus Konzepten der neoklassischen Theorie und der keynesschen Theorie. Der Autor würde sagen, das Modell ist Neoklassik pur ganz ohne Keynes. Es ist auch völlig unklar, wie man aus zwei diametral entgegengesetzten Theoriegebäuden eine Synthese bilden will. Das kann nur gelingen, wenn zentrale Aspekte des einen Theoriegebäudes eliminiert werden und genau das passiert hier.

Die IS Kurve soll alle Kombinationen von Zinssatz (i) und Volkseinkommen (Y) miteinander verbinden, bei denen Sparen und Investieren im Gleichgewicht sind.

Diese Kurve kann man im keynesschen Sinne interpretieren und im Sinne der klassischen Nationalökonomie, bei beiden Versionen jedoch, wir kommen darauf zurück, fehlt das zentrale keynessche Element, wobei die klassische Interpretation zwar nicht im Sinne von Keynes wäre, dafür aber wenigstens logisch kohärenter.



Die keynessche Interpretation, bei dieser Variante liegt korrekt investieren vor sparen, wäre diese:

Die Investoren rechnen mit einer bestimmten Rentabilität ihrer Investitionen und werden folglich in dem dazu gehörigen Ausmaß investieren. Das setzt voraus, dass das Volkseinkommen um soviel steigt, bis das dazugehörige Sparvolumen der Investition entspricht. Bei einem hohen

Zins, der als exogen vorgegeben gedacht wird, sind die Investitionen gering, da nur die Investitionen realisiert werden können, die diesen hohen Zins auch bedienen können. Deshalb muss das Einkommen, aus dem sich wiederum das Sparen ergibt, auch nur gering sein. Je niedriger der Zins, desto höher sind die Investitionen und desto größer muss das Volkseinkommen sein, damit sparen und investieren ex post identisch sind.

Der exogen vorgegebene Zins ist bei gegebener Geldmenge plausibel. Die Investitionen induzieren, in Übereinstimmung mit der keynesschen Theorie, das Sparen.

Allerdings stellt sich die Frage, wo der Investor das Geld für seine Investitionen überhaupt her hat. Die IS Kurve beschreibt das Resultat eines Prozesses, einen gleichgewichtigen Zustand, aber nicht den Prozess, wie man da hinkommt. Das ist unproblematisch, solange man nur ein Gleichgewicht betrachtet als Resultat des Prozesses. Soll mit dem Modell aber etwas illustriert werden, was ja der Zweck des Modells sein soll, die IS Kurve z.B. zur Illustrierung einer Vergrößerung der staatlichen Nachfrage nach rechts verschoben werden, stellt sich die Frage, wo das Geld hierfür herkommt.

Es kann jemand den Wunsch haben, die Investitionen auszudehnen, ohne Geld wird das aber nicht funktionieren. Diese Interpretation sieht zwar nach Keynes aus, allerdings fehlt das entscheidende Moment. Investitionen werden mit Geld finanziert. Das ist zwar bei Keynes nicht per se knapp, aber haben muss man es.

Die IS Kurve hat aber noch einen weiteren Fehler. Sparen kann nur realwirtschaftlich verstanden werden, also als nicht konsumieren und damit eine Reduktion der Konsumgüter zugunsten der Investitionsgüter. Soll aber die IS Kurve nach rechts verschoben werden, dann liegt ein freies Produktionspotential vor, andernfalls kann die Kurve nicht verschoben werden. Liegt aber ein freies Potential vor, bedarf es keines Sparens im Sinne der Klassik. Was man braucht ist Geld und dieses Geld muss qua Kredittilgung auch anschließend wieder vernichtet werden, andernfalls würde die Geldmenge ewig steigen und die Verschuldung ewig zunehmen.

Sparen allerdings stellt auf realwirtschaftliche Zusammenhänge ab. Sparen ist nicht konsumieren. Da ist sinnvoll, wenn nur so freie Kapazitäten für Investitionen geschaffen werden können.

Die IS Kurve vermischt die realwirtschaftliche Ebene mit der monetären Ebene und

das Ergebnis ist Unsinn. Auf der monetären Ebene braucht man, liegt ein freies Produktionspotential vor, Geld. Dieses ist bei IS Kurve nicht vorhanden. Was hingegen vorhanden ist, ist Sparen. Das braucht man aber nicht, weil ja ein freies Produktionspotential vorliegt.

Als Gleichgewicht verstanden ist die Kurve richtig. Allerdings kann man sie ohne Geld nicht verschieben.

Die klassische Interpretation, die sich deckt mit den Vorstellungen von Adam Smith, David Ricardo oder Jean Baptiste Say sähe so aus. Dies hätte mit Keynes nichts zu tun, aber da dann das Sparen bereits vorliegt, braucht man kein zusätzliches Geld. Genau genommen haben die Klassiker von den Einnahmeüberschüssen was beiseite gelegt und in die Sparsbüchse geworfen. Bei dieser Interpretation liegt Sparen in Form von Geld vor, was ja in der Klassik immer so ist. Das ist zwar falsch, weil Sparen nur realwirtschaftlich interpretiert werden kann als Produktion von Investitionsgütern anstatt Konsumgütern und Geld ein rein monetäres Phänomen ist, aber immerhin hätte die Kurve dann eine gewisse Logik.

Ist das Volkseinkommen gering, die Bevölkerung muss als konstant angenommen werden, da sie im Modell nicht auftaucht, dann reicht das Volkseinkommen gerade für die notwendigen Güter des täglichen Bedarfs, gespart wird nichts. Da folglich das für investive Zwecke zur Verfügung stehende Kapital sehr gering ist, ist der Zinssatz hoch. Das ist auch nötig, weil bei einem geringen Volkseinkommen sparen tatsächlich ein Opfer notwendig macht. Man kann sparen dann auch realwirtschaftlich interpretieren. Ist die Produktivität gering, dann ist das Produktionpotential mit der Produktion von Gütern des täglichen Bedarfs ausgeschöpft. Die Produktion von Investitionsgütern erfordert ein Opfer.

Man spart es sich sprichwörtlich „vom Munde ab“. Soll also gespart werden, muss der Anreiz dies zu tun hoch sein. Andererseits sind Investitionen hochrentabel, weil eine Ausdehnung des Produktionspotentials aufgrund der hohen Nachfrage zu großen Erträgen führt.

In dem Maße aber, in dem das Volkseinkommen steigt, ist das zu Gunsten eines Konsums in der Zukunft zu erbringende Opfer geringer. Es wird mehr gespart und der Zins sinkt. Andererseits sinkt aber auch die Rentabilität der Investitionen.

Am Ende kommen wir dann zu einer Situation, wo fast alle Bedürfnisse befriedigt sind, das Opfer gering ist und auch bei geringen Zinssätzen noch gespart wird. Im Gegenzug können die Produkte auch nur noch zu einem geringen Preis abgesetzt werden, die Rentabilität ist also gering.

Die klassische Interpretation wäre zwar logisch kohärent, das Geld zur Investition wäre vorhanden, hätte aber mit Keynes nichts zu tun. Die keynessche Interpretation ist zwar Keynes, aber leider funktioniert das Spiel nicht ohne Geld. Anders formuliert. Das IS-LM Modell ist ziemlicher Blödsinn.

Falsch und irreführend ist schon der Begriff IS Kurve mit I wie investment und S wie saving, denn auf das saving, das Sparen, kommt es einerseits gar nicht an und zweitens fehlt das für die keynessche Theorie zentrale Moment. Entscheidend ist bei Keynes, wie die Investitionen vorfinanziert werden und vorfinanziert werden sie mit Geld und Geld ist per se nicht knapp.

Sparen kann nur ein real wirtschaftlicher Begriff sein. Gespart werden muss zum Beispiel, wenn der Konsum so weit ausgedehnt wird, dass das Investitionsvolumen erhöht werden muss, um die nötigen Konsumgüter überhaupt zu produzieren.

Im IS-LM Modell werden zwei unterschiedliche Ebenen, die monetäre Betrachtung und die realwirtschaftliche Betrachtung, vermischt.

In der IS Kurve kommt kein Geld vor und deshalb kann sie eigentlich nur klassisch interpretiert werden.

Ist Sparen die Bedingung für die Investition, hiervon geht die klassische Nationalökonomie aus, dann ist das für investive Zwecke zur Verfügung stehende Kapital ein knappes Gut und knappe Güter haben einen Preis, in diesem Fall den Zins. Dann werden nur die Investitionen realisiert, die am profitabelsten sind und andere müssen, auch wenn sie Arbeitsplätze schaffen würden, unterbleiben. Der Mangel an für investive Zwecke verfügbaren Kapitals führt also zur Arbeitslosigkeit. Das Problem ist aber, dass dieser Fall in dem Szenario, das der Rechtsverschiebung der IS Kurve zugrunde liegt, erhöhte Staatsausgaben, nicht vorkommt.

Kann der Staat die IS Kurve nach rechts verschieben, dann waren Kapazitäten frei,

andernfalls hätte er die Kurve nicht verschieben können.

Kern der keynesschen These ist aber das genaue Gegenteil. Das für investive Zwecke zur Verfügung stehende Kapital ist eben nicht knapp, seine Produktion erfordert eben kein Opfer. Da es nicht knapp ist, hat es auch keinen Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung und folglich kann, in der Unterbeschäftigung, jede Investition, die Arbeitsplätze schafft, auch realisiert werden.

Die ganz zentrale These der keynesschen Theorie ist in dem Modell gar nicht enthalten. Investitionen werden mit Geld vorfinanziert, nicht mit Sparen.

Man kann das Modell auch nicht dadurch im Sinne von Keynes interpretieren, indem man darauf abstellt, dass Keynes das Sparen vom Volkseinkommen abhängig macht, denn das ist hier nebensächlich und gilt für die Vergangenheit wie für die Zukunft. Das Modell wird nicht dadurch richtiger, dass wir Sparen als allein vom Einkommen abhängig annehmen, denn das ist nicht der entscheidende Punkt. Der entscheidende Punkt ist, dass bei Keynes Sparen eine Folge der Investition ist, aber nicht die Bedingung. Allerdings muss die Investition vorfinanziert werden und das passiert mit Geld.

Die keynessche Interpretation, so wie wir sie in den meisten Lehrbüchern finden, funktioniert aber nicht, weil ohne Geld keine Rechtsverschiebung der IS Kurve möglich ist.

Die LM Kurve wiederum zeigt alle Kombinationen aus Zins und Volkseinkommen bei denen der Geldmarkt im Gleichgewicht ist. Soll heißen, dass die Rendite, die man durch den Kauf eines Wertpapiers erhält, darüber bestimmt, wie viel Geld die Leute für (fast) Null Zinsen auf dem Girokonto halten.

(Wie wir uns genau die Spekulationskasse vorstellen ist egal, auf jeden Fall eine Geldhaltung, die keine oder nur eine sehr geringe Rendite abwirft. Derzeit wäre das Girokonto etwas in dieser Art. Wer will kann sich auch vorstellen, dass die Leute das Geld unters Kopfkissen legen.)

Vereinfacht: Wenn die Dividende auf Aktien garantiert 15 Prozent ist, hat niemand Geld auf dem Girokonto. Ist die Dividende 5 Prozent und muss man auch noch damit rechnen, dass der Kurs fällt, dann verringert sich die Anzahl der Aktienbesitzer drastisch. Es ist anzunehmen, dass der Leser dieser Zeilen eine starke Präferenz für Liquidität

hat. Klar ist aber, dass es sowohl für den Leser dieser Zeilen wie für die Allgemeinheit einen Zins gibt, zu dem er kein Geld mehr auf dem Girokonto hält, es einen Zins gibt, zu dem er Geld auf das Girokonto zurückzieht und einen, wo er weder das eine noch das andere tut. Das ist dann der gleichgewichtige Zins.

Ist das Volkseinkommen gering, ist der Bedarf an Transaktionskasse, das Geld, das nötig ist, um das Volkseinkommen umzusetzen, niedrig. Bei gegebener Geldmenge ist damit die Spekulationskasse groß.

In der Spekulationskasse haben wir eine große Bandbreite von Risikoaversion oder, wie Keynes das nennt, Liquiditätspräferenz. So nennt Keynes das, weil Liquidität eben Sicherheit ist. Das Risiko, das jemand hat, wenn er in etwas investiert, das er jederzeit in Geld zurückverwandeln kann, ist relativ gering.

Also gibt es in der Spekulationskasse Leute, die einen hohen Zinssatz brauchen, um ihr Geld vom Girokonto, wo sie fast keine Zinsen erhalten, abzuheben und zu investieren und Leute, die das schon zu einem geringeren Zinssatz tun.

Da das Volkseinkommen gering ist, die Transaktionskasse also ebenfalls gering ist und die Spekulationskasse groß, können wir davon ausgehen, dass die besonders risikofreudigen den Hafen der absoluten Liquidität verlassen haben und Wertpapiere gekauft haben. Deren Kurs ist also hoch und damit die Rendite auf diese Wertpapiere niedrig.

(Wir erinnern uns, siehe oben: 5 Euro auf ein Papier, das 100 Euro kostet, ist relativ viel. 5 Euro auf ein Papier, das 200 Euro kostet, ist relativ wenig.)

Steigt nun das Volkseinkommen, werden Wertpapiere verkauft um die dann notwendige größere Transaktionskasse aufzufüllen. Die Kurse fallen, die Zinsen steigen. Das wird einige aus der Spekulationskasse veranlassen, den sicheren Hafen der Liquidität zu verlassen und sie werden Wertpapiere kaufen.

Der Punkt ist ein bisschen schwierig: Wir können uns vorstellen, dass die Risikofreudigen aussteigen, weil sie Transaktionskasse brauchen. Das isoliert betrachtet lässt den Kurs der Wertpapiere fallen, die Renditen ansteigen. Dafür steigen aber einige, denen das Risiko bis jetzt zu hoch war, ein, was isoliert betrachtet die Kurse steigen lässt. Insgesamt jedoch werden die Kurse der Wertpapiere fallen und die Renditen steigen.

Anders formuliert: Im Durchschnitt halten jetzt Risikoscheuere die Wertpapiere, was wiederum bedeutet, dass die Zinsen höher, die Kurse der Wertpapiere niedriger sein müssen, da die Risikoscheuen die Spekulationskasse ja nur verlassen, wenn die Zinsen hoch sind.

Irgendwann ist dann ein Punkt erreicht, an dem überhaupt keine Spekulationskasse mehr vorhanden ist. Das Volkseinkommen kann nicht mehr steigen, wenn die Zentralbank die Geldmenge stabil hält, da der Verkauf von Wertpapieren zu einer Zinssteigerung führt, die wiederum andere Investitionen unterbindet.

Anders formuliert. Die Kurse der Wertpapiere sind so niedrig, die Zinsen deshalb so hoch, dass die Realinvestitionen nicht mehr mithalten können.

Irgendwann ist die Alternative Wertpapiere so attraktiv, dass niemand Realinvestitionen tätigen wird. Es werden sozusagen nur noch Wertpapiere getauscht. In dem Maße, in dem die einen aussteigen, steigen die anderen ein, weil die Rendite höher ist, als sie mit Realinvestitionen erzielt werden könnte.

Die LM Kurve soll nun zwei Bereiche haben. Einen Bereich, der parallel zur x-Achse verläuft, den sogenannten liquidity trap. In diesem Bereich kann die Zentralbank, so die These, die Zinsen nicht weiter senken, weil alles zusätzliche Geld in der Spekulationskasse verschwindet und deshalb zu keiner weiteren Senkung der Zinsen führt.

Das ist Unsinn. Im Bereich des liquidity trap wird schlicht gar kein Geld mehr aufgenommen. Kapitalsammelstellen werden in diesem Bereich auf das Angebot der Zentralbanken nicht eingehen. Sie werden sich nicht Geld gegen Zinsen leihen, um es dann in der Spekulationskasse zu halten, die überhaupt keine Rendite abwirft. Die Spekulationskasse ist nur relevant für bereits zirkulierendes Geld.

Was wir momentan, wir schreiben immer noch Jahr 2014, erleben, ist was anderes. Kapitalsammelstellen leihen sich weiterhin Geld von der Zentralbank, investieren es aber an der Börse. Der Zins sinkt, aber der Funke springt nicht über in die Realwirtschaft. Das ist kein liquidity trap. Eine Wirkung auf den Zins gibt es, aber der Funke springt nicht über.

Der Bereich, bei dem die LM Kurve parallel zur y Achse verläuft, wird als klassischer

Bereich bezeichnet. Suggestiert wird, dass Geld hier knapp ist. Zusätzliche Investitionen können also nur zu Lasten anderer Investitionen getätigt werden. Die Logik wäre richtig, wenn Geld Kapital im Sinne der Klassik wäre, also nicht konsumiertes Einkommen aus der Vergangenheit, wenn Geld also ein Produktionsfaktor wäre. Geld ist aber kein Produktionsfaktor und insbesondere nicht knapp. Den klassischen Bereich wird es in der Realität nie geben, weil die Zentralbank keinen Grund hat, die Geldmenge einzuschränken, solange ein inaktives Produktionspotential vorhanden ist. Der „klassische Bereich“ suggeriert, dass in diesem Bereich Vollbeschäftigung herrscht. Das trifft weder für Kapital zu, wenn dieses als Geld gedacht wird, ist es nie knapp, noch trifft es auf die Arbeit zu, denn über den Arbeitsmarkt macht das Modell überhaupt keine Aussagen. Auch im „klassischen Bereich“ können wir Unterbeschäftigung haben.

Allerdings könnte man die LM Kurve auch anders interpretieren, was aber letztlich an der Richtigkeit der keynesschen Theorie, der Geldmarkt dominiert den Gütermarkt, nichts ändert.

Bei einem niedrigen Volkseinkommen besteht nur ein geringer Bedarf an Transaktionskasse. Es gibt also „überschüssiges“ Geld, das irgendwo angelegt werden muss. Es gibt also, mit dem Geld ist das wie mit den Kartoffeln, ein großes Angebot an Geld, weshalb dessen Preis fällt. Egal ob in Realinvestitionen oder Finanzinvestitionen, es kann nur zu einem niedrigeren Zinssatz angelegt werden. In dem Maße aber, in dem das Volkseinkommen steigt, steht immer weniger Geld für investive Zwecke zur Verfügung, sein Preis steigt. Irgendwann steht gar kein Geld mehr für investive Zwecke zur Verfügung. Ab diesem Punkt führt jeder Versuch, das Volkseinkommen weiter auszuweiten zu einer Zinserhöhung, die dafür sorgt, dass in dem Maße, wie an einer Stelle die Investitionstätigkeit zunimmt, sie an anderer Stelle fällt.

Realwirtschaftlich betrachtet. Geld wird knapp und in dieser Situation kann tatsächlich die rentablere Investition die weniger rentable verdrängen.

Das Problem bei dieser Interpretation wäre, dass das „überschüssige“ Geld auf jeden Fall nachfragewirksam wird. Zwar hätte der Kauf/Verkauf von Wertpapieren nur einen indirekten Effekt auf die Realwirtschaft, über den Zins, aber er hätte einen Effekt.

Bei Keynes haben wir aber in einer bestimmten Situation, also wenn die Kurse für Wertpapiere sehr hoch sind und alle damit rechnen, dass die Kurse bald einbrechen,

die Situation, dass das „überschüssige“ Geld schlicht gar keinen Effekt mehr hat.

Ob eine Spekulationskasse vorhanden ist oder nicht, ändert an der zentralen Aussage von Keynes, Geldmarkt dominiert Gütermarkt, nichts.

(Und naheliegenderweise trifft das oben genannten Problem auch auf diese Interpretation zu. Geld ist per se nie knapp. Es kann aber sein, dass der Geldmarktzins trotzdem so hoch ist, dass Realinvestitionen diese Hürde nicht überspringen.)

Die keynessche Version erklärt, warum die Leute Geld auf dem Girokonto rumliegen lassen, wo sie derzeit keine Zinsen bekommen oder auf jeden Fall immer ziemlich wenig.

Beim Agieren der Kapitalsammelstellen spielt die Spekulationskasse eine geringere Rolle. Diese müssen das Angebot der Zentralbanken annehmen, denn andernfalls, da sie ja nicht in Realinvestitionen investieren wollen, hätten sie nichts mehr zu tun. Sie halten aber keine Spekulationskasse.

Nach der keynesschen Theorie, mit Spekulationskasse, würden sie irgendwann der Zentralbank das Geld schlicht nicht mehr abnehmen.

An der zentralen These ändert das nichts: Geldmarkt schlägt Gütermarkt.

Das Phänomen, dass Versicherungen aufhören Geld einzusammeln und z.B. die Spar- te Lebensversicherung zurückfahren, ist neueren Datums und lässt vermuten, dass das Kasino allmählich sehr gefährlich wird.

Die derzeitige Situation, wir schreiben immer noch das Jahr 2014, ähnelt wohl eher dem zuletzt skizzierten Szenario. In der keynesschen Logik müsste es irgendwann mal einen Moment geben, wo kein weiteres Geld mehr in den Wirtschaftskreislauf eingebracht werden kann. Banken werden nicht die Spekulationskasse, die keinerlei Zinserträge bringt, vergrößern und dafür auch noch Zinsen an die Zentralbanken bezahlen.

Wir sehen aber im Moment, dass sie das Geldangebot der Zentralbanken annehmen und damit die Börsenkurse in die Höhe treiben. Die Renditen dieser Papiere, so auf den „inneren Wert“, also auf die Dividende abgestellt wird, sinken. Spekuliert wird also

mit der Wertsteigerung der Papiere selbst. Die Zinsen, zu denen die Geschäftsbanken Kredite vergeben, sinken allerdings nicht.

Das Kasino ist für Kapitalsammelstellen und andere Anleger interessanter als die Realwirtschaft. Diese These gilt immer. Eine Diskussion über den Monetarismus, der andere Transmissionsmechanismen in den Vordergrund stellt, werden wir hier nicht führen und verweisen auf die www.economics-reloaded.de. Die Aussagen von Keynes kann der Monetarismus nicht erschüttern. Der Monetarismus argumentiert, dass eine höhere Staatstätigkeit zur Inflation führt, dadurch die Transaktionskasse steigt und damit letztlich der Zins. Das Problem ist, wir haben seit dreißig Jahren keine Inflation und in einer globalisierten Wirtschaft kann diese auch nur durch externe Schocks entstehen. Nicht die Inflation ist das Problem, sondern die zunehmende Staatsverschuldung.

Allerdings können die Banken, wie bereits erwähnt, auch nicht einfach aussteigen. Ist Realwirtschaft zu kompliziert, bleibt nur Kasino oder Geschäftsaufgabe.

Die Kernaussage von Keynes bleibt bei beiden Interpretationen der LM Kurve unberührt. Es ist der Geldmarkt, der bestimmt, wie viel Geld für Realinvestitionen zur Verfügung steht. Eine Realinvestition muss, da illiquider, entweder sehr rentabel oder/und gut gesichert sein.

Der erste Kritikpunkt ist klar. Aus dem IS-LM Modell kann man mit viel Mühe die keynessche Theorie herauslesen, aber einfacher ist das Original, also die General Theory of Employment, Interest and Money. Der Autor vermutet auch, dass Kapital 3 einfacher zu verstehen ist, als Kapitel 4.

Von Modellen erwarten wir grundsätzlich, dass sie die Wirklichkeit unter Wahrung der wesentlichen Aspekte vereinfachen. Ist aber die direkte Betrachtung der Realität einfacher, als das Modell, dann brauchen wir das Modell nicht.

Das Modell suggeriert einen Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren einerseits und dem Geldmarkt andererseits, wobei die kausalen Beziehungen unklar bleiben.

Verschiebt man die IS Kurve nach etwa rechts, das ist einer der typischen Lehrbuch-

fälle, durch eine expansive Fiskalpolitik, dann steigt das Volkseinkommen und, zumindest außerhalb des horizontalen Verlaufs der LM Kurve, der Zins.

Im Hinblick auf das Volkseinkommen könnte man das gleiche erreichen, der andere typische Lehrbuchfall, indem man, das gilt zumindest außerhalb des horizontalen Verlaufs der LM Kurve, die Geldmenge erhöht, die LM Kurve also nach rechts verschiebt. Daraus folgt dann, in den Lehrbüchern, dass man im Bereich des liquidity trap, totale Präferenz für Liquidität, die LM Kurve verläuft parallel zur x-Achse, das Volkseinkommen nur über eine expansive Fiskalpolitik erhöhen kann und im klassischen Bereich, wenn also keine Spekulationskasse mehr vorhanden ist, die Kurve verläuft parallel zur y-Achse, nur über eine expansive Geldpolitik.

Allerdings beschreibt das Modell die Kausalitäten falsch, was es extrem schwierig macht, sich in das Modell hineinzudenken.

Sollen die Staatsausgaben erhöht werden, also die IS Kurve nach rechts verschoben werden, dann bedarf es hierfür erstmal keines Sparens, sondern dafür braucht man Geld. Der Staat gibt also Bundesobligationen oder Staatsanleihen aus, vergrößert also die Anzahl an Wertpapieren, wodurch, bei gegebener Geldmenge, deren Kurs sinkt und der Zins steigt.

Bei gegebener Geldmenge kann der Markt die zusätzlichen Wertpapiere nur aufnehmen, wenn andere verkauft werden. Dadurch steigt deren Rendite, was wiederum andere veranlassen wird, wenn wir in keynesschen Logik bleiben, ihre Spekulationskasse zu verringern.

Das deckt sich zwar vom Ergebnis her mit der Beschreibung der LM Kurve, die wir üblicherweise in Lehrbüchern finden, aber der Kausalzusammenhang ist ein anderer.

Gespart, im Sinne von nicht konsumierten Einnahmeströmen der Zukunft, wird anschließend. Die Erhöhung des Marktinzses ist also eine Bedingung für expansive Fiskalpolitik und nicht die Konsequenz.

Der Zins steigt nicht, wie die LM Kurve suggeriert, weil das Volkseinkommen steigt. Der Zins steigt, weil investiert wird.

Das IS-LM Modell unterstellt zwei unterschiedliche Möglichkeiten, das Volkseinkom-

men und die Beschäftigung zu erhöhen. Einmal durch eine expansive Fiskalpolitik und einmal durch eine expansive Geldpolitik.

Das ist Unsinn. In beiden Fällen erfordern die zusätzlichen Investitionen Geld, aber kein Sparen. Eine Verschiebung der LM Kurve nach rechts geht nur, wenn die Geldmenge erhöht wird und die IS Kurve kann auch nur nach rechts verschoben werden, wenn bei konstanter Geldmenge Geld von der Börse abgezogen wird.

Sätze vom Typ „erhöht nun der Staat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, verschiebt sich die IS Kurve nach rechts“ sind Unsinn. Ohne Geld erhöht der Staat gar keine gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

(Einschub: Wieso verschiebt sich die IS Kurve, im Lehrbuchfall, nach rechts, wenn die Staatsausgaben erhöht werden? Hierzu muss man sich in Erinnerung rufen, wie die IS Kurve abgeleitet wurde: Der Zinssatz, zu dem die Unternehmen Geld bekommen liegt fest. Ist er hoch, investieren also nur wenige, weil es nicht viele Investitionen gibt, die diesen hohen Zinssatz bedienen können. Das Volkseinkommen, das notwendig ist um dieses geringe Investitionsvolumen zu sparen, ist also ebenfalls gering. Je niedriger der exogen vorgegebene Zins, desto höher die Investition, desto höher die notwendige Ausdehnung des Volkseinkommens. Erhöht der Staat nun aber die Staatsausgaben, ändert er ja nicht den exogen vorgegebenen Zins. Eine Erhöhung der Staatsausgaben ist also keine Wanderung entlang der IS Kurve, sondern beim gleichen exogen vorgegebenen Zins wird jeweils mehr investiert. Die IS Kurve verschiebt sich nach rechts. Nach der Logik der IS Kurve allerdings kann der Staat gar nichts machen, denn er hat kein Geld.

Parallel kann man das für die LM Kurve durchdenken: Wenn die Geldmenge höher ist, dann ist auch die Spekulationskasse höher. Wenn das Mischungsverhältnis aus risikoscheu und weniger risikoscheu immer dasselbe ist, werden ein paar der Risikofreudigen Wertpapiere gekauft haben, deren Kurs damit in die Höhe und die Rendite nach unten gedrückt haben. Das Problem dabei ist, dass Sätze vom Typ „erhöht nun die Zentralbank die Geldmenge, verschiebt sich die LM Kurve nach rechts“ Blödsinn sind. Die Zentralbank kann Geld anbieten, ob es allerdings „gekauft“ wird, steht auf einem anderen Blatt. So wenig wie der Bauer autonom beschließen kann, wie viele Kartoffeln er verkauft, er braucht auch Käufer, kann die Zentralbank autonom beschließen, wie viel Geld sie verkauft und zum Auffüllen der Spekulationskasse, die

keine Erträge bringt, wird niemand Geld kaufen. Das ändert aber nichts an der Theorie von Keynes, das Problem ist nur, dass das IS-LM Modell Murks ist. Weiterhin richtig ist, dass Kapitalsammelstellen, also vor allem Banken, das Geld kaufen, auch wenn es hochspekulativ an der Börse investiert wird und nicht in die Realwirtschaft fließt. Die Rendite dieser Wertpapiere sinkt dann tatsächlich, momentan, im Jahre 2014, bis zur Bedeutungslosigkeit. Relevant ist nur die Kurssteigerung. Aber der Funke springt, sehr zum Bedauern der EZB, nicht auf die Realwirtschaft über. Der Geldmarkt dominiert den Gütermarkt. Das ist die Kernthese von Keynes und die ist richtig.)

Das eigentliche Problem ist aus dem IS-LM Modell gar nicht ersichtlich. Die unzureichende gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist lediglich ein Effekt der Präferenz für Liquidität, aber nicht die Ursache des Problems. Das Problem, das mit einer expansiven Geldpolitik oder einer expansiven Fiskalpolitik gelöst werden muss, ist beides Mal das Gleiche.

Der Unterschied ist zwischen Fiskalpolitik und Geldpolitik ist ein anderer. Der Staat kann direkt investieren, die Risiken, die das mit sich bringt, wurden genannt, siehe 3.2. Er muss dies allerdings tun, wenn die Präferenz für Liquidität total ist. Aber auch dafür braucht er Geld.

In beiden Fällen wird aber zuerst investiert und dann „gespart“. Der Unterschied besteht lediglich in den monetären Transmissionsmechanismen. Bei der Verschiebung der LM Kurve erfolgt die Wirkung in die Realwirtschaft über eine Zinssenkung. Der hohe Zins verhindert, dass Geld in die Realwirtschaft fließt. Bei einer Verschiebung der IS Kurve, wird, bzw. sollte, direkt Geld in die Realwirtschaft geschossen werden.

Der Eindruck, dass es sich um zwei unterschiedliche Probleme handelt kommt dadurch zustande, weil bei der IS Kurve es der Staat durch einen unbekanntem Zauberkunststück schafft, ohne Geld Nachfrage zu entfalten. Der Trick funktioniert aber nur bei Harry Potter.

Bei der expansiven Geldpolitik kann es zu keiner Fehlallokation kommen, weil lediglich der Preis für Geld verringert wird, Geld aber kein Produktionsfaktor ist. Die rentablere Investition kann alle wirklich knappen Produktionsfaktoren an sich ziehen und damit höher entlohnen. Geld allerdings gehört nicht zu diesen knappen Produktionsfaktoren.

Allerdings kann bei großer Präferenz für Liquidität der Geldmarktzins rentable Investitionen verhindern.

Die klassische Nationalökonomie und die österreichische Schule sehen das zwar anders, dort hat der Zins eine Allokationsfunktion, aber das ist eben, siehe oben, falsch. Deren Problem ist, dass sie Kapital und Geld für das Gleiche halten. Die Unterscheidung zwischen Geld und Kapital ist aber nur in der Vollbeschäftigung irrelevant. Bei Unterbeschäftigung ist sie hoch relevant.

Bei Vollbeschäftigung sind wir auf Sparen im Sinne von nichtkonsumierten Einkommen der Vergangenheit angewiesen. Sparen heißt nicht konsumieren. Wird also gespart, werden weniger Konsumgüter zugunsten von Investitionsgütern produziert. In der Vollbeschäftigung muss das so sein. Man kann in der Vollbeschäftigung nicht gleichzeitig Konsumgüter und Investitionsgüter produzieren.

Weiter muss bei Vollbeschäftigung gesichert sein, dass nur die rentabelsten Investitionen realisiert werden. Beides steuert dann der Zins. Die Leute die Kapital, also Geld für investive Zwecke haben, werden es an denjenigen geben, der am meisten dafür bezahlen kann. In der Vollbeschäftigung ist das sinnvoll und die Zentralbanken werden Geld dann knapp halten.

Bei Unterbeschäftigung bedarf es weder einer Entscheidung zwischen der Produktion von Konsumgütern oder Investitionsgütern, noch gibt es einen Grund, Investitionen zu verhindern, weil die Ressourcen gar nicht knapp sind.

Im Spezialfall der Vollbeschäftigung kommt also die keynessche Theorie und die klassische Nationalökonomie zum selben Ergebnis. Die keynessche Theorie ist aber, wie dem Titel seines Buches zu entnehmen, „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ eine allgemeine Theorie. Sie umfasst nicht nur den Spezialfall der Vollbeschäftigung, sondern jeden Fall.

In Lehrbüchern zur Makroökonomie lesen wir bei der Beschreibung der IS Kurve Sätze wie diese: „Soll die Gleichgewichtsbedingung erfüllt sein, muss die Ersparnis gerade den Investitionen entsprechen. Diese Ersparnis wird laut Sparfunktion nur getätigt, wenn das Einkommen die Höhe Y hat.“ Das Beispiel ist einem marktüblichen Lehrbuch entnommen.

Das ist richtig, siehe Beispiel oben. Bei einer Sparquote von 20 Prozent und einer zusätzlichen Investition von 1000 Euro muss das Volkseinkommen um zusätzliche 5000 Euro wachsen.

Leider können wir der IS Kurve aber nicht entnehmen, wo die 1000 Euro für die Investition überhaupt herkommen.

Stammen die 1000 Euro von nicht konsumiertem Einkommen aus der Vergangenheit, dann ist es klassische Nationalökonomie pur.

Stammen sie aus der Zukunft, dann wird man wohl irgendwie Geld gebraucht haben. Anders formuliert: Die Kernaussage von Keynes ist in dem IS-LM Modell gar nicht enthalten und rein logisch betrachtet, ist die IS Kurve blanker Unsinn. Sie beschreibt das Resultat eines Prozesses, aber nicht, wie man da hinkommt.

Erschwerend kommt hinzu, dass das IS-LM Modell Szenarien diskutiert, wie etwa den crowding out effect, die im Rahmen der keynesschen Theorie überhaupt keinen Sinn ergeben.

Diskutiert wird z.B., dass eine Ausdehnung der staatlichen Ausgaben und damit einhergehend die Rechtsverschiebung der IS Kurve über die damit einhergehende Zinserhöhung private Investitionen verdrängt.

Wieso man diesen Fall innerhalb eines Theoriegebäudes, das eben die Knappheit des Geldes verneint, diskutiert, ist ein Rätsel. In einem solchen Fall würde die Zentralbank die Geldmenge ausdehnen.

Es kann sehr wohl Gründe für die Zentralbank geben, dies nicht zu tun, etwa wenn sie inflationäre Tendenzen befürchtet, aber solche Effekte können anhand des IS-LM Modells nicht diskutiert werden.

Fazit: Das IS-LM Modell ist irgendwas zwischen verwirrend und falsch. Es verleitet zu einer mechanischen Denke, die dann nichts mehr mit der Realität zu tun hat. Es verleitet genau zu der Denke, vor der Keynes höchstselbst warnte. Die Leute schieben die IS Kurve nach rechts, was auf dem Papier perfekt funktioniert, und wundern sich dann darüber, dass es in der Realität irgendwie nicht ganz so einfach ist, wobei das Modell

aber keine Anhaltspunkte liefert, die uns erklären, warum das, was auf dem Papier in Windeseile passiert, sich in der Realität als weit schwieriger erweist.

Modelle, die entscheidende ökonomische Zusammenhänge eher verdunkeln als erhellen und für die Beschreibung der Realität irrelevant sind, brauchen wir nicht.

5. Schlusswort

Man kann jeden Tag eine Menge Unsinn über ökonomische Zusammenhänge lesen und hören, aber es gibt keinen Wirtschaftswissenschaftler, über den man täglich soviel Unsinn lesen kann, wie über Keynes. Wie bereits eingangs geschildert, verzichten wir hier auf Beispiele und verweisen auf die www.economics-reloaded.de. Das Grundproblem besteht darin, dass Keynes meist auf expansive Fiskalpolitik reduziert wird, die dann in den siebziger Jahren, als ein Anstieg der Ölpreise zu einer weltweiten Rezession führte oder in Griechenland, wo sie lediglich zu einer hohen Staatsverschuldung geführt hat, nicht funktioniert haben soll, wodurch Keynes dann widerlegt worden sein soll.

Wenn man so argumentiert, ist auch Adam Smith bereits widerlegt. Man kann diesem ebenfalls alle möglichen Thesen andichten, die sich dann nicht bewahrheitet haben.

Skurril wird es dann, wenn der Monetarismus als Gegenspieler von Keynes genannt wird. Der Monetarismus baut auf keynesschen Konzepten auf, kommt aber aufgrund von bestimmten Annahmen zu anderen Ergebnissen. Der Monetarismus unterstellt keynessche Transmissionsmechanismen, kommt aber zu den gleichen Ergebnissen, wie die neoklassische Geldtheorie. Langfristig ist Geldpolitik wirkungslos. Das ist zwar falsch, aber nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass der Monetarismus auf Konzepten von Keynes aufbaut, diese also als richtig anerkennt.

Vor einer mechanischen Anwendung seiner Theorie, wie sie uns im IS-LM Modell entgegen tritt, hat Keynes in der General Theory of Employment, Interest and Money immer wieder gewarnt. Wir verweisen für Details auf die www.economics-reloaded.de. Das hat aber nicht geholfen, weil niemand Keynes im Original liest. Die keynessche Theorie ist unstrittig richtig. Sparen, verstanden im Sinne der klassischen Nationalökonomie als Voraussetzung für Investitionen, ist weder ein Opfer, das zugunsten eines höheren Konsums in der Zukunft erbracht wird, noch ist Sparen die Bedingung für die Investition. Kapital ist auch kein knappes Gut, weshalb der Preis

für Kapital, der Zins, auch kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung ist.

Aus den gleichen Gründen ist Keynes der Begründer der Makroökonomie. Für die Haushalte und Unternehmen trifft zu, was makroökonomisch gerade nicht zutrifft. Für die Unternehmen und Haushalte ist Kapital ein knappes Gut und hat als solches einen Preis. Für den einzelnen Haushalt ist sparen auch immer sinnvoll.

Die klassische Nationalökonomie geht von einer Identität der Interessen der einzelnen Akteure und der Gesamtwirtschaft aus. Diese Identität ist aber nicht gegeben.

Sparen alle, dann wird eine Abwärtsspirale eingeleitet. Kapital ist für den einzelnen Haushalt ein knappes Gut, von daher trennt die Klassik auch nicht zwischen Geld und Kapital, benutzt die Begriffe als Synonyme. Gesamtwirtschaftlich jedoch ist Kapital überhaupt kein knappes Gut, es ist nämlich schlicht Geld und Geld können die Zentralbanken in jeder Menge drucken.

Der Haushalt wird sein Geld so anlegen, dass es eine möglichst hohe Rendite abwirft, er wird also unrentablere Investitionen zugunsten von rentableren unterlassen. Hierzu besteht makroökonomisch keine Veranlassung. Da Geld nicht knapp ist, können sowohl die rentablen wie auch die weniger rentablen Investitionen getätigt werden. Die einzige Bedingung ist, dass das Geld, das bei Kreditvergabe geschöpft wird, anschließend wieder getilgt wird, wobei der Zins nur so hoch sein muss, dass die Administrationskosten der Banken und das Risiko eingepreist ist.

Die keynessche Theorie stellt natürlich jetzt alle mögliche in Frage und gegenwärtig erleben wir, dass sie sich bestätigt. Wird über Kapitallebensversicherungen, Riester Verträge, vermögenswirksame Leistungen etc.. die Sparquote angehoben, dann kann ein Zins nur garantiert werden, wenn Geld künstlich knapp und damit der Zins hoch gehalten wird. Das wiederum bedeutet, dass eine gewisse Unterbeschäftigung hinzunehmen ist.

Dass weder die Regierungen noch die Zentralbanken den Sparern unter diesen Auspizien den Gefallen tun werden, Geld knapp zu halten, war abzusehen. Sparen ist schon an sich problematisch, aber noch weniger werden sich die Hoffnungen der Sparer erfüllen, wenn die Zentralbanken, wie gegenwärtig, wir schreiben immer noch das Jahr 2014, den Markt mit Geld fluten.

Allerdings zeigt uns die Gegenwart, dass es relativ schwierig ist, wie Keynes schon befürchtet hat, Kapitalsammelstellen, Banken und Versicherungen sowie private Anleger, dazu zu bringen, das Börsenkasino zu verlassen.

Ein Ansatz wäre, wie dies ja die EZB gegenwärtig tut, die Refinanzierung der Banken zumindest teilweise an die Bedingung zu knüpfen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel für Realinvestitionen verwendet werden.

Die keynessche Theorie zeigt uns auch, dass die berühmten Mikrokredite nichts besonders Revolutionäres sind. Sie können eine Entwicklung entfalten, insofern die soziale Kontrolle über den Kreditnehmer schärfer ist und damit der produktive Einsatz der Mittel eher gewährleistet ist. Ihre Wirkung kann aber nicht darin bestehen, dass Kapital zur Verfügung gestellt wird, denn was die Kleinbauern in Indien erhalten, ist Geld und Geld ist nicht knapp, sondern wird höchstens knapp gehalten. Sieht man von der schärferen sozialen Kontrolle ab, hätte auch die jeweilige Zentralbank das Geld zur Verfügung stellen können. Ob die Kredite privat zur Verfügung gestellt werden, also aus nicht konsumierten Einnahmeströmen der Vergangenheit resultieren, oder ob das Geld anschließend qua Kredittilgung vernichtet wird, ist egal.

Gleichermaßen kritisch sind alle Wachstumstheorien zu bewerten, die Kapital als Produktionsfaktor ansetzen. Ist das entsprechende know how vorhanden, werden die Kredite, egal ob sie aus nichtkonsumiertem Einkommen der Vergangenheit stammen oder aus Geldschöpfung, getilgt. Ist das know how nicht vorhanden, werden sie in beiden Fällen nicht getilgt.

Teilweise schlägt der keynesschen Theorie auch der blanke Hass entgegen. Diese Leute haben dann zwar die Theorie nicht verstanden, ahnen aber intuitiv, dass es ihnen an den Kragen geht.

In der klassischen Nationalökonomie gibt es drei Produktionsfaktoren, die entlohnt werden müssen. Auf das Kapital entfällt der Profit, auf die Arbeit der Lohn und auf den Boden die Rente. Dass eine Entlohnung nur möglich ist, wenn diese Faktoren knapp sind, ist offensichtlich. Sonnenlicht ist zum Beispiel ganz unstrittig ein Produktionsfaktor, wir würden verhungern, wenn dieser Produktionsfaktor nicht zur Verfügung stünde. Allerdings ist er nicht knapp und folglich ist auch noch nie jemandem eingefallen, hierfür einen Preis anzusetzen.

Was den Boden anbelangt, hat sich das mit der Knappheit in den letzten 200 Jahren etwas relativiert. Wir können das also vernachlässigen.

Dass Kapital ein knappes Gut ist, glauben viele und vermuten folglich, dass es auch einen Preis hat. In der keynesschen Theorie hat es keinen Preis, woraus dann der Tod des Rentiers folgt, wie Keynes formuliert.

Der marxische Kapitalist hätte also nicht von den Proletariern aller Länder enteignet werden müssen. Das hätte auch die Zentralbank geschafft, wenn der Proletarier das gleiche know how hat, wie der Kapitalist.

Da die keynessche Theorie in der Regel nicht verstanden wird, schlägt man Keynes dann dem sozialistischen Lager zu. Allerdings bleiben in der keynesschen Theorie der Wettbewerb und die Signalfunktion der Preise völlig unangetastet. Er konstatiert lediglich, dass der Preis für Kapital überhaupt kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung ist, weil es Preise in diesem Sinn nur für Güter geben kann, die knapp sind.

Bleibt also als einziger Produktionsfaktor, der tatsächlich zu entlohnen ist, die Arbeit, insbesondere eben die qualifizierte Arbeit. Da diese tatsächlich knapp ist, ist der Lohn auch ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Ohne Löhne, die Knappheitsverhältnisse anzeigen, besteht kein Anreiz für den Arbeitsmarkt, sich an strukturelle Veränderungen anzupassen.

Was zur Fiskalpolitik zu sagen ist, wurde im Kapitel 3.2 bereits gesagt.

Erinnern wir uns abschließend noch mal daran, wie das Werk heißt: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes.

Warum Allgemeine Theorie? Die klassische Nationalökonomie geht von Vollbeschäftigung aus. Vollbeschäftigung ist aber ein Spezialfall. Die keynessche Theorie umfasst aber sowohl den Spezialfall Vollbeschäftigung, wie auch die Unterbeschäftigung.

In der Vollbeschäftigung und in der mikroökonomischen Betrachtung muss zwischen Geld und Kapital nicht unterschieden werden und die klassische Nationalökonomie unterscheidet auch nicht zwischen diesen beiden Begriffen.

In der Vollbeschäftigung hat der Preis für Geld tatsächlich eine Lenkungsfunktion im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. In der Vollbeschäftigung ist eine Entscheidung zu treffen zwischen der Produktion von Konsumgüter und der Produktion von Investitionsgütern. Geld muss in dieser Situation knapp gehalten werden.

Ein hoher Preis für Geld wird die Sparquote erhöhen, Sparen heißt nicht konsumieren, wodurch die Produktion von Investitionsgütern zu Lasten der Produktion von Konsumgütern zunimmt. Das wäre der Mechanismus, wie er sich aus der klassischen Nationalökonomie ergibt.

In der Vollbeschäftigung ist es auch günstig, Geld knapp zu halten, da dann die Besitzer von Geld ihr Geld da anlegen, wo es die höchste Rendite abwirft, was wiederum bedeutet, dass die Güter produziert werden, die am knappsten sind.

Bei Keynes sieht der Transmissionsmechanismus so aus: Ist das Volkseinkommen sehr hoch, dann ist der Bedarf an Transaktionskasse sehr hoch, das Geld wurde also weitgehend von den Börsen abgezogen, die Kurse der Wertpapiere sind niedrig, die Dividenden auf Wertpapiere hoch. Mit diesen Dividenden konkurrieren Realinvestitionen. Es können also nur hochrentable Realinvestitionen getätigt werden, der Zuwachs an Volkseinkommen und damit der Zuwachs an Sparen, ist also gering. Das kann in der Vollbeschäftigung, oder nahe daran, auch nicht anders sein. Überdehnt die Geldpolitik jetzt das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, dann kommt es zur Inflation.

(Die Inflation wiederum würde den Bedarf an Transaktionskasse erhöhen und die Dividenden und damit die Zinsen noch weiter steigen lassen. Wir diskutieren hier nicht alle denkbaren monetären Transmissionsmechanismen und verweisen auf die www.economics-reloaded.de.)

Bei Vollbeschäftigung kommen also die klassische Nationalökonomie und Keynes zum gleichen Ergebnis. Der Preis für Geld hat eine Lenkungsfunktion im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Knappheit des Geldes sorgt dafür, dass nur noch die rentabelsten Investitionen zum Zuge kommen und der Konsum gar nicht, denn dieser ist nun mal überhaupt nicht rentabel und eine weitere Ausdehnung des Konsums ist auch nicht möglich, weil hierfür erstmal mehr Investitionsgüter nötig sind.

In der Unterbeschäftigung allerdings, die es in der klassischen Nationalökonomie schlicht nicht gibt, kommt die keynessche Theorie und die klassische Nationalökonomie zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen. Da die klassische Nationalökonomie davon ausgeht, dass Kapital knapp ist, ist Kapital die Hürde, die ein Investitionsniveau bis zur Sicherung der Vollbeschäftigung verhindert.

Bei Keynes ist es der Zinssatz, der sich losgelöst von der Realwirtschaft auf dem Geldmarkt bildet, der die Bremse für die Investition bildet.

Anders formuliert: In der klassischen Nationalökonomie sorgt ein hoher Zins dafür, dass mehr gespart wird, wodurch dann mehr Kapital für investive Zwecke zur Verfügung gestellt wird. In der keynesschen Theorie dämpft dieser hohe Zins das Investitionsvolumen, wodurch weniger gespart wird.

Aus dem Titel, „Allgemeine Theorie...“, ergibt sich auch, dass es sich um eine theoretische Durchdringung der Sachverhalte handelt. Was in der öffentlichen Debatte im Vordergrund steht, sind die Schlussfolgerungen, die manche Leute aus dieser Theorie ziehen und dann je nach Situation und politischer Gruppierung Keynes als widerlegt oder bestätigt sehen. Wer Keynes widerlegen oder bestätigen will, muss sich aber mit den theoretischen Konzepten befassen und nicht mit den Schlussfolgerungen, die manche Leute aus diesen theoretischen Konzepten ziehen.

Des Weiteren handelt das Buch von der Beschäftigung. Die klassische Nationalökonomie geht davon aus, dass diese schlicht immer vorliegt, was Keynes bestreitet und wohl auch offensichtlich ist. Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit ist der Normalfall.

Keynes argumentiert hier sehr kompliziert, man kann das aber auch abkürzen. Der Zinssatz wird auf dem Geldmarkt festgelegt. Wenn dieser eine Höhe hat, bei der das Investitionsvolumen ausreicht um Vollbeschäftigung zu erreichen, dann wäre das reiner Zufall.

Der Zins führt in der klassischen Nationalökonomie zur Gleichheit von Investition und Sparen. Ist der Zins hoch, wird viel gespart und wenig investiert. Umgekehrt umgekehrt und irgendwo gibt es dann einen Zins, wo die einen soviel sparen, wie die anderen investieren.

Da die einzige Alternative zu Sparen Konsumieren ist, wird alles, was produziert wird, auch abgesetzt. In dieser Logik ist der Zins ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Bedenkt man, dass die einen Geld sparen und die anderen Kapital in seiner liquidesten Form brauchen, um zu investieren, also in Geldform, dann ändert sich das Bild. Wir erhalten einen Geldmarkt, den es in der klassischen Nationalökonomie gar nicht gibt. Es gilt dann keine einzige Annahme der klassischen Nationalökonomie mehr, siehe 3.1.

Man hätte natürlich auch einfacher argumentieren können. Der Zins wird schlicht von der Zentralbank festgelegt. Allerdings ist das für die keynessche Theorie sowenig entscheidend, wie die Tatsache, dass von den organisatorischen Bedingungen des Geldmarktes abstrahiert wird.

Entscheidend ist, dass der Gütermarkt mit dem Geldmarkt konkurriert und letzterer am längeren Hebel sitzt. Wenn das weltweite BIP 70 Billionen Dollar beträgt und 30 Billionen Dollar an den Aktienbörsen gehandelt werden, dann kann man sich unschwer ausrechnen, dass die Wirkung gewaltig wäre, wenn diese 30 Billionen Dollar in die Realwirtschaft einströmen.

Geld ist in der klassischen Nationalökonomie lediglich ein Schleier. Verdoppelt sich die Geldmenge, verdoppeln sich die Preise, ohne dass sich die Relationen zwischen den Preisen ändern.

In der keynesschen Theorie hat Geld eine erhebliche Bedeutung, denn um eine Investition zu tätigen, braucht man Geld. Wo dieses herkommt, ob es nicht konsumierte Einkommensströme der Vergangenheit sind oder nicht konsumierte Einkommensströme der Zukunft, ist weitgehend egal.

Dieses Geld hat nun einen zwiespältigen Charakter. Auf der einen Seite ist es zwar nicht per se knapp, auf der anderen Seite legt aber der Geldmarktzins das Investitionsvolumen fest.

Einfacher formuliert: In der klassischen Nationalökonomie würden die Leute bei Unsicherheit das Geld einfach verkonsumieren. Das Geld würde also eine Nachfrage entfalten. Bedauerlicherweise haben sie aber, das ist der Kern der keynesschen Theorie,

eine Alternative: Geldähnliche Anlagen.

Die zentralen Punkte der keynesschen Theorie werden und wurden also überhaupt nicht widerlegt. Allerdings erscheinen schon dem gesunden Menschenverstand die Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie über die Beschäftigung, den Zins und das Geld als absurd.

Die keynessche Theorie ist also die Basis. Ist diese nicht klar, kann über volkswirtschaftliche Fragen nicht sinnvoll diskutiert werden.

Die Tragweite der keynesschen Theorie ist der breiten Öffentlichkeit völlig unbekannt, obwohl jeder den Namen kennt. Allabendlich beglücken uns selbst die öffentlich rechtlichen Sender, die eigentlich dafür bezahlt werden, relevante Sachverhalte zu erläutern, mit wirren Thesen, die die Börsenkurse erklären sollen.

Die Börsenkurse sind aber nichts anderes als, in den Worten von Keynes, ein beauty contest. Die Akteure stellen Vermutungen darüber an, was andere Akteure glauben und da diese wiederum versuchen sich eine Vorstellung davon zu machen, was die anderen glauben, sind die Börsenkurse das Resultat von Vermutungen über die Vermutungen, die sich die Akteure von den Vermutungen der anderen machen.

Aktien werden gepriesen als gute Geldanlage, weil die Börsenkurse in langen Zeiträumen betrachtet immer steigen. Die Realität dürfte komplizierter sein. Die Börse ist eine Umverteilungsmaschine, bei der im Schnitt die Kleinanleger, die nicht in der Lage sind die Kurse zu manipulieren, verlieren. Ein Überschuss, der verteilt werden kann, ergibt sich nur aus den Dividenden und Renditen. Erlöse aus Kurssteigerungen sind eine reine Umverteilung.

Interessanter als die Kurssteigerungen, ist also die Frage, wer gewonnen und wer verloren hat. Hier ist die Faktenlage dann dünner.

Im Übrigen bestehen Kurssteigerungen erstmal nur auf dem Papier. Sollen diese Kurssteigerungen konsumiert werden, was ja letztlich die einzig sinnvolle Verwendung ist, dann muss diese Nachfrage befriedigt werden. Das passiert aber in der Realwirtschaft. Oder eben auch nicht.

Die Schlussfolgerung, die aus der keynesschen Theorie zu ziehen ist, ist also ungeheuer schlicht. Reichtum entsteht nur durch einen Zuwachs an know how, denn know how ist der einzige Produktionsfaktor, wie schon Alfred Marshall zutreffend bemerkt hat.

Ordoliberalismus

Wir haben dem Ordoliberalismus drei Autoren zugeordnet, wobei allerdings nur einer, Walter Eucken, üblicherweise dem Ordoliberalismus zugeordnet wird. Alfred Müller-Armack gilt als der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, Friedrich Hayek wird, je nach den als relevant erachteten Aspekten, der österreichischen Schule oder dem Neoliberalismus zugerechnet.

Wir haben also wieder das gleiche Problem, das wir schon mit den Begriffen Klassische Nationalökonomie und Neoklassische Theorie hatten. Die Zuordnung verschiedener Autoren unter eine Denkrichtung setzt voraus, dass bestimmte Vorstellungen als wesentlich vorausgesetzt werden. Die Autoren, die diese Vorstellungen teilen, werden dann in dieselbe Gruppe einsortiert und die Unterschiede werden als irrelevant angesehen.

Hinsichtlich der Vorstellungen über Kapital, Zins, Sparen und Geld ähneln sich zum Beispiel David Ricardo und Adam Smith, obwohl ansonsten fundamentale Unterschiede bestehen. Wer die Grenznutzentheorie als entscheidendes distinktives Merkmal nimmt, kann auch Alfred Marshall und Léon Walras der neoklassischen Theorie zuordnen, obwohl sie im Grunde nur wenig Gemeinsamkeiten haben.

Allerdings könnte man mit mehr Recht Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Friedrich Hayek dem Ordoliberalismus zurechnen, als Alfred Marshall und Léon Walras der Neoklassischen Theorie oder Adam Smith und David Ricardo der klassischen Nationalökonomie, denn zwischen Adam Smith und David Ricardo bzw. zwischen Alfred Marshall und Léon Walras bestehen erhebliche Unterschiede in den Vorstellungen über die ökonomischen Kausalzusammenhänge.

Grundlegende Unterschiede in den unterstellten ökonomischen Kausalzusammenhängen bestehen zwischen Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Friedrich Hayek nicht. Alle drei sind im Grunde nichts anderes als Anmerkungen zu Adam Smith.

Die Unterschiede bestehen in der Akzentuierung, wobei klare Trennlinien nicht gezogen werden können. Alfred Müller-Armack betont, dass die Marktwirtschaft „sozial gerichtet“ sein müsse, Walter Eucken insistiert auf dem Ordnungsrahmen. Der Staat soll also für eine ausreichende Wettbewerbsintensität sorgen. Friedrich Hayek verknüpft

die marktwirtschaftliche Ordnung mit Freiheit. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist für ihn der Garant nicht nur der wirtschaftlichen Freiheit, sondern auch der persönlichen Freiheit.

Alle drei, oder vier, „Denkschulen“ werden der Öffentlichkeit als neue und eigenständige Theorien verkauft, was sie nicht sind. Wie Hunderte oder Tausende Autoren vor und danach versuchen sie das Spannungsfeld zwischen der marktwirtschaftlichen Ordnung und „sozialer Gerechtigkeit“, bzw. den Zusammenhang zwischen marktwirtschaftlicher Ordnung und „Freiheit“ auszuloten. Ein Ansatz, der jenseits prinzipieller, allgemeiner Aussagen, die wir schon bei Hunderten und Tausenden von Autoren vorher finden, zu nichts führt.

Unter den Annahmen der klassischen und neoklassischen Nationalökonomie, die bei allen vier Richtungen unterstellt wird, besteht ein trade off zwischen sozialer Gerechtigkeit und Effizienz. Die Herstellung der „sozialen Gerechtigkeit“ im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, Akzeptanz der Primärverteilung so wie sie sich unter Wettbewerbsbedingungen ergibt und anschließende Umverteilung qua Sozialtransfers und Besteuerung, verzerrt die Preisrelationen und führt damit zu einer Fehlallokation der Ressourcen. Des weiteren schwächt sie die Leistungsanreize.

Der trade off besteht allerdings nur unter der Annahme, dass die klassischen und neoklassischen Annahmen, insbesondere Vollbeschäftigung und Kapitalakkumulation als Voraussetzung für Investitionen, korrekt sind. Unter diesen Annahmen ist im Marktgleichgewicht, das von den unterschiedlichen Autoren der Neoklassik immer anders beschrieben wird, wobei die Botschaft immer die gleiche bleibt, das Optimum erreicht. Staatliche Interventionen verringern das Volkseinkommen. Die Herstellung von mehr „sozialer Gerechtigkeit“ geht also zu Lasten der Effizienz. Einfacher formuliert: Der Kuchen hat eine bestimmte Größe und die Frage ist lediglich, wie der Kuchen verteilt wird.

Stimmt man diesen zwei Grundannahmen, Vollbeschäftigung und Kapitalakkumulation als Bedingung für Investitionen nicht zu, wie der Keynesianismus, dann besteht der trade off zwischen Effizienz und sozialer Gerechtigkeit gar nicht.

Herrscht Unterbeschäftigung, dann sind die Ziele Effizienz und soziale Gerechtigkeit nicht nur kompatibel. Je höher der Zielerreichungsgrad des einen Zieles, desto höher

der Zielerreichungsgrad des anderen. Unterbeschäftigung ist die maximal mögliche Fehlallokation, denn die Effizienz ist Null und Unterbeschäftigung ist sozial ungerecht. Der behauptete trade off beinhaltet also schon selbst eine Theorie, wobei die Stichhaltigkeit dieser Theorie weder von Walter Eucken, noch von Alfred Müller-Armack, noch von Friedrich Hayek hinterfragt wird. Sie wird schlicht, in der Tradition der klassischen und neoklassischen Nationalökonomie, vorausgesetzt.

Bei unterschiedlicher Akzentuierung diskutieren Alfred Müller-Armack, Walter Eucken und Friedrich Hayek die Beziehungen zwischen Effizienz, sozialer Gerechtigkeit und Freiheit unter der Voraussetzung, dass die grundlegenden Annahmen der klassischen und neoklassischen Theorie richtig sind. Diese Annahmen sind aber nicht richtig, sie sind falsch, wie wir im Kapitel über Keynes noch zeigen werden und von daher beruht die ganze Diskussion auf falschen Annahmen.

Die interessanteste Position vertritt hierbei Friedrich Hayek. Bei Alfred Müller-Armack und Walter Eucken wissen wir nicht, ob sie überhaupt die internationale Diskussion verfolgt haben, bzw. verfolgen konnten.

Bei Walter Eucken und Alfred Müller-Armack, können wir davon ausgehen, dass sie während des zweiten Weltkrieges, die General Theory of Employment, Interest and Money erschien 1937, von der internationalen Diskussion abgeschnitten waren. Wir müssen das vermuten, denn anders ist kaum erklärbar, dass sie Annahmen als ökonomische Tatsachen darstellen, die in der internationalen Diskussion nicht nur als falsch galten, dann hätten sie immerhin noch eine gewisse Relevanz, sondern schlicht und einfach schon gar nicht mehr diskutiert wurden.

Niemand ging mehr in den vierziger Jahren davon aus, dass die freie Marktwirtschaft zwingend zur Vollbeschäftigung führt, niemand betrachtet mehr die Kapitalakkumulation als notwendige Voraussetzung für Investitionen, niemand ging mehr davon aus, dass Kapital überhaupt ein Produktionsfaktor ist, niemand behauptete mehr, dass sich der Zins auf dem Kapitalmarkt bildet und Sparen und Investieren in Übereinstimmung bringt, jeder hatte die Bedeutung der Geldmärkte verstanden und jeder wusste, dass es zu sparen und konsumieren eine Alternative gab, nämlich spekulieren, und damit der Glaube an das Gesetz von Say erschüttert war.

Wenn dennoch beide von der Gültigkeit dieser Annahmen ausgingen und es nicht mal

für notwendig erachteten, diese zu hinterfragen, kannten sie entweder die internationale Diskussion nicht oder sie gingen davon aus, wahrscheinlich zutreffend, dass ihr Publikum diese ebenfalls nicht kannte.

Der Fall Friedrich Hayek allerdings ist anders. Hayek lebte in England, kannte Keynes persönlich und war mit der internationalen Diskussion bestens vertraut, auch wenn er inhaltlich zu dieser Diskussion nichts beitragen konnte. Diskutiert werden seine Thesen, z.B. seine Konjunkturtheorie, nur noch im innersten Kreis der Anhänger der österreichischen Schule.

Sein Ansatz ist aber ein anderer. Er diskutiert gar nicht mehr im Rahmen ökonomischer Zusammenhänge und hier wären seine Vorstellungen auch nicht „anschlussfähig“ an die internationale Debatte. Er hat es also vorgezogen, die Debatte zu verlagern. Für ihn geht es weniger um Effizienz, als um Freiheit. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist also nicht überlegen, weil sie für eine optimale Ressourcenallokation sorgt, sondern weil sie der Garant der wirtschaftlichen und damit, nach Hayek, auch der persönlichen Freiheit ist. Er argumentiert also gar nicht mehr ökonomisch. Selbst wenn die marktwirtschaftliche Ordnung also die oben genannte Probleme, Unterbeschäftigung und sehr ungleiche Einkommensverteilung, hätte, ist sie trotzdem das überlegene System, denn sie garantiert die Freiheit. Die Diskussion bewegt sich damit weg von einer Analyse ökonomischer Kausalzusammenhänge, hin zu einer eher „politischen“ Debatte.

Diskutiert wird also, mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, das Spannungsfeld wirtschaftlicher Ordnungsrahmen \Leftrightarrow Effizienz, wirtschaftlicher Ordnungsrahmen \Leftrightarrow gerechte Verteilung, wirtschaftlicher Ordnungsrahmen \Leftrightarrow Freiheit, wobei alle drei Spannungsfelder in allen vier Richtungen, Ordoliberalismus, Soziale Marktwirtschaft, Neoliberalismus und Österreichische Schule eine Rolle spielen.

Wir haben also im Vergleich zur klassischen/neoklassischen Nationalökonomie Verbindungen, die im ursprünglichen Modell nicht vorgesehen waren. In der klassischen/neoklassischen Nationalökonomie geht es nur um das erste Spannungsfeld, wirtschaftlicher Ordnungsrahmen \Leftrightarrow Effizienz und nur hier handelt es sich um eine rein ökonomische Diskussion, bzw. das zweite Spannungsfeld existiert nur, wenn man die Prämissen der klassischen/neoklassischen Theorie teilt. Das dritte Spannungsfeld gehört eher in den Bereich Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie.

Dass eine freie Marktwirtschaft effizienter ist, als eine Zentralverwaltungswirtschaft ist weitgehend unbestritten. Vorteilhaft kann eine Zentralverwaltungswirtschaft nur in Schwellenländern sein, die für ihre Weiterentwicklung nicht auf Innovationen angewiesen sind, wobei man sich hierbei nur bedingt auf China berufen kann, weil China eher ein „staatskapitalistisches“ System hat.

Die optimale Allokation der Ressourcen setzt eine detaillierte Kenntnis über Knappheit, Nachfrage, Handlungsalternativen, Potentiale jeder einzelnen beteiligten Einheit voraus. Die detaillierteste Kenntnis haben dabei naheliegenderweise immer die individuellen Einheiten selbst, die deswegen in ihrem Umfeld für sich optimal agieren. Agieren alle optimal, ist natürlich auch das Gesamtsystem optimiert. Eine zentrale Planungskommission müsste also soviel wissen, wie alle diese Einheiten zusammen. Das ist unmöglich. Die einzelnen Einheiten sind nicht darauf angewiesen, die inneren Verhältnisse der Einheit, mit der sie kooperieren zu kennen. Sie brauchen nur den Marktpreis der Güter zu kennen, die sie nachfragen. Da diese wiederum unter Wettbewerbsbedingungen zustande kommen, sind diese Preise das Resultat optimaler Ressourcenallokation. Das heißt der Markt erzwingt die optimale Ressourcenallokation, ohne dass eine Notwendigkeit für eine externe Kontrolle und Analyse besteht.

Eine externe Planungskommission müsste sich detailliert mit den inneren Abläufen von Millionen von Wirtschaftseinheiten beschäftigen.

Allerdings stellen sich die Unternehmer diesem Wettbewerb nicht freiwillig, bzw. sie neigen dazu, den Wettbewerb über Preisabsprachen zu umgehen. Der Staat muss also einen Ordnungsrahmen setzen, der eine ausreichende Wettbewerbsintensität sichert, indem er z.B. qua Gesetz gegen Kartelle vorgeht. Walter Eucken plädiert also nicht für einen „laissez-faire“ Kapitalismus, bei dem der Staat sich auf die Durchsetzung des Strafrechts zurückzieht. Er plädiert für einen Staat, der den Wettbewerb aufrechterhält. Einfacher formuliert: Für einen Staat, der die Spielregeln formuliert und durchsetzt. Das ist der Kern des Ordoliberalismus. Im Detail sind die Verhältnisse komplizierter, als Walter Eucken sich das vorstellt, wie wir noch sehen werden.

Der Unterschied zu Adam Smith besteht also lediglich darin, dass Adam Smith die Tendenz, dass die freie Marktwirtschaft sich selber abschafft zwar ebenfalls sah, es aber nicht für möglich hielt, dass der Staat dies verhindern könne.

Ist dieser Ordnungsrahmen gegeben, stellt sich ein Gleichgewicht ein, das den Vorstellungen der Neoklassik entspricht, das heißt der Arbeitsmarkt, der Gütermarkt und der Kapitalmarkt befinden sich im Gleichgewicht. Unterbeschäftigung kann es nur geben, ganz nach der Lehre der klassischen/neoklassischen Nationalökonomie, wenn staatliche Interventionen, etwa ein Mindestlohn, die Preisrelationen verzerren. Interventionen des Staates werden von daher abgelehnt, auch wenn die Problematik, dass das Marktergebnis zu einer sehr ungleichen Verteilung führen kann, grundsätzlich gesehen wird.

Alfred Müller-Armack versucht nun die Quadratur des Kreises. Er verbindet „soziale Gerechtigkeit“ mit freier Marktwirtschaft, will also die Stärke marktwirtschaftlicher Ordnungen, optimale Ressourcenallokation, mit „sozialer Gerechtigkeit“ verbinden. Die Soziale Marktwirtschaft soll also soziale Gerechtigkeit und optimale Ressourcenallokation miteinander verbinden. Akzeptiert man, wie Alfred Müller-Armack etc. dies tun, die Annahmen der klassischen/neoklassischen Nationalökonomie, die ja eigentlich falsch sind, aber davon sehen wir jetzt ab, dann ist das unmöglich, weil jede Umverteilung die Preisrelationen verzerrt. Man könnte höchstens sagen, dass in der Sozialen Marktwirtschaft ein gerecht verteilter kleinerer Kuchen besser ist, als ein ungerecht verteilter größerer Kuchen.

Der Begriff Soziale Marktwirtschaft war in den Wahlen der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts eine kluge Marketingstrategie. Damit konnten auch Wähler gewonnen werden, die bei der SPD mehr „Gerechtigkeitssinn“ vermuteten, obwohl der Begriff eine völlige Leerformel ist, da er keinerlei Aussagen darüber enthält, wie genau denn nun das Ergebnis des Marktes umverteilt wird und wir bei Alfred Müller-Armack keinen einzigen konkreten Aussage hierzu finden.

Wir finden konkrete Aussagen auch nicht in den „Düsseldorfer Leitsätzen über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau“ vom 15. Juli 1949, wo die CDU ihre wirtschaftspolitischen Leitsätze auflistet, zwei Jahre nach „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ und von diesem Werk inspiriert. Wir können weder in dem Werk von Alfred Müller-Armack noch in den Leitsätzen irgendetwas entdecken, was für die damalige Zeit neu gewesen wäre, geschweige denn eine klare Definition von sozial.

Zur Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft stellen wir folgende Leitsätze auf:

1. *Der Leistungswettbewerb ist gesetzlich sicherzustellen. Monopole und Träger marktwirtschaftlicher Macht sind einer institutionell verankerten, unabhängigen und nur dem Gesetz unterworfenen Monopolkontrolle zu unterstellen.*
2. *Wir erstreben gesetzliche Maßnahmen zur Vertiefung einer echten Verantwortung in der Wirtschaft.*
3. *Gesetzliche Maßnahmen zur Verschärfung der Publizität müssen vor allem bei den Kapitalgesellschaften getroffen werden.*
4. *Eine zentrale Aufsicht des Geldwesens ist zum Schutze der Währung erforderlich.*
5. *Marktgerechte Preise müssen entstehen und dürfen weder von staatlicher noch von privater Seite durch Willkür oder Diktat verfälscht werden. Solche Eingriffe verdrängen die Ware vom Markt. Wir bejahen jedoch die organische Preisbeeinflussung mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Geld-, Kredit- und Steuerpolitik, damit die Ware bei sinkenden Preisen in steigendem Maße zum Markt drängt.*
6. *Im Interesse der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten streben wir eine Senkung des deutschen Preisniveaus an. Hierdurch wird zugleich eine Erhöhung des Realeinkommens erzielt.*
7. *Die Bildung von Löhnen und die Festsetzung von Arbeitsbedingungen muss dem Tarifvertragssystem überlassen sein. Leistungslohn und Lohnerhöhungen im Rahmen marktwirtschaftlich richtiger Preise sind zu bejahen. Sie erhöhen Kaufkraft und Nachfrage ebenso wie dies durch Senkung der Preise geschieht*
8. *Technik und Wissenschaft sind mit Nachdruck zu fördern. Sie schaffen neue Bedürfnisse und Arbeitsmöglichkeiten. Sie senken die Gestehungskosten.*
9. *Die „soziale Marktwirtschaft“ schließt freie Berufswahl, Niederlassungsfreiheit, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit ein. Beim Handwerk muss jedoch wie bisher der Befähigungsnachweis (Meisterprüfung) erbracht werden. Das gleiche gilt für alle Berufe, für deren Ausübung der Befähigungsnachweis sachlich notwendig ist.*
10. *Die „soziale Marktwirtschaft“ bejaht und fördert das private Eigentum. Eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Erträge und eine soziale Gesetzgebung müssen aus den vermögenslosen Schichten unseres Volkes in großem Umfange besitzende Eigentümer machen. Neben größtmöglicher Streuung des Eigentums bejahen wir im industriellen Raum Unterehmenformen des Gemeineigentums dann, wenn sie wirtschaftlich zweckmäßig, betriebstechnisch möglich und politisch notwendig sind.*

11. *Die Bildung von Sparkapital wollen wir nachdrücklich fördern.*
12. *Wir fordern eine umfassende Steuerreform insbesondere durch Abbau der geltenden Steuertarife in allen Stufen und durch Vereinfachung des gesamten Steuerwesens.*
13. *Es müssen wirksame Sicherungen gegen Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit geschaffen werden. Solche Mittel sind z. B. eine konstruktive Kredit- und Währungspolitik sowie die Investierungspolitik der öffentlichen Hand.*
14. *Den Außenhandel wollen wir mit allen Mitteln fördern. Der Marshallplan (ERP) wird von uns bejaht.*
15. *Eine deutsche Handelsflotte muss wieder geschaffen werden.*
16. *Die „soziale Marktwirtschaft“ kann nur verwirklicht werden, wenn sie das Vertrauen aller Schichten des Volkes besitzt, d. h. wenn Unternehmer, Arbeiter, Angestellte und Verbraucher aktiv an, ihrer Durchführung beteiligt werden.*

Zusammengefasst ist das marktwirtschaftliche Ordnung mit Kartellgesetz. Das gibt und gab es aber in allen Ländern. Ansonsten strotzt es von inneren Widersprüchen, die wir aber hier nicht alle durchdiskutieren werden. Werden Gewerkschaften zugelassen (7), dann ist es Aufgabe der Tarifparteien die Löhne festzusetzen. Weitere Bemerkungen zum Leistungslohn und Lohnerhöhungen sind dann überflüssig. Die Publizitätspflicht von Kapitalgesellschaften (2) steht seit 1897 im HGB, allerdings können die intendierten Ziele, Schutz der Gläubiger, damit nicht erreicht werden. Ein Problem ist der internationale Finanzmarkt, das hat aber mit Kapitalgesellschaften im Allgemeinen wenig zu tun. Das Geldwesen (4) wurde immer schon von der Zentralbank kontrolliert. Allerdings fehlt der zentrale Punkt in dem Programm. Die Zentralbank muss unabhängig von der Regierung sein, da steckt das Problem. (6) ist eine beggar thy neighbour policy. Senken alle die Preise zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, mal abgesehen von der Frage, wie der Staat das machen sollen ohne massiv zu intervenieren, landet man am Schluss genau am Anfang. Effiziente Produktion ist immer ein gutes Ziel. Weniger intelligent ist das Ziel, eine positive Leistungsbilanz zu haben. (8) ist eine Leerformel. So weit war schon Jean Baptiste Say. Die Frage ist, wie man hier die Mittel optimal alloziert. (8) Die Handwerksrolle ist ein recht massiver Eingriff in die marktwirtschaftliche Ordnung. (10) führt zu Staatsbetrieben à la Telecom, deutsche Bahn, Entsorgungsunternehmen. Mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht vereinbar. (11) führt zu Riester Rente und zu Milliarden Verlusten von Millionen von Sparern. (14) unabhängig davon, dass völlig unklar ist, wie der Staat den Außenhandel fördern will (Hermes Kredite?), ist das inkompatibel mit der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Warum soll man Produkte für das Ausland liefern, wenn man das Inland versorgen kann? (16) Zu befürchten ist, dass das krude Tohuwabohu kein Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft weckt. Es ist sinnfreier Quark.

Der Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft spielen in internationalen Diskussionen keine Rolle. Dafür haben beide zu wenig Substanz. Dass in Deutschland die Konzepte immer mal wieder von der Presse hochgejubelt werden liegt daran, dass es der CDU gelang, diese Konzepte als wissenschaftlich fundierte Antworten auf gesellschaftspolitische Fragen zu verkaufen und die Konzepte dadurch zu verankern. Geholfen hat hierbei auch die Tatsache, dass die soziale Marktwirtschaft und der Ordoliberalismus von zahlreichen Lobbygruppen, die bekannteste ist hierbei die Initiative neue soziale Marktwirtschaft, mit gewaltigen Werbemitteln gepushed werden. Diese Gruppen haben ein massives Interesse, die marktwirtschaftliche Ordnung als stabiles System zu verkaufen.

Die österreichische Schule hat merkwürdigerweise in den USA und in Südamerika Ableger gefunden, allerdings auch dort nicht im akademischen Betrieb. In Spanien allerdings wurde ein ganzer Studiengang eingerichtet, dessen gesamter Lehrplan an der österreichischen Schule ausgerichtet ist. Das ist für die Studenten natürlich bedauerlich, denn sie lernen vier Jahre lang schlicht puren Nonsense.

Eine gravierende Schwäche aller drei Autoren ist ihr Drang, historische Ereignisse, insbesondere das Scheitern der Weimarer Republik, zu interpretieren. Mutig ist hierbei die vollkommene Ignorierung der gesamten, sehr üppigen, Literatur. Das Erklärungsmuster, dem alle drei mehr oder weniger folgen, ist das: Es gab „sozialistische“ Strömungen, dazu gehört auch der Nationalsozialismus, die sind alle kollektivistisch und Kollektivismus führt zu Totalitarismus. Es liegt auf der Hand, dass Hayek in der Geschichtswissenschaft keine Rolle spielt und auch nicht als Ernst zu nehmende Totalitarismustheorie gilt.

Man muss Milton Friedman nicht mögen, aber intellektuell ist er eine andere Liga. Der Neoliberalismus, deren wichtigster Vertreter Milton Friedman ist, teilt manche Positionen mit Friedrich Hayek, allerdings betätigt er sich nicht als Historiker, Gesellschaftskritiker, Soziologe und Philosoph. Er analysiert anhand konkreter Beispiele, wie staatliche Interventionen zu Fehlanreizen führen.

Der Autor ist tatsächlich der Meinung, dass die Volkswirtschaftslehre eine Querschnittswissenschaft ist, die prinzipiell richtigen Konzepte in drei Semestern kurz und bündig vermittelt werden sollten und danach, in Abhängigkeit von dem Berufsziel, eine Spezialisierung im Bereich Informatik, betriebliches Rechnungswesen, Jura, Soziologie, Politikwissenschaften, Medien etc. stattfinden müsste. Diese drei Autoren sind nun allerdings ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte.

Walter Eucken



Für den Ordoliberalismus, als dessen Begründer Walter Eucken gilt, trifft das gleiche zu, wie für die Soziale Marktwirtschaft. Auch der Ordoliberalismus ist lediglich eine Anmerkung zu Adam Smith.

Die Marktwirtschaft kann nur bei ausreichender Wettbewerbsintensität funktionieren. Nur dann ist gewährleistet, dass die Ressourcen optimal genutzt werden können und optimal genutzt werden müssen. Selbstkosten und damit Preise, die höher sind, also sie unter optimalen Einsatz der Ressourcen wären, können sich nicht halten, weil ein Mitbewerber sie unterbieten würde. Für den Kunden bedeutet das niedrige Preise.

Der nicht zu unterschätzende Vorteil dieses Systems besteht darin, dass es sich quasi von selbst kontrolliert. Eine externe Kontrolle ist nicht nötig. Ist der Staat der einzige Anbieter der Leistung, bzw. bestimmt eine zentrale Planungskommission, wie etwas produziert wird, sind die eigentlichen Selbstkostenpreise schlicht unbekannt. Eine effiziente Kontrolle ist damit unmöglich. Die zentrale Planungskommission müsste dem Betrieb nachweisen, dass effizienter produziert werden könnte, was sie aber nicht kann, weil sie über das hierfür nötige Detailwissen nicht verfügt und der Betrieb nahe- liegenderweise kein Interesse hat, ihr dieses zur Verfügung zu stellen.

Ein Betrieb wird also maximal das vorgegebene Soll leisten, aber nie mehr. Leistet er nämlich mehr als das Soll, wird diese Mehr in der nächsten Periode das Soll.

Weiter zwingt der Wettbewerb automatisch zu einer an den Kundenwünschen ausgerichteten Produktion. Im Wettbewerb stehende Unternehmen werden ein breiteres Spektrum an Waren und Dienstleistungen zur Verfügung stellen und den Markt austesten. Erfolgreichere Varianten und Alternativen werden dann von den Mitbewerbern übernommen. Ist der Staat der alleinige Anbieter, wird dieses Entdeckungsverfahren unterbleiben.

Die Zentralverwaltungswirtschaft sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, dass kein Preis ein „richtiger“ Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung ist, weil kein Preis unter Wettbewerbsbedingungen zustande gekommen ist und somit den Selbst-

kostenpreis unter effizienten Produktionsbedingungen widerspiegelt. Die Produktion wird also von vorne herein mit verzerrten Preisen geplant.

Der Informationsbedarf einer Zentralverwaltungswirtschaft ist des Weiteren höher. Während in einer marktwirtschaftlichen Ordnung jedes Unternehmen nur soviel Informationen benötigt, wie es unmittelbar braucht und die ihm (überwiegend) unmittelbar, über Preise, zur Verfügung stehen, muss eine zentrale Planungskommission alle Verflechtungen der Wirtschaft durchdenken.

Das einzelne Unternehmen ist über sein Umfeld, seine technologischen Möglichkeiten, seine persönlichen Fähigkeiten, seine Handlungsalternativen, die benötigten Vorprodukte, seinen Markt etc. weit besser informiert, als die zentrale Planungskommission und kann von daher auf Veränderungen wesentlich schneller reagieren, als die zentrale Planungskommission.

Last not least fehlt verfügt eine zentrale Verwaltungswirtschaft über kein Anreizsystem. Denkbar wäre zwar eine Vergütung nach Leistung, aber dann müsste es eine Möglichkeit geben, eine durchschnittliche Leistung von einer überdurchschnittlichen Leistung zu unterscheiden. Hierfür bräuchte man aber objektive Kriterium, die ja wiederum bei Ausschaltung des Wettbewerbs nicht vorliegen. Weiter würde ein differenziertes Vergütungssystem nach Leistung ja zu einem ähnlichen System führen, wie wir es in der Marktwirtschaft finden, was aber ja gerade nicht gewollt ist.

Die Marktwirtschaft begrenzt Macht. Kein Kunde ist von einem einzelnen Anbieter abhängig, kein abhängig Beschäftigter, von einem einzelnen Arbeitnehmer. Wobei dieses Argument nur im Idealfall zutrifft. Wären abhängig Beschäftigte nicht von ihrem Arbeitgeber abhängig, bräuchten wir kein Arbeitsgesetz, kein Betriebsverfassungsgesetz, kein Kündigungsschutzgesetz etc.. Im Falle eines Konfliktes würden würde einfach der Arbeitgeber gewechselt. Kein Konflikt würde vor dem Arbeitsgericht ausgetragen. Da dies offensichtlich nicht der Fall ist, ist diese Argument wohl eher nur im Idealfall bei hochqualifizierten und damit knappen Qualifikationen zutreffend.

Normalerweise wird davon ausgegangen, dass vor allem Anhänger „linksgerichteter“ Weltanschauungen die Marktwirtschaft ablehnen. Allerdings sah schon Adam Smith, einer der ersten Anhänger dieser Wirtschaftsordnung, das anders. Unternehmer haben unter Umständen gar keine rechte Lust, zueinander im Wettbewerb zu stehen. Für

Unternehmer ist es attraktiver über Preisabsprachen zu Lasten der Kunden den Wettbewerb auszuschalten. Das erlaubt hohe Gewinnspannen bei gemütlicher Arbeitsweise. Die Zeche zahlen die Kunden.

Ohne Wettbewerb nähern wir uns der Arbeitsweise einer Bürokratie. Angestellte im öffentlichen Dienst und Beamte bestreiten das in der Regel, allerdings kaufen auch Angestellte im öffentlichen Dienst und Beamte lieber in einem System ein, das durch den Wettbewerb organisiert ist. Wo also die Preise unter Wettbewerb zustande kommen und die Produktion auf den Kunden ausgerichtet ist.

Die Grenzen zwischen Ordoliberalismus (Walter Eucken), Soziale Marktwirtschaft (Alfred Müller-Armack), Neoliberalismus (Milton Friedman) und Österreichischer Schule (Friedrich Hayek) sind fließend und die Abgrenzungen hängen ab vom Thema. Keine dieser Denkrichtungen ist eine Wirtschaftstheorie im eigentlichen Sinne, weil es hinsichtlich der unterstellten ökonomischen Kausalzusammenhänge keine Unterschiede gibt. Alle vier Denkrichtungen fußen, wenn auch mit leichten Variationen, auf denselben fundamentalen Denkfehlern der klassischen Nationalökonomie hinsichtlich Kapital, Zins, Geld und Sparen. Eine Auseinandersetzung mit dem Keynesianismus findet schlicht nicht statt. Er wird einfach ignoriert.

Da der Ordoliberalismus, wie auch die verwandten Denkrichtungen, nichts zur Theoriebildung beiträgt, spielt er im akademischen Betrieb keine Rolle.

Im Hinblick auf staatliche Interventionen gibt es einen Unterschied zwischen dem Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft auf der einen Seite und dem Neoliberalismus und der Österreichischen Schule auf der anderen Seite. Der Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft betonen die Notwendigkeit des Staates für eine ausreichende Wettbewerbsintensität zu sorgen. Der Staat ist hier also eher Hüter der „Freiheit“. Der Neoliberalismus und die österreichische Schule betonen die Bedrohung der „Freiheit“ durch staatliche Interventionen.

Die Befürchtung, dass die freie Marktwirtschaft dazu tendiert sich selber abzuschaffen, finden wir schon bei Adam Smith. Schon Adam Smith beschreibt, dass Unternehmer, egal wo sie sich treffen, sich über Preisabsprachen und andere Einschränkungen des Wettbewerbs unterhalten. Allerdings bemerkt Adam Smith auch, und die Lektion wurde von Walter Eucken ignoriert, dass staatliche Eingriffe zur Aufrechterhaltung des

Wettbewerbs kaum mit der wirtschaftlichen Freiheit vereinbar sind und diese Bemerkung von Adam Smith, dürfte ernst zu nehmen sein.

Das erste Problem besteht darin, dass es meistens der Staat selbst ist, der den Wettbewerb einschränkt. Staatliche Kontrolle über als relevant erachtete Industrien, wie Alfred Müller-Armack sie fordert, etwa den Schienenverkehr oder die Telekommunikation, die lange staatlich kontrolliert wurden und es teilweise heute noch sind, führt zu all den bereits genannten Problemen.

Ob es in einer global vernetzten Welt so etwas wie einen Mangel an Wettbewerbsintensität überhaupt gibt, kann man bezweifeln. Wenn Güter aus jedem Winkel der Welt herangekarrt werden können und es irgendwo auf der Welt immer jemanden gibt, der die Ware produzieren kann, dann ist immer eine ausreichende Wettbewerbsintensität gegeben. Zumindest wenn der Staat nicht durch tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse den Warenverkehr behindert.

Das Bundeskartellamt mag es als Erfolg feiern, wenn es Kaffeeröstern Preisabsprachen nachweisen kann. Das ist aber das kleinere Problem. Das eigentliche Problem ist, dass nur grüne, also unverarbeitete Kaffeebohnen zollfrei in die europäische Union eingeführt werden dürfen. Mit jeder Verarbeitungsstufe steigt der Zoll auf ein Niveau, das den Import einer höheren Verarbeitungsstufe unterbindet. Damit werden die inländischen Kaffeeröster vor ausländischer Konkurrenz geschützt. Preisabsprachen zwischen inländischen Kaffeeröstern fallen hier nicht mehr ins Gewicht. Walter Eucken meint:

Derartige Zölle [er meint Zölle, die nicht prohibitiv wirken, also die Einfuhr noch möglich ist] zerstören die Wettbewerbsordnung nicht unmittelbar. Sie wirken wie die Vergrößerung der Entfernung zwischen den Ländern. Sie verschieben die Preisrelationen. Aber sie machen es nicht unmöglich, dass das Preisniveau der vollständigen Konkurrenz die Wirtschaftslenkung vollzieht. Insoweit sind Zölle mit der Wettbewerbsordnung vereinbar.

Walter Eucken, Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Tübingen, 2007, Seite 267

Da irrt er gewaltig und zwar in jedem Teilsatz. Die Entfernung der Länder spielt im Übrigen eine untergeordnete Rolle. Äpfel, eine Frucht, die in kaum einem anderen Land

der Welt in so üppiger Menge und Mannigfaltigkeit wächst wie in Deutschland, werden aus aller Herren Länder herangekarrt. Gleiches gilt für die Tomaten. Krabben werden zwar in der Nordsee gefischt, aber in Marokko gepult und dann zurücktransportiert. Bei Kaffee, Kakao, Zucker, um nur mal ein paar prominente Beispiele zu nennen, werden die Preisrelationen durch Zölle gewaltig verzerrt. Ansonsten ist das Argument, dass Zölle nur ein bisschen die Preisrelationen verzerren, aber nicht prohibitiv sind, Schwachsinn. Man könnte dann auch anführen, dass Preisabsprachen nur ein bisschen den Wettbewerb verzerren, aber ansonsten müsste eben diese Preisverzerrung ja neue Anbieter anlocken.

Eine massive Einschränkung des Wettbewerbs haben wir durch die Handwerksrolle. In bestimmten Branchen kann jemand nur ein Gewerbe betreiben, wenn er über einen Meisterbrief verfügt. Das mag bei Gewerben, wo eine nicht fachmännische Ausführung eine Gefahr für die Sicherheit darstellt sinnvoll sein, z.B. Elektrotechniker, bei anderen Branchen jedoch, z.B. Stuckateure, ist das Ziel die Abwehr von Konkurrenten. Dies allerdings ist eine Wettbewerbsbeschränkung, die der Staat zu verantworten hat.

Gleiches gilt auch für Rechtsanwälte. Selber vertreten darf man sich nur vor Amtsgerichten, die Rechtsberatung ist Rechtsanwälten vorbehalten, obwohl es Berufsgruppen gibt, die weit mehr Expertise in einem Rechtsgebiet besitzen als ein Welt, Wald und Wiesen Rechtsanwalt. Betriebsräte z.B. sind nach langjähriger Tätigkeit, so sie nicht vollkommen blöde sind, versierter im Arbeitsrecht als die meisten Rechtsanwälte, wobei Jura insgesamt lediglich eine Ansammlung von Trivialwissen ist und sich praktisch jeder über das Internet in ein paar Stunden in die Komplexität eines Welt, Wald, und Wiesen Problems einarbeiten kann. Handelt es sich nicht um ein Welt, Wald, und Wiesen Problem, nützt ein Rechtsanwalt in der Regel auch nichts.

Ein anderes Monopol schafft der Staat qua Urheberrecht. Dieses ist sinnvoll, wenn es tatsächlich den Urheber schützt. Kaufen aber die großen Player der Musikindustrie ausschließliche Nutzungsrechte in 10.000 Paketen mit dem Ziel, diese Werke aus dem Verkehr zu ziehen und besteht das Geschäftsmodell in der Verfolgung von „Urheberrechtsverstößen“ dann hat der Urheber nichts davon. Die Musikindustrie hat ein Interesse daran, die ausschließlichen Nutzungsrechte über alle musikalischen Werke zu verfügen, sie hat aber Null Interesse daran, das gesamte Repertoire an musikalischen Werken aktiv zu vermarkten.

Die meisten Marktzugangsbeschränkungen sind gesetzlichen Regelungen geschuldet. Dass Preisabsprachen in einer globalisierten Welt langfristig Bestand haben können, darf bezweifelt werden. Überhöhte Preise ziehen Konkurrenten an. Globale Preisabsprachen sind schlicht unmöglich. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist entbehrlich, wenn der Staat den Wettbewerb nicht behindert.

In der öffentlichen Debatte wird oft angeführt, dass das „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ von 1965 das konkrete Ergebnis des Ordoliberalismus gewesen sei. Tatsächlich gibt es Gesetze gegen Wettbewerbsbeschränkungen in allen modernen Industriestaaten und das erste in modernen Zeiten ist der Sherman act von 1890 (USA). Gesetze, die sich gegen Wettbewerbsbeschränkungen richten gab es aber schon im Mittelalter. Der Ideengehalt des Ordoliberalismus ist älter als die grünen Hügel Afrikas. Den Anhängern und Angestellten des Walter Eucken Instituts gelingt es zwar, die Ideen Walter Euckens als subtile Einsichten darzustellen, was den Zugang zur Politik und damit auch zur staatlichen und privaten Förderung erleichtert, aber de facto ist es alter „Wein in neuen Schläuchen“.

Entscheidungen der Kartellbehörden auf nationalem oder internationalem Niveau stoßen bei Insidern, das heißt bei Leuten, die auf dem Gebiet tätig sind, öfter mal auf totales Unverständnis. Unterstellt wird dann, dass die Entscheidungen der Kartellbehörden weniger durch das Bestreben motiviert sind den Wettbewerb aufrecht zu erhalten, als durch den Wunsch, Einnahmen zu erzielen.

Ein Beispiel hierfür wären die ewigen Klagen gegen Microsoft und die Verurteilungen zu sehr hohen Strafen. Ein kurioses Beispiel ist hierbei die Auseinandersetzung um den Internet Explorer. Solange man den Internet Explorer kostenpflichtig kaufen musste und er nicht Teil des Betriebssystem war, war die Welt für die europäische Kartellbehörde in Ordnung. Als Microsoft den Internet Explorer kostenlos mit dem Betriebssystem auslieferte, nutzte Microsoft, so die Kartellbehörde, seine marktbeherrschende Stellung aus. Allerdings sieht niemand so richtig das Problem. Ist ein Browser vorhanden, kann der User innerhalb von zwei Minuten jedes x-beliebige Konkurrenzprodukt herunterladen. Ist aber kein Browser vorhanden, muss der User sich einen solchen erstmal beschaffen. Microsoft machte dann den Unsinn mit und installierte alle Browser, so dass der User die Möglichkeit hatte, sich die jeweils neueste Version mit einem x-beliebigen Browser herunterzuladen. Das war zwar weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung, aber es war viel Lärm um nichts. Das generierte zwar Einnahmen, die Strafen waren saftig

und sicherte Jobs bei der europäischen Kartellbehörde, für den Konsumenten allerdings brachte das alles nichts.

Der Glaube, dass eine Behörde nicht auch eigene Interessen vertritt, ist völlig abwegig. Für wirkliche Monopole, wie etwa den vom DuMont & Schauberg Verlag betriebenen Bundesanzeiger, der qua Gesetz eine Geldmaschine ist, fühlt sich im übrigen das Bundeskartellamt nicht zuständig.

Walter Eucken plädiert wortreich und mäandernd für die Notwendigkeit eines Ordnungsrahmens. Also feste Spielregeln, an die sich alle zu halten haben. So wortreich wie unkonkret spricht er sich dann gegen den Interventionismus aus, das heißt gegen staatliche Maßnahmen, die sich nicht aus dem allgemein gültigen Ordnungsrahmen ergeben, sondern auf eine spezifische Situation mit einer spezifischen Maßnahme reagieren.

Die erste Idee, das mit dem allgemeinen Ordnungsrahmen, ist nun nicht neu. Es ist geradezu die Definition des Rechtsstaates. Der Rechtsstaat agiert aufgrund allgemeiner, für alle gleichermaßen gültigen Gesetze. Die Erkenntnis ist aber nicht neu. Dass dies so sein muss, braucht man auch niemandem zu erklären.

Bei der zweiten Aussage wird es schon schwieriger. Regierungen werden gewählt, um zu handeln und im Verlaufe einer Legislaturperiode können sich durchaus Situationen ergeben, die vom Ordnungsrahmen gar nicht abgedeckt sind. Der Regierung bleibt dann gar nichts anderes übrig, als ad hoc zu reagieren. Der Wähler hat dann bei der nächsten Wahl die Möglichkeit, den Erfolg der Maßnahme zu bewerten, bzw. er kann darüber entscheiden, ob die Maßnahme konform geht mit seinen politischen, sozialen, ethischen, philosophischen Standpunkten und das Ergebnis der Maßnahme ebenfalls seinen Vorstellungen entspricht. Bei dem erstgenannten geht es um das Ziel der Maßnahme, bei letzterem um die Frage, ob das Mittel geeignet war. Das sind die interessanten Fragen in einer Demokratie und darum dreht es sich in der Praxis.

Da wo Walter Eucken von Friedrich Hayek abschreibt, wird es konfus.

Eine gut funktionierende Wettbewerbsordnung vermag den Menschen nicht bloß vor wirtschaftlicher Not zu bewahren. Sie allein schützt ihn vor der Gefahr des Totalitarismus.

Walter Eucken, Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Tübingen 2007, Seite 318

Eine gut funktionierende Wettbewerbsordnung schützt niemanden vor dem Totalitarismus. Als totalitär wird ein Staat bezeichnet, der das Individuum in allen Bereichen des sozialen Lebens Wirtschaft, Bildung, Kultur etc. kontrolliert und bei dem Polizei, Justizsystem, Militär dem Regime direkt untergeordnet sind, so dass jeder Widerstand durch massiven Terror gebrochen werden kann. Das Regime kann hierbei durchaus marktwirtschaftlich orientiert sein, aber hinsichtlich des religiösen Bekenntnisses, alternativer Lebensweisen, Kleiderordnung, sexueller Orientierung, Kunst und Kultur jede Abweichung verfolgen. Zumindest der Iran des Ayatollah Chomeini war ein totalitärer Staat mit freier Marktwirtschaft und funktionierender Wettbewerbsordnung. Lediglich autoritäre Staaten mit freier Marktwirtschaft gibt es zuhauf, z.B. Chile unter Pinochet, von Hayek als Freiheitskämpfer verehrt, ist hierfür ein Beispiel.

Die funktionierende Wettbewerbsordnung allein schützt auch niemanden vor wirtschaftlicher Not. Die David Ricardo Welt hat eine funktionierende Wettbewerbsordnung und garantiert bis in alle Ewigkeit maximales Elend für eine maximale Anzahl an Menschen. Kapitalakkumulation hat bei David Ricardo den Sinn, die Anzahl der Menschen, die in totalem Elend leben zu vergrößern. Um dieses Ziel zu erreichen, verzichtet der Kapitalist sogar darauf, sein Kapital einfach zu konsumieren.

Es ist die Demokratie, die die Freiheit schützt. Hayek und Eucken können da noch so lange jammern. Ist die Mehrheit in einer Demokratie der Meinung, dass der Ordnungsrahmen die falschen Ziele verfolgt oder die Ziele mit dem Ordnungsrahmen nicht erreicht werden können, dann wird der Ordnungsrahmen keinen Bestand haben. So einfach ist das.

Hayek vermutet dann, dass dies auch zu einem totalitären Staat führen kann, und dass eine totalitäre Demokratie möglich ist. Diese Konstellation gibt es allerdings nicht, gab es noch nie und ist theoretisch nicht plausibel. Was es gibt, gab und theoretisch möglich ist, sind totalitäre Regime mit einer freien Marktwirtschaft. Saudi-Arabien hat eine freie Marktwirtschaft, aber ansonsten sind dort alle persönlichen Freiheiten sehr begrenzt.

Möglich ist das: In einem demokratischen Entscheidungsprozess kann eine totalitäre Partei einen Regierungsauftrag erhalten und diese schafft dann die Demokratie ab. Ist die Demokratie abgeschafft, ist es aber mitnichten eine totalitäre Demokratie. Es ist dann schlicht gar keine Demokratie mehr, sondern eben ein totalitärer Staat. Eine

totalitäre Demokratie kann es nicht geben, weil es mit hoher Wahrscheinlichkeit gelingen würde, der totalitär regierenden Mehrheit einen Teil der Wähler abzunehmen und selber an die Macht zu kommen. Die totalitär regierende Mehrheit muss also immer damit rechnen, für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Allerdings besteht keine Notwendigkeit, die abstrusen Planspiele von Hayek zu durchdenken, weil ja der empirische Befund eindeutig ist. Es gibt keine totalitären Demokratien, es gab noch nie welche und es wird nie welche geben.

Die Demokratie hat einen ganz schlichten „Ordnungsrahmen“. Alle paar Jahre wird gewählt und Macht hat eine Regierung nur für eine bestimmte Zeit. Das zentrale Problem von Demokratien ist auch nicht, dass eine Mehrheit eine Minderheit unterdrückt. Das zentrale Problem ist, dass Mehrheiten in der Regel äußerst instabil sind. Mehrheiten gibt es nicht. Mehrheiten sind ein Sammelsurium von Minderheiten.

Kommt es zu einer großen Koalition, weil eben eine regierungsfähige parlamentarische Mehrheit nicht zustande kommt, dann ist diese ebenfalls instabil, weil jede Partei Eigeninteressen verfolgt. Dauerhafte Mehrheiten sind also extrem unwahrscheinlich und damit auch der Missbrauch von Macht. Wer in einer Demokratie Macht missbraucht, muss damit rechnen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Von daher ist das ganze Geschwurbel, das wir extrem bei Hayek und ab und an bei Walter Eucken finden, völlig irrelevant. Das einzige, was die Freiheit gefährdet, ist die Abschaffung der Demokratie.

Ein autoritäres oder sogar totalitäres System wird bombensicher die Freiheit eines Teiles der Gesellschaft einschränken, denn ein Teil der Gesellschaft wird ein vom Regime nicht toleriertes Verhalten zeigen. Wäre dem nicht so, bräuchte es ja nicht autoritär oder sogar totalitär sein. Mit der Hayek Logik landet man also logisch schlüssig bei Pinochet, was bei Hayek ja auch tatsächlich der Fall war.

Geht man davon aus, dass die Garantie wirtschaftlicher Freiheit automatisch auch die persönliche Freiheit sichert, gelangt man zu einem Diktator, der die wirtschaftliche Freiheit zusichert. Da diese aber automatisch auch die persönliche Freiheit sichert, kann die Hälfte der Bevölkerung in Arbeitslagern sein und trotzdem die persönliche Freiheit gesichert sein.

Der Denkfehler von Hayek besteht darin, dass er als wesentliches Charakteristikum der Demokratie die Herrschaft der Mehrheit ansieht. Das ist eine notwendige, aber keiner hinreichende Bedingung. Dazu kommt die Herrschaft auf Zeit. Sollte sich entgegen aller Wahrscheinlichkeit Mehrheiten halten können, kann man auch in die Verfassung reinschreiben, wie dies in manchen Ländern der Fall ist, dass die Präsidentschaft auf zwei Wahlperioden begrenzt ist.

Alfred Müller-Armack



Alfred Müller-Armack gilt als der Begründer der „Sozialen Marktwirtschaft“. Kurz umrissen lässt sich die soziale Marktwirtschaft wie folgt beschreiben: In der Sozialen Marktwirtschaft überlässt es der Staat dem Markt zu entscheiden wer, was, wie für wen produziert, allerdings korrigiert er hinsichtlich der Verteilung nachträglich das Ergebnis des Marktes.

Dieses Konzept ist allerdings weder eine deutsche Erfindung, geschweige denn eine von Alfred Müller-Armack, noch ist es neu. Praktisch alle modernen Industriestaaten haben eine ähnliche Entwicklung hin zu mehr sozialem Ausgleich durch Sozialtransfers und Besteuerung hinter sich. Reine Marktwirtschaften ohne irgendeine Art von sozialen Sicherungssystemen gibt es praktisch nur in Entwicklungsländern, wo der Staat schlicht nicht in der Lage ist, eine soziale Mindestabsicherung zu gewährleisten.

Alfred Müller-Armack beschreibt die „Soziale Marktwirtschaft“ so:

Wir sprechen von „Sozialer Marktwirtschaft“, um diese dritte [die anderen zwei sind Liberalismus à la Hayek/Friedman und Zentrale Verwaltungswirtschaft] wirtschaftspolitische Form zu kennzeichnen. Es bedeutet dies, wie aus allem bisher gesagten zur Genüge hervorging, daß uns die Marktwirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur dass dies eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll.

aus: Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, München, 1990, Seite 96

Dass Marktradikale à la Hayek, Friedman, von Mises hier auf die Barrikaden gingen, ist naheliegend. Der Begriff sozial gesteuerte Marktwirtschaft ist unbestimmt. Es gibt keine gesteuerte Marktwirtschaft. Eine gesteuerte Wirtschaft, ist keine Marktwirtschaft, sondern eine Zentralverwaltungswirtschaft. Die oben genannten plädieren also für eine Marktwirtschaft ohne Adjektive.

Wir konzedieren, dass auch unsere eingangs genannte Definition Schwächen auf-

weist. Die Idee der freien Marktwirtschaft ist die Koordination über Preise als Spiegelbild der Knappheit. Je höher die Preise, desto knapper ist ein Gut und desto größer der Zwang und Anreiz, die Ressourcen an die Knappheitssignale anzupassen und sie optimal zu nutzen, als Produzent und als Nachfrager. Genau so klar ist allerdings, dass Sozialtransfers und Besteuerung die Knappheitssignale verzerren. Ist zum Beispiel die Besteuerung so hoch, dass netto der Sozialtransfer höher ist als Einkommen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, unterbleibt zunehmend die Arbeitsaufnahme, um mal ein extremes Beispiel zu nennen.

Tendenziell werden von Sozialtransfers die Branchen profitieren, die Güter des täglichen Bedarfs herstellen, also Nahrung, Kleidung, Wohnung, Hygieneartikel. Würde man einkommensstarke Bevölkerungsgruppen weniger stark besteuern, würden diese mehr Geld für Luxusgüter ausgeben. Die Effizienz der Leistungserstellung bleibt hiervon aber unberührt, da diese ja nach wie vor unter Wettbewerbsbedingungen stattfindet. Ein Problem kann höchstens sein, dass z.B. weniger Mittel in Forschung und Entwicklung gesteckt werden und mehr in Sozialtransfers, so dass langfristig die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sinkt.

Die sozial gesteuerte Wirtschaft allerdings impliziert auch die direkte Leistungserstellung durch den Staat, bzw. die Definition schließt dies nicht aus. In diesem Falle würde die Leistungserstellung nicht unter Wettbewerbsbedingungen erfolgen.

Allerdings ist der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ bereits theoriegeladen. Der Begriff zieht ja seine Aussagekraft aus der Tatsache, dass er zwei vermeintlich unvereinbare Dinge miteinander verbindet. Sozial und Marktwirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft ist also so was wie ein schwarzer Schimmel, ein Oxymoron, wohingegen die von Müller-Armack ebenfalls genannte liberale Marktwirtschaft eher ein Pleonasmus ist, so was wie das viereckige Quadrat.

Dem liegt die Idee zugrunde, dass das Resultat einer marktwirtschaftlichen Ordnung ein Kuchen bestimmter Größe ist, den man dann sozial akzeptabel verteilen muss. Soll heißen: Wenn der eine Yacht am Mittelmeer hat, dann lebt der andere in einer Bruchbude, weil man entweder Yachten baut oder eben Wohnhäuser, aber nicht beides.

Das heißt die soziale Marktwirtschaft basiert auf den gleichen irrigen Vorstellungen wie die klassische Nationalökonomie, sie geht von Vollbeschäftigung aus und ist ins-

gesamt ein wenig ambitioniertes Unternehmen. Der Autor würde schlicht Yachten und Wohnhäuser bauen und gut ist, denn das ist in der unterbeschäftigten Wirtschaft möglich. Probleme gibt es aus produktionstechnischer Sicht nur bei den Yachten, weil hierfür qualifizierteres Personal notwendig ist. Das mit den Häusern sollte kein großes Problem sein.

Der Autor versteht zwar nicht, worin der Reiz besteht sinnfrei durch das Mittelmeer zu cruisen, aber das muss er auch nicht verstehen. Das blaue Meer kann man sich mal 1 Stunde anschauen, aber dann reicht es. Aber jedem das Seine, Gott für uns alle.

Das Problem ist nicht, ob die freie Marktwirtschaft „unsozial“ ist. Das Problem ist, dass sie nicht so effizient ist, wie Adam Smith sich das vorstellt. Sie lässt Unterbeschäftigung zu und das ist eben total ineffizient. Hätten wir in einer vollbeschäftigten Wirtschaft ein Verteilungsproblem, dann verbliebe als Lösung nur noch die Umverteilung. Wir haben aber nie eine vollbeschäftigte Wirtschaft. Es geht also auch bei Keynes nicht um soziale Gerechtigkeit. Es geht um Effizienz.

Alfred Müller-Armack ist sich über den Charakter marktwirtschaftlicher Ordnungen im Unklaren.

Begreifen wir die Marktwirtschaft als variablen Rechnungs- und Signalapparat, so ist in dieser formalen Bestimmung ihres Wesens gleichzeitig gesagt, dass dieser Apparat das Ziel des Wirtschaftens nicht von sich aus bestimmt, sondern als ein Datum hinnimmt. Ob wir die durch die marktwirtschaftliche Einkommensverteilung gegebenen Bedarfsgrößen einfach annehmen oder sie durch eine Einkommensumschaltung verändern, ist für den Rechnungsapparat gleichgültig. So gesehen, ist er ein formales Verfahren, welche in den verschiedensten sozialen Rahmen zu funktionieren vermag.

aus: Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, München, 1990, Seite 101

Die „Einkommensumschaltung“, zu Deutsch Umverteilung qua Sozialtransfer, verändert natürlich die Knappheitssignale des Marktes.

Wer will, kann die Marktwirtschaft als Rechnungs- und Signalapparat bezeichnen. Soll

heißen: Die Marktakteure reagieren auf die von den Preisen ausgesendeten Knappheitssignale mit einer Reallokation ihrer Ressourcen. Das ist besser als die „astronomische“ Sicht auf die Wirtschaft eines Léon Walras, aber bewusste Entscheidungen werden weder im Weltall getroffen, noch trifft der Apparat solche Entscheidungen. Im ersten Fall, das ist die Position von Léon Walras, halten die universell gültigen Gesetze der Ökonomie die Wirtschaft so stabil im Gleichgewicht, wie die Gravitationskraft die Planeten auf ihrer Bahn hält. Ohne jedes menschliche Zutun. Im zweiten Fall reagiert irgendjemand mechanisch auf Signale, ähnlich wie ein Autofahrer mechanisch und quasi unbewusst auf Verkehrssignale reagiert. In beiden Fällen handelt es sich um das, was Schumpeter eine statische Wirtschaft nennt, bei der sich jahrein -jahraus die Wirtschaft lediglich reproduziert. Für eine solche Wirtschaft ist der Begriff Apparat korrekt. Haben alle die Vorgänge zehnmal wiederholt, braucht niemand mehr allzu viel zu überlegen.

Ein Ziel allerdings kennt die Marktwirtschaft schon. Die Produktion folgt der Nachfrage, also den Präferenzen. Sie funktioniert also nicht in jedem sozialen Rahmen. Eine „Einkommensumschaltung“, die zu vollständigen Eliminierung von Einkommensdifferenzen führt, hätte erhebliche Auswirkungen. Jemand der z.B. studiert, würde sich schlechter stellen, als jemand, der dies nicht tut, weil er ein Zeit lang gar nichts verdient und anschließend nicht mehr, als derjenige, der gleich eine Arbeit aufnahm.

Zwischen der sozialen Marktwirtschaft, dem Ordoliberalismus und den Neoliberalismus gibt es keine Unterschiede zwischen den unterstellten ökonomischen Kausalzusammenhängen. Sie unterscheiden sich lediglich in der Bedeutung, die sie der Sozialpolitik, der Ordnungspolitik und der ökonomischen Freiheit beimessen, wobei alle drei Bereiche in allen vier Denkrichtungen eine Rolle spielen.

Bei der sozialen Marktwirtschaft liegt der Schwerpunkt eher auf dem Feld der Sozialpolitik. Der Staat soll also aus sozialen Gründen in die Wirtschaft eingreifen, direkt oder indirekt. Der Ordoliberalismus betont die ordnungspolitische Funktion des Staates. Der Staat soll insbesondere für den Erhalt einer ausreichenden Wettbewerbsintensität sorgen, sich aber ansonsten raushalten. Der Neoliberalismus sieht die marktwirtschaftliche Ordnung als Garant der persönlichen Freiheit. Die wirtschaftliche Freiheit, die gegeben ist, wenn der Staat nicht interveniert, garantiert also auch die persönliche Freiheit.

Was die Annahmen über die ökonomischen Kausalbeziehungen angeht, bestehen allerdings keine Unterschiede. Alle irrigen Annahmen der klassischen Nationalökonomie hinsichtlich Kapital, Geld, Zins und Sparen werden übernommen. Keynes ist an allen vier Richtungen komplett vorbeigegangen.

(Wenn man Milton Friedman außer acht lässt. Der ist nicht nur der bekanntest Neoliberale, sondern eben auch der Begründer des Monetarismus und der Monetarismus unterstellt keynesianische monetäre Transfermechanismen, auch wenn er unter speziellen Annahmen zum gleichen Ergebnis kommt, wie die simple Quantitätstheorie des Geldes.)

Auch die verschiedenen Themenschwerpunkte finden wir schon bei Adam Smith. Schon Adam Smith spricht sich, wie auch Jean Baptiste Say, für eine Armenfürsorge aus. Dass marktwirtschaftliche Ordnungen dazu tendieren, sich selber abzuschaffen, stellte schon Adam Smith fest. Unternehmer ziehen es vor, durch Preisabsprachen dem Wettbewerb zu entgehen und so höhere Preise durchzusetzen. Dass staatliche Interventionen die wirtschaftliche Freiheit einschränken, haben Adam Smith und Jean Baptiste Say ebenfalls bereits festgestellt.

Wir finden ebenfalls in allen drei Denkrichtungen das sinnfreie Geschwafel über Freiheit.

Es ist nicht so, als ob die geistige Freiheit und Unabhängigkeit schon durch die Marktwirtschaft als solche gesichert würden, in jedem Fall bedarf es dazu noch des Mutes, der auf seiner Freiheit besteht. Aber es scheint uns aussichtslos zu sein, von einer wirtschaftlich unfrei organisierten Gesellschaft auf die Dauer erwarten zu wollen, dass sie sich den Sinn für ihre Ideale bewahrt. In der Vergangenheit waren der deutsche Patriarchalstaat und das preußische Beamtenregiment schlechte Schulen freiheitlicher Gesinnung. Wir haben einen hohen Preis dafür zahlen müssen. Können wir von einer total fortgeführten Wirtschaftslenkung etwas anderes erwarten als die Fortsetzung dieses Verhängnisses?

aus: Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, München, 1990, Seite 115

Der erste Satz geht gegen Hayek, der nimmt an, dass mit der wirtschaftlichen Freiheit

auch automatisch die persönliche Freiheit, Recht auf freie Religionsausübung, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, Recht auf freie Berufswahl, etc. etc. garantiert ist.

Die Aussage ist tendenziell richtig, zumindest wenn wir Freiheit eher abstrakt und weniger konkret fassen. Die marktwirtschaftliche Ordnung, wie auch die Demokratie, sind Entdeckungsverfahren. Sie haben also kein klar definiertes Endziel. Von daher werden sie durch Kritik und alternative Lebensmodelle auch nie in ihrem Kern angegriffen, denn das Aufzeigen von Alternativen ist sozusagen Programm. Die Demokratie und die marktwirtschaftliche Ordnung zielen auf Veränderung, andernfalls wären sie ja sinnlos, bzw. statisch. Eine Demokratie, die keine Handlungsalternativen mehr aufzeigt, ist keine und eine Marktwirtschaft, die jahrein -jahraus immer die gleiche Menge, zu gleichen Preisen auf die gleiche Art für die gleichen Leute produziert, könnte auch planwirtschaftlich organisiert werden.

Allerdings gibt es real sehr viele Staaten, die zwar auf rein ökonomischem Gebiet für Handlungsalternativen offen sind, die persönlichen Freiheiten aber stark einschränken, wenn es um Fragen der Religion, der politischen Verfassung, Kritik am Herrscherhaus, sexuelle Präferenzen, Kleiderordnung, allgemeiner Zugang zu beruflichen und anderen Tätigkeiten etc. geht.

Entscheidend für die persönliche Freiheit ist ein Grundkonsens über die Bedeutung demokratischer Entscheidungsfindungsprozesse, nicht der wirtschaftliche Ordnungsrahmen. Dies ist auch der empirische Befund. Wir haben viele mehr oder weniger freie Marktwirtschaften mit stark eingeschränkten persönlichen Freiheiten, etwa den Iran der Ayathollahs, Saudi Arabien, Peru unter Fujimori, Indonesien unter Suharto. Aber wir haben kein einziges Beispiel für eine Demokratie, wo die persönlichen Freiheiten, wenn wir von Konflikten zwischen fundamentalen Grundrechten absehen, eingeschränkt sind.

Hayek, von dem hat Müller-Armack abgeschrieben, sieht das genau andersherum. Die Demokratie ist die Gefahr für die Freiheit und die Marktwirtschaft der Garant. Es ist genau umgekehrt. Er sieht das falsch. Der empirische Befund und die Logik sprechen gegen die These von Hayek.

Als Beweis für seine These führt Hayek an, dass Demokratien zu totalitären Staa-

ten führen können. Er meint damit das nationalsozialistische Regime und das stalinistische Russland. Ersteres ist nur halblegal an die Macht gekommen und hat das entscheidende Merkmal einer Demokratie, Herrschaft auf Zeit, außer Kraft gesetzt. Letzteres ist nie demokratisch legitimiert worden. Er behauptet, dass Demokratien mit militärischen Mitteln abgesetzt werden können. Das ist zwar richtig, sagt aber nichts gegen die Demokratie.

Lösen wir uns jetzt von einer theoretischen Freiheit und gehen über zu einer praktischen Freiheit, also zur konkreten Handlungsoptionen, wird es noch komplizierter, denn dann ist die These von Hayek nur richtig, wenn die marktwirtschaftliche Ordnung so effizient ist, dass tatsächlich ein Handlungsspielraum vorhanden ist.

Hayek ist hier wohl implizit, wenn man dies nicht voraussetzt, sind seine Aussagen sinnlos, ein Anhänger der neoklassischen Theorie. Folgt man dieser Theorie, wird Arbeit auf einem Lohnniveau knapp, das deutlich über dem Existenzminimum liegt. Arbeit ist also so knapp, dass die Unternehmer tatsächlich den Lohn bezahlen, der dem (monetären) Grenzprodukt der Arbeit entspricht. Denkbar ist aber auch das David Ricardo Szenario. Das Angebot an Arbeit, also Leute die Arbeit suchen, ist so groß, dass lediglich das Existenzminimum bezahlt wird.

Im letzt genannten Szenario wird die Freiheit reichlich theoretisch, denn bei einem Einkommen auf dem Niveau des absoluten Existenzminimums gibt es keine Freiheit.

Richtig formuliert muss die These also so lauten: Eine florierende Wirtschaft mit geringer Arbeitslosigkeit und hoher Produktivität bietet mehr Freiräume als eine stagnierende Wirtschaft mit hoher Arbeitslosigkeit und geringer Produktivität. Dem kann man vollkommen zustimmen, allerdings weiß das jeder, ganz ohne Hayek.

Ob die „Freiheit und Unabhängigkeit“ gesichert ist, hängt weniger von dem Mut ab, auf diese Freiheit zu bestehen, als von der tatsächlichen Möglichkeit dies zu tun, also vom Geldbeutel.

Was den Punkt mit dem preußischen Beamtenregiment angeht, die eine schlechte Schule freiheitlicher Gesinnung ist, hat er zweifelsohne Recht. Verbeamtete Freiheitskämpfer mit Pensionsberechtigung wie Alfred Müller-Armack, ohne jede praktische Berufserfahrung, neigen in der Tat zum schwafeln. Bei einem Job auf Lebenszeit, Be-

zahlung unabhängig von der Leistung und gesicherter Pension lässt es sich leicht von Freiheit schwafeln. Seinen Kampf für die Freiheit hätte das NSDAP Mitglied Müller-Armack durch einen Austritt aus selbiger und Verzicht auf die Pfründe illustrieren können. Er hat aber die Pfründe vorgezogen. Das Problem war also nicht der Mut, sondern Faulheit. Er auf jeden Fall hat für das Desaster in den Jahren 1933 bis 1945 keinen hohen Preis bezahlt, er hat es sich gut gehen lassen. Das Gesamtverhalten ist typisch für verbeamtete Freiheitskämpfer mit Pensionsberechtigung.

Witzig ist der Begriff „geistige Freiheit“. Die „geistige Freiheit“ kann durch objektive Gründe gar nicht eingeschränkt werden, insbesondere nicht durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das Denken, Fühlen und Phantasieren kann durch objektive Gründe nicht eingeschränkt werden. Einschränkungen in der „geistigen Freiheit“, ein Akt des „Geistes“, eine rein mentale Fähigkeit, sind im Subjekt begründet, nicht in den objektiven Verhältnissen.

Freiheit ist definiert als das Vorhandensein von objektiven und subjektiven Handlungsalternativen. Objektiv bestehen diese Handlungsalternativen, wenn sie REAL umgesetzt werden können. Wenn also z.B. ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Subjektive Beschränkungen bestehen, wenn aufgrund mangelnder Bildung, Enge des sozialen Umfeldes, Verhaftetsein in Traditionen und stereotypen Denkweisen, die Vorstellungskraft eingeschränkt ist. Die geistige Freiheit mag die Voraussetzung sein für die objektive Freiheit, bzw. die letztere ohne ersterer sinnlos, ist aber nicht dasselbe.

Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft, des Ordoliberalismus, der Österreichischen Schule oder des Neoliberalismus haben einen gewissen Drang, sich als Gesellschaftskritiker zu betätigen. Dagegen ist an und für sich nichts einzuwenden, wenn die Thesen hinreichend präzise dargestellt werden, so dass eine Diskussion möglich ist und die verwendeten Begrifflichkeiten hinreichend klar definiert sind. Das ist bei diesen Autoren nicht der Fall. Die Denkweise ist stark „assoziativ“ und „irrlichternd“.

Gewiss gibt es neben der Sache der Freiheit noch andere Werte, auf deren Verwirklichung wir im Rahmen einer Wirtschaftsordnung nicht verzichten können, und es hängt Entscheidendes davon ab, wie weit die Marktwirtschaft in ihrer gesteuerten Form erlaubt, derartige Ziele zu erreichen. Wir bedürfen dringend einer harmonischen Sozialordnung, wir sind überzeugt, den Wirtschaftsraum

und seine bauliche Gestaltung nicht dem persönlichen Belieben überlassen zu dürfen, wir hegen bestimmte Überzeugungen bezüglich eines gesunden Betriebsaufbaues. In bestimmten Bereichen erscheint uns der öffentliche Betrieb, in anderen eine starke Beteiligung von Klein- und Mittelbetrieben erforderlich. Auch die Agrar- Industriestruktur empfinden wir als eine Frage richtiger Lebensordnung, die gestaltet werden muß und nicht dem Belieben wirtschaftlicher Vorgänge anheimgegeben werden kann.

aus: Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, München, 1990, Seite 116

Vermutlich definiert er in diesem Abschnitt „Freiheit“ als individuelle Selbstverwirklichung, denn er sieht einen Konflikt zwischen dieser individuellen Selbstverwirklichung und anderen Zielen, wo die individuelle Selbstverwirklichung nachrangig ist, weshalb er sich eine „harmonischen Sozialordnung“ wünscht. Er hat zwar keinerlei konkrete Berufserfahrung, meint aber, dass man diese „harmonische Sozialordnung“ verwirklichen kann, wenn in „bestimmten“ Bereichen die Leistungserstellung durch „öffentliche Betriebe“ erfolgt, in anderen jedoch durch Klein- und Mittelbetriebe. Die Agrar- Industriestruktur „empfindet“ er als eine Frage „richtiger“ Lebensordnung. Das ist ein derart sinnfreies Geschwafel, dass man darüber nicht diskutieren kann. Allerdings besteht tatsächlich die Gefahr der „Anmaßung von Wissen“, wie sein Verwandter im Geiste, Friedrich Hayek, das nennt.

Schreibt der Staat vor, wie eine „harmonische“ Sozialordnung auszusehen hat, dann beschränkt er tatsächlich die objektive Freiheit. Der Begriff „harmonische“ Sozialordnung ist hierbei weit umfassender, als Begriffe wie Sicherung des kulturellen Existenzminimums, Gesundheitsfürsorge und Herstellung der Chancengleichheit. Regelt der Staat auch die Betriebsgröße, wie immer das geschehen soll, ist dies ein tiefer Eingriff in die marktwirtschaftliche Ordnung. Es mag sein, dass ein Beamter eine bestimmte Industriestruktur als angenehm oder unangenehm „empfindet“, aber diese „Empfindungen“ können in der marktwirtschaftlichen Ordnung keine Rolle spielen. Maßgeblich in dieser Ordnung ist die Frage, ob eine Industriestruktur effizient ist oder nicht und über Effizienz entscheidet der Markt.

Wir sind in der Tat der Meinung, dass die Volkswirtschaftslehre, als Studienfach, zur Querschnittswissenschaft umgebaut werden muss. Was heute in 8 Semestern ge-

lehrt wird, sollte in drei Semestern gelehrt werden. Das ist möglich, wenn man die Inhalte entschlackt und die Dinge kurz, knapp und präzise auf den Punkt bringt. In der restlichen Zeit sollte eine Spezialisierung erfolgen im Bereich Informatik, Soziologie, Politikwissenschaft, Statistik, betriebliches Rechnungswesen, Psychologie, Wirtschaftsgeschichte whatever. Je nachdem, wo der einzelne Student seine berufliche Zukunft sieht. Die Volkswirtschaftslehre hat Schnittstellen zu diesen Fächern, was man sofort sieht, wenn man z.B. die „Principles of Economics“ von Alfred Marshall liest.

Allerdings sollte dies zu empirisch belastbaren Thesen führen, was nur möglich ist, wenn die verwendeten Begriffe klar definiert sind und die Kausalzusammenhänge dargestellt werden.

Eine Aussage vom Typ „um die harmonische Sozialordnung herzustellen, ist in bestimmten Bereichen eine geeignete Betriebsstruktur und Größe festzulegen“ erfüllt diese Anforderungen nicht. Weder erfahren wir, was eine „harmonische Sozialordnung“ ist, noch in welchen Bereichen hierzu ein Eingriff nötig ist, noch welche Größe die dort tätigen Betriebe, eigentlich Unternehmen, denn dort haben sollen, noch wie sie strukturiert sein sollen. Es ist schlicht Nonsense.

Je mehr sich Alfred Müller-Armack als Gesellschaftskritiker versucht, desto abstruser werden seine Texte. Da fühlt man sich glatt an Goethe erinnert: Es denkt der Mensch wenn er nur Worte hört/Dass sich dabei auch etwas denken lasse.

Wir sind uns heute klarer der Zusammenhänge bewusst, die zwischen Wirtschaft und der Freiheitsordnung bestehen, die wir erstreben. Die durch die Verdrängung aus dem Osten bis zum Übermaß vollzogene Entwurzelung breiter Schichten von ihrem Heimatboden wird nur dann ohne gefährliche seelische Dekompositionen vor sich gehen, wenn es gelingt, neben der geistigen Verwurzelung, von der hier nicht zu sprechen ist, eine wirtschaftliche Verwurzelung, für die ein günstiger Ansatz durch die Macht der Verhältnisse erzwungen wurde durch die Unterbringung eines großen Teiles der Bevölkerung auf dem Lande und in den kleineren Städten.

aus: Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, München, 1990, Seite 139

Wir bezweifeln ganz stark, dass Alfred Müller-Armack eine klare Idee hatte von der Beziehung zwischen Wirtschaft und Freiheitsordnung. Denn diese Beziehung ist zwar schlicht, aber dennoch völlig anders, als er und Hayek sich das vorstellen. Rollt der Rubel, ist eine Bedingung für die objektive Freiheit erfüllt. Die Art der wirtschaftlichen Ordnung selbst ist hierbei unerheblich. Es geht allein um Effizienz. Wären zentral Verwaltungswirtschaften effizienter, würden sie Kritik an der Wirtschaftsordnung zulassen, denn sie liefe ohnehin ins Leere. Sehr gut möglich und oft der Fall sind aber Staaten, die zwar eine freie Marktwirtschaft haben, aber die persönliche Freiheit massiv einschränken.

Denkbar wäre, so argumentiert Friedman, dass ein Staat, der nur geringe Steuern erhebt und selbst nicht wirtschaftlich tätig ist, gar nicht die Macht und die Ressourcen hat, die persönliche Freiheit einzuschränken. Da irrt er. Man braucht nicht allzu viele Ressourcen, um Terror auszuüben.

Dass Alfred Müller-Armack der Erfinder der Sozialen Marktwirtschaft war, kann man bezweifeln, insbesondere wenn diese in dem Buch ‚Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft‘ beschrieben sein soll, denn dort steht nur konfuser Unsinn. Hinsichtlich der Vorstellungen über die wirtschaftliche Ordnung finden wir in dem Werk nichts Neues. Es ist keine eigenständige Theorie, auch wenn verschiedene Stiftungen, wie etwa die Konrad Adenauer Stiftung, das Konzept im Ausland als zu kopierendes Ideal preisen. Es ist weitgehend Adam Smith, wobei aber die grundlegenden Konzepte der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht verstanden wurden, so dass es immer wieder Maßnahmen gepriesen werden, ohne zu erklären, wie diese in das Konzept der marktwirtschaftlichen Ordnung eingefügt werden können.

Möglicherweise hat er den Begriff Soziale Marktwirtschaft geprägt, was marketing-technisch günstig war. Erstens mal vermied er den weit verbreiteteren Begriff Kapitalismus, sozialer Kapitalismus wäre auch nicht so wirkungsvoll gewesen, und zweitens ist der Begriff Marktwirtschaft, auch wenn der Begriff Kapitalismus bis auf den heutigen Tag in der öffentlichen Debatte dominiert, richtiger. Beide Begriffe waren aber durch die Weltwirtschaftskrise vor dem zweiten Weltkrieg belastet. Indem man das Adjektiv sozial davorklebte, konnte man, das war die Hoffnung, die Akzeptanz erhöhen.

Für die konkrete Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung der BRD kann das Werk keinen Einfluss gehabt haben, denn dann wird es sehr konkret. Das SGB, Sozialgesetz-

buch, sind einige Tausend Seiten und damit wohl das komplexeste Gesetzeswerk, zusammen mit dem Steuerrecht, überhaupt. Ein allgemeines Geschwafel kann zur rechtlichen Fixierung des Sozialstaates nichts beitragen. Gleiches gilt natürlich für alle anderen in diesem Zusammenhang relevanten Gesetze, Arbeitsrecht, Tarifrecht, Kündigungsschutzgesetz, Betriebsverfassungsgesetz etc.. Alle diese Gesetze sind über lange Zeiträume entstanden und die Entwicklung dieser Gesetze begann weit vor 1947, der Erstveröffentlichung von Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft.

Friedrich Hayek



1. Methodologischer Ansatz
2. Eine Variante einer Totalitarismustheorie
3. Demokratie

1. Methodologischer Ansatz

Friedrich Hayek spielt im Kanon der akademischen Volkswirtschaftslehre, wie auch die gesamte österreichische Schule, also Ludwig von Mises und Co, keine Rolle. Das ist zwar objektiv kein großer Verlust, allerdings können einen die Gründe, die zum Platzverweis führten, irritieren.

Die österreichische Schule lehnt die mathematische Modellierung ab. Die Gründe hierfür sind vielfältig und werden auch von Alfred Marshall, dem Begründer der mathematischen Modellierung und John Maynard Keynes, dem Begründer der modernen Makroökonomie, geteilt. Was nicht mathematisch modellierbar ist, kann keinen Eingang finden in den akademischen Betrieb. Über die Gründe, warum das so ist, kann man nur spekulieren. Da wir aber nicht spekulieren wollen, lassen wir es.

Manche Mathematikprofessoren, die sich mit mathematischen Modellen in den Wirtschaftswissenschaften beschäftigten, behaupten, dass dies am Erfolg der Naturwissenschaften liegt und die Wirtschaftswissenschaften durch die Imitierung von deren Methoden denselben Grad an Exaktheit vortäuschen wollen, die jene haben. Wahrscheinlich ist diese Erklärung richtig.

Die marktwirtschaftliche Ordnung ist für die österreichische Schule ein Entdeckungsverfahren. Freiheit und Unternehmer sind notwendig, um das unbekanntes Terrain der zukünftigen Möglichkeiten zu erforschen. Soll heißen: Wir wissen nicht, ob es in Zukunft eine Brille geben wird, die jeden x-beliebigen Menschen auf der Straße identifiziert, die uns den rechten Weg weist, wenn wir uns verlaufen haben, die die Möglichkeit bietet, den Smartphone Bildschirm abzubilden und über die Augen zu steuern, die uns im Laden sofort anzeigt, ob ein Produkt nicht irgendwo billiger gekauft werden kann etc. etc.. Wir wissen nicht mal, ob wir das wollen und wir wissen auch nicht, welchen Einfluss eine solche Brille auf die Gesamtwirtschaft hätte. Wir wissen nur, dass wir im Moment wenig wissen, und dass deshalb mathematische Modelle nicht zielführend sind, weil wir dann auch wissen müssten, was wir morgen wissen.

Mathematische Modelle allerdings gehen implizit davon aus, dass sich die Zukunft exakt prognostizieren lässt, was für naturwissenschaftliche Modelle zutrifft. Es trifft zu, weil die Kausalbeziehungen zwischen den einzelnen Parametern zwar unter Umständen nicht bekannt sind, aber auf jeden Fall stabil. Hinsichtlich der astronomischen Beziehungen z.B. wäre es fatal, wenn Menschen die relevanten Parameter variieren müssten, um zu einem gleichgewichtigen Zustand zu kommen.

Marktwirtschaftliche Prozesse allerdings lassen sich nicht voraussagen und deshalb brauchen wir ein Entdeckungsverfahren. Die mathematische Modellierung spricht schlicht der marktwirtschaftlichen Ordnung ihre Berechtigung ab, denn deren Stärke besteht eben darin, mit Unsicherheit am besten umzugehen. Die Millionen oder Milliarden Menschen wissen mehr, als das Modell und wenn der Ordnungsrahmen so gesetzt ist, das ist die grundlegende Voraussetzung marktwirtschaftlicher Ordnungen, dass das Allgemeinwohl am besten gefördert wird, wenn alle unter Kenntnis ihrer persönlichen Umstände ihren Nutzen optimieren, wenn also das Eigeninteresse deckungsgleich ist mit dem Gesamtinteresse, dann leistet die marktwirtschaftliche Ordnung mehr als das Modell. Die mathematische Modellierung passt eher zu einer Planwirtschaft, bei der eine Zentrale Stelle versucht, die Zukunft zu prognostizieren.

Das mathematische Modell impliziert, dass alles Wissen, das für die Prognose der Zukunft notwendig ist, tatsächlich vorliegt. Die österreichische Schule betont, dass genau dies unmöglich ist. Modelle sind dadurch charakterisiert, dass sie von allem Zufälligen und Kontingenten abstrahieren. Das ist solange kein Problem, wie das Zufällige und Kontingente irrelevant ist. Hat dieses aber einen entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung, wie etwa die Erfindung des Verbrennungsmotors, dann ist das Modell sinnlos. Das Modell erfasst dann vielleicht immer noch die Zusammenhänge, die im Zeitablauf stabil sind, doch diese sind irrelevant. Die kanonisierten ökonomischen Modelle sind immer gültig, in Bolivien und in Deutschland, in Äthiopien und in Frankreich. Das liegt schlicht daran, dass sie triviale, immer gültige Zusammenhänge beschreiben.

Das berühmte Pareto Optimum, ein Gleichgewicht ist dann erreicht, wenn kein Tauschpartner sich besser stellen kann, ohne dass sich ein anderer schlechter stellt, hat in etwa einen Sinngehalt wie die Aussage ‚je mehr Geld jemand hat, desto mehr kann er ausgeben‘. Beide Aussagen sind richtig, aber was kann man damit konkret anfangen?

Friedrich Hayek ist allerdings nicht der einzige, der mit Nichtachtung bestraft wurde. Das gleiche Schicksal ereilte Walter Eucken und Alfred Müller-Armack. Diese wurden zwar propagandistisch zu den Begründern der sozialen Marktwirtschaft erklärt, haben also eine große Bedeutung im politischen Betrieb, aber mathematisch modellieren lassen sich deren Konzepte nicht, von daher bleiben sie in allen Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre unerwähnt.

Eine kuriose Stellung nimmt hier Alfred Marshall ein. Dieser ist in der Tat der Begründer der mathematischen Modellierung und die Konzepte, die sich modellhaft darstellen lassen, graphisch oder algebraisch, finden sich in jedem Lehrbuch der Mikroökonomie. Was sich allerdings von den Gedanken und Konzepten Alfred Marshalls der mathematischen Modellierung widersetzt, wird weiträumig ignoriert und die Warnung Alfred Marshalls vor der begrenzten Aussagekraft mathematischer Modelle naheliegenderweise sowieso.

Außerhalb des akademischen Betriebs hat es Hayek allerdings zu einem gewissen Bekanntheitsgrad gebracht und zwar aus zwei Gründen. Im Gegensatz zur General ‚Theory of Employment, Interest and Money‘ von Keynes, das sehr schwer lesbar ist, sind Bücher wie ‚Wege in die Knechtschaft‘ auf Strandlektüre Niveau. Zumindest wenn man nicht länger darüber nachdenkt. Soll heißen: Man versteht sofort, was er meint, unabhängig von der Frage, ob es richtig ist. Was Keynes schreibt ist zwar richtig, aber oft versteht man es nicht.

Was Marketing angeht, war Hayek Keynes klar überlegen. Ein Buch mit dem Titel „Wege in die Knechtschaft“ ist einfach genial. Alle die aus irgendwelchen Gründen mit der Regierungspolitik nicht einverstanden sind, und das sind immer ziemlich viele, können sich mit diesem Titel identifizieren, bzw. erhoffen sich von einem Buch mit diesem Titel Trost und Erbauung. Ähnlich genial ist nur noch „Untergang des Abendlandes“ von Oswald Spengler oder „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin. Die „General Theory of Employment, Interest and Money“ beschreibt zwar zutreffend den Inhalt des Buches, ist aber aus Marketingsicht eine Katastrophe.

2. Eine Variante einer Totalitarismustheorie

Das große Thema von Hayek ist die Freiheit, wobei er vor allem die wirtschaftliche Freiheit meint. Die persönliche Freiheit folgt automatisch, wenn der Staat die wirtschaft-

liche Freiheit garantiert und ansonsten möglichst wenig interveniert. Hayek wäre nun schon längst vergessen, wenn sich nicht Freiheitskämpfer mit Pensionsberechtigung, also Professoren und andere Beamte, hinter seinem Banner versammeln würden. Der Autor fragt sich, wieso diese Leute nicht Unternehmen gründen und die Freiheit voll genießen, ohne Netz und doppelten Boden, also mit vollem Risiko und ohne Tricks. Für Leute, die sich gegen staatliche Interventionen aussprechen, für die staatliche Interventionen ein Weg in die Knechtschaft sind, wäre es doch naheliegend, sich nicht vom Staat alimentieren zu lassen. Es spricht manches dafür, dass es sich mit der wirtschaftlichen Freiheit verhält wie mit Fußball. Am schönsten ist das, wenn man bei einer Packung Chips und Cola das Treiben bequem vom Sofa aus beobachtet.

Die marktwirtschaftliche Ordnung geht davon aus, dass die Ressourcen durch den freien Wettbewerb am besten alloziert werden. Staatliche Interventionen können die Knappheitsverhältnisse nur verzerren und damit zu einer Fehlallokation der Mittel führen. Der Staat kann z.B., um mal ein extremes Beispiel zu wählen, die Bürokratien aufblähen und dort Jobs ohne Ende schaffen. Die Leute, die dort arbeiten, werden sich dort beruflich aber nicht marktnah weiterentwickeln, was langfristig die Produktivität senkt.

Für Adam Smith oder Jean Baptiste Say ist die Effizienz das entscheidende Kriterium, das für die marktwirtschaftliche Ordnung spricht. Wettbewerb ist ein sich selbst kontrollierendes System. Dem Anbieter steht ein Nachfrager entgegen, der den Kauf aus eigenen Mittel bezahlt. Das hat zur Folge, dass nur der Anbieter zum Zug kommt, der die Ware zum besten Preis bei bestmöglicher Qualität anbietet. Das wiederum bedeutet, dass der Anbieter seine Ressourcen optimal einsetzen muss. Setzen alle ihre Ressourcen optimal ein, werden alle Ressourcen optimal eingesetzt. Weiter ist in einem solchen System garantiert, dass sich die Produktion nach der Nachfrage ausrichtet. Wer am Markt vorbei produziert, wird durch Konkurrenten ersetzt. Das System bedarf unter reinen Effizienzgesichtspunkten keiner externen Kontrolle, es kontrolliert sich selbst. Bei ausreichender Wettbewerbsintensität ist das Eigeninteresse der Unternehmer und das Gesamtinteresse der Gesellschaft deckungsgleich. Der Nachfrager muss nicht wissen, wie hoch die Selbstkosten tatsächlich sind, denn er braucht nur den Marktpreis zu kennen. Kann ein Unternehmen die Ware billiger anbieten, als ein anderes, dann geht es offensichtlich billiger.

Dass dieser Zusammenhang korrekt ist, kann kaum bestritten werden. Seit die Bahn

mit privaten Busunternehmen konkurriert, purzeln dort die Preise. Seit die Telekommunikation unter Wettbewerbsbedingungen erstellt wird, sind die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen um 80 Prozent gesunken.

Völlig anders verhält es sich, wenn der Staat Anbieter oder Nachfrager einer Leistung ist. Als Anbieter steht er nicht im Wettbewerb mit anderen Unternehmen, weil diesen dann meist qua Gesetz der Marktzutritt verwehrt wird. Die eigentlichen Selbstkosten kennt allerhöchstens die Bürokratie. Da es aber gar keinen zweiten Anbieter gibt, wäre die einzige Möglichkeit die Effizienz einer staatlichen Leistungserbringung zu kontrollieren, eine detaillierte Analyse der Kostenstruktur, wobei Bürokratien immer einen Grund dafür finden werden, dass eine effizientere Leistungserbringung nicht möglich ist. Als Nachfrager hat eine Bürokratie kein sonderliches Interesse, den effizientesten Anbieter zu finden, denn nicht der Beamte zahlt die Rechnung, sondern ein Dritter, der an den Verhandlungen gar nicht beteiligt ist.

Bürokratien haben zwar ein Eigeninteresse, aber dieses Eigeninteresse ist nicht notwendigerweise deckungsgleich mit dem Gesamtinteresse. Bürokratien und die Politik haben vor allen Dingen mal ein Interesse daran, sich aufzublähen und für jede neue Institution, Gremium, Posten etc. werden sie auch eine Begründung finden, warum diese notwendig sind. Hat eine Partei z.B. eine Stiftung wie die Konrad Adenauer Stiftung, dann brauchen die anderen Parteien auch eine, Friedrich Ebert Stiftung, Heinrich Böll Stiftung, Friedrich Naumann Stiftung, Rosa Luxemburg Stiftung mit einem eigenen ordentlichen Etat. Selbstverständlich braucht auch der Bundestag selbst in Berlin eine eigene Bibliothek, obwohl Berlin mit wissenschaftlichen Bibliotheken wahrlich üppig versorgt ist. Je weitverzweigter das Geflecht der politischen Einflussnahme ist, desto mehr Posten sind zu vergeben. Besonders beliebte Posten, mit denen man verdiente Parteimitglieder gerne versorgt, sind z.B. die Staatssekretärsposten.

Der Staat und Bürokratien können somit über Mittel verfügen und Entscheidungen treffen, ohne in irgendeiner Form für Fehlentscheidungen haftbar gemacht werden zu können. Hayek nennt das Macht ohne Kompetenz. So weit so gut und richtig. Bis hierhin ist das alles Adam Smith.

Bei Hayek und Friedman allerdings rückt das Effizienzkriterium in den Hintergrund. Die marktwirtschaftliche Ordnung dient nicht mehr primär der effizienten Leistungserstellung, sondern der Freiheit. Das heißt, wie Milton Friedman sogar expressis verbis sagt,

dass die marktwirtschaftliche Ordnung selbst dann noch das bessere System wäre, wenn alternative Systeme, das heißt z.B. eine Wirtschaftsordnung, bei der der Staat entscheidet, in welche Bereiche vorrangig investiert wird, überlegen wäre.

Dieser Wandel im Paradigma ist erklärungsbedürftig. Wäre die Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Ordnung hinsichtlich Effizienz vollkommen klar, wäre es wohl zu diesem Paradigmenwechsel nicht gekommen. Eine insgesamt effizientere Wirtschaft kann auch Verteilungskonflikte eher lösen, weil eine größere Masse zur Umverteilung zur Verfügung steht. Das ist die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft. Man überlässt es dem Markt, wer, was, wie und für wen produziert, korrigiert aber nachträglich das Ergebnis des Marktprozesses über Sozialtransfers und unterschiedliche Besteuerung.

Ein Grund für den Paradigmenwechsel könnte sein, dass die Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Ordnung, mal abgesehen von den Verteilungsproblemen, doch nicht so evident ist, wie es auf den ersten Blick erscheint. Insbesondere kann eine marktwirtschaftliche Ordnung, das ist der Kern der Theorie von Keynes, in der Unterbeschäftigung verharren und Unterbeschäftigung ist nun mal die maximale Ineffizienz. Des Weiteren sind manche Volkswirtschaften mit ausgeprägter staatlicher Lenkung, z.B. China oder Japan, ausgesprochen erfolgreich bzw. waren dies zumindest in der Vergangenheit.

Wäre die marktwirtschaftliche Ordnung hinsichtlich der Effizienz überlegen, würde der Staat allenfalls aus Gründen der „sozialen Gerechtigkeit“ intervenieren und ansonsten könnten die Leute tun und lassen was sie wollen. Genauer gesagt: Die Logik von Hayek würde dann nicht stimmen, denn dieser behauptet ja, dass der Staat interveniert, weil er grundsätzlich der Meinung ist, dass die marktwirtschaftliche Ordnung zentrale Probleme nicht löst und deshalb interveniert, was dann schlussendlich auch auf die persönliche Freiheit durchschlägt. Wäre aber die marktwirtschaftliche Ordnung effizienter, hätte er keinen Grund zu intervenieren und folglich wäre auch die persönliche Freiheit nicht bedroht.

Das Problem von Hayek ist also ganz grundsätzliche Natur. Da der Nachweis der Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht erbracht werden kann und der Keynesianismus die Leistungsfähigkeit ganz grundsätzlich in Frage stellt, argumentiert Hayek mit der Freiheit. Damit geht er jeder Diskussion über die Effizienz marktwirtschaftlicher Ordnungen von vorne herein aus dem Weg. Unabhängig von der Ef-

fizienz ist die marktwirtschaftliche Ordnung überlegen, weil sie wirtschaftliche und damit auch die persönliche Freiheit sichert.

Daraus macht er dann eine ganze Totalitarismus Theorie, bei der mehr oder weniger alles mit allem verbacken wird. Das Buch „Weg zur Knechtschaft“ ist den Sozialisten in allen Parteien gewidmet und aus der Perspektive von Hayek, sind in der Tat überall Sozialisten am Werk. Das tönt dann so. Es ist das, was man umgangssprachlich als völlig freidrehend bezeichnen würde. Es ist das Delirieren eines Psychopathen.

Sozialismus und Nationalsozialismus standen in Deutschland von Anfang an in enger Verbindung. Bezeichnenderweise sind die wichtigsten Vorläufer des Nationalsozialismus - Fichte, Rodbertus und Lasalle - gleichzeitig anerkannte Ahnen des Sozialismus. Solange der theoretische Sozialismus marxistischer Prägung die deutsche Arbeiterbewegung dirigierte, trat das autoritäre und nationalsozialistische Element für einige Zeit in den den Hintergrund. Aber nicht für lange. Seit 1914 erstand aus den Reihen des marxistischen Sozialismus ein Verkünder nach dem anderen, der dem Nationalsozialismus zwar nicht die Konservativen und die Reaktionäre zuführte, wohl aber die Werktätigen und die idealistische Jugend. Erst danach schwoll die Flut des nationalistischen Sozialismus eigentlich an und verwandelte sich dann rasch in die Lehre Hitlers. Die Kriegshysterie von 1914, die gerade infolge der Niederlage niemals ganz ausgeheilt war, bedeutet den Beginn der modernen Entwicklung, die zum Nationalsozialismus geführt hat, und sein Aufstieg während dieser Zeit vollzog sich weitgehend mit der Unterstützung alter Sozialisten.

aus: Friedrich Hayek, Wege zur Knechtschaft, München 2011, Seite 212

Sozialismus und Nationalsozialismus standen von ANFANG an in enger Verbindung. Datieren wir, völlig willkürlich, aber auf jeden Fall ziemlich weit hinten, den Beginn des Sozialismus mit dem Kommunistischen Manifest von Karl Marx, dann war das 1848 (!!). Den Beginn des Nationalsozialismus datieren wir möglichst früh, also mit der Gründung der NSDAP im Jahre 1920. Dann bleiben beträchtliche 72 Jahre Unterschied. Wenn wir realistischere Werte nehmen, liegt ein gutes Jahrhundert zwischen diese beiden politischen Strömungen.

Ferdinand Lasalle, gestorben 1864, einer der Begründer der SPD, wird zu einem der

WICHTIGSTEN Vorläufer der NSDAP. Es fällt zwar ohnehin schwer, sehr schwer, Ähnlichkeiten zwischen der Programmatik der frühen SPD und der NSDAP zu erkennen, noch schwieriger, wenn wir die späteren Reformen der Programmatik berücksichtigen, aber 60 Jahre vor der Gründung der NSDAP zu deren wichtigsten Vorläufer zu werden, ist geradezu unmöglich.

Karl Rodbertus hat aufgrund seines frühen Todes, 1875, auch nur wenig Chancen zu einem Vorläufer des Nationalsozialismus zu werden. Er stand dem „Kapitalismus“ zwar kritisch gegenüber, lehnte aber gleichermaßen revolutionäre Umstürze ab und plädierte für Reformen. Johann Gottlieb Fichte starb 1814. Leider verrät uns Hayek nicht, inwiefern die Philosophie Fichtes Eingang gefunden hat in die nationalsozialistische Ideologie. Sollte Hayek aber vermuten, dass irgendein Mitglied der Naziclique Fichte gelesen hat, dann war er mit dieser Bewegung wohl nicht sehr vertraut.

Seit 1914 entstand dann, so lehrt uns Hayek, aus den Reihen des marxistischen Sozialismus charismatische Figuren, die die idealistische Jugend verführten. Das scheint für ihn so offensichtlich, dass sich jeder Beweis erübrigt. Vielleicht denkt er an die Strasser Brüder, die tatsächlich einen „sozialrevolutionären“ Flügel innerhalb der NSDAP anführten. Leider spielten diese „sozialrevolutionären“ Strömungen bei der NSDAP keine Rolle, sie hätten vielleicht das Schlimmste verhindert. Wir vermuten eher, Hayek denkt an schlicht gar nichts. Gregor Strasser wurde im Zusammenhang mit dem Röhm Putsch 1934 ermordet. Ausschlaggebend für die Programmatik der NSDAP war der Antisemitismus und der Rassismus.

Hayek ist sozusagen der große Entgrenzer und Denker in globalen Zusammenhängen. Begriffe schwimmen bei ihm. Kollektivismus, Sozialismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus ist irgendwie alles das gleiche. Der marxistische Sozialismus wurde dann zur Lehre Hitlers, also im Grunde, in diesem entgrenzten globalen Zusammenhang, war Hitler eigentlich Marxist. Oder war Marx Hitler? Irgendwie war auch Jesus Marxist, ... geben ist seliger denn nehmen..., aber irgendwie war Jesus auch Kapitalist, ...du sollst nicht begehren deines nächsten Haus..., also ein eindeutiges Indiz dafür, dass Jesus gegen die progressive Einkommensteuer war.

Allerdings geht schon der Versuch, totalitäre Bewegungen durch eine Analyse von deren Inhalten zu erklären, völlig in die Irre. Totalitarismustheorien, etwa die von Hannah Arendt, sehen in der Tat eine Ähnlichkeit zwischen dem stalinistischen Russland

und dem Dritten Reich, allerdings nicht wegen der inhaltlichen Ähnlichkeiten in der Ideologie. Inhalte sind für totalitäre Staaten nebensächlich und es führt völlig in die Irre, totalitäre Staaten durch die Analyse der Inhalte erklären zu wollen. Entscheidend sind die Mechanismen, über die ein totalitäres System die Kontrolle über alle Bereiche der Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Freizeitgestaltung erlangt und in dieser Hinsicht ähneln sich das stalinistische Russland und das Dritte Reich tatsächlich.

Während lediglich autoritäre Staaten sich mit der passiven Duldung ihrer Politik genügen und folglich nicht versuchen, alle Lebensbereiche zu durchdringen und lediglich Widerstand sanktionieren, verlangen totalitäre Staaten die aktive Unterstützung des Regimes und erzwingen diese durch Terror. Wird von dem Individuum lediglich gefordert, dass es nicht aktiv Widerstand leistet, verbleibt ein gewisser Freiheitsraum, das Individuum wird nicht gebrochen. Wird allerdings die aktive und öffentliche Unterstützung des Regimes gefordert, dann wird das Individuum gebrochen. Seinem Gefühl der Ohnmacht wird es dadurch entgehen, dass es sich selbst auf das System zurücksetzt. Es wird schlussendlich das wollen, was es ohnehin muss.

Nicht unser Thema im Moment, aber die Theorie ist umstritten. Von Daniel Goldhagen stammt die These, dass der Nationalsozialismus durchaus eine Komponente hatte, die inhaltlich relevant war, nämlich den Antisemitismus. Die These stützt sich unter anderem darauf, dass der Antisemitismus in Deutschland eine lange Tradition hatte, die Denunziation von Menschen jüdischen Glaubens auch ohne jeden äußeren Zwang erfolgte und auf Ereignisse am Ende des zweiten Weltkrieges. Das mag richtig sein, trotzdem hält der Autor daran fest, dass Inhalte für die Konstituierung totalitärer Systeme keine Rolle spielen und der Ansatz, totalitäre Systeme durch die zugrunde liegenden Inhalte zu erklären, wie dies auch Karl Popper in „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde tut“, zur Erklärung des Phänomens nichts beitragen.

Hayek verlegt die Debatte weg von wirtschaftlichen Zusammenhängen zu einer allgemeinen Diskussion über Freiheit. Eine expansive Fiskal- oder Geldpolitik, wie von Keynes vorgeschlagen, ist nicht etwa nur wirtschaftlich falsch, sondern führt zu einem totalitären Staat. Unter diesen Auspizien braucht man über die Wirksamkeit expansiver Fiskal- und Geldpolitik schon gar nicht mehr diskutieren, was Hayek dann ja auch nicht mehr tut.

Wahrscheinlich war sich Hayek bewusst, dass seine gesamten Theorien über Wirt-

schaft auf grundsätzlich falschen Annahmen beruhen und er als Ökonom gescheitert war. Den Analyserahmen für die Diskussion wirtschaftlicher Probleme liefert Keynes und dessen Vorstellungen standen in diametralen Gegensatz zu den Vorstellungen der österreichischen Schule, die im akademischen Betrieb heute auch keine Rolle mehr spielt. Daher auch der Versuch, über die Mont Pélerin Gesellschaft zumindest außerhalb des akademischen Betriebes Einfluss zu nehmen. Mit wirtschaftlichen Themen im engeren Sinn befasst er sich nach der Auseinandersetzung mit Keynes eigentlich gar nicht mehr.

Für die Nische, die er sich dann gesucht hat, Gesellschaftskritiker im weitesten Sinne, fehlt im allerdings das nötige Hintergrundwissen. Am deutlichsten zeigt sich das bei seinen äußerst skurrilen Darstellungen geschichtlicher Zusammenhänge.

3. Demokratie

Das Werk „Der Weg zur Knechtschaft“ erschien 1944, also zu einem Zeitraum, als die allermeisten Staaten der Erde keine Demokratien waren und z.B. Südamerika noch einen weiten Weg in Richtung Demokratie zurückzulegen hatte. Typischerweise lag die Regierungsgewalt in den Händen einer kleinen Clique, deren Legitimation schlicht auf militärischer Macht beruhte, die sie zur eigenen Bereicherung nutzte. Prominente Beispiele sind das Batista Regime in Cuba, die Duvalier Clique in Haiti oder Jorge Ubico Castañeda in Guatemala. Die Liste lässt sich problemlos verlängern und auf alle Kontinente, inklusiv Europa, Franco (Spanien) und Salazar (Portugal) oder Asien, Ferdinand Marcos, ausdehnen.

In diesem Kontext wird Demokratie vor allem gesehen als Beschränkung von Macht. Die Demokratie kann sich nicht allein auf militärische Macht stützen, sondern muss durch die Mehrheit legitimiert sein. Diese Macht ist zeitlich begrenzt. Man kann bestimmte Entwicklungen von modernen Demokratien kritisch sehen, insbesondere die Tatsache, dass weite Bevölkerungsgruppen nicht mehr daran glauben, durch demokratische Entscheidungsprozesse Einfluss auf die Politik nehmen zu können. In der damaligen Konstellation allerdings ist der Fall eindeutig. Eine Regierung, die für eine begrenzte Zeit das Wohl der Mehrheit im Blick haben muss, andernfalls wird sie abgewählt, ist immer noch besser, als eine kleine Clique, die lediglich ihre eigenen Interessen bedient.

Für Hayek allerdings ist die Demokratie vor allen Dingen eine Bedrohung für die Freiheit, was zum Zeitpunkt des Erscheinens des Werkes eine abenteuerliche These ist. Er meint in diesem Kontext vor der Legitimität einer Regierung, die durch die Mehrheit legitimiert ist, warnen zu müssen. Was natürlich nicht das Problem ist, es gibt einen Haufen Irre auf diesem Globus und die dürfen natürlich auch alle ihre Meinung sagen. Die interessante soziologische Frage ist allerdings, wieso ein solches Pamphlet diesen Bekanntheitsgrad erreicht. Vermutlich weil es eine Menge Leute gibt, die mit dieser oder jener Politik nicht einverstanden sind.

Die heutige Mode, die Demokratie als den bedrohten Eckpfeiler unserer Zivilisation hinzustellen, hat ihre Gefahren. Sie ist weitgehend für den irreführenden und unbegründeten Glauben verantwortlich, dass keine Willkürherrschaft möglich ist, solange der Wille der Majorität für die Ausübung der Macht maßgebend ist. Die trügerische Sicherheit, in die sich viele Leute durch diesen Glauben wiegen lassen, ist eine Hauptursache der allgemeinen Sorglosigkeit gegenüber den uns drohenden Gefahren. Der Glaube, dass keine Regierung eine Willkürherrschaft sein kann, wenn sie nur ein Produkt des demokratischen Wahlverhaltens ist, ist ganz unbegründet und die darin liegende Gegenüberstellung vollkommen falsch: Nicht der Ursprung, sondern die Begrenzung der Regierungsgewalt bewahrt sie vor Willkür. Es ist möglich, dass das demokratische Kontrollrecht eine Willkürherrschaft verhindert, aber dann nicht durch seine bloße Existenz. Wenn die Demokratie sich zu einer Aufgabe entschließt, die notwendigerweise eine Anwendung der Staatsgewalt voraussetzt, die sich nicht an festen Normen orientieren kann, muss sie zur Willkürherrschaft werden.

Friedrich von Hayek, Weg zur Knechtschaft, München 2011, Seite 100

Die überwiegende Masse der Menschheit hatte zu diesem Zeitpunkt tatsächlich nicht das Problem, dass eine gewählte Regierung zur Willkürherrschaft führen könnte, denn sie durfte gar nicht wählen. Vor der Willkürherrschaft der Mehrheit soll nun feste Normen schützen. Das heißt, dass demokratischen Entscheidungen ein Rahmen gesetzt wird, der durch demokratische Entscheidungsprozesse nicht verändert werden kann. Sein Problem ist, dass ein solcher Rahmen in allen demokratischen Verfassungen bereits existiert. Gesetze, die z.B. mit dem Grundgesetz unvereinbar sind, werden vom Bundesverfassungsgericht wieder kassiert. Er rennt da, auch wenn das offensichtlich niemandem auffällt, offene Türen ein. Strittig ist lediglich, wie viel durch die „festen

Normen“ eigentlich geregelt werden soll und insbesondere von wem.

Eigentlich ist es aber noch viel raffinierter. DIE Majorität gibt es gar nicht. In fast allen Ländern gibt es konkurrierende Kammern, in Deutschland zum Beispiel den Bundestag und den Bundesrat, in den USA das House of Representatives und den Senat, mit oft unterschiedlichen Mehrheiten, die sich gegenseitig blockieren können.

Viele Verfassungen zielen des Weiteren darauf ab, stabile Mehrheiten zu erhalten. Dies soll in Deutschland etwa durch die 5 Prozent Klausel erreicht werden, in Frankreich (Präsidentchaftswahlen) und den USA (Repräsentantenhaus) wird gewählt, wer in dem jeweiligen Wahlbezirk die meisten Stimmen erhält, in Frankreich wer die absolute Mehrheit erhält. Kleinere Parteien sind also nicht repräsentiert. Aus rein praktischer Sicht stellt sich das Problem also anders dar. Regierungsfähige Mehrheiten zu bilden ist schwierig. Daran ist im übrigen, ganz im Gegensatz zu seinen Annahmen, auch die Weimarer Republik gescheitert. Keiner Partei gelang es, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, auch der NSDAP nicht. Bei den letzten freien Wahlen im November 1932 verlor die NSDAP. Die Argumentation von Hayek, dass mit der NSDAP eine „sozialistische“ Bewegung an die Macht kam ist vor dem historischen Hintergrund skurril. Als Sieger der Wahl vom März 1933, erst dann hatte die NSDAP zusammen mit der DNVP eine regierungsfähige Mehrheit, ging zwar die NSDAP hervor. Allerdings nur weil mit der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“, vom Februar 1933, die Handlungsfähigkeit der KPD stark begrenzt wurde. Die KPD war damit ausgeschaltet.

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933

Auf Grund des Artikels 48 Abs.2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer Staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet.

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von

Haussuchungen und von Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst sonst zulässigen Grenzen zulässig.

Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurde die KPD praktisch aufgelöst, maßgebliche Politiker inhaftiert. Ganz im Gegensatz zu dem was Hayek glaubt, ist die NSDAP nie legal an die Macht gekommen. Die Wahlen von März 1933 waren keine freien Wahlen. Der KPD kann man sicher einiges vorwerfen, zum Beispiel ihren Glauben an den ganzen Marxismus Hokuspokus oder ihre Weigerung nach den Wahlen vom November 1932 nicht zusammen mit der SPD eine Regierung gebildet zu haben. Dass sie allerdings einer Ideologie anhing, die in die Katastrophe führte, mit Sicherheit nicht. Hayek hat ganz ernsthafte Probleme mit historischen Zusammenhängen.

Aber unabhängig davon. Es ist denkbar und schon vorgekommen, dass über freie Wahlen Parteien an die Macht kommen, die dann die Demokratie abschaffen. Das spricht aber nicht gegen die Demokratie. Politische Strömungen, die die Demokratie außer Kraft setzen, werden sich von irgendwelchen Verfassungen auf Papier nicht beeindrucken lassen, auch wenn Hayek das glaubt.

Da er uns dies nicht mitteilt, wissen wir nicht, wieso Hayek die Majorität so fürchtet. Vermutlich nimmt er an, dass sich die Majorität schnell darauf einigen kann, ihre Position zu Lasten einer Minderheit zu verbessern. Das müssen wir annehmen, weil der Hauptgegner ja der „Sozialismus“ ist, also eine Strömung, die tendenziell für eine Angleichung der Einkommensverteilung plädiert. Aus rein praktischer Sicht stellt sich das Problem etwas anders dar. Die Gefahr besteht eher darin, dass keine stabilen Mehrheiten zustande kommen, bzw. sich die verschiedenen Machtzentren gegenseitig blockieren.

Des Weiteren fehlt eine Definition von Mehrheit. Hayek geht davon aus, dass es Mehrheiten sui generis gibt. Der Autor würde sagen, Mehrheiten werden gemacht und sind damit äußerst fragile Gebilde. Sie sind nicht kompakt genug, um eine Minderheit unterdrücken zu können. Parteien sind Stimmenmaximierer, versuchen also durch einen geeigneten Politikmix aus unterschiedlichen Themen ein Programm zu entwickeln, das möglichst viele Leute anspricht. Die Mobilisierung gegen eine bestimmte Minderheit würde also immer zu einem Verlust eines Teiles der Wählerschaft führen und diesen Teil der Wählerschaft einer anderen Partei zutreiben. Zielführend kann diese Strategie eigentlich nur dann sein, wenn sie sich gegen eine Gruppe richtet, die an der

Wahl gar nicht teilnimmt, etwa das Ausland oder Personengruppen ohne Wahlrecht.

Er kann bei dieser Beschreibung nur das Ende der Weimarer Republik im Blick haben.

Wir müssen uns hier für einen Augenblick in die Zeit unmittelbar vor der Unterdrückung der Demokratie und der Einführung des totalitären Regimes zurückversetzen. Dieses Stadium wird beherrscht von dem allgemeinen Verlangen nach schnellem und entschlossenem Handeln der Regierung und von der Unzufriedenheit mit dem langsamen und schwerfälligen demokratischen Geschäftsgang, was dazu führt, dass ein Handeln unter allen Umständen gefordert wird. In einem solchen Augenblicke übt der Mann oder die Partei, die stark und entschieden genug zu sein scheinen, um durchzugreifen, die größte Anziehungskraft aus, und stark in diesem Sinne bedeutet nicht nur eine zahlenmäßige Mehrheit - es ist ja gerade die Sterilität des parlamentarischen Mehrheitsprinzips, womit das Volk unzufrieden ist. Wonach sie suchen, ist eine Persönlichkeit, hinter der genug steht, damit man ihr die Durchführung jeder Aufgabe zutraut. An diesem Punkt taucht nun der neue Typus der militärisch organisierten Partei auf.

In den mitteleuropäischen Ländern hatten die sozialistischen Parteien die Massen an politische Organisationen halb-militärischen Charakters gewöhnt, in denen ein möglichst großer Teil des Privatlebens ihrer Mitglieder aufgehen sollte. Um einer einzelnen Gruppe überwältigende Macht zu verleihen, brauchte man dasselbe Prinzip nur weiter auszubauen und die Macht statt auf die Stimmen breiter Massen, auf die man bei gelegentlichen Wahlen rechnen konnte, auf die uneingeschränkte Unterstützung einer kleineren, aber um so fester organisierten Gruppe zu gründen. Ob ein Führer im Stande ist, einem ganzen Volk ein totalitäres Regime aufzuzwingen, hängt davon ab, dass er zunächst eine Gruppe um sich scharf, die bereit ist, sich jener totalitären Disziplin freiwillig zu unterwerfen, die sie dann dem übrigen Volk gewaltsam auferlegt.

aus: Friedrich Hayek, Weg zur Knechtschaft, München 2011, Seite 176

Das ist das übliche sinnfreie Hayek Geschwafel. Es ist völlig unklar, was uns der Dichter mit seinem Werk eigentlich sagen will. Es handelt sich, um mit Robert Musil zu sprechen, um ein freies Assoziieren im Raum bei herabgesetzter Denkleistung. Die zwei Abschnitte haben überhaupt keine Beziehung zueinander. Dass Demokratien,

die keine stabilen Mehrheiten bilden können und folglich handlungsunfähig sind von bestimmten Leuten negativ bewertet werden, mag zu treffen, widerspricht aber seiner Hauptthese, nämlich der, dass die Mehrheit ihre Macht missbraucht. Die Weimarer Republik hatte eben KEINE stabile Mehrheit und darauf beruhte die Ablehnung.

Wir wissen nicht was Hayek im Jahre 1932 gemacht hat, aber vermutlich lag er den ganzen Tag im Bett. Allein im Jahre 1932 gab es ZWEI Reichstagswahlen, eine im Juli und eine im November, weil eben im Juli KEINE parlamentarische Mehrheit zustande gekommen ist, auch keine „sterile“.

Zweitens widerlegt die Weimarer Republik auch seine andere These. Er behauptet, dass die Bindung an eine Norm den einzelnen vor den Übergriffen der Mehrheit schützen könne. Die Weimarer Republik zeigt aber, dass Normen nicht das Papier wert sind, auf dem sie stehen, wenn der gesamtgesellschaftliche Konsens bezüglich demokratischer Entscheidungsfindungsprozesse aufgegeben wird. Das Problem ist hierbei nicht nur der § 48 der Weimarer Verfassung, auf diesen stützt sich die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933, der dem Reichspräsident zugestand, bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung fundamentale Grundrechte einzuschränken. Diese Verordnung hätte theoretisch vom Reichstag wieder kassiert werden können, wenn dieser noch handlungsfähig gewesen wäre. Das Problem ist, dass gegen nackte Gewalt Papier kein Schutz ist.

Es sind so Irrlichter wie Hayek, die die Demokratie unterminieren. Eine wehrhafte Demokratie verbeamtet eine Gestalt wie Hayek auch nicht, wie in Freiburg 1962 geschehen, und lässt solche Gestalten insbesondere nicht auf Studenten los. Eine wehrhafte Demokratie wirft sie aus der Uni.

Als Historiker erreicht Hayek nicht mal Pennäler Niveau, als Soziologe gehört er zur Liga Stammtischgeschwätz. Er operiert mit Begriffen, bei denen ihm wohl selber nicht so richtig klar war, was sie eigentlich bedeuten sollen. Alles was ihm nicht passt, subsumiert er unter Kollektivismus, wobei er den Begriff nirgends definiert und ihn wohl auch nicht definieren kann. Irgendwie ist Kollektivismus so was ähnlich wie Sozialismus, Kommunismus, Nationalsozialismus oder Faschismus. Unter Umständen der Oberbegriff für all jene Strömungen.

Unter Kollektivismus versteht man eine Art der Gemeinschaft, bei der das Individuum

seine eigenen Interessen denen der Gesellschaft unterordnet. Die Grundannahme des Sozialismus, ob falsch oder richtig sei dahin gestellt, ist aber eine andere. Der Sozialismus geht davon aus, dass es allen besser geht, wenn die Produktionsmittel vergesellschaftet sind und die Wirtschaft zentral gesteuert wird. Das Individuum muss, so die Theorie, seine Interessen gar nicht hinten anstellen. Im Gegenteil. Es geht ihm besser.

Eine andere Liga ist der Patriotismus. Der Patriot stirbt für Volk und Vaterland, also für das Kollektiv. Hier opfert das Individuum in der Tat seine Interessen dem Gesamtinteresse.

Wieder was anderes sind klösterliche Gemeinschaften. Hier soll das Individuum nicht versuchen, die anderen zu überbieten sondern Gott in Demut dienen.

Auch der Rassist, der hat wohl die größte Nähe zum Nationalsozialismus, dient der Gemeinschaft, aber das Kollektiv ist hier beschränkt auf die Rasse, der er selber angehört. Im Vordergrund steht aber nicht, dass das Individuum seine Interessen zurückstellt. Die Idee ist, dass ein kompaktes und entschlossenes Kollektiv durch die Unterjochung, Versklavung und Vernichtung anderer „Rassen“ den Wohlstand des Kollektivs, und damit auch seinen eigenen, steigert.

Zwar finden wir in vielen totalitären und autoritären Systemen eine Idolatrie des todesmutigen Kriegers, aber das liegt dann wohl eher daran, dass die reale Gefahr unterschätzt wird. Wird sie erkannt, schwindet der Rückhalt.

Kollektivismus ist kein Begriff, der sich auf irgendeine Gesellschaft anwenden lässt, der sich irgendwann historisch konkret manifestiert hat und insbesondere sind totalitäre Staaten nicht kollektivistisch. Der vermeintliche Zusammenhalt beruht auf Terror.

Hayek vermischt, den Fehler machen viele, zwei Dinge, die gar nichts miteinander zu tun haben. Die Frage, wie viel staatliche Intervention nötig ist, ist eine rein WIRTSCHAFTLICHE Frage und die Antwort hängt von den unterstellten Kausalbeziehungen ab. Das Ziel ist unabhängig vom Wirtschaftssystem immer dasselbe: Maximierung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt. Hinsichtlich des Ziels gibt es keinen Unterschied zwischen Adam Smith und Karl Marx.

Auch Karl Marx hätte eingesehen, dass der Sozialismus ziemlich sinnlos ist, wenn das

Volkseinkommen bei zentraler Planung so niedrig ist, dass es nichts mehr zu verteilen gibt.

Hinsichtlich der Frage, wie der Ordnungsrahmen zu gestalten ist, der maximale Effizienz sicherstellt, sind sie jedoch, sieht man mal von den irrigen Vorstellungen über Geld und Kapital ab, diametral entgegengesetzt.

Der Nachweis, dass eine bestimmte Wirtschaftsordnung Partikularinteressen bedient, wäre trivial und nutzlos. Selbst wenn letztlich lediglich Partikularinteressen bedient werden sollen, wird man immer versuchen, diese Vorstellungen als dem Gemeinwohl best dienlichen zu verkaufen.

Etwas völlig anderes ist die Frage, wie totalitäre oder autoritäre Regime an die Macht kommen und sich dort halten. Das hat mit dem Inhalt der Ideologie, mit den unterstellten wirtschaftlichen Zusammenhängen, nichts, rein gar nichts, zu tun. Totalitäre Systeme müssen sich auf eine breite Basis in der Justiz, der Polizei, des Militärs, der Wirtschaft, im Bildungsbereich stützen. Die dort tätigen verfolgen aber eigene Ziele, die mit den Zielen der Ideologie nichts zu tun haben. Die Richterschaft, der Angehörige der Gestapo, des MfS, die Generäle, die Professoren in totalitären/autoritären Regimen verfolgen nicht die Ziele der Ideologie, kämpfen nicht für Verwirklichung des Sozialismus oder für die Bekämpfung desselben, für die Durchsetzung einer Religion, für die „Befreiung der Welt von der jüdischen Weltverschwörung“ oder was auch immer. Sie erhoffen sich konkrete Vorteile. Das heißt das Regime muss Anreize liefern, negative oder positive, Beförderung oder Eliminierung, die ein systemkonformes Verhalten erwarten lassen.

Der Autor dieser Zeilen hatte mal das zweifelhafte Vergnügen, ehemalige Wirtschaftsprofessoren der Humboldt Uni zu unterrichten. Deren Interesse für die Inhalte des Marxismus/Leninismus war Null. Dass ein MfS Mitglied die drei dicken Bände von Karl Marx gelesen hat, ist so wahrscheinlich, wie zu unterstellen, dass ein KZ Aufseher irgendwelche Schriften von Alfred Rosenberg oder Houston Stewart Chamberlain gelesen hat.

Sebastian Haffner fasst das in „Germany: Jekyll & Hyde“, erstmals veröffentlicht 1940, folgendermaßen zusammen:

Der Nazismus ist nicht eine Ideologie, sondern eine magische Formel, die auf eine bestimmte Art von Menschen anziehend wirkt. Es ist eine Form von „Charakterologie“ und nicht eine Ideologie. Ein Nazi sein bedeutet, ein bestimmter Typ zu sein. [...] Ihre politischen Leitsätze und ihre politisches Programm bestehen aus zusammenhanglosen und unverdauten Phrasen, die aus drittklassiger „Aufklärungsliteratur“ zusammengeklaut sind.

Germany: Jekyll & Hyde, München, 2001, Seite 76,77

Was Sebastian Haffner über den Nationalsozialismus schreibt, trifft auf jedes totalitäre und in geringerem Maße auf jedes autoritäre System zu. Die Bundeswehr und die NVA konnten deswegen ohne weiteres zusammengeführt werden, weil das Anreizsystem in beiden Armeen das gleiche war.

Soweit die NVA und die Bundeswehr Traditionspflege betreiben, beschäftigen sie sich auch weit mehr mit Fähnchen, Orden, Marsch und Tralala als mit ideologischen Unterschieden. Der normale Bundeswehr- oder NVA Angehörige kann zu komplexeren Themen auch keine Stellung nehmen. Dafür fehlt ihm der intellektuelle Hintergrund.

Würden im übrigen die akademische Volkswirtschaftslehre an Unis, „think tanks“, „Forschungsinstitute“, etc. nicht mehr so reichhaltig alimentiert werden, könnten wir in etwa so viele Lehrbücher der Wirtschaftswissenschaften auf Flohmärkten finden, wie nach dem Fall der Mauer die gesamte marxistisch/leninistische Literatur. .

Folgt man der Lexikon Definition ist Kollektivismus eine Art des menschlichen Zusammenlebens, bei dem der einzelne seine eigenen Interessen zugunsten der Interessen des Kollektives aufgibt. Anzunehmen, dass so etwas in der Realität gar nicht existiert. Der Sozialismus ist ja unter anderem daran gescheitert, dass die persönlichen Anreize für wirtschaftlich sinnvolles Handeln zu gering waren.

Was es gibt, schon bei höheren Primaten, ist ein kollektives Handeln. Dies kommt immer dann zustande, wenn das Kollektiv eine Aufgabe besser bewältigen kann, als der Einzelne. Hier ist also der individuelle Nutzen nicht nachrangig, sondern ganz im Gegenteil. Das Individuum erreicht seine Ziele nur als Teil des Kollektivs. Der Begriff Kollektivismus ist empirisch nicht belastbar. So was gibt es nicht.

Was es gibt ist Altruismus. Es gibt Menschen, die aufgrund von bestimmten Idealen, ihre Eigeninteressen zurückstellen. Der Begriff Altruismus stellt aber auf ein Wertesystem ab, nicht auf das Kollektiv. Kollektivismus soll bedeuten, dass sich das Individuum für das Kollektiv opfert, was immer für Werte dieses Kollektiv repräsentiert. Der Altruist wird sich nur opfern, wenn die von ihm vertretenen Werte anders nicht durchgesetzt werden können.

Der gesamte Ansatz von Hayek ist also aus soziologischer Sicht völlig dilettantisch. Das Problem ist nicht nur, dass der gesamte Ansatz, Analyse totalitärer Systeme aufgrund von Inhalten, völlig falsch ist. Das Problem ist auch, dass er mit Begriffen operiert, Kollektivismus, deren Bedeutung er offensichtlich gar nicht verstanden hat.

Warum sich Menschen totalitären oder autoritären Systemen unterordnen, bzw. auf die Anreizsysteme reagieren, ist eines der umstrittensten Themen der Soziologie nach dem zweiten Weltkrieg. Ganz unwissenschaftlich und rein mit dem gesunden Menschenverstand ist anzunehmen, dass Bildung hierbei eine Rolle spielt. Ein größerer Einblick in Sachzusammenhänge erlaubt es, die enge Perspektive der Ideologie zu verlassen und die Komplexität eines Problems zu erfassen. Ein Charakteristikum von Ideologien ist es ja, bestimmte Probleme auszublenden.

Tendenziell trauen sich höher Gebildete auch ein eigenes Urteil zu. Der Ungebildete leidet an permanenter Ich-Schwäche und ist von daher leicht manipulierbar. Hat er im Verlaufe seiner schulischen Ausbildung oft erfahren müssen, dass sein Urteil falsch war, wird er eher dazu neigen, von seiner Einschätzung der Verhältnisse abzuweichen, wenn eine Autorität das Gegenteil behauptet.

Höhere Bildung ist oft verbunden mit größerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und größerer Selbstsicherheit. Der gut Ausgebildete kann sich dem Druck des Regimes leichter entziehen. Er kann z.B. schlicht auswandern.

Eine weitere Erklärung ist mehr psychologischer Natur. Die Zivilisation zwingt den einzelnen zu einem gesitteten Verhalten. Totalitäre Systeme und in geringerem Maße eben auch autoritäre System, erlauben es dem einzelnen, sich von dieser Last zu befreien und straflos andere zu demütigen, zu foltern und auszurauben. Das ist für manche Menschen ein attraktives Modell. Einfacher formuliert: Das Strafrecht ist außer Kraft gesetzt. Das ist, aus nachvollziehbaren Gründen, für Verbrecher attraktiv.

Dem Nationalsozialismus eine Ideologie zu unterstellen, ist so ähnlich wie zu behaupten, dass die Taten des Vergewaltigers, Mörders und Bankräubers der Ausfluss einer Ideologie sind und er sein Verhalten korrigiert, wenn man ihm erklärt, dass seine Ideologie hinsichtlich der unterstellten Kausalzusammenhänge falsch ist. Ideologie war im Nationalsozialismus ein INSTRUMENT, aber kein ZIEL.

Wir verlassen jetzt Hayek, denn das irrlüchert so wild hin und her, dass das nur mehr Verwirrung als Klarheit stiften kann und befassen uns kurz mit den eigentlichen Problemen moderner Demokratien. Man kann nicht sagen, dass die allgemeine Akzeptanz für Demokratien abgenommen hat. Das ist auch unwahrscheinlich, da ja niemand in der Lage ist, eine Alternative zu nennen.

Wir beobachten aber zunehmend eine Abstinzenz bei Wahlen und eine Verlagerung der politischen Debatte weg von den traditionellen Wegen, also über Parteien. Dieser Sachverhalt ist auch unkritisch. Über die meisten Themen wird ja bei einer Wahl gar nicht abgestimmt, weil sie sich erst im Verlaufe der Legislaturperiode ergeben. Über die Flüchtlingsproblematik im Jahre 2015/2016 konnte 2013 nicht abgestimmt werden, weil dieses Problem zum damaligen Zeitpunkt gar nicht existierte. Weiter spielen die Parteiprogramme für den konkreten Vollzug des Regierungshandelns nur eine untergeordnete Rolle. Demokratische Parteien haben ganz überwiegend hehre Ziele, ein erfreulicher Umstand, aber am Vollzug kann es hapern. Der Vollzug kann aber nur laufend kontrolliert werden. Es ist der Bereich, wo das Internet, www.frage-den-staat.de, www.abgeordnetenwatsch.de, www.lobbycontrol.de, <http://offenerhaushalt.de> etc. etc. derzeit zur Höchstform aufläuft.

Die Bürokratien in Bund, Länder und Gemeinden sind hinsichtlich der Offenlegung der Daten, wozu sie nach dem Bundesinformationsfreiheitsgesetz und ähnlich lautender Ländergesetzen ja verpflichtet sind, momentan noch unlustig, was wir nachvollziehen können. Niemand lässt sich gerne in die Karten schauen. Eine rationale Entscheidung bzw. eine effiziente Kontrolle des Regierungshandelns ist aber nur möglich, wenn präzise Informationen vorliegen, was derzeit nicht der Fall ist.

Der Grundirrtum von Hayek besteht in dreierlei. Zum einen geht er davon aus, dass eine effiziente Kontrolle nur über die Marktmechanismen erreicht werden kann. Von daher soll der Markt alles regeln und was der Markt nicht regeln kann, soll auch gar nicht geregelt werden. Die Wahrheit ist, dass Transparenz und damit eine effiziente

Bewertung des Regierungshandelns eine ähnliche Starke Kontrollwirkung entwickeln kann. Das Gleiche gilt für Bürokratien.

Der zweite Irrtum besteht darin, dass er unterstellt, dass Mehrheiten tendenziell ihre Interessen zu Lasten einer Minderheit vertreten. Das ist falsch. Mehrheiten sind ein Sammelsurium von Minderheiten und die parlamentarischen Mehrheiten liegen oft eng beieinander. Eine Politik gegen eine Minderheit würde in der Regel zum Verlust der Mehrheit führen, zumal die Minderheit relativ groß sein muss, andernfalls hat die Mehrheit von deren Unterdrückung nichts. Politische Parteien sind also zur Mehrheitsbildung auf Kompromisse angewiesen. Des Weiteren dürfte die Mehrheit „moralischer“, also mehr im Sinne der Allgemeinheit handeln, als der Einzelne. Individuell mag der einzelne betrügen, er würde aber nicht für eine Partei stimmen, die den Betrug legitimieren will, denn dann könnte er selbst Opfer werden. Es ist wahrscheinlicher, dass die Mehrheit dem kategorischen Imperativ von Kant folgt, als der einzelne.

Das Problem, mit dem er sich beschäftigt, Mehrheit unterdrückt Minderheit, ist empirisch kaum, außer in Sondersituationen, wo die Demokratie eben abgeschafft wird, belegt und theoretisch eher unwahrscheinlich.

Der dritte Irrtum besteht darin, dass er das zentrale Problem von Demokratien gar nicht erfasst. Die Auswirkungen jeder einzelnen Maßnahme des Regierungshandelns für den einzelnen sind in der Regel minimal bzw. abstrakt. Der Aufwand sich detailliert zu erkundigen, Voraussetzung für eine rationale Wahlentscheidung, steht, in Bezug auf jede einzelne Maßnahme, in keinem Verhältnis zum Ertrag. Der einzelne wird sich also eher an den Personen orientieren. Wir haben also ein Problem mit der Nachfrage nach Informationen.

Auf der anderen Seite haben wir auch ein Problem mit dem Angebot an Informationen. Massenmedien sind darin interessiert, ein möglichst großes Publikum für Nachrichten zu interessieren, die sie billig erlangen können. Aufwendig recherchierte Nachrichten für ein kleines Publikum sind kein attraktives Geschäftsmodell. Gesucht werden also Nachrichten, die ein möglichst großes Publikum ein bisschen interessieren und die ein Potential zur Emotionalisierung haben. Es ist rentabler über die Seitensprünge einer Celebrity zu berichten, also über die Geldpolitik der EZB. Es liegt des Weiteren in der Natur der Sache, dass vor allem die Informationen interessant sind, die irgendjemand aus irgendwelchen Gründen nicht veröffentlicht sehen will. Wir sind deshalb, zum Bei-

spiel, über verschiedene Maßnahmen zur Förderung von e-learning wesentlich besser informiert als über die effiziente Nutzung der hierfür eingesetzten Gelder.

Mit den letzten Bemerkungen haben wir dann die relevanten Baustellen umrissen. Die Sorgen, die Hayek hat, sind unbegründet, damit müssen wir uns nicht beschäftigen.

Joseph Schumpeter



1. methodischer Ansatz
2. Geldtheorie
3. Unternehmertum
4. Konjunkturtheorie

1. methodischer Ansatz

Joseph Schumpeter gehört nicht zum Kanon der akademischen Volkswirtschaftslehre, was ein Fehler und eine Fehlentwicklung ist, denn er ist erstens der „dynamischste“ Ökonom, schießt hier vielleicht sogar über das Ziel hinaus und hat zweitens als erster die Bedeutung des Geldes erkannt.

Die Volkswirtschaftslehre ist geradezu besessen von Gleichgewichten. Die gesamte Mikroökonomie, so wie wir sie heute in den Lehrbüchern finden, beschäftigt sich quasi ausschließlich mit der Analyse von gleichgewichtigen Zuständen. Manche Ergebnisse dieser Art von Analyse sind interessant, zum Beispiel die Erkenntnis, dass ein Marktgleichgewicht das gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsoptimum darstellt, aber irgendwann reicht es dann. Ein Semester Gleichgewichtsanalyse ist dann ganz definitiv zu lang, die Opportunitätskosten, die Kosten der alternativen Verwendung, sind dann eindeutig zu hoch.

Gleichgewichte implizieren von vorne herein eine Simplifizierung wirtschaftlicher Zusammenhänge, denn im Gleichgewicht, so ist das nun mal definiert, ändert sich nichts und Zustände, die sich nicht ändern, sind nun mal leichter zu analysieren, als Prozesse, bei denen sich ständig etwas ändert und dies gilt umso mehr, je mehr diese Änderungen auch noch spontan, unvorhersehbar und unregelmäßig auftreten, wie etwa technischer Fortschritt.

Soll jetzt aber (mathematisch) modelliert werden, und der mathematischen Modellierung gilt nun mal die Leidenschaft der akademischen Volkswirtschaftslehre, dann muss man soweit vereinfachen, dass die mathematische Modellierung möglich ist. Man erhält dann elegante Modelle, die aber leider von der Dynamik der realen Welt so weit abstrahieren, dass tiefere Einsichten über die real existierende Wirklichkeit anhand dieser Modelle nicht gewonnen werden können, denn die Wirklichkeit interessiert sich nicht für Gleichgewichte.

Wir wollen in Ländern, wo die Leute am Existenzminimum oder darunter leben, nicht nachweisen, dass ein Gleichgewicht existiert, was zweifelsohne der Fall ist. Wir wollen dieses Gleichgewicht verlassen.

Gleichgewichtige Zustände bezeichnet Joseph Schumpeter als statische Wirtschaft. Statische Wirtschaft ist eine Wirtschaft, die sich tagaus -tagein lediglich reproduziert. Da es in einer solchen Wirtschaft nichts ändert, ist natürlich das Ergebnis vorhersehbar. Eigentlich besteht so richtig gar keine Notwendigkeit, eine solche Wirtschaft überhaupt zu analysieren.

Unabhängig davon stellt Schumpeter aber auch zutreffend fest, dass sich ein Gleichgewicht auf den Gütermärkten oder ein simultanes Gleichgewicht auf allen Märkten über trial and error und aufgrund von Erfahrung einstellt, was der Wirklichkeit sehr viel näher kommt, als die verschiedenen Gleichgewichte der neoklassischen Autoren.

So wollen wir dann die Grundzüge einer gedanklichen Nachbildung des wirtschaftlichen Getriebes entwerfen. Und zwar wollen wir dabei zunächst an eine verkehrswirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft denken, also an eine solche, in der Privateigentum, Arbeitsteilung und freie Konkurrenz herrscht. Wenn jemand, der vorher eine solche Volkswirtschaft nie gesehen hat oder von einer solchen gehört hätte, beobachten würde, wie etwa ein Landmann Getreide anbaut, das in einer fernen Stadt von jemandem als Brot konsumiert wird, so würde sich ihm die Frage aufdrängen, woher der Landmann wusste, dass jener Konsument gerade - und gerade soviel - Brot brauche. Er wäre sicherlich erstaunt, wenn er erführe, dass der Landmann überhaupt nicht wusste, wer sein Getreide konsumieren wird. Und weiter könnte er auch beobachten, dass alle die Leute, durch deren Hände das Getreide gehen musste, ehe es zu dem endlichen Konsumtionsakte kam, mit Ausnahme desjenigen, der das Brot dem Konsumenten verkaufte, den letzteren gar nicht kannte, ja, dass selbst dieser letzte Verkäufer das Brot in der Regel erzeugen oder kaufen musste, ehe er wissen konnte, dass eben jener Konsument es erwerben werde. Der Landmann könnte jene Frage leicht beantworten: Lange, zum Teil erworbene Erfahrung hat ihn gelehrt, wie groß seine Produktion sein müsse, damit er am besten damit fahre; sie hat ihn den Umfang und die Intensität der Nachfrage kennen gelehrt, mit der er zu rechnen hat. Daran hält er sich, so gut er kann und nur allmählich ändert er daran unter dem Druck der Verhältnisse.

aus: Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Der Kreislauf der Wirtschaft durch gegebene Verhältnisse

Er beschreibt also die dezentrale Organisation. Diese findet über Preise statt. In seinem Beispiel allerdings würde sich eine Veränderung relativ schnell durchsetzen. Eine schwache Ernte bei gleicher Nachfrage würde den Landmann sofort veranlassen, sein Getreide teurer an den Müller zu verkaufen, der Müller würde es teurer an den Großhandel verkaufen, der Großhandel teurer an den Bäcker. Die Brotpreise würden steigen.

Was er aber korrekt beschreibt, ist die dezentrale Koordination über Preise, bei der sich Produzent und Konsument überhaupt nicht kennen. Das ist das zentrale Moment marktwirtschaftlicher Ordnung und NICHT die Tatsache, dass sich ein Gleichgewicht einstellt.

Man braucht allerdings nicht viel Phantasie, um sich klarzumachen, dass sich so ein Gleichgewicht erst allmählich einstellt. Führt eine neue Technik, z.B. der Entzug von Wasser bei Fruchtsäften unter Vakuumbedingungen, zu einer Preissenkung, heißt das nicht, dass andere Softdrinks sofort aus den Regalen verschwinden, denn eine Zeit lang werden die Konsumenten an ihren alten Gewohnheiten festhalten. Langfristig aber schon.

Die Substitution von Glasflaschen durch Kartons wird auch nicht dazu führen, dass der Getränke Einzelhandel sofort verschwindet. Wenn aber parallel noch die Dichte des Lebensmitteleinzelhandels zunimmt, dann wird der Getränke Einzelhandel langfristig verschwinden.

Die Fokussierung auf Gleichgewichte, die sich wie von Zauberhand bewegt von alleine einstellen, versperrt geradezu den Blick auf die Dynamik marktwirtschaftlicher Ordnungen und die komplexen Koordinationsmechanismen.

Gleichgewichte könnten sich auch in einer Planwirtschaft einstellen, wenn die zentrale Planungskommission das Angebot und die Nachfrage in Übereinstimmung bringt. Die Überlegenheit der freien Marktwirtschaft zeigt sich aber in der dezentralen Informationsverarbeitung und Planung. Alle Einheiten verfügen über so viele Informationen, dass sie individuell zu für sie optimalen Entscheidungen kommen, wodurch auch das Gesamtergebnis, zumindest von der Idee her, optimal ist.

Die Analyse des Gleichgewichts selbst ist von sekundärer Bedeutung. Entscheidend ist die Art der Kooperation, die zu diesem Gleichgewicht führt.

Joseph Schumpeter ist einer der wenigen Ökonomen, abgesehen von den Autoren der Neoklassik, die noch über das Erkenntnisobjekt der Wirtschaftswissenschaften reflektieren. Der Mensch ist zweifelsohne das Objekt der Analyse, aber von diesem nur ein Teilbereich, das Erkenntnisobjekt eben.

Für Joseph Schumpeter ist das Erkenntnisobjekt der Wirtschaftswissenschaften der Mensch, insofern er wirtschaftlich tätig ist. Er will die Kausalketten also solange untersuchen, bis er auf einen Grund stößt, der nichts mehr mit Wirtschaft zu tun hat. Das ist ein gefährlicher Ansatz. Technischer Fortschritt z.B. kann die Angebotskurve im Marshall Kreuz nach rechts verschieben. Es wird zum gleichen Preis eine größere Menge angeboten. Die wirtschaftlichen Konsequenzen wären dann, dass die Nachfrage und die Konsumentenrente steigt. Allerdings erklärt das den technischen Fortschritt nicht und das ist es, was uns eigentlich interessiert.

Wenn wir uns nun nach den allgemeinen Formen der wirtschaftlichen Dinge, nach ihren Regelmäßigkeiten oder nach einem Schlüssel zu ihrem Verständnis fragen, so sagen wir damit ipso facto, dass wir sie in diesem Augenblicke als das zu Erforschende, das Gesuchte, das „Unbekannte“ betrachten und sie auf relativ „Bekanntes“ zurückführen wollen, so wie das eine jede Wissenschaft mit ihrem Untersuchungsgegenstand tut. Gelingt es uns, einen bestimmten Kausalzusammenhang zwischen zwei Erscheinungen zu finden, so ist unsere Aufgabe dann gelöst, wenn jene Erscheinung, die in diesem Kausalzusammenhang die Rolle des „Grundes“ spielt, keine wirtschaftliche ist. Dann haben wir getan, was wir in dem betreffenden Falle als Nationalökonom tun können und müssen das Wort anderen Disziplinen überlassen. Ist aber jener „Grund“ selbst wieder wirtschaftlicher Natur, so müssen wir unsere Erklärungsversuche fortsetzen, bis wir auf einen nichtwirtschaftlichen stoßen. Das gilt für die allgemeine Theorie wie für einen konkreten Fall. Wenn ich z.B. sagen könnte, dass das Phänomen der Grundrente auf der Verschiedenheit der Bodenqualität beruhte, so wäre damit der wirtschaftlichen Erklärung genügt.

aus: Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Erstes Kapitel

Wir haben das gleiche Problem, dass wir schon mit der Abgrenzung von Alfred Marshall hatten. Für Alfred Marshall ist Gegenstand der Ökonomie menschliches Verhalten, insofern sich die Stärke eines Motivs, nicht das Motiv selbst (!), in Geld messen lässt. Unter Umständen interessieren wir uns aber mehr für das Motiv, als für den Effekt, den das Motiv hervorbringt.

Weder Alfred Marshall noch Joseph Schumpeter sind aber ihrem eigenen Ansatz gefolgt, was ein Vorteil ist. Der schöpferisch zerstörerische Unternehmer wird von Joseph Schumpeter eher in einer Weise beschrieben, die wir heute der Psychologie zuordnen würden. Bei Alfred Marshall finden wir zahlreiche Überlegungen, die wir aus der Erkenntnistheorie oder der Soziologie kennen. Als Querschnittswissenschaft, franst die Ökonomie an den Rändern immer aus.

Es ist in der Tat so, dass für Wirtschaft das zutrifft, was auch für andere Bereich zutrifft und was wir schon in Goethes Faust, beim Vorspiel auf dem Theater, treffend geschildert finden. Die lustige Person sagt dort zum Dichter sich auf das Leben im Allgemeinen beziehend.

Viele leben's, wenigen nur ist's bekannt
und wo du's packst, da ist's interessant

Das trifft in der Tat auf alle Sozialwissenschaften zu. Sozialwissenschaften beschreiben ja nur etwas, was die Leute ohnehin tun. Man könnte also grundsätzlich auf die Idee kommen zu sagen, dass alle Sozialwissenschaften Trivialwissenschaften sind, die nichts andere tun, als das zu beschreiben, was die Leute ohnehin tun und mit den Handlungsabläufen folglich ohne weitere Erklärung vertraut sind.

Die wirtschaftlichen Dinge haben ihre Logik, die jeder Praktiker kennt, und die wir nur bewußt zu präzisieren haben.

aus: Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Der Kreislauf der Wirtschaft durch gegebene Verhältnisse

Bewusst präzisieren ist nun so eine Art Pleonasmus, also doppelt gemoppelt, denn unbewusst präzisiert man gar nichts. Das ist aber nicht das Problem. Das Problem ist das Verb kennen. Was heißt konkret eigentlich kennen?

a) Kennen kann beherrschen heißen, aber völlig „bewusstlos“. Alle Leute zum Beispiel beherrschen die Grammatik ihrer Muttersprache, kennen sie aber nicht. Mit dem ganzen Thema Sprache kann man sich also befassen, denn warum sie sprechen können, ist den meisten Leuten so unklar, wie die Frage, warum ihr Herz schlägt, warum sie denken können und weshalb sie beim Gehen das Gleichgewicht halten können. Wir haben bei der Sprache sozusagen eine bewusstlose Kenntnis.

b) Das Verhalten ist zwar in der Regel „bewusstlos“, wird also unbewusst ausgeführt, aber der Introspektion zugänglich. Was genau Introspektion ist, wissen wir zwar auch nicht, wir machen das immer dann, wenn wir uns überlegen, warum wir so und nicht anders gehandelt haben und manchmal ist uns sogar klar, dass ein „Gefühl“, Hass, Zuneigung, Neid, Mitleid, Schadenfreude etc. unser Verhalten bestimmt hat. Wieso wir das wissen, ist zwar unklar, wahrscheinlich weil wir mehrere Handlungsalternativen durchdenken können und feststellen, dass die gewählte „irgendwie“ durch ein „Gefühl“ determiniert ist. Hier liegen die Motive lediglich knapp unterhalb der Schwelle des Bewusstseins, können aber bei Bedarf mehr oder weniger hervorgefischt werden. Pareto, siehe Soziologie, zum Beispiel kann nur diese Kategorie meinen, denn Motivforschung kann man nur betreiben, wenn die Motive irgendwie „bewusst“ gemacht werden können.

c) Es soll Motive geben, die völlig unbewusst sind, behauptet zumindest Freud. Schwierig ist das natürlich beim ödipalen Neidkomplex, wobei Freud hier ziemlich daneben haut, wenn er diesen anhand des Konfliktes zwischen Fjodor Karamasow und seinen Söhnen Dmitri, Ivan und Aljoscha (und Hamlet und Ödipus) illustrieren will. Der alte Karamasow war schlicht ein Penner, ganz ohne Ödipus. Hamlet wollte im Übrigen den Mörder seines Vaters lynchen, da brauchen wir also auch keinen Ödipus und Ödipus selbst hat zwar seinen Vater umgebracht, doch war ihm nicht bewusst, dass es sein Vater war. Also die Theorie ist ein bisschen grenzwertig und weder empirisch belastbar noch anhand literarischer Dokumente illustrierbar. Dass es aber Motive gibt, die man durch Introspektion nicht „bewusst“ machen kann, ist durchaus möglich. Der autoritäre Charakter zum Beispiel ist ein Konglomerat aus Verhaltensweisen, deren Motive sich dem Subjekt entziehen.

d) Dann gibt es noch Bereiche, wo bewusst oder unbewusst keine Rolle spielen, wobei die Problematik jedoch ähnlich ist. Die Wahrnehmung ist durch und durch vermittelt. So authentisch ein „Gefühl“ auch erscheinen mag, worunter wir unter authenti-

schem Gefühl hier ein Gefühl verstehen, das so konsequent ist, wie ein Hammer, der auf einen Amboss knallt, letztlich ist es gesellschaftlich vermittelt. Ein Mensch aus dem 18. Jahrhundert hätte mit Stairway to Heaven von Led Zeppelin so wenig anfangen können, wie der Mensch des Mittelalters mit Wassily Kandinsky. Die reichlich verquaste Schreibe eines Carl Menger drückt noch, vom Inhalt mal abgesehen, im Stil ein spezifisches, gesellschaftliches Bewusstsein aus. Das Individuum kann dieses Zusammenschießen des gesellschaftlichen Ensemble, das in der Ablehnung oder in der Akzeptanz seine Identität ausmacht, nicht reflektieren. Er hat also keine „Kenntnis“ seiner Gemütslage. Der Vergleich mit anderen Epochen, Regionen, Schichten zeigt aber, dass seine Gemütslage spezifisch ist, auch wenn ihm selbst das ganz „natürlich“ vorkommt. Ein „Gefühl“, das einem Menschen des Mittelalters ganz „natürlich“ vorkam, kann aus heutiger Sicht sehr „unnatürlich“ sein.

Es gibt also ein weites Feld mit fließenden Grenzen zwischen „bewusstlosem“ Handeln, einem Handeln, über dessen Motive sich das Individuum „bewusst werden kann“ und einem Handeln, dessen Motive sich dem Individuum auch durch Introspektion nicht erschließen.

Man kann also sehr wohl über Dinge reflektieren, die alle jeden Tag tun. Bei Grammatik z.B. ist das sinnvoll. Alle beherrschen sie zwar, aber wenige nur ‚kennen‘ sie und manchmal, z.B. beim Erlernen einer Fremdsprache, ist es ganz hilfreich, wenn man sie auch kennt.

Wir finden nun in jedem Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre, dass diese sich nur mit rationalem Handeln beschäftigt, also Handlungen, bei denen das Individuum eine Vorstellung über kausale Beziehungen hat und bestimmte Handlungen zur Erreichung eines bestimmten Zweckes durchführt.

Wirtschaftliches Verhalten soll sich also allein durch rationales Verhalten erklären lassen. Das ist eigentlich eine steile These, die erstmal bewiesen werden müsste.

Auch die These, dass sich die Ökonomie nur damit beschäftigt, wie ein Ziel rational erreicht wird, aber nicht mit dem Ziel selbst, hilft dann nicht wirklich weiter, wenn das Ziel ziemlich irrational ist.

Ist das Ziel zum Beispiel Wachstum, dann macht es Sinn, erstmal zu klären, welche Art von Wachstum man überhaupt meint.

Eigentlich ist es schon ziemlich irrational, wenn man irrationale Ziele rational verfolgt. Das ist dann sozusagen Wahnsinn, aber mit System, wie es bei James Joyce so schön heißt.

Die Aussage, die wir in vielen Lehrbüchern finden, dass die VWL lediglich prüft, ob die Mittel zur Zielerreichung rational sind, aber nicht die Ziele selbst hinterfragt, ist das Maximum an Irrationalität. Der gesunde Menschenverstand rät das Gegenteil. Erst prüft man, ob das Ziel vernünftig ist und dann, wie man es erreicht.

Wie dem auch immer sei, keine andere Sozialwissenschaft, Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Erziehungswissenschaft etc.. haben eine derartig restriktive Definition ihres Erkenntnisobjektes.

Bei der Definition des Ordnungsrahmens, das ist der Bereich, wo Volkswirtschaftslehre eine praktische Bedeutung hat, geht es aber darum, den Ordnungsrahmen so zu setzen, dass Anreize für ein individuelles Verhalten gegeben werden, die auch den gesamtwirtschaftlichen Wohlstand optimieren. In diesem Zusammenhang ist also Rationalität klar definiert. Irrationales spekulieren an der Börse, das ganze Volkswirtschaften in die Depression stürzt, soll also durch entsprechende Anreize verhindert werden.

2. Geldtheorie

Berühmt geworden ist Joseph Schumpeter mit der „schöpferischen Zerstörung“. Besonders charismatische Unternehmer setzen Innovationen durch, die eine Ausstrahlung auf viele Bereiche der Wirtschaft haben und so die Produktionsstruktur grundlegend ändern.

Das Phänomen, dass Konzepte kanonisiert werden, bzw. Teil des öffentlichen Bewusstseins werden, die im Original nur ein Nebensatz waren, sehen wir öfters. Die unsichtbare Hand von Adam Smith ist so ein Phänomen, die komparativen Kosten von David Ricardo oder das Gesetz von Say, um nur mal einige zu nennen. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich. Teilweise wird eine komplexe Theorie auf ein simples Statement reduziert, das trifft z.B. zu auf die Fiskalpolitik im Zusammenhang mit der keynesschen Theorie, teilweise sind die Formulierungen besonders „griffig“, teilweise

eignen sie sich gut für die politischen Auseinandersetzungen, was den Ausdruck dann popularisiert.

Bedeutender als die „schöpferische Zerstörung“ ist auf jeden Fall die Geldtheorie von Joseph Schumpeter. Tatsächlich ist Joseph Schumpeter der erste, wenn wir von David Hume absehen, der den Zusammenhang zwar erfasst, aber die Tragweite nicht verstanden hat, der die Bedeutung des Geldes erkennt.

Bis zu Joseph Schumpeter war Geld ein reiner „Schleier“, der keinerlei Auswirkungen auf realwirtschaftliche Prozesse hatte. Steigt die Geldmenge, steigen die Preise, wobei die proportionalen Beziehungen der Preise zueinander gleich bleiben.

Bis zu Joseph Schumpeter wurde davon ausgegangen, dass Investitionen nur möglich sind, wenn vorher gespart wurde. „Kapital“ ist ein Produktionsfaktor und knapp, obwohl es im Verständnis der bisherigen Nationalökonomie quasi, oft im selben Satz, als Synonym für Geld verwendet wird.

Geld ist aber nicht knapp, wie Schumpeter zutreffend beobachtet und Banken verwalten nicht nur das Ersparte ihrer Kunden, sondern können selbst auch Geld schöpfen. Banken sind Produzenten von Geld.

Der Bankier ist also nicht so sehr und nicht in erster Linie Zwischenhändler mit der Ware „Kaufkraft“, sondern vor allem PRODUZENT dieser Ware. Da aber heute normalerweise auch alle Rücklagen und Sparfonds bei ihm zusammenfließen und sich das Gesamtangebot sei es vorhandener, sei es zu schaffender freier Kaufkraft bei ihm konzentriert, so hat er gleichsam den privaten Kapitalisten ersetzt oder entmündigt, ist er selbst der Kapitalist geworden. Er steht zwischen jenen, die neue Kombinationen durchsetzen wollen und den Besitzern von Produktionsmitteln. Er ist im Kerne eine Erscheinung der Entwicklung, allerdings nur dort, wo keine Befehlsgewalt den sozialen Wirtschaftsprozess leitet. Er ermöglicht die Durchsetzung der neuen Kombinationen, stellt gleichsam im Namen der Volkswirtschaft die Vollmacht aus, sie durchzuführen. Er ist der Ephor der Verkehrswirtschaft.

aus: Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Das Grundphänomen der wirtschaftlichen Entwicklung

Schumpeter erklärt nicht, wie Banken Geld schöpfen, aber es gibt hierzu prinzipiell mehrere Möglichkeiten, eine wäre der Geldschöpfungsmultiplikator. Bringt jemand zu Beginn des Monats 3000 Euro auf die Bank und hebt täglich 100 Euro ab, liegen im Durchschnitt 1500 Euro auf der Bank. Da die Bank das weiß und da dies Millionen Leute machen, kann sie dieses Geld verleihen.

Die Möglichkeit zu investieren hängt damit nicht mehr von den gesamtwirtschaftlichen Ersparnissen ab, diese sind nur noch ein Teil des Kreditvolumens, sondern von dem Geldschöpfungspotential der Banken, welches, wenn die Zentralbank den Banken ausreichend Geld zur Verfügung stellt, theoretisch unendlich ist.

Allerdings fällt es Schumpeter schwer, sich von den klassischen/neoklassischen Vorstellungen zu lösen, denn an der Idee, dass die marktwirtschaftliche Ordnung zur Vollbeschäftigung führt, hält er fest.

Das gleiche Phänomen konnten wir schon bei David Hume und Adam Smith beobachten. Diese erkannten zwar schon, dass der private Sektor über Wechsel Geld selber „produzieren“ konnte, bzw. dass der Zustrom südamerikanischen Goldes das Wachstum der Wirtschaft beeinflusste, konnten sich aber von der Geldschleiertheorie nicht lösen.

Das heißt, dass nicht mehr der klassische ‚Kapitalist‘, eine Figur die ohnehin nie richtig definiert war, über die Ressourcen Allokation entscheidet, sondern die Banken. Derjenige, der Kredit von der Bank bekommt, kann Ressourcen aus anderen Bereichen abziehen um damit seine Projekte zu realisieren.

Die Betonung liegt hierbei auf ABZIEHEN. Da Vollbeschäftigung herrscht, was anderes ist für Schumpeter nicht denkbar, sind keine Ressourcen frei. Der kreativ schöpferische Unternehmer, dem die Bank Kredite gibt, wird also die Ressourcen aus anderen Bereichen abziehen indem er mehr bezahlt und damit seine Projekte durchsetzen. Ein radikaler Strukturwandel führt also bei Schumpeter zur Inflation.

Die Ausgangslage ist also eine völlig andere als bei Keynes. Bei Keynes herrscht Unterbeschäftigung und mit einer expansiven Geldpolitik, die den Zins nach unten drückt, können brachliegende Ressourcen aktiviert werden.

Daran, dass er Unterbeschäftigung für unmöglich hält, lässt er keinen Zweifel.

In nur teilweiseem Zusammenhang mit diesem Moment ist zweitens zu beachten, dass wir uns die Durchsetzung der neuen Kombination und das Entstehen ihrer Verkörperungen grundsätzlich niemals so vorzustellen haben, wie wenn sie ungenützte Produktionsmittel in sich vereinigen. Es kann wohl sein und es wird dann als fördernder Umstand, also günstige Bedingung und selbst als Anlass der Durchdringung neuer Kombinationen erscheinen, dass gelegentlich arbeitslose Arbeitsmassen vorhanden sind, aber Arbeitslosigkeit in großem Ausmaß ist nur Folge welthistorischer Ereignisse - wie z.B. des Weltkrieges - oder eben der Entwicklung, die wir untersuchen. In keinem von beiden Fällen kann ihr Vorhandensein eine Rolle bei der prinzipiellen Erklärung spielen und in einem ausbalancierten normalen Kreislauf kann es sie nicht geben.

aus: Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Das Grundphänomen der wirtschaftlichen Entwicklung

Arbeitslosigkeit gibt es nicht, es sei denn infolge von Kriegen oder weil der radikale Bruch in der Produktionsstruktur erstmal Leute freisetzt. Der Übergang von Bleidruck zum Digitaldruck in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wäre hierfür ein Beispiel oder die Probleme des Einzelhandels durch das Internet, um ein aktuelleres Beispiel zu nennen.

Gleichermaßen lässt er keinen Zweifel daran, dass eine Geldschöpfung eine Kaufkraft generiert, die neben die bestehende Kaufkraft tritt und bei Vollbeschäftigung eben zur Inflation führen muss.

Die konkrete äußere Form der Kreditzahlungsmittel ist ganz gleichgültig. Am deutlichsten sieht man die Sache allerdings bei der ungedeckten Banknote. Aber auch ein Wechsel, der nicht vorhandenes Geld ersetzt und sich nicht auf bereits produzierte Waren stützt, hat denselben Charakter immer dann, wenn er zirkuliert und nicht etwa bloß die Verpflichtung des Unternehmers gegenüber seinem Geldgeber fixiert, wobei er nur eine Bestätigung sonstiger überlassener Kaufkraft darstellt, und nicht bloß diskontiert wird, wobei das gleiche der Fall ist. Und alle anderen Formen der Kreditzahlungsmittel bis zur einfachen Gutschrift in den Büchern einer Bank lassen sich unter demselben Gesichtswinkel betrachten. Immer treten sie neben die vorhandene Kaufkraft. Wie wenn ein Gas in ein Gefäß einströmt, in dem sich vorher eine bestimmte Gasmenge im

Gleichgewichte befand, so dass alle Moleküle gleiche Teile des Raumes einnahmen, die Anteile dieser Moleküle am Raume nun beschränkt werden, so wird das Einströmen der neuen Kaufkraft in den Raum der Volkswirtschaft die alte Kaufkraft komprimieren. Haben sich die dadurch notwendig gewordenen Preisveränderungen vollzogen, dann entsprechen den neuen Kaufkrafteinheiten gerade so gut irgendwelche Güter wie die alten, nur dass die jetzt vorhandenen Kaufkrafteinheiten alle geringeren Inhalts sind als die, welche früher vorhanden waren, und dass sich ihre Verteilung unter die Einzelwirtschaften verschoben hat.

aus: Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Drittes Kapitel, Kredit und Kapital

Die Geschichte mit den Molekülen soll heißen, dass es zu einer Inflation kommt. Die verquaste Sprache ist ein Überbleibsel von Carl Menger, eine verquaste Schreibe war damals irgendwie Mode.

Die Realität ist natürlich etwas komplexer. Richtig ist, dass es im Verlauf eines wirtschaftlichen Aufschwungs sich das bilden kann, was Keynes „Flaschenhalse“ nennt. In bestimmten Bereichen der Wirtschaft übersteigt die Nachfrage das Angebot, was dann zu einer allgemeinen Preissteigerungen führt.

Bei einer global vernetzten Wirtschaft, wo Waren von überall her herangekarrt werden können, muss der Aufschwung aber wirklich gewaltig sein, damit das passiert. Tatsächlich haben wir das seit ewigen Zeiten nicht gesehen. Die Inflation in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde von der Kostenseite getrieben, war bedingt durch den plötzlichen Anstieg des Erdölpreises, der letztlich dadurch möglich war, dass die Erdöl exportierenden Länder ein Kartell gebildet haben. Sind sich uneins, wie derzeit, ist das nicht möglich.

Massive Änderungen in der Produktionsstruktur, ein Beispiel hierfür wäre das Internet, lassen kurzfristig bestimmte Qualifikationen knapp werden, z.B. Informatiker. Aber auch hier kann sich eine globale Wirtschaft schnell anpassen. Programmierleistungen kann man in Indien für etwa 1/10 des Preises einkaufen, den man in Deutschland bezahlen müsste.

Ob ein Wandel in der Produktionsstruktur zur Inflation führt, hängt also letztlich mit der

Frage zusammen, wie lange die Wirtschaft braucht, um sich an die neue Produktionsstruktur anzupassen. Die Erfahrung lehrt, dass dies sehr schnell geht.

Wir haben also auch bei Schumpeter noch keine „Geldtheorie“ im eigentlichen Sinn. Die werden wir erst mit Keynes im Jahre 1937 erhalten, mit dem Erscheinen der General Theory of Employment, Interest and Money.

Aber immerhin hat Schumpeter erkannt, dass man für Investitionen eben Geld braucht und kein „Kapital“ und die Menge an Geld für investive Zwecke von der Ersparnis völlig unabhängig ist. Den Banken stehen zur Kreditvergabe nicht nur die Einlagen ihrer Kunden zur Verfügung, sondern auch das Geld, das das Bankensystem selber schöpfen kann.

Schumpeter könnte man der österreichischen Schule zurechnen, weil er „Schüler“ von Carl Menger war, indirekt, oder direkt von Friedrich von Wieser und Eugen von Böhm Barwerk. Sprachlich und von den verwendeten Begrifflichkeiten her besteht auch eine Nähe, allerdings sind seine Geldvorstellungen mit der Überinvestitionstheorie von Ludwig von Mises und Friedrich Hayek inkompatibel, bzw. er sieht als unproblematisch, was bei jenen als problematisch angesehen wird.

Bei Mises und Hayek führen Investitionen, die nicht durch eine Reduktion des Konsums finanziert werden, also aus Ersparnissen, langfristig zu einer Rezession. Legt die Zentralbank den Zins unterhalb des „natürlichen“ Zinses fest, was das gleiche bedeutet wie eine Ausdehnung der Geldmenge, ist die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals also dann geringer als der Marktzins, so erscheinen, zum Zeitpunkt der Investition, Projekte rentabel, die dies eigentlich nicht sind, da die Ressourcen für zusätzliche Investitionen ja nicht zur Verfügung stehen. Um sie dennoch zu realisieren, müssen Ressourcen aus dem Konsumgüterbereich abgezogen werden, was nur durch eine bessere Entlohnung möglich ist. Die Investitionen werden also teurer als ursprünglich geplant und manche Unternehmen werden insolvent mit den entsprechenden Folgen. Hayek begründet das letztlich damit, dass die „Produktionsumwege“, Verzicht auf Konsum jetzt zugunsten einer höheren Produktivität und größerem Konsum in der Zukunft, den Präferenzen der Sparer nicht entsprechen. Das Problem ist, dass die „Produktionsumwege“ in einer modernen Volkswirtschaft verdammt kurz sein können und weltweit das Angebot an Produktionsfaktoren gewaltig ist.

Der Fehler liegt im Begriff des „natürlichen“ Zinses, der, in dieser Verwendung, von Knut Wicksell stammt. Sinn macht dieser Begriff unter den Prämissen von Adam Smith, wenn also Kapital ein Produktionsfaktor ist. „Natürlich“ ist ein Profit unter dieser Annahme dann, wenn er in allen Verwendungen gleich ist. Im Falle einer Unterbeschäftigung gibt es keinen „natürlichen“ Zins, allerdings kann der Marktzins so hoch sein, dass er alle Investitionen, die nicht ausreichend sind, um diese Zinsen zu erwirtschaften, verhindert.

Bei Schumpeter kann über eine auf Geldschöpfung basierte Kreditvergabe nur die Produktionsstruktur geändert werden, eine rein quantitative Erweiterung, wie bei Keynes, ist nicht möglich, da ja Vollbeschäftigung herrscht. Es können nur bereits bestehende Produktionsfaktoren anders genutzt werden, aber keine unterbeschäftigten aktiviert werden.

Der Zusammenhang, den er beschreibt, entspricht aber der Überinvestitionstheorie. Die Banken nutzen ihr Geldschöpfungspotential zu einer Ausdehnung des Kreditvolumens. Dem zerstörerisch - schöpferischen Unternehmer wird es dadurch möglich, Ressourcen aus anderen Bereichen abzuziehen. Es kommt zu inflationären Prozessen und zu Krisen, weil erstens manche Unternehmen mit der gewachsenen Produktivität nicht mithalten können, wie derzeit die Zeitungen, die mit dem Internet überfordert sind, und zweitens manche Branchen die Inflation nicht auf die Preise überwälzen können.

Die Überinvestitionstheorie von Hayek ist ein hübsches Beispiel für einen für Ökonomen typischen Fehler. Hayek abstrahiert von der Realwirtschaft. Er stellt einen Zusammenhang her zwischen zwei ausschließlich ökonomischen Größe, Geldmenge und Inflation. Diese zwei Größen sind aber nicht direkt miteinander verbunden. Ohne empirisch belastbare Daten über die Anpassungsfähigkeit des Produktionsapparates, können wir keine Beziehungen zwischen den beiden Größen herstellen.

Kann sich der Produktionsapparat schnell an eine Zunahme der Nachfrage anpassen, was immer der Fall ist, wenn bestehende Kapazitäten nicht ausgelastet sind, dann kommt es zu keiner Inflation. Aber selbst wenn die Kapazitäten ausgelastet sind, kann eine Zunahme der Nachfrage dazu führen, dass sich die Kapazitäten quantitativ und qualitativ anpassen. Zwischen Geldmenge und Inflation, steht unter anderem der Ausbildungsstand der Bevölkerung. Der taucht in den Überlegungen von Hayek aber gar nicht auf.

Ähnlichkeiten finden sich auch zu Ideen die in „Theorie des Geldes und der Umlaufmittel“, erschienen 1912, von Ludwig Mises vorgestellt werden, allerdings erschien „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ von Schumpeter ein Jahr früher. Von Mises betont, dass eine Ausdehnung der Geldmenge Verteilungswirkungen hat, denn bestimmte Bereiche der Wirtschaft, z.B. Banken, erhalten das Geld früher als andere, da sie ja sozusagen direkt an der Quelle sitzen. Sie können das Geld also einsetzen, bevor die Inflation dieses entwertet. Auch der schöpferisch - zerstörerische Unternehmer kann Ressourcen an sich ziehen, allerdings leitet er hierbei, das ist der Aspekt den Schumpeter betont, eine Veränderung in der Produktionsstruktur ein.

All diese Zusammenhänge sind aber höchst spekulativ und können empirisch belastbar nicht begründet werden. Sicher ist nur, dass Investitionen nicht auf Ersparnisse angewiesen sind.

Was die Theorien der österreichischen Schule angeht, also Hayek und von Mises, sind sie offensichtlich falsch. Wir haben seit vierzig Jahren in entwickelten Industrieländern keine Inflation und die Inflation in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war getrieben von den Kosten, nicht von der Nachfrage. Dass in unterentwickelten Staaten eine Ausdehnung der Geldmenge zur Inflation und/oder einer negativen Leistungsbilanz führt, verbuchen wir unter Trivia.

Die Tatsache, dass man das Volkseinkommen durch Geld drucken allein nicht steigern kann, wenn das Produktionspotential eine weitere Steigerung nicht zulässt, ist ähnlich trivial wie die Erkenntnis, dass ein Zins vom Kreditnehmer bedient werden muss. Ist er hoch, können Investitionen, so gesamtwirtschaftlich sinnvoll sie auch sein mögen, nicht durchgeführt werden.

Allerdings können wir auch, wie sattsam bekannt, in hochindustrialisierten Staaten Unterbeschäftigung haben. In diesem Fall muss der Zins so weit abgesenkt werden, dass die Administrationskosten der Banken gedeckt sind und das Risiko. Es gibt in dieser Situation keinen Grund, den Zins willkürlich auf einer Höhe festzulegen, die an sich rentable Realinvestitionen verhindern. Einen „natürlichen“ Zins gibt es schlicht nicht. Wir kommen später bei Keynes auf das Thema zurück.

Die Verteilungswirkungen, die von Mises beschreibt, gibt es tatsächlich, allerdings nicht über diesen simplen Mechanismus. Ist der Zins auf einem Niveau, das Vollbe-

schäftigung sichert, dann erhalten die Banken eben die Erlöse, die sich aus den Zinsen ergeben. Diese reichen, um ihre Administrationskosten zu decken. Daraus kann sich ergeben, dass das Produktionspotential quantitativ verändert und strukturell verbessert wird. Das ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung erwünscht.

Ein Problem marktwirtschaftlicher Ordnungen ist eher, dass innovative Unternehmen keine Sicherheiten stellen können und folglich verkrustete Strukturen sich länger halten als nötig wäre. Ein Problem, das gelöst werden kann, wenn mehr venture capital zur Verfügung gestellt wird, was derzeit passiert.

Wandert das Geld in Realinvestitionen, mit den Banken als Vermittler, ergeben sich keine negativen Verteilungswirkungen. Dass mit Geld verkrustete Strukturen aufgebrochen werden, ist erwünscht und sinnvoll. Das Problem ist hier eher eine zu geringe Wettbewerbsintensität im Bankensektor.

Eine Verteilungswirkung ergibt sich höchstens über die Tatsache, dass eine lockere Geldpolitik zwar die Spekulation auf den Finanzmärkten anheizt, aber keinerlei Produktivitätssteigerung bringt, weder quantitativ noch qualitativ. Da Spekulationsgewinne ein Nullsummenspiel sind, gewinnen die einen, was die anderen verlieren.

Selbst wenn zunehmend mit Realinvestitionen spekuliert wird, etwa mit Immobilien, wird das langfristig zu keiner Umverteilung führen. Die Spekulation in diesem Bereich kann nur funktionieren, wenn das Angebot an Immobilien knapp bleibt. In einer hochproduktiven Wirtschaft wird das Angebot aber nicht knapp sein. Hohe Immobilienpreise werden die Bautätigkeit anheizen und der Investition zumindest langfristig einen Riegel vorschieben.

Fazit: Schumpeter hat die Bedeutung des Geldes zwar erkannt, blieb aber insgesamt in der klassischen/neoklassischen Welt verhaftet.

3. Unternehmertum

Die schöpferische Zerstörung ist das Markenzeichen von Joseph Schumpeter. Der Begriff scheint die Leute zu faszinieren, auch wenn er im Grunde ziemlich unscharf ist.

Schumpeter selbst definiert den Begriff folgendermaßen.

Diese spontanen und diskontinuierlichen Veränderungen der Bahnen des Kreislaufs und Verschiebungen des Gleichgewichtszentrums treten in der Sphäre des industriellen und kommerziellen Lebens auf. Nicht in der Sphäre des Bedarfslebens der Konsumenten der Endprodukte. Wo spontane und diskontinuierliche - ruckweise - Veränderungen in den Geschmacksrichtungen dieser letzteren auftreten, liegt eine plötzliche Veränderung der Daten vor, mit denen der Geschäftsmann zu rechnen hat, möglicherweise ein Anlass und eine Gelegenheit für andere als schrittweise Anpassungen seines Verhaltens, aber nicht schon solche andere Erscheinungen selbst.

aus: Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Das Grundphänomen der wirtschaftlichen Entwicklung

Der Begriff „Bahnen des Kreislaufs“ stellt auf eine gleichgewichtige Wirtschaft ab, bei der lediglich jahraus- jahrein immer wieder das gleiche produziert wird. Dieser Kreislauf kann nun auch durch eine Änderung der Nachfrage aufgrund von Moden verändert werden. An diese könnte sich die gegebene Produktionsstruktur aber noch leicht anpassen.

Wird aber die Produktionsstruktur selbst verändert, etwa durch technischen Fortschritt, Innovationen, dann ist der Wandel tiefgreifender. Ob das richtig ist, kann man aus zwei Gründen bezweifeln.

Zum einen ist die Trennlinie unscharf. Schumpeter denkt an die Durchsetzung von Innovationen, die weite Bereiche der Wirtschaft erfassen, etwa die Erfindung des Verbrennungsmotors, drahtlose Kommunikation, die Entwicklung des TCP/IP Protokolls etc.. Allerdings kann man sich fragen, wo genau die Grenze liegt. Das Ausmaß, in dem das Smartphone die Produktionsstruktur beeinflusst mag geringer sein, ist jedoch dennoch erheblich.

Auch die zweite These, dass diese Art von Innovationen von der Angebotsseite allein ausgehen, kann man bezweifeln. Es ist schlicht so, dass bei diesem Typ von Innovationen die Nachfrage offensichtlich ist. Gelingt es der Stammzellenforschung Organe „nachzubauen“, dann ist die Nachfrage offensichtlich gegeben. Bahnbrechende Erfindungen gibt es nur, aufgrund hoher Nachfrage. Andernfalls wäre es vielleicht ein wissenschaftlicher Fortschritt, aber keine bahnbrechende Erfindung. Auch der größte

schöpferisch-zerstörerische Unternehmer könnte wenig ausrichten, wenn nicht die Nachfrage enorm wäre.

Maßgeblich für die schöpferische Zerstörung ist aber bei Schumpeter gar nicht die Innovation selbst, sondern die Persönlichkeit des schöpferisch-zerstörenden Unternehmers, den er wie folgt eher als romantische Figur beschreibt.

Die speziell „unternehmerliche“ Art von privater Führerschaft im Wirtschaftsleben ist gefärbt und geformt – sowohl dem Verhalten als auch dem Typus nach – von ihren besonderen Bedingungen. Die Bedeutung der „Autorität“ fehlt nicht, gilt es doch oft soziale Widerstände zu überwinden und „Beziehungen“ zu erobern und Belastungsproben auszusetzen. Aber sie ist geringer insofern, als es einer „Befehlsgewalt“ über die Produktionsmittel nicht bedarf und das Mitziehen der andern Berufsgenossen zwar immer eine sehr wichtige Folge des Beispiels und Erklärungsgrund wesentlicher Erscheinungen, aber oft nicht zum individuellen Erfolg nötig – im Gegenteil ihm abträglich und vom Unternehmer nicht gewünscht – ist und ohne darauf gerichtetes Tun eintritt. Hingegen ist die Bedeutung jener besonderen Vereinigung von Schärfe und Enge des Gesichtskreises und der Fähigkeit zum Alleingehen um so größer. Und das entscheidet auch über den Typus. Ihm fehlt aller äußere Glanz, wie er bei andern Arten von Führerschaft dadurch gegeben ist, daß gehobene Organstellung die Voraussetzung ihrer Ausübung ist. Ihm fehlt aller persönliche Glanz, wie er bei vielen andern Arten von Führerschaft gegeben sein muß, bei jenen, wo durch „Persönlichkeit“ oder Geltung in einem kritischen sozialen Kreis geführt wird. Seine Aufgabe ist sehr speziell: wer sie lösen kann, braucht in jeder andern Beziehung weder intelligent noch sonst interessant, kultiviert oder in irgendeinem Sinn „hochstehend“ zu sein, kann selbst lächerlich wirken in den sozialen Positionen, in die ihn sein Erfolg ex post stellt. Er ist typisch – dem Wesen nach, aber außerdem (was nicht zusammenzufallen brauchte) historisch –, Emporkömmling und traditionslos, daher oft unsicher, anpassend, ängstlich – alles andere als ein Führer – außerhalb seines Bureaus. Er ist der Revolutionär der Wirtschaft – und der unfreiwillige Pionier sozialer und politischer Revolution –, und seine eignen Genossen verleugnen ihn, wenn sie um einen Schritt weiter sind, so daß er mitunter im Kreis etablierter Industrieller nicht rezipiert ist. In allen diesen Punkten gibt es Analogien mit Führertypen andrer Art. Aber keine dieser erregt so viel Aufsehen und, aus den verschiedensten Gründen, abfällige Kritik. Und die in-

dividuellen Qualitätsunterschiede gewinnen hier deshalb eine für das Schicksal des Typus wie für das Schicksal der Wirtschaftsform, der er seinen Stempel aufdrückt, ernste Bedeutung.

aus: Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Das Grundphänomen der wirtschaftlichen Entwicklung

Wahrscheinlich hatte Joseph Schumpeter eine konkrete Persönlichkeit vor Augen, die er dann psychologisierend beschrieb. Der Autor würde sagen, dass ein Unternehmer nur erfolgreich sein kann, wenn er in dem Bereich, in dem er tätig ist, den vollen Durchblick hat. Folgt man der Beschreibung von Schumpeter, ist der schöpferisch-zerstörerische Unternehmer ein Emporkömmling, kann also den Banken keine oder kaum Sicherheiten bieten. Um kreditwürdig zu sein, wird er also nachweisen müssen, dass er auf seinem Gebiet über ausgedehnte Erfahrung verfügt, sonst bekommt er keine „Befehlsgewalt“ über die Produktionsmittel qua Kredit, wobei er bei Banken ohnehin keine Chance hat.

Dass er bei konkurrierenden Unternehmern nicht viele Freunde hat, ist wahrscheinlich, Begriffe wie Parvenü oder Neureiche bestätigen das. Wenn man im Wettbewerb nicht bestehen kann, spricht man diesen Leuten eben die Fähigkeit ab, sich an die „gepflegten“ Sitten der High Society anzupassen.

Unter Umständen wäre es ergiebig, wenn man den ganzen historischen Kontext herausarbeiten würde. Dass standesbewusste, hierarchische Gesellschaften mit geringer sozialer Durchlässigkeit wie die Wiens zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts einem Unternehmer, der verkrustete Strukturen aufbricht einiges an Charakterstärke abverlangen, ist wahrscheinlich.

Er beschreibt Konventionen, die wohl teilweise auch heute noch Bedeutung haben: „Ihm fehlt aller persönliche Glanz, wie er bei vielen anderen Arten von Führerschaft gegeben sein muss, bei jenen, wo durch „Persönlichkeit“ oder Geltung in einem kritischen sozialen Kreis geführt wird.“ Wenn ausführlich auf allen Kanälen über die immer gleiche Garderobe von Steve Jobs, das ist wohl so eine Art „Führer“, wie er ihn sich vorstellt, diskutiert wird, dann spielt der „Glanz“ wohl irgendwie auch heute noch eine Rolle.

Berüchtigt für unkonventionelles Auftreten und Benehmen sind ja bekanntlich Informatiker. Es sieht so aus, dass in Branchen, die stark kompetenzorientiert sind, „Glanz“ nur eine geringe Rolle spielt, wohingegen sich in Branchen, wo der „äußere Eindruck“ eine stärkere Rolle spielt, wie etwa bei Juristen, sich alte Zöpfe relativ lange halten.

Was den Unternehmer ausmacht, ist sicher ein psychologisch ergiebiges Thema. Ein mehr „intuitives“ Herantasten kann hierzu ein erster Ansatz sein. Empirisch belastbare Aussagen erhalten wir so nicht.

„Schärfe und Enge des Gesichtskreises und der Fähigkeit zum Alleingehen“ finden wir bei Unternehmern in der Tat häufig. Sie haben dann einen totalen Tunnelblick, sind für keine Kritik mehr offen und gehen ihren Weg bis zum bitteren Ende, also bis zum Bankrott. Den Markt auszutesten und gewisse Risiken einzugehen ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung sinnvoll und notwendig. Allerdings sollte man das so machen, darin besteht die eigentliche Intelligenz, dass man mit relativ geringem Risiko einen großen Wissenszuwachs erhält und Handlungsalternativen bestehen.

4. Konjunkturtheorie

Das Problem mit der schöpferischen Zerstörung von Schumpeter besteht darin, dass er aus einer vagen psychologischen Beschreibung eine ganze Konjunkturtheorie bastelt.

Der erste Akt besteht in der Durchsetzung der strukturellen Änderung. Nachdem der schöpferisch-zerstörerische Unternehmer vorgeführt hat, wie es geht, folgen ihm weitere, die allerdings nicht mehr so hohe Hürden überwinden müssen, da der Erfolg alle Zweifel widerlegt hat. Der „Monopolgewinn“ der Innovation schmilzt ab, weil andere das Erfolgsmodell kopieren.

Ich komme nun zu dem zweiten Akt, den das Drama der Durchsetzung des Neuen in der geschlossenen Wirtschaft hat. Auch in der geschlossenen Wirtschaft lebt der Unternehmergewinn nicht ewig. Auch hier treten notwendig Veränderungen ein, die ihm ein Ende machen. Die neue Kombination ist durchgesetzt, ihre Resultate liegen vor, alle Zweifler sind zum Schweigen gebracht, die Vorteile sind nunmehr einleuchtend. Zugleich die Art, wie man sie zu erlangen hat. Da bedarf es nun höchstens eines Leiters oder Vormannes, nicht aber der Schöp-

ferkraft und Herrschergewalt des Führers. Man braucht ja nur das Getane zu wiederholen, um die gleichen Vorteile zu erlangen. Und man wird das auch ohne den Führer tun können und tun. Mögen die Reibungswiderstände auch immer noch zu überwinden sein, im Prinzip ist die Sache anders, leichter geworden.

aus: Josef Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Der Unternehmerge Gewinn oder Marktwert

Das Werk erschien erstmal 1911, da kann das mit dem Führer noch durchgehen. Wir zitieren allerdings aus der Auflage von 1934, da hätte man das Werk wohl überarbeiten können, aber vermutlich hatte Schumpeter, der ab 1932 in den USA weilte, keinen Einfluss mehr auf die Nachdrucke, obwohl er auch zu dieser vierten Auflage noch ein Vorwort schrieb.

Auf den Aufschwung, wenn die Unternehmer massenhaft in die Fußstapfen des schöpferisch-zerstörerischen Unternehmers treten, sich also z.B. auf der Basis einer strukturverändernden Basistechnologie wie das Internet Millionen von kleineren Unternehmen gründen, folgt der Abschwung und für diesen gibt Schumpeter nun eine verblüffende Erklärung.

Aber dessen ungeachtet [der Tatsache, dass Staaten, vermehrt Kredite aufnehmen] ist er [der Deflationsprozess] wirksam und finden Schuldentilgungen seitens erfolgreicher Unternehmungen tatsächlich statt - so dass diese Deflation, wenn auch in noch so milder Form, aus der Logik der objektiven Situation und automatisch immer eintreten muss, wenn der Aufschwung weit genug gediehen ist.

aus: Josef Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Der Zyklus der Konjunktur, Seite 346

Die Idee ist also die. Die Zunahme der Kreditvergabe qua Geldschöpfung hat zu einer Zunahme der Geldmenge geführt. In dem Maße aber, wie die nun erfolgreichen Unternehmer den Kredit tilgen, wird die Geldmenge wieder verringert, das heißt dem dann größeren Volkseinkommen, steht gar nicht mehr genug Geld gegenüber, um das Volkseinkommen umzusetzen. Neudeutsch: Die Transaktionskasse ist zu klein und eine Anpassung ist nur über eine Deflation möglich.

Klingt logisch, ist aber trotzdem falsch, weshalb das Phänomen in der Wirklichkeit auch nicht auftritt. Auch nicht bei einer goldgedeckten Währung. Das Geldangebot kann sich innerhalb eines gegebenen Rahmens aufgrund der Geldschöpfungsmöglichkeiten der Banken an das Angebot anpassen.

Allgemein. Für die zirkulierende Geldmenge ist nicht das Angebot an Geld entscheidend, sondern die Nachfrage nach Geld.

Bringen jemand zu Beginn des Monats 3000 Euro auf die Bank und hebt täglich 100 Euro ab, hat die Bank durchschnittlich 1500 Euro zur Verfügung. Diese Potential kann sie nutzen, wenn eine Nachfrage danach besteht und eben nicht, wenn diese nicht besteht. Die Nachfrage bestimmt, wie viel Geld im Umlauf ist. Der Aufschwung muss gewaltig sein, damit dieses Potential ausgeschöpft wird.

Im Übrigen sind Zentralbanken verpflichtet, ausreichend Geld zur Verfügung zu stellen. Hat ein Unternehmer Guthaben auf der Bank und will er dieses tatsächlich in bar halten, dann ist die Zentralbank verpflichtet, unabhängig von der Frage, ob wir in einem System der Golddeckung sind oder nicht, dieses Geld auch zu liefern. Eine Zentralbank kann das Kreditschöpfungspotential der Banken einschränken, Forderungen der Privatwirtschaft gegenüber den Banken allerdings hat sie zu erfüllen.

Steigt das Volkseinkommen, steigen insgesamt die Guthaben bei den Bankkunden. Die Unternehmen, die z.B. ihre Arbeiter bezahlt haben, haben deren Bankguthaben erhöht. In diesem Umfang müssen die Zentralbanken, so die Leute das Geld in bar halten wollen, den Banken das Geld zur Verfügung stellen. Auf der anderen Seite wird bei Kredittilgung Geld vernichtet. Das dürfte sich aber mehr oder weniger ausgleichen.

Aus diesem Zusammenhang wird sich also kein Abschwung ergeben, aber das ist nicht der interessante Punkt. Der interessante Punkt ist, dass wir bei Schumpeter sozusagen eine „genetische“ Konjunkturtheorie haben.

Da, wie wir sahen, die Unternehmereignung etwas ist, was wie jede Eigenschaft in der ethnisch homogenen Gruppe nach dem Fehlergesetz verteilt ist, so wächst bis zum Punkte der größten Ordinate die Zahl der Individuen, die fortschreitend geringeren Anforderungen in dieser Beziehung genügen. Es können und werden also von Ausnahmen abgesehen mit fortschreitender Erleichterung

der Aufgabe jeweils immer mehr Leute Unternehmer werden, weshalb das erfolgreiche Auftreten eines Unternehmers nicht einfach das Auftreten, sondern immer zahlreicherer und weniger qualifizierter nach sich zieht.

aus: Josef Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Der Zyklus der Konjunktur

Der Aufschwung hängt also davon ab von der Anzahl der Unternehmer, die in die Fußstapfen des schöpferisch - zerstörerischen Unternehmers treten und diese Anzahl hängt wiederum ab von der ETHNISCH HOMOGENEN GRUPPE. In bestimmten ethnisch homogenen Gruppen gibt es also mehr oder weniger Unternehmer und von diesen wiederum hängt der Aufschwung ab.

Wir konzedieren, dass der Ausdruck ethnisch homogene Gruppe nicht notwendigerweise auf genetische Merkmale abzielt, die ethnisch homogene Gruppe kann sich auch durch eine gemeinsame Religion, Sprache, wirtschaftliche Tätigkeit etc. konstituieren. Unterstellt man aber, dass sich ethnische Gruppen hinsichtlich der unternehmerischen Fähigkeiten unterscheiden, dann bleibt nur Religion (Max Weber) oder genetische Disposition übrig. Zwischen z.B. Sprache und unternehmerischem Talent hat noch nie jemand eine Beziehung hergestellt. Weiter kann sich eine ethnische Gruppe nur konstituieren, wenn die Eigenschaften vererbt werden, andernfalls wären ja auch die Anhänger der CDU oder der SPD eine ethnische Gruppe oder Menschen mit einer bestimmten sexuellen Orientierung. Man könnte dann sogar von der ethnischen Gruppe der Fußballfans sprechen. Von einer ethnischen Gruppe können wir nur dann sprechen, wenn diese sich selber gegen andere Gruppen abgrenzt, was eine Kontinuität der charakteristischen Eigenschaften voraussetzt.

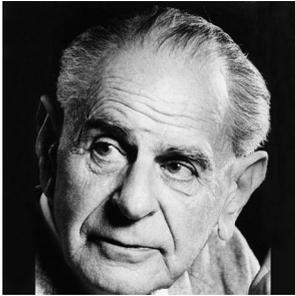
Dass bestimmte ethnische Gruppen mehr unternehmerische Fähigkeiten haben als andere, ist eine empirisch nicht belastbare These. Richtig ist nur, dass in Europa ab dem 19. Jahrhundert bestimmte Basistechnologien entwickelt wurden, die dann zu einem rasanten Wachstum führten.

Die Leute, die diese entwickelt haben, entsprechen aber gerade nicht der Beschreibung des schöpferisch-zerstörerischen Unternehmers von Schumpeter, denn Schumpeter betont, dass diese schöpferisch - zerstörerischen Unternehmer zwar charismatisch waren, aber die bahnbrechenden Technologien eben gerade nicht entwickelten.

Die nachfolgenden Minizerstörer müssen also nur noch die Basistechnologien nutzen, das hat den Effekt, dass da, wo high tech ist, noch mehr hightech hinkommt und für die Basistechnologien immer mehr Anwendungen gefunden werden. Konzidiert sei, dass dies umso schneller geschieht, je höher der Bildungsstand.

Für praktische Fragen, etwa im Bereich Entwicklungspolitik, ist es also zielführender nicht von ethnisch homogenen Gruppen zu schwafeln, sondern sich Maßnahmen zu überlegen, wie der know how transfer effizienter gestaltet werden kann.

Karl Popper



1. Falsifizierbarkeit
2. Offene Gesellschaft
3. Demokratie
4. Methodologischer Ansatz
5. Historizismus

1. Falsifizierbarkeit

Popper ist in den Wirtschaftswissenschaften weit bekannter, als in den Naturwissenschaften, obwohl alle Beispiele, mit denen er seine Theorien illustriert, dem Bereich der Naturwissenschaften entnommen sind.

Ob die Motive, die dazu führten, dass das Programm Poppers von vielen Wirtschaftswissenschaftlern als methodologisches Paradigma unterstellt wird, ehrenhaft sind, kann man bezweifeln.

Vermutlich soll hiermit suggeriert werden, dass die exakten Methoden der Naturwissenschaften auch in den Wirtschaftswissenschaften angewandt werden können, denn dies ist, wobei er von der Unterschiedlichkeit des Erkenntnisobjektes abstrahiert, die These Poppers.

Eine These muss nach Popper, um wissenschaftlich zu sein, empirisch belastbar sein, das heißt es muss eine Möglichkeit geben, sie gegen Tatsachen zu testen. Metaphysische Aussagen zum Beispiel können nicht gegen die Realität getestet werden.

Allerdings unterscheidet der kritische Rationalismus deutlich zwischen Falsifizierbarkeit und Verifizierbarkeit. Sowohl die Falsifizierung wie auch die Verifizierung sind natürlich nur dann möglich, wenn die Prognose, die sich aus der Theorie ergibt, mit dem tatsächlichen Ereignis übereinstimmt. Insofern besteht Übereinstimmung.

Verifizierung heißt aber, dass in diesem Falle die Theorie bestätigt worden ist, Falsifizierung heißt lediglich, dass sie noch nicht widerlegt worden ist. Das ist für den kritischen Rationalismus insofern wichtig, weil sich eine Theorie gar nicht ultimativ beweisen lässt. Aus einer begrenzten Anzahl von Ereignissen kann man nicht auf eine unbegrenzte Anzahl von Ereignissen schließen.

Diese Erkenntnis ist für die Volkswirtschaftslehre relevant. David Ricardo musste davon ausgehen, dass seine Grundannahmen, z.B. die Bevölkerung wächst stärker als das Angebot an Nahrungsmitteln, richtig waren. Sie wurden jahrhundertlang bestätigt, dennoch zeigt sich, dass die Annahmen falsch waren.

Allerdings ist es auch möglich, empirisch belastbare Aussagen zu produzieren, die dennoch sinnlos sind.

1. Eine Aussage, die schlicht von jedem empirischen Sachverhalt gedeckt ist, ist sinnlos. Das trifft praktisch auf die gesamte Mikroökonomie, so wie wir sie in den Lehrbüchern finden, zu. Die Mikroökonomie, also die simplifizierte Form der neoklassischen Theorie, die wir in Lehrbüchern finden, weist anhand unterschiedlich konstruierter Gleichgewichte, partielle Gleichgewichte, allgemeines Gleichgewicht, Pareto Optimum, nach, dass im Gleichgewicht, bei vollkommener Transparenz und keiner Intervention des Staates, das Optimum erreicht ist, das heißt die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt maximal ist. Das trifft schlicht immer zu. In Bolivien, in Deutschland, in Burkina Faso und in den Vereinigten Staaten. Auf dem Reismarkt herrscht zum Beispiel immer ein Gleichgewicht, unabhängig davon, ob der Grenznutzen der letzten Schüssel Reis mit dem Grenznutzen des Kaviars konkurriert und folglich Sättigung erreicht ist oder ob die Leute sich diese Schüssel Reis nicht leisten konnten und verhungert sind. Naheliegenderweise ist eine Aussage, die mit jeder Realität übereinstimmt, dann sinnlos, wenn wir eben diese Realität verändern wollen.

Will man fair sein, wird man allerdings konzedieren müssen, dass die verschiedenen Gleichgewichtstheorien im eigentlichen Sinne gar keine Theorien sind, sondern Beschreibungen. Sie beschreiben z.B. mehr oder weniger klar, warum im Gleichgewicht die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt maximiert ist. Von einer Theorie erwarten wir, dass sie uns über Kausalzusammenhänge zwischen verschiedenen Parametern aufklärt, so dass, gesetzt den Fall die Parameter sind bekannt, sich Prognosen über die Zukunft machen lassen. Die mikroökonomische Theorie ist aber mehr eine Beschreibung der Realität, als eine Theorie über die Realität.

2. Eine Aussage, deren Gültigkeit nur unter sehr restriktiven Annahmen gilt, die in der Realität nie gegeben sind, ist gleichermaßen sinnlos, wobei dieses Problem in den Wirtschaftswissenschaften in etwas modifizierter Form auftritt. Modelle, die sind in den Wirtschaftswissenschaften beliebt, sollen die Realität in den für die Analyse rele-

vanten Aspekte korrekt darstellen. Das setzt voraus, dass alle Parameter, die im Kontext der Analyse eine Rolle spielen, auch tatsächlich in dem Modell enthalten sind. Um das Modell zu konstruieren, bedarf es folglich bereits einer Theorie. Ist ein im Kontext der Analyse relevanter Parameter nicht vorhanden, bzw. wird dieser Parameter als unveränderlich gesetzt, dann kann das Modell in der Regel nur zu unsinnigen Resultaten gelangen. (Eine Ausnahme bildet hierbei Keynes. Keynes definiert *expressis verbis* alles, was er als konstant annimmt. Er tut dies, weil sich technischer Fortschritt, Ausbildungsstand, Kapitalausstattung etc.. ohnehin nicht ändern lässt und fokussiert auf die Bereiche, Zins und gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die der Staat beeinflussen kann.)

3. Im Bereich Wirtschaftswissenschaften heißt Falsifizierbarkeit wenig, denn die Frage ist, wie qualifiziert eine These falsifiziert wird. In den Lebenswissenschaften und den Sozialwissenschaften geben statistische Zusammenhänge einen Hinweis auf einen kausalen Zusammenhang. Statistische Zusammenhänge haben also eine Lenkungs-funktion, wobei die Wirtschaftswissenschaften oft beim Aufzeigen eines statistischen Zusammenhanges stehen bleiben. Durch einen rein statistischen Zusammenhang kann aber eine Theorie weder bestätigt noch widerlegt werden, denn der statistische Zusammenhang allein ist völlig theorielos, von daher ist immer unklar, ob die statistischen Zusammenhänge überhaupt über die von der Theorie angenommenen Kausalzusammenhänge verbunden sind.

Die Phillipskurve z.B. behauptet einen Zusammenhang zwischen Lohnsteigerung und Inflation. Angenommen wird, dass die Arbeitnehmer, bzw. die Gewerkschaften, irgendwann die Inflation in die Lohnverhandlungen einpreisen. Die These soll dann mit dem statistisch erfassbaren Zusammenhang zwischen Lohnsteigerung und Inflation in den siebziger Jahren bewiesen worden sein. Das Problem hierbei ist, dass die Inflation in den siebziger Jahren durch den steigenden Erdölpreis verursacht wurde. Der von der Phillipskurve behauptete Zusammenhang kann vielleicht in einem anderen statistischen Zusammenhang an einem anderen Ort und einer anderen Zeit bewiesen werden, nur eben nicht gerade hier. Kann derselbe statistische Zusammenhang durch unterschiedliche kausale Zusammenhänge bedingt sein, lässt sich eine Theorie durch einen statistischen Zusammenhang weder beweisen noch widerlegen.

Hat man allerdings zwei Arten von Mäusen, einen Wildtyp und eine knock out Maus, die sich nur in einem Gen unterscheiden, dann muss dieses eine Gen für die Unter-

schiede im Verhalten verantwortlich sein. Unter Umständen weiß man dann immer noch nicht genau wie, aber das Problem ist ziemlich eingegrenzt.

Alle Sprachen haben zumindest drei Wörter für eine geistige Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit: Beschreibung, Interpretation, Theorie. Alle drei können falsch oder richtig sein und alle Schattierungen dazwischen, trotzdem bedeuten die drei Wörter nicht das gleiche, auch wenn die Abgrenzungen mitunter schwierig sind. Die Beschreibung kann vollkommen theorielos sein. Ob sie falsch oder richtig ist, hängt allein davon ab, ob das Subjekt den Sachverhalt mit seinen Sinnen korrekt erfasst hat. Allerdings gibt es auch die Problembeschreibung, die einen höheren Abstraktionsgrad hat. Eine gute Beschreibung sollte aber vor allem immer eines sein: objektiv. Bei der Interpretation haben wir es mit einer subjektiv gefärbten Beschreibung zu tun. Die Interpretation sollte zwar auch intersubjektiv nachvollziehbar sein, aber der Begriff Interpretation impliziert, dass mehrere korrekte Beschreibungen möglich sind. Die Theorie stellt darauf ab, dass hinter den ohne weiteres sinnlich wahrnehmbaren Phänomenen eine Beziehung besteht, die eben nicht offensichtlich ist.

Im Sprachgebrauch ist das völlig klar. Ein Haus beschreibt man, ein Gedicht interpretiert man und über die Entstehung des Weltalls gibt es verschiedene Theorien. Wer ein Haus interpretiert, der macht sich unter Umständen Gedanken über die Intentionen des Architekten. Wer ein Gedicht beschreibt, wird demjenigen, der die Beschreibung liest keine Freude bereiten.

Das Falsifizierungskriterium kann sinnvoll nur auf die Theorie angewendet werden. Betrifft also nur die Bereiche der geistigen Auseinandersetzung mit der Welt, die die Form einer Theorie hat. Bei der Interpretation fällt das Kriterium Falsifizierbarkeit von vorne herein aus, weil man als Kriterium für die Güte einer Interpretation allerhöchstens die intersubjektive Nachvollziehbarkeit anführen könnte. Die Beschreibung fällt aus, weil sie keine Vermutungen über logisch verknüpfte Kausalketten enthält. Das Kriterium der Falsifizierbarkeit bezieht sich also auf einen recht engen Bereich der geistigen Auseinandersetzung mit der Welt.

Ob in der Forschung die Falsifizierbarkeit tatsächlich eine Rolle spielt, kann man bezweifeln. Zwar testen Forscher seit der Renaissance, also schon lange vor Popper, ihre Theorien gegen die Realität, allerdings ist die Theoriebildung viel komplexer. Eine Theorie, die durch Experimente bestätigt wurde, wird nicht deshalb aufgegeben, weil

ein Experiment nicht das Resultat lieferte, das sich unter Zugrundelegung der Theorie ergeben müsste. In der Regel wird die ursprüngliche Theorie beibehalten, weiterhin als richtig akzeptiert und so verfeinert, dass auch Spezialfälle von ihr abgedeckt werden. Ein Experiment, das einer tausendmal experimentell bestätigten Theorie widerspricht, wird nicht dazu führen, dass die Theorie verworfen wird. Die Theorie wird dann lediglich verfeinert.

Erst dann wenn die Theorie immer öfter versagt, was z.B. dann der Fall ist, wenn die Ergebnisse öfter inkompatibel mit der Theorie sind als zu dieser kompatibel, wird sie verworfen.

2. Offene Gesellschaft

„Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ ist das bekanntest Werk von Karl Popper. Der Begriff ‚offene Gesellschaft‘ ist ein fester Begriff in der öffentlichen Debatte geworden. Die Grundidee ist korrekt, die konkrete Darstellung dieser Idee fürchterlich. Demokratien sind prinzipiell offene Systeme. Sie haben kein Ideal, dem sie nacheifern und können dies auch nicht, weil alle paar Jahre durch einen demokratischen Entscheidungsprozess die Richtung geändert werden kann. Demokraten gehen davon aus, dass die „ideale“ Gesellschaft nicht am Reißbrett entworfen werden kann und nur Schritt für Schritt, über trial and error entsteht.

Hierbei gibt es eine Nähe zu seiner Erkenntnistheorie. Genau wie eine Theorie nie „bewiesen“ werden kann, kann auch nicht bewiesen werden, dass eine als ideal vorgestellte Gesellschaft tatsächlich den Erwartungen entspricht. Es muss also eine Möglichkeit geben, Prozesse zu revidieren und die Demokratie ist die einzige Regierungsform, wo dies institutionell verankert ist. Der Demokrat geht davon aus, dass er sich irren kann. Für die Demokratie gilt also das gleiche Programm wie für die wissenschaftliche Forschung. Jede Theorie ist vorläufig.

Wer allerdings davon ausgeht, im Besitz der Wahrheit zu sein, sieht naheliegenderweise keine Veranlassung, seine Sicht der Welt einem demokratischen Entscheidungsprozess zu unterwerfen.

Platon, Hegel und Marx sind für Karl Popper Beispiele für ein Denken, das sich eben dieser demokratischen Kontrolle nicht unterwerfen will. Sie beschreiben eine „ge-

schlossene“ Gesellschaft als Ideal. Bei Platon entdeckt er dann eine Nähe zu totalitären Ideologien und Ähnlichkeiten zum Nationalsozialismus, den er aber nicht namentlich nennt: Totale Kontrolle der Gesellschaft, Aufgabenverteilung nach rassistischen Kriterien, Führerprinzip, Kollektivismus, Eugenik. Hegel ist für ihn sozusagen das Maximum einer nicht falsifizierbaren formulierten These, weil bei Hegel praktisch jede Gesellschaftsform als der „objektive Weltgeist“ interpretiert werden kann.

Hegel war für ihn der Staatsphilosoph unter Wilhelm III, wobei er aufgrund der „Flexibilität“ auch unter jedem anderen System hätte zum Staatsphilosoph avancieren können. Das Kriterium falsch oder richtig ist in hegelschen „Logik“ aufgelöst und weicht einer dialektischen Höherentwicklung.

Marx geht davon aus, dass sich die Gesellschaft gesetzmäßig in eine bestimmte Richtung entwickelt. Teilt man diese Auffassung, bleibt für den demokratischen Entscheidungsfindungsprozess wenig Raum, weil die geschichtliche Entwicklung ganz prinzipiell nicht von menschlichen Entscheidungen abhängt.

So weit so gut, allerdings ist der gesamte Ansatz völlig falsch. Ein Verständnis totalitärer Regime gewinnt man nicht durch die Analyse des Inhalts eines totalitären Regimes, denn der Inhalt ist für totalitäre Regime völlig irrelevant. Totalitäre Regime durch die Analyse der Inhalte einer Ideologie erklären zu wollen, ist so ähnlich wie der Versuch, einen Vergewaltiger oder Bankräuber durch die Analyse seines „Weltbildes“ verstehen zu wollen. Verbrecher zeichnen sich dadurch aus, dass sie gar kein Bedürfnis haben, nach hehren Idealen zu streben. Die Naziclique war eher eine Bande von Verbrechern als fehlgeleitete Idealisten.

Hayek konstruiert da zwar einen Zusammenhang über den „Kollektivismus“, der Nationalsozialismus ist das gleiche wie der Sozialismus und beide sind „kollektivistisch“ und von daher Feinde der Freiheit, aber das ist Unsinn. Plausibler wäre es vielleicht, wenn man den Sozialismus und den Nationalsozialismus eher „religiös“ interpretiert. In diese Richtung geht die Analyse der Frankfurter Schule.

Totalitäre Regime unterscheiden sich von lediglich autoritären Regimen dadurch, dass sie alle Bereiche des sozialen Lebens, Wirtschaft, Justiz, Polizei, Militäre Bildung und Kultur durchdringen und das Individuum über Massenorganisationen vollständig kontrollieren. Im Gegensatz zum lediglich autoritären System, das lediglich eine passive

Duldung verlangt und lediglich aktiven Widerstand sanktioniert, verlangt ein totalitäres System die aktive Unterstützung.

Insofern sind auch verschiedene islamische Staaten totalitär und Beispiele für totalitäre Staaten finden wir auch im christlichen Abendland. Religiös motivierte Regime greifen genau so tief in die Gesellschaft ein, bis in den innersten Bereich der privaten Lebensführung, wie andere totalitäre Regime auch.

Totalitär sind also nicht nur das sozialistische Russland unter Stalin und das nationalsozialistische Deutschland. Bei religiösen Ideologien können wir so „intuitiv“ eine größere Bedeutung inhaltlicher Komponenten vermuten, auch wenn historisch gesehen kaum übersehen werden kann, dass auch die Religion lediglich Instrument zur Durchsetzung individueller Machtinteressen war. Analysiert man die Programme totalitärer Parteien, wird man, auch aufgrund der Tatsache, dass die Programme immer mal wieder aus strategischen Gründen angepasst wurden, davon ausgehen können, dass der instrumentelle Charakter überwiegt. Die Ideologie, das sagt eigentlich schon der Name, ist Instrument zur Durchsetzung von Machtinteressen, aber nicht Ziel.

Aber selbst wenn Ideologien inhaltlich relevant wären, wovon keine der bekannten Totalitarismus Theorien ausgeht, gäbe es noch ein zweites Problem. Die These des Buches ist, „Falsche Propheten: Marx, Hegel und die Folgen“ ist der Untertitel, dass ein kausaler Zusammenhang besteht zwischen den Schriften von Hegel und Marx und totalitären Staaten, wobei er die beiden eigentlich angesprochenen, das nationalsozialistische Deutschland und das stalinistische Russland im Buch selber nicht nennt. Es ist aber offensichtlich, das bestätigt er auch selbst in anderen Stellungnahmen, dass diese beiden gemeint sind.

Die These wäre nur dann plausibel, wenn sich ein solcher Zusammenhang irgendwie herstellen lässt, was aber offensichtlich nicht der Fall ist und wofür er auch keinen Beweis liefert. Die These könnte nur dann plausibel sein, wenn eine dieser drei Bedingungen erfüllt ist.

1. Hitler oder Stalin nahmen einen der genannten Autoren als Blaupause. Die Schriften waren den beiden also bekannt und sie ließen sich von Grundsätzen leiten, die in diesen Büchern, also der Politeia von Platon, der Phänomenologie des Geistes von Hegel oder in Das Kapital von Marx, beschrieben sind. Die Phänomenologie des Geistes

scheidet hierbei schon mal endgültig aus. Diese ist für Laien schlicht unverständlich und es hat auch noch kein Historiker behauptet, dass Hitler oder Stalin die Werke von Hegel gelesen haben. Marx könnte zumindest Stalin gelesen haben, allerdings steht in Das Kapital kein einziges Wort, wie der Sozialismus in der realen Welt tatsächlich verwirklicht werden soll. Als Blaupause kann Das Kapital also gar nicht dienen, unabhängig von der Tatsache, dass der Autor bezweifelt, dass Stalin die fast 4000 Seiten gelesen hat.

2. Man könnte auch sagen, dass die genannten Werke und Autoren zwar überhaupt keinen Einfluss auf die Ideologie des Nationalsozialismus bzw. Stalinismus gehabt haben, aber das jeweils Typische darstellen. Der Nationalsozialismus ist aber lediglich ein Sammelsurium an Ideen, die „in der Luft lagen“. Für Antisemitismus, Rassismus, Eugenik, Elitedenken, Kampf ums Dasein, Lebensraum im Osten, etc. gibt es Tausende von Quellen, dafür braucht es keinen Platon. Die Phänomenologie des Geistes dürften in der Weimarer Zeit bzw. im zaristischen Russland etwa so viele Leute gelesen haben wie heute. Also irgendwas im Promillebereich oder darunter. Marx wiederum hat auf ökonomischem Gebiet sicher viel Unsinn erzählt, wenn auch nicht mehr als David Ricardo, aber eine Nähe zum Nationalsozialismus oder zum Stalinismus kann man beim besten Willen nicht erkennen. Die Aussage, dass er ein Anhänger des Historizismus war, reicht für den Nachweis eines kausalen Zusammenhanges nicht. Der Historizismus kann viele Formen annehmen. Karl Popper hätte aber nachweisen müssen, dass es eine Beziehung gibt zwischen genau dieser Form des Historizismus und dem Nationalsozialismus bzw. Sozialismus.

3. Diese These wäre, zumindest für die Weimarer Republik, eigentlich unter Umständen ergiebig. Haben die kanonisierten Bildungsinhalte, von deren Kenntnis in manchen Kreisen die berufliche Karriere abhängt, ein Demokratiedefizit, wird man nicht erwarten dürfen, dass diese Gruppen sich totalitären Strömungen entgegenstellen. Das sollte man vielleicht auch mal bedenken, wenn man ein neues Lehrbuch der Mikroökonomie schreibt. Vilfredo Pareto hat nämlich ein ganz deutliches Demokratiedefizit.

Jedoch unabhängig davon, ob sich ein verschlungener kausaler Zusammenhang darstellen lässt oder nicht, ist der gesamte Ansatz falsch. Totalitäre Regime sind durch die Art der Machtausübung charakterisiert, nicht durch die Inhalte der Ideologie. Totalitäre Regime schaffen ein Anreizsystem für jeden einzelnen, das ein Regime stützendes Verhalten belohnt und ein abweichendes Verhalten sanktioniert. Da es in der Lage ist,

massiv Terror auszuüben, überwiegen aber die Sanktionen. Auf Belohnungen ist das Regime nur bei der unmittelbaren Clique angewiesen, die den Terror organisiert. Ein totalitäres Regime wird nicht durch „Ideale“ zusammengehalten, sondern durch individuelle Belohnungssysteme bzw. Terror.

Der Begriff „Banalität des Bösen“ von Hannah Arendt ist unter Historikern umstritten. Der Begriff zielt auf die Leidenschaftslosigkeit, mit der die Verbrechen, insbesondere die des Nationalsozialismus, begangen wurden. Die Täter waren weder emotional noch ideologisch an den Taten besonders interessiert. Das Verbrechen war ein simpler Verwaltungsakt, wobei auch Verwaltungsakte nur durchgeführt werden, wenn ein Anreiz vorhanden ist. Das finale Ziel des Verwaltungsaktes ist dem ausführenden Organ völlig egal.

Zur Hayek These von der Identität von Nationalsozialismus und Sozialismus gibt es ja bekanntlich noch die Gegenthese von Ernst Nolte. Dieser sieht den Nationalsozialismus als Reaktion auf den Bolschewismus. Die sozialistische Variante hat noch ein Angebot. Der Nationalsozialismus ist die Vollendung des Kapitalismus. Für all diese Thesen lassen sich jetzt natürlich irgendwelche Fakten finden, aber alle drei erklären schlicht gar nichts, weil die simple und einzig interessante Frage eine völlig andere ist. Die Frage ist, mit welchen Mechanismen bringt man ganze Staaten unter seine Kontrolle. Maier, Müller, Schulze, Schmidt haben weder ein Interesse daran, ihre Interessen zugunsten des Allgemeinwohls zurückzustellen, noch haben sie vor den Bolschewismus zu bekämpfen, noch haben sie vor für den Kommunismus zu kämpfen.

Maier, Müller, Schulze, Schmidt werden über Anreize in das System eingebunden, haben aber an den Zielen des Systems kein Interesse. Über Ziele allein können totalitäre Gesellschaften nicht zusammengehalten werden. Selbst wenn die Anführer tatsächlich an ihre Hirngespinnste selber glauben, was zweifelhaft ist, ist das immer noch irrelevant. Es mag sogar einige „Idealisten“ geben, die an den Hokuspokus glauben, die Alltagserfahrung lehrt aber, dass die nicht ins Gewicht fallen.

Wir halten den systemischen Ansatz der Volkswirtschaftslehre ja für etwas einseitig, hier allerdings dient er dem Erkenntnisfortschritt. Gesellschaften im Allgemeinen werden, wie die Wirtschaft, durch Anreizsysteme zusammengehalten. Folgt man der Logik von Historikern oder Hobby Historikern wie Hayek, dann könnten ja auch Unternehmer ganz andere Ziele haben als die Gewinnmaximierung. Haben sie vielleicht

sogar, aber nicht in statistisch relevantem Umfang. Die marktwirtschaftliche Ordnung erzwingt systemisch ein bestimmtes Verhalten und der Konsument strebt nach der Maximierung seines Nutzens, bzw. nach der Minimierung von Leid. Hier setzen totalitäre Systeme an. Sie verändern das Anreizsystem, so dass es in ihr Schema passt.

Um es kurz und knapp zu sagen. Der Mitarbeiter des MfS interessierte sich für die hohen Ziele des Sozialismus so wenig, wie die Mitarbeiter des BND, BfV, MAD für die freiheitliche Grundordnung. Die Leute machen da einen Job, für den sie bezahlt werden. Ein Bundeswehr Angehöriger sorgt in erster Linie für sich selbst und das erreicht er dadurch, dass er tut, was man ihm sagt. Das finale Ziel ist ihm egal. Er kann in der Regel auch gar nicht abschätzen, inwiefern eine konkrete Maßnahme ein bestimmtes Ziel fördert.

Bestimmte psychologische Mechanismen, Autoritätsgläubigkeit, intellektuelles Unvermögen, Minderwertigkeitskomplexe, „Unbehagen in der Kultur“ erleichtern dem System die Etablierung eines Anreizsystems in ihrem Sinne, aber kein System wird sich etablieren können, wenn es nicht entweder ausreichend Terror ausüben kann oder ausreichend belohnen kann.

Dass es in totalitären Staaten „altruistische“ Taten gibt, Leute also z.B. bereit sind für Volk und Vaterland zu sterben, dürfte, zumindest was den Nationalsozialismus angeht, aus der Tatsache erklärbar sein, dass das nationalsozialistische Regime bewusst eine Situation herbeigeführt hat, die tatsächlich alternativ los war. Die Täter mussten damit rechnen nach einem verlorenen Krieg für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden. Es blieb vielen Leuten also gar nicht mehr viel anderes übrig, als für Volk und Vaterland zu sterben, bzw. wurde dies vom Regime so dargestellt.

Hayek, Eucken, Müller-Armack und auch Popper erklären sich, mit unterschiedlicher Akzentuierung, die Entstehung von totalitären Regimen mit einem menschlichen Hang zum Kollektivismus. Der Autor würde schlicht sagen, so was gibt es nicht und der Begriff wird auch nirgends präzise definiert. Genauer gesagt: Kollektivismus ist das Resultat eines totalitären oder autoritären Regimes, aber nicht die Ursache. Das totalitäre Regime schränkt die Freiheit objektiv ein und begrenzt den Erfahrungshorizont. Das Resultat ist, dass alle den gleichen Blödsinn glauben. „Kollektivismus“ ist das Resultat eines totalitären oder autoritären Regimes, aber nicht der Ausgangspunkt.

Was es gibt ist kollektives Handeln, aber das ist genau das Gegenteil des Kollektivismus. Beteiligen sich Menschen an kollektiven Handlungen, dann tun sie dies, weil sie ihre individuellen Interessen so besser durchsetzen können. Sie handeln also gerade nicht altruistisch, sondern ganz im Gegenteil, sie schließen sich dem Kollektiv zur Wahrung ihrer Interessen an.

Eine etwas andere Interpretation hat der Begriff in der Psychologie. Kollektive erlauben es, die von der Zivilisation gesetzten Schranken zu verlassen.

Kollektivismus soll der Antipode von Individualismus und Freiheit sein. Individualismus ist die objektive und subjektive Fähigkeit hinsichtlich der Gestaltung des eigenen Lebens zwischen mehreren Alternativen wählen zu können. Es kann nun kaum überraschen, dass ein System, das alle Bereiche des sozialen Lebens kontrolliert, die objektive und subjektive Freiheit einschränkt. Subjektive Freiheit allerdings besteht nicht automatisch.

Für Hayek & Co reicht es aus, wenn der Staat Freiheit theoretisch zulässt. Das würde der Autor bezweifeln und das ist es, was Friedrich Hayek von John Stuart Mill unterscheidet. Die Demokratie muss Freiheit nicht nur zulassen, sondern aktiv fördern. Frei sein kann nur jemand, der Alternativen überhaupt kennt. Wäre die subjektive Freiheit einfach so da, hätte sich Immanuel Kant wohl kaum veranlasst gesehen, die Schrift „Was ist Aufklärung“ zu verfassen. Die objektive Freiheit ist entweder da oder nicht da. Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Es braucht auch Leute, die den Freiheitsraum dann auch konkret ausfüllen, bzw. diesen erweitern.

Kollektivismus könnte man definieren als Verhaltensmuster, Grundüberzeugungen, moralische Werte, die die Mitglieder einer bestimmten Gruppe teilen. Insofern sind erstmal alle Leute „kollektivistisch“. Kennt das einzelne Individuum nichts anderes, dann ist es eben unfrei, weil es gar keine Handlungsalternativen kennt. Ganz anders als Hayek sich das vorstellt, ist nicht der Staat die größte Bedrohung für die Freiheit, sondern über das Bildungssystem dessen größter Förderer. Das staatliche Schulsystem ist immer ein Kompromiss aus verschiedensten Bildungsinhalten, bietet also zwangsläufig Alternativen an. Das Individuum gerät also durch das Schulsystem automatisch in Kontakt mit Alternativen.

Der Kollektivismus ist also nicht die Ursache des Totalitarismus, sondern dessen Resultat. Schränkt der Staat die Erfahrungsmöglichkeiten ein, haben wir irgendwann ein „Kollektiv“. Sagen könnte man höchstens, dass im Schulsystem der Weimarer Republik irgendetwas schief gelaufen ist, wenn die nationalsozialistische Ideologie die attraktivste Alternative war. Die These allerdings, dass die Leute sich für eine Freiheit entscheiden, die sie gar nicht kennen, ist abwegig.

Gleiches trifft im Übrigen auch auf die wirtschaftliche Freiheit zu. Es fehlen in der Tat, weltweit, Unternehmerpersönlichkeiten. Die Annahme allerdings, dass diese allein dadurch entstehen, dass der Staat einen Ordnungsrahmen schafft, wie Eucken meint, ist genau so abwegig. Die wirtschaftliche Freiheit zu nutzen will gelernt sein.

3. Demokratie

Hayek und Popper kannten sich. Beide waren Mitglieder der Mont Pélerin Society. Während aber Hayek betonte, dass die Demokratie eher in einer Diktatur der Mehrheit endet, eine These, die weder theoretisch besonders wahrscheinlich noch durch irgendwelche empirische Fakten belegbar ist, betont Popper, dass die Demokratie die einzige Regierungsform ist, wo die Macht zeitlich begrenzt ist.

Betrachtet man die Unterschiede näher, liegt der Grund für die Differenzen tiefer. Hayek, wie auch Walter Eucken und Milton Friedman, glauben fest an die Grundsätze der klassischen und neoklassischen Nationalökonomie und in der klassischen/neoklassischen Nationalökonomie ist für den Staat schlicht gar kein Platz. Führt die marktwirtschaftliche Ordnung, allein zur besten aller Welten, bleibt für den Staat nur eine Aufgabe. Die Aufrechterhaltung eines Ordnungsrahmens, der eine ausreichende Wettbewerbsintensität sichert. Kurz gesagt: Was es zu regeln gibt, regelt der Markt und was der Markt nicht regelt, muss auch nicht geregelt werden. Es gibt eigentlich nichts, was durch einen demokratischen Entscheidungsprozess geregelt werden müsste.

Walter Eucken redet zwar viel von der „Interdependenz der Ordnungen“, aber im Grunde ist die wirtschaftliche Ordnung die grundlegende.

Steigt man noch eine Stufe tiefer hinab, dann liegt der Unterschied zwischen Hayek und Popper im grundsätzlichen theoretischen Zugang, der die Volkswirtschaftslehre schon seit Anfang an charakterisiert. Ökonomen analysieren Probleme systemisch.

Von Anfang an gibt es in der Ökonomie keine Individuen im eigentlichen Sinn.

Unternehmer wie Konsumenten sind Roboter, die mechanisch auf Signale reagieren. Alfred Müller-Armack spricht dann auch zutreffen von der Marktwirtschaft, ohne jeden pejorativen Unterton, von einem Signalsystem. Haushalte und Unternehmen reagieren in der Mikroökonomie mechanisch auf Preise. Unternehmer im eigentlichen Sinne, also Leute, die aus eigenem Antrieb etwas unternehmen, haben wir gar nicht. Wir haben eine mechanische Reaktion auf Anreize.

Methodologisch unterscheidet sich das kaum vom Marxismus. Das Werk von Karl Marx heißt „Das Kapital“ und nicht etwa „Die Kapitalisten“. Das Kapital akkumuliert von alleine, auf die Kapitalisten kann man bei Marx eigentlich verzichten. Der Kapitalist hat bei Marx auch nur eine einzige Eigenschaft. Er hat Kapital. Ansonsten kann er dumm wie Bohnenstroh, träge wie ein Faultier und so kreativ wie ein Ochse sein. Irgendwas was nach Mensch aussieht, gibt es zwar in der Form von Klassen, aber die bewegen sich auch nach den universellen Gesetzen des Sozialismus. Also Entscheidungen im eigentlichen Sinn trifft da niemand.

Schon in der klassischen Nationalökonomie gibt es Arbeit, Kapital und Boden, aber keine Arbeiter, Kapitalisten und Bauern. Die braucht es auch nicht, denn Arbeit, Kapital und Boden alloziert sich von alleine. Bei Léon Walras ist die ganze Ökonomie dann so was Ähnliches wie ein hydraulischer Apparat.

Das Grundproblem dieser Sichtweise ist, dass sowohl das wirtschaftliche, wie auch das politische, wie auch das soziale System jederzeit durch menschliche Entscheidungen verändert werden kann. Sieht man also allein einen systemischen Ansatz als „wissenschaftlich“ an, dann hat man jetzt ein Problem.

Léon Walras setzt sich damit auseinander, belässt es aber bei der Bemerkung, dass bei dieser Betrachtungsweise, wenn also der systemische Ansatz verneint wird, Ökonomie nicht als Wissenschaft betrieben werden kann, weil es keine festen Konstanten mehr gibt. John Stuart Mill stellt zutreffend fest, dass der Wettbewerb, der die Anpassung an die Preise erzwingt, der Ökonomie die mathematische Modellierung ermöglicht und damit die Abstraktion von menschlichen Entscheidungen im eigentlichen Sinn. Wir wollen aber nicht das Erkenntnisobjekt an die Methode anpassen, sondern die Methode an das Erkenntnisobjekt.

Popper betont, dass Demokratie eben nicht wie eine Maschine funktioniert und die gesellschaftliche Entwicklung damit eben nicht prognostizierbar ist.

Die meisten von ihnen [die Kritiker der Demokratie] sind mit den demokratischen Institutionen unzufrieden, weil diese keine Garantie dafür bieten, dass die Staatspolitik den wichtigsten moralischen Maßstäben (wenn schon nicht den höchsten) auch nur einigermaßen gerecht wird. Aber diese Kritiker richten ihren Angriff aufs falsche Ziel; sie verstehen nicht, was man von demokratischen Institutionen erwarten kann, und sie wissen nicht, wie die Alternative zu demokratischen Institutionen aussehen würde. Die Demokratie [...] schafft den institutionellen Rahmen zur Reform politischer Institutionen. Sie ermöglicht die gewaltlose Reform von Institutionen und damit den Gebrauch der Vernunft beim Entwurf neuer Institutionen sowie bei der Verbesserung der alten. Sie kann nicht die Vernunft selbst herstellen. Die Frage des intellektuellen und moralischen Standards ihrer Bürger ist in weitem Maße ein Problem von Personen. [...] Es ist völlig falsch, wenn man die Demokratie für die politischen Unzulänglichkeiten eines demokratischen Staates verantwortlich macht. Wir sollten eher uns, das heißt die Bürger des demokratischen Staates, zur Verantwortung ziehen. In einem nichtdemokratischen Staat führt der einzige Weg zu vernünftigen Reformen über den gewalttätigen Sturz der Regierung und die Errichtung eines demokratischen Rahmens. Die Kritiker der Demokratie, die sich irgendwelcher „moralischen“ Gründe bedienen, haben es versäumt, zwischen persönlichen und institutionellen Problemen zu unterscheiden. Es ist unsere Aufgabe, die Verhältnisse zu verbessern. Die demokratischen Institutionen können sich nicht selbst verbessern. Das Problem ihrer Verbesserung ist stets ein Problem, das Personen und nicht Institutionen betrifft. Wenn wir aber Verbesserungen durchzuführen wünschen, dann müssen wir klarmachen, welche Institutionen wir verbessern möchten.

Karl Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band 1, Der Zauber Platons, Seite 152

Das ist jetzt vielleicht nicht besonders wissenschaftlich, trifft dafür aber den Nagel auf den Kopf. Demokratien funktionieren so wenig von alleine wie die Wirtschaft. In der einen braucht es Unternehmer und in der anderen den mündigen Bürger.

Es gibt ein Modell, das in ähnlicher Weise wie die Ökonomie mit einer mathematischen Modellierung die Demokratie beschreiben will, das Modell von Anthony Down. Das Ergebnis ist, ähnlich wie bei den Modellen der Mikroökonomie, aufgeblasene Binsen unter extremer Vereinfachung der Realität. Anthony Down konstatiert z.B. eine Asymmetrie in der Informiertheit und bastelt hieraus irgendwelche Modelle beschreibenden Charakters. Dafür interessieren wir uns aber nicht. Was uns interessiert ist, wie diese Asymmetrie beseitigt werden kann.

4. Methodologischer Ansatz

Die Frage, wie der Absturz in die Barbarei möglich war, ist eine zentrale Frage der Geschichts- und Sozialwissenschaften nach dem zweiten Weltkrieg. Praktische alle noch heute bekannten Historiker oder Sozialwissenschaftler, wie eben auch Popper, beschäftigen sich mit dieser Frage. Für viele war es die zentrale Frage.

Aus erkenntnistheoretischer Sicht lässt sich hier ein Muster erkennen. Wir diskutieren jetzt nicht, ob die Thesen richtig sind. Uns interessiert jetzt nur der methodische Ansatz. Die Unterschiede im methodischen Ansatz sind hierbei so enorm, dass es zu gar keiner Diskussion zwischen den verschiedenen Theorieansätzen kommt. Jede Gruppe, Ökonomen, Historiker, Soziologen diskutiert nur unter sich.

Wir haben auf der einen Seite Walter Eucken, Friedrich Hayek, Alfred Müller-Armack und, aus einem bisschen anderen Blickwinkel, Milton Friedman. Alles Ökonomen. Für sie ist der Zivilisationsbruch ein systemisches Problem. Greift der Staat immer stärker in die Wirtschaft ein, zieht er immer mehr Ressourcen an sich, wird dadurch immer mächtiger. Das verändert das Anreizsystem. Während in einer marktwirtschaftlichen Ordnung die Anreize korrekt sind, also mit dem Gemeinwohl kompatibel, sind sie es jetzt nicht mehr. Die objektive Kontrolle durch den Markt fehlt. Nicht mehr die Marktleistung ist entscheidend, sondern die Fähigkeit sich gut mit dem Staat zu vernetzen. Das System führt zu Fehlanreizen. Aus dieser Sichtweise ist es ein rein systemisches Problem und systemisch muss es gelöst werden. Das heißt, besonders deutlich bei Hayek und Friedman, die Kontrolle über die Ressourcen muss über den Wettbewerb geregelt werden.

Fragen nach der moralischen Integrität, individuellen Verantwortung oder psychischen Konstitution werden gar nicht gestellt und sind bei systemischer Betrachtung auch irrelevant.

Wir fragen ja auch bei rein wirtschaftlichen Fragen nicht nach der moralischen Integrität des Unternehmers. Wir fragen, wie das System organisiert sein muss, damit dem Unternehmer nichts anderes mehr übrig bleibt, als das Gemeinwohl zu fördern. Will er das nicht, macht er pleite.

Allgemeiner: Das Individuum ist in dieser systemischen Betrachtung völlig irrelevant. Die Konsequenz hieraus ist, dass eine Lösung des Problems, wie sorgt man dafür, dass sich das nicht wiederholt, nicht durch eine Veränderung der Individuen erreicht werden soll, sondern über eine entsprechende Kalibrierung des Systems.

Zwar korrumpiert bei Hayek Macht und absolute Macht korrumpiert eben absolut, aber bei dieser systemischen Betrachtung ist das irrelevant, weil das System Machtanballung verhindert. So zumindest die Theorie. Ob das in der Praxis funktioniert, mag dahingestellt sein.

Politikwissenschaftler, Historiker und Soziologen haben einen völlig anderen Ansatz, weshalb wir hier eine sehr weite Bandbreite an Erklärungen haben. Fokussiert wird auf die Individuen, auf deren Weltanschauungen und charakterliche Defizite. Für den Historiker Nolte ist der Faschismus, darunter subsumiert er auch den Nationalsozialismus, nicht eine Variante des Sozialismus, sondern dessen Gegenspieler. Der Faschismus wird gesehen als Reaktion auf die „kommunistische“ Bedrohung, eine Sichtweise, mit der sich auch marxistische Historiker anfreunden konnten, auch wenn die These am Anfang falsch verstanden wurde. Nolte meinte, dass der Nationalsozialismus eine legitime Selbstverteidigung auf ein Übel war, das durch den Kommunismus in die Welt gekommen ist.

In dieser Sichtweise war der Nationalsozialismus kein Problem systemischer Fehlreize, sondern hatte tatsächlich einen inhaltlichen Grund. Das ist zwar historisch gesehen völliger Schwachsinn, weil die hypostasierte legitime Selbstverteidigung keinen Vernichtungsfeldzug gerechtfertigt hätte und weit mildere Mittel zielführender gewesen wären, davon abgesehen, dass es vor allem um „Lebensraum im Osten ging“, aber das ist nicht der Punkt, der uns im Moment interessiert. Uns interessiert im Moment nur, dass die Erklärung in den Inhalten der Ideologie gesucht wird.

Völlig anders ist der Ansatz der Frankfurter Schule. Sie setzt an der Charakterstruktur des Individuums an und nicht an dessen Weltanschauung. Der autoritäre Charakter ist anfällig für totalitäre Theorien. Er sucht einen Sündenbock für die Probleme dieser

Welt, glaubt an Autoritäten, weil er weder daran glaubt, seine Situation aus eigener Kraft verbessern zu können, noch sich ein eigenes Urteil zutraut. Sein Zynismus untergräbt alle moralischen Werte. Er hat keine Vorstellung von Glück, was ihn leicht manipulierbar macht.

Naheliegenderweise ergeben sich je nach Interpretation der Ereignisse, auch unterschiedliche Ansätze, wie eine Wiederholung verhindert werden kann. Verweist die Analyse auf ein systemisches Problem, ist die Lösung systemisch. Wird das Problem im Individuum gesehen, ist es eher ein Problem für das Bildungssystem.

Demokratien werden im Allgemeinen dazu neigen, Probleme systemisch zu lösen, da systemische Anreizsysteme, die dem Allgemeinwohl dienen, leichter durchsetzbar sind. Die Mehrheit kann leicht davon überzeugt werden, dass die Implementierung von Anreizsystemen, die dem Allgemeinwohl dienen, nötig sind.

Die im Zusammenhang mit ökonomischen Fragestellungen häufig diskutierte Werturteilsproblematik ist allerdings in diesem Kontext sinnfrei. Die Diskussion wäre dann sinnvoll, wenn die moralische Integrität des Individuums von Bedeutung wäre. Das ist sie aber in einer systemischen Betrachtung nicht. Eine systemische Betrachtung erwartet vom Individuum nur, dass es auf die Anreize reagiert. Reagiert es auf Anreize, die inkompatibel sind mit der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsmaximierung, dann sind die Anreize falsch und wir haben einen Systemfehler.

Naheliegenderweise kann man bezweifeln, ob sich in komplexen sozialen Systemen alles systemisch Regeln lässt und ob wir nicht letztlich auf die moralische Integrität angewiesen sind. Darauf in einer Diskussion mit Ökonomen zu insistieren, ist allerdings sinnlos, denn die meisten Ökonomen sind nun mal ziemlich beschränkte Fuzzis.

5. Historizismus

Unter Historizismus versteht Popper Weltanschauungen oder philosophische Systeme, die den Verlauf der Weltgeschichte prognostizieren wollen, also vor allem den Hegelianismus und den Marxismus. Ob der Begriff Historizismus richtig ist, kann man bestreiten, denn im Grunde handelt es sich hierbei lediglich um eine spezielle Art der Modellierung und alle Einwände, die gegen die Modellierung im Allgemeinen vorgebracht werden, können auch gegen den Historizismus vorgebracht werden.

Sind die Parameter und Kausalketten, die auf ein System einwirken stabil, vollständig bekannt und modellierbar, sind Vorhersagen über die Zukunft möglich. Ist das nicht der Fall, dann eben nicht. Die Stellung der Planeten unseres Sonnensystems lassen sich für Momente weit in der Zukunft berechnen. Sollte sich da was Entscheidendes ändern, dann ist die fehlerhafte Prognose vermutlich das allergeringste Problem.

Warum er als Beispiel für Historizismus ausgerechnet Hegel und Marx genommen hat, ist ein Rätsel. Auf dem Gebiet der Ökonomie ist David Ricardo der Beginn des Elends. Die Idee, dass sich die Geschichte auf ein finale furioso hinbewegt, bei Ricardo eben das Dahinschmelzen der Profitrate zugunsten der Rente, stammt von David Ricardo. Marx hat die Idee lediglich ein bisschen breit getreten.

Hegel allerdings ist kein relevantes Elend, weil kein Mensch Hegel liest. Hegel hat die Politik, die Gesellschaftsordnung, die sozialen Verhältnisse whatever nie beeinflusst, denn außerhalb der akademischen Sphäre ist er schlicht irrelevant. Man kann soziale Strukturen nicht damit erklären, dass irgendwo, irgendwer, irgendwas gesagt bzw. geschrieben hat. Man müsste dann schon nachweisen, dass es überhaupt eine öffentliche Rezeption der Texte gab.

Fruchtbarer wäre ein anderer Ansatz gewesen. Er hätte z.B. aufzeigen können, dass bestimmte Vorstellungen in die Verfassungen bestimmter Länder eingegangen sind. Das Geschwurbel von den universellen ökonomischen Gesetzen des Marxismus Leninismus ist z.B. Bestandteil der Verfassung der DDR gewesen. So hätte gezeigt werden können, dass ein Text tatsächlich eine gewisse Relevanz hat, in welcher Art auch immer.

Popper war kein Ökonom. Wäre er es gewesen, wäre ihm aufgefallen, dass praktisch die gesamte Neoklassik, in ihrer simplifizierten Form, die wir heute in Lehrbüchern zur Mikroökonomie finden, an derselben Krankheit leidet, wie der Historizismus. Eingang in das Modell finden Parameter und Kausalzusammenhänge, die als stabil und relevant angesehen werden. Sind aber tatsächlich nicht alle relevanten Parameter in dem Modell enthalten oder ändern sich die Kausalbeziehungen im Zeitablauf, hat das Modell keinen prognostischen Wert.

Im Falle der Neoklassik, die sich ja ausschließlich mit der Beschreibung von Gleichgewichten befasst, springt das zwar nicht so in die Augen, weil von einem Gleichgewicht

ja angenommen wird, dass es bis in alle Unendlichkeit Bestand hat, aber es ist das gleiche Problem. Die Prognose der Neoklassik ist, dass sich nichts ändert, wenn das Gleichgewicht einmal erreicht wird. Das ist auch eine Prognose. Abstrahiert wird von allem, was aus diesem Gleichgewicht hinaustreibt: Innovationen, technischer Fortschritt, Bildungsniveau, Naturkatastrophen etc..

Man kann diese Faktoren zwar durch eine Verschiebung der Kurven berücksichtigen, allerdings beschreibt man dann lediglich Effekte, aber nicht Ursachen. Uns interessiert nicht, dass technischer Fortschritt zu einer Rechtsverschiebung bzw. Abflachung der Angebotskurve führt und die Konsumentenrente, bei ausreichend elastischer Nachfragekurve, steigt. Das ist ein Effekt. Uns interessiert, woher der technische Fortschritt kommt und wie man ihn beeinflussen kann.

Anhänger des Historizismus neigen also dazu, bestimmte Dinge auszuklammern und bestimmte Kausalzusammenhänge oder Eigenschaften für stabil zu halten. Aus rein praktischer Sicht ist der Historizismus ein akademisches Problem. Das reale Problem besteht darin, dass Menschen dazu neigen, alles Mögliche für stabil zu halten. Sie gehen z.B. davon aus, dass bestimmte Nationen, ethnische Gruppen, Religionsgemeinschaften bestimmte Eigenschaften haben, die im Zeitablauf stabil sind. Weitet man allerdings den historischen Horizont, gibt es kaum eine Gruppe, die im Zeitablauf die ihr zugeschriebenen Charakteristika bewahrt hat.

Einhelligkeit besteht auch hinsichtlich der genetischen Disposition. Behauptet wird, dass bestimmte Gruppen zu bestimmten geistigen Leistungen nicht in der Lage sind. Das Problem ist, dass der durchschnittliche Erdenbürger im Jahre 2016 dem durchschnittlichen Erdenbürger, zumindest in modernen Industriestaaten, des Mittelalters haushoch überlegen ist. Wenn die Welt immer komplexer wird, was der Fall ist, und die Menschheit diese Komplexität doch mehr oder weniger beherrscht, dann gibt es offensichtlich keine durch die genetische Disposition gesetzten Grenzen. Wahrscheinlicher ist, dass die geistigen Fähigkeiten mit der Komplexität der Umwelt automatisch mitwachsen. Eine Differenz in der genetischen Disposition kann es also nur zwischen bestimmten Gruppen zu einem bestimmten Zeitpunkt geben, nicht aber in historischen Dimensionen.

Verändert eine technische Innovation, etwas das Internet, die Rahmenbedingungen, werden feste Glaubensgrundsätze schneller erschüttert, was naheliegend ist, denn

der Beweis, dass die vorherigen Vorstellungen falsch waren, wird dann recht eindeutig erbracht. Handelt es sich aber z.B. um ein bestimmtes Menschenbild, dann ist dieser Glaube nur sehr schwer zu erschüttern. Religionen und deren Menschenbilder z.B. ändern sich nur im Laufe der Jahrhunderte.

Das Problem mit dem Glauben an Stabilitäten ist auch weniger, dass von einem bestimmten Verlauf der Geschichte ausgegangen wird. Das ist ein eher akademisches Problem. Das Problem ist, dass es den utopischen Horizont drastisch einschränkt. Wer das christliche Menschenbild für stabil hält, z.B. die Erbsünde, fixiert auf einen bestimmten Parameter, der schränkt natürlich die Handlungsoptionen ein.

Man kann das philosophisch sehen. Im Christentum hat der entscheidende Parameter, also der Mensch, von Anfang an einen festen Wert.

Und Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie einen Mann und ein Weib.

1. Mose - Kapitel 1, 27

Diese Aussage dürfte größere praktische Relevanz haben, als der Historizismus und ist eigentlich die problematischere Aussage. Anhänger des Historizismus glauben immerhin noch an eine Entwicklung des Menschen, das Christentum tut nicht mal das. Was der Mensch ist, liegt von vorne herein fest. Das schränkt die Handlungsoptionen natürlich drastisch ein. Man kann sozusagen nur auf das jüngste Gericht warten.

Der langen Rede kurzer Sinn: Der Historizismus ist nur eine besondere Form eines allgemeinen Problems. Die Annahme, dass bestimmte Faktoren entscheidenden Einfluss nehmen auf die wirtschaftliche/soziale Entwicklung, wie z.B. Land in der klassischen Nationalökonomie oder Kapital, das eigentlich Geld ist, führt zu einer bestimmten Vorstellung über die wirtschaftlichen Entwicklung. Die Vorstellung, dass bestimmte kausale Zusammenhänge stabil sind, etwa die Vorstellung, dass Wachstum mit einem höheren Ressourcenverbrauch einhergeht, führt zu einem bestimmten Weltbild. Die Zuschreibung bestimmter Eigenschaften an eine bestimmte ethische Gruppe oder den Menschen im Allgemeinen, führt zu einer bestimmten Sicht auf die Welt.

Tatsächlich ist nicht mal sicher, dass der Wettbewerb bis in alle Unendlichkeit der ein-

zig effiziente Mechanismus zur Ressourcenallokation ist. Auch dieser Annahme liegt ein bestimmtes Menschenbild zugrunde.

Die simple Feststellung, dass bestimmte Vorstellungen über relevante Parameter und/oder kausale Zusammenhänge zu einer bestimmten Vorstellung über die gesellschaftliche/wirtschaftliche/soziale/politische Entwicklung führen, wird im übrigen auch nicht helfen. Ausgreifendes Denken, das prinzipielle Zusammenhänge hinterfragt und so den utopischen Horizont erweitert, muss man lernen.

Theodor W. Adorno



Adorno ist, zusammen mit Ernst Bloch, einer der bedeutendsten Philosophen der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg und einer der prominentesten Kritiker marktwirtschaftlicher Ordnungen. Das führt dazu, dass er öfter als in der „marxistischen“ Denktradition stehend charakterisiert wird, was aber durch die Tatsache bedingt ist, dass viele Leute nur ein „entweder oder“ kennen und kein „weder noch“.

Die bekannteste Schrift Adornos ist der zusammen mit Max Horkheimer verfasste Text „Kulturindustrie oder Aufklärung als Massenbetrug“. Verständlich ist die Schrift nur, wenn man sieht, welche Bedeutung Adorno der Kultur und Kunst zuweist, denn das ist die Perspektive, von der aus die Kulturindustrie diskutiert wird.

Kultur ist der unmittelbare Ausdruck vermittelter Verhältnisse, spiegelt „das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ im Subjekt. In diesem Sinne ist sie wahr. Was sie sagt, lässt sich nicht anders sagen. Die berühmte Gretchenfrage, was der „Dichter uns mit seinem Werk sagen will“ ist von daher unsinnig. Will er uns „etwas sagen“, dann hätte er dies auch in simpler Prosa tun können, möglichst didaktisch geschickt. Was uns der Dichter aber sagen will, lässt sich eben nicht anders sagen. Wird er verstanden, „trifft er den Nagel auf den Kopf“ und ist damit wahr.

Kultur ist also Gesellschaftskritik nur insofern, als sie etwas Überschießendes hat. Sie erweitert nicht das reichhaltige Angebot an Interpretationen über die Lage der Gesellschaft. Sie konstatiert lediglich einen Mangel und verweist dadurch auf Alternativen. Wäre der Alltag genug, bräuchten wir sie nicht. Das ist naheliegend.

Spontaneität, mühelose Rezeption und Verständnis, gibt es allerdings nur als Resultat eines Prozesses. Die Konsumierung von Kultur verschafft also nicht die gleichen Genüsse wie das Verspeisen einer Rindsroulade, oder mit Adorno „was der Bürger versteht unter real konkretistisch genießen, existiert wahrscheinlich gar nicht.“ Rindsroulade funktioniert immer, unabhängig von Zeit, Raum und von Epoche, persönlicher Entwicklung. Kultur nicht. Die Rezeption von Kultur setzt zumindest ein „intuitives“ Verständnis des Kontextes ihrer Entstehung voraus und dieses Verständnis kann nur Resultat eines Prozesses sein.

Auf Deutsch: Vordergründig sind Bilder von Roy Lichtenstein Comics, ähneln Comics für Kinder. Der Betrachter versteht aber die Botschaft. Zumindest für Roy Lichtenstein haben Gefühle weniger mit Romantik zu tun, als mit industrieller Serienproduktion, ihr Vorbild ist nicht mehr Heinrich Heine sondern das ‚Wechselspiel der Liebe‘ von Rosamunde Pilcher.

Das „ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“, die im Subjekt gebrochen sich spiegeln , kann es nur geben, das ist naheliegend, wenn ein Subjekt überhaupt existiert. Wie dieses Subjekt, das in irgendeiner Weise gegen die Gesellschaft opponiert, zustande kommt, lässt Adorno offen. Dass es ein solches gibt ist offensichtlich, denn andernfalls gäbe es weder Produzenten noch Rezipienten von Kultur.

Das ist der Anspruch, an dem Adorno die Kultur misst. Ohne dieses Überschießende, etwas, was über die Realität hinauszielt, ist es eine Industrie. Die Bezeichnung Industrie für die Produzenten von Artefakten stammt nicht von Adorno. Es ist die Selbstbezeichnung dieser Branche. Wir haben eine Musikindustrie und eine Filmindustrie. Dass wir nur einen Literaturbetrieb haben, liegt daran, dass das Buch gelesen werden muss. Das ist immerhin noch eine Art Auseinandersetzung, denn lesen ist anstrengend. Allerdings verweist der Begriff Betrieb auf das mechanische Funktionieren.

Das Buch ‚Dialektik der Aufklärung‘, eine Sammlung von Essays, worunter eben auch die Abhandlung über die Kulturindustrie, ist 1944 erschienen. Die Aussagen sind heute teilweise überholt, weil Filme und Musik eben nur noch teilweise industriell hergestellt werden. Der Sektor hat sich ausdifferenziert. Die generellen Thesen lassen sich aber auf die Nachrichtenindustrie übertragen und die Problematik wird hier auch deutlicher.

Vordergründig ist die Kulturindustrie eine demokratische Veranstaltung. Sie liefert, was die Leute sehen, hören und lesen wollen. Das Problem ist, dass man das Unbekannte gar nicht wollen und wünschen kann. Insofern betrügt die Kulturindustrie die Konsumenten, die reine Unterhaltung bestätigt den status quo. Im Bildungssystem würde dies ganz spontan nie akzeptiert werden. Ein Bildungssystem, das nur vermittelt, was die Leute ohnehin wissen, würde auf Widerstand stoßen. Die Kulturindustrie ist in etwa so demokratisch, wie die Versorgung eines Alkoholikers mit Schnaps.

Für den Fehler kann man die Kultur- bzw. die Nachrichtenindustrie nicht verantwortlich machen. Sie handelt, wie Unternehmen nun mal handeln, maximieren also ihren

Gewinn. Das heißt, sie produzieren für ein Massenpublikum, das marketingtechnisch erfasst ist und die Umsätze folglich prognostizierbar sind. Technisch aufwendige Effekte bedienen sicherer den Geschmack eines Massenpublikums, als Inhalte, mit dem Ergebnis, dass mit immer größerem technischen Aufwand und Budget Schiffe auf den Grund des Ozeans geschickt werden, Schlachten inszeniert werden und immer teurere Autos immer spektakulärer zur Schrott gefahren werden. Um es mit Adorno zu sagen: „Der Aufwand an Technik ist umgekehrt proportional zu den ästhetischen Materialien.“

Setzt man im folgenden Abschnitt anstatt Kulturindustrie Nachrichtenindustrie ein, haben wir eine ziemlich präzise Beschreibung der Realität.

Von Interessenten wird die Kulturindustrie gern technologisch erklärt. Die Teilnahme der Millionen an ihr erzwingt Reproduktionsverfahren, die es wiederum unabwendbar machten, dass an zahllosen Stellen gleiche Bedürfnisse mit Standardgütern beliefert werden. Der technische Gegensatz weniger Herstellungszentren zur zerstreuten Rezeption bedingt Organisation und Planung durch die Verfügenden. Die Standards seien ursprünglich aus den Bedürfnissen der Konsumenten hervorgegangen: daher würden sie so widerstandslos akzeptiert. In der Tat ist es der Zirkel von Manipulation und rückwirkendem Bedürfnis, in dem die Einheit des Systems immer dichter zusammenschießt. Verschwiegen wird dabei, dass der Boden, auf dem die Technik Macht über die Gesellschaft gewinnt, die Macht der ökonomisch Stärksten über die Gesellschaft ist.

aus: Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, Seite 129

Die Nachrichtenindustrie lebt davon, an ein möglichst großes Publikum Nachrichten zu liefern, die alle ein bisschen interessieren und billig zu haben sind. Billig zu haben sind Nachrichten immer dann, wenn irgendjemand daran interessiert ist, sie zu verbreiten. Der zahlt manchmal sogar was für deren Verbreitung.

Diese Art von Nachrichten sind aber irrelevant und uninteressant. Es liegt in der Natur der Dinge, dass bei Fragen von gesellschaftlicher Relevanz die Nachrichten interessant sind, die irgendjemand eben gerade nicht veröffentlicht sehen will. Diese Art von Nachrichten erfordern einen Rechercheaufwand, sind daher nur dann rentabel, wenn die Auflage entsprechend gesteigert werden kann, was eben bei Themen, von denen

nur eine relativ kleine Gruppe betroffen ist, nicht der Fall ist.

Eine Nachricht über die Liebesaffären englischer Prinzen ist weit rentabler, als eine detaillierte Darstellung für was die IHK Berlin eigentlich die zwangsweise erhobenen Beiträge ihrer „Mitglieder“ verwendet. Würde man über die Liebesaffären englischer Prinzen schlicht gar nichts berichten, würde niemand etwas vermissen.

Die Omnipräsenz der Nachricht, auf allen Kanälen, verbürgt ihre Relevanz. Technisch entwickeln sich alle Medien weiter, die Präsentation der Belanglosigkeit ist umgekehrt proportional zur Bedeutung. Die technische Ausstattung der Nachrichtenstudios wird immer aufwendiger, der Gehalt der Nachrichten hätte auf einer Kreidetafel Platz. Die verbesserte technische Ausstattung erhöht den Unterhaltungswert und illustriert das Ziel. Die Nachrichten sollen ohne Mühe konsumiert werden, sind reine Unterhaltung. So wenig die Kulturindustrie noch Spiegel einer subjektiven Wahrnehmung ist, so wenig ist die Nachrichtenindustrie eine Durchdringung der Realität. Was relevant ist, bestimmt die Nachrichtenindustrie, die wiederum von einigen wenigen Nachrichtenagenturen, Reuter, DPA, AFN, beliefert wird.

Billig zu haben sind auch Kommentare. Wir haben, vor allem in den Printmedien, eine Entwicklung, dass immer mehr kommentiert und immer weniger berichtet wird. Einen Kommentar zu schreiben ist billiger, als Recherche zu betreiben.

Bedenkt man das Erscheinungsdatum der Schrift, 1944, erscheinen die Aussagen fast prophetisch, obwohl sich sowohl in der Nachrichtenindustrie wie auch in der Kulturindustrie Gegenbewegungen gebildet haben.

Was aber die Kritiker Adornos nie sehen, ist die Tatsache, dass seine Befürchtungen in der Nachkriegszeit von allen verantwortlichen Politikern, mehr noch von denen aus dem Lager, das der Frankfurter Schule am kritischsten gegenüberstand, geteilt wurden, wobei allerdings die Lösung für das Problem, der öffentlich rechtliche Rundfunk, der selbstlos und unparteiisch für das Wahre, Schöne und Gute kämpft, nicht überzeugend war und immer weniger überzeugend ist.

Maßgeblich für die Etablierung des öffentlich rechtlichen Rundfunks mit Zwangsfinanzierung war die enorme Bedeutung des Fernsehens und Radios für die öffentliche Meinungsbildung. Mit einem Fernseh- und Radiokonsum von fast 6 Stunden täglich,

kann man davon ausgehen, dass die Sicht auf die Realität nicht mehr von eigener Erfahrung geprägt ist, sondern rein vermittelt durch Medien ist, insbesondere durch das Fernsehen.

Überließe man also das Fernsehen und Radio privaten Sendern, so die Idee, bekämen wenige Medienunternehmen einen entscheidenden Einfluss auf die öffentliche Meinung, wobei nie versucht wurde, die These zu beweisen. Schon damals wäre es möglich gewesen, beliebig viele Sender zuzulassen und so der dominierenden Stellung eines Senders entgegenzuwirken.

Des Weiteren lässt sich bei privaten Sendern auch nicht feststellen, dass sie versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und selbst wenn es zuträfe, würde das gleiche Argument auch für Zeitungen gelten. Die müssten dann ebenfalls der öffentlich rechtlichen Kontrolle unterliegen.

Die hypostasierten Zusammenhänge sind relativ abstrakt formuliert. Unterstellt wird ein Szenario, bei dem es für private Medien interessant ist, die öffentliche Meinung in der einen oder anderen Art zu manipulieren. Denkbar ist ein solcher Zusammenhang, wenn sie konkret für eine bestimmte Maßnahme, etwa mehr Atomkraft, werben. Das ist dann interessant, wenn Energiekonzerne sie dafür bezahlen. Mit dem Versuch die öffentliche Meinung zu beeinflussen ist aber nur dann zu rechnen, wenn die jeweilige Regierung eine andere Position einnimmt. Eine Verpflichtung der privaten Medien Gendarstellungen zu senden hätte also genügt.

Private Medien wollen nur eines, nämlich Geld verdienen. Sie werden sich also, an die „Bedürfnisse“ der Konsumenten anpassen. Das kann dazu führen, dass Nachrichten emotionalisiert werden, bzw. nur die Nachrichten verbreitet werden, die emotionalisierbar sind. Die Nachricht folgt derselben Logik wie die industriell produzierte Kultur. Sie muss vor allem unterhalten.

Ökonomisch gesehen ist sie das Gegenteil von Propaganda. Bei der Propaganda werden Mittel investiert, um die öffentliche Meinung in dem einen oder anderen Sinn zu beeinflussen. Private Medien wollen aber nicht in die öffentliche Meinung beeinflussen, sie wollen die Leute so nehmen wie sie sind, sich an deren Bedürfnisse anpassen und Geld verdienen.

Die Idee der öffentlich rechtlichen Sender ist es also, durch Zwangsabgaben die Leute mit Nachrichten zu versorgen, die diese nicht hören und sehen wollen. Gäbe es ein Bedürfnis nach dieser Art von Nachrichten und Kultur, könnte man es auch privaten Sendern überlassen, diese zu liefern. Die öffentlich rechtlichen Sender hätten also dann ihre Berechtigung, wenn sie unabhängig von der Quote, gegen die unmittelbaren Bedürfnisse der Empfänger arbeiten, was sie ja theoretisch könnten, denn finanziell hängen sie nicht von der Quote ab. Täten sie dies aber, dann würde ihnen ihre Existenzberechtigung abgesprochen.

Von daher unterliegen die öffentlich rechtlichen Sender genauso dem Diktat der Quote, wie die privaten und niemand kann es überraschen, wenn sich die Programme angleichen. Es sei konzediert, dass RTL noch mehr Unterschichten Fernsehen ist als ZDF und bei RTL die totalen Loser vor der Glotze sitzen. Möglicherweise hätte sich aber auch ein privater Sender anders positionieren können, wenn die öffentlich rechtlichen dieses Spektrum nicht schon besetzt hätten.

Der öffentlich rechtliche Rundfunk basiert auf der Idee, dass allein die Tatsache, dass die Finanzierung sicher gestellt ist, der öffentlich rechtliche Rundfunk die Informationen und Nachrichten liefert, die für den demokratischen Entscheidungsprozess notwendig sind. Es wird davon ausgegangen, dass das eingesetzte Personal hierbei keine Rolle spielt, bzw. dieses ohne weiteres gefunden wird, wenn nur die Finanzierung über Zwangsabgaben gesichert ist. Erfolgt also die Finanzierung über Zwangsabgaben, so die Annahme, dann sind die Recherchen gründlicher, die Relevanz der Nachrichten höher, die didaktische Aufbereitung besser. Für diese These spricht eigentlich nichts, bzw. es fehlt jede Begründung, warum dies so sein soll. Vermutlich folgt die Personalauswahl bei den öffentlich rechtlichen Sendern derselben Logik, wie auch bei den privaten. Entscheidend ist die Quote.

In einer Talk Show mehrere Laien mit gegensätzlichen Meinungen zusammenzubringen, erfordert keine besonderen Kenntnisse, suggeriert aber Meinungspluralität. Als Moderator muss man nur wissen, welche Fragen „im Raum stehen“ aber nicht, welche relevant sind. Diskutiert man z.B. über den DAX, muss man wissen, dass das etwas mit dem Ölpreis, den Arbeitslosen in den USA, der schwächelnden Wirtschaft in China, dem Wetter etc. zu tun hat. Die Frage, wie die Aktien finanziert sind und wie die Gewinne umverteilt werden, ist völlig irrelevant.

Die These Adornos, dass der Markt in Bereich der Kultur und Nachrichten versagt, ist also unzutreffend. Auch wenn die Finanzierung der Nachrichtenindustrie qua Zwangsabgaben gesichert ist, ist das Ergebnis nicht viel anders, wie bei privater Finanzierung über die Marktmechanismen.

Erfolgreicher ist da das Internet. Das Internet kann beliebig viele Gruppen mit speziellen Informationsbedürfnissen bedienen. Des Weiteren erlaubt es bestimmten Gruppen, die ohnehin schon aus anderen Gründen und ohne Recherche Expertenwissen haben, dieses in das Internet einzuspeisen. Da Tausende an alternativen Quellen zur Verfügung stehen, ist es auch sehr einfach, die Korrektheit einer Information zu prüfen, bzw. kritisch zu hinterfragen. Da das Internet beliebig viele Informationen über beliebig lange Zeiträume speichert, können ohne größere Mühe Zusammenhänge erschlossen werden. Werden Meinungen in Foren, Weblogs, Websites etc. hinterfragt, werden die Leute langfristig kritischer. Das Internet arbeitet also sowohl am Angebot an Informationen, wie auch an der Nachfrage an Informationen. Beides sind Baustellen. Weiter ist das Internet mit ausreichend ökonomischer Macht ausgestattet, um traditionellen Medien Paroli zu bieten. Das alles hat dazu geführt, dass das Internet Radio und Fernsehen als Informationsmedium abgelöst hat.

Die traditionellen Medien betonen zwar eher die Gefahren, Herdenbildung, Halbwissen, Hetze, Tunnelblick durch selektive Wahrnehmung und kontrastieren dies mit der Ausgewogenheit, gründlicher fachlicher Recherche, journalistische Verantwortung, Filterung der Information nach Relevanz und Irrelevanz etc., aber hier dürfte im Vordergrund stehen, dass das Internet den traditionellen Medien finanziell das Wasser abgräbt und der öffentlich rechtliche Rundfunk zunehmend seine Existenzberechtigung verliert.

Hinsichtlich Kultur gäbe es rein theoretisch noch einen weiteren großen Player, der sogar noch mehr Möglichkeiten hat, als die öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten, nämlich das Bildungssystem. Dieses ist nicht nur vollständig über Steuergelder finanziert, sondern ist obendrein von der Quote völlig unabhängig. Es kann die Konsumenten sogar zwangsverpflichten.

Wäre dieses System erfolgreich, dürfte es die von Adorno beschriebenen Probleme ja gar nicht geben. Die These Adornos ist, dass die Kulturindustrie selbst Bedürfnisse schaffe, die sie hinterher dann befriedigt. Moderner formuliert: Die Kulturindustrie kann also jeden Schwachsinn hypen. Die etwas weichere Formulierung wäre, dass

die Kulturindustrie, in dem sie lediglich die Bedürfnisse der Kunden befriedigt, diesen eben genau das verweigert, was man normalerweise mit Kultur verbindet: Die Opposition zur Realität oder, um mit Adorno zu sprechen, „die Kulturindustrie hindert die Leute daran, sich mit dem zu beschäftigen, was eigentlich ihre Sache wäre.“

Unterhaltung ist eine Flucht aus der Realität, lädt diese aber nicht utopisch auf. Wäre die Realität spannender, gäbe es kein Bedürfnis nach Unterhaltung. Wer gibt sich schon mit Unterhaltung zufrieden, wenn draußen das tobende Leben wartet.

Dasselbe gilt für Bildung im Allgemeinen. Bildung ist die Fähigkeit, Alternativen aufzuzeigen, bzw. die Realität unter verschiedenen Gesichtspunkten zu sehen. Diese zu vermitteln hat nun das institutionalisierte Bildungssystem alle finanziellen und sonstigen Möglichkeiten. Wäre es erfolgreich, dürfte es die Kulturindustrie gar nicht geben. Es ist nicht plausibel darstellbar, wieso Bildung ein Bedürfnis nach Dschungelcamp, Supernanny, Ich bin ein Star etc. etc. wecken kann. Kompatibler mit der Existenz dieser Sendungen ist die These, dass die in Bildung investierten Steuergelder schlicht gar nichts bewirkt haben.

Adorno kann also nicht der Kulturindustrie die „bürgerliche“ Bildung entgegensetzen und tut dies auch nicht. Er zweifelt an der Qualifikation des im Bildungsbereich eingesetzten Personals und lässt dieses reihenweise durch die Staatsexamensprüfungen rasseln um Schlimmeres zu verhüten.

Die „bürgerliche“ Bildung ist eines der wenigen Beispiele für eine Ware, die zwar einen Tauschwert, aber keinen Gebrauchswert hat. Der Halbgebildete, der Bildung in Form eines Tauschwertes, aber nicht als Gebrauchswert besitzt, misst der Bildung eine Bedeutung zu, insofern sie systemisch relevant ist, also für bestimmte Tätigkeiten vorausgesetzt wird oder dem Besitzer Prestige verleiht. Damit wird sie beliebig und kann durch jedes andere Ding, das ähnliches leistet, ersetzt werden und insbesondere hat sie lediglich einen systemischen Wert, den sie verliert, wenn sich das System ändert.

Die große Preisfrage, wie der Zivilisationsbruch in den Jahren 1933 bis 1945 möglich war, ist damit teilweise beantwortbar. Als reiner Tauschwert, verliert Kultur ihren Wert, wenn die Anreizsysteme geändert werden. Das heißt nicht, dass sie als reiner Tauschwert völlig sinnlos ist, als Tauschwert bleibt sie ja immerhin im öffentlichen Bewusstsein, aber sie ist dann nichts weiter als eine dünne Patina.

Liest man sich allerdings Stellungnahmen des deutschen Philologenverbandes durch, das ist der Club der wirklich toten Dichter, der eifrig für das Gymnasium kämpft, weil die Gesamtschule auch eine Attacke auf die Gehaltsstruktur ist, kann man schon depressiv werden. Da es einen Riesenunterschied macht, ob man Bruchrechnen und Trigonometrie an der Realschule unterrichtet oder am Gymnasium, verdienen Gymnasiallehrer wesentlich mehr. Warum weiß kein Mensch, aber dass sie am Erhalt des Gymnasiums interessiert sind, ist logisch.

Liest man sich den unten stehenden Absatz durch, muss man den Eindruck gewinnen, dass bei der Ausbildung von Lehrern an Penne und Uni alles schief gelaufen ist, was nur irgendwie schief laufen kann. Wir verstehen dann vollkommen, warum Adorno hier durchgegriffen hat. Er erklärt es in „Erziehung zur Mündigkeit“.

Der Deutsche Philologenverband schreibt folgendes:

Das Gymnasium ist ein Bildungsangebot für besonders leistungsbereite und motivierte Schülerinnen und Schüler mit dem klaren Ziel einer allgemeinen Studierfähigkeit, verbunden mit einer hohen Individualbildung. Dies soll und wird das Gymnasium auch zukünftig sein. Ziel des Gymnasiums ist es, seine Absolventen zu einer besonders aktiven, verantwortungsbewussten Teilnahme am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesamtleben der Gesellschaft zu befähigen. Dadurch wird der Stand des Wissens und Könnens, die Kultur sowie die Präzisionen der Wissenschaft mit jeder neuen Generation gesichert oder noch gesteigert. Die Gemeinschaft in unserem demokratischen und sozialen Rechtsstaat bildet die Basis für die weitere politische Integration in Europa, aber auch für ein bewusstes Miteinander mit den Menschen anderer Länder und Kontinente. Deutschland benötigt für seine weitere wirtschaftliche Prosperität und technisch-wissenschaftliche Entwicklung eine große Zahl schulisch bestens ausgebildeter junger Menschen. Deutschland braucht Verantwortungseliten. Dabei kommt dem Gymnasium wie schon in der Gegenwart eine herausragende Bedeutung zu. Die Veränderungen in der Wirtschaft und als deren Folge im Beschäftigungssystem werden die beruflichen Tätigkeiten hinsichtlich Dauerhaftigkeit, Intensität und Art weiter verändern und sind begleitet von der Notwendigkeit zur Ausbildung neuer Eliten.

aus: Leitantrag zur Bildungs- und Gesellschaftspolitik Gymnasium mit Zukunft – Zukunft für die Gesellschaft des DPhV

Genannt werden hehre Ziele. Das ist so üblich bei Interessensgruppen. Sind die Ziele edel, wird man schnell einen Konsens finden was die Ziele angeht. Das Problem ist aber, ob und wie man diese Ziele erreicht und daran kann man zweifeln, wenn man sich dieses Geschwurbel durchliest. Umfassender ist ein totales Scheitern des Bildungssystems nicht darstellbar. Es hapert schon an der grundsätzlichen Fähigkeit klare Begriffe zu bilden und das ist nun mal die Basis für alles. Individualbildung ist nonsense. Jede Bildung ist individuell. Wo, wenn nicht im Individuum soll sich Bildung denn konkretisieren?

Bildung ist sogar ausschließlich individuell. In dem Moment, in dem sie einen Tauschwert hat, hat sie eine systemische Relevanz. Es ist eine Bildung, die nur Relevanz hat innerhalb eines Systems und sich auflöst, wenn sich das System auflöst. Nicht das Kunstwerk hat dann eine Aura, sondern deren Besitzer verspricht sich von Bildung die Steigerung seiner eigenen Aura.

Das war so nicht vorgesehen. Der Gebildete ist dann die Zitatenschleuder, die seiner Umwelt mächtig auf die Nerven geht. Das Ziel von Bildung ist Erfahrungsfähigkeit. Warum dieses Ziel nun ein besonderes Anliegen des Gymnasiums sein soll, ist weitgehend unklar. Das ist ganz allgemein das Ziel des Bildungssystems.

Wenn das Ziel des Gymnasiums ist, seine Absolventen zu einer aktiven etc. Teilnahme am Gesellschaftsleben zu befähigen, stellt sich natürlich die Frage, was das Ziel der anderen Schulzweige ist, denn nur in der Abgrenzung zu anderen Schultypen macht der Begriff Sinn. Vermutlich sollen sich die anderen Schultypen auf Ausbildung beschränken, das heißt auf die Vorbereitung auf einen speziellen Beruf.

In einer Demokratie sind wir darauf angewiesen, dass alle den Durchblick haben und in der Lage sind, sich ein Urteil zu bilden. Dünkel mag gut sein für das Selbstbewusstsein, nützt aber wenig, wenn man überstimmt wird. Von daher ist die Realschule und die Hauptschule abzuschaffen und die Mittel umzuwidmen. Weg vom Gymnasium und hin zu Kindergarten, Grundschule.

Gleichermaßen wird der wissenschaftliche, künstlerische, kulturelle Fortschritt nicht durch Absolventen von Gymnasien gesichert. Er wird gesichert von einer Gesamtgesellschaft, die z.B. wissenschaftliche Grundlagenforschung finanziert. Im Übrigen ist unklar, wieso irgendwelche dahergelaufenen Oberstudienräder mit einem Lebenslauf

Penne => Uni => Penne => Grab sich Gedanken machen über Wirtschaft. Man kann sich nur über etwas Gedanken machen, wenn man davon tatsächlich Ahnung hat.

Eine bessere Bildung und Ausbildung soll die Probleme, die mit einem Strukturwandel einhergehen vereinfachen. Das ist richtig, aber es stellt sich die Frage, ob von dieser Problematik nur Absolventen von Gymnasien betroffen sind.

Wir haben in dem kurzen Abschnitt also das radikale Gegenteil von Bildung. Wir haben eine primitive Interessensvertretung, die den Begriff Bildung instrumentalisiert zur Durchsetzung ihrer höchst trivialen Interessen.

In der Phrasendrescherei offenbart sich das Kollektiv. Die Phrase hat keinen Rückbezug mehr zu individuellem Erleben und ergibt auch keinen logischen Sinn mehr. Die Aussage über den sozialen Rechtsstaat, der irgendwie die Basis für Europa ist und für die interkulturelle Verständigung ist völlig und total sinnfrei. Lässt man Leute auf Schüler los, die offensichtlich keinen einzigen sinntragenden Satz mehr bilden können, dann haben wir in der Tat ein Problem.

Derselbe Blödsinn klingt dann in der sozialistischen Variante so.

Diese objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik erfordern, das Bildungssystem mit den Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen. Sie verlangen eine dem modernen Stand der Wissenschaft und Technik angemessene Bildung und Erziehung, die es ermöglichen, die Menschen, vor allem in der Arbeit, in der Gemeinschaft der Arbeitenden und durch die gegenseitige Hilfe zu Persönlichkeiten zu erziehen, die der Deutschen Demokratischen Republik, ihrem sozialistischen Vaterland, treu ergeben und bereit sind, sie zu stärken und zu verteidigen. So werden bei dem umfassenden Aufbau des Sozialismus die technische Revolution und das Streben nach der gebildeten Nation zu einer Einheit.

Ein hohes Niveau der Bildung und des sozialistischen Verhaltens der Menschen beeinflusst entscheidend das Tempo des gesellschaftlichen Fortschritts. Zugleich werden Bildung und Kultur in einem noch weit höheren Maße als bisher zur Sache des ganzen Volkes.

Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwendig, das einheitliche sozialistische Bildungssystem zu schaffen. Es dient dem Wachsen und Werden allseitig gebildeter, das heißt sozialistisch bewusster, hochqualifizierter, gesunder, geistig und körperlich leistungsfähiger, kulturvoller Menschen, die fähig und bereit sind, die historischen Aufgaben unserer Zeit zu erfüllen.

aus: Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem

Es ist offensichtlich, dass das Bildungssystem bei der derzeitigen geistigen Verfassung des Personals der Kulturindustrie keine Paroli bieten kann. Verglichen mit dieser Halbbildung, ist die Kulturindustrie sogar noch ehrlich. Ihre Artefakte sind zwar kein Aufbruch und kein Überschreiten, aber sie dienen auch nicht dem Machterhalt durch die Schaffung eines systemisch relevanten Kanon. Die Unterhaltung trifft noch auf ein Subjekt, dessen konkrete Bedürfnisse befriedigt werden, in der Halbbildung hat es sich aufgelöst. Halbbildung ist der skurrile Versuch, zu einer Gruppe zu gehören, zu der man eigentlich gar nicht gehören will. Oder mit Adorno.

Geist wird davon affiziert, daß er und seine Objektivation als Bildung überhaupt nicht mehr erwartet werden, damit einer gesellschaftlich sich ausweise. Das allbeliebte Desiderat einer Bildung, die durch Examina gewährleistet, womöglich getestet werden kann, ist bloß noch der Schatten jener Erwartung. Die sich selbst zur Norm, zur Qualifikation gewordene, kontrollierbare Bildung ist als solche so wenig mehr eine wie die zum Geschwätz des Verkäufers degenerierte Allgemeinbildung. Das Moment der Unwillkürlichkeit, wie es zuletzt in den Theorien Bergsons und dem Romanwerk Prousts glorifiziert ward, und wie es Bildung als ein von den Mechanismen gesellschaftlicher Naturbeherrschung Unterschiedenes bezeichnet, verdirbt im grellen Licht der Überprüfbarkeit.

aus: Theodor W. Adorno, Theorie der Halbbildung, Seite 9

Bei dem derzeit eingesetzten Personal müssen die Erwartungen an das Bildungssystem, insofern es Inhalte betrifft, die wenig mit Ausbildung zu tun haben, gering sein. Schule kann hier nur dafür sorgen, dass Bildungsinhalte im „Raum verbleiben“. Sie kann einen Raum schaffen, wo sie erfahrbar wird. Was der einzelne damit macht, ist seine höchst individuelle Angelegenheit. Allerdings braucht man dann für die Studienräder auch nicht soviel Geld austüten.

Würde man eine Umfrage starten, inwieweit die Leute den Eindruck haben, dass die Schule ihren Zugang zur Bildung, also nicht Ausbildung, verändert hat, käme heraus, dass dieser Einfluss äußerst gering war und die investierten Ressourcen kaum rechtfertigt. Was immer auch die Ziele gewesen sein mögen, konkret definiert sind sie ja nirgends, sie wurden nicht erreicht. Denn wenn umfassend nichts erreicht wurde, dann wurde auch kein konkretes Ziel erreicht.

Allerdings gibt es auch die Kulturindustrie als kompakten Block nicht mehr. Es gibt durchaus z.B. Autorenfilme, die eine andere Sicht auf die Realität bieten, diese utopisch aufladen oder kritisch dazu Stellung nehmen. Filme z.B. Spielfilme über die argentinische bzw. griechische Diktatur sensibilisieren ein Massenpublikum weit mehr, als jede andere Kunstform dies je könnte. Filme von Michael Moore über die Finanzindustrie, diskutieren ein gesellschaftlich relevantes Problem. Das kursorische Verdikt Adornos über die Popmusik sticht dann nicht, wenn diese, wie z.B. in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, die Massen zu einem Umdenken bringt bzw. wie in dem südamerikanischen Nueva Canción auch das Ausland erreicht. Dass hier gesellschaftliche Missstände zur Unterhaltung geronnen sind, mag zutreffen, ändert aber wenig daran, dass sie die Bewertung der Gesellschaft bzgl. eben dieser Missstände verändert.

Ernst Bloch



Ernst Bloch gilt als „marxistischer“ Philosoph, obwohl sich niemandem so richtig erschließt, warum. Auf jeden Fall war man im real sozialistischen Irrenhaus der DDR nicht der Meinung, dass Ernst Bloch sich an die universellen Gesetze des wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus gehalten hat, dort wurde er nämlich aus der Universität hinausexpediert und aller seiner Funktionen enthoben. Einige seiner Schüler

landeten im Gefängnis.

Der Ausspruch von Helmut Schmidt, dass jemand der Visionen habe, zum Arzt gehen solle, hat es zu einiger Bekanntheit gebracht. Helmut Schmidt bringt damit die Quintessenz der Vorstellungen von Karl Popper auf einen kurzen Nenner. Der Autor sieht das anders. Wer keine Visionen hat, kann sich auch gleich erschießen, allerdings dürfte die Visionslosigkeit ziemlich utopisch sein. Jeder Mensch hat sie. Sie mögen banal sein und der utopische Horizont mag im Einzelfall den eines Kochrezeptes kaum übersteigen, aber ohne Visionen lebt niemand.

Popper definiert die Utopie ausschließlich negativ. Das Ideal ist die Abwesenheit jeder Utopie. Die Zukunft ist damit umfassende Leere. Seine Logik der kleinen Schritte, die durch demokratische Entscheidungsprozesse abgesichert sind, kann praktisch nicht funktionieren, denn jeder Schritt braucht eine Richtung. Ist die Richtung egal, braucht man sich gar nicht bewegen. Dann brauchen wir allerdings auch keine Demokratie. Wenn es eh nichts zu entscheiden gibt und der status quo so gut ist wie jede Veränderung, gibt es nichts zu entscheiden.

Die Zukunft ist also bei Popper so unbestimmt, wie die Freiheit bei Hayek.

Bekanntlich hatten Popper und die Frankfurter Schule, zu der im weitesten Sinne auch Bloch gehört, sich wenig zu sagen und haben sich deshalb wechselseitig ignoriert. Hätte Popper aber Bloch gelesen, hätte er festgestellt, dass dessen Kritik an Hegel noch viel umfassender ist, als seine eigene. Er stellt ihn zwar nicht wie Marx trivial auf die Füße, ersetzt nicht den Weltgeist durch das Kapital, aber ganz im Gegensatz zu Hegel ist am Anfang nicht viel.

Gewiß, Hegel sah in dem Fürsichsein der Idee, das sein Ultimatum ist und worin der Prozeß wie in einem Amen aushält, das Primum des Ansichseins der Idee nicht nur reproduziert, sondern erfüllt: die „vermittelte Unmittelbarkeit“ ist im Fürsichsein erreicht, statt der unvermittelten im Anfang des bloßen Ansichseins. Aber dieses Resultat blieb, wie in jeder einzelnen Gestaltepoch des Weltprozesses, so auch in seiner Gesamtheit, hier dennoch ein zyklisches; es ist der vom Novum gänzlich freie Kreislauf der Restitution in integrum [Bloch zitiert Hegel]: „Jeder der Teile der Philosophie ist ein philosophisches Ganzes, ein in sich selbst schließender Kreis,... das Ganze stellt sich als ein Kreis von Kreisen dar.“

aus: Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Band I, Seite 234

Das ist etwas kompliziert ausgedrückt, ist aber letztlich ganz im Sinne Poppers, eine Absage an den Historizismus. Die Sprache mag einem missfallen, sie ist eben hegelianisch, auch wenn Bloch die Begriffe völlig umdreht. Erstmal klären wir kurz, was das überhaupt heißen soll. Später zeigen wir, dass sich die Grundidee auch „authentischer“, erfahrungsgeladener, darstellen lässt.

Bei Hegel haben wir am Anfang [..., das Primum des Ansichseins der Idee] den Weltgeist, der sich allerdings noch nicht entfaltet hat, sozusagen wie ein Baby noch nichts über sich selbst weiß, aber alles was er wissen und sein kann, bereits in sich trägt. Das Baby Weltgeist will sich also noch entfalten, liegt aber schon am Anfang fertig vor. Im Gegensatz zum Baby steigt der Weltgeist zwar nie ins Grab, jedoch erfährt er im Verlaufe seines Lebens, genau wie das Baby, wer er ist, er ist dann also nicht mehr einfach nur so da [Ansichsein], sondern sich seiner auch bewusst [Fürsichsein]. Ist er sich seiner ganz bewusst, hat er also alle Qualitäten gehoben, ist die Geschichte zu Ende. Wir haben dann den berühmten Hegelschen Dreiklang aus aufheben, aufheben, aufheben. Aufheben im Sinne von aufgehoben, also bewahrt. Aufheben im Sinne von hochgehoben, also ins Bewusstsein gebracht und Aufheben im Sinne von weggehoben, also kontemplativ erlebt, so dass es sich nicht mehr in die Geschichte entladen muss. Die vermittelte Unmittelbarkeit ist dann eher ein psychologisch zu deutender Begriff. Es reicht nicht, dass das Baby Weltgeist abstrakt begrifflich erfährt, wer es ist, sondern er muss das auch „erleben“, also in eine Schicht vorstoßen, die unterhalb und tiefer liegt als der Begriff.

Etwas Neues tritt aber nicht in die Weltgeschichte ein, es tritt nur das ein, was schon da war. Was aber schon da war, kann durch konkretes Handeln nicht beeinflusst werden und Handeln wird folglich an dem, was zur Erscheinung kommen kann, nichts ändern. Der letzte Abschnitt [...Jeder der Teile der Philosophie...] bezieht sich dann auf unterschiedliche philosophische Systeme, die bei Hegel eben nicht falsch oder richtig, sondern lediglich eine Wegstrecke auf dem Gang des Weltgeistes darstellen.

Das Neue war also bei Hegel schon am Anfang da. Bei Bloch prozessiert sich das Neue im Verlauf der Geschichte heraus, war aber am Anfang nicht da. Wird das Neue realisiert, verändert es den Prozess und damit die Möglichkeit für Neues.

Was eine Phantasie war, kann Wirklichkeit werden und die neue Wirklichkeit, beflügelt die Phantasie. Der Roman in ‚Achtzig Tagen um die Welt‘ beschrieb im Jahr des Erscheinens, 1873, eine Utopie. Würde eine Reise um die Welt heute achtzig Tage dauern, hätte die entsprechende Fluggesellschaft eine Menge Entschädigung zu zahlen.

Der durch den technischen Fortschritt mögliche Massentourismus verändert aber wiederum die Wirtschaftsstruktur kompletter Länder, die Sicht auf andere Länder, die Freizeitgewohnheiten etc. etc.. Hinter jeder Neuheit, öffnet sich ein neuer Horizont. Ist es eine technische Neuheit, ist dieser Horizont in der Regel weiter, als der ursprüngliche.

Bloch bemüht sich redlich, anhand eines Durchmarsches durch die gesamte abendländische Kultur, zu zeigen, was er meint. Es geht um unbestimmte Sehnsucht, die so gespannt ist, dass sie diese Welt verlässt, um Objekte, die in der Phantasie so aufgeladen wurden, dass das reale Subjekt, das die Phantasie entzündet hat, keine Chance mehr hat.

Es geht um historische Tendenzen, die abgebrochen wurden und an die man wieder anknüpfen kann. Um Visionen, die den Bogen so spannen, dass auch weit entfernte Ziele ins Visier geraten. Es geht um Tagträume, die die Realität mal etwas günstiger umbauen und Nachträume, wo nur das Unbewusste und Verdrängte spuckt. Es geht um das falsch konzipierte Alles, das statisch im Jenseits vorliegt und damit den Prozess negiert. Um banale Träume, die nichts als Mief sind und ausgreifende, die auf Veränderung zielen. Kurz und bündig: Es geht um die Frage, wie man Farbe, Spannung, Mensch in die abstrakt vor uns liegende Zukunft bringt.

Liest man „Das Prinzip Hoffnung“ im Original wird man schnell feststellen, dass bei Bloch nicht die Entwicklung der Gesellschaft im Vordergrund steht, sondern die Entwicklung des Individuums. Abstrakt philosophische Begriffe wie Nichts, Nicht, Alles entsprechen die Affekte Verzweiflung, Hunger, Zuversicht. Sie sind die Triebfeder der Geschichte und Affekte haben eben nun mal nur Individuen. Bloch ist das exakte Gegenteil des Marxismus, auch sprachlich.

Gehen wir mal eine Passage durch. Der grundsätzliche Ansatz Blochs wird dann deutlich. Die Zahlen hat der Autor eingefügt.

(1) Was an sich und unmittelbar als Jetzt vor sich geht, ist so noch leer. (2) Das Daß [mit Daß meint er das, was den Weltprozess in Gang setzt], im Jetzt ist hohl, ist nur erst unbestimmt, als ein gärend Nicht. (3) Als das Nicht, womit alles ansetzt und beginnt, um das jedes Etwas noch gebaut ist. (4) Das Nicht ist nicht da, aber indem es derart das Nicht eines Da ist, ist es nicht einfach Nicht, sondern zugleich das Nicht-Da. (5) Als solches hält es das Nicht bei sich nicht aus, ist vielmehr aufs Da eines Etwas treibend bezogen. (6) Das Nicht ist Mangel an Etwas und ebenso Flucht aus diesem Mangel; so ist es Treiben nach dem was ihm fehlt. (7) Mit Nicht wird also das Treiben in den Lebewesen abgebildet: Als Trieb, Bedürfnis, Streben und primär als Hunger. (8) In diesem aber meldet sich das Nicht eines Da als ein Nicht-Haben, und zwar durchaus als ein Nicht, nicht als ein Nichts. (9) Weil das Nicht Anfang zu jeder Bewegung nach Etwas ist, so ist es ebendrum keineswegs ein Nichts. (10) Vielmehr: Nicht und Nichts müssen zunächst soweit voneinander gehalten werden wie möglich; das ganze Abenteuer der Bestimmung liegt in ihnen. (11) Das Nicht liegt im Ursprung als das noch Leere, Unbestimmte, Unentschiedene, als Start zum Anfang; das Nichts dagegen ist ein Bestimmtes. (12) Es setzt Bemühungen voraus, lang ausgebrochenen Prozess, der schließlich vereitelt wird; (13) und der Akt des Nichts ist nicht wie der des Nicht ein Treiben, sondern eine Vernichtung. (14) Auf das Nicht bezieht sich das Dunkel des gelebten Augenblicks. (15) Auf das Nichts erst das negative Staunen, genau wie das positive sich auf das Alles bezieht. (16) Das Nicht ist freilich Leere, aber zugleich der Trieb, aus ihr herauszubrechen; im Hunger, in der Entbehrung vermittelt sich die Leere gerade als horror vacui, gerade also Abscheu des Nicht vor dem Nichts. (17) Und auch an diesem Punkt, besonders an diesem, zeigt sich, dass kategoriale Grundbegriffe (Gründlichkeiten) einzig durch die Affektlehre hindurch zugänglich gemacht werden. (18) Denn nur die

Affekte, nicht die Affektlosen, vielmehr affektlos gemachten Gedanken reichen so tief in die ontische Wurzel, dass an sich so abstrakt scheinende Begriffe wie Nicht, Nichts, Alles samt ihren Unterscheidungen mit Hunger, Verzweiflung (Vernichtung), Zuversicht (Rettung) synonym werden. (19) Diese Begriffe erhellen so die Grundaffekte, wie die Grundaffekte die ontologischen Grundbegriffe indem sie ihnen den intensiven Stoff kenntlich machen, dem sie entspringen, durch den sie brennen, und den sie erhellen. (20) Ontologische Grundbegriffe: Hier werden also das Nicht, das Noch-Nicht, das Nichts oder aber das Alles als diejenigen ausgezeichnet, welche in abgekürzester Terminologie den intensiv sich bewegendem Weltstoff in seinen drei Hauptmomenten kenntlich machen. (21) Darum bezeichnen diese scharf-gedrängten Grundbegriffe Realkategorien nämlich Gebietskategorien der Realität durchaus; denn ihre konzise Ontologie bildet den objektiven Affektgehalt, also Intensitätsgehalt in den drei Hauptmomenten der Prozessmaterie aufs angenähertste ab.(22) Dergestalt aber, dass das Nicht wie es sich nicht bei sich aushält, denn intensiven schließlich interessenhaften Ursprung (das Daßhaft-Realisierende) von allen charakterisiert. (23) Das Noch-Nicht charakterisiert die Tendenz im materiellen Prozess als des sich herausprozessierenden, zur Manifestierung seines Inhalts tendierenden Ursprungs. (24) Das Nichts oder aber das Alles charakterisiert die Latenz in dieser Tendenz als zu uns negative oder positive, vorzüglich am vordersten Frontfeld des materiellen Prozesses.

aus: Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Band I, Frankfurt am Main, 1959, Seite 356

(1) Was an sich und unmittelbar als Jetzt vor sich geht, ist so noch leer:

Das ist natürlich Hegel, auch wenn Bloch dessen Begrifflichkeiten im Grunde vollkommen umdeutet. Bei Hegel bilden sich Qualitäten, also die Ausfächerungen des Weltgeistes vermittelt durch die Geschichte. Qualitäten sind also vermittelt und unvermittelt gibt es nichts. Was also „an sich“, also noch unbewusst im Bewusstsein der Menschen vor sich geht, ist leer, hat also keine Qualität im Sinne von Eigenschaft. Es gibt also keine Qualitäten ohne Prozess.

(2) Das Daß im Jetzt ist hohl, ist nur erst unbestimmt, als ein gärend Nicht:

Soll heißen, eine Aussage, die man mehr psychologisch fundieren müsste, dass im Jetzt des gelebten Augenblicks nur ein unbestimmter Mangel gespürt wird, also nicht

mal unbedingt konkret der Mangel an irgendwas Konkretem, sondern lediglich ein allgemein „gefühlter“ Mangel. Aber konkret oder nicht konkret, gefühlt wird der Mangel lediglich als Nicht. Klingt abstrakt, dürfte aber wohl zutreffend. Würde kein Mangel gespürt, gäbe es auch keinen Prozess.

(3) Als das Nicht, womit alles ansetzt und beginnt, um das jedes Etwas noch gebaut ist:
Um das entweder bestimmte oder unbestimmte Nicht wickelt sich dann das Etwas, das heißt eine Vorstellung oder sogar die Umsetzung einer Vorstellung, wie dieses Nicht, also das Gefühl eines Mangels, beseitigt werden könnte.

(4) Das Nicht ist nicht da, aber indem es derart das Nicht eines Da ist, ist es nicht einfach Nicht, sondern zugleich das Nicht-Da:

Hier beginnt jetzt die Gegenposition zu Hegel. Bei Hegel gibt es nur ein Nichts, das heißt ein unmittelbares Sein, bei dem der Weltgeist noch ganz ein „an-sich“ ist, sich seiner selbst also noch nicht bewusst ist und dieses unmittelbare sein, ist das Nichts. Was er aber sein wird, liegt schon am Anfang fest. Der Weltgeist erkennt sich im Prozess. Das heißt aber umgekehrt, dass das, was er eigentlich ist, bereits vorliegt. Das blochsche Nicht ist aber der Mangel an etwas, das heißt es fehlt etwas, es ist nicht da, wobei mit „da“ Bloch die real existierende Welt meint und nicht, wie Hegel, das Bewusstsein, welches dieses kontemplativ betrachtet.

(5) Als solches hält es das Nicht bei sich nicht aus, ist vielmehr aufs Da eines Etwas treibend bezogen:

Der Mangel soll also beseitigt werden. Es ist also der Mangel, der Etwas hervorbringt.

(6) Das Nicht ist Mangel an Etwas und ebenso Flucht aus diesem Mangel; so ist es Treiben nach dem was ihm fehlt:

Was den Hegelschen Weltgeist veranlasst, die reine Unmittelbarkeit, wo er schlicht Nichts ist, zu verlassen und die Weltgeschichte in Gang zu setzen ist weitgehend unklar. Bei Bloch auf jeden Fall treibt das Nicht, also der Mangel, die Weltgeschichte.

(7) Mit Nicht wird also das Treiben in den Lebewesen abgebildet: Als Trieb, Bedürfnis, Streben und primär als Hunger:

Dem abstrakten Nicht entspricht also etwas sehr viel Konkreteres. Hegel wird also hier geerdet und vor allem, es geht um das Individuum und zwar allein um das Individuum, denn nur dieses hat Hunger.

(8) In diesem aber meldet sich das Nicht eines Da als ein Nicht-Haben, und zwar durchaus als ein Nicht, nicht als ein Nichts:

Das geht wieder gegen Hegel. Das Nicht treibt die Weltgeschichte, nicht das Nichts. Das Nicht ist mit der realen Welt verwoben und nicht nur, wie bei Hegel, mit dem Geist selbiger.

(9) Weil das Nicht Anfang zu jeder Bewegung nach Etwas ist, so ist es ebendrum keineswegs ein Nichts:

Hier macht er wohl einen Schlenker zum Existentialismus. Im Existentialismus ist das Nichts die allgemeine Bedrohung („das Nichts nichtet“, Heidegger). Das wendet Bloch positiv. Das Nichts nichtet zwar immer noch, steht für Scheitern, das Nicht jedoch, steht für tätiges Eingreifen, denn es ist der Ursprung allen Eingreifens.

(10) Vielmehr: Nicht und Nichts müssen zunächst soweit voneinander gehalten werden wie möglich; das ganze Abenteuer der Bestimmung liegt in ihnen:

Das ist der Punkt, auf den es Bloch ankommt. Das Nichts ist Resultat der Vernichtung, das Nicht, ist der Anfang der Ausfahrt. Aber nicht der Weltgeist hat Lust zur Ausfahrt, sondern das Individuum.

(11) Das Nicht liegt im Ursprung als das noch Leere, Unbestimmte, Unentschiedene, als Start zum Anfang; das Nichts dagegen ist ein Bestimmtes:

Hier definiert er das Nicht noch mal genauer. Nicht kann schlicht unbestimmt sein, das heißt nur der Mangel wird gefühlt, allerdings unbestimmt, als allgemeine Unzufriedenheit. Schärfer wird es, wenn das Nicht bestimmt ist, also der Mangel zumindest allgemein bestimmt ist, dann ist es ein Noch-Nicht. Das Nichts dagegen ist bestimmt. Es bezeichnet den gescheiterten Prozess.

(12) Es setzt Bemühungen voraus, lang ausgebrochenen Prozess, der schließlich vereitelt wird:

Nichts ist nicht, wie das Nicht, der Anfang. Nichts ist das Ende in doppeltem Sinne. Nichts bezeichnet das Scheitern, das Ende eines Prozesses.

(13) und der Akt des Nichts ist nicht wie der des Nicht ein Treiben, sondern eine Vernichtung:

Nicht als Mangel, treibt auf Etwas zu. Das Nichts allerdings führt nicht weiter. Ist das Ende.

(14) Auf das Nicht bezieht sich das Dunkel des gelebten Augenblicks:

Das Nicht, also der Mangel oder das, was sein kann, ist im gelebten Augenblick dunkel, ergibt sich im gelebten Augenblick, allerdings unscharf, unbewusst hinsichtlich der Konkretheit und hinsichtlich des Etwas, das dem Mangel abhilft.

(15) Auf das Nichts bezieht sich das negative Staunen, genau wie das positive sich auf das Alles bezieht:

Das Alles bleibt bei Bloch ein ewig unbestimmter Begriff, auf das Alles bewegt sich alles zu, ohne es jedoch jemals auszufüllen. Auch das ist eine radikale Abkehr von Hegel. Der Blick auf das Nichts offenbart nur Abgrund.

(16) Das Nicht ist freilich Leere, aber zugleich der Trieb, aus ihr herauszubrechen; im Hunger, in der Entbehrung vermittelt sich die Leere gerade als horror vacui, gerade also Abscheu des Nicht vor dem Nichts:

Die Begrifflichkeiten sind etwas unscharf. Bestimmt man Hunger eng, also als physiologisches Bedürfnis, ist es natürlich sehr konkret. Hunger ist nicht leer, es ist lediglich Mangel. Fasst man Hunger weiter, kann er auch nur Leere bedeuten, auf Unbestimmtes zielen. Auf jeden Fall ist Nicht das Gegenteil von Nichts. Nichts ist das Ende, Nicht der Anfang. Im Folgenden wird klar, worauf er hinaus will. Er will die Begriffe Nicht, Nichts, Noch-Nicht, Alles „sinnlich“ verankern, was wieder eine Spitze gegen Hegel ist.

(17) Und auch an diesem Punkt, besonders an diesem, zeigt sich, dass kategoriale Grundbegriffe (Gründlichkeiten) einzig durch die Affektlehre hindurch zugänglich gemacht werden:

Dem Nichts stehen andere Affekte gegenüber, als dem Nicht. Nichts entspricht der Verzweiflung, Nicht der Zuversicht, weil der Mangel beseitigt werden kann.

(18) Denn nur die Affekte, nicht die Affektlosen, vielmehr affektlos gemachten Gedanken reichen so tief in die ontische Wurzel, dass an sich so abstrakt scheinende Begriffe wie Nicht, Nichts, Alles samt ihren Unterscheidungen mit Hunger, Verzweiflung (Vernichtung), Zuversicht (Rettung) synonym werden:

Die affektlos gemachten Gedanken könnten sich auf Hegel beziehen. Im Brimborium der Wortkonstrukte, geht der konkrete, hoffende, leidende Mensch unter. Die abstrakten Begriffe sind nicht mehr mit empirischer Erfahrung gespeist, haben ihre ontische Wurzel, also ihren eigentlich Kern, ihren Ursprung, verloren. Die ontische Wurzel, also

der dem Nichts entsprechende Begriff, ist Verzweiflung. Die ontische Wurzel von Nicht ist Hunger. Alles bezieht sich auf Zuversicht.

(19) Diese Begriffe erhellen so die Grundaffekte, wie die Grundaffekte die ontologischen Grundbegriffe indem sie ihnen den intensiven Stoff kenntlich machen, dem sie entspringen, durch den sie brennen, und den sie erhellen:

Die Begriffe Nicht, Nichts, Alles sind sozusagen das Objekt zu den Affekten Hunger, Verzweiflung, Zuversicht. Wie die Affekte auf das Objekt verweisen, verweist das Objekt auf die Affekte.

(20) Ontologische Grundbegriffe:

Hier werden also das Nicht, das Noch-Nicht, das Nichts oder aber das Alles als diejenigen ausgezeichnet, welche in abgekürzester Terminologie den intensiv sich bewegenden Weltstoff in seinen drei Hauptmomenten kenntlich machen: Die drei Hauptmomente sind Nicht, Noch-Nicht und Nichts, wobei er das im weiteren Verlauf des Buches noch weiter präzisiert.

(21) Darum bezeichnen diese scharf-gedrängten Grundbegriffe Realkategorien nämlich Gebietskategorien der Realität durchaus; denn ihre konzise Ontologie bildet den objektiven Affektgehalt, also Intensitätsgehalt in den drei Hauptmomenten der Prozessmaterie aufs angenähertste ab:

Das ist dann auch weder eine Spitze gegen Hegel. Nicht, Noch-Nicht und Nichts zielen auf Prozesse der MATERIE, auf kategorial gefasste Gebiete der REALITÄT und sie sind gebunden an konkrete Affekte, das heißt an den Menschen.

(22) Dergestalt aber, dass das Nicht wie es sich nicht bei sich aushält, denn intensiven schließlich interessenhaften Ursprung (das Daßhaft-Realisierende) von allen charakterisiert:

Von diesen drei Momenten, Nicht, Noch-Nicht und Nichts/Alles verweist Nicht am elementarsten auf das Interesse. Der Ursprung ist also das Interesse, den Mangel zu beheben. Damit wird die Geschichte nicht vom Weltgeist getrieben, der sich erkennen will, sondern vom Menschen, der den Mangel beseitigen will.

(23) Das Noch-Nicht charakterisiert die Tendenz im materiellen Prozess als des sich herausprozessierenden, zur Manifestierung seines Inhalts tendierenden Ursprungs: Beim Noch-Nicht besteht immerhin mal ein gewisses Maß an Bestimmtheit, so be-

stimmt, dass man nach dem Etwas suchen kann, bzw. dieses realisieren kann um so den Mangel zu beseitigen. Das Noch-Nicht ist noch nicht in der Welt, aber in dem es sich manifestiert, zeigt es seinen Ursprung, das Interesse, was wiederum eine Spitze gegen Hegel ist.

(24) Das Nichts oder aber das Alles charakterisiert die Latenz in dieser Tendenz als zu uns negative oder positive, vorzüglich am vordersten Frontfeld des materiellen Prozesses:

Das Alles ist das abstrakt formulierte Ziel, das aber niemand kennt, wohin aber alles treibt. Das Nichts ist das Scheitern, das Ende des Prozesses.

Marketingtechnisch ist das Werk vielleicht nicht so geschickt. Sprachlich ist es eng an Hegel angelehnt, inhaltlich setzt es ein sehr breites Wissen voraus, vor allem das gleiche, über das Bloch verfügt. Insbesondere interpretiert er eine Unmenge an Werken in seinem Sinn, die für eine adäquate Behandlung selber ein ganzes Buch beanspruchen würden. Zahlreiche historische Schilderungen sind problematisch. Der Autor geht allerdings davon aus, dass man es verstehen kann, wenn man den grundsätzlichen Ansatz verstanden hat.

Einfacher, weil sprachlich mächtiger, „intuitiv“ fassbarer, farbiger, empirisch geladener ist Goethes Faust, denn Bloch an x Stellen auch tatsächlich zitiert. Allerdings zeigt der Faust durch die Art der Rezeption in Schule und Öffentlichkeit, wie schwer sich die Menschheit mit dem Begriff Utopie tut und zu Abstraktionen greift, wo keine nötig sind, denn Goethe Faust ist nun mal von ungeheurer Konkretheit bei einem Null an Abstraktion. Worum es geht, wird schon im Prolog im Himmel deutlich, also im Zwiegespräch zwischen Mephistopheles und Gott.

Mephistopheles:

*Fürwahr! er dient Euch auf besondere Weise.
Nicht irdisch ist des Toren Trank noch Speise.
Ihn treibt die Gärung in die Ferne,
Er ist sich seiner Tollheit halb bewußt;
Vom Himmel fordert er die schönsten Sterne
Und von der Erde jede höchste Lust,
Und alle Näh und alle Ferne
Befriedigt nicht die tiefbewegte Brust.*

Damit hat Mephistopheles den Faust ziemlich präzise beschrieben. Faust treibt die „Gärung“ in die Ferne, also eine unbestimmte Sehnsucht, die sich im Werk selbst erstmal nur negativ, als die Ablehnung von etwas, nämlich die Ablehnung von reinem Buchwissen, vom bildungsbürgerlichen Spießertum, von Bigotterie äußert.

Faust weiß nur, was er nicht will, er weiß aber nicht, was er will. Das Nicht, um es mal mit Bloch zu sagen, ist unbestimmt; Ursprung der Ausfahrt, die er mit Mephistopheles beginnt, aber sie ist, zumindest zu Beginn, kein Noch-Nicht.

Seiner Tollheit ist er sich auch nur halb bewusst. Teilweise meint er ja, durch geheime Bücher mehr Wissen erlangen zu können, aber genau genommen, geht es ihm um mehr, als nur Wissen. Er will überhaupt alles Glück erfahren, was Menschen jemals erfahren haben und zwar sehr konkret. Er will auch nachholen, was er in seiner Jugend verpasst hat, also wieder jung werden. Seine Sehnsucht ist unendlich, denn die schönsten Sterne, kann man zwar fordern, aber nie greifen und die höchste Lust wird er zwar suchen, aber nie finden.

Weder ist er glücklich im hier und jetzt, alle Näh, noch kann er sich überhaupt eine Ferne vorstellen, wo er glücklich ist. Und wie nennt Gott diese schräge Figur? Meinen Knecht.

Also dieser Gott ist schon mal das radikale Gegenstück zum christlichen Gott. In Theorie und Praxis soll im Christentum, im Grunde in allen Religionen, erstmal nicht nach den Sternen gegriffen werden, die höchste Lust auf Erden sowieso nicht und im Glauben soll man im übrigen Frieden finden und das Schicksal in Demut tragen und bei Widrigkeiten beten. Das blochsche „Alles“ soll nicht, wie bei Bloch, auf die Erde geholt werden, sondern ist irgendwo im Jenseits.

Empirisch vorfindbar sind solche Gestalten höchst selten. Wesentlich häufiger finden wir den beamteten Geistlichen, den akademischen Mittelbau oder die Oberstudienräder, also Menschen vom Typ Wagner, für die Bildung einen systemischen Wert hat, aber keinen absoluten. Typen wie Faust, mit einer gewissermaßen intuitiven Denke, intuitiv insofern, als sie abstrakt verneinen, vor dem Hintergrund eines nur unscharf gefühlten Mangel, haben gegen die normative Kraft des Faktischen keine Chance.

Goethes Faust ist auch soziologisch/psychologisch ein interessantes Phänomen. Denn der kleinkarierte Oberstudienrat wird so offensichtlich verhöhnt, dass man das eigentlich kaum überlesen kann. Genau das geschieht aber. Was also Gott tatsächlich fürchtet, sind nicht die ewigen Zweifler, die Umgestalter, die Suchenden, die Kritischen, sondern das genaue Gegenteil von alldem.

DER HERR:

*Du darfst auch da nur frei erscheinen;
Ich habe deinesgleichen nie gehaßt.
Von allen Geistern, die verneinen,
ist mir der Schalk am wenigsten zur Last.
Des Menschen Tätigkeit kann allzu leicht erschlaffen,
er liebt sich bald die unbedingte Ruh;
Drum geb ich gern ihm den Gesellen zu,
Der reizt und wirkt und muß als Teufel schaffen.
Doch ihr, die echten Göttersöhne,
Erfreut euch der lebendig reichen Schöne!
Das Werdende, das ewig wirkt und lebt,
Umfass euch mit der Liebe holden Schranken,
Und was in schwankender Erscheinung schwebt,
Befestigt mit dauernden Gedanken!*

Was er befürchtet, ist, dass die Tätigkeit des Menschen allzu leicht erschlaffen könnte, dieser also träge geworden sich zufrieden gibt mit dem was ist. Glaube im christlichen Sinn ist für diesen Gott schlicht Faulheit.

Mephistopheles hat auch nichts mit dem christlichen Teufel zu tun, um gut und böse geht es gar nicht, die Gretchentragödie ist ein Nebenkriegsschauplatz, auch wenn sie manchmal an der Penne als Kern bzw. als zweites „Hauptthema“ bezeichnet wird. Um die Funktion des Mephistopheles zu verstehen, muss man die Wette zwischen Gott und Mephistopheles verstehen und diese Wette versteht man nur, wenn man sie mit der Präzisierung derselben im Pakt, der eigentlich auch eine Wette ist, zwischen Mephistopheles und Faust vergleicht. Schauen wir uns den Dialog an, wo die Wette zwischen Gott und Mephistopheles geschlossen wird.

Mephistopheles:

*Was wettet Ihr? den sollt Ihr noch verlieren!
Wenn Ihr mir die Erlaubnis gebt,
Ihn meine Straße sacht zu führen.*

DER HERR:

*Solang er auf der Erde lebt,
So lange sei dir's nicht verboten,
Es irrt der Mensch so lang er strebt.*

Mephistopheles:

*Da dank ich Euch; denn mit den Toten
Hab ich mich niemals gern befangen.
Am meisten lieb ich mir die vollen, frischen Wangen.
Für einem Leichnam bin ich nicht zu Haus;
Mir geht es wie der Katze mit der Maus.*

DER HERR:

*Nun gut, es sei dir überlassen!
Zieh diesen Geist von seinem Urquell ab,
Und führ ihn, kannst du ihn erfassen,
Auf deinem Wege mit herab,
Und steh beschämt, wenn du bekennen muß:
Ein guter Mensch, in seinem dunklen Drange,
Ist sich des rechten Weges wohl bewußt.*

Die Wette ist also etwas unklar. Gelingt es Mephistopheles „ihn seine Straße sacht zu führen“ dann hat er die Wette gewonnen. Dem „ihn meine Straße sacht zu führen“ korrespondiert das „zieh diesen Geist von seinem Urquell ab“. Wir haben also zwei unbestimmte Begriffe, wodurch es etwas unklar wird, worum die Wette eigentlich geht. Um also zu verstehen, um was die Wette eigentlich geht, müssen wir den Pakt betrachten, den Faust mit Mephistopheles eingeht. Wir wissen bislang nur, dass Gott zwar irgendwie ein im blochschen Sinne Alles im Blick hat, bzw. es einen rechten Pfad gibt, der zu diesem führt (rechten Weges wohl bewußt) und ein guter Mensch diesen auch kennt. Allerdings scheint das blochsche Nicht noch im Dunkeln zu liegen, denn der Mensch hat nur einen dunklen Drang. Wir wiederum unterstellen Gott, dass er auch so richtig

keinen Plan vom Alles hat, denn seine Beschreibung dieses Alles ist so abstrakt wie das Paradies bei Dante in der www.divina-commedia.de.

Gott:

*Doch ihr, die echten Göttersöhne,
Erfreut euch der lebendig reichen Schöne!
Das Werdende, das ewig wirkt und lebt,
Umfass euch mit der Liebe holden Schranken,
Und was in schwankender Erscheinung schwebt,
Befestigt mit dauernden Gedanken!*

Auch er sagt nicht so klipp und klar, wohin die Reise geht. Er beschreibt eigentlich lediglich vage einen Pfad dahin, und dass man versuchen soll, diesen Pfad, der durch schwankende Erscheinungen angedeutet wird, genauer zu beschreiben. Das tut Bloch.

Aber um was geht die Wette? Schauen wir uns den Pakt zwischen Faust und Mephistopheles an.

Faust:

*Werd ich beruhigt je mich auf ein Faulbett legen,
So sei es gleich um mich getan!
Kannst du mich schmeichelnd je belügen,
Daß ich mir selbst gefallen mag,
Kannst du mich mit Genuß betrügen –
Das sei für mich der letzte Tag!
Die Wette biet ich!*

Mephistopheles:

Topp!

*Faust: Und Schlag auf Schlag!
Werd ich zum Augenblicke sagen:
Verweile doch! du bist so schön!
Dann magst du mich in Fesseln schlagen,
Dann will ich gern zugrunde gehn!
Dann mag die Totenglocke schallen,*

*Dann bist du deines Dienstes frei,
Die Uhr mag stehn, der Zeiger fallen,
Es sei die Zeit für mich vorbei!*

Mephistopheles und Faust schließen also auch keinen „Pakt“, wie man allerorten liest. Legt er sich auf ein Faulbett, wir erinnern uns an die Charakterisierung aus dem Prolog im Himmel, „des Menschen Herz, kann allzu leicht erschlaffen/er liebt sich bald die unbedingte Ruh“, dann hätte Mephistopheles gewonnen und könnte ihn mit Zustimmung Gottes in die Hölle abführen.

Ein Pakt wäre eine Verbindung zur Durchsetzung eines Zieles, bei dem beide Parteien, so das Projekt erfolgreich durchgeführt wird, gewinnen, bzw. verlieren, wenn es nicht erfolgreich umgesetzt werden kann. Hier handelt es sich um eine Wette. Will Mephistopheles die Wette mit Gott gewinnen, muss er auch diese Wette gewinnen und hier ist die Wette schon präziser formuliert.

Mephistopheles soll ihn also in gewissem Sinne „glücklich“ machen. Er, Faust, soll sich selbst gefallen, das kriegt Mephistopheles locker hin, indem er ihn von der Hexe verjüngen lässt. In dem Begriff „mit Genuß BETRÜGEN“ wird der Kern der Wette schon angedeutet. Der Genuß betrügt, hält ihn also davon ab, irgendwas Sinnvolleres zu tun. Faust hat also ein Ideal, welches ist unbekannt, dass eben gerade nicht im Genuss liegt, wobei unklar bleibt, worin dieses Ideal besteht.

Wenn er aber Genuss als Ziel ablehnt, dann ist ihm, wenn auch dunkel, bewusst, dass das Ziel etwas „Überindividuelles“ ist, etwas, was ihn auf Genuss verzichten lässt. Nach dem alltäglichen sittlichen Verständnis sind es vor allem moralisch, sittliche Maßstäbe, die ein Verzicht auf Genuss angezeigt sein lassen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Gretchentragödie zu verstehen. Sie führt keineswegs dazu, dass Faust sich durch Genuß betrügen lässt und überindividuelle Ziele in den Hintergrund rücken lässt. Sie führt ihn lediglich dazu, dass er ein problematisches Verhalten schärfer wahrnimmt.

Was Mephistopheles ihm bietet ist ein Nicht, das zum Etwas tendiert und ein Noch-Nicht, das sich im Prozess manifestiert, aber er liefert ihm nicht das Alles, bringt den Prozess nicht zum Stillstand, weswegen er letztlich die Wette verliert. Die zentrale Stelle steht also ziemlich am Anfang des Faust.

*Werd ich zum Augenblicke sagen:
Verweile doch! du bist so schön!
Dann magst du mich in Fesseln schlagen,
Dann will ich gern zugrunde gehn!*

Faust zielt also auf ein Alles, das er nicht kennt. Der glückliche Augenblick, wo er verweilen will, wäre ein Scheitern, ein zu früh abgebrochener Prozess. Nimmt man alles zusammen, kann man dem Werk noch eine Interpretation geben.

Gott muss ein Interesse daran haben, dass die Menschen sich nicht auf ein Faulbett legen und eine mögliche Erklärung wäre, dass er auch keine genaue Vorstellung des Alles hat, er bleibt hier ja recht vage, und hofft, dass der Mensch das für ihn herausarbeitet. Falls es noch niemandem aufgefallen ist, und es ist den meisten Oberstudienrädern noch nicht aufgefallen, nimmt man tatsächlich das, was da steht und schwadroniert nicht freischwebend über dem Text, dann ist Goethes Faust der absolute Gegenentwurf zum Christentum und zu Religionen im allgemeinen. Das Letzte ist nicht bis in alle Unendlichkeit irgendwo fixiert, das Letzte strahlt auch nicht in die Welt hinein. Das Letzte ist unbekannt und offenbart sich im Prozess. Herausprozessiert wird es von der Hoffnung, die auf das Alles zielt.

Das Programm hinter dem Ganzen toppt Popper.

DER HERR:

...

Es irrt der Mensch so lang er strebt

Genauso wie nur tote Fische mit dem Strom schwimmen, werden auch nur die Leute nicht irren, die sich schon am Ziel wähnen. In der Realität ist das ein Problem. Denn die, die nichts suchen und nach nichts streben, sind auf der sicheren Seite und die Toten bekommen den Leninorden, die Lebenden landen im Knast.

Vor diesem Hintergrund ist nun das ganze Werk zu sehen. Was Mephistopheles Faust anbietet, ist die Möglichkeit, schlicht alle seine Wünsche zu erfüllen. Er kann sich verjüngen und alles, was er verpasst hat, nachholen, er kann jede Frau haben, jede Menge Geld, kann sich sinnlos besaufen, alles steht ihm offen. Die Quintessenz ist aber, dass trotz alledem der Horizont nicht geschlossen wird. Je weiter nach hinten die

Front verschoben wird, desto weiter wird der Horizont. Mephistopheles wird das, was er hören will, nämlich dass der Augenblick verweilen soll, nicht hören.

Vor diesem Hintergrund muss man auch die auftretenden Personen sehen. Wir haben Wagner, dessen Streben doch sehr begrenzt ist, wir haben die Studenten, die erstmal nicht allzu viel nachdenken, sondern sich nur besaufen wollen, wir haben einen Schüler, der noch am Anfang seiner Entwicklung steht, eine Bevölkerung, die teilweise sehr realitätsnahe Aussagen macht und wir haben eine Fülle an Aussagen, wie Prozesse scheitern können, zum Beispiel durch Resignation.

Faust:

...

*Wenn Phantasie sich sonst mit kühnem Flug
Und hoffnungsvoll zum Ewigen erweitert,
So ist ein kleiner Raum ihr nun genug,
Wenn Glück auf Glück im Zeitenstrudel scheitert.*

In gewisser Weise hat das Werk auch einen existenzialistischen Hintergrund. In einem quantitativ unendlichen, aber qualitativ sehr endlichen, Universum ohne Licht, bäumt sich der Mensch auf, schafft eine qualitativ hochwertige Gegenwelt. In diesem Sinne ist der Mensch selber ein schöpferischer Gott. Das ist es, was Mephistopheles nicht passt. Das Werk hat also sozusagen auch noch eine „metaphysische“ Komponente, die wir auch bei Bloch finden.

Mephistopheles:

*Bescheidne Wahrheit sprech ich dir.
Wenn sich der Mensch, die kleine Narrenwelt
Gewöhnlich für ein Ganzes hält –
Ich bin ein Teil des Teils, der anfangs alles war
Ein Teil der Finsternis, die sich das Licht gebar
Das stolze Licht, das nun der Mutter Nacht
Den alten Rang, den Raum ihr streitig macht,
Und doch gelingt's ihm nicht, da es, so viel es strebt,
Verhaftet an den Körpern klebt.
Von Körpern strömt's, die Körper macht es schön,
Ein Körper hemmt's auf seinem Gange;*

*So, hoff ich, dauert es nicht lange,
Und mit den Körpern wird's zugrunde gehn.*

Der Mensch ist sozusagen das Licht, aus der Finsternis geboren und sich gegen die Finsternis stemmend. Dieses Licht klebt nun an den Körpern, an der Materie und nur durch die Veränderung der Materie, kann es sich wandeln. Mephistopheles steht also, bei allem Mutterwitz, der ihn auszeichnet, für das Nichts. Erlischt der Mensch, bzw. hört er auf, sich gegen die Finsternis aufzubauen, hätte das Nichts gesiegt und realistischerweise erkennt Mephistopheles auch, dass die Vernunft, sein ärgster Feind ist.

*Mephistopheles
Verachte nur Vernunft und Wissenschaft,
Des Menschen allerhöchste Kraft,
Laß nur in Blend- und Zauberwerken
Dich von dem Lügengeist bestärken,
So hab ich dich schon unbedingt –*

Das Werk ist also einerseits weit gespannt, andererseits sehr realistisch, was dann dazu geführt hat, dass es über weite Strecken in die Alltagssprache eingeflossen ist („Es irrt der Mensch, solange er strebt“, „Grau mein Freund, ist alle Theorie, grün des Lebens goldener Baum“, „Ward eines Mensch Geist, in seinem hohen Drange, von deinesgleichen je erfasst?“, „Was Besseres suche zu beginnen, des Chaos wunderlicher Sohn“, „Da steh ich nun, ich armer Tor, und bin so schlau, als wie zuvor“, „Du siehst mit diesem Trank im Leibe, bald Helena, in jedem Weibe“ etc. etc.).

Dichtung hat wohl immer, so sie denn ein Subjekt hinter sich hat, das sich durch Arbeit am Begriff, wie Adorno das nennt, gegen die Welt stellt, gegen die gesellschaftliche Logik seine eigene Logik setzt, einen Wahrheitsgehalt. Allerdings ist dieser relativ. Hinter der lustigen Person, dem Dichter und dem Theaterdirektor im Vorspiel auf dem Theater können wir wohl Goethe selbst vermuten, dem auch nicht so ganz klar war, was er da eigentlich konkret treibt. Lustig Person:

...
*In bunten Bildern wenig Klarheit,
Viel Irrtum und ein Fünkchen Wahrheit*

Welche konkrete Befindlichkeit, Erfahrung, Suche nach Authentizität etc. und welche

gedankliche Durchdringung all dieser Elemente den Autor des Fausts dazu getrieben hat, den Faust so zu beschreiben, wie er nun mal ist, lässt sich nicht erschließen. Noch deutlicher wird das im Torquato Tasso von Goethe. Dort sagt Eleonore über den etwas komplizierten Torquato Tasso.

*Sein Auge weilt auf dieser Erde kaum;
sein Ohr vernimmt den Einklang der Natur;
was die Geschichte reicht, das Leben bietet,
sein Busen nimmt es gleich und willig auf:
Das weit Zerstreute sammelt sein Gemüt,
und sein Gefühl belebt das Unbelebte.
Er adelt was uns nichtig schien,
und was wir adeln, wir vor ihm zu nichts*

Damit ist wohl Intuition intuitiv irgendwie beschrieben. Irgendwie sammelt der Dichter nach irgendeinem Zusammenhang Sachverhalte, die er bewusst oder unbewusst in Beziehung setzt. Bedauerlich daran ist, dass derjenige, der den Text liest, wiederum „intuitiv“ erfassen muss, welcher Zusammenhang hergestellt wurde. Die Dichtung ist damit als Ideologiekritik in einer ziemlich schlechten Ausgangsposition, weil Ideologen den inneren Zusammenhang eben nicht sehen und vor allem auch gar nicht sehen wollen. Ideologen wollen Recht haben.

Was hat das jetzt mit Wirtschaft zu tun? Die Antwort kann pragmatisch ausfallen. Da wo die „Wirtschaftstheorie“ und Geisteswissenschaften in all ihren Sparten, also auch Literaturwissenschaft, Philosophie, Geschichtswissenschaft etc. eng miteinander verbunden ist, wie etwa in den Ländern des real existierenden sozialistischen Irrenhauses, wird bzw. wurde ein Angriff auf die philosophische Basis auch als Angriff auf die „Wirtschaftstheorie“ empfunden mit drastischen Konsequenzen für Leib und Leben.

In der BRD ist das geschickter geregelt. Da herrscht Arbeitsteilung. Was irgendwelche philosophierende Gesellschaftskritiker zu sagen haben, ist für die akademische Volkswirtschaftslehre schlicht irrelevant. Etwas Besseres als das Gleichgewicht, wo alle Ressourcen optimal alloziert sind, ist schlicht nicht vorstellbar. Einmal erreicht, kann es ewig bestehen.

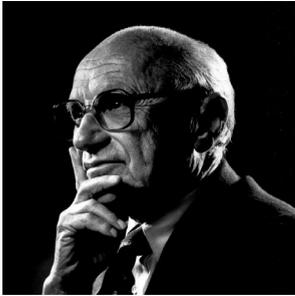
Eine Leistung von Adam Smith war es, die Volkswirtschaftslehre von allen moralischen

und sonstigen „philosophischen“ Fragen herauszulösen. Er beschäftigt sich nur noch mit einer Frage. Was sind die Bedingungen für optimales Wirtschaftswachstum. Das Problem ist, dass man rein wirtschaftliche Fragen nicht immer von anderen Fragen sauber trennen kann.

Außerhalb des akademischen Umfeldes, z.B. bei Hayek oder Friedman, geht es dann auch um die Ziele, die aber bei diesen Autoren ganz unökonomisch diskutiert werden. Das Ziel ist die Freiheit, die aber nur negativ, als Freiheit von Zwang, aber nicht positiv, Freiheit für etwas, definiert wird. Hypostasiert wird, dass der Raum der Freiheit von alleine gefüllt wird. Das ist eine steile These, denn sie beinhaltet, dass gar keine Handlungsalternativen als konkret erfahrbar, zumindest geistig, angeboten werden müssen.

Wer will kann es also so sehen. Bloch versucht das Vakuum Zukunft zu füllen, denn da wo keine Handlungsalternativen vorliegen, nützt die objektive Freiheit nicht viel, da subjektiv kein Bedarf besteht.

Milton Friedman



1. Neoliberaler
2. Begründer des Monetarismus

1. Neoliberaler

Milton Friedman ist zum einen der weltweit bekannteste Neoliberaler und zum anderen der Begründer des Monetarismus. Als Neoliberaler ist er der Meinung, dass alles was zu regeln ist der Markt regelt und was der Markt nicht regelt, auch gar nicht geregelt werden muss. Aus dieser Sicht bleibt natürlich auch wenig Raum für demokratische Entscheidungsfindungsprozesse, die aus dieser Perspektive immer Zwang bedeutet. Im Gegensatz zur marktwirtschaftlichen Ordnung, wo Individuen nur interagieren, wenn es für alle sinnvoll ist, wird in einem demokratischen Entscheidungsfindungsprozess die Minderheit überstimmt und muss sich fügen.

Hinsichtlich der unterstellten ökonomischen Kausalzusammenhänge gibt es, sieht man mal von der Konjunkturtheorie der österreichischen Schule ab, keine Unterschiede zwischen dem Neoliberalismus, dem Ordoliberalismus (Walter Eucken) und der Österreichischen Schule (Hayek, von Mises). All diese Strömungen sind Adam Smith reloaded. Es gibt aber Unterschiede in der Tonlage, der Schwerpunktsetzung und im Stil. Will man es zusammenfassen könnte man sagen, die Österreichische Schule und der Neoliberalismus wollen noch weniger Staat als der Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft.

Der Ordoliberalismus weist dem Staat die Aufgabe zu, für eine ausreichende Wettbewerbsintensität zu sorgen. Das sieht Milton Friedman eher kritisch, da für Milton Friedman es der Staat selbst ist, der den internationalen Warenverkehr durch tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse behindert. Würde er dies nicht tun, wäre die Wettbewerbsintensität immer ausreichend, da es global immer genug Unternehmen gibt, die in ihren jeweiligen Bereichen konkurrieren.

Allerdings gibt es auch deutliche Unterschiede zu Adam Smith und Jean Baptiste Say. Adam Smith und Jean Baptiste Say ging es ausschließlich um Effizienz. Für sie ist die marktwirtschaftliche Ordnung als sich selbst kontrollierendes System der sicherste

Garant für die optimale Allokation der Ressourcen. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist ein Informationssystem, das es einerseits erlaubt, die Ressourcen optimal zu allozieren und andererseits die optimale Allokation der Ressourcen auch erzwingt. Unternehmen, die die Signale des Marktes nicht verarbeiten können bzw. nicht wollen, scheiden aus.

Die marktwirtschaftliche Ordnung führt also unter den jeweils gegebenen Bedingungen zum höchsten Volkseinkommen und zur größt möglicher Vermögensbildung. Weiter wird das System als stabil angesehen, also zum Gleichgewicht tendierend. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist ausgeschlossen. Das ist zum einen tautologisch, weil die Relevanz dieser Aussage davon abhängt, auf welchem Lohnniveau Arbeit knapp wird, die Arbeiter also eine Machtposition haben und einen Lohn in der Höhe des (monetären) Grenzproduktes der Arbeit durchsetzen können und zum anderen beruhen die klassischen und neoklassischen Vorstellungen auf falschen Vorstellungen bezüglich Kapital, Geld, Sparen und Zins. Wir gehen auf diese Punkte im Kapitel über Keynes ein.

Bei Milton Friedman und Friedrich Hayek kommt aber ein weiterer Punkt dazu. Die marktwirtschaftliche Ordnung soll auch der Garant für persönliche Freiheit sein. Das wohl bekannteste Werk von Milton Friedman heißt ‚Capitalism and Freedom‘ und nicht ‚Market Economy and Efficiency‘ oder etwas in der Art. Das bekannteste Buch von Hayek heißt ‚Wege in die Knechtschaft‘, also Weg in die Unfreiheit und nicht etwa ‚Koordinationsprobleme in einer Zentralverwaltungswirtschaft‘ oder irgendetwas in der Art.

Damit verschiebt sich die Debatte weg von einem rein ökonomischen Thema hin zu einer politischen oder ‚philosophischen‘ Debatte. Die Plausibilität des klassischen/neoklassischen Gedankengebäude wird gar nicht mehr geprüft, weil es unter dieser Perspektive auch nicht mehr so relevant ist. Denn selbst dann, wenn die marktwirtschaftliche Ordnung ineffizienter wäre, wäre sie trotzdem der zu präferierende wirtschaftliche Ordnungsrahmen, denn dieser ist Garant für die Freiheit.

Unausgesprochen liegt dem Neoliberalismus, Ordoliberalismus und der Österreichischen Schule ein Menschenbild zugrunde. Wettbewerb dient vor allem der Kontrolle von Macht, wobei davon ausgegangen wird, dass Macht ohne Kontrolle missbraucht wird. Im ökonomischen Kontext ist die Annahme plausibel zumal es ohne Wettbewerb

gar keine Preise als Resultat eines optimalen Ressourcenansatzes gäbe. In einer Wettbewerbsordnung ist also die Kontrolle von Macht nur ein Element zusammen mit dem Anreizsystem und objektiven Preisen.

Überträgt man aber die Logik der marktwirtschaftlichen Ordnung auf den politischen Bereich geht man implizit davon aus, dass politische Amtsträger bzw. Bürokratien ohne Kontrolle ihre Macht missbrauchen. Implizit steckt also in dieser Aussage ein Menschenbild, das davon ausgeht, dass Macht immer missbraucht wird. Menschliches Verhalten also nie von ideellen Vorstellungen geleitet wird und ohne einen Ordnungsrahmen, der die individuellen Anreize so setzt, dass sie mit dem Allgemeinwohl kompatibel sind, diese Macht missbraucht wird. Dem kann man zustimmen oder nicht, aber auf jeden Fall ist es eine bemerkenswerte Grundaussage.

Der demokratische Entscheidungsfindungsprozess, der ja tendenziell Macht beschränkt, wird hierbei von Hayek und Friedman nur als schwaches Surrogat für marktwirtschaftliche Mechanismen gesehen. Für Milton Friedman bedeuten auch demokratische Entscheidungsfindungsprozesse einen Eingriff in die persönliche Freiheit, weil sich die Minderheit der Mehrheit unterordnen muss. Folgerichtig plädiert er, wenn immer möglich, für eine Lösung auf freiwilliger Kooperation. Schulen z.B. sollten direkt vom Staat betrieben werden unter der Leitung der Eltern und nicht vom Staat.

Hayek sieht die Gefahr, dass die Mehrheit die Minderheit unterdrückt. Er fordert von daher eine Verfassung, bei der elementare Rahmenbedingungen nicht durch demokratische Entscheidungen zur Disposition gestellt werden können.

Die These ist theoretisch nicht wirklich plausibel, aber insbesondere nicht empirisch belastbar. Das größere Problem scheint der umgekehrte Fall zu sein. Minderheiten setzen ihre Interessen zu Lasten der Mehrheit durch. Das liegt daran, dass eine Interessensgruppe durch die Wahrung ihrer Interessen sehr viel gewinnen kann, eine Abwehr durch die Mehrheit aber unwahrscheinlich ist, weil der Aufwand sich zu informieren in keinem Verhältnis steht zum Ertrag.

Abgesehen würde in dem Fall, der seinen Überlegungen zugrunde liegt, das Scheitern der Weimarer Republik, eine Verfassung nicht viel nützen. Hitler hätte sich kaum um bedrucktes Papier geschert.

Seine Grundposition bringt Milton Friedman kurz und bündig auf den Punkt.

Das Charakteristikum von Handlungen, die über politische Kanäle erfolgen, ist, dass diese ein hohes Maß an Konformität fordern. Der große Vorteil von Märkten auf der anderen Seite ist, dass diese eine große Diversifikation zulassen. Politisch gesprochen sind sie ein System der repräsentativen Vertretung. Jeder Mann hat eine Stimme, zum Beispiel was die Farbe seiner Krawatte angeht und er bekommt sie auch. Er muss nicht darauf achten, welche Farbe die Mehrheit will und dann, wenn er sich in der Minderheit befindet, darauf verzichten.

aus: Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago, 2002, Seite 15

Damit ist zwar noch nicht geklärt, welche Probleme durch freie Kooperation gelöst werden können und welche nicht, bzw. schlechter, aber die Grundidee ist deutlich, auch wenn sich natürlich die Frage stellt, wie freiwillig die Kooperation tatsächlich ist. Wäre die Kooperation wirklich völlig freiwillig, hätten und bräuchten wir kein Arbeitsrecht. Der unzufriedene Arbeiter würde einfach die Stelle wechseln, von Erspartem leben oder selber ein Unternehmen gründen. Offensichtlich besteht aber sehr oft ein Abhängigkeitsverhältnis und ohne staatliche Intervention wäre der Arbeiter von der Willkür des Arbeitgebers abhängig. Prinzipiell ist die These, dass es in marktwirtschaftlichen Ordnungen keine Machtverhältnisse gibt fragwürdig. Arbeitsmarktgesetze und Ähnliches können ineffizient sein, z.B. wenn ein Arbeitgeber eine Lusche nicht los wird. Dann müsste man es aber unter dem Blickwinkel der Effizienz diskutieren und nicht unter dem Blickwinkel der Freiheit.

Nach der Milton Friedman Logik wäre eine staatliche Intervention selbst dann schlecht, wenn sie zwar die Effizienz steigert, aber die Freiheit einschränkt. Umgekehrt wären sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz gestattet, denn die/der Betreffende kann das Arbeitsverhältnis ja lösen, da es auf freier Kooperation beruht. Der staatliche Eingriff wäre also auch in diesem Fall nicht erlaubt, weil es einen Eingriff in die freie Kooperation darstellt, selbst wenn er die Effizienz nicht mindert.

Soll die marktwirtschaftliche Ordnung noch ein zweites Ziel verwirklichen, also die Freiheit, muss dessen Verhältnis zum ersten Ziel geklärt sein. Andernfalls wird es logisch inkonsistent.

Zur Verdeutlichung der Problematik. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verlangt unter anderem, dass Jobs aufgrund von Leistung vergeben werden und sachfremde Kriterien wie Religion, Hautfarbe, etc. keine Rolle spielen dürfen. Tendenziell stärkt es also die Effizienz. Nach der Milton Friedman Logik stellt es aber eine Einschränkung der Freiheit bzw. der freien Kooperation dar und dies wiegt schwerer, als die Stärkung der Effizienz.

Wird der Marktwirtschaft außer Sicherung der Effizienz noch ein zweites Ziel, die Sicherung der Freiheit, zugeordnet, wird das System logisch inkonsistent. In diesem Falle wäre die Marktwirtschaft selbst dann der überlegenere Ordnungsrahmen, wenn er bzgl. der Effizienz weniger leistungsfähig ist. Unter Umständen ist das sogar gewollt, weil unter diesen Auspizien die Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Ordnung bzgl. der Effizienz gar nicht mehr nachgewiesen werden muss. Die Diskussion verlagert sich weg von rein ökonomischen Fragen.

Bei Adam Smith ist es vor allem die Marktwirtschaft selbst, die dazu tendiert, sich abzuschaffen. Ohne die Kontrolle durch den Wettbewerb, kann sie nicht funktionieren. Unternehmen werden aber immer dazu neigen, diesem Wettbewerb über Preisabsprachen auszuweichen. Insofern ist Walter Eucken näher an Adam Smith als Milton Friedman oder Friedrich Hayek. Die Letztgenannten rückten weniger die Bedrohung durch eine abnehmende Wettbewerbsintensität in den Vordergrund, als Übergriffe des Staates.

Prinzipiell ist aber der Ansatz von Milton Friedman fruchtbar, weil er konkrete Sachverhalte diskutiert. Es gibt zahlreiche Tatbestände, etwa Marktzugangsbeschränkungen im Bereich Rechtsberatung und anderen Dienstleistungen/Gewerken, wo man sich in der Tat überlegen kann, ob eine rein marktwirtschaftliche Lösung nicht besser wäre. Niemand wird des Weiteren bestreiten, dass Bürokratien eigene Interessen verfolgen und eine Eigendynamik haben.

Diskutiert man konkrete Sachverhalte, lassen sich generelle Kriterien auf einen konkreten Sachverhalt anwenden. Dieser pragmatische Ansatz ist zielführender, als das Aufstellen allgemeiner Regeln. Besteht ein Zielkonflikt, muss man sich überlegen, wie man diesen am Besten auflöst. Das setzt natürlich einen Entscheidungsfindungsprozess voraus und nicht die mechanische Befolgung eherner Prinzipien.

Hayek hingegen ist ein Tohuwabohu aus Totalitarismustheorie, Rechtsphilosophie, Soziologie, ab und an ein bisschen Wirtschaftstheorie mit Ausflügen in die Geschichtsinterpretation auf Laienniveau. Dieses ganze Konglomerat soll nicht nur historische Prozesse erklären, etwa den Zusammenbruch der Weimarer Republik, sondern auch eine ideale Wirtschaftsordnung und Verfassung sein. Die Logik ist dabei immer die Gleiche. Die Nationalsozialisten waren Sozialisten, Sozialisten sind Kollektivisten und Kollektivismus führt zu Totalitarismus. Das erklärt dann den Zusammenbruch der Weimarer Republik. Will man also den Totalitarismus bekämpfen und die Freiheit fördern, muss man den „Sozialismus“ bekämpfen.

Sozialistisch wiederum ist, nach Hayek, jede Intervention des Staates oder alles was über die Aufrechterhaltung eines Ordnungsrahmens und Strafrecht hinausgeht.

Am besten ist also gar keine Regierung oder nur eine, die das Strafrecht durchsetzt, denn eine Regierung, die irgendwas tut, ist ja sozialistisch und damit auch kollektivistisch und damit auch totalitär. Die Sympathie von Hayek für das Pinochet Regime in Chile ist also nicht allein der Tatsache geschuldet, dass Hayek der Durchblick fehlte. Es ist die logische Konsequenz seiner speziellen Denke.

Unabhängig davon ist bei Hayek auch nicht ganz klar, wenn er bekehren will. Wege in die Knechtschaft widmet er den „Sozialisten in allen Parteien“. Haben diese aber das von ihm unterstellte Verhalten, werden sie sich kaum von ihm ins Gewissen reden lassen. Die Kontrolle der Parteien und Bürokratien ist letztlich nur durch den mündigen Bürger gewährleistet. Der aber gehört mehrheitlich zur Mehrheit, die ja nichts Besseres im Kopf hat, als die Minderheit zu unterdrücken. Die Hayek Welt ist also insgesamt etwas düster und wir verstehen, warum er immer so verknittert aus der Wäsche schaut.

Der Ansatz von Milton Friedman ist insgesamt pragmatischer. Er prüft, ob eine spezielle Maßnahme in einem speziellen Kontext sinnvoll ist, auch wenn er manchmal anhand von ewigen Prinzipien argumentiert, was dann in die Irre führt, wie dieses Beispiel zeigt.

Der Bürger der Vereinigten Staaten, der gezwungen ist ungefähr 10 Prozent seines Einkommen in einen von der Regierung verwalteten Pensionsfond einzuzahlen, wird um einen entsprechenden Betrag seiner Freiheit beraubt. Wie stark dieser Entzug gefühlt wird und wie sehr dieser Entzug dem Entzug der religiösen Freiheit ähnelt, die alle eher der „zivilen“ oder „religiösen“ Sphäre und weni-

ger der „ökonomischen“ Sphäre zurechnen würden, veranschaulicht dramatisch eine Episode, in die eine Gruppe von Farmern der Amish Sekt involviert waren. Aus prinzipiellen Gründen erachtete diese Gruppe das obligatorische staatliche Rentensystem als einen Übergriff auf ihre individuellen Rechte und weigerte sich folglich Steuern zu bezahlen oder Leistungen in Anspruch zu nehmen. Das führte dann dazu, dass ein Teil ihres Viehbestandes auf einer Auktion versteigert wurde, damit die aus den Abgaben zu den sozialen Sicherungssystemen resultierenden Forderungen beglichen werden können. Es stimmt, dass die Anzahl der Bürger, die eine obligatorische Altersversorgung als eine Einschränkung ihrer Freiheit betrachten, gering ist, aber die, die an die Freiheit glauben, zählen keine Nasen.

aus: Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago, 2002, Seite 8

Die Grundannahme für die Einrichtung einer obligatorischen, kapitalgedeckten Rentenversicherung dürfte die gleiche sein, wie sie ab und an in Deutschland und anderen Staaten genannt wird.

Die Annahme ist, dass bestimmte Gruppen, etwa in Deutschland die Selbständigen, nicht ausreichend für ihr Alter vorsorgen und folglich im Alter die sozialen Sicherungssysteme belasten.

Trifft dies zu, kann sich die Amish Sekte nicht auf die Religionsfreiheit berufen. Die Religionsfreiheit kann durchaus da ihre Grenzen finden, wo sie die Allgemeinheit belastet. Für die Illustrierung einer Einschränkung der persönlichen Freiheit durch staatliche Intervention ist das Beispiel denkbar schlecht gewählt.

Das eigentliche Argument gegen eine obligatorische, kapitalgedeckte Rentenversicherung wäre ein anderes. Die Grundannahme einer kapitalgedeckten Altersvorsorge ist, dass die angesparten Mittel tatsächlich investiv verwendet werden können. Mit anderen Worten, da in diesem Fall ja der Zins nicht mehr der Ausgleichsmechanismus zwischen Sparen und Investieren ist, ob jede x-beliebige Sparquote, die im Falle der Riesterrente durch die staatliche Förderung ja sogar noch nach oben getrieben wird, von einer entsprechenden Investitionsquote absorbiert wird.

Das ist unplausibel selbst unter den Annahmen der klassischen Nationalökonomie und ausgeschlossen aus der Sicht der keynesschen Theorie. Dass die Riesterrente

scheitern wird, war eigentlich schon zu Beginn klar. Es hätte nur funktionieren können, unter den Annahmen der klassischen Nationalökonomie, wenn der fallende Zins die Sparquote in anderen Bereichen verändert hätte, so dass insgesamt die Sparquote nicht steigt. Ist Kapital aber schlicht Geld, wie im Keynesianismus, dann konkurriert Sparen mit der Druckerpresse der Zentralbank und gegen diese hat es keine Chance.

Die Argumentation mit einem hehren Prinzip, hier der Freiheit, führt also hier nirgendwo hin. Allerdings gibt es mit der obligatorischen, kapitalgedeckten Rentenversicherung ein ökonomisches Problem.

Milton Friedman verlässt irgendwann mal das Freiheitsgeschwurbel und wird konkret. Da wo er mit der Freiheit argumentiert, ist sein Buch schwach.

Damit Menschen für eine Sache streiten können, müssen sie erstmal in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Schon dies ist in einer sozialistischen Gesellschaft ein Problem, denn alle Jobs stehen unter der direkten Kontrolle der politischen Autoritäten. Es bedürfte schon einiger Selbstverleugnung, eine Schwierigkeit, die durch die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten nach dem zweiten Weltkrieg mit dem „Sicherheitsproblem“ der Angestellten im öffentlichen Dienst verdeutlicht wird, damit eine sozialistische Regierung ihren Angestellten erlaubt, sich für eine Politik einzusetzen, die ihren Interessen entgegenläuft. Doch nehmen wir mal, dass diese Selbstverleugnung tatsächlich stattfindet. Damit das Streiten für den Kapitalismus eine Bedeutung hat, müssen die Befürworter in der Lage sein, ihre Bewegung zu finanzieren, also öffentliche Treffen abzuhalten, Flugblätter verteilen, Sendezeit im Radio buchen, Zeitungen und Magazine herausgeben usw.. Wie können sie die Mittel hierfür aufbringen? Vielleicht gibt es in der sozialistischen Gesellschaft einen Mann mit einem hohen Einkommen, vielleicht auch große Geldsummen in Form von staatlichen Anleihen oder etwas in der Art, doch dann wären es mit Sicherheit hohe Staatsbeamte. Man kann sich einen untergeordneten Beamten in einer sozialistischen Gesellschaft vorstellen, der seinen Job behält, auch wenn er für die Sache des Kapitalismus streitet. Es ist aber kaum denkbar, dass die oberste Gilde einer sozialistischen Gesellschaft ihren Job behalten, wenn sie sich „subversiven“ Tätigkeiten widmen.

aus: Milton Friedman, *Capitalism and Freedom*, Chicago, 2002, Seite 17

Er argumentiert also damit, dass im Sozialismus die Leute nicht die ökonomischen Ressourcen haben, um ihre Meinung wirkungsvoll zu vertreten. Die Aussage ist nur sinnvoll, wenn der Zugang zu den Massenmedien in „kapitalistischen“ Ländern jedem offen steht, er also seine Meinung über diese Medien verbreiten kann. Wir bezweifeln stark, dass Milton Friedman daran selber glaubt, auf jeden Fall aber wäre dies eine Annahme, die mit der Realität nichts, aber auch wirklich gar nichts zu tun hat. (Wenn wir mal das Internet ausnehmen, aber diesen Kanal gab es zum Zeitpunkt des Erscheinens von ‚Capitalism and Freedom‘ im Jahr 1962 noch gar nicht.)

Wie Hayek geht auch Milton Friedman davon aus, dass die freie Marktwirtschaft Garant der persönlichen Freiheit ist.

Die Geschichte verweist eindeutig und einstimmig auf den Zusammenhang zwischen politischer Freiheit und freier Marktwirtschaft. Ich kenne kein Beispiel, egal wann und egal wo, wo nicht eine große politische Freiheit gewährleistet war und wo man es nicht dem Markt überlassen hätte, die Masse aller ökonomischen Aktivitäten zu organisieren.

aus: Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago, 2002, Seite 9

Die Aussage ist aus mehreren Gründen falsch. Zum einen gibt es die freie Marktwirtschaft, so wie Milton Friedman sich das vorstellt, heutzutage nirgends.

In allen entwickelten Industrieländern haben wir Systeme, die eher der sozialen Marktwirtschaft ähneln.

Zum anderen ist wirtschaftliche Freiheit perfekt kompatibel mit starker Einschränkung der persönlichen Freiheiten. Wo der Islam z.B. Staatsreligion ist, haben wir freie Marktwirtschaften bei Einschränkung der persönlichen Freiheiten bis in den Bereich der persönlichen Lebensführung einschließlich Kleiderordnung.

In den achtziger Jahren hatten viele Länder Südamerikas eine marktradikale Wirtschaftsordnung in seinem Sinne, bei starker Einschränkung der persönlichen Freiheiten. Last not least kann die freie Marktwirtschaft zu einer Einkommensverteilung führen, die aus ökonomischen Gründen den persönlichen Handlungsspielraum extrem einschränkt.

Da wo Milton Friedman allerdings richtig konkret wird, spricht er allerdings in der Regel ein tatsächlich existierendes Problem an.

Was die Entlohnung der Lehrer angeht, ist nicht ein zu geringer Durchschnittslohn das Problem, im Durchschnitt sind sie vermutlich eher zu hoch, sondern dass sie einheitlich und starr sind. Schlechte Lehrer sind vollkommen überbezahlt und gute Lehrer sind vollkommen unterbezahlt. Gehälter tendieren dazu einheitlich zu sein und weit mehr durch Alter, Diplome und Bestätigungen über die Lehrbefähigung erworben zu sein als durch Verdienst. Auch das in weiten Teilen ein Ergebnis der staatlichen Schulverwaltung und wird desto mehr zum ernsthaften Problem, je größer das Gebiet ist, auf das sich die Verwaltung ausdehnt. Das ist auch der eigentliche Grund, warum die Verbände der hauptberuflichen Lehrer sich so sehr dafür einsetzen, die Verwaltungsgebiete zu vergrößern: Von der Aufsicht über die Schulen der Gemeinde, zur Aufsicht im Bundesland, zur Aufsicht im Staat. In jeder Bürokratie, vor allem im öffentlichen Dienst, ist eine standardisierte Entlohnung unausweichlich. Es ist fast unmöglich, einen Wettbewerb einzuführen, der in Abhängigkeit von der Leistung auch zu Unterschieden in der Entlohnung führt.

aus: Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago, 2002, Seite 95

Das ist nun in der Tat zutreffend. In Bürokratien gibt es keine objektiven, das heißt unter Wettbewerbsbedingungen zustande gekommenen Preise, auch wenn seit etwa 15 Jahren versucht wird, in Bürokratien Wettbewerb zu simulieren.

Die Idee hierbei ist, in Berlin, die Kosten für die Leistungen der verschiedenen Bezirksämter mit Controllingverfahren, einer gestuften Deckungsbeitragsrechnung, zu erfassen. Sind die Erstellungskosten in einem Bezirk niedriger als in einem anderen, dann kann es offensichtlich billiger erstellt werden. Lange Diskussionen erübrigen sich damit.

Zugewiesen wird den Bezirken dann die Summe, die bei durchschnittlicher Effizienz, genau genommen dem Median, für die Erstellung nötig ist. Effiziente Bezirke erhalten also mehr, als sie brauchen und haben Gelder zur freien Verwendung, ineffiziente weniger und müssen sparen. Da dadurch im Zeitablauf die mittleren Kosten, also der Median, sinken, nähert man sich irgendwann den Kosten, die bei optimaler Leistungs-

erstellung entstehen würden. Unnötig zu sagen, dass die Einführung dieses Systems zu erheblichen Widerständen seitens der Angestellten im öffentlichen Dienst geführt hat. Der Autor hatte das zweifelhafte Vergnügen, in diesem Zusammenhang die Amtsleiter der Berliner Bezirksämter zu schulen. Er zog daraus den Schluss, dass jedes System, das nicht durch klare Kontrollmechanismen kontrolliert wird, vollkommen aus dem Ruder läuft.

Speziell bei Lehrern haben wir das merkwürdige Phänomen, dass die Entlohnung nach Maßgabe von Kriterien erfolgt, die keinerlei Beziehung zur Leistung haben. Das Alter sagt über didaktische Fähigkeiten oder fachliche Kompetenz nichts aus.

Man kann das schlecht finden, aber in der freien Wirtschaft ist es genau umgekehrt. Es wird davon ausgegangen, dass die Fähigkeit, sich neues Wissen zu erwerben, mit dem Alter nachlässt. Auch Diplome, in Deutschland das Staatsexamen, sagen nichts aus über die Eignung für den Lehrerberuf. Anzunehmen ist, dass es viele Ingenieure gibt, die Fächer wie Mathematik oder Physik sehr viel interessanter darstellen könnten, als ein Oberstudienrat ohne konkrete Berufserfahrung. Qualifizierte Muttersprachler können Fremdsprachen authentischer vermitteln, als Leute mit einer klassischen Lehrerausbildung. Auch hier ist es in der Wirtschaft genau umgekehrt. Private Sprachschulen setzen ausschließlich Muttersprachler ein.

Besonders skurril ist die unterschiedliche Entlohnung, in Deutschland, je nach Schultyp. Gymnasiallehrer verdienen weit mehr als Lehrer anderer Schultypen, auch wenn dies im Moment, wir schreiben das Jahr 2016, vor Gerichten verhandelt wird. Durch die Änderung der Schultypen, Gesamtschulen, und die Angleichung der Ausbildung durch die Bologna Reform, wird die unterschiedliche Bezahlung rechtlich fragwürdig. Anvisiert wird natürlich, da ist der Widerstand am geringsten, Anpassung auf das höchste Niveau. Nimmt man den einen etwas weg und verteilt es an die anderen, wird der Widerstand relativ groß sein, weil sich ja beide Gruppen beschweren. Die einen, weil ihr Gehalt gekürzt wird, die andere, weil es nicht hoch genug ist. GEW und DBB werden sich wohl darauf einigen, eine Vereinheitlichung auf dem Niveau der Gymnasiallehrer zu fordern.

Kontrolle der Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der Lehrerschaft würde Wahlmöglichkeiten auf Seiten der Kundschaft voraussetzen.

Wenn man absichtlich die Einstellung und Bezahlung von Lehrern systematisch so organisieren will, dass es die kreativen, bemühten und selbstbewussten abschreckt, aber die abgestumpften, durchschnittlichen und die, die nicht begeistern können anzieht, dann ist die beste Methode hierzu Zertifikate für die Lehrbefähigung zu verlangen und einen einheitlichen Tariflohn einzuführen, wie es in größeren Städten und Bundesstaaten bereits eingeführt ist. Unter diesen Umständen verwundert es geradezu, dass das Niveau in den Grund- und weiterführenden Schulen ein so hohes Niveau hat, wie es aktuell hat. Ein alternatives Vorgehen [er meint die Vergabe von Bildungsgutscheinen, die von den Eltern an einer Schule ihrer Wahl eingelöst werden] würde dieses Problem lösen und zu einem effektiven Wettbewerb führen, der Verdienste und einen guten Unterricht belohnt.

aus: Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago, 2002, Seite 9

Er schlägt also vouchers vor. Bei diesem System erhalten die Eltern einen Gutschein, den sie bei der Schule ihrer Wahl einlösen können. Die Mittelzuweisung an die Schulen erfolgt dann nach Maßgabe der Gutscheine. Die Schule mit den meisten Gutscheinen erhalten dann die meisten Mittel, Schulen die sehr wenig Gutscheine erhalten, müssen schließen. Funktionieren kann das natürlich nur, wenn überhaupt mehrere Schulen vorhanden sind, andernfalls landen die Gutscheine aus naheliegenden Gründen alle bei der gleichen Schule. Denkbar wäre noch, so es Parallelklassen gibt, die Schulen intern in kleinere Organisationseinheiten aufzusplitten. Dann gibt es auch wieder Wahlmöglichkeiten. Der Staat legt dann lediglich die Ziele fest, aber nicht, wie man diese erreicht.

Im Bereich Fremdsprachen könnte also eine Schule bzw. eine eigenständige Einheit innerhalb einer Schule ihren alten Stiefel fahren und andere könnten neues ausprobieren. Z.B. ihren Lehrern weniger bezahlen, dafür aber im Fremdsprachenunterricht mehr muttersprachliches Personal einzusetzen, z.B. muttersprachliche Studis, Kooperation und Austausch von Lehrern mit Partnerschulen im Ausland, mehr auf selbsterstellte Unterrichtsmaterialien setzen, mehr Einsatz von e-learning etc.. Manche Fächer, z.B. Mathematik, könnten komplett durch andere Fächer, etwa Informatik ersetzt werden.

Das derzeitige System, bei dem von Seiten der Kundschaft keine Wahlmöglichkeiten bestehen, ist extrem leistungsfeindlich. Für Lehrer besteht praktisch keinerlei Anreiz über Di-

daktik, Inhalte etc. nachzudenken. Würde man das Modell auf die Wirtschaft übertragen, hätten wir ein Wirtschaft, bei dem die Konsumenten gezwungen werden ein bestimmtes Produkt zu kaufen. Was das bedeuten würde, kann man sich mühelos ausmalen.

Allerdings sind in Abhängigkeit vom Alter und von der Region sehr viele Möglichkeiten denkbar, Wettbewerb in das System zu bringen. Die vouchers sind nur eine Option und nicht mal eine besonders realistische. Denkbar wäre auch ein System, bei dem innerhalb derselben Schule konkurrierende Einheiten existieren. Schneidet eine Einheit dauerhaft schlechter ab als die andere, erhält also weniger Gutscheine, wird sie geschlossen und die dort Beschäftigten entlassen. Der Beamtenstatus ist die umfassendste Verneinung der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Der Beamtenstatus ist Ausdruck einer Weltanschauung, die davon ausgeht, dass der Staat hoheitlich handelt und seine Weltanschauung mit ihm unterstellten Dienern auch durchsetzt. Es wird hierbei davon ausgegangen, dass der Staat weiß, was nützt und frommt. Ob er das im Bildungsbereich auch tatsächlich weiß, ist fraglich. Zumindest kann man sich das fragen, wenn man sich die Verlautbarungen des deutschen Philologenverbandes durchliest.

Das Gymnasium stellt sich den folgenden Herausforderungen:

- 1. Sichern der Wissensbestände, die zum Verstehen der eigenen Traditionskultur und zu deren Weiterentwicklung erforderlich sind.*
- 2. Herausbildung einer besonderen Lernhaltung bei den Schülern, die durch eine ernsthafte und persönliche Auseinandersetzung mit den Fragen und Problemen heutiger und zukünftiger Wissenschaft, Gesellschaft und Lebenswirklichkeit (sic! soll wohl Lebenswirklichkeit sein) gekennzeichnet ist. Mensch und Welt werden als „frag“-„würdig“ angesehen. (Sie meinen wohl als zu hinterfragen.)*
- 3. Schaffung von Wahlangeboten, Freiräumen und Vernetzung mit außerschulischen Institutionen, in denen die Schüler musisch, künstlerisch, darstellerisch, sportlich, erfinderisch und experimentell, gemeinschaftlich und allein, anwendungsbezogen und ohne Verwendungszweck sich in ihrer Persönlichkeit kennen lernen und entfalten können mit dem Ziel einer konstruktiven Selbsterschließung und einer Kultivierung ihrer Humanität.*

Anders formuliert, die Studienräder haben Null Plan, warum man das Gymnasium braucht, denn alle genannten Ziele, auch wenn es etwas altbacken und schwammig formuliert ist, treffen auf jeden Schultyp zu. Man könnte sogar sagen, es trifft für jede Art von informellem und formellem Lernen zu.

Sicher ist nur, dass sie einen sicheren Job auf Lebenszeit haben wollen.

Nur der Beamtenstatus sichert die Unabhängigkeit und somit die sogenannte „pädagogische Verantwortung“ der Lehrkräfte. Diese Unabhängigkeit ist historisch gesehen ein wichtiges Gut. Der Beamte ist eben nicht einer Partei oder einer bestimmten Regierung verpflichtet; er ist der Verfassung, die demokratisch legitimiert ist, verpflichtet.

aus: Lehrer müssen Beamte sein

http://www.dphv.de/fileadmin/user_upload/positionen/berufspolitik/Lehrer_muessen_Beamte_sein.pdf

Die sehen das also, das liegt in der Natur der Dinge, anders. Lehrer müssen sich nicht dem Urteil des Marktes stellen, also dem Wettbewerb, sondern die Gesellschaft muss vor ihrem unparteiischen Urteil bestehen können. Ansonsten haben sie noch skurrile Ansichten. Der Beamte ist an die Anweisungen seines Dienstherrn gebunden, das ist im weitesten Sinne die Regierung. Die Verfassung allerdings ist nicht notwendigerweise demokratisch legitimiert. Über die meisten Verfassungen, etwa die der BRD, wurde en bloque nie abgestimmt. Allerdings kann eine parlamentarische Mehrheit zumindest Teile der Verfassung ändern. Womit dann der Beamte wieder gebunden ist. So richtig den Durchblick haben die Studienräder wohl nicht.

Im Grunde ist die Sache aber einfach. Die wollen mehr Knete.

Lobbygruppen sind immer wieder recht effizient, wenn es darum geht, Marktzugangsbarrieren aufzubauen und sich so Konkurrenten vom Hals zu halten. In Deutschland gibt es ja seit Jahrzehnten die Diskussion um die Handwerksrolle. Nur wer einen Meisterbrief besitzt, darf in bestimmten Gewerben ein Unternehmen gründen. In den USA gehörten wohl auch die Friseure dazu.

Eines der amüsantesten Regelwerke ist das für Friseure, eine Dienstleistung die an vielen Orten reglementiert ist. Unten ein Beispiel für ein Gesetz, das ein Gericht in Maryland [Bundestaat rund um Washington] für nichtig erklärt wurde, auch wenn Regularien mit ähnlichem Duktus in anderen Staaten bestätigt wurden: „Das Gericht war eher verstimmt als wohlgenut durch eine gesetzliche Bestimmung, die die Existenzgründung von Friseuren von einer formalen Unterweisung in die wissenschaftlichen Grundlagen des Friseurhandwerks abhängig machte, als da wäre Hygiene, Bakteriologie, Gewebekunde des Haares, der Haut, der Nägel, der Muskeln und der Nerven, der Struktur des Kopfes, des Gesichts und des Nackens, elementare Chemiekennntnisse bezüglich Sterilisation und Antiseptikum, Krankheiten der Haare, der Drüsen und der Nägel, Haarschnitt, Rasur und Pflege, Kleidung, Colorierung, Bleichung und Färbung des Haares.“ Noch eine Bemerkung bezüglich der Friseure [Friedman zitiert einen anderen Autor, Gellhorn, und zwar aus einem Buch, das 1956 erschienen ist. Da er einen Vorgang aus dem Jahre 1929 schildert, muss die Entwicklung vom Friseur zum Mediziner in diesen Jahren vor sich gegangen sein.]: „Von den 18 repräsentativen Staaten, die in die Studie über Regularien des Friseurhandwerks einbezogen waren, empfahl damals nicht ein einziger, dass ein Anwärter einen Abschluss an einer Fachhochschule für Friseure haben muss, wenn auch in allen eine Ausbildung nötig war. Heute beharren fast alle auf einen Abschluss einer Friseurschule, die mindestens (meistens aber mehr) 1000 Stunden Unterricht in „theoretischen Fächern“, wie Sterilisation der Instrumente vorsieht und nach dieser theoretischen Ausbildung muss noch eine Lehre folgen.

aus: Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago, 2002, Seite 142

Eine ähnlich erfolgreiche Lobbyarbeit betreiben in Deutschland Apotheken. Selbst Trivialmedikamente, etwa Wirkstoffe wie Acetylsalicylsäure, Ibuprofen, Clotrimazol, schwache Treptane oder Trivialmedikamente wie Meditonsin dürfen nur von Apotheken vertrieben werden. Der Optiker ist ein Gewerbe und gewerbesteuerpflichtig, dieselbe Tätigkeit von einem Augenarzt ausgeführt, ist gewerbesteuerfrei.

Milton Friedman liefert auch eine Erklärung, warum Lobbyarbeit erfolgreich ist. Apotheker, die Handwerkskammer, Schornsteinfeger, Schokoladenfabrikanten, die Presse, die das Leistungsschutzrecht durchsetzt, sind kompakt organisiert. Die Lobbyarbeit zu Lasten der Konsumenten ist für sie rentabel. Die Konsumenten allerdings sind

schwach organisiert und der Aufwand gegen Marktzugangsbeschränkungen vorzuziehen, würde sich nicht lohnen.

Die Tatsache allein, dass eine große Anzahl verschiedener staatlicher Gesetzesvorhaben sich dafür aussprechen, dass Friseure von einem Komitee anderer Friseure approbiert werden müssen, ist noch kein besonders überzeugendes Argument dafür, dass an einem solchen Gesetz ein öffentliches Interesse besteht. Die Erklärung ist eine andere. Die Erklärung hierfür ist, dass eine Gruppe von Produzenten tendenziell politisch straffer organisiert ist, als eine Gruppe von Konsumenten. Das ist eine offensichtliche, oft beschriebene Tatsache und trotzdem eine, deren Bedeutung nicht genug betont werden kann. Jeder von uns ist Produzent und auch Konsument. Wir konsumieren Tausende, wenn nicht Millionen von Produkten. Daraus resultiert, dass Leute derselben Branche, wie etwa Friseure oder Ärzte ein starkes Interesse an den gleichen Problemen dieser Branche haben und bereit sind, einiges an Energie in diese zu investieren. Auf der anderen Seite spenden diejenigen, die ab und an zum Friseur gehen, nur eine geringe Zeit in einem Friseursalon.

aus: Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago, 2002, Seite 143

Für andere Branchen ergibt sich die Zugangsbeschränkung zu einem bestimmten Beruf indirekt über die Menge der zur Verfügung stehenden Studienplätze. Für die Besitzer einer bestimmten Qualifikation ist es immer am besten, wenn diese Qualifikation knapp ist. Es wäre z.B. ein Leichtes, die Mittel so umzuschichten, dass mehr Studienplätze in Medizin entstehen und dafür die Anzahl in anderen weniger rentablen Fächern reduziert wird. Das wäre zumindest rein ökonomisch betrachtet logisch und diese Logik ist ja die Norm. Eigentlich müssten die Mittel solange umgeschichtet werden, bis die Erträge in allen Studienrichtungen die gleichen sind. Rein ökonomisch. Zumindest macht diese Überlegung genau so viel Sinn, wie über Studiengebühren nachzudenken.

Tatsächlich wird die Anzahl der Studienplätze in Medizin aber beschränkt. Für Deutschland ist ein direkter Zusammenhang zwischen der Anzahl der Studienplätze und den Interessen der Ärzteschaft nicht nachweisbar. Für die USA allerdings behauptet Milton Friedman die Existenz eines solchen Zusammenhanges.

Der amerikanische Ärztenbund ist in dieser Position [In der Position, von vorne herein über die Zulassungsbeschränkung die Anzahl an Ärzten reduzieren zu können]. Es ist eine Gewerkschaft, die die Anzahl der Leute, die hineinkommen beschränken kann. Wie gelingt das? Der Verwaltungsrat der medizinischen Ausbildung und der Krankenhäuser des amerikanischen Ärztenbundes begutachten die medizinischen Fakultäten. Damit eine medizinische Fakultät auf die Liste der anerkannten Einrichtungen kommt und da bleibt, muss es den Standards des Verwaltungsrates entsprechen. Die Macht des Verwaltungsrates wurde schon mehrere Male veranschaulicht, als es einen Druck gab, die Anzahl der Mitglieder zu verringern. 1930` zum Beispiel, während der Depression, schrieb der Verwaltungsrat der medizinischen Ausbildung und Krankenhäuser einen Brief an mehrere Fakultäten der Medizin des Inhalts, dass die medizinischen Fakultäten mehr Studenten zulassen, als tatsächlich ausgebildet werden können. Im nächsten und übernächsten Jahr verringerte jede Fakultät die Anzahl der zugelassenen Studenten. Ein starker Hinweis dafür, dass die Empfehlung einen gewissen Effekt erzielte.

aus: Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago, 2002, Seite 150

Vordergründig argumentiert die organisierte Ärzteschaft in Deutschland, z.B. der Ärztag, zwar für eine Erhöhung der Studienplätze, aber das kann auch in dem sicheren Bewusstsein geschehen, dass dies sowieso nicht passiert, denn sie hatten ja bis jetzt reichlich dreißig Jahre Zeit, ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen.

Probleme entstehen für die Mediziner aufgrund der Vereinheitlichung der Studiengänge im Zusammenhang mit dem Bologna Prozess. Manchmal haben unsinnige Maßnahmen, wie der Bologna Prozess, ausgetauscht wird ja nur das Label, aber nicht die Inhalte, lustige Nebeneffekte. Innerhalb der EU herrscht Niederlassungsfreiheit. Das heißt unter anderem, dass eine Qualifikation, die zur Aufnahme einer Tätigkeit in einem Land der EU berechtigt, auch zur Aufnahme eben dieser Tätigkeit in einem anderen Land berechtigt. Kann also jemand mit einem Master in Medizin in z.B. Holland arbeiten, kann er das auch in Deutschland. Das Staatsexamen wird dann obsolet.

Der Masterstudiengang eröffnet unter Umständen die Möglichkeit, das hiesige Staatsexamen zu unterlaufen und eine Approbation zu erhalten. Das geht aus einem Rechtsgutachten für die Universität Oldenburg hervor. Darin heißt

es: Der erfolgreiche Abschluss des Studiums an der EMS wird allein deswegen zur ärztlichen Berufsausübung in Deutschland befähigen, weil mit dem niederländischen Abschluss eines Master of Science in Geneeskunde [Holländisch: Medizin] die Erlaubnis zur ärztlichen Berufsausübung in den Niederlanden eingehenden wird und die europarechtliche Anerkennung dieser Erlaubnis auch zu einer Approbation in Deutschland führen wird.

aus: Der Medizin Bachelor in Oldenburg

Das findet man natürlich uncool. Denn das könnte unmittelbar den Geldbeutel treffen. Begründet wird das natürlich, das Schema ist immer ähnlich, egal ob Oberstudienräter, Rechtsanwälte, Ärzte etc. mit dem hohen wissenschaftlichen Standard, der aufrechterhalten werden muss, was ja im Fall der Kooperation zwischen Groningen und Oldenburg ein bisschen schwierig ist, denn Holland hat medizinisch den gleichen Stand wie Deutschland.

Weiter wäre natürlich noch zu prüfen, ob die veranschlagten Kosten für ein Medizinstudium korrekt sind. Hier haben wir Zahlen zwischen 120 000 und 200 000 Euro. Kann derselbe Studiengang aber in Ungarn für 67 000 Euro, an einer gewinnorientierten Privatuni, durchgeführt werden und ist in Deutschland anerkannt, dann stimmt irgendwas mit der Kostenstruktur nicht. Was wiederum ein allgemeines Problem ist. Unis haben keine Controllingsysteme. Die tatsächlichen Kosten kennt niemand und es gibt wohl viele Leute, die daran auch absolut nicht interessiert sind.

Richtig irre sind aber die Zulassungsbeschränkungen für Rechtsanwälte. Für andere Rechtsberatung zu leisten ist ohne vorheriges Studium strafbewehrt, sich selbst darf man nur in der ersten Instanz selbst vor Gericht vertreten. Auch hier haben wir eine umfassende Negierung der marktwirtschaftlichen Ordnung, denn besonders inkompetente Rechtsanwälte haben bessere Chancen, es in die zweite Instanz zu schaffen und so ihren Verdienst zu steigern. Die Rechtsanwaltsgebührenverordnung, RVG, ist hierbei ausreichend kompliziert, so dass kein Laie die Chance hat zu verstehen, was eigentlich an Gebühren anfällt.

Die Lösung wäre natürlich das Erfolgshonorar. Es gibt also nur Geld, wenn der Anwalt erfolgreich ist. Das hätte die unbestechlichen Vorteile, dass ein Rechtsanwalt nur dann ein Mandat übernimmt, wenn er sich das fachlich auch zutraut, und dass

völlig hoffnungslose Fälle eben gar nicht erst vor Gericht landen. In beiden Fällen hat ein Rechtsanwalt im Moment einen Anreiz, das Mandat zu übernehmen. Auch der inkompetenteste Rechtsanwalt wird den hoffnungslosesten Fall übernehmen, wenn er knapp bei Kasse ist, was immer öfter der Fall ist, denn die Anzahl an Rechtsanwälten in der BRD hat sich in den letzten 10 Jahren auf nun 160 000 verdoppelt.

Dass es bei Ärzten Anforderungen an die Qualifikation gibt, kann man leicht nachvollziehen. Ärzte treffen in bestimmten Situationen Entscheidungen, bei denen es um Leben und Tod geht alleine und wenn es besonders schlecht läuft, diese auch noch unter Zeitdruck. Fehlentscheidungen führen zu manchmal nicht korrigierbaren Ereignissen.

Rechtsberatung ist dagegen eine triviale Tätigkeit, besteht aus einem Wust an Trivialkenntnissen bei schwacher Systematik. Dieses Trivialwissen kann sich eigentlich jeder, in dem Kontext, in dem er betroffen ist, auch selber aneignen, zumindest so gut, wie das auch ein Rechtsanwalt kann. Einen Zeitdruck gibt es nicht und Fehlentscheidungen sind revidierbar. Im Idealfall sollten sie eigentlich schon von dem zuständigen Richter korrigiert werden.

Hinzukommt, dass es für alle möglichen Rechtsgebiete eben schon Spezialisten gibt. Ein Betriebsrat mit langjähriger Berufserfahrung hat unter Umständen weit mehr Erfahrung im Arbeitsrecht als selbst ein Fachanwalt für Arbeitsrecht.

In anderen Bereichen, etwa im Medizinrecht, wäre ein Fachmann mit spezialisiertem Wissen auf diesem Rechtsgebiet kompetenter, als der Volljurist ohne Fachwissen.

Theoretisch sind des Weiteren Gerichte verpflichtet, Urteile zu veröffentlichen. Tun sie zwar nicht lückenlos, müssten sie aber. Liegen eine Million davon vor und kann man über das Internet darauf zugreifen, kann man sich sehr schnell einen Überblick über die Rechtslage verschaffen. Ob allerdings von Seiten der Justiz ein allzu großes Interesse daran besteht, hier den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, kann man bezweifeln, da sie ja im Moment auch nicht das tut, was sie diesbezüglich eigentlich müsste.

Milton Friedman führt nun einen Grund an, warum Rechtsanwälte bei der Durchsetzung ihrer Interessen nicht so erfolgreich waren wie Mediziner. Eine Feststellung, die wohl nur für die USA zutrifft. In den USA gibt es nämlich immerhin das Erfolgshonorar.

Es soll noch angemerkt werden, dass Rechtsanwälte nie so erfolgreich bei der Beschränkung des Zugangs zur Ausbildung waren wie Mediziner, auch wenn sie sich in diese Richtung bewegen. Fast jede universitäre Einrichtung, die auf der Liste der amerikanischen Rechtsanwaltskammer steht, wird im Tagesbetrieb geführt; Abendschulen werden fast nie approbiert. Andererseits haben aber viele Parlamentarier ihren Abschluss an einer Abendschule gemacht. Würden sie einem Gesetz zustimmen, dass die Ausübung des Berufes davon abhängig macht, ob der Titel an einer approbierten Schule erworben wurde, dann würden ihre Wahl sie selbst disqualifizieren. Ihre Abneigung ihre eigene Kompetenz in Frage zu stellen, war der wesentliche Grund, der die Juristen daran gehindert hat, dem Beispiel der Mediziner zu folgen.

aus: Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago, 2002, Seite 152

Für den Bereich Rechtsberatung wäre diese von Milton Friedman vorgeschlagene Lösung eher kompatibel mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Absolventen eines Jurastudiums erhalten ein Zeugnis, dass einen gewissen Standard bestätigt, aber jeder darf in der Rechtsberatung tätig werden. Es gibt also keine Lizenzen. Ob jemand jetzt Rat in rechtlichen Dingen bei jemandem sucht, dem er aus irgendwelchen Gründen vertraut oder ob er sich auf das staatliche Zeugnis verlässt, ist ihm überlassen. Die Komplexität übersteigt nicht das Maß, das sich bei vielen Problemen des Lebens stellt, etwa die Berufswahl, Hausbau, Versicherungsverträge, etc.. Es gibt keinen vernünftigen Grund, den Rat Suchenden hier zwangszu verpflichten.

Wie bei anderen Marktzugangsbeschränkungen auch, wird natürlich die Zwangsverpflichtung mit dem vermeintlichen Schutz der Rechtssuchenden begründet.

§ 1

Anwendungsbereich

- (1) Dieses Gesetz regelt die Befugnis, außergerichtliche Rechtsdienstleistungen zu erbringen. Es dient dazu, die Rechtssuchenden, den Rechtsverkehr und die Rechtsordnung vor unqualifizierten Rechtsdienstleistungen zu schützen.*
- (2) Regelungen in anderen Gesetzen über die Befugnis, Rechtsdienstleistungen zu erbringen, bleiben unberührt.*

aus: Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen

Die Logik ist natürlich nur schwer nachvollziehbar. Das Gesetz sieht kein Problem in der Tatsache, dass ein erfolgsunabhängiges Honorar, bei dem die zugrunde liegende Leistung rein formal bestimmt ist und zwar theoretisch aber nicht praktisch irgendeine gerichtliche Bewertung zulässt, einen gewaltigen Fehlanreiz bietet. Die Variante, dass jemand unentgeltlich Rechtsberatung leistet, bei dieser Version ist der Fehlanreiz ja von vorne herein ausgeschlossen, ist für den Gesetzgeber weit problematischer.

Ein vermeintliches Schutzbedürfnis der Öffentlichkeit und ein vermeintlich hoher Standard ist in der Regel das vorgeschobene Argument zur Wahrung der Interessen. Friedman greift aber auch das Argument mit der vermeintlichen Qualitätssicherung noch aus einem anderen Grund an. Es ist unökonomisch. Denn reglementiert man den Zugang über vermeintlich qualitätssichernde Zertifikate, dann wird dieser hohe Standard auch für Bereiche verlangt, wo er nicht nötig ist.

In anderen Bereichen werden dann Ausnahmeregelungen geschaffen. Eine steuerliche Beratung bei der Lohnsteuer kann z.B. auch von Lohnsteuerhilfvereinen durchgeführt werden. Würde man auch diesen Bereich nur für Steuerberater öffnen, würde man mit Kanonen auf Spatzen schießen.

Die Probleme, die er benennt, sind:

- Über hohe Eintrittsbarrieren lässt sich die Anzahl der Freiberufler reduzieren und damit die Vergütung erhöhen
- Die Verabsolutierung eines vermeintlichen Qualitätsanspruch führt zu einer Unterversorgung in den Teilbereichen, wo diese Qualität gar nicht gefordert ist
- Eine Kontrolle der Qualität ließe sich auch durch eine freiwillige Zertifizierung lösen.

Soweit so nett. Es ist nicht mehr der Staat, der den freien Markt bedroht, sondern Verbände. Der Staat ist nur insofern involviert, als er die Macht der Verbände nicht bricht, bzw. deren Vorstellungen für Allgemeingültig erklärt. Das ist konkreter als der abstrakte Staat bei Hayek, der irgendwie für seinen bössartigen Griff nach der Herrschaft gar keine konkreten Individuen braucht, die eigene Interessen verfolgen.

Aus deutscher Sicht wären außer der Bundesärztekammer, der Bundesanwaltskam-

mer, diese haben ja eine Entsprechung in den USA und werden von Friedman genannt, auch noch die Handwerkskammer, der Philologenverband, der Apothekerverband, die Steuerberaterkammer etc. zu nennen, also alle Verbände, die entweder selbst verbindliche Regelungen setzen können oder Einfluss nehmen, damit Standards gesetzt werden, die ihren Vorstellungen und Interessen entsprechen. Je nach Bereich wären unterschiedliche Verfahren zur Lösung der oben erwähnten Probleme denkbar.

- Man definiert die Ansprüche an die Qualifikation nur noch für die Bereiche, die tatsächlich die öffentliche Sicherheit gefährden. Für die anderen Bereiche schafft man Zertifizierungsstellen, an denen sich der Nachfrager nach diesen Leistungen orientieren kann, wenn er sich kein eigenes Urteil zutraut. Bei Elektroarbeiten werden also z.B. nur noch für spezifische, sicherheitsrelevante Bereiche Zugangsbeschränkungen gesetzt. Ein öffentliches Interesse an einem gesetzlich reglementierten Zugang besteht aber immer dann nicht, wenn der Schaden auch über eine Versicherung beseitigt werden kann. Der Staat müsste also eine Versicherung fordern und keinen Qualitätsnachweis. Eine Versicherung würde im Übrigen, so der Schaden behoben werden kann, mehr Sicherheit bieten, als eine Zugangsbeschränkung. Ist der Verursacher des Schadens pleite, nützt auch das Zertifikat nichts.

- In manchen Bereichen, z.B. bei Wirtschaftsprüfern, besteht von Seiten des Nachfragers kein Interesse an einer besonders qualifizierten Tätigkeit. Ein Unternehmen würde da den billigsten Anbieter wählen. Will der Staat hier im öffentlichen Interesse einen Standard setzen, also die Korrektheit einer Bilanz nach Handelsrecht garantieren, muss er Qualifikationsstandards setzen, obwohl auch hier die Schäden, die sich aus einer fehlerhaften Bilanz ergeben, über eine Versicherung beseitigt werden könnten; eine Möglichkeit, die ja bereits existiert.

Die Tendenz unter dem Vorwand einer vermeintlichen Gefahr für die Öffentlichkeit immer weitere Zugangsbeschränkungen zu fordern ist im Übrigen brandgefährlich. Wesentlich mehr Schaden als ein unfähiger Rechtsanwalt, der ja auch dazu tendiert Schaden zu verursachen, denn je inkompetenter er ist, durch desto mehr Instanzen kann er klagen, kann eine unfähige Internetagentur produzieren, wenn sie Dinge tut, die sie nicht voll im Griff hat. Ein unsauber implementierter Shop, ein unsauber implementiertes Content Management System birgt, wird es gehackt, eine große Gefahr. Das Bestreben der Politik alle Angriffe auf Computersysteme zu melden, ist schon der erste Schritt zum staatlich anerkannten Administrator für Content Management Systeme. Von da ist es

nur noch ein kleiner Schritt zur Zulassungsbeschränkung und ist diese einmal da, wird es teuer, weil über die Zugangsbeschränkung das Angebot verringert wird.

Warum in manchen Bereichen die Berufstätigkeit von Abschlüssen abhängt, aber in anderen nicht, ist ein Rätsel. Mit dem gleichen Argument, mit dem man die Möglichkeit als Rechtsanwalt tätig zu werden von einer Qualifikation abhängig macht, könnte man auch die Möglichkeit als Programmierer tätig zu werden, von einer Qualifikation abhängig machen.

Hinsichtlich der Zulassungsbeschränkung zur Durchsetzung ökonomischer Ziele, in anderen Bereichen würde man von einem nichttarifären Handelshemmnis sprechen, haben wir also ganz unterschiedliche Phänomene in unterschiedlichen Bereichen. Handwerkskammern, Rechtsanwaltskammern, Apothekerverband, Ärzteverbände, Steuerberaterkammern etc. etc. arbeiten zwar immer nach dem gleichen Muster, aber es wird kaum eine einheitliche Lösung für das Problem geben.

Speziell bei der Handwerkskammer wird sich wohl über den Umweg über Europa etwas ändern, denn de facto stellen sich Inländer jetzt schlechter als „Ausländer“. Während es für „Ausländer“ eine Öffnungsklausel gibt, sie sich also unter bestimmten Bedingungen niederlassen dürfen ohne den „großen Befähigungsnachweis“ (Meisterbrief) zu haben, gibt es für Inländer diese Öffnungsklausel nicht.

2. Begründer des Monetarismus

Milton Friedman gilt als der Begründer des Monetarismus, obwohl es schwer fällt im Monetarismus ein konsistentes neues Theoriegebäude zu sehen. Im Grunde ist der Monetarismus nichts anderes als eine Interpretation keynesianischer monetärer Transfermechanismen unter sehr speziellen Annahmen, insbesondere der Annahme Vollbeschäftigung.

Verbunden wird mit dem Monetarismus oft der Slogan „money matters“. Das suggeriert, dass der Monetarismus dem Geld eine besondere Bedeutung zumisst, was aber gerade nicht der Fall ist. Über die Geldpolitik lässt sich nach dem Monetarismus nur kurzfristig die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen, langfristig hat sie, unter der Annahme spezieller Bedingungen, keine Wirkung. Anders formuliert: Der Monetarismus kommt zu den gleichen Ergebnissen wie die Quantitätsgleichung. Money matters also überhaupt nicht.

Hier und da kann man lesen, dass „money matters“ einen Gegensatz zum Keynesianismus bezeichnen soll. Das können nur Leute behaupten, die den Keynesianismus nicht verstanden haben, denn im Keynesianismus maddert money ganz gewaltig. Expansive Geldpolitik drückt den Zins nach unten, was eine Beschäftigungswirkung haben kann, denn dann sind auch weniger rentable Investitionen, vor allem wenn noch die Amortisationszeit der Nutzungsdauer des Investitionsprojektes entspricht, möglich.

Ineffizienz der Geldpolitik haben wir im Keynesianismus nur bei totaler Unsicherheit. Das ist der berühmte „liquidity trap“. Dieser Fall ist allerdings nur deswegen so berühmt, weil im IS-LM Modell von Hicks so viel Aufsehens davon gemacht wird. Keynes selber erwähnt diesen Fall nur am Rande. Abgesehen davon ist der Zins auch nur eine Variable. Die Geldpolitik bestimmt auch die Tilgungszeiten und sind diese zu kurz, dann können bestimmte Investitionen auch bei einem Zinssatz von Null nicht realisiert werden.

Man kann sich jetzt darüber streiten, ob Milton Friedman Keynes tatsächlich nicht verstanden hat oder ihn schlicht nicht verstehen wollte. Auf jeden Fall ist die folgende Aussage phänomenaler Blödsinn.

Keynes bot gleichzeitig eine Erklärung für die behauptete Unfähigkeit der Geldpolitik die Depression zu bekämpfen, eine nichtmonetäre Interpretation der Depression und eine Alternative zur Geldpolitik der Depression entgegenzutreten und sein Angebot wurde gierig akzeptiert. Wenn die Liquiditätspräferenz absolut ist, oder fast absolut - wovon Keynes in Zeiten starker Unterbeschäftigung ausging - dann können die Zinssätze durch monetäre Maßnahmen nicht weiter gesenkt werden. Wenn Investitionen und der Konsum nicht von den Zinssätzen abhängen - wovon Hansen und viele der anderen amerikanischen Anhänger Keynes glauben - dann werden niedrigere Zinssätze, selbst wenn man sie erreichen kann, keine positiven Effekte haben. Geldpolitik ist als aus zwei Gründen zum Scheitern verurteilt. Der Abschwung, ist er erstmal durch einen Zusammenbruch der Investitionen, durch einen Rückgang der Investitionen oder durch stures Sparen in Gang gesetzt, dann kann er nicht, das ist die Argumentation, durch geldpolitische Maßnahmen gestoppt werden.

aus: Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, Seite 2

Er sagt es zwar nicht direkt, weil er die Aussage Hansen und anderen amerikanischen Anhängern des Keynesianismus in die Schuhe schiebt, suggeriert damit aber, dass Keynes höchst selbst behauptet hat, dass Investitionen und Konsum nicht vom Zinssatz abhängen. Tatsächlich hat Keynes das, siehe nächsten Absatz, gesagt, einige Hundert Stellen lassen sich problemlos in der General Theory of Interest, Employment and Money finden, denn es ist ein zentrales Element der keynessche Theorie.

Die Rechtfertigung für eine gewisse Höhe des Zinssatzes bestand bislang darin, dass man in ihm einen Anreiz zum Sparen sah. Wir haben jedoch gesehen, dass Sparen vom Investitionsvolumen abhängt und das Investitionsvolumen wiederum hängt, vorausgesetzt, dass wir den Zins nicht über das Maß hinaustreiben, das der Vollbeschäftigung entspricht, von einem niedrigen Zinssatz ab. Von daher ist es zu unserem Vorteil die Zinsrate so weit zu drücken, dass sie der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bei Vollbeschäftigung entspricht.

John Maynard Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money, Chapter 24, II Seite 186

Die Idee ist schlicht die. Solange die Vollbeschäftigung nicht erreicht ist, ist der Zins vor allen Dingen mal ein Kostenfaktor und zwar obendrein ein fragwürdiger, denn Geld ist gar kein Produktionsfaktor im klassischen Sinn und der Zins ist kein Preis im Sinne einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Der Zins verhindert also alle Investitionen, die nicht rentabel genug sind, um ihn zu bedienen. Eine Investition muss nur soviel „abwerfen“, dass der Kredit getilgt wird, also das Geld, das bei der Kreditschöpfung geschaffen wurde, anschließend wieder vernichtet wird. Bei Keynes hängen Investitionen ganz entscheidend vom Zinssatz ab. Nur sparen hängt, im Gegensatz zur Klassik, nicht vom Zinssatz ab, sondern von den Investitionen. Nota bene: Die Investition geht dem Sparen VORAUS.

Soll der Absatz von Milton Friedman irgendeinen Sinn ergeben, dann bezieht er sich auf den liquidity trap. Im liquidity trap hat Geld tatsächlich keinen Einfluss, aber Keynes bezweifelt, dass dieser überhaupt realistisch ist. Er hält das für eine theoretische Möglichkeit, bezweifelt aber die Relevanz.

Gleichermaßen rätselhaft ist dann die Aussage, dass Keynes eine nichtmonetäre In-

terpretation der Depression geliefert habe. Der Satz suggeriert, dass es vorher eine monetäre Interpretation der Depression gegeben habe. Das heißt konkret, dass irgendeiner der Klassiker/Neoklassiker die Depression monetär erklärt habe. Das ist blanker Unsinn. Sowohl in der Klassik wie auch in der Neoklassik gibt es eigentlich überhaupt keine Depression und wenn, dann entsteht sie durch ein Lohnniveau, das den monetär bewerteten Grenzertrag der Arbeit übersteigt.

Irgendwie völlig verdreht geht es dann weiter.

Diese Ansichten [also die von Keynes] führte zu einer weltweiten Akzeptanz einer Politik des billigen Geldes. Und diese wurde schwer erschüttert, als diese Politik in einem Land nach dem anderen scheiterte, als die Zentralbank genötigt war zuzugeben, dass sie nicht in der Lage war, die Zinsrate auf einem niedrigen Niveau zu halten. In diesem Land [also in den USA] kam die Wende mit dem Federal Reserve - Treasury Accord im Jahr 1951, auch wenn die Politik Staatsanleihen zu stützen erst 1953 aufgegeben wurde. Es zeigte sich, dass die Inflation, angeheizt durch eine Politik des billigen Geldes und nicht die angekündigte Depression, das eigentliche Problem war. Das Ergebnis war ein Wiedererwachen des Glaubens an die Geldpolitik.

aus: Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, Seite 2

Also ist eine expansive Geldpolitik wirkungslos, was wiederum zu einem Wiedererwachen der Geldpolitik führte ?????. Das ergibt nur Sinn, wenn er unter Geldpolitik restriktive Geldpolitik versteht, aber auch eine restriktive Geldpolitik ist eine Geldpolitik. Zentralbanken können die Zinsen, zumindest die Zinsen, zu denen sich Banken Geld bei der Zentralbank ausleihen, ad calendas graecas auf einem Niveau nahe Null halten. Das machen sie nämlich derzeit, wir schreiben immer noch das Jahr 2016, seit 8 Jahren. Gleichermaßen können sie eine enorm expansive Geldpolitik betreiben, das Geldvolumen innerhalb von 8 Jahren glatt verdoppeln, ohne jede Inflation. Das passiert nämlich ebenfalls seit 8 Jahren. Wiedererwachen der Geldpolitik allerdings ist schwierig. Denn nur etwas, was schon mal erwacht war, kann wiedererwachen. Vor Keynes gab es aber keine Geldpolitik, denn vor Keynes war Klassik und Geld war da lediglich ein Schleier.

Seine im Folgenden dargestellte Argumentation läuft darauf hinaus, dass die Geld-

politik auch durch andere als den Zinseffekt wirksam sein könnte, allerdings nur kurzfristig.

Der ganze Ansatz ist völlig verdreht. Keynes unterstellt er die Behauptung, dass eine expansive Geldpolitik nicht wirksam sei, weil sie höchstens Einfluss nehmen könnte auf den Zins, dieser Zusammenhang aber von Keynes verneint wird.

Die ganze Argumentation startet also damit, dass bei Keynes Geld keine Rolle spielt und damit, bei Keynes, allein Fiskalpolitik, also die Erhöhung der Staatsausgaben und damit der aggregierten Nachfrage einen Effekt hat. Das ist an sich schon unlogisch, denn wenn die Geldpolitik gegen die Fiskalpolitik arbeitet, kommt es zu Zinssteigerungen. Die Erhöhung der staatlichen Nachfrage, bei Keynes Investitionen und nicht Konsum, würde zu einer Verringerung privater Investitionen führen, wenn die Geldpolitik die Fiskalpolitik konterkariert.

Seine Argumentation startet also mit einer unzutreffenden Interpretation der keyneschen Theorie. Er unterstellt, dass bei Keynes die Geldpolitik wirkungslos ist, bzw. nur in eine Richtung wirkt. Geldpolitik kann die Inflation bremsen, aber nicht das Wachstum stimulieren.

Das muss man jetzt verstehen, das ist sein Ausgangspunkt. Er will dann nachweisen, dass Geldpolitik, im (vermeintlichen) Gegensatz zu den Vorstellungen von Keynes, doch einen Einfluss auf die Beschäftigung hat, allerdings nicht über den Zinseffekt, sondern über den Realkasseneffekt und ähnliche Effekte, allerdings nur kurzfristig.

Seine Argumentation ist also folgende: Keynes behauptet, Geldpolitik könnte nur eine Wirkung haben über den Zins, wobei Keynes aber, nach Milton Friedman, diesen Transmissionsmechanismus für schwach hält. Bei Keynes bleibt also nur noch Fiskalpolitik übrig. Er will jetzt beweisen, dass Geldpolitik über andere Wege als den Zins aber doch einen Effekt hat, allerdings nur kurzfristig, wodurch er langfristig bei denselben Schlussfolgerungen landet, wie mit der Quantitätstheorie des Geldes. Geld ist lediglich ein Schleier.

Es ist zutreffend, dass der entscheidende Transmissionsmechanismus bei Keynes der Zinssatz ist. Eine expansive Geldpolitik drückt den Zins nach unten. Unzutreffend ist, dass Keynes diesen Effekt für wirkungslos hielt.

Eine expansive Geldpolitik kann aber noch über andere Effekte wirken, etwa über den Pigou Effekt oder über eine Senkung des Reallohniveaus qua Inflation. Bleiben die Nominallöhne gleich, aber die Preise erhöhen sich, dann sinkt der Reallohn.

Den Pigou Effekt stellt er genau umgekehrt dar. Der Pigou Effekt stellt auf die Tatsache ab, dass Vermögen steigen, wenn die Preise, etwa durch Lohnzurückhaltung, sinken. Hat jemand für 1000 Euro Aktien und die Tafel Schokolade kostet ein Euro, hat er 1000 Tafeln Schokolade. Sinkt der Preis für Schokoladentafeln auf 50 Cent, hat er 2000 davon.

Milton Friedman stellt den Effekt umgekehrt dar, was aber auf das gleiche hinausläuft. Expansive Geldpolitik pumpt die Aktienkurse auf. Pumpt z.B. die EZB mehr Geld in den Markt, steigen die Aktien. Das Aktiendepot ist dann auf einmal 2000 Euro Wert und folglich hat er dann 2000 Schokoladentafeln. Da der Aktienbesitzer also reicher ist, gibt er mehr Geld aus, was einen Effekt auf das Wachstum hat. Selbst wenn also der Zinsmechanismus versagt, hat eine expansive Geldpolitik über diesen Mechanismus eine Wirkung. Den Pigou Effekt stellt er zwar falsch rum dar, aber in diesem Kontext ist das egal.

Aber sie [also der Realkasseneffekt und andere Effekte] zeigten, dass eine anderweitig hervorgerufene Veränderung der Geldmenge auch unter diesen Umständen die Gesamtnachfrage beeinflussen kann. Und weiter, und bedeutender, wird hierdurch die keynessche Theorie bestritten, dass es selbst bei flexiblen Preisen unter Umständen kein Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung gibt. Deswegen muss Arbeitslosigkeit wieder durch Inflexibilität oder Versagen erklärt werden und nicht durch ein natürliches Ereignis eines ordentliche funktionierenden Prozesses.

aus: Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, Seite 3

Keynes geht in der Tat aus verschiedenen Gründen davon aus, dass flexible Preise, also niedrigere Löhne, keinen Einfluss auf die Beschäftigung haben.

Richtig ist auch, dass wenn es einen Pigou Effekt gäbe, die Reallöhne durch die Geldpolitik gesenkt werden könnten und dies dann tatsächlich zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit führen würde, eine Aussage von Keynes abgeschwächt würde.

Allerdings wissen wir nicht, ob es einen Pigou Effekt überhaupt gibt und zweitens wissen wir nicht, ob er einen Einfluss auf die Beschäftigung hat. Weder ist die Theorie empirisch belastbar, noch theoretisch besonders plausibel.

Strittig ist, ob der Pigou Effekt eine solche Wirkung hat, denn mit den sinkenden Preisen steigen die Schulden. Hatte jemand 2000 Euro Schulden hat er 2000 Schokoladentafeln Schulden bei einem Preis von 1 Euro pro Tafel, aber 4000 bei einem Preis von 50 Cent. Anders formuliert. Verdient er pro Stunde 1 Tafel, hat er die Schulden in 2000 Arbeitsstunden zurückgezahlt, bei 50 Cent allerdings sind es 4000 Stunden. Der Pigou Effekt dürfte also geringer sein. Der Trick funktioniert nur bei Vermögenswerten wie Aktien, die niemand zurückzahlen muss. Bei Staatspapieren, die ja bedient werden müssen, funktioniert der Trick nicht.

Theoretisch wäre es aber ein Mechanismus, wie eine expansive Geldpolitik einen Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung haben könnte, auch wenn eine Senkung des Zinssatzes wirkungslos ist.

Milton Friedman behauptet, dass Keynes die Krise der Jahre 1929/30 als Beispiel für das Scheitern expansiver Geldpolitik sah. Leider nennt er hierfür nicht die Quelle, also konkrete Aussagen von Keynes.

Dass aber auch niedrige Zinsen nicht zur Zunahme an Realinvestitionen führen, ist durchaus möglich. Wir haben seit 2008 die Situation, dass egal mit welchen Mengen die Zentralbanken den Markt fluten, dieses Geld sinnfrei an der Börse verblubbert. Das Problem, dass die „Pferde nicht saufen wollen“ ist also höchst real. Allerdings sorgt eine Senkung der Zinsen durch die Zentralbank noch lange nicht dafür, dass die Banken diese günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten weiterreichen. Das tun sie nämlich nicht. Zweitens spielt die Kredittilgungszeit eine genau so entscheidende Rolle wie der Zinssatz.

Das Problem ist, dass wir in den letzten 8 Jahren einen gigantischen Zuwachs in den Aktienkursen hatten, ausgelöst durch ein Fluten des Marktes mit Geld, dies aber keinen Einfluss auf die Beschäftigung hatte. Das Problem ist, und das ist mit der keynesischen Theorie kompatibel, dass Realinvestitionen zu unsicher sind und eine hohe Liquiditätspräferenz besteht.

Der Glaube an die Wirkung der Geldpolitik wurde auch gestärkt durch eine neue Einschätzung der Rolle, die das Geld in den Jahren 1929 bis 1930 spielte. Keynes und andere Ökonomen jener Zeit glaubten dass der Große Abschwung in den USA trotz einer expansiven Politik der für das Geld verantwortlichen Behörden geschah - dass sie ihr Bestes taten, aber das Beste eben nicht gut genug war. Neuere Studien zeigen, dass es genau umgekehrt war. Die Behörden in den USA verfolgten eine Deflationspolitik. Die Geldmenge fiel in den Vereinigten Staaten um ein Drittel im Laufe dieses Abschwungs. Und nicht etwa deshalb, weil es keine willigen Kreditnehmer gab - nicht weil das Pferd nicht trinken wollte. Sie fiel, weil das Federal Reserve System eine starke Reduzierung der monetären Basis erzwang oder ermöglichte, weil sie nicht in der Lage war, ihren Verpflichtungen das Bankensystem mit Liquidität zu versorgen, wie der Federal Reserve Act dies vorschreibt, nachzukommen. Der große Abschwung ist ein tragisches Zeugnis der Macht der Geldpolitik und nicht, wie Keynes und viele seiner Zeitgenossen glaubten, eine Zeichen für deren Bedeutungslosigkeit.

aus: Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, Seite 3

Milton Friedman gibt sich reichlich Mühe, Aussagen von Keynes zu widerlegen, die dieser nie gemacht hat. Keynes soll behauptet haben, dass in den Jahren 1929/30 die für die Geldpolitik Verantwortlichen versucht haben, über eine expansive Geldpolitik die Krise in den Begriff zu bekommen, was aber gescheitert ist, woraus Keynes dann schloss, dass eine expansive Geldpolitik unwirksam ist.

Die Geldpolitik soll im Gegenteil restriktiv gewesen sein und den Banken nicht mal das Geld zur Verfügung gestellt haben, entgegen ihrer Verpflichtung aus dem Federal Reserve Act, dass die Banken benötigen um die Guthaben auf den Girokonten aus-zuzahlen.

Das prinzipielle Problem ist, unabhängig von der Frage, ob Keynes das gesagt hat, dass damit die keynessche Theorie gar nicht widerlegt wird. War die Geldpolitik tatsächlich restriktiv und nicht expansiv, wie Keynes angenommen haben soll, dann hat sich Keynes lediglich dahingehend geirrt, dass er glaubte, dass die FED das macht was er vorschlägt, sie es aber tatsächlich nicht gemacht hat. Keynes plädiert in der Unterbeschäftigung für eine expansive Geldpolitik. Man kann ihn also nicht dadurch widerlegen, dass eine restriktive Geldpolitik betrieben wird.

Das ist aber nicht sein einziges Problem. Das Problem ist, dass er ein paar Seiten später das exakte Gegenteil von dem behauptet, was er anfangs gesagt hat.

Beide [die akademischen Wirtschaftswissenschaft und die Finanzwelt] haben in gewissem Sinne Recht. Erstmal wird die Vermehrung der Geldmenge in einem Maße, welches die bisherige Vermehrung übersteigt, die Zinssätze stärker fallen lassen, als ohne diese Vermehrung. Die schnellere Wachstumsrate des Geldes wird die Ausgaben stimulieren, sowohl wegen des Einflusses der niedrigeren Zinsen auf die Investitionen wie auch durch den Einfluss der anderen Ausgaben durch mehr als erwünschte Preise der größeren Kassenbestände.

aus: Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, Seite 6

Auf einmal haben die Zinsen wieder einen Einfluss auf die Wirtschaft. Niedrige Zinsen beeinflussen das Investitionsniveau und eine expansive Geldpolitik führt zu niedrigen Zinsen. Er fährt dann fort und ab jetzt erklärt er, warum seiner Ansicht nach eine expansive Geldpolitik zwar kurzfristig einen Einfluss auf Beschäftigung und Wachstum hat, langfristig aber nicht. Die unterstellten monetären Transfermechanismen sind keynesianisch, die Nebenbedingungen aber so speziell, dass selbst bei Unterstellung keynesianischer monetärer Transfermechanismen das Ergebnis das gleiche ist, wie bei Gültigkeit der Quantitätsgleichung.

Das Geld jedoch, das der eine ausgibt, ist das Einkommen des anderen. Das gestiegene Einkommen erhöht die Liquiditätspräferenz und die Nachfrage nach Anleihen; unter Umständen kommt es auch zu einer Preiserhöhung, was die reale Geldmenge reduzieren würde. Diese drei Effekte werden den ursprünglichen Druck der Zinsraten nach unten in, sagen wir mal, weniger als einem Jahr, wieder rückgängig machen. Zusammen werden sie dafür sorgen, dass sich nach einer mehr oder weniger langen Zeit, sagen wir mal ein oder zwei Jahre, wieder ein Zinssatz einstellt, wie er sich auch sonst eingestellt hätte. Da aber die Wirtschaft dazu neigt überzureagieren, ist es tatsächlich sehr wahrscheinlich, dass die Zinssätze kurzfristig sogar höher sind, wodurch ein zyklischer Anpassungsprozess in Gang gesetzt wird.

aus: Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, Seite 6

Eine Preiserhöhung lässt den Bedarf an Transaktionskasse, Geld, das für den Umsatz der Waren benötigt wird, steigen. Dieses Geld kann nur zur Verfügung gestellt werden, wenn Wertpapiere verkauft werden. Deren Wert sinkt, wodurch die Rendite auf diese Papiere steigen. (10 Euro Dividende auf ein Wertpapier, das 400 Euro kostet ist wenig. 10 Euro auf ein Wertpapier, das 200 Euro kostet, ist viel.) Realinvestitionen konkurrieren mit Finanzanlagen. Je rentabler also Finanzanlagen, desto höher die Ansprüche an Realinvestitionen. Bis dahin ist es also der von Keynes beschriebene crowding out effect. Das Problem ist, dieser findet nur statt, wenn die Zentralbanken eine restriktive Geldpolitik betreiben. Das Hauptproblem ist aber, dass er davon ausgeht, dass eine expansive Geldpolitik zur Inflation führt. In einer unterbeschäftigten oder unterausgelasteten Wirtschaft wird das nicht passieren.

Und das Problem hat auch sein vierter Effekt.

Ein vierter Effekt, wenn er wirksam wird, geht sogar noch weiter und bedeutet, dass eine Ausdehnung der Geldmenge mit immer stärkeren Zuwachsraten zu einem höheren und nicht zu einem niedrigeren Zinssatz führt, als er sonst geherrscht hätte. Gehen wir mal davon aus, dass die Ausdehnung der Geldmenge zu einem Preisanstieg führt und gehen wir davon aus, dass das Publikum davon ausgeht, dass die Preise steigen. Kreditnehmer werden dann bereit sein höhere Zinsen zu bezahlen und Kreditgeber werden höhere Zinsen verlangen - wie Irving Fisher vor einem Jahrzehnt festgestellt hat. Der Effekt, der sich aus der Preiserwartung ergibt entwickelt sich nur langsam, verschwindet aber auch nur sehr langsam wieder. Fisher geht davon aus, dass es mehrerer Jahrzehnte bedarf, bis der Effekt korrigiert wird und neuere Studien stimmen mit seinen Beobachtungen überein. Die nachträglichen Effekte erklären, warum bei jedem Versuch die Zinsen niedrig zu halten, die für die Geldpolitik Verantwortlichen immer gezwungen waren, ihre Offenmarkt-Geschäfte auszudehnen.

aus: Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, Seite 6

Kommt es zu einem Preisanstieg, das ist die entscheidende Prämisse, sinken die Realzinsen zu Beginn des Prozesses, da ein Teil der Zinsen von der Inflation absorbiert werden. Langfristig allerdings werden die Kreditgeber die Inflation in den Zinssatz einpreisen, der Zins wird also steigen und, das ist die These Friedman, sogar dann noch über dem Zustand vorher verharren, wenn die Inflationsrate wieder sinkt. Unter diesen

Prämissen kann, auch wenn eine expansive Geldpolitik kurzfristig Erfolg hat, sie langfristig keinen Erfolg haben.

Das Problem mit dieser Theorie ist, dass wir seit 30 Jahren, trotz massiver expansiver Geldpolitik, keine Inflation haben und anders als Friedman sich das vorstellt, war die Inflation in den siebziger Jahren von den Kosten getrieben, nicht von der Nachfrage.

In einer unterbeschäftigten Wirtschaft, darunter verstehen wir nicht einfach nur Arbeitslosigkeit, sondern ein konkret vorhandenes nicht ausgeschöpftes Potential, ist Inflation wenig plausibel und deshalb empirisch auch nicht beobachtbar.

Milton Friedman stellt Behauptungen auf, die schlicht mit der Realität nichts zu tun haben.

Es ist empirisch erwiesen, dass niedrige Zinssätze ein Zeichen dafür sind, dass die Geldpolitik straff war, also die Geldmenge nur langsam wuchs. Hohe Zinssätze sind ein Zeichen dafür, dass die Geldpolitik locker war, also die Geldmenge schnell anstieg. Die Erfahrung lehrt eindringlich, dass es sich genau umgekehrt verhält, als der Finanzsektor und die akademische Wirtschaftswissenschaft sich das bislang vorstellten. Paradoxe Weise können die für die Geldpolitik Verantwortlichen für einen niedrigen Zinssatz sorgen, doch um dies zu tun, müsste man umgekehrt vorgehen, nämlich eine deflationäre Politik betreiben. Aus ähnlichen Gründen könnte die Geldpolitik auch eine hohe Zinsrate sichern, indem es eine inflationäre Politik betreibt und zulässt, dass sich die Zinsraten eine Zeit lang in umgekehrter Richtung bewegen.

aus: Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, Seite 7

Das ist schlicht falsch. Es ist empirisch bewiesen, seit nunmehr 8 Jahren, wir schreiben das Jahr 2016, dass niedrige Zinsen einhergehen mit expansiver Geldpolitik.

Auch sein nächstes Argument für die behauptete langfristige Wirkungslosigkeit der expansiven Geldpolitik argumentiert mit der Inflation. Die sogenannte Phillipskurve unterstellt einen Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit. Je höher die Inflation, desto geringer ist die Arbeitslosigkeit. Ein Zusammenhang, der ebenfalls die keynessche Theorie erschüttern könnte.

Übersteigt die Inflationsrate die Lohnsteigerungsrate sinkt der Reallohn. Anders formuliert, eine Preissteigerung, die schneller auf die Waren durchschlägt als auf die Löhne, lässt die Gewinne steigen. Die Produktivität der Arbeit ist höher, was zu Mehreinstellungen führt. Das stimmt allerdings nur solange, wie in Tarifverhandlungen die Inflationsrate nicht berücksichtigt wird. Wird sie berücksichtigt, verdreht sich der Effekt in das Gegenteil. Werden von den Gewerkschaften immer höhere Inflationsraten antizipiert, steigen die Löhne. So die Theorie.

Die zweite Einschränkung über die ich reden möchte richtet sich eher gegen den Kern der gegenwärtigen Meinung. Es wird angenommen, dass ein Anwachsen der Geldmenge die Beschäftigung anregt und eine restriktive Geldpolitik die Beschäftigung bremst. Warum sollen also die für die Geldpolitik Verantwortlichen nicht eine Arbeitslosigkeit von, sagen wir mal 3 Prozent wählen. Sie könnte dann straff sein, wenn die Arbeitslosigkeit unter diesem Wert liegt und locker, wenn die Arbeitslosigkeit über diesem Wert liegt. So könnte man dann die Arbeitslosigkeit auf 3 Prozent festlegen? Der Grund, warum das nicht geht, ist der gleiche, wie beim Zins. Der Unterschied zwischen den kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen.

aus: Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, Seite 7

Der Grund ist in der Tat derselbe, wie beim Zins, nämlich die Inflation und damit ist auch das Problem dasselbe. Es gibt nämlich bei Unterbeschäftigung keine Inflation. Es kann so etwas geben, wie das, was Keynes Flaschenhals nennt. Ein allgemeiner Aufschwung wird in manchen Bereichen der Wirtschaft zu Engpässen und damit zu Preissteigerungen führen. Das ist aber ein normaler Vorgang, anders kann die marktwirtschaftliche Ordnung nicht funktionieren. Die Preissteigerung wird Ressourcen umlenken und damit die Knappheit beseitigen. Das Problem wird nicht dadurch gelöst, dass man den Zins hoch hält und alle Investitionen, die nicht ausreichend rentabel sind um diesen Zins zu bedienen verhindert. Der Prozess würde dann lediglich langsamer ablaufen, wäre aber im Ergebnis gleich.

Im Grunde ist der Monetarismus nichts anderes wie die keynessche Theorie angewendet auf eine Situation der Vollbeschäftigung. In der Vollbeschäftigung sind alle unterstellten Mechanismen gültig. Eine expansive Geldpolitik bei Vollbeschäftigung, bzw. eine expansive Fiskalpolitik führt zur Inflation. Die Preissteigerung wird den Be-

darf an Transaktionskasse erhöhen und die Gewerkschaften sind bei Vollbeschäftigung in einer Position, bei der sie einen Lohn durchsetzen können, der der monetären Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals entspricht. All das, verträgt sich perfekt mit der keynsianischen Theorie, bis auf die Aussage eben, dass der Keynesianismus von der Möglichkeit stabiler Unterbeschäftigung ausgeht, was ja ganz offensichtlich, wir lesen und hören das täglich in allen Massenmedien, der realistische Ansatz ist.

Dass Keynes von Unterbeschäftigung ausgeht, hängt letztlich damit zusammen, dass der Arbeitsmarkt vom Geldmarkt abhängt und der Geldmarkt ein großes Spielcasino ist. Spielt sich dort ein Geldmarktzins ein, der mit Vollbeschäftigung kompatibel ist, dann ist das reiner Zufall.

Herrscht Vollbeschäftigung und der Zins sinkt weiter, werden Investitionen getätigt, für die gar keine Ressourcen zur Verfügung stehen. Es kommt zur Inflation. Milton Friedman geht nun schlicht davon aus, dass der Zinssatz, der Vollbeschäftigung garantiert, schon erreicht ist, bzw. sich irgendwie automatisch einstellt. Das tut er aber nicht und wenn, dann rein zufällig. Der Zinssatz beruht auf Spekulation. Das heißt der Zins, der bei Keynes erst gesucht werden muss, ist bei Milton Friedman einfach vorhanden. Warum auch immer.

In der klassischen Theorie gab es für den Zinssatz immerhin noch eine Theorie, auch wenn diese falsch war. Argumentiert man nun aber keynesianisch, dann müsste man erklären, wie sich der Zinssatz, der mit der Vollbeschäftigung kompatibel ist, überhaupt einstellt. Milton Friedman geht aber davon aus, dass er sich eingestellt hat.

Was nun den Arbeitsmarkt angeht, ist Milton Friedman ganz klassische/neoklassische Theorie.

Zu jedem Zeitpunkt gibt es ein bestimmtes Niveau an Arbeitslosigkeit, das die Eigenschaft hat, bei einer gegebenen Lohnstruktur mit einem Gleichgewicht vereinbar zu sein. Bei diesem Niveau der Arbeitslosigkeit, tendieren die Reallöhne dazu im Durchschnitt mit einer „normalen“ jährlichen Wachstumsrate zu steigen, einer Rate, die so lange aufrechterhalten werden kann, wie die Zusammensetzung des Kapitals, technischer Fortschritt etc. auf ihrem langfristigen Trend bleiben. Ein geringeres Beschäftigungsniveau ist ein Anzeichen dafür, dass die Nachfrage nach Arbeit zu hoch ist, was zu einer Steigerung der Löhne führen

muss. Ein höhere Rate an Unterbeschäftigung ist ein Zeichen dafür, dass es ein Überangebot an Arbeit gibt, was zu einer Verringerung der Lohnhöhe führen muss. Die „natürliche Arbeitslosigkeit“ ist also jene, die sich im walrasianischen Gleichgewichtssystem herausbildet, wenn die strukturell prägenden Merkmale des Arbeits- und des Gütermarktes, wie Marktversagen, stochastische Variabilitäten der Nachfrage und des Angebots, die Kosten der Informationsgewinnung über Arbeitsplätze und Jobsuche, Mobilitätskosten etc., berücksichtigt werden.

aus: Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, Seite 8

Soll heißen: Milton Friedman bestreitet schlicht, dass es Arbeitslosigkeit gibt. Das ist eine steile These, da sie ja ständig von der Empirie widerlegt wird. Das einzige, was es bei ihm gibt, ist eine „natürliche“ Arbeitslosigkeit, also das was, man gemeinhin strukturelle Arbeitslosigkeit nennt, das Anforderungsprofil passt nicht zum Profil der Leute, die einen Job suchen. Dann gibt es noch eine gewisse Arbeitslosigkeit, weil Leute die von einem Job in den anderen Wechseln, für kurze Zeit arbeitslos sind. Der Rest ist dann Marktversagen, z.B. wenn der Staat einen zu hohen Mindestlohn setzt oder ähnliches.

Wenn sich also Vollbeschäftigung von alleine einstellt, bzw. ganz klassisch das Gleichgewicht nur vom Lohn abhängt, dann gibt es für die Geldpolitik nicht viel zu tun. Die Geldmenge muss lediglich proportional zur Wachstumsrate steigen, damit immer ausreichend Transaktionskasse zur Verfügung steht.

Ökonomen und ihre Theorien Fragen und Antworten

Die Fragen sind einzelnen Kapiteln zugeordnet, manche beziehen sich aber auf mehrere Kapitel gleichzeitig. Die Beantwortung dieser Fragen ist also nur möglich, wenn das ganze Buch gelesen wurde.

Fragen zu Präliminarien

1. *Implizit herrscht Konsens darüber, dass der Wähler bei Wahlen eine rationale Entscheidung trifft, das jeweilige politische Programm also nach seiner Einschätzung zu einer Situation führt, die seinen Zielen entspricht, bzw. geeignet ist, diese Ziele zu erreichen. Ob und inwieweit er beurteilen kann, ob bestimmte Maßnahmen hierfür geeignet sind, hängt ab von der Qualität der über die Massenmedien verbreiteten Informationen. Ist zu erwarten, dass gewinnorientierte Unternehmen diese Informationen tatsächlich liefern?*

Antwort 1: Massenmedien sind Wirtschaftsunternehmen und wie jedes Wirtschaftsunternehmen liefern sie, was der Kunde haben will. Tun sie dies nicht, werden sie von den Unternehmen verdrängt, die liefern, was der Kunde haben will und die dies zu einem Preis liefern können, den der Kunde auch bezahlen kann und will. Bedient werden können also, unter den traditionellen strukturellen Produktionsbedingungen der Massenmedien, nur ausreichend große Gruppen. Eine gewisse Marksegmentierung ist festzustellen, auch wenn bei allen Massenmedien eine einheitliche Tendenz beobachtbar ist. Wirtschaftlich interessant ist die Meldung, die viele Leute ein bißchen interessiert, vor allem eben Meldungen, die emotionalisierbar und die billig zu erlangen sind. Die Relevanz einer Meldung für den politischen Entscheidungsprozeß ist wirtschaftlich völlig bedeutungslos.

2. *Nach Marx ist die „herrschende Meinung, die Meinung der Herrschenden“. Stimmt das?*

Antwort 2: Es kommt drauf an, wie man den Satz interpretiert. Interpretiert man ihn im Sinne von Propaganda, also dem Versuch gegen eine existierende Meinung anzukämpfen und die öffentliche Meinung zu ändern, dann ist die Aussage falsch. Wirtschaftsunternehmen werden nie versuchen, die Präferenzstruktur ihrer Kunden zu ändern. Der wirtschaftliche Erfolg hängt davon ab, dass sie die Nachfrage befriedigen. Propaganda kennen wir nur aus autoritär geführten Staaten. Da aber die öffentliche Meinung faktisch ausschließlich auf Informationen beruht, die über Massenmedien verbreitet werden, kann auch über die Betonung bzw. das Verschweigen von Sachverhalten die öffentliche Meinung gesteuert werden. Hierbei wird aber, zumindest in Demokratien, die öffentliche Meinung nicht im Sinne der „Herrschenden“ beeinflusst. Ausschlaggebend ist Rentabilität einer Nachricht. Massenmedien wollen Geld verdienen und nicht die Meinung der „Herrschenden“ vertreten.

3. In den Sozialwissenschaften sind, überwiegend, die Massenmedien verantwortlich für die Krise der Demokratie. Vorgetragen wird, dass diese ihre Rolle als Mittler zwischen Politik und Volk nicht mehr erfüllen, bzw. die Informationen nicht ausreichen, um eine rationale Wahlentscheidung zu treffen. Die soziologische Debatte findet ihre Parallele in der Verhöhnung des „Qualitätsjournalismus“ durch Internet Aktivisten. Trifft es tatsächlich zu, dass die Massenmedien verantwortlich sind für die Krise der Demokratie?

Antwort 3: Wohl nur sehr bedingt. Massenmedien können durch die Produktionsstruktur und die Nachfrage genauso umfassend beschrieben werden, wie jede andere Branche. Sie haben einen bestimmten Kundenkreis mit spezifischen Präferenzen und eine spezifische Produktionsstruktur, die die Bedürfnisse dieser Klientel entweder befriedigen kann oder nicht. Passt beides, kommt ein Angebot zustanden, wenn nicht, dann eben nicht. Die Krux ist also die Nachfrage und für die Qualität der Nachfrage wäre eher das staatliche Bildungssystem zuständig und weniger die Massenmedien, den dieses unterliegt nicht den Mechanismen des Marktes. Dass Internetaktivisten über den „Qualitätsjournalismus“ spotten ist naheliegend. Diese arbeiten unter anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

4. Die Massenmedien, insbesondere Zeitungen, befinden sich in einer tiefen Krise. Die Auflage einzelner Zeitungen hat sich in den letzten 15 Jahren teilweise halbiert. Glauben Sie, dass es Massenmedien in ihrer heutigen Form in 20 Jahren noch geben wird?

Antwort 4: Wohl kaum, und es besteht auch kein Bedarf mehr. Das Geschäftskonzept der Massenmedien besteht in der Verbreitung von billig zu generierenden Nachrichten an eine möglichst große Zielgruppe. Die Aufbereitung kann hierbei in Abhängigkeit von der Zielgruppe und den Produktionsbedingungen durchaus variieren, allerdings kann jede Zielgruppe auch über das Internet bedient werden. Da das Internet keine räumliche und zeitliche Beschränkung kennt, werden nur wenige traditionelle Unternehmen überleben. Hinzu kommt, dass der gesamte Anzeigenmarkt vollständig wegbrechen wird, da das Internet hier nicht nur wesentlich kostengünstiger ist, sondern auch wesentlich effizienter. Hinzukommt, dass das Internet eine andere Produktionsstruktur hat. Es kann relativ kleine Gruppen mit sehr spezifischen Informationen versorgen und die Auflage hat in Anbetracht der Tatsache, dass eine beliebige Menge an Daten gespeichert werden kann, eine zeitliche Dimension.

5. In der öffentlichen Debatte vergleichen sich Volkswirte gerne mit Ärzten oder Ingenieuren. Wie ein Arzt soll der Volkswirt eine Krankheit erkennen und dann das entsprechende Rezept verschreiben, mit dem diese geheilt wird, bzw. er soll, wie der Ingenieur eine Maschine konstruiert, die wirtschaftliche Entwicklung planen. Was ist falsch an dieser Analogie?

Antwort 5: Zum einen ist natürlich die Annahme falsch, dass Volkswirte über ein Wissen verfügen, das hinsichtlich der Belastbarkeit mit dem Wissen von Ärzten oder Ingenieuren vergleichbar ist. Zum anderen aber führt es auch zu völlig falschen Vorstellungen über das Ziel der Volkswirtschaftslehre. Der Arzt, bzw. der Ingenieur, muß sich keiner demokratischen Wahl stellen, um seinen Kunden zu beraten bzw. geeignete Maßnahmen einzuleiten. Politiker allerdings müssen ihre Kunden erstmal davon überzeugen, dass die Maßnahmen überhaupt wirken. Volkswirte sehen ihre Aufgabe in der „Politikberatung“. Für den demokratischen Entscheidungsprozeß kommt es aber auf die Beratung des Wählers an, denn ohne Zustimmung des Wählers, kommt der Politiker gar nicht in die Lag, irgendwas zu entscheiden. Das hat auch Auswirkungen auf den Zuschnitt des Studiums. Ein professioneller Umgang mit der Öffentlichkeit ist nicht Gegenstand des Studiums.

6. Welchen Einfluß hat das Internet auf die öffentliche Meinungsbildung?

Antwort 6: Im Fokus der Volkswirtschaftslehre steht ein Fortschritt der Theorie. Behauptet wird, ohne dass sich das wirklich nachprüfen läßt, dass es einen solchen gibt. Im Zentrum der öffentlichen Debatte stehen aber meist Fakten und Daten. Um die Frage zu beantworten, ob der Staat mit Steuergeldern effizient umgeht, bedarf es weniger einer Theorie, als einer Kenntnis der Fakten. Fakten und Daten haben oft die unangenehme Eigenschaft, reichlich unstrukturiert vorzuliegen. Um sich also ein Urteil zu bilden, braucht es sehr starke Suchalgorithmen, die nur das Internet der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Massenmedien können Daten weder speichern, noch verknüpfen, noch effiziente Suchalgorithmen anbieten. Damit können sie auch keine individuellen Informationsbedürfnisse berücksichtigen.

7. Welcher Autor nennt die Physik und die Astronomie als methodologisches Paradigma auch der Volkswirtschaftslehre und welcher Strömung wird dieser Autor heute zugerechnet?

Antwort 7: Léon Walras (6. Dezember 1834 - 5. Januar 1910). Heutzutage gruppiert man ihn unter die Neoklassiker.

8. Welche Bedingungen müssten erfüllt sein, um die Methoden der Physik und der Astronomie auch auf die Volkswirtschaftslehre anwenden zu können?

Antwort 8: Das Erkenntnisobjekt, also im Falle der Volkswirtschaftslehre menschliches Verhalten im ökonomischen Kontext, müsste strukturgleich zum Erkenntnisobjekt der Physik sein. In der Physik haben wir es aber ganz überwiegend mit im Zeitablauf stabilen Kausalzusammenhängen zu tun, so dass aus bekannten Variablen auf unbekanntes geschlossen werden kann. Derartig stabile Zusammenhänge gibt es aber, außerhalb des Bereiches der trivialen Aussagen, in der Volkswirtschaftslehre nicht, so dass auch die Methoden der Physik für die Volkswirtschaftslehre in den allermeisten Fällen, wenn man von der Finanzmathematik und ähnlichen Dingen absieht, in der Volkswirtschaftslehre nicht sinnvoll angewendet werden können.

9. Die mathematische Modellierung will die Entwicklung nicht nur qualitativ beschreiben, sondern auch quantitativ berechnen. Inwiefern widerspricht das der Grundidee marktwirtschaftlicher Ordnungen?

Antwort 9: Die freie Marktwirtschaft ist ein Ordnungsprinzip. Ähnlich wie sich beim Straßenverkehr der Verkehrsfluss prognostizieren lässt, nicht aber das Ziel, der einzelnen Fahrer, erlaubt die Beschreibung einer Ordnung das Verhalten der Akteure zu prognostizieren, nicht aber, wie erfolgreich sie letztlich sein werden. Dies wäre aber notwendig um tatsächlich quantitative Aussagen zu machen. Wäre das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung quantitativ bestimmbar, wäre es günstiger, die Wirtschaft zu planen und sich nicht auf trial and error zu verlassen.

10. Die Gleichung $I = S$ kann unterschiedlich interpretiert werden. Erklären Sie wie.

Antwort 10: Wir werden später, im Kapitel über Keynes, sehen, dass die Art wie diese Gleichung interpretiert wird entscheidend ist für die Theoriebildung. In der Klassik kann nur investiert werden ($I =$ investieren) wenn VORHER auf Konsum verzichtet wurde, also gespart wurde ($S =$ sparen). In der keynesianischen Theorie wird anschließend gespart. Das ist plausibel. Eine Investition ist nur dann sinnvoll, wenn sie zumindest die Kredittilgung erlaubt. Das generierte Einkommen muss also so hoch sein, dass

zumindest der Kredit getilgt werden kann. Diese Kredite können aber ohne vorheriges Sparen vom Bankensystem generiert werden.

Klassische Nationalökonomie

11. Beschreiben Sie die wesentlichen Unterschiede zwischen der klassischen und der neoklassischen Theorie.

Antwort 11: Auf die Frage wird im Verlaufe des Buches detailliert eingegangen. Im Fokus der klassischen Theorie steht die langfristige Entwicklung und die Faktoren, die sich günstig bzw. ungünstig auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken. Zu nennen wären Arbeitsteilung, Kapitalakkumulation, Wettbewerb. Im Fokus der neoklassischen Theorie steht die Analyse von Gleichgewichten. Um es mal sehr vereinfacht auf den Punkt zu bringen.

Des weiteren haben wir einen radikalen Wandel im methodologischen Paradigma. Da in der Neoklassik Gleichgewichte im Vordergrund stehen, finden sich eher Möglichkeiten, mathematische Methoden anzuwenden. Quantitative Aussagen sind eher möglich, wenn die unterstellten Kausalbeziehungen stabil sind, was sie im Gleichgewicht ja sind. Das Gleichgewicht ist ja durch seine Stabilität definiert.

Weiter geht die klassische Nationaltheorie davon aus, dass der Lohn sich immer auf der Höhe des Existenzminimums einspielt, wohingegen die Neoklassik davon ausgeht, dass Arbeit auf einem Lohnniveau knapp wird, das über dem Existenzminimum liegt.

12. Für ein Verständnis des Keynesianismus sind weniger die Unterschiede entscheidend, als die Ähnlichkeiten. Welche Ähnlichkeiten bestehen zwischen der klassischen und der neoklassischen Theorie?

Antwort 12: Grundsätzlich. Sowohl die klassische wie auch die neoklassische Theorie sind mikroökonomische Ansätze, gehen also davon aus, dass der Wohlstand der Gesellschaft steigt, wenn der einzelne seinen individuellen Wohlstand maximiert. Der Bäcker backt keine Brötchen, weil er andere glücklich machen will, sondern weil er damit Geld verdient. Es nutzt ihm und der Gesellschaft. Der einzelne Sparer wird reicher, wenn er viel spart und das ist auch gut für die Gesamtgesellschaft, weil dann

ausreichend „Kapital“ für Investitionen zur Verfügung steht. Keynes verfolgt einen makroökonomischen Ansatz. Das wohlfahrtsoptimierende Verhalten des einzelnen muss keineswegs die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt optimieren. Sparen z.B. alle, dann gibt es keine Nachfrage, ohne Nachfrage keine Jobs und ohne Jobs kann niemand mehr sparen.

Gemeinsam ist der klassischen und neoklassischen Theorie folgendes: Investitionen sind nur möglich, wenn vorher gespart wurde. Der Zins ist der Preis für Kapital. Je höher dieser ist, desto mehr Kapital wird akkumuliert und je weniger wird investiert. Umgekehrt umgekehrt. Dass dies zutrifft bestreitet der Keynesianismus grundsätzlich.

Adam Smith

13. Was versteht Adam Smith unter Arbeitsteilung?

Antwort 13: Adam Smith versteht darunter, dass mehrere Arbeiter an einem Produkt arbeiten und sich jeder einzelne auf einen der zur Produktion notwendigen Arbeitsschritte spezialisiert. Die Gründe warum das besser ist, gibt er nicht an, aber man kann sich das leicht vorstellen. Es müssen nicht ständig die Werkzeuge gewechselt werden, man muss weniger hin- und herlaufen und man wird insgesamt auch geschickter.

14. Worin besteht der Unterschied zwischen Arbeitsteilung und Spezialisierung

Antwort 14: Bei der Spezialisierung produziert jemand ein komplettes Produkt. Er hat dann alle für die Erstellung dieses einen Produktes optimalen Werkzeuge und das entsprechende know how. Bei Bäckern, Metzgern, Schlossern, Architekten, etc. liegt keine Arbeitsteilung vor, sondern Spezialisierung.

15. Unter welchen Bedingungen ist Arbeitsteilung bzw. Spezialisierung möglich?

Antwort 15: Bei der Spezialisierung produziert der einzelne nicht mehr alle Güter, die er braucht oder will. Die erste Bedingung ist also, dass er seine Güter gegen die tauschen kann, die er nicht selber produziert. Es muss also jemand da sein, der liefert, was er haben will. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies der Fall ist, steigt mit der Größe des Absatzmarktes. Je größer die Spezialisierung, desto größer die Konzentration auf wenige Produktionsstandorte. Güter können dann nur noch getauscht werden, wenn

die entsprechenden Transportmöglichkeiten gegeben sind.

16. Nehmen Sie Stellung zu dieser These: Der homo oeconomicus als rücksichtsloser Gewinnmaximierer kann kein Leitbild einer Wirtschaftsverfassung sein.

Antwort 16: Diese und ähnliche Aussagen finden wir oft in allen Medien und in der öffentlichen Debatte. Zutreffend ist, dass rücksichtslose Gewinnmaximierer tatsächlich keine angenehmen Zeitgenossen sind, allerdings ist das völlig egal. Der homo oeconomicus ist ein sinnvolles Konstrukt nur bei ausreichendem Wettbewerb. Im Wettbewerb ist es völlig egal, ob der Bäcker Brötchen backt um seine Mitbürger glücklich zu machen oder ob er sie backt, weil er Geld verdienen will. Die Allgemeinheit fährt mit einem Bäcker der lediglich Geld verdienen will, aber bessere und billigere Brötchen backt als der idealistische Bäcker nebenan, besser. Im Wettbewerb spielen die Motive schlicht keine Rolle. Die umfangreiche Debatte über den homo oeconomicus ist also vollkommen sinnfrei, wenn man vom Wettbewerb abstrahiert. Feststellen kann man lediglich, dass das Verhalten des homo oeconomicus menschliches Verhalten prognostizierbar macht. Würden die Kunden teure Brötchen von schlechter Qualität kaufen, wenn ihnen dieser Bäcker sympathischer ist als jener, dann würde die mathematischen Modelle nicht mehr funktionieren, weil diese nur ein mögliches Verhalten unterstellen.

17. Was versteht Adam Smith unter dem natürlichen Preis?

Antwort 17: Der natürliche Preis ist der Preis, der alle natürlichen Preise der Produktionsfaktoren deckt. Die Frage ist also, was der natürliche Preis der Produktionsfaktoren ist, was also der natürliche Zins, der natürliche Lohn und die natürliche Rente auf Land ist. Der natürliche Lohn ist erreicht, wenn die Arbeitskraft in jeder Verwendung den gleichen Ertrag liefert, es also egal ist, ob jemand als Schreiner, Schuster, Leineweber oder Kaufmann arbeitet. In dieser Situation gibt es keinen Anreiz mehr, die Stelle zu wechseln und wir haben ein Gleichgewicht. Die Logik ist nun die gleiche für Kapital und Land, mit dem kleinen Schönheitsfehler, dass Kapital eben gar kein Produktionsfaktor ist, denn es ist eigentlich Geld. Aber das vernachlässigen wir jetzt. Wendet man die Idee des natürlichen Preises auf jeden x-beliebigen Produktionsfaktor an, dann beschreibt der natürliche Preis ein Marktgleichgewicht. Zum natürlichen Preis kann ein Produkt immer und immer wieder produziert werden. Falsch allerdings wäre es zu sagen, dass der natürliche Preis der kostendeckende Preis ist, denn dann

ginge die zentrale Idee verloren. Ein Preis kann auch kostendeckend sein, ohne dass sich die Produktionsfaktoren im Gleichgewicht befinden.

18. Was versteht Adam Smith unter dem Marktpreis?

Antwort 18: Der Marktpreis ist jeder Preis, der vom natürlichen Preis abweicht. Während der natürliche Preis ein Gleichgewichtspreis ist, also ein Preis, bei dem kein Marktakteur eine Veranlassung hat, etwas zu verändern, weil die Situation nicht verbessert werden kann, führt eine Abweichung des Marktpreises vom natürlichen Preis zu Veränderungen. Steigt z.B. die Nachfrage nach Kleidung, wird Kleidung teurer. Damit können und müssen auch höhere Löhne in der Bekleidungsindustrie gezahlt werden. Das wird dazu führen, dass manche Leute sich umschulen lassen. Schlussendlich wird sich wieder ein natürlicher Preis einstellen, der dem Marktpreis entspricht.

19. Zur Beantwortung muss das Kapitel über Alfred Marshall bekannt sein. Wieso gibt es keine Produzentenrente, wenn ein natürlicher Preis vorliegt?

Antwort 19: Eine Produzentenrente gibt es, weil es nur EINEN Marktpreis gibt, die Unternehmen, die die Produkte und Dienstleistungen herstellen, aber eine unterschiedliche Kostenstruktur haben. Die effizienter wirtschaftenden Unternehmen erhalten eine Produzentenrente. Einfacher formuliert, sie verdienen mehr. Der natürliche Preis unterstellt aber, dass es eben keine Unterschiede in der Produktionsstruktur gibt, denn dies würde ja solange zu einer neuen Allokation der Ressourcen führen, bis die Unterschiede ausgeglichen sind.

20. Welche Rolle spielt bei Adam Smith der Staat?

Antwort 20: Vereinfacht gesagt, gar keine. Bei Adam Smith ist die einzige Aufgabe des Staates die Landesverteidigung. Die Rolle, für einen sozialen Ausgleich zu sorgen, kann er nicht haben, da eine Umverteilung, da sind sich alle klassischen Autoren einig, auch wenn die These von David Ricardo am schärfsten vertreten wird, macht keinen Sinn. Eine Umverteilung des Einkommens würde lediglich zu einer Bevölkerungszunahme führen, was wiederum jeden Versuch um sozialen Ausgleich zum Scheitern verurteilt. Weiter sorgt der Wettbewerb bei Adam Smith für eine optimale Allokation der Ressourcen. Staatliche Eingriffe hätten lediglich den Effekt, dass die Ressourcen suboptimal eingesetzt werden und damit das Volkseinkommen geschmälert wird. Den

Staat hält er grundsätzlich für wenig effizient, da den Staatsdienern jeder Anreiz fehlt, wirtschaftlich zu handeln.

21. Inwiefern ist die Vorstellung über Kapital bei Adam Smith widersprüchlich?

Antwort 21: Das ist die Frage mit der größten Tragweite. Sie wird erst im Verlaufe des Buches beantwortet. Adam Smith unterscheidet nicht zwischen Kapital und Geld. Er benutzt die Wörter als Synonyme, oft sogar innerhalb desselben Absatzes. Kapital ist für Adam Smith die Bedingung für Investition. Das heißt es kann nur investiert werden, wenn vorher jemand gespart hat, was aus mikroökonomischer Sicht richtig ist. Der einzelne kann nur investieren, wenn er vorher selbst gespart hat oder jemand anderes, der ihm das Kapital zur Verfügung stellt. Aus makroökonomischer Sicht ist das aber falsch, denn von dieser Perspektive aus ist Kapital schlicht Geld und Geld wird schlicht gedruckt. Der Widerspruch ergibt sich daraus, dass Adam Smith zwar einerseits der Meinung ist, dass Kapital nur entstehen kann, wenn nicht das gesamte Einkommen konsumiert wird, andererseits aber auch sieht, dass die wirtschaftliche Aktivität auch über Wechsel gefördert werden kann und Wechsel sind eine Art der Gelderzeugung aus dem Nichts. Der Wechsel ist nicht gedeckt durch eine Produktion aus der Vergangenheit, sondern durch eine Produktion in der Zukunft.

22. Ist Kapital ein Produktionsfaktor, wie die klassischen Autoren meinen?

Antwort 22: Auch diese Frage werden wir erst im Verlaufe des Buches ausführlich diskutieren. Prinzipiell kann nur etwas zu einem Produktionsfaktor, also einem Wirtschaftsgut werden, wenn es knapp ist. Sonnenlicht, Luft, Niederschlag, die Funktionsfähigkeit von Organismen etc. sind weit bedeutender als Arbeit, Kapital und Boden. Ohne die Sonne wären wir tot. Diese „Produktionsfaktoren“ sind aber nicht knapp und von daher kommt auch niemand auf die Idee, sie als Produktionsfaktoren zu bezeichnen. Aus der mikroökonomischen Sicht ist aber Kapital, also die für Investitionszwecke zur Verfügung stehenden Mittel knapp und aus dieser Perspektive hat es auch einen Preis wie jedes andere Wirtschaftsgut auch. Wenn aber Investitionen mit Geld finanziert werden, etwas was makroökonomisch in jeder Menge produziert werden kann, dann ist es eben nicht knapp und der Preis für Geld, der Zins, ist dann eben auch kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. Er hat zwar durchaus eine Funktion, aber eben nicht die eines Preises im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung.

23. Welche zwei im Grunde entgegengesetzte Vorstellungen über die ideale wirtschaftliche Ordnung berufen sich auf Adam Smith?

Antwort 23: Die Vorstellung, dass allein die Arbeit einen Mehrwert schaffe, wurde von David Ricardo radikalisiert formuliert und von dort hat sie Marx übernommen. Im Grunde finden wir diese Vorstellung aber schon bei Adam Smith. Die Grundidee allerdings ist simpel, die Arbeitswerttheorie unnötig. Der Kapitalist hat aufgrund des Überangebots an Anbietern von Arbeitskraft die Möglichkeit, lediglich den existenzsichernden Lohn zu bezahlen, der unterhalb dessen liegt, was die Arbeiter tatsächlich erwirtschaften. In der Neoklassik ist Arbeit knapp, der Kapitalist bekommt also nur Arbeitskraft, wenn er mehr bezahlt als die Konkurrenz. Der marxsche Kapitalist hätte keinen oder zumindest nur einen geringeren Mehrwert, wenn die Unternehmer um die Arbeitskräfte konkurrieren müßten. Da aber Adam Smith ebenfalls die These vertritt, dass sich der Wert einer Ware nach der in dieser enthaltenen Arbeit bestimmt, kann sich auch der Marxismus auf Adam Smith berufen. Allerdings beschreibt Adam Smith auch das entscheidende Element marktwirtschaftlicher Ordnungen, nämlich die Wirkung der Preise auf die Allokation der Produktionsfaktoren. Allerdings sind diese zwei Vorstellungen inkompatibel zueinander. Wird von vorneherein davon ausgegangen, dass der entscheidende Produktionsfaktor, nämlich Arbeit, immer gleich, also mit dem Existenzminimum bezahlt wird, dann hat der Preis keine Signalwirkung mehr. Ein einheitlicher Preis kann keine Signalwirkung haben.

24. Sie finden in der Literatur oft die Definition, dass sich die Makroökonomie mit aggregierten Größen befasst, die Mikroökonomie mit den individuellen Akteuren. Nehmen Sie Stellung zu dieser These.

Antwort 24: Die Definition ist richtig, aber irrelevant. Ob aggregierte Größen untersucht werden oder einzelwirtschaftliche Größen wäre ziemlich egal, wenn man zu den gleichen Schlußfolgerungen gelangen würde. Die Notwendigkeit der Makroökonomie ergibt sich aber aus der Tatsache, dass die mikroökonomische Betrachtung eben zu ganz anderen Schlußfolgerungen führt. Ein Verhalten, das einzelwirtschaftlich sinnvoll ist, kann gesamtwirtschaftlich ziemlich sinnlos sein, bzw. der einzelwirtschaftlich erhoffte Effekt tritt dann nicht auf, wenn alle denselben Anreizsystemen folgen. Ein einzelnes Land z.B. kann über einen Leistungsbilanzüberschuss Arbeitslosigkeit exportieren. Alle Länder zusammen allerdings können das nicht.

25. Worin liegt der Unterschied hinsichtlich sparen zwischen Jean Baptiste Say und Adam Smith

Antwort 25: Für beide ist sparen die Bedingung für Investitionen. Der Unterschied besteht darin, dass für Jean Baptiste Say sparen schlicht bedeutet, dass der Konsum geringer ist als die Einnahmen, woher diese auch immer stammen. Bei Adam Smith schafft nur Arbeit einen Mehrwert. Ein Mehrwert entsteht nur, wenn die Arbeiter weniger erhalten, als das Produkt ihrer Arbeit wert ist. Das ist aus der Sicht der Verteilung schlecht. Nach der Logik von Adam Smith ist der Mehrwert um so höher, je geringer die Entlohnung. Bei Jean Baptiste Say kann auch eine Unternehmerleistung die Sparquote erhöhen. Das Wachstum der Wirtschaft hängt dann nicht mehr davon ab, dass die Arbeiter nur einen Lohn erhalten, der geringer ist als der durch sie erwirtschaftete Warenwert.

David Ricardo

26. Was sind die drei Annahmen des Theoriegebäudes von David Ricardo?

Antwort 26: 1) Land ist knapp. 2) Übersteigt der Lohn das Existenzminimum, wächst die Bevölkerung. 3) Das Überangebot an Arbeit, Leute die Arbeit suchen, ist immer so groß, dass sich die Arbeiter auf einen Lohn auf der Höhe des Existenzminimums runterkonkurrieren.

27. Stellen Sie basierend auf diesen drei Annahmen das Theoriegebäude von David Ricardo dar.

Antwort 27: In der Realität zwar aus verschiedenen Gründen selten beobachtbar, aber tendenziell richtig ist, dass sich am Markt nur EIN Preis bildet. Tendenziell werden die Leute beim billigsten Anbieter kaufen, so dass dieser entweder die Preise anhebt oder die Konkurrenz die Preise senkt. Dieser Preis muss ausreichen, um die bei der Produktion anfallenden Kosten für DIESE Nachfrage zu befriedigen. Steigt nun die Nachfrage, so kann diese nur befriedigt werden, wenn auch weniger effizient produzierende Unternehmen in den Markt eintreten können. Der Preis muss also entsprechend steigen. Da der „Kapitalist“ bei David Ricardo den Mehrwert dazu benutzt, immer mehr Leute einzustellen, steigt der Bedarf der Lebensmittel und damit die Preise, da immer unfruchtbareres oder weiter entfernt liegendes Land bewirtschaftet werden

muss. Das wiederum führt dazu, dass der „Kapitalist“ immer höhere Löhne bezahlen muss um das Existenzminimum seiner Arbeiter zu Verfügung zu stellen. Seine Profitrate wird also immer kleiner. Irgendwann sind die Löhne so hoch, dass er gar keine Gewinne mehr macht, womit das Spiel dann endet. Die Rente auf Land nimmt zu, weil der Grenzanbieter den Marktpreis festlegt und die Profite nehmen ab.

28. Inwiefern ist David Ricardo ein illustratives Beispiel für ein generelles Problem der Volkswirtschaftslehre?

Antwort 28: David Ricardo zieht aus ganz wenigen Prämissen sehr weitreichende Schlüsse und das Problem ist, dass seine Grundannahmen offensichtlich von der Empirie in keinsten Weise gedeckt sind. In Industriestaaten ist Land nicht knapp, der Lohn übersteigt bei weitem das Existenzminimum und die Bevölkerung schrumpft. Für ihn konnten die in Frage 26 genannten Kausalzusammenhänge noch stabil sein. Im 18. Jahrhundert galt das mehr oder weniger. Was aber für einen bestimmten Zeitraum stabil ist, muss noch lange nicht langfristig stabil sein und in den Sozialwissenschaften gibt es abseits von Trivialitäten nur sehr wenig stabile Zusammenhänge.

29. Vergleichen Sie die Produzentenrente von Alfred Marshall mit der Bodenrente von David Ricardo.

Antwort 29: Mehr Informationen hierzu finden sich im Kapitel über Alfred Marshall. Die Logik ist bei der Produzentenrente von Alfred Marshall und bei der Bodenrente von David Ricardo erstmal dieselbe. Manche Anbieter, die effizienteren oder eben die, die kostengünstiger produzieren können, hätten das Produkt schon zu einem geringeren Preis angeboten. Da es aber nur EINEN Marktpreis gibt, verkaufen sie es zu dem höheren Marktpreis. Die Differenz zwischen dem Preis zu dem sie es angeboten hätten und dem Preis, zu dem sie es tatsächlich verkaufen können, ist dann die Rente. (Man findet hin und wieder die Bemerkung, dass die Rente das gleiche ist wie der Deckungsbeitrag. Genau genommen ist das nicht richtig. Der Deckungsbeitrag ist Preis - variable Durchschnittskosten. Die Produzentenrente ist Preis - Grenzkosten. Ein Anbieter bietet an, solange die Grenzkosten niedriger sind als der Preis, den jenseits dieses Punktes nehmen die Gewinne ab. Der Deckungsbeitrag ergibt sich aber aus Preis - variable Durchschnittskosten.)

30. Warum gibt es bei David Ricardo nur eine Bodenrente?

Antwort 30: Eine Rente kann es nur geben, wenn die Unternehmen unterschiedlich effizient sind oder eine unterschiedliche Kostenstruktur haben. Bei David Ricardo sind aber alle anderen Produktionsfaktoren, insbesondere Kapital und Arbeit, vollkommen homogen, können also ohne jede Verzögerung in jede Anwendung fließen, wodurch ausgeschlossen ist, dass sie die Produktionsstrukturen der Unternehmen unterscheiden. Wenn aber die Produktionsstrukturen überall gleich sind, gibt es auch keine Renten. Anders sieht er das beim Land. Hier geht er davon aus, dass die Unterschiede in der Fruchtbarkeit oder der geographischen Lage sich nicht ändern lassen, von daher gibt es beim Land eine Rente. Das wiederum ist falsch. Denn ob Land weit entfernt oder nah ist, ist eine Frage der zur Verfügung stehenden Transportmittel und die Fruchtbarkeit hängt ab von der eingesetzten Technologie. Die Produzentenrente existiert aber auch nur, wie Alfred Marshall richtig anmerkt, in der kurzen und mittleren Frist. Langfristig werden sich die Produktionsstrukturen angleichen und die Produzentenrente verschwinden.

31. Unter welchem Gesichtspunkt betrachtet David Ricardo Steuern?

Antwort 31: Steuern kann man unter sehr viele Gesichtspunkten betrachten: Allokationswirkung, Verteilungswirkung, Gerechtigkeit, Förderung eines bestimmten Verhaltens / Eindämmung eines nicht erwünschten Verhaltens, Wachstumswirkungen etc. etc.. David Ricardo betrachtet Steuern lediglich unter dem Blickwinkel ihrer Wirkung auf die Kapitalakkumulation. Von daher lehnt er eine vom Ertrag unabhängige Besteuerung des Bodens ab, da dies auch den Grenzanbieter zwingen würde, die Steuer auf den Preis weiterzuwälzen und damit den Getreidepreis erhöhen würde. Günstiger ist eine Besteuerung der Rente. Da der Grenzanbieter gar keine Rente hat, bezahlt er hierauf auch keine Steuern, mit dem Ergebnis, dass der Marktpreis unverändert bleibt und die Rentenbezieher die Steuer auf die Rente selbst bezahlen.

32. Sie finden oft die These, dass im Goldstandard Geld durch Gold gedeckt ist. Nehmen Sie Stellung zu dieser These.

Antwort 32: Wird mit der Vorstellung der „Golddeckung“ die Idee verbunden, dass eines schönen Tages ALLE Leute zur Bank laufen und ihr Papiergeld und Münzen in Gold umtauschen könnten, dann ist diese Vorstellung falsch. Soviel Gold ist nicht

vorhanden und das System würde kollabieren, bzw. der Staat würde, wie des öfteren geschehen, die Verpflichtung Geld gegen Gold zu tauschen aufheben. Ziel des Goldstandards ist die Stabilität der Währung und hierzu ist es keineswegs notwendig, dass ALLES Geld durch Gold gedeckt ist. Inflationieren kann erstmal nur Papiergeld und Münzen, denn nur diese sind beliebig vermehrbar. Damit Gold inflationiert, müssten plötzlich große Mengen davon zur Verfügung stehen. Denkbar, etwa wenn wie im 16 und 17 Jahrhundert Goldzuflüsse von entfernten Kontinenten erfolgen, aber unüblich. Somit existieren beim Goldstandard zwei Währungen. Eine die inflationieren kann und eine andere, die das eben nicht kann. Befürchten also die Leute, dass Geld inflationiert, es also morgen weniger wert ist als heute, dann werden sie es umtauschen in Gold, das morgen noch soviel Wert ist wie heute. In dem Moment aber, in dem die Banken Gold gegen Geld tauschen, verringern sie die Geldmenge und Geld inflationiert dann eben nicht mehr, wodurch dann für die anderen auch keine Notwendigkeit besteht, Geld gegen Gold zu tauschen.

33. Wieso war im 17. / 18. Jahrhundert der Goldstandard die einzige Möglichkeit, die Währung stabil zu halten?

Antwort 33: Im 17. / 18. Jahrhundert war sowohl die Höhe des Nationaleinkommen wie auch die Höhe der umlaufenden Geldmenge schlicht unbekannt. Selbst wenn man also gewusst hätte, welche Geldmenge zur Umsetzung eines bestimmten Volkseinkommens nötig ist, hätte man die Geldmenge nicht steuern können. Es bedurfte also eines automatischen Mechanismus, der die Geldmenge steuert, ohne dass diese Daten bekannt sein müssen. Der Goldstandard ist ein solcher Mechanismus. Damit er funktioniert, bedarf es lediglich einer Vorstellung über die Inflationsraten und diese sind allen bekannt. Wie der Mechanismus funktioniert siehe 32.

34. Was besagt die Theorie der komparativen Kosten?

Antwort 34: Die Theorie der komparativen Kosten besagt, dass sich der Handel zwischen zwei Ländern selbst dann lohnt, wenn die Produktionsstruktur des einen Landes bei allen Gütern schlechter ist, als die des anderen. Eigentlich hat die Theorie der komparativen Kosten mit dem internationalen Handel gar nichts zu tun, denn die Theorie ist erstmal prinzipiell immer richtig. Produzieren A und B, wer immer das sei, die gleichen Güter und B ist in beidem schlechter, dann produzieren sie gemeinsam trotzdem mehr, wenn B sich auf das Gut beschränkt, bei dem er weniger ineffizient ist.

35. Erläutern Sie die Logik der komparativen Kosten anhand eines selbst gewählten Beispiels.

Antwort 35: Die einfachste Möglichkeit sich das klarzumachen ist, wenn man mit der Zeitersparnis rechnet. Nehmen wir an das sowohl A wie auch B zehn Brote brauchen und 50 kg Fisch.

Um 10 Brote zu backen benötigt A 6 Stunden, um 50 kg Fisch zu fangen 18 Stunden.
Um 10 Brote zu backen benötigt B 8 Stunden, um 50 kg Fisch zu fangen 32 Stunden.

Die Opportunitätskosten sind also bei A dreimal so hoch, bei B aber viermal. Folglich ist es besser, wenn A sich auf Fische fangen spezialisiert, also 100 kg Fisch fängt und B auf Brot backen, also 20 Brote backt.

Ohne		Arbeitsteilung:
A: 6 + 18 =	2	4
B: 8 + 32 =	4	0
Gesamt	64	

Mit		Arbeitsteilung
A (auf Fischfang spezialisiert):	3	6
B. (auf Brot backen spezialisiert)	1	6
Gesamt:	52	

Ersparnis ist 12 Stunden.

36. Beurteilen Sie die praktische Relevanz der Theorie der komparativen Kosten

Antwort 36: Der Handel zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern betrifft vor allem Güter, die es in dem einen Land schlicht gar nicht gibt. Entwicklungsländer exportieren Güter, die es in den Industrieländern schlicht gar nicht gibt wie Bananen, Kaffee, Soja, Reis, Schokolade, Rohstoffe, seltene Erden, Mineralien, Angebote im Tourismus etc.. Die Industrieländer exportieren in diese Länder Waren, die diese gar nicht herstellen, Autos, Maschinen, hochwertige Dienstleistungen etc.. Der Handel zwischen den Industrieländern dürfte mehr auf Präferenzen beruhen. Sie produzieren die gleichen Waren mit der gleichen Kostenstruktur, Renault / Vw, aber die Präferen-

zen der Kundengruppen in den jeweiligen Ländern sind unterschiedlich. Werden Güter gehandelt, die ein Land herstellen könnte aber nicht herstellt, etwa Textilien, dann sind die absoluten Kostenvorteile entscheidend. Die Theorie der komparativen Kosten hat faktisch keine Bedeutung für die Erklärung des internationalen Handels und spielt deshalb in der öffentlichen Debatte auch keine Rolle.

37. Ein zentrales Moment marktwirtschaftlicher Ordnungen ist die dezentrale Informationsverarbeitung anhand von Preisen. Inwiefern ist dieses zentrale Moment bei David Ricardo eliminiert?

Antwort 37: Der Wert eines Gutes bestimmt sich bei David Ricardo nach der in diesem Gut verkörperten Arbeit. Es wird zwar konzediert, wie auch bei Karl Marx, dass sich die Wert der unterschiedlichen Arbeiten im Zeitverlauf ändern kann, aber insgesamt wird sie als homogenes Gut aufgefaßt und insbesondere ist die Bezahlung der Ware Arbeit immer gleich, nämlich das Existenzminimum. Produktivere Arbeit erhöht in dieser Logik höchstens den Mehrwert den der Kapitalist erhält, den dieser bezahlt ja unabhängig von der Produktivität immer das gleiche. Wird der Wert aber rein angebotsseitig bestimmt, nämlich durch die in den Waren verkörperte Arbeit, dann spielt die Nachfrage keine Rolle. Der Markt sendet keine Knappheitssignale mehr aus und es fehlt jeder Steuerungsmechanismus.

Jean Baptiste Say

38. Wie wird das Saysche Gesetz üblicherweise formuliert?

Antwort 38: Die Kurzformel lautet jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage. Die Idee ist, dass jeder nur soviel arbeitet, bis er einen Warenkorb erwirtschaftet hat, der wertmäßig dem Warenkorb entspricht, den er zu kaufen wünscht. Da jeder also nur das produziert was er anschließend auch wieder konsumiert, bzw. ansparen und investieren will, kann es einen Nachfrageausfall gar nicht geben.

39. Garantiert das Saysche Gesetz tatsächlich Vollbeschäftigung?

Antwort 39: Zumindest Jean Baptiste Say geht davon NICHT aus, denn der Abschnitt kommentiert die Klage der Händler über eine mangelnde Nachfrage. Würde das Saysche Gesetz stimmen, bzw. wäre die Interpretation dieses Gesetzes, die wir allerorten

finden zutreffend, würde sich ja Say selber widersprechen. Tatsächlich kann auf jedem Beschäftigungsniveau die Aussage, dass sich jedes Angebot seine Nachfrage schafft zutreffen, allerdings garantiert das keine Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosen produzieren nichts und generieren folglich auch keine Nachfrage. Da der limitierende Faktor in der klassischen Theorie das Kapital ist, können mangels Kapital nicht alle Leute beschäftigt werden. Genauer gesagt ist Arbeitslosigkeit und der damit zusammenhängende Druck auf die Löhne sogar die BEDINGUNG für Wachstum.

40. Was hat Say tatsächlich gesagt?

Antwort 40: Say hat lediglich gesagt, und dies ist zutreffend, dass das ANGEBOT vergrößert werden muss, wenn die Nachfrage gesteigert werden soll. Das ist zutreffend. Der Handel findet vorwiegend zwischen reichen Nationen / Regionen statt. Hat jemand nichts, was ein anderer haben will, dann kann er auch keine Nachfrage entfalten. So gesehen ist das Saysche Gesetz geradezu keynesianisch.

41. Say behauptet, dass Nachfrage auf einem Angebot beruht. Stimmt das?

Antwort 41: In demselben Abschnitt in dem sich auch das berühmte Saysche Gesetz befindet, diskutiert Say auch die Bedeutung des Geldes. Geld, und das ist eigentlich die wichtigere Aussage dieses Abschnitts, er findet sich in ganzer Länge mit Übersetzung auf der www.economics-reloaded.de, ist für Say nur ein Vehikel, das dazu dient Waren zu tauschen. Er vergleicht Geld mit einer Kutsche, die lediglich dazu dient, Waren zu transportieren. Wenn tatsächlich Waren gegen Waren getauscht werden, müssen natürlich die Waren bereits produziert worden sein. Diese Ansicht ist allerdings falsch. Jede Art von Kaufkraft erzeugt eine Nachfrage, auch die Kaufkraft, die lediglich auf einer Ausdehnung der Geldmenge beruht. In diesem Sinne haben die Händler, deren Ansichten Jean Baptiste Say widerlegen will, sogar Recht. Die mangelnde Nachfrage beruht auf einem Mangel an Geld.

42. Inwiefern kann man sagen, dass Say der „dynamischste“ Autor unter den klassischen Autoren der Nationalökonomie ist?

Antwort 42: Schließt man sich der Ansicht von Schumpeter an, dann ist das Wachstum der Wirtschaft durch radikale, tiefgreifende Änderungen in der Produktionsstruktur charakterisiert. Eine Wirtschaft in der jahrein jahraus dieselben Güter, in derselben

Menge, auf die gleiche Art und Weise produziert werden, bzw. in der lediglich eine größer Menge auf die gleiche Art und Weise, von den gleichen Leuten, für die gleichen Leute produziert wird bezeichnet Schumpeter als statisch und das Gegenteil von statisch ist nun mal dynamisch. Die Frage ist, durch was dieser radikale Wandel in der Produktionsstruktur hervorgerufen wird. Für Say ist dies eben Forschung und Entwicklung, Verbreitung von know how und Unternehmertum. Drei Elemente, die es bei David Ricardo im Speziellen und der Klassik / Neoklassik im Allgemeinen überhaupt nicht gibt.

43. Es lässt sich feststellen, dass die Modellierung zunimmt, je statischer die Vorstellungen sind. Wie könnte man dies erklären?

Antwort 43: Das ist ein Thema, das im Verlaufe des Buches immer wieder angesprochen wird. Man kann objektiv feststellen, dass Modellierung besonders für die neoklassische Theorie typisch ist und diese letztlich sich auch nur mit Gleichgewichten beschäftigt und im Gleichgewicht ändert sich nun mal schlicht gar nichts. Im Gleichgewicht sind die Kräfte ausbalanciert und stabil. Es ist leichter Gleichgewichte zu modellieren als dynamische Prozesse. Bei Autoren wie Schumpeter oder Hayek, die mehr die Dynamik in den Vordergrund stellen, also radikale Brüche in der Produktionsstruktur, Ungewißheit, die Marktwirtschaft als Erkenntnisgewinnungsprozess, spielt Modellierung keine Rolle.

John Stuart Mill

44. John Stuart Mill ist die präziseste Zusammenfassung aller Fehler der Klassischen Theorie. Die folgende Aussage von John Stuart Mill hat zwei Fehler, einen speziellen und einen allgemeineren. Welche sind es?

„Die Quelle, aus der das Sparen herrühren kann ist der Mehrwert des Produktes der Arbeit, nachdem alles für die Produktion, inklusiv allem für den Ersatz des Materials und der Instandhaltung des fixen Kapitals, Lebensnotwendige, ersetzt wurde. Mehr als dieser Mehrwert kann unter keinen Umständen gespart werden.“

Antwort 44: Den Fehler, dass Mehrwert nur ein Produkt der Arbeit sein kann finden wir nicht bei allen Autoren der klassischen Theorie. Jean Baptiste Say z.B. teilt diese Ansicht nicht. Das ist der spezielle Fehler. Fundamentalere ist die Annahme, dass

dieser Mehrwert die Grenze für Sparen bildet. Die These ist nicht nur deshalb falsch, weil Sparen prinzipiell lediglich bedeutet, dass der Konsum geringer ist als das Einkommen, woher diese Einnahmen auch immer stammen. Falsch ist die These, weil es für Investitionen schlicht gar keines vorherigen Sparens bedarf. Investitionen werden schlicht mit Geld finanziert und das Bankensystem kann Geld ganz wort-wörtlich aus dem Nichts produzieren. Die einzig spannende Fragen ist, ob die Investition ANSCHLIESSEND in der Lage ist, den Kredit zurückzuzahlen und damit das vorher geschaffene Geld wieder zu vernichten, denn andernfalls würde die Geldmenge definitiv steigen.

45. *„Jede Akkumulation bedeutet ein Opfer in der Gegenwart zugunsten eines Konsums in der Zukunft.“ Die Aussage stammt von John Stuart Mill. Ist sie richtig?*

Antwort 45: Für ein Wirtschaftsgut, also etwas, das knapp ist, stimmt die Aussage. Man kann nur etwas vermehren, wenn man mehr davon produziert als man verbraucht. Bei etwas, das gar nicht knapp ist, stellt sich die Frage aber gar nicht. Akkumuliert wird in der Klassik und bei John Stuart Mill Kapital, was letztlich lediglich Geld ist, denn er stellt sich darunter etwas vor, das in jede beliebige Verwendung fließen kann, also absolut liquide ist, und das ist eben nur Kapital in seiner liquidesten Form, also Geld. Geld ist aber nicht knapp, das Bankensystem kann es in jeder beliebigen Menge produzieren und um etwas zu erhalten, das in jeder x-beliebigen Menge vorliegt, braucht es kein Opfer.

46. *Übergreifende Frage: Im folgenden haben Sie zwei Definitionen von Sparen. Welche davon ist richtig bzw. ökonomisch sinnvoll?*

- 1) Sparen ist der Teil des Einkommens, der nicht konsumiert wird.
- 2) Sparen ist die Produktion von Investitionsgütern zu Lasten von Konsumgütern.

Antwort 46: „Richtig“ sind beide Aussagen, sinnvoll ist allerdings nur 2). Die erste Aussage verbleibt in der rein monetären Sphäre und diese ist irrelevant. Aus der Tatsache, dass gespart wird allein, ergeben sich erstmal keine weiteren Konsequenzen, da eine realwirtschaftliche Bedeutung nur die Investition hat. Zwar gehen die Klassiker davon aus, dass nur gespart wird, wenn die so akkumulierten Mittel auch tatsächlich investiert werden, wobei der Zins Sparen und Investieren zum Ausgleich bringt, die Logik ist aber dann falsch, wenn es für die Investition gar keiner Akkumu-

lation von Kapital bedarf. Die Definition impliziert, dass sowohl in der Unterbeschäftigung wie auch in der Vollbeschäftigung nur investiert werden kann, wenn vorher gespart wurde. Das ist falsch. Die Definition erlaubt keine Unterscheidung zwischen Vollbeschäftigung und Unterbeschäftigung. In der Unterbeschäftigung braucht man nicht zu sparen. Ein Opfer, Verzicht auf Konsum in der Gegenwart, ist nicht nötig.

Die zweite Definition stellt auf die Realwirtschaft ab. Wir werden später, in den Kapiteln über Hayek und Friedman, sehen, dass diese Definition mehr den Vorstellungen von Wicksell entspricht. Wicksell unterstellt, wie die klassische und neoklassische Theorie und der Neoliberalismus Vollbeschäftigung. In der Vollbeschäftigung gibt es einen trade off zwischen Konsumieren und Investieren, da in dieser Situation die Ressourcen begrenzt sind. Ein Opfer, Verzicht auf Konsum in der Gegenwart, ist nötig. Die zweite Definition zielt auf Zusammenhänge in der Realwirtschaft. In der Unterbeschäftigung ist ein Opfer schlicht nicht nötig, ein trade off zwischen konsumieren und investieren besteht schlicht nicht. In der Vollbeschäftigung allerdings können nur dann mehr Investitionsgüter produziert werden, was die Konsummöglichkeiten in der Zukunft dann erhöht, wenn der Konsum in der Gegenwart eingeschränkt wird. Soll die Produktion von Investitionsgütern erhöht werden, muss die Produktion von Konsumgütern zurück gefahren werden.

47. Warum ist die folgende Aussage von John Stuart Mill aus mikroökonomischer Sicht richtig und aus makroökonomischer Sicht falsch?

„Wenn alle Personen alles was sie produzieren und was sie an Einkünften aus den Leistungen anderer erhalten für persönliche Genüsse verausgaben, dann kann das Kapital nicht wachsen. Irgendwelche Ersparnisse muss es also, auch in den einfachsten wirtschaftlichen Verflechtungen, gegeben haben. Die Leute müssen mehr produziert haben, als sie verbraucht haben oder weniger verbraucht haben, als sie produziert haben.“

Antwort 47: Aus mikroökonomischer, aus der einzelwirtschaftlichen Sicht, ist die Aussage zweifelsohne richtig. Der einzelne kann nämlich, im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft, kein Geld aus dem Nichts schaffen und folglich kann er ein inaktives Produktionspotential nur dann aktivieren, wenn er vorher gespart hat. Die Gesamtwirtschaft allerdings, bzw. das Bankensystem, kann Geld als Kredit in jeder x-beliebigen Höhe zur Verfügung stellen. Reichen die Erlöse aus der kreditfinanzierten Investition aus, um den Kredit zu tilgen, was bei Investitionen wahrscheinlich ist, kein Investor wird

absichtlich eine Investition tätigen, die es ihm nicht erlaubt, den Kredit zu tilgen, dann wird das neu geschaffene Geld anschließend wieder vernichtet, wobei in der Regel der Wert des geschaffenen Vermögens die Kreditsumme übersteigt.

48. Im folgenden Abschnitt behauptet John Stuart Mill, dass ohne die Annahme von Wettbewerb präzise und allgemeingültige Aussagen nicht gewonnen werden können. Erläutern Sie die These.

„Das [die Annahme von Wettbewerb] ist teilweise verständlich, wenn wir bedenken, dass nur durch den Wettbewerb die Volkswirtschaft beanspruchen kann, den Charakter einer Wissenschaft zu haben. Was die Renten, Profite, Löhne und Preise angeht, so sind sie durch den Wettbewerb determiniert und sie können durch Gesetze bestimmt werden. Geht man davon aus, dass allein der Wettbewerb hier der bestimmende Faktor ist, dann kann man Gesetze mit großer Allgemeingültigkeit und Präzision finden, mit Hilfe derer sich jene bestimmen lassen. Der Volkswirtschaftler hält, zutreffenderweise, dies für seine eigentliche Aufgabe und als abstrakte, hypothetische Wissenschaft kann von der Volkswirtschaftslehre auch nicht mehr verlangt werden und tatsächlich kann sie auch nicht mehr leisten.“

Antwort 48: Alle Modelle der Volkswirtschaftslehre setzen Wettbewerb voraus. Arbeitnehmer konkurrieren miteinander um Jobs, Unternehmer versuchen sich gegenseitig zu unterbieten, die Kapitalanleger suchen die attraktivste Anlagemöglichkeit etc. etc.. Das macht ökonomisches Verhalten kalkulierbar. Ethische Aspekte spielen hierbei keine Rolle. Unternehmern versuchen möglichst billig zu produzieren um so ihre Mitbewerber preislich unterbieten zu können, was wiederum bedeutet, dass ihnen die Arbeitsbedingungen weitgehend egal sind. Das Kartellrecht würde es ihnen sogar verbieten, Absprachen zu treffen, die zu höheren Preisen führen und es ihnen so erlauben würde, ihren Zulieferern, beispielsweise in den Ländern der dritten Welt, höhere Löhne zu bezahlen. Ohne diese fundamentale Annahme wäre menschlichen Verhalten im ökonomischen Kontext unvorhersehbar. Würden z.B. moralische oder ethische Vorstellungen eine Rolle spielen und würden bestimmte Branchen sich zur Durchsetzung dieser Vorstellungen zusammenschließen, könnten wir jedes x-beliebige Marktergebnis haben. Die Annahme von Wettbewerb vereinfacht also die Modellierung drastisch. Problematisch wird es allerdings dann, wenn dieses ökonomische Verhalten zum einzig rationalen Verhalten erklärt wird, denn über das Ziel ist damit noch nichts gesagt und ein irrationales Ziel mit rationalen Mitteln zu verfolgen ist eigentlich ziemlich irrational.

49. John Stuart Mill gilt als einer der Begründer des klassischen Liberalismus. Worin unterscheidet er sich vom Neoliberalismus eines Friedrich Hayek oder Milton Friedman?

Antwort 49: Zumindest in einer seiner bedeutendsten Schriften, „On Liberty“, geht es John Stuart Mill um die persönliche Freiheit und nicht um die wirtschaftliche Freiheit. Im Fokus von Friedrich Hayek und Milton Friedman steht die wirtschaftliche Freiheit. Ist diese gegeben, so folgt die persönliche Freiheit automatisch. Die durch die Gesellschaft, Traditionen, Trägheit etc. bedingten Restriktionen der Freiheit werden von Milton Friedman und Friedrich Hayek nicht thematisiert. Die größte Gefahr für die Freiheit ist für Milton Friedman und Friedrich Hayek der Staat, der in das Wirtschaftsgeschehen eingreift. Für John Stuart Mill ist es eher die Gesellschaft. Bei John Stuart Mill geht es eher um das subjektive Bewußtsein von Alternativen im Verhalten, Handeln, Denken, Fühlen.

Neoklassik

50. Keynes unterscheidet nicht zwischen Klassik und Neoklassik. Warum?

Antwort 50: Das Werk von Keynes heißt ‚Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes‘ und handelt auch vollkommen folgerichtig von der Funktion des Zinses und des Geldes und deren Auswirkungen auf die Beschäftigung. Hinsichtlich der Funktion des Zinssatzes, seiner Bedeutung für die Steuerung der Wirtschaft und der Bestimmung seiner Höhe sind die (korrekten) Vorstellungen von Keynes sowohl den Vorstellungen der klassischen Autoren wie auch den Vorstellungen der neoklassischen Autoren diametral entgegengesetzt und von daher unterscheidet er auch nicht. Die Klassik wie auch die Neoklassik gehen von Vollbeschäftigung aus, bzw. betrachten die Wirtschaft aus mikroökonomischer Sicht. Keynes geht von Unterbeschäftigung aus und betrachtet die Wirtschaft aus makroökonomischer Sicht.

51. Beschreiben Sie den Unterschied zwischen der klassischen Theorie und der neoklassischen Theorie.

Antwort 51: Die Begrifflichkeiten klassische Theorie und neoklassische Theorie sind problematisch, weil sehr unterschiedliche Autoren unter diesen Begriffen subsumiert werden, doch davon sehen wir jetzt ab. Thema der klassischen Theorie ist die langfris-

tige Entwicklung bzw. Mechanismen, die sich günstig, Wettbewerb, Kapitalakkumulation, Arbeitsteilung etc., bzw. ungünstig, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, Konsum, unproduktive Tätigkeiten, auf das Wachstum auswirken. Die neoklassische Theorie beschäftigt sich fast ausschließlich mit der Beschreibung von Gleichgewichten.

52. In der Literatur werden drei verschiedene Grenznutzenschulen unterschieden. Wie heißen sie und welche Autoren sind mit ihnen verbunden?

Antwort 52:

Cambridge School: Alfred Marshall (partielltes Gleichgewicht)

Lausanner Grenznutzenschule: Léon Walras (allgemeines Gleichgewicht) und Vilfredo Pareto (Pareto Optimum)

Wiener Grenznutzenschule: Carl Menger

53. Was versteht man unter einem partiellen Gleichgewicht?

Antwort 53: Unter einem partiellen Gleichgewicht versteht man die Beschreibung einer gleichgewichtigen Preis / Menge Relation für ein Gut. Hierbei kann die Angebotskurve für dieses Gut als Grenzkostenkurve eines Unternehmens oder als aggregierte Grenzkostenkurve aller Unternehmen gesehen werden. Die Nachfragekurve kann parallel hierzu als einzelwirtschaftliche Nachfrage oder als aggregierte Nachfrage interpretiert werden.

Abgestellt wird hierbei auf die GRENZKOSTEN, das heißt die Kosten der letzten Einheit. Solange bei der Ausdehnung der Produktion die Kosten der letzten Einheit noch geringer sind, als der erzielbare Marktpreis, steigt der Gewinn, da mit der letzten Einheit ja noch Gewinne gemacht wird.

Machen wir und das kurz klar. Der Marktpreis sei 10 Euro. Die Grenzkosten betragen 3,7,8,10,17,19 Euro. Produziert werden also 4 Einheiten. Die Durchschnittskosten sind $28/4=7$, der Deckungsbeitrag folglich 12 Euro. Die Produktion der 5. und 6. Einheit würde den Deckungsbeitrag mindern, obwohl die Durchschnittskosten $45/5=9$ noch unterhalb des Marktpreises wären. Es kommt also auf die letzte Einheit an, also auf die Grenzkosten.

Jenseits dieses Punktes sinkt der Gewinn. Dies entspricht im Grunde einer Deckungs-

beitragsrechnung. Solange ein Produkt noch mehr Erlöst, als die Kosten, die ursächlich mit der Entscheidung es zu produzieren zusammenhängen, wirft es einen „Gewinn“, oder einen Deckungsbeitrag ab. Anders formuliert, die Fixkosten, die ja unabhängig von der Frage anfallen, ob das Produkt produziert wird oder nicht, sind in der Grenzkostenkurve nicht enthalten.

Der Schnittpunkt zwischen der Grenzkostenkurve und der Nachfragekurve ist die gewinnmaximale Preis / Mengen Kombination. Damit mehr angeboten werden kann, müssten ineffizientere Anbieter in den Markt eintreten, was aber wiederum nur zu Preisen möglich ist, die die Nachfrager nicht bezahlen können oder wollen.

Bis zu diesem Punkt, dem Marktgleichgewicht, profitieren auch noch Anbieter und Nachfrager. Manche Anbieter wären sogar bereit gewesen, es zu einem geringeren Preis anzubieten und manche Nachfrager wären auch bereit gewesen, einen höheren Preis zu bezahlen. Der Gleichgewichtspreis ist also, unter den Prämissen der Neoklassik, auch der wohlfahrtsoptimierende Preis.

54. Was versteht man unter einem allgemeinen Gleichgewicht?

Antwort 54: Der Begriff des allgemeinen Gleichgewichts wird oft mit Léon Walras verbunden, obwohl im Grunde das Konzept natürlicher Preis / Marktpreis die Idee präziser beschreibt, siehe Frage 17 / 18. Ein allgemeines Gleichgewicht auf ALLEN Märkten ist dann erreicht, wenn kein Marktakteur Veranlassung hat, sein Verhalten zu ändern oder seine Ressourcen anders zu allozieren. Das ist dann der Fall, wenn es für keinen Produktionsfaktor eine bessere Verwendung gibt, weil die Erträge in allen Verwendungen gleich sind und wenn die Konsumenten für ihr Geld überall den gleichen Nutzwert erhalten. Ändert sich die Produktionsstruktur dann ändert sich auch die optimale Faktorallokation und es wird solange umdisponiert, bis die Erträge aller Produktionsfaktoren wieder in allen Verwendungen gleich sind. Änderungen in der Präferenzstruktur, also auf der Nachfrageseite, werden ebenfalls zu einer Reallokation der Produktionsfaktoren führen, bis wieder ein allgemeines Gleichgewicht erreicht wird.

55. Was versteht man unter dem Pareto Optimum?

Antwort 55: Das Pareto Optimum beschreibt eine Situation, bei der sich keiner der Beteiligten Tauschpartner besser stellen kann, ohne dass sich die Si-

tuation eines anderen Tauschpartners verschlechtert. Auch ein solcher Zustand ist ein Gleichgewicht. Da derjenige, der sich schlechter stellt einem Tausch nicht zustimmen wird, wird sich die Situation nicht verändern. Um es an einem Beispiel zu erläutern: Auch wenn A und B gleich viele Birnen und Äpfel haben, werden sie tauschen, weil die Präferenzen unterschiedlich sind. Der, der mehr Birnen als Äpfel will, wird mit jemandem tauschen, der mehr Äpfel als Birnen will. Das heißt nicht, dass alle Birnen gegen Äpfel und alle Äpfel gegen Birnen getauscht werden. Es heißt nur, dass solange getauscht wird, bis das jeweilige Äpfel / Birnen Verhältnis den jeweiligen Präferenzen entspricht.

56. Erläutern Sie den Unterschied zwischen einer kardinalen Nutzenmessung und einer ordinalen Nutzenmessung.

Antwort 56: Bei der kardinalen Nutzenmessung wird der Nutzen mit einer konkreten, überindividuellen Maßeinheit gemessen. Im ökonomischen Umfeld also mit Geld. Es wird also davon ausgegangen, dass der Nutzen in Geld gemessen werden kann, soll heißen, wenn zwei Leute jeweils 10 Euro für etwas ausgeben, dann ist der Nutzen, den ihnen das Produkt stiftet gleich hoch. Das stimmt natürlich dann nicht, wenn der eine 10 000 Euro im Monat verdient und der andere 100 Euro im Monat, da Geld selber dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens unterliegt. Die kardinale Nutzenmessung beinhaltet also immer einen interindividuellen Vergleich. Es gibt EINEN Maßstab, mit dem der Nutzen bei unterschiedlichen Individuen gemessen wird.

Die ordinale Nutzenmessung verzichtet auf diesen Vergleich. Um bei unserem Beispiel aus Frage 55 zu bleiben. Wir wissen nicht, welchen Nutzen A und B aus dem Tausch von Äpfeln gegen Birnen hat. Es ist gut möglich, dass der eine durch den Tausch einen wesentlich größeren Nutzenzuwachs erfährt als der andere. Wir wissen nur, dass sie einen Nutzenzuwachs erfahren, denn andernfalls würden sie ja gar nicht tauschen.

Das klingt alles ziemlich theoretisch, wir werden aber im Kapitel über Vilfredo Pareto noch sehen, dass es durchaus eine praktische Bedeutung hat.

57. Inwiefern kann man von einer Analyse der kurzen Frist sprechen, wenn die Fixkosten nicht berücksichtigt werden?

Antwort 57: In der kurzen Frist liegen die Fixkosten fest, können also nicht abgebaut werden. Sie gehören somit auch nicht zum Datenkranz, der bei kurzfristigen Entscheidungen zu berücksichtigen ist. Verstehen sollte man aber, dass das bekannte Marshallkreuz aus Angebot und Nachfrage, das in jedem Lehrbuch der Mikroökonomie x-Mal auftaucht, nur Aussagen in der kurzen Frist macht, was ja Alfred Marshall auch ausführlich erklärt.

58. Welche Probleme ergeben sich, wenn der Analyse ein Markt zugrunde gelegt wird, bei dem eine bestimmte Menge vorhandener Güter lediglich getauscht, aber keine Güter produziert werden?

Antwort 58: Die Frage wird relevant in den Kapiteln über Vilfredo Pareto und Léon Walras. Wird lediglich eine gegebene Menge an Gütern getauscht, aber keine Güter produziert, dann liegt naheliegenderweise, wenn der Markt geräumt werden soll, die gesamte Anpassungslast auf dem Preis, weil sich die Menge ja gar nicht anpassen kann. In einer solchen Situation bestimmt allein die Nachfrage den Preis, die Kostenstruktur spielt keine Rolle. Es ist von daher logisch, dass Léon Walras, der ebenfalls von einem Tauschmarkt ausgeht, zu dem Schluß kommt, dass allein die subjektive Wertschätzung den Preis bestimmt. Des weiteren kann man sich streiten, ob dieser rein nachfrageseitig bestimmte Preis überhaupt ein Gleichgewichtspreis ist. Ein Gleichgewichtspreis kann sinnvoll nur vorgestellt werden, wenn eine bestimmte Menge zu einem bestimmten Preis immer und immer wieder zur Verfügung gestellt werden kann. Das ist bei einem lediglich markträumenden Preis aber nicht der Fall. Der markträumende Preis kann auch ein Preis sein, bei dem die Anbieter lediglich versuchen, ihre Verluste zu minimieren, wobei sie in der nächsten Periode, wo sie neu entscheiden können, gar nicht mehr anbieten. Ein lediglich markträumender Preis ist kein Gleichgewichtspreis.

Alfred Marshall

59. Wie definiert Alfred Marshall das Erkenntnisobjekt der Volkswirtschaftslehre?

Antwort 59: Für Alfred Marshall ist das Erkenntnisobjekt der Volkswirtschaftslehre menschliches Verhalten, bei dem sich die Stärke des Motivs, nicht aber das Motiv selbst, in Geld messen lässt, wobei hier auf das einzelne Individuum abgestellt werden muss. Bezogen auf zwei Individuen läßt sich die Stärke eines Motivs ja eben gerade

nicht in Geld messen, siehe Frage 56. Weiter unterscheidet Alfred Marshall zwischen Motiv, das sich nicht messen lässt, und Stärke des Motivs. Die Gründe, warum jemand 1 Million Euro für ein Bild von Van Gogh bezahlt, lassen sich nicht ermitteln. Über die Stärke des Motivs sind wir aber, zumindest wenn wir die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betreffenden kennen, einigermaßen informiert.

60. Was ist die Produzentenrente?

Antwort 60: Der Produzentenrente liegt die gleiche Idee zugrunde, wie der Bodenrente von David Ricardo, siehe Frage 29. Die Produzentenrente ist die Differenz zwischen dem Preis, zu dem der Anbieter bereits angeboten hätte und dem Preis, den er tatsächlich am Markt erzielt. Letztlich ist die Produzentenrente ein Ausdruck der Effizienz. Effizientere Anbieter, also Anbieter mit einer günstigeren Kostenstruktur, wären bereit gewesen, das Produkt zu einem geringeren Preis anzubieten, was sie aber nicht müssen, da sich ein einheitlicher Marktpreis bildet. Allerdings macht die Produzentenrente nur Sinn in einer Analyse der kurzen Frist. Langfristig werden sich die Produktionsstrukturen der Anbieter anpassen und damit wird auch die Produzentenrente abgeschmolzen. Wenn alle Unternehmen die gleiche Kostenstruktur haben, bzw. das Produkt gleich effizient herstellen, gibt es keine Produzentenrente mehr.

61. Was versteht man unter einer Konsumentenrente?

Antwort 61: Die Konsumentenrente ist das Gegenstück zur Produzentenrente. Es ist die Differenz zwischen dem Preis, den die Konsumenten bereit wären zu bezahlen und dem was sie tatsächlich bezahlen müssen, weil es nur einen einheitlichen Marktpreis gibt. Man könnte auch schlicht sagen, es ist die Summe, die die Konsumenten sparen, weil sie etwas billiger bekommen, als sie bereit gewesen wären zu zahlen. Die Interpretation als Wohlfahrtsgewinn ist allerdings nur in der isolierten Betrachtung richtig. Wäre der Preis höher, würden manche Konsumenten das Produkt schlicht gar nicht kaufen. Sie hätten dann zwar die Konsumentenrente nicht, würde dafür aber etwas anderes kaufen, wo sie ebenfalls eine Konsumentenrente erhalten.

62. Warum gibt es im allgemeinen Gleichgewicht keine Produzentenrente?

Antwort 62: Der zentrale Gedanke des allgemeinen Gleichgewichts ist, dass die Produktionsfaktoren in jeder Verwendung den gleichen Ertrag bringen. Die zentrale Idee

der Produzentenrente ist, dass die Erträge je nach Unternehmen unterschiedlich sind. Damit ist klar, dass es im allgemeinen Gleichgewicht keine Produzentenrente gibt. Anders formuliert: Das allgemeine Gleichgewicht von Adam Smith ist mit der Produzentenrente kompatibel, das allgemeine Gleichgewicht von Léon Walras nicht. Ersteres geht lediglich davon aus, dass die Produktionsfaktoren langfristig in die jeweils rentabelste Verwendung fließen. Dass ein Anpassungsprozess nötig ist, wird also nicht verneint. Beim allgemeinen Gleichgewicht von Léon Walras allerdings erfolgt die Anpassung sofort. Diese Vorstellung ist mit der Produzentenrente nicht kompatibel, denn Unterschiede in der Kostenstruktur werden damit verneint und wo es keine Unterschiede in der Kostenstruktur gibt, gibt es auch keine Produzentenrente.

63. Erklären sie anhand der Produzentenrente und der Konsumentenrente, warum ein Monopol die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt mindert.

Antwort 63: Nehmen wir an, ein Unternehmen hat ein Monopol auf ein Produkt oder eine Dienstleistung und private Anbieter haben keinen Zugang zu diesem Markt. Der Monopolist ist also der einzige Anbieter. Nehmen wir weiter an, dass der Monopolist einen Preis für diese Leistung festsetzt, der über dem Marktpreis liegt, also dem Preis, der sich bei Wettbewerb einspielen würde. In diesem Fall, könnte es Anbieter geben, die dieses Produkt oder diese Leistung auch zu einem geringeren als dem Monopolpreis anbieten könnten und die folglich eine Produzentenrente erhalten würden. Da sie aber die Leistung nicht anbieten können, etwa weil der Staat die Einfuhr des entsprechenden Gutes verbietet, erhalten sie keine Produzentenrente, weil sie das Produkt ja gar nicht anbieten. Auf der anderen Seite gibt es Nachfrager, die das Produkt zum Marktpreis, also zum niedrigeren Preis, kaufen würden, es zu diesem Preis aber nicht kaufen. Da sie es gar nicht kaufen, erhalten sie auch keine Konsumentenrente. Sie kaufen sich dann unter Umständen etwas anderes, was ihnen aber nur einen geringeren Nutzen stiftet. Dieser Teil der Produzentenrente und der Konsumentenrente ist definitiv verloren.

Des weiteren verkauft der Monopolist das Produkt zu einem höheren Preis als dem Marktpreis. Erlöst also einen höheren Deckungsbeitrag. Dies geht jedoch zu lasten des Konsumenten, der einen höheren Preis bezahlt. Hier haben wir also ein Nullsummenspiel.

64. *Gibt es auf einem Markt, auf dem verderbliche Waren, etwa Fische, verkauft werden, der also am Ende der Periode geräumt sein muss, alle Produkte müssen verkauft sein, eine Produzentenrente und eine Konsumentenrente?*

Antwort 64: Theoretisch ja und in den meisten Fällen wohl auch praktisch, garantiert ist es aber nicht. Die Produzentenrente entsteht, weil ein Anbieter auch zu einem geringeren als dem Marktpreis angeboten hätte und dabei noch einen Deckungsbeitrag erzielt, also vereinfacht formuliert noch Gewinn macht. Muss aber der Markt am Ende der Periode geräumt sein, weil, in diesem Beispiel, die Fische sonst nicht mehr konsumiert werden können, bietet er schlicht zu jedem markträumendem Preis an. Auch zu einem Preis von 0,00, wenn er sich damit die Kosten der Entsorgung sparen kann. Bietet er zu einem Preis unterhalb der Grenzkosten an, vereinfacht, für weniger als den kostendeckenden Preis, kann man nicht mehr von einer Produzentenrente sprechen. Es handelt sich dann schlicht um Verlustminimierung.

Eine Konsumentenrente allerdings gibt es auch auf diesem Markt. Egal welcher Preis bezahlt wird, es gab immer Konsumenten, die auch mehr bezahlt hätten. Irgend jemand hätte auch mehr als 0,00 bezahlt.

65. *Nehmen Sie ein Produkt, dessen Nachfrage, innerhalb gewisser Grenzen, vom Preis völlig unabhängig ist, etwa Salz. Nun erhebt der Staat eine Steuer auf Salz. Wer bezahlt sie?*

Antwort 65: Der Konsum von Salz dürfte, innerhalb gewissen Grenzen, vom Preis völlig unabhängig sein. Das liegt daran, dass es sehr billig ist und nur sehr wenig davon gebraucht wird. Ob 500 Gramm Salz 0,80 Euro Kosten oder 1,20 Euro ist egal. Es ist kaum anzunehmen, dass die Konsumenten auf Preisänderungen reagieren, die sie gar nicht wahrnehmen. Erhebt der Staat nun eine Salzsteuer, gab es in der BRD bis 1993, dann wird der Produzent diese auf den Preis weiterwälzen, weil die Menge nicht zurückgehen wird.

66. *Wieso gibt es Schwarzmärkte?*

Antwort 66: Die derzeit bekanntesten Schwarzmärkte sind wohl Tickets für sportliche Großereignisse und Pop Konzerte, das Phänomen hat aber immer das gleiche Muster. Irgend jemand legt einen Preis fest, der unterhalb des Marktpreises liegt. Das heißt,

es gibt Leute, die auch einen höheren als den festgesetzten Preis bezahlen würden. Ist dies bekannt, werden manche Leute versuchen, eine möglichst große Menge von diesem Produkt / Dienstleistung zu erwerben um es anschließend wieder zu verkaufen. Dass dies manchmal verboten ist, hängt mit den Umständen zusammen. Vergibt z.B. ein Fußball Funktionär ein Kontingent an Ticktes an eine bestimmte Gruppe und ist am Schwarzhandel beteiligt, wird das Angebot der legal verkauften Tickets verringert. Der Schwarzmarkt wurde dann künstlich geschaffen um die Konsumentenrente abzuschöpfen. In den meisten Fällen ist der Schwarzmarkt aber das Symptom eines nicht funktionierenden Marktes.

67. Welche Wirkung hat ein Mindestpreis? Kann der Mindestlohn als Mindestpreis interpretiert werden?

Antwort 67: Der derzeit bekannteste Mindestpreis ist der Mindestlohn, also der Preis, der für Arbeit gezahlt werden muss. Dieser ist höher als der Marktpreis, andernfalls wäre er ja, naheliegenderweise, sinnlos. Prinzipiell bewirkt ein Mindestpreis, dass das Angebot die Nachfrage übersteigt. In der Praxis allerdings kann das nicht funktionieren. Bei einem Mindestpreis über dem Marktpreis würde die Anbieter eine Menge produzieren, für die kein Absatzmarkt vorhanden ist. Ein Mindestpreis kann also nur gehalten werden, wenn flankierende Maßnahmen ergriffen werden. Denkbar sind eine Beschränkung der Menge oder ein staatlicher Aufkauf des Überschusses.

Der Mindestlohn allerdings ist ein Spezialfall und die öffentliche Debatte, soweit sie neoklassisch geführt wird, ist unzutreffend. In der Neoklassik kaufen die Unternehmer solange Arbeit ein, wie der (monetäre) Grenzertrag der Arbeit höher ist als der Lohn. Vereinfacht: Solange, wie sie durch die Einstellung von Arbeitern noch Geld verdienen. Die Logik ist aber nur richtig, solange sie um Arbeiter konkurrieren. Das heißt nur Arbeiter bekommen, wenn sie mehr bezahlen als ihre Mitbewerber. Ist dies tatsächlich die Situation am Arbeitsmarkt, hätte ein Mindestlohn die Wirkung, dass nur solange Arbeit angeboten wird, wie dieser Mindestlohn niedriger ist als der (monetäre) Grenzertrag. Zu Deutsch: Die Nachfrage nach Arbeit seitens der Unternehmer wäre geringer. Oder anders formuliert: Wenig produktive Arbeitsplätze können nicht angeboten werden, weil die Lohnkosten dann nicht durch die Erträge gedeckt sind.

Eine völlig andere Situation ergibt sich, wenn wir die Situation zugrunde legen, die in der klassischen Theorie zugrunde gelegt wird. In der klassischen Theorie erhalten

die Arbeiter einen Lohn, der von der Produktivität völlig abgekoppelt ist. Sie erhalten schlicht immer nur das Existenzminimum, weil die Konkurrenz unter den Arbeitern den Lohn immer auf das Existenzminimum drückt. Ist der Mindestlohn höher als dieses Existenzminimum, werden die Unternehmer trotzdem noch Leute einstellen, zumindest solange sie durch das weitere einstellen von Arbeitnehmern noch Gewinne erzielen. Die Profite wären zwar geringer, aber nicht negativ. Dies ist die Situation die wir in den Gewerben haben, wo der Mindestlohn greift, das heißt höher ist, als der Lohn ohne gesetzliche Regelung.

Die Nachfrage im z.B. Reinigungsgewerbe liegt fest. Durch einen geringeren Lohn und damit kostengünstigeren Angeboten kann die Nachfrage nicht erweitert werden. Denkbar ist höchstens, dass die Konkurrenz zwischen den Firmen auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird, was bei einem Mindestlohn nicht mehr möglich wäre. Da aber sowohl für das Reinigungsgewerbe wie auch für die Nachfrager nach diesen Leistungen, Hotels, Krankenhäuser etc.. auch bei einem Mindestlohn noch eine Gewinnmarge verbleibt, wird das Angebot, entgegen der Logik der Neoklassik, nicht eingeschränkt. Dass durch die Einführung eines Mindestlohnes im Jahr 2016 Leute entlassen werden war also nicht zu erwarten und ist auch tatsächlich nicht eingetroffen.

68. Nach Alfred Marshall ist in der kurzen und mittleren Frist die Nachfrage bestimmend für den Preis, langfristig aber das Angebot. Erläutern Sie diese These.

Antwort 68: Die sehr kurze Frist wird in den Lehrbüchern gar nicht diskutiert, obwohl manchen Modellen, etwa dem von Léon Walras, diese kurze Frist zugrunde liegt. Die kurze Frist ist ein Markt, bei dem eine GEGEBENE Menge an Gütern getauscht wird und der Markt am Ende der Periode geräumt sein muss, siehe Frage 64. Da sich in diesem Fall die Menge nicht ändert, trägt naheliegenderweise die gesamte Anpassungslast der Preis. In Abhängigkeit von der Nachfrage kann sich schlicht jeder Preis einspielen.

Die mittlere Frist beschreibt einen Markt, wo Güter zwar produziert werden, Änderungen in der Nachfragestruktur also zu einer Preis UND Mengenanpassung führen, die Produktionsstruktur aber nicht geändert wird. Was in einer solchen Situation passiert, hängt ab vom Verlauf der Angebotskurve. Steigt die Nachfrage und kann eine beliebige Nachfrage zu den gleichen Grenzkosten produziert werden, vereinfacht, steigen die Stückkosten also nicht, dann steigt die Menge, ohne dass der Preis steigt.

Ein besonderer Fall wären digitale Produkte, eBooks, Software, mp3 Dateien etc. Diese können in beliebiger Stückzahl zu den gleichen Kosten produziert werden.

Ist die Ausdehnung der Produktion nur möglich, wenn Überstundenzuschläge bezahlt werden, Maschinen aus dem Optimum hinausgetrieben werden, Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe teurer eingekauft werden, etc. dann kommt es zu einer Mengen UND Preisreaktion. Der Preis wird in diesem Fall also sowohl vom Angebot wie auch von der Nachfrage aus bestimmt. Die Fixkosten allerdings spielen in dieser mittleren Frist keine Rolle, denn sie können nicht reduziert werden.

Langfristig allerdings können auch die Fixkosten angepasst werden. Rechnen die Unternehmen dauerhaft mit einer größeren Nachfrage, werden sie ihre Produktionsstruktur auf diese höhere Nachfrage einstellen und sie optimieren. Langfristig ist also die Kostenstruktur bestimmend. Kurz und bündig: Steigt die Nachfrage nach Autos kurzfristig und erheblich, wie etwa nach dem Fall der Mauer, steigen die Automobilpreise. Langfristig zwingt die Konkurrenz die Unternehmen allerdings dazu, ihre Produktionsstruktur an die größere Nachfrage anzupassen. Die Grenzkosten werden fallen.

In der Praxis allerdings ist die Situation komplizierter. Fluggesellschaften z.B. werden in der Hochsaison die Zahlungsbereitschaft der Kunden abgreifen und höhere Preise setzen als in der Nachsaison, obwohl die Kostenstruktur gleich geblieben ist. Weiter spielen strategische Überlegungen eine Rolle. Unternehmen wie Amazon können jahrelang Preise fordern, die unter den Selbstkosten liegen, um so die Marktdurchdringung zu erhöhen.

69. Die Neoklassik leitet den Wert eines Gutes aus der subjektiven Wertschätzung ab. Inwiefern könnte man hierin auch eine „Verniedlichung“ der tatsächlichen Verhältnisse sehen?

Antwort 69: Entscheiden sich die Leute zwischen einer Rolex Uhr und einer Weltreise ist die Aussage, dass hier subjektive Präferenzen zum Ausdruck kommen, sicher richtig. Kosten beide 12 000 Euro, entscheiden sich halt die einen für die Rolex Uhr und die anderen für die Weltreise. Die Aussage wird allerdings dann absurd, wenn es sich um lebensnotwendige Güter handelt und die Leute nicht über ausreichend Kaufkraft verfügen, um diese Waren zu kaufen und folglich sterben oder dahinvegetieren. Hier gibt es keinen Entscheidungsspielraum, bei dem Präferenzen zum Ausdruck kommen.

Niemand hat eine Präferenz für Sterben bzw. Dahinvegetieren. Präferenzen spielen nur auf einem Niveau oberhalb des Existenzminimums eine Rolle, nur dort gibt es eine Entscheidung aus mehreren Alternativen. Dies mag für moderne Industriestaaten zutreffen, in weiten Teilen der Welt aber trifft es nicht zu und dort hat dieser Ansatz dann auch keine Erklärungskraft und ist rein ideologisch.

70. Inwiefern ist der Begriff „Wert“ sinnlos?

Antwort 70: Die Frage, wie sich der „Wert“ eines Gutes bestimmt hat die Volkswirtschaftslehre beschäftigt von Adam Smith bis zu Carl Menger und manche Leute beschäftigt die Frage bis auf den heutigen Tag, obwohl Alfred Marshall zu dem Thema alles gesagt hat, was dazu zu sagen war. Das Problem könnte gelöst werden, wenn man den Begriff Wert durch den Begriff Marktpreis ersetzt, wobei der Marktpreis dann ein gleichgewichtiger Preis ist. Der Marktpreis ist schlicht der Preis, bei dem alle, die das Produkt kaufen KÖNNEN und WOLLEN den Preis bezahlen, der die Kosten deckt, zu dem die anderen es herstellen KÖNNEN und WOLLEN. Der Begriff Marktpreis verdeutlicht, dass der „Wert“ sowohl von der Anbieter- als auch von der Nachfrageseite her bestimmt wird, denn der Markt ist nun mal das Aufeinandertreffen von Anbietern und Nachfragern. Welchen „Wert“ eine Ware hat, ist ökonomisch völlig irrelevant. Die „subjektive“ Wertschätzung lässt sich nicht mal ermitteln. Hat jemand sehr, sehr viel Geld, kauft er Rolex Uhren wie andere Leute Kaugummis und die Wertschätzung ist entsprechend. Hat jemand wenig Geld und kauft sich trotzdem so ein Teil, dann braucht er das für sein Ego und die Wertschätzung ist hoch. Allerdings lässt sich dieser subjektive Wert gar nicht ermitteln. Bekannt ist lediglich der Marktpreis. Gleichmaßen sinnlos ist der Versuch, den Wert angebotsseitig, etwa durch die in diesem Produkt inkorporierte Arbeit zu bestimmen, weil sich diese inkorporierte Arbeit nicht in einem Marktpreis ausdrückt. Entspricht der Marktpreis nicht diesem Wert, dann ist er nicht realisierbar und hat diesen Wert folglich nicht. Der Wert ist kein Marktpreis und von daher ist der Begriff sinnlos. Die 150 jährige (sinnlose) Debatte über den Wert lässt sich damit erklären, dass man den Wert mit dem Marktpreis verwechselt. Ökonomisch relevant ist nur der Marktpreis, der sich aus dem Aufeinandertreffen von Angebot UND Nachfrage ergibt.

71. „Wissen ist das mächtigste Mittel, das uns zur Produktion zur Verfügung steht. Es macht uns die Natur nutzbar und unterwirft sie uns, so dass sie unsere Bedürfnisse befriedigt.“ Inwiefern ist diese Aussage der klassischen Theorie diametral entgegengesetzt.

Antwort 71: Die klassische Theorie kennt keine qualitativen Sprünge. David Ricardo und Karl Marx insistieren auf der Homogenität des Faktors Arbeit. Es wird zwar konzediert, dass die Produktivität des Faktors Arbeit steigen kann, bezogen auf das Lohnniveau ist es aber immer ein homogener Faktor, die Bezahlung ist immer gleich: Nämlich das Existenzminimum. Der Mehrwert ist dann immer proportional zur eingesetzten Menge an Arbeit und damit proportional zum variablen Kapital, worunter Karl Marx eben das Kapital versteht, mit dem die Arbeiter bezahlt werden. (Woraus sich natürlich ergibt, dass seine Definition von variablem Kapital nichts mit dem zu tun hat, was man heutzutage unter variablem Kapital versteht.) Ist Arbeit ein homogener Faktor und gleichzeitig der einzige Faktor, der einen Mehrwert schafft, dann ist der Mehrwert in der gesamten Wirtschaft der gleiche. Was dann natürlich auch Marktpreise als Steuerungsmechanismus obsolet werden lässt. Das Austauschverhältnis ergibt sich allein aus den in den Waren inkorporierten Arbeitsmengen. Auch wenn kein Mensch Stühle kaufen will und alle Tische brauchen, sind zwei Stühle soviel wert wie ein Tisch, wenn man zur Herstellung von zwei Stühlen soviel Arbeit braucht, wie zur Herstellung von einem Tisch.

Ist Wissen der eigentliche Produktionsfaktor, fehlt der einheitliche Maßstab, mit dem sich Güter vergleichen lassen. Auch wenn ein Computerchip in fünf Minuten hergestellt wird und ein Stuhl in vier Stunden, kostet der Computerchip ein Vielfaches dessen, was ein Stuhl kostet, weil das inkorporierte Wissen sehr unterschiedlich ist. Es nützt da auch nicht viel, wenn man Wissen als ein Vielfaches einfacher Arbeit umdeutet. Damit würde man als Maßstab für Wissen Arbeit nehmen, was wiederum einen kausalen Zusammenhang verlangen würde, der aber nicht existiert. Wissen kann man durchaus auch im Halbschlaf erwerben, wenn einem da die zündende Idee kommt. Einen Zusammenhang zur Arbeit gibt es nicht. Der Wissenszuwachs ist kontingent, zufällig, spontan und unvorhersehbar. Sein Zuwachs lässt sich nicht, wie etwa der Zuwachs an Kapital in der klassischen Theorie, vorhersagen. Man kann Milliarden an variablem Kapital, im Marxschen Sinne, einsetzen ohne dass das Wissen zunimmt. Das ist im übrigen das zentrale Problem der staatlichen Forschungsförderung. Ließe sich der Wissenszuwachs so prognostizieren, wie die klassische Theorie den Zuwachs von Kapital prognostiziert, wäre es ein leichtes, die Forschungsmittel in die erfolgsträchtigen Bereiche zu lenken. Leider ist das aber unmöglich.

Wenn Wissen das mächtigste Mittel ist, das uns zur Produktion zur Verfügung steht,

dann können wir die Produktivitätssteigerung durch Wissen nicht prognostizieren. Die klassische Theorie prognostiziert auf der Basis der Arbeitswertlehre die wirtschaftliche Entwicklung. Ist Wissen der treibende Faktor, ist die wirtschaftliche Entwicklung nicht prognostizierbar. Philosophisch und mit Popper: Da wir nicht wissen, was wir morgen wissen, können wir über die Zukunft nichts sagen.

Vilfredo Pareto

72: Nennen Sie ein relevantes Beispiel, wo die Idee vom abnehmenden Grenznutzen des Geldes praktische Bedeutung hat?

Antwort 72: Das relevanteste Beispiel hierfür dürfte wohl die progressive Besteuerung sein. 20 Prozent Steuer ist relativ wenig, wenn jemand 10000 Euro im Monat verdient und relativ viel, wenn jemand 1000 Euro im Monat verdient. Gerechtigkeit bei der Besteuerung muss bedeuten, dass die Belastung gleichmäßig verteilt wird, das ist aber nicht gegeben, wenn lediglich proportional besteuert wird. Nimmt der Grenznutzen des Geldes ab, dann muss die Besteuerung progressiv sein, wenn alle den gleichen Nutzenverlust haben sollen.

73. Wann befindet sich nach Pareto ein Markt im Gleichgewicht, ist also Pareto optimal?

Antwort 73: Pareto erklärt seine Grundidee anhand eines speziellen Szenarios, die Grundidee lässt sich aber auch auf andere Situationen anwenden. A und B haben jeweils zwei Güter X und Y. Für die Bestimmung des Pareto Optimums ist es sowohl unerheblich in welchen Mengenrelationen A und B über diese Güter verfügen wie auch wieviel sie davon absolut haben. Die Ausgangssituation von A und B spielen also keine Rolle. Klar ist allerdings, dass A und B einen Zustand anstreben, der ihren Präferenzen entspricht. A könnte zum Beispiel mehr vom Gut X wollen und weniger vom Gut Y und B mehr vom Gut Y und weniger vom X. Der Tausch erlaubt es ihnen nun, die Mengenrelation zu realisieren, die ihren Präferenzen entspricht. Solange sie also noch nicht die Mengenkombination haben, die ihren Präferenzen entspricht, lohnt sich ein Tausch. In dem Moment aber, in dem sich einer der beiden schlechter stellt, also eine Mengenkombination erhalten würde, die seinen Präferenzen nicht mehr entspricht, würde nicht weiter getauscht. Ein Pareto Optimum ist also abstrakt formuliert dann

erreicht, wenn sich keiner der Tauschpartner besser stellen kann, ohne dass sich ein anderer schlechter stellt. Da in einer solchen Situation es zu keiner Reallokation mehr kommt, befindet sich der Markt im Gleichgewicht. Allgemein formuliert, wobei Pareto selbst es nicht allgemein formuliert, ist ein Zustand Pareto Optimal, bei dem die Wohlstand eines Individuums nicht erhöht werden kann, ohne die Wohlfahrt eines anderen zu mindern.

74. Inwiefern ist die Abstraktion von der Ausgangslage mit der Grundidee marktwirtschaftlicher Ordnungen nicht vereinbar?

Antwort 74: Das Pareto Optimum abstrahiert von der Ausgangssituation. Auch in einer Situation, wo einer der Tauschpartner 100 Mal soviel hat von allen Gütern wie der andere, bei gleichen persönlichen Verhältnissen, gibt es ein Pareto Optimum. Auch der Reiche der 100 Mal soviel hat von X und Y als der Arme, hat eine Präferenz für eine bestimmte Verteilung und kann seine Situation folglich verbessern, wenn er mit dem Armen tauscht, auch wenn der Nutzenzuwachs minimal ist, wenn wir abnehmenden Grenznutzen unterstellen. Der entscheidende Punkt ist aber, wie die unterschiedliche Ausgangslage zustande gekommen ist. Für das Pareto Optimum ist es völlig egal, ob die unterschiedliche Ausgangslage auf Raub und Betrug beruht oder auf einer Marktleistung unter Wettbewerbsbedingungen. Die marktwirtschaftliche Ordnung wird jedoch nur dann akzeptiert, andernfalls würde ein demokratischer Entscheidungsprozess die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ändern, wenn die Anreize so gesetzt sind, dass eine individuelle Wohlfahrtsmaximierung auch den gesamtwirtschaftlichen Nutzen steigert.

75. Inwiefern findet im Pareto Optimum kein interindividueller Nutzenvergleich statt?

Antwort 75: Das Pareto Optimum beruht auf einer ordinalen Nutzenmessung. Es kann gesagt werden, dass für A 50 Einheiten von X und 80 Einheiten von Y besser ist, als 40 Einheiten von X und 60 Einheiten von Y, allerdings kann nicht gesagt werden, wieviel besser. Denkbar ist, auch, dass B mit 30 Einheiten von X und 50 Einheiten von Y ein höheres Wohlfahrtsniveau erreicht. Vorstellen könnte man sich ja zum Beispiel, dass A ledig ist und B eine Familie zu versorgen hat, die persönlichen Umstände also anders sind. Das Pareto Optimum kommt ohne einen interindividuellen Nutzenvergleich aus, das heißt ohne einen einheitlichen Maßstab, etwa Geld, der für alle Individuen gleichermaßen aussagekräftig ist. Bei der kardinalen Nutzenmessung, also mit Geld, wird

der Nutzen für alle Individuen mit dem gleichen Maßstab gemessen. Sieht man also von den Anreizproblemen ab und unterstellt man abnehmenden Grenznutzen des Geldes, könnte durch eine Umverteilung die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt gesteigert werden. Bei der ordinalen Nutzenmessung können Aussagen zur Wohlfahrtsteigernden Wirkung von Umverteilungen nicht getroffen werden.

76. Im Zentrum des Denkens von Pareto steht die Frage nach der wissenschaftlichen Beweisbarkeit moralischer Prinzipien, wobei er eben verneint, dass sich diese moralischen Prinzipien wissenschaftlich beweisen lassen. Nehmen Sie Stellung zu der Frage, ob diese Fragestellung im ökonomischen Kontext überhaupt relevant ist.

Antwort 76: Die Frage nach den moralischen Prinzipien stellt sich nur, wenn zwei Ziele, etwa soziale Gerechtigkeit und Effizienz, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz, sozialer Ausgleich und Wirtschaftswachstum etc. inkompatibel sind. Allerdings erläutert Vilfredo Pareto nicht, wieso diese Ziele unvereinbar sind. Die Unvereinbarkeit der verschiedenen Ziele wird oft unterstellt. Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ gelangte zur Berühmtheit, weil er zwei vermeintlich unvereinbare Dinge verbinden soll, wobei aber unklar ist, ob hier überhaupt zwei inkompatible Ziele vorliegen. Der Begriff wurde als Lösung für ein Problem angeboten, ohne jedoch zu hinterfragen, ob das Problem überhaupt existiert, bzw. unabhängig von den ökonomischen Rahmenbedingungen existiert. Es bleibt ungeklärt, wieso die einen ärmer werden, weil die anderen reicher sind. Die würde z.B. zutreffen, wenn Land knapp ist und im Besitzer weniger wäre. Land ist aber nicht knapp und gleiches gilt für Kapital, was ja letztlich Geld ist. Dieses wird vielleicht knapp gehalten, dann profitieren die, die viel davon haben, aber es ist nicht per se knapp. Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ suggeriert einen trade off zwischen unterschiedlichen Zielen, die der Staat austarieren muss. Die Diskussion verlagert sich von einer Diskussion über ökonomische Sachzusammenhänge hin zu einer „moralischen“ Debatte, wobei allerdings erstmal geklärt werden müßte, ob der Konflikt nicht lediglich durch eine falsche Wirtschaftspolitik entsteht. Eine Notwendigkeit anhand übergeordneten moralischer Vorstellungen einen Kompromiss zwischen sich widersprechenden Zielen zu finden besteht dann nicht, wenn die Ziele sich überhaupt nicht widersprechen.

77. Wie muss der Begriff Chancengleichheit definiert werden, damit er ein sinnvoller Begriff ist?

Antwort 77: Chancengleichheit ist ein zentraler Begriff der öffentlichen Debatte. Un-

klar ist jedoch, was darunter verstanden wird. In der öffentlichen Debatte herrscht oft die Vorstellung, dass Chancengleichheit lediglich bedeutet, wie im Sport, dass alle die gleichen Startbedingungen haben müssen, aber nur einer Sieger sein kann oder allgemeiner formuliert, dass lediglich alle die gleichen Möglichkeiten haben sollen, ein bestimmte Position zu erreichen, die Anzahl der Positionen aber beschränkt ist. Es ist bei dieser Definition damit zu rechnen, dass manche gesellschaftliche Gruppen Widerstand gegen die Chancengleichheit leisten, weil lediglich nach anderen Kriterien umverteilt wird. Letztlich wird bei dieser Definition der hypostasierte trade off zwischen marktwirtschaftlicher Ordnung und sozialem Ausgleich lediglich unter Zugrundelegung eines anderen moralischen Prinzips anders gelöst, ohne ihn jedoch tatsächlich zu lösen, siehe Frage 76. Versteht man unter Chancengleichheit einen Zustand, bei dem alle die gleichen Chancen erhalten, einen hohen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wohlstand zu leisten, besteht dieser trade off nicht, da Chancengleichheit dann bedeuten würde, dass die Chancen des einzelnen die Chancen der anderen nicht mindern sondern diese sogar mehren. Auch bei dieser Definition können es die Vermögensverhältnisse immer weiter auseinanderdriften, allerdings können trotzdem alle profitieren.

78. Pareto versucht anhand von Beispielen aus dem Tierreich zu erläutern, warum ein Ausgleich zwischen divergierenden Interessen anhand moralischer Prinzipien unmöglich ist und überträgt diese Überlegungen auf die soziale und wirtschaftliche Ordnung. Warum hinkt dieser Vergleich?

Antwort 78: Die Tendenz die marktwirtschaftliche Ordnung mit Analogien zum Tierreich zu beschreiben ist nicht neu, „Raubtierkapitalismus“, wäre ein anderes Beispiel. Der einzige Unterschied zu Pareto besteht darin, dass diese Analogien in der Regel eine moralische Bewertung beinhalten, was bei Vilfredo Pareto nicht der Fall ist. Allerdings besteht die Analogie zum Tierreich nicht, denn die marktwirtschaftliche Ordnung ist eine KÜNSTLICHE Ordnung. Konkurrenten sollen eben gerade nicht ausgeschaltet werden, sie sind im Gegenteil für die Funktionsfähigkeit marktwirtschaftlicher Ordnung notwendig. Der Staat hat erst, betont wird das vom Ordoliberalismus, einzugreifen, wenn es eben keine Konkurrenten mehr gibt. Der Wettbewerb sorgt für die optimale Allokation der Ressourcen, dämmt Macht ein und stellt die Preise fest, zu denen ein Produkt bei optimaler Leistungserstellung hergestellt werden kann. Des weiteren ist es der kostengünstigste Kontrollmechanismus, weil es keiner Kontrolle durch eine übergeordnete Behörde bedarf. Einen „moralischen“ Anspruch hat die marktwirtschaftliche

Ordnung nur insofern, als sie einen effizienten Einsatz der Ressourcen fordert. Es wird allerdings nur wenige Leute geben, die die Verschwendung von Ressourcen moralisch überlegen finden. Das Problem von Pareto besteht darin, ein Fehler den wir oft finden, dass er falsche Vorstellungen über wirtschaftliche Zusammenhänge hat und aufgrund dieser falschen Vorstellungen Zielinkompatibilitäten vermutet, wo de facto keine bestehen. Bestehen Zielinkompatibilitäten haben wir tatsächlich ein moralisches Problem, weil es in diesem Falle ein moralisches Kriterium braucht, um die Ziele auszutarieren. Bestehen diese Inkompatibilitäten aber gar nicht, bedarf es auch keines moralischen Kriteriums, das den Ausgleich herstellt.

Léon Walras

79. Léon Walras bezeichnet abwechselnd die Physik, die Astronomie und die Hydraulik als das methodologische Paradigma der Volkswirtschaftslehre. Was müsste er beweisen, um diese Aussage zu untermauern?

Antwort 79: Die Frage, ob die Methoden der Physik, also die mathematische Modellierung, auf die Volkswirtschaft übertragen werden kann, wird alle paar Jahre intensiv diskutiert und hat inzwischen auch die Massenmedien erreicht. Die Frage könnte relativ einfach beantwortet werden. Ist das Erkenntnisobjekt der Wirtschaftswissenschaften mit dem Erkenntnisobjekt der Physik strukturell ähnlich, dann können auch die gleichen Methoden zur Analyse angewandt werden. Ist das nicht der Fall, dann geht es nicht. Merkwürdigerweise wie die Frage so aber nie diskutiert. Für die Befürworter der mathematischen Modellierung, wie auch für Léon Walras, ergibt sich der wissenschaftliche Charakter ökonomischer Analysen aus der angewandten Methodik, wobei die mathematische Modellierung die Wissenschaftlichkeit garantiert und zwar unabhängig von der Frage, ob diese Methode überhaupt angewandt werden kann.

80. Inwiefern widerspricht ein Ansatz, der von der Möglichkeit die wirtschaftliche Entwicklung quantitativ zu prognostizieren ausgeht, der marktwirtschaftlichen Ordnung?

Antwort 80: Die Stärke der marktwirtschaftlichen Ordnung liegt darin, dass sie mehrere Alternativen zur Lösung eines Problems anbietet, die miteinander im Wettbewerb stehen, wobei sich die überlegene Lösung am Markt durchsetzt. Das ist das Kernproblem planwirtschaftlicher Ordnungen. Da eine zentrale Planungskommission sich auf eine Alternative festlegt, können konkurrierende Lösungsansätze nicht miteinander

verglichen werden. Wir können davon ausgehen, dass sich in marktwirtschaftlichen Ordnungen die optimale Alternative durchsetzt, wir wissen aber nicht von vorneher ein welche. Wüsste man dies, könnte man ja gleich die optimale Lösung durch eine zentrale Planungskommission festlegen. Die quantitative Bestimmung der zukünftigen Entwicklung setzt notwendig voraus, dass die optimale Alternative bereits bekannt ist. Dies ist aber nicht der Fall. Wäre die optimale Alternative bereits bekannt, wäre die zentrale Planung überlegen. Die zentrale Planungskommission wüsste mehr als der Markt und sollte dann auch die Wirtschaft zentral lenken.

81. Inwiefern lassen sich Gleichgewichte mit den Methoden der mathematischen Modellierung einfacher analysieren?

Antwort 81: Im Gleichgewicht ändert sich nichts, so ist ein Gleichgewicht nun mal definiert. Die *ceteris paribus* Klausel, also die Annahme, dass sich außer den betrachteten Parametern nichts ändert und die als Nebendingung in jede Art von mathematischer Modellierung aufgenommen wird, ist im Gleichgewicht tatsächlich zutreffend. Die oft genannte *ceteris paribus* Klausel ist also unnötig, wenn gleichgewichtige Zustände analysiert werden. Die Beschreibung ökonomischer Zusammenhänge mittels Gleichungssystemen, Funktionen, linearer Optimierung, Lagrange Funktion, Simplex Algorithmus etc. setzt eine stabile Beziehung zwischen den Parametern voraus, die in das Modell eingehen. Im Gleichgewicht ist das der Fall. Das Ziel der Volkswirtschaftslehre ist für Léon Walras die Beschreibung von Gleichgewichten. Sein Buch hat kein anderes Thema. Hier kann die mathematische Modellierung mehr oder weniger sinnvoll angewendet werden, auch wenn sich die Quintessenz seiner Erkenntnisse in zwei, drei kurzen Sätzen zusammenfassen lässt. Die Frage ist nur, ob die Beschreibung von Gleichgewichten das Ziel der Volkswirtschaftslehre ist.

82. Bei Léon Walras ist es allein der Preis, der zu einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage führt. Bei Alfred Marshall der Preis und die Menge. Wieso ist das so?

Antwort 82: Der Ansatz von Alfred Marshall ist wesentlich komplexer als der von Léon Walras. Alfred Marshall unterscheidet zwischen der kurzen, mittleren und langen Frist. In der kurzen Frist kann die Produktion nicht ausgedehnt werden, die Anpassungslast trägt von daher der Preis. In der mittleren Frist kann sich die Produktion anpassen, allerdings ändert sich die Produktionsstruktur nicht. In der langen Frist kann sich die Produktionsstruktur anpassen. In der mittleren und langen Frist haben wir also eine

Preis- und Mengenanpassung. Léon Walras betrachtet nur die (sehr kurze) Frist. In dieser kurzen Frist liegt die Menge fest. Die gesamte Anpassungslast liegt also auf dem Preis.

83. Léon Walras geht von einem Markt aus, bei dem Güter lediglich getauscht, aber nicht produziert werden und der am Ende der Periode geräumt sein muss. Kann unter diesen Bedingungen eine Deckungsbeitragsrechnung durchgeführt werden?

Antwort 83: Bei der Deckungsbeitragsrechnung werden nur die Kosten angesetzt, die ursächlich im Zusammenhang stehen mit der Entscheidung das Produkt anzubieten oder nicht. Das heißt die fixen Kosten, die unabhängig von dieser Entscheidung sind, werden nicht angesetzt. Solange der am Markt erzielbare Preis höher ist, als die Kosten, die unmittelbar mit der Entscheidung das Produkt anzubieten oder nicht zusammenhängen, wird zumindest ein Teil dieser fixen Kosten gedeckt. Wird aber lediglich eine vorhandene Menge an Gütern getauscht bzw. gegen Geld verkauft und der Markt muss geräumt sein, dann gibt es überhaupt keine Entscheidung. Der Preis wird dann ausschließlich von der Nachfrageseite bestimmt, der Anbieter muss schlicht zu jedem Preis anbieten bzw. verkaufen. Der Fischverkäufer, der am Ende des Tages alle seine Waren verkauft haben muss, hat keine Optionen. Da er gar keine Entscheidungen treffen kann, kann er auch keine Deckungsbeitragsrechnung durchführen.

84. Unter welchen Bedingungen führt eine erhöhte Nachfrage lediglich zu einer Preis-anpassung und unter welchen Bedingungen führt eine erhöhte Nachfrage lediglich zu einer Mengenanpassung?

Antwort 84: Das sind zwei Extremszenarien, die man oft in der Literatur abstrakt beschrieben findet, allerdings fällt es schwer, auch reale Beispiele dazu zu finden. Kann zu einem bestimmten Preis jede Menge angeboten werden, anders formuliert die Stückkosten sind unabhängig von der Menge konstant, und ist die Wettbewerbsintensität ausreichend hoch, dann führt eine erhöhte Nachfrage lediglich zu einer Mengenanpassung. Die Anbieter können auf die erhöhte Nachfrage nicht mit einer Preiserhöhung reagieren, weil die Konkurrenten diesen erhöhten Preis unterbieten würden. Nur wenn die erhöhte Nachfrage bei allen Mitbewerbern nur mit erhöhten Kosten zu realisieren ist, wird es zu einer Preis und Mengenanpassung kommen. Umgekehrt umgekehrt. Kann die Menge nicht angepasst werden, wird also zu jedem Preis immer die gleiche Menge angeboten, dann führt eine erhöhte Nachfra-

ge lediglich zu einem Preisanstieg. Diese Situation hätten wir z.B. bei einem reinen Tauschmarkt verderblicher Güter, der am Ende geräumt werden muss. Dies wäre also mehr oder weniger der Fall, den Léon Walras als typisch unterstellt. Eine ähnliche Situation haben wir im Kunstmarkt, wenn es nur ein oder wenige Exemplare gibt.

85. Können wir ohne Kenntnis der Fixkosten Aussagen darüber treffen, ob das allgemeine Gleichgewicht von Léon Walras langfristig stabil ist?

Antwort 85: Können wir nicht. Die Tatsache, dass der Markt geräumt wurde, heißt noch lange nicht, dass ein Marktgleichgewicht vorliegt. Wurden die Kosten nicht gedeckt, werden sich die Tauschverhältnisse in der nächsten Periode ändern. Sind die Fixkosten über mehrere Perioden konstant, liegt dem Gleichgewicht eine Deckungsbeitragsrechnung über diese Perioden zugrunde. Wenn die Fixkosten aber abgebaut werden können, dann wird sich ein anderes Gleichgewicht ergeben. Léon Walras nimmt keine Trennung zwischen Fixkosten und variablen Kosten vor, wodurch Aussagen über die Stabilität des Gleichgewichts unmöglich werden.

Carl Menger

86. Beschreiben Sie das erste und das zweite Gossensche Gesetz.

Antwort 86: Die Gossensche Gesetze sind ein Beispiel dafür, dass ein intuitiv einsichtiger Zusammenhang mathematisch modelliert wurde. Das es sich um eine Trivialität handelt, ist dieses Gesetz sogar universell gültig. Das 1. Gossensche Gesetz besagt, dass der Grenznutzen mit zunehmendem Konsum abnimmt und das 2. Gossensche Gesetz besagt, dass die Haushalte ihr Einkommen so verwenden werden, dass der Grenznutzen in jeder Verwendung gleich ist. Das führt dann zu einer nutzenmaximierenden Verwendung des Einkommens, weil es keine Möglichkeit mehr gibt, durch Umschichtungen die Situation zu verbessern.

87. Wie lässt sich aus dem Gossenschen Gesetz der fallende Verlauf der Nachfragekurve ableiten?

Antwort 87: Mit steigendem Konsum sinkt der Nutzen und da der Nutzen sinkt, wird die Zahlungsbereitschaft abnehmen. Eine höhere Menge kann also nur zu einem niedrigeren Preis abgesetzt werden.

88. Wieso dürfte in der Realität der fallende Verlauf der Nachfragekurve nicht mit dem Gossenschen Gesetz erklärbar sein?

Antwort 88: Dass Gossensche kann den fallenden Verlauf der Nachfragekurve nur dann erklären, wenn von einem Gut tatsächlich eine größere Menge konsumiert wird, was für Lebensmittel zutrifft. Von den allermeisten Gütern wird aber nur ein Stück konsumiert, es gibt von daher keinen fallenden Grenznutzen mit zunehmendem Konsum. Ob ein Produkt erworben wird, hängt von der absoluten Nutzen / Preis Relation ab und die wird eben um so besser, je billiger ein Produkt ist. Je billiger es ist, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass es sich gegen ein anderes Produkt durchsetzt. Dies erklärt den fallenden Verlauf der Nachfragekurve.

89. Ist Privateigentum für eine marktwirtschaftliche Ordnung eine Voraussetzung?

Antwort 89: Hier müsste erstmal definiert werden, was man darunter versteht. Ohne Privateigentum gibt es kein monetäres Anreizsystem. Niemand ist motiviert, wenn er zwar ein höheres Gehalt erhält, aber ihm dieses anschließend zur Gänze wieder abgenommen wird. Anders verhält es sich mit dem Anlagevermögen. Diese ist bereits weitgehend in öffentlicher Hand, auch in Staaten mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Kapitalgesellschaften sind zwar überwiegend im Privatbesitz, der Besitz ist aber soweit gestreut, insbesondere bei Aktiengesellschaften, dass die Besitzer keinen Einfluss nehmen können auf die Führung des Unternehmens. Die Unternehmen könnten auch im Staatsbesitz sein, wie z.B. bei der DB oder zu einem Großteil bei VW, wenn der Staat auf die Unternehmensführung keinen Einfluss nimmt. Entscheidend ist nicht, wem das Anlagevermögen gehört. Entscheidend ist, ob eine ausreichende Wettbewerbsintensität gewährleistet ist. Diese wäre naheliegenderweise gering, wenn das gesamte Anlagevermögen in Staatsbesitz ist, weil die Politik es sich nicht wird verkneifen können, auf die Unternehmensführung Einfluss zu nehmen. Denkbar ist aber ohne weiteres eine sehr breite Streuung des Aktienbesitzes. Die marktwirtschaftliche Ordnung braucht nur Wettbewerb und entsprechende Anreizsysteme. Wem das Anlagevermögen gehört, ist zweitrangig.

90. Für Carl Menger ist Privateigentum durch die Knappheit wirtschaftlicher Güter bedingt. Inwiefern ist diese Argumentation mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht vereinbar?

Antwort 90: Erstmal wird die Volkswirtschaftslehre immer begründen müssen, warum eine bestimmte wirtschaftliche Ordnung das Allgemeinwohl stärker fördert als eine andere. Um Partikularinteressen zu bedienen, bräuchte man ein moralisches Prinzip, das wissenschaftlich belastbar dargestellt werden kann. Des weiteren lässt sich eine Wirtschaftsordnung, die lediglich Partikularinteressen bedient, in einer Demokratie langfristig nicht durchsetzen. Das Argument, dass knappe Güter rationiert und deshalb in Privateigentum überführt werden müssen, rechtfertigt Eigentum nicht, denn die Frage bleibt, nach welchen Kriterien rationiert wird. Nach der Logik von Carl Menger ist Privateigentum sowohl von der Entstehungsseite wie auch von der Verwendungsseite her unbestimmt. Von der Entstehungsseite her kann es auf Raub basieren und von der Verwendungsseite völlig unproduktiv sein, in beiden Fällen hätte es die Wirkung knappe Güter zu rationieren, wäre aber in einer marktwirtschaftlichen Ordnung inakzeptabel, bzw. würde ein marktwirtschaftliches System zusammenbrechen lassen. Eigentum ist dann sinnvoll und notwendig, wenn es die richtigen Anreizsysteme schafft, das heißt in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, dass es das Ergebnis einer sich am Markt dokumentierten Leistung ist.

Abgesehen davon lassen sich natürlich auch andere Rationierungskriterien denken. Knappe Güter könnten z.B. nach der Bedürftigkeit verteilt werden.

91. Für Carl Menger ist der Wert eines Gutes ausschließlich durch die subjektive Wertschätzung bestimmt, die die Menschen diesem Gut beimessen. In welchen Szenarien ist diese Annahme richtig?

Antwort 91: Die These ist natürlich dann richtig, wenn sich die Menge gar nicht anpassen kann, weil sie festliegt. Der Preis für ein Bild, wenn es ein Unikat ist, zum Beispiel hängt ausschließlich von der Wertschätzung der potentiellen Käufer ab. Nimmt man es aber ganz genau, dann ist die Aussage von Menger aber nicht mal in diesem speziellen Szenario richtig, denn der „Wert“ ist gar keine ökonomische Größe, nichts, was sich am Markt konkretisiert. Bekannt ist lediglich, was jemand für ein Bild bezahlen kann und will, aber nicht der Wert, den er diesem Bild zuschreibt. Was sich am Markt dokumentiert ist ein Preis und keine Wertschätzung. Derjenige, für den das Bild einen hohen Wert hat, der aber nicht über die nötige Kaufkraft verfügt, kann von dem überboten werden, der das Bild in eine Abstellkammer stellt, aber eine höhere Kaufkraft hat. Den Wert, den jemand einem Gut beimisst, kennen wir gar nicht. Wir kennen nur den Preis, den er dafür bezahlt hat. Der „Wert“ ist ökonomisch irrelevant.

Dem Anbieter ist nicht geholfen, wenn die Leute seine Produkte zwar hochschätzen, aber nicht bezahlen können.

Karl Marx

92. Für Karl Popper ist der Marxismus ein Beispiel für Historizismus. Der Historizismus unterstellt geschichtliche Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten, die eine Prognose über die Entwicklung der Gesellschaft erlauben. Das ist zwar richtig, aber welche Erklärungskraft hat dies für die Analyse konkreter Wirtschafts- und Sozialsysteme?

Antwort 92: Der Marxismus selbst hat für die Analyse konkreten Wirtschaftssysteme überhaupt keine Bedeutung und zwar aus dem schlichten Grund, dass Karl Marx die zentralen wirtschaftlichen Fragen wer, was, wie für wen produziert, gar nicht diskutiert. Karl Marx versucht lediglich nachzuweisen, dass der „Kapitalismus“ schlußendlich an seinen eigenen Widersprüchen zerbricht. Mit welchen Steuerungsmechanismen die Wirtschaft gelenkt wird, wenn die Expropriateure erstmal expropriert sind, bleibt vollkommen offen. Die praktische Relevanz ist in etwa so groß wie die von „Der Untergang des Abendlandes“ von Oswald Spengler und anderer zahlreicher Werke, die den Gang der Geschichte aus vermeintlichen Tendenzen ableiten wollen. In der Praxis spielte der Marxismus in den Staaten des Ostblocks nur insofern eine Rolle, als er offizielle Staatsdoktrin war. Es gibt aber noch ein viel grundsätzlicheres Problem.

Will man nachweisen, dass eine bestimmte Weltanschauung das Handeln der einzelnen oder zumindest eines relevanten Teils der Mitglieder der Gesellschaft leitet, müsste man dies empirisch belegen. Möglicherweise trifft das für die Führung zu, obwohl der Autor auch dies bestreiten würde, weil man sich in praktischen Fragen aus dem oben genannten Grund nach dem Marxismus gar nicht ausrichten kann. Plausibler aber als die Annahme, dass die Bevölkerungsmehrheit ihr Verhalten nach einer bestimmten Weltanschauung ausrichtet, ist die Annahme, dass sie auf Anreizsysteme reagiert. Das ist deshalb wahrscheinlich, weil der Teil, der nicht auf Anreizsysteme reagiert, entscheidende Positionen nicht besetzen wird. Popper dürfte also völlig falsch liegen. Ausschlaggebend für totalitäre oder autoritäre Systeme ist nicht die Weltanschauung, sondern das Anreizsystem.

93. Worin unterscheidet sich der Begriff „Gebrauchswert“ von der Präferenz der Konsumenten?

Antwort 93: Bei Marx hat eine Ware, unabhängig von der in dieser Ware inkorporierten Arbeit, nur dann einen Tauschwert, wenn sie auch einen Gebrauchswert hat. Im Gegensatz zum Tauschwert jedoch, der quantitativ bestimmbar ist, je mehr Arbeit sich in einer Ware verkörpert, desto größer ihr Tauschwert, ist der Gebrauchswert nicht quantitativ bestimmt. Er liegt entweder vor oder nicht. Hinsichtlich des Tauschwertes sind Güter vergleichbar, ein Gut ist ein Vielfaches eines anderen und damit ist auch das Tauschverhältnis bestimmt. Hinsichtlich des Gebrauchswertes sind bei Marx alle Güter gleich. Der Preis eines Wirtschaftsgutes war also in sozialistischen Wirtschaften rein durch die in dem Gut inkorporierte Arbeit determiniert. Die Nachfrage spielte keine Rolle. Wer also ein Gut mit 9 Arbeitseinheiten besaß, konnte damit X, Y, Z mit jeweils drei Einheiten erwerben. Der Wert einer Ware wird allein von der Angebotsseite bestimmt. Eine Ausrichtung nach den Präferenzen der Bevölkerung ist dann, von allen anderen Problemen, z.B. der Annahme der Homogenität der Arbeit, nicht möglich und ist auch tatsächlich nur unzureichend erfolgt.

Das Bild ändert sich, wenn der Gebrauchswert nicht mehr nur vorliegt oder nicht, sondern eine unterschiedliche Ausprägung haben kann, die Präferenzen der Konsumenten eine Rolle spielen. Dann kann es sein, dass mit einem Gut, das 9 Einheiten an Arbeit inkorporiert hat nicht mehr X, Y, Z mit jeweils 3 Einheiten kauft, sondern das Gut A, das zwar nur 7 Einheiten an Arbeit inkorporiert hat, dafür aber einen höheren Nutzen stiftet. Damit wird natürlich die gesamte Arbeitswertlehre hinfällig. Arbeit ist dann kein homogenes Gut mehr. Sein Wert hängt dann vom Preis ab, den sie am Markt erzielen kann.

94. Die neoklassische Theorie gilt als Gegenspieler des Marxismus. Inwiefern ähneln sie sich?

Antwort 94: Sie ähneln sich stark im methodologischen Ansatz. Das wirtschaftliche Geschehen wird weniger von Entscheidungen unter Risiko bestimmt, als von universell gültigen ökonomischen Gesetzen. In beiden Richtungen haben wir nicht „Kapitalisten“ und Arbeitnehmer, sondern Kapital und Arbeit. Dieses fließt, da weder das Kapital noch die Arbeit bewusste Entscheidungen treffen können, von alleine, mühelos und sofort in die optimale Verwendung. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass bei Karl Marx das gesamte Thema Allokation schlicht ignoriert wird, da dies für Karl Marx kein Problem darstellt. Die Neoklassik thematisiert es zwar, aber die Reaktion auf die Knappheitssignale des Marktes erfolgt rein mechanisch ohne eine bewusste Entscheidung.

95. Was ist der letztlich entscheidende Unterschied zwischen dem Marxismus und der neoklassischen Theorie?

Antwort 95: Der Marxismus teilt mit der klassischen Theorie die Vorstellung, dass der Lohn nie das Existenzminimum überschreiten kann. Die Arbeitswertlehre ist im Grunde überflüssig. Würde die Konkurrenz zwischen den Leuten die Arbeit suchen den Lohn nicht auf das Existenzminimum drücken, wäre Arbeit knapp, könnte der „Mehrwert“ jeden x-beliebigen Wert annehmen. Ob die „Kapitalisten“ lediglich das bezahlen, was für die „Reproduktion der Arbeitskraft“ nötig ist oder deutlich mehr, wie in der Realität, ist eine Frage der Machtverhältnisse und dies ist wiederum eine Frage, wie knapp Arbeit ist.

Die Neoklassik geht davon aus, dass Arbeit bei einem Lohnniveau knapp wird, das über dem Existenzminimum liegt bzw. nur dann macht die Logik Sinn. Unterhalb des Existenzminimums ist die Aussage sinnlos, weil die Arbeiter ja dann sterben und da tote Arbeiter keine Arbeit suchen, besteht unterhalb des Existenzminimums auch kein Überangebot an Leuten die Arbeit suchen. Der Arbeitsmarkt ist auf der Höhe des Existenzminimums oder darunter immer ausgeglichen.

Arbeitslosigkeit kann es in der Welt der Neoklassik nur dann geben, wenn die Gewerkschaften, der Staat oder individuelle Vorstellungen einen Lohn fordern, der den Wert dessen, was diese Arbeit produziert übersteigt. Die „Kapitalisten“ werden nie einen Lohn bezahlen, den sie am Markt nicht durchsetzen können. Sie sind aber andererseits gezwungen, einen höheren Lohn zu bezahlen, wenn sie mit anderen Unternehmen um den knappen Faktor Arbeit konkurrieren. Siehe auch Frage 11,23, 26,37,67,71.

96. Weder im Marxismus noch in der neoklassischen Theorie spielt die unternehmerische Leistung eine Rolle insbesondere wird sie nicht vergütet. Die Vergütung der unternehmerischen Leistung wird entweder dem Kapital oder der Arbeit zugeschlagen, welche aber wiederum homogene Faktoren sind. Welche Rolle spielt der Staat unter diesen Auspizien?

Antwort 96: Da sich sowohl in der Neoklassik wie auch im Marxismus die Wirtschaft quasi naturgesetzlich entwickelt spielt die politische Sphäre keine Rolle. Der Staat kann die wirtschaftliche Entwicklung zwar bremsen, letztlich werden sich aber

die universellen Gesetze der Ökonomie durchsetzen. Der Staat spielt keine Rolle. Die Logik ist allerdings etwas wirr. Wenn es eines Unternehmers gar nicht bedarf, wenn die Allokation der Ressourcen quasi automatisch vor sich geht, Innovationen sich naturgesetzlich vorhersagen lassen, Anreizsysteme unnötig sind, dann könnte das Verteilungsproblem schnell gelöst werden. Alle bekommen das gleiche.

97. Welcher Schwierigkeit begegnet man, wenn man in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung eine Entlohnung nach Leistung einführt?

Antwort 97: Das erste Problem ist, dass Leistung nur an einer Planerfüllung gemessen werden kann. Da keine konkurrierenden Alternativen vorliegen, lässt sich erstmal gar nicht messen, ob die Leistung gut, schlecht oder mittelmäßig ist. Weiter müssen die Leistungsträger immer damit rechnen, dass eine Übererfüllung des Solls in der nächsten Periode zur Norm wird und die Boni dann gestrichen werden. Betriebe werden eher versuchen, ein niedriges Planziel durchzusetzen und sie werden nicht versuchen, den Nachweis zu liefern, dass dieses Planziel überschritten werden kann. Davon haben sie langfristig nichts.

Des weiteren würde eine dauerhaft höhere Entlohnung zu Unterschieden im Vermögen führen. Das kann man zwar über eine höhere Besteuerung wieder ausgleichen, aber dies ist in jeder Wirtschaftsordnung möglich. Dass dieses höhere Vermögen zur Aneignung von Produktionsmitteln verwendet wird, kann man zwar auch verhindern, aber der Besitz von Produktionsmitteln ist gar nicht der springende Punkt. Die Produktionsmittel können auch in marktwirtschaftlichen Ordnungen breit gestreut sein.

98. Sozialistische Planwirtschaften führen zu einem blühenden Schwarzmarkt und einer Tauschgesellschaft. Warum ist das so?

Antwort 98: Da die Präferenzen der Nachfrager bei der Kalkulation der Preise keine Rolle spielen, die Preise richten sich ja nach der in den Waren inkorporierten Arbeit, kommt es zu keinen Marktgleichgewichten. Von den Gütern, wo die Nachfrage das Angebot übersteigt kann, unabhängig von der Tatsache, dass auch kein Anreiz besteht dies zu tun, nicht mehr angeboten werden, da dies nur zu höheren Preisen möglich wäre und bei Gütern, wo das Angebot die Nachfrage übersteigt, wird nicht weniger angeboten. Auf dem Schwarzmarkt wird dann das korrekte Tauschverhältnis wieder hergestellt.

99. *Inwiefern sind in einer sozialistischen Planwirtschaft alle Arbeitnehmer verbeamtet?*

Antwort 99: Bürokratien sind erstmal durch die Tatsache gekennzeichnet, dass die optimale Leistungserstellung unbekannt ist, weil es ja nur einen Anbieter gibt. Ansätze dieses Problem zu lösen finden sich auf der www.economics-reloaded.de. Beschrieben wird dort ein System, wie es in Berlin eingeführt wurde. Damit ist auch die angemessene Vergütung eines Beamten nicht zu ermitteln. Gäbe es mehrere Anbieter, so könnte der jeweils günstigste eine Prämie erhalten. Die Entlohnung von Beamten beruht also auf formalen Kriterien wie Ausbildung und Alter. Weiter hat der Beamte, wie in sozialistischen Planwirtschaften, eine Beschäftigungsgarantie. Der Anreiz einen Minderperformer zu versetzen ist relativ gering, weil er irgendwo ja weiter beschäftigt werden muss. Des weiteren haftet er nicht persönlich für Fehlentscheidungen. Genau wie in der sozialistischen Planwirtschaft haftet für Fehlentscheidungen die Allgemeinheit. Die Vergütung ist von der Leistung völlig abgekoppelt. Selbst wenn man leistungsgerecht bezahlen wollte, wäre dies nicht möglich, weil ein Maßstab, an dem diese Leistung gemessen werden könnte, fehlt. Es besteht auch keine Notwendigkeit, sich an strukturelle Veränderungen anzupassen. Der Dienstherr kann dies zwar verordnen, aber nur wenig tun, wenn passiv Widerstand geleistet wird. An Umstrukturierungen besteht in Bürokratien kein Interesse, wenn dies ein völlig anderes Qualifikationsprofil und damit Neueinstellungen erforderlich machen würde, denn dies würde zu keinen Einsparungen führen, da das bisherige Personal einen Fixkostenblock darstellt, der nicht abgebaut werden kann. All dies gilt für sozialistische Planwirtschaften wie auch für Bürokratien.

John Maynard Keynes

100. *Nennen Sie Beispiele für das Phänomen, dass von komplexen Theoriegebäuden nur einzelne isolierte Vorstellungen übernommen wurden.*

Antwort 100: Eines der bekanntesten Beispiele ist die „unsichtbare Hand“ des Marktes von Adam Smith. Der Begriff selbst hat eigentlich keinerlei Erklärungskraft. Um den Begriff zu verstehen, muss die Theorie dahinter bekannt sind und der Begriff taucht in *Wealth of Nations* auch nur einmal auf. Trotzdem ist es diese Idee, zusammen mit der gleichermaßen relativ bedeutungslosen Arbeitsteilung, die die meisten Leute mit Adam Smith verbinden. Andere Beispiele wären die komparativen Kosten von David Ricardo, ein praktisch irrelevantes Konzept, oder das Saysche Gesetz, das im Originaltext eine völlig andere Bedeutung hat. Die berühmte „schöpferische Zer-

störung“ von Joseph Schumpeter ist weit weniger relevant, als seine Geldtheorie. Die soziale Marktwirtschaft ist letztlich ein Begriff, der sich jeder Definition entzieht.

101. Nennen Sie Gründe, die erklären könnten, wieso ein Konzept kanonisiert wird.

Antwort 101: Die Gründe für dieses Phänomen sind höchst unterschiedlich und die Frage kann auch nicht abschließend beantwortet werden. Die Gründe dürften dieselben sein, die auch dazu führen, dass manche Verse Bestandteil des öffentlichen Bewußtseins werden. („Grau mein Freund ist alle Theorie / und grün des Lebens goldner Baum“, „Es irrt der Mensch / solange er strebt“, „Wahnsinn, aber mit System“, „Das Ende meiner Sprache, ist das Ende meiner Welt“ etc. etc..)

Manchmal, wie etwa bei dem Begriff schöpferische Zerstörung, erhält eine intuitiv verständliche Aussage, eine plastische Formulierung. Das ist z.B. bei der „schöpferischen Zerstörung der Fall“. Manchmal dienen solche Formulierungen der politischen Propaganda, wie etwa der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ und wurde ein Begriff mit erheblichen finanziellen Mitteln ins öffentliche Bewusstsein gerückt, dann verbleibt er da. Ein anderer Tatbestand, der bei der Kanonisierung hilft, ist die Möglichkeit zur mathematischen Modellierung. Damit lässt sich erklären, dass von den 800 Seiten von ‚Principle of Economics‘ von Alfred Marshall nur das Kreuz aus Angebot und Nachfrage überlebt hat. Keynes wurde reduziert auf das IS-LM Modell, weil dieses eine graphisch / mathematische Modellierung seiner Theorie darstellt. Die Tatsache, dass der methodische Ansatz darüber bestimmt, was überhaupt untersucht wird, findet sich am deutlichsten bei Antoine Cournot. Dieser sagt schlicht, dass er sich nur mit den ökonomischen Problemen befasst, die sich mathematisch modellieren lassen.

102. Fassen Sie kurz zusammen, welche zentralen Elemente marktwirtschaftlicher Ordnungen von Keynes nicht in Frage gestellt werden.

Antwort 102: Jede Wirtschaftsordnung muss die Frage beantworten wer, was, wie für wen produziert. Das stellt die Frage nach dem Steuerungsmechanismus. Der Steuerungsmechanismus ist in marktwirtschaftlichen Ordnungen der Preis, der relative Knappheitsverhältnisse anzeigt. Das Preissystem erzwingt und ermöglicht die optimale Allokation der Ressourcen im Verhältnis zur Nachfrage.

103. Was ist Kapital?

Antwort 103: Kapital ist in der klassischen und neoklassischen Theorie immer nicht konsumiertes Einkommen der Vergangenheit. Unterschiede gibt es in der klassischen und neoklassischen Theorie (und auch zwischen den Autoren der jeweiligen Strömungen) hinsichtlich der Frage, wo das Einkommen herkommt, aber Kapital ist immer das Resultat nicht konsumierten Einkommens aus der Vergangenheit.

104. Was ist der Zins in der klassischen Theorie?

Antwort 104: Da Kapital in der klassischen Theorie nur entstehen kann, wenn jemand auf Konsum in der Gegenwart verzichtet, bedarf es für die Kapitalbildung eines Opfers, dem Verzicht auf Konsum in der Gegenwart. Dieser Verzicht wird nur geleistet, wenn es hierfür eine Kompensation gibt und diese Kompensation ist der Zins. Ein hoher Zins garantiert, dass der geringere Konsum in der Gegenwart durch einen höheren Konsum in der Zukunft ausgeglichen wird.

105. Beschreiben Sie warum der Zins in der klassischen Theorie ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung ist.

Antwort 105: Preise im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung zeigen relative Knappheiten. Steigende Preise zeigen an, dass die Nachfrage im Verhältnis zum Angebot groß ist und induzieren ein Einströmen von Ressourcen in diesen Bereich mit dem Ergebnis, dass die relative Knappheit verringert wird. Sinkende Preise deuten auf ein Überangebot hin und induzieren ein Abströmen von Ressourcen. Hohe Zinsen zeigen also an, dass die Nachfrage nach Kapital groß ist, dass es also Investoren gibt, die rentable Projekte realisieren wollen und können, die auch hohe Zinsen erwirtschaften. Es lohnt sich also zu sparen. Niedrige Zinsen zeigen an, dass die Nachfrage nach Kapital gering ist, die Rendite der Investitionen also niedrig sind. Der Zins hat also die gleiche Funktion, wie der Preis für Kartoffeln auf dem Kartoffelmarkt. Er signalisiert Knappheitsverhältnisse und ermöglicht und zwingt diese zu beseitigen.

106. Erklären Sie, was Wicksell unter einem natürlichen Zins versteht.

Antwort 106: Der natürliche Zins bei Wicksell hat nichts zu tun mit dem natürlichen Zins bei Adam Smith. Der natürliche Zins ist der Zins, der die Ressourcenallokati-

on zwischen Investitionsgütern und Konsumgütern so aufteilt, dass sie mit den Präferenzen der Konsumenten in Einklang ist. Der natürliche Zins beeinflusst also das Preisgefüge nicht. Hiervon unterscheidet er den Geldzins, der vom Bankensystem festgelegt wird. Liegt der Geldzins, also der Zins, den Leute erhalten, die ihr Geld auf ein Sparkonto legen, unter dem natürlichen Zins, dann ist der Konsumverzicht nicht ausreichend, um die Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die die Investoren bei diesem niedrigen Geldzins realisieren wollen. Zu diesem niedrigen Geldzins haben die Investitionen einen Umfang, der die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft übersteigt. Die Konsumenten sind bei diesem niedrigen Zinssatz nicht bereit, in ausreichendem Maße auf Konsum zu verzichten, wodurch die Produktion von Konsumgütern nicht zurück geht, was aber notwendig wäre, um bei begrenzten Ressourcen in der Vollbeschäftigung die Produktion von Investitionsgütern auszudehnen. Es kommt zur Inflation. Des weiteren werden die Erwartungen mancher Investoren sich nicht erfüllen, weil die Investitionen teurer werden als ursprünglich geplant und damit nicht rentabel.

107. Zeigen Sie, dass auch die klassische und neoklassische Theorie unter Kapital letztlich Geld versteht.

Antwort 107: Die klassische und die neoklassische Theorie, wie auch der Marxismus, gehen davon aus, dass Kapital mühelos in jede Verwendung fließen kann. Für den natürlichen Zins von Adam Smith und die Grenzproduktivität des Kapitals der Neoklassik ist dies die Bedingung. Wäre Kapital gebunden, könnte also nicht neu alloziert werden, gäbe es weder den natürlichen Zins im Sinne von Adam Smith noch die Grenzproduktivität des Kapitals. Allein Kapital in seiner liquidesten Form, also in Geld, kann in jede Verwendung fließen. Des weiteren gibt es noch einen ganz prosaischen Grund, der darauf schließen lässt, dass die Klassik zwischen Kapital und Geld nicht unterscheidet. Die Begriffe werden als Synonyme verwendet. In anderen Zusammenhängen allerdings wird implizit zwischen Geld und Kapital unterschieden, siehe Frage 107.

108. Obwohl die Klassik, siehe Frage 106, zwischen Geld und Kapital nicht unterscheidet, führt nur die Vermehrung von Geld zur Inflation, nicht aber die Vermehrung von Kapital. Wie lässt sich das erklären?

Antwort 108: Kapital ist in der Vorstellung der Klassik und Neoklassik, wie auch im Marxismus, ein Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben. Kapital ist von daher

immer durch konkrete Güter hinterlegt. Das „Kapital“ steigt von daher zwangsläufig parallel zur Güterproduktion. Es ist, wie Gold, nicht beliebig vermehrbar. Geld wiederum wird als etwas gesehen, das beliebig vermehrbar ist, folglich durch nichts gedeckt ist. Der „Wert“ der Güter ist von der umlaufenden Geldmenge völlig unabhängig. Steigt die Geldmenge, so entspricht eben eine größere Geldmenge dem immer noch gleichen Wert der Güter.

109. Was erwartet jemand, der heute 50 Euro bekommt?

Antwort 109: In Normalfall hat er für die 50 Euro eine Leistung erbracht und die Leistung, die er dafür erbracht hat, musste so groß sein, dass er sich der Mühe unterzogen hat, sie zu erbringen. Er muss also eine Vorstellung davon haben, was diese 50 Euro eigentlich wert sind. Diese Vorstellung bildet sich aus der Erfahrung, die er in der Vergangenheit mit 50 Euro gemacht hat, wobei er davon ausgeht, dass die in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen auch in der Zukunft zutreffen. Es ist von daher unerheblich, ob die Güter, die er kaufen will, bereits produziert worden sind oder ob sie erst in der Zukunft produziert werden. In beiden Fällen werden seine Hoffnungen nicht enttäuscht werden und er ist glücklich.

110. Inwiefern könnte man zugespitzt sagen, dass Kapital von der Vergangenheit gedeckt ist, Geld von der Zukunft?

Antwort 110: Für den ersten Teil der Frage siehe 107. Für den Wert des Geldes kommt es nicht darauf an, ob der Gegenwert bereits besteht. Entscheidend ist lediglich, ob der Gegenwart dann produziert wird, wenn die Forderung eingelöst werden soll. Geld ist also ein Anspruch auf ein Produktionspotential, aber nicht notwendigerweise auf vorhandene Güter.

111. In der klassischen Theorie ist Kapital ein Produktionsfaktor und der Zins der Preis für Kapital. Erklären Sie, warum das aus der einzelwirtschaftlichen, mikroökonomischen Sicht, richtig ist.

Antwort 111: Ein Unternehmen oder ein Haushalt kann nur investieren bzw. ein langfristiges Konsumgut kaufen, wenn es vorher entweder Kapital angespart hat, oder sich Kapital, das andere vorher angespart haben, leiht. Ob das Unternehmen allerdings Kapital anspart, bzw. sich gegen die Zahlung eines Zinssatzes Kapital leiht, hängt von den

erwarteten Renditen ab. Auf jeden Fall ist aber Kapital aus privatwirtschaftlicher Sicht ein knappes Gut. Stünde es in jeder Menge zur Verfügung, wie etwa Sonnenlicht, das jeden anderen Produktionsfaktor bei weitem überragt, aber kostenlos zur Verfügung steht, wäre es kein Produktionsfaktor. Bezogen auf die Gesamtwirtschaft ist die Argumentation aber falsch, weil Kapital schlicht Geld ist, das in beliebiger Menge produziert werden kann.

112. Erläutern Sie warum bei Vollbeschäftigung der Zins ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung ist, das heißt ein Knappheitssignal ist und für die optimale Allokation der Ressourcen notwendig ist.

Antwort 112: Siehe hierzu auch Frage 105. Ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung signalisiert Knappheit und ermöglicht und erzwingt die Allokation der Ressourcen in den Bereich, wo die Knappheit größer ist. Ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung kann es also nur da geben, wo ein Gut oder ein Produktionsfaktor knapp ist und zwischen mehreren Alternativen gewählt werden muss. Dieser Fall liegt in der Vollbeschäftigung vor. Ein hoher Zins induziert eine höhere Sparquote und damit eine geringere Konsumquote. Hierdurch werden Ressourcen freigesetzt, die dann für die Produktion von Investitionsgütern verwendet werden können, die wiederum einen höheren Konsum in der Zukunft ermöglichen. Der höhere Konsum in der Zukunft ist gewährleistet, denn andernfalls wäre die Investition nicht rentabel.

113. Man kann auch einfacher als in 112 argumentieren. Wie?

Antwort 113: Ein hoher Zins macht alle Investitionen, die diesen Zins nicht bedienen können unrentabel. Je höher dieser Zins also ist, desto weniger wird investiert. Die Überbeschäftigung wird beendet.

114. Für die Klassik ist Kapital, also nicht konsumiertes Einkommen aus der Vergangenheit, eine Voraussetzung für Investitionen. Stimmt dies wenigstens in der Vollbeschäftigung?

Antwort 114: Nein. Wie Schumpeter zutreffend feststellt, stimmt dies auch nicht in der Vollbeschäftigung bzw. diese Perspektive suggeriert einen nicht vorhandenen Zusammenhang. Suggestiert wird, dass Kapital, also nicht konsumierte Einnahmen aus der Vergangenheit ein Produktionsfaktor ist. Kapital ist nie ein Produktionsfaktor. Der Zins ist in der Vollbeschäftigung ein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung.

In der Vollbeschäftigung verteilt er die Ressourcen auf Konsumgüter und Investitionsgüter. Kapital allerdings, nicht konsumiertes Einkommen aus der Vergangenheit, ist aus makroökonomischer Sicht, und dies ist die einzig relevante Sicht, nie ein Produktionsfaktor.

115. In der Vollbeschäftigung hat der Zins eine Allokationswirkung, siehe Frage 111. Warum hat der Zins in der Unterbeschäftigung, das ist das Szenario von dem Keynes ausgeht, keine Allokationswirkung und ist kein Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung?

Antwort 115: Fasst man den Zins als Preis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung auf, dann kann er wie jeder andere Preis auch eine Funktion nur dann haben, wenn er Knappheitsverhältnisse signalisiert. In der Vollbeschäftigung tut er das, denn die dann knappen Ressourcen müssen zwischen Konsumgütern und Investitionsgütern aufgeteilt werden. In der Unterbeschäftigung sind aber die Ressourcen nicht knapp und folglich gibt es dort sowenig einen Preis, wie es einen Preis für Sonnenlicht oder Luft gibt. Man kann sowohl Investitionsgüter wie auch Konsumgüter produzieren.

116. Welche Funktionen hat der Zins in der keynesianischen Theorie?

Antwort 116: Da Kapital kein Produktionsfaktor ist und Investitionen mit Geld finanziert werden, das aus makroökonomischer Sicht nie knapp ist, kann der Zins nicht die Funktion haben, die ihm in der Klassik zugeschrieben wird. Tatsache ist aber, dass es ihn gibt, von daher stellt sich die Frage, welche Funktion er eigentlich hat. Zum einen deckt der Zins schlicht die Verwaltungskosten der Banken. Er ist, neben den Gebühren für Finanzdienstleistungen aller Art, Kontoführung, Gebühren bei Überweisung ins Ausland, Gebühren für Leistungen im Zusammenhang mit gerichtlichen Auseinandersetzungen etc. die Haupteinnahmequelle der Banken. Zweitens deckt er das Risiko der Banken ab. Er muss so hoch sein, dass er die Abschreibungen auf Forderungen ausgleicht, also im statistischen Mittel die Banken einen Gewinn erwirtschaften.

117. Wieso kommt es zu keiner Geldvernichtung bei Tilgung eines Kredites, wenn der Kredit aus Mitteln vergeben wurde, die vorher angespart wurden, sehr wohl aber, wenn die Kredite auf einer Ausdehnung der Geldmenge durch die Zentralbank beruhen?

Antwort 117: Wenn A in der Vergangenheit weniger konsumiert hat, als er eingenommen hat, kann er das Geld B ausleihen. Zahlt B das Geld zurück, hat A es wiederbekommen. Es wurde kein neues Geld geschaffen und bei der Rückzahlung des Kredites auch keines vernichtet. Das Geld zirkuliert weiter. Leiht sich A das Geld von einer Bank und diese refinanziert sich bei der Zentralbank, dann wird neues Geld geschaffen. Tilgt A den Kredit, tilgt die Bank ihre Verbindlichkeiten bei der Zentralbank und diese wird das Geld vernichten.

118. Welche Wirkung hat ein hoher Zins in der klassischen Theorie und welche Wirkung hat er in der keynesianischen Theorie?

Antwort 118: In der klassischen Theorie sorgt ein hoher Zins für eine hohe Sparquote. Das bedeutet entweder, dass viel Kapital für Investitionen zur Verfügung steht oder, wie Wicksell meint, die Konsumenten hohe Volumina an Ressourcen für Investitionen zur Verfügung stellen. In der keynesianischen Theorie, die von Unterbeschäftigung ausgeht gibt es keine trade off zwischen der Produktion von Konsumgütern und der Produktion von Investitionsgütern und erst recht ist angespartes Kapital keine Bedingung für Investitionen. Der Zins ist für Keynes erstmal nur eine Hürde, die Investitionen überspringen müssen.

119. Bei Adam Smith gibt es einen natürlichen Profit. Was ist das und kann es so was auch in der keynesianischen Theorie geben?

Antwort 119: Für Adam Smith ist Kapital ein knapper Produktionsfaktor. Er muss von daher optimal alloziert werden. Optimal alloziert ist er, wenn die letzte Einheit in allen Verwendungen den gleichen Profit erwirtschaftet, denn dann macht eine Reallozierung keinen Sinn mehr. Es herrscht ein Gleichgewicht. In der keynesianischen Theorie kann es so was nicht geben, weil Kapital gar kein Produktionsfaktor ist. Es ist letztlich Geld und Geld kann in beliebiger Menge produziert werden und etwas was reichlich vorhanden ist, braucht man nicht optimal zu allozieren. Man verwendet es schlicht überall da, wo es noch irgendeinen Sinn stiftet.

120. Für David Ricardo ist Kapital die Bedingung für Investitionen. Das Wachstum der Wirtschaft kommt zum Erliegen, wenn die Lebensmittelpreise so ansteigen, dass die von den „Kapitalisten“ zu zahlenden Löhne so hoch sind, dass die Profite nicht mehr ausreichen, um neue Investitionen zu induzieren. Möglichst geringe Löhne als

Resultat hoher Arbeitslosigkeit fördern also das Wirtschaftswachstum. Macht diese Logik unter dem Blickwinkel der keynesianischen Theorie Sinn?

Antwort 120: Das macht aus keynesianischer Sicht überhaupt keinen Sinn. Zwar geht Keynes davon aus, dass Arbeitslosigkeit existiert, doch er sieht darin ein Übel. Da Kapital für Investitionen nicht nötig sind, sind niedrige Löhne auch nicht die Bedingung für Wirtschaftswachstum.

121. Keynes kommt zu der verblüffenden Aussage, das klingt im ersten Moment marxistisch, dass allein die Arbeit Wert schafft. Wie kommt Keynes zu dieser Aussage?

Antwort 121: Im ersten Moment könnte man glauben, Keynes sei ein Anhänger der Arbeitswerttheorie, die Argumentation ist aber eine völlig andere. In der Klassik gibt es drei Produktionsfaktoren, Arbeit, Kapital und Boden. Den Boden lassen wir jetzt einfach mal außen vor, weil er in modernen Volkswirtschaften nur einen sehr geringen Beitrag zum Volkseinkommen beisteuert. Bleibt Kapital und Arbeit übrig. Da aber Kapital gar kein Produktionsfaktor ist, verbleibt als einzige Größe die Anspruch auf eine Entlohnung hat nur noch die Arbeit übrig.

122. Keynes macht auch eine im ersten Moment verblüffende These zum Merkantilismus, einer aus heutiger Sicht völlig obsoleten Theorie. Wie argumentiert Keynes?

Antwort 122: Im Merkantilismus hat die Vergrößerung des Goldbestandes oberste Priorität. Je höher die Goldreserven eines Landes, desto reicher ist es. Das hat eine gewisse Logik, wenn Gold das einzige Zahlungsmittel ist. Ist dieses Zahlungsmittel reichlich vorhanden, dann sinkt der Zins und je niedriger der Zins, desto geringer die Hürden, die eine Investition überspringen muss. Ist Gold das einzige Zahlungsmittel, bzw. wird irrtümlicherweise vermutet, dass es das einzig stabile Zahlungsmittel ist, dann kann die Geldmenge nur durch Import von Gold vermehrt werden. Man kann in der Tat vermuten, dass in Staaten die erfolgreich eine merkantilistische Wirtschaftspolitik betrieben haben, die Zinssätze niedriger waren.

123. Warum ist der Geldmarkt aus makroökonomischer Sicht überhaupt kein Markt im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung?

Antwort 123: In einem Markt im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung trifft Ange-

bot und Nachfrage aufeinander. Der Marktpreis wird vom Angebot und der Nachfrage determiniert. Es wird die Menge angeboten, die zu dem Preis, den die Konsumenten zahlen können und wollen von den Anbietern auch tatsächlich hergestellt werden kann. Der Marktpreis rationiert also beide Parteien. Manche Nachfrager waren nicht bereit oder nicht fähig den Marktpreis zu bezahlen und manche Anbieter waren nicht fähig oder bereit, es zu diesem Preis zu produzieren. Beim Geld allerdings kann es auf der Anbieterseite keine Rationierung geben, denn die Produktion von Geld kostet schlicht nichts. Die Rationierung von Geld hat nichts mit den Produktionskosten zu tun. Die Rationierung von Geld erfolgt aufgrund makroökonomischer Größen, etwa weil in der Vollbeschäftigung eine „Überhitzung“ der Wirtschaft befürchtet wird, siehe Frage 46.

124. Hat der Zins eine Lenkungsfunktion für tatsächlich knappe Ressourcen?

Antwort 124: Tatsächlich knappe Ressourcen sind vor allem qualifizierte Arbeit und Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Auf diese Ressourcen hat der Zins keinen Einfluss. Die rentablere Investition kann eine bessere Entlohnung bieten und damit die tatsächlich knappen Ressourcen an sich ziehen. Der Zins hat höchstens die Wirkung, dass die tatsächlich knappen Ressourcen geringer entlohnt werden, weil er die Rentabilität eines Projektes senkt. Weiter könnte er den Finanzsektor aufblähen, weil dort aufgrund des Zinses höhere Gehälter bezahlt werden, als in der Realwirtschaft.

125. Könnte das Volkseinkommen steigen, wenn Kapital nur aus einem Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen herkommen könnte?

Antwort 125: Theoretisch ja, praktisch wohl eher nicht. Entsteht das „Kapital“, also Geld für investive Zwecke, dem Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben, dann wird die Geldmenge nicht vermehrt. Sie bleibt also konstant. Manche Leute haben Geld angespart, dieses Geld verliehen und erhalten es anschließend wieder zurück. Ein immer größeres Volkseinkommen muss dann also mit einer konstanten Geldmenge umgesetzt werden. Das geht nur, wenn die Preise sinken. Wenn die Einnahmeseite, Löhne, Gewinne, Einnahmen aus Mieterträgen, Kapitalgewinne etc. konstant bleibt, was in der ersten Periode anzunehmen ist, wenn die Geldmenge nicht steigt, dann kann das höhere Volkseinkommen nur bei sinkenden Preisen absorbiert werden. Genau wie bei der Inflation zuerst die Güterpreise steigen und dann die Einkommen, zumindest wenn diese von der Nachfrage getrieben wird, werden auch bei der De-

flation die Einkommen erstmal konstant bleiben. Bei der Inflation übersteigt aber die Kaufkraft das Angebot, bei der Deflation das Angebot die Kaufkraft. Bei der Deflation haben wir also einen Vorlauf bei den Kosten, insbesondere der Löhne, bei der Inflation haben wir einen Verlauf der Gewinne. Unternehmen ohne Reserven werden in Konkurs gehen. Das deckt sich mit dem empirischen Befund. Deflation ist immer verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit.

126. Sparen ist für die klassische Theorie die Bedingung für Investitionen. In der keynesianischen Theorie ist es exakt umgekehrt. Die Investition ist die Bedingung für Sparen. Keynes argumentiert ausschließlich makroökonomisch. Wie könnte man sich klar machen, dass auch mikroökonomisch Sparen eine Konsequenz von Investieren ist?

Antwort 126: Für eine kreditfinanzierte Investition ist es schlicht völlig egal, woher das Geld stammt. Der Investor, der einen Bankkredit aufnimmt, weiß nicht einmal, ob das Geld, das er erhält aus den Bankguthaben anderer Kunden der Bank stammt, also vorher angespart wurde, oder durch die Zentralbank neu geschaffen wurde, die es dann der Bank zur Verfügung gestellt hat. In beiden Fällen muss er den Kredit zurückbezahlen und folglich interessiert ihn lediglich, ob die Gewinne aus der Investition den Kredit bedienen können. Der einzige Unterschied besteht darin, dass im letztgenannten Fall die Rückzahlung des Kredites zu einer Vernichtung des neugeschaffenen Geldes führt, weil die Zentralbank den Betrag letztlich glatt stellen wird. Stammt das Geld aus Sparvermögen, fließt es an die Entleiher zurück und verbleibt in der Zirkulation.

127. In der klassischen Theorie erfordern Investitionen ein Opfer, weil die Voraussetzung für Investitionen Konsumverzicht ist. Wieso ist das in der keynesianischen Theorie nicht zutreffend?

Antwort 127: Die Antwort ist denkbar einfach. Weil für Investitionen kein Konsumverzicht nötig ist. Das gilt selbst in der einzelwirtschaftlichen Betrachtung. Ein Landwirt, der sich einen Traktor kaufen will, kann das hierfür nötige Geld vorher ansparen und sich den Traktor kaufen. Er kann aber genauso gut einen Kredit aufnehmen, sein Konsumniveau also aufrecht erhalten und diesen Kredit in der Zukunft tilgen. Im Idealfall reichen die zusätzlichen Gewinne aus der Investition aus, um den Kredit zu tilgen. Er erbringt dann überhaupt kein Opfer. Ist dem nicht so, hätte er die Investition besser nicht getätigt. Die erfolgreiche Investition, führt deshalb auch nie zur Inflation, weil sich

das Volkseinkommen proportional oder sogar überproportional zur Vermehrung der Geldmenge erhöht.

128. Was versteht man unter dem Geldschöpfungsmultiplikator?

Antwort 128: Der Geldschöpfungsmultiplikator beschreibt einen von mehreren Mechanismen mit dem Privatbanken Geld aus dem „Nichts“ schöpfen können. Bringt jemand am Anfang des Monats 3000 Euro auf die Bank und hebt täglich 100 Euro ab, dann liegen im Schnitt 1500 Euro auf der Bank, die diese verleihen kann. Da dies Millionen von Leuten tun, ist dies eine beträchtliche Summe. Die Zentralbanken allerdings können diese Kreditschöpfungsmöglichkeiten der Banken einschränken, indem sie die Banken zwingen, mehr Bargeld als zur Geldversorgung der Wirtschaft nötigen ist zu halten. Bei einem Mindestreservesatz von z.B. 100 Prozent müssten die Banken soviel Geld halten, dass sie auch liquide sind, wenn alle Leute am selben Tag ihr gesamtes Bankguthaben abheben. In der Regel ist der Mindestreservesatz aber sehr niedrig.

129. Welche Funktion hat Sparen im Sinne von Verzicht auf Konsum in der keynesianischen Theorie?

Antwort 129: In der Unterbeschäftigung gar keine. Die einzige Wirkung von Sparen in der Unterbeschäftigung ist, dass die Nachfrage noch weiter zurückgeht. Die klassische Theorie vernachlässigt die Wirkung des Sparens auf die Nachfrage und betont die Bedeutung des Sparens für die Investition. Die Realität ist genau umgekehrt. Sparen hat vor allem eine Wirkung auf die Nachfrage, für Investitionen allerdings ist die Wirkung in der Unterbeschäftigung irrelevant.

130. Warum kann es in der klassischen Theorie keine Arbeitslosigkeit geben?

Antwort 130: In der klassischen Theorie gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder wird das Einkommen konsumiert oder es wird gespart um dann wieder investiert zu werden. Beides schafft Arbeitsplätze. Wenn wir davon ausgehen, dass jeder nur solange arbeitet, bis der Wert des Warenkorbes, den er produziert dem entspricht, den er zu erwerben wünscht, und der Zins das Sparvolumen und das Investitionsvolumen zum Ausgleich bringt, dann kann die Nachfrage nicht zurückgehen.

131. Warum wäre die in der Antwort auf Frage 127 beschriebene Logik auch innerhalb der klassischen Theorie falsch?

Antwort 131: Die klassische Theorie, insbesondere David Ricardo, geht gar nicht von Vollbeschäftigung aus. Vollbeschäftigung ist kein Ziel. Der Beschäftigungsgrad hängt ab vom verfügbaren Kapital. Das verfügbare Kapital reicht um eine bestimmte Menge an Arbeitern bezahlen zu können, aber die klassische Theorie behauptet nirgends, dass alle beschäftigt werden können. Allgemein: Die Tatsache, dass das gesamte Angebot von der Nachfrage absorbiert wird, heißt noch lange nicht, dass Vollbeschäftigung herrscht.

132. Keynes unterscheidet drei Funktionen des Geldes. Was versteht man unter Transaktionskasse?

Antwort 132: Die Transaktionskasse ist das Geld, das zum Umsatz der Waren benötigt wird. Das ist das Geld, das benötigt wird, um eine bestimmte Menge an Waren umzusetzen. Wieviel Geld man tatsächlich braucht, hängt ab von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und dem Anteil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Je größer die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und je größer der bargeldlose Zahlungsverkehr, desto geringer ist die benötigte Menge an Bargeld. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wäre z.B. dann höher, wenn der Lohn wöchentlich bezahlt würde anstatt monatlich. Wird er monatlich bezahlt, muss z.B. 4000 Euro bezahlt werden. Mit weniger Geld kommt man aus, wenn man den Lohn wöchentlich bezahlt. Im letzteren Fall wäre die Verweildauer des Geldes bei den Banken kürzer, die Umlaufgeschwindigkeit höher.

133. Was versteht Keynes unter der Vorsichtskasse?

Antwort 133: Vorsichtskasse ist eine Reserve, die unabhängig vom Zinssatz gehalten wird. Bei der Vorsichtskasse haben wir also keine Gewinnerzielungsabsicht. Es wird gespart, um für eventuelle Widrigkeiten gewappnet zu sein. Die Bedeutung der Vorsichtskasse wird von Keynes als gering eingestuft und wird in der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ auch nicht weiter erörtert. Man kann sich darüber streiten, ob die Vorsichtskasse tatsächlich unbedeutend ist. Soll z.B. die Alterssicherung über einen individuell angesparten Kapitalstock gesichert werden, dann dürften Zinsentscheidungen hierbei zwar nur eine geringe Rolle spielen,

aber die Summen, die hierbei angespart werden können erheblich sein. Denkbar ist sogar ein Szenario, bei dem um so mehr gespart wird, je geringer die Zinsen sind, weil nur so eine angemessene Alterssicherung gewährleistet ist. Wahrscheinlich hat Keynes diese Kasse eingeführt, damit das Konzept der Spekulationskasse deutlicher wird.

134. Was versteht Keynes unter der Spekulationskasse?

Antwort 134: Diese Kasse ist die eigentliche Neuerung von Keynes und etwas schwer zu verstehen. Hierbei geht es um die Frage, warum Menschen Geld zinslos irgendwo „liegen lassen“ anstatt es irgendwo anzulegen. Ein Fall von Spekulationskasse läge z.B. vor, etwas unrealistisch, wenn Leute Geld unter das Kopfkissen legen. Ein Spekulationskasse haben wir aber auch dann, wenn die Leute ihr Geld auf dem Girokonto belassen, wo es keine Verzinsung bringt. Dieses Verhalten ist aus der Sicht der klassischen und neoklassischen Theorie irrational und folgerichtig geht die klassische und neoklassische Theorie davon aus, dass es in der Realität nicht vorkommt. Tatsache ist aber, dass es ein solches Verhalten gibt. In der klassischen Theorie wird entweder konsumiert oder gespart, damit investiert werden kann. Die Frage ist also, warum es sinnvoll sein kann, Geld zinslos zu halten. Das ist dann sinnvoll, wenn befürchtet werden muss, dass das eingesetzte Geld in der Substanz angegriffen wird.

135. Was versteht man unter Liquidität und was unter Liquiditätspräferenz?

Antwort 135: Liquide ist ein Vermögen dann, wenn es jederzeit in jede x-beliebige Verwendung fließen kann. Die maximale Liquidität hat also Geldvermögen, denn mit Geld kann man sich jederzeit alles kaufen. Das heißt im Umkehrschluß, dass eine Investition in liquide Anlagevermögen, die jederzeit in die absolute Liquidität, also Geld, zurückverwandelt werden kann, z.B. börsennotierte Wertpapiere, weit weniger riskant ist, als eine Investition, die nicht mehr zurückverwandelt werden kann. Konkurrieren also zwei Investitionen mit gleichen Renditeerwartungen miteinander, wird die liquide bevorzugt.

136. Inwiefern könnte Kapitalvernichtung, also der Bankrott von Unternehmen und die damit verbundene Entwertung von Anlagevermögen, in der klassischen Theorie zur Arbeitslosigkeit führen?

Antwort 136: Die klassische Theorie diskutiert ausführlich, wie Kapital akkumuliert wird. Die Kapitalvernichtung durch Entwertung von Anlagevermögen aufgrund eines Strukturwandels wird nie diskutiert, obwohl dies in der klassischen Theorie, bei der Kapital auf einem Überschuss der Einnahmen über den Konsum resultiert, ja ein Problem wäre. Die Entwertung von Kapital ist, zumindest aus makroökonomischer Sicht, in der keynesianischen Theorie ein geringeres Problem, weil es ja keines Opfers bedarf, um neues Kapital zu produzieren, denn Kapital ist letztlich Geld.

137. Erklären Sie, warum die Rendite auf Wertpapiere steigt, wenn deren Kurse sinken.

Antwort 137: Einfach. Zahlt jemand 100 Euro für eine Aktie und die Dividende ist 2 Euro, ist das relativ wenig. Zahlt er fünfzig Euro und die Dividende ist 2 Euro, ist das relativ viel.

138. Herrscht Vollbeschäftigung, siehe Frage 128, dann kann eine Volkswirtschaft nach der klassischen Theorie nicht in die Unterkonsumtion geraten. Die bereits erreichte Höhe der Nachfrage bleibt erhalten. Wieso ändert sich das, wenn es jetzt außer konsumieren und sparen / investieren noch Finanzanlagen als Alternative gibt?

Antwort 138: Das ist einer der Knackpunkte der keynesianischen Theorie. In der klassischen Theorie werden allen Einnahmen entweder konsumiert oder angespart um dann investiert zu werden. Damit ist gewährleistet, dass das gesamte Angebot von der Nachfrage absorbiert wird und damit bleibt, wenn wir von Produktivitätsfortschritten absehen, auch der Beschäftigungsgrad erhalten. Eröffnet sich eine dritte Alternative, ändert sich das Bild. Bei gleicher Rentabilität einer Finanzanlage, unabhängig davon, ob diese auf Spekulationen auf Kursänderungen beruht oder auf sich aus der Dividende ergibt, werden Finanzanlagen, Aktien, Bundesobligationen, Rentenpapiere, Staatsanleihen etc. vorgezogen, da sie liquider sind und damit sicherer. Die Kurse von Wertpapieren beruhen aber rein auf Spekulation und haben mit der Realwirtschaft nichts zu tun. Damit hängt die Realwirtschaft von einem Kasino ab, um es mit den Worten von Keynes auszudrücken. Der Finanzmarkt erhöht die Anforderungen an Realinvestitionen.

139. Erläutern Sie die Aussage von Keynes, dass der Zins ein Preis ist, der für die Aufgabe an Liquidität bezahlt werden muss, nicht aber für das zu erbringende Opfer.

Antwort 139: Die Funktionen, die der Zins in der klassischen und neoklassischen Theorie spielt, hat er in Wirklichkeit nicht. Siehe Frage 124. Folglich fällt die Opfertheorie aus. Denkbar ist aber, dass die Leute ihr Geld in der Spekulationskasse halten, wo es überhaupt keine Erträge erwirtschaftet, also etwa auf dem (fast) zinslosen Girokonto, weil sie befürchten, Verluste zu erleiden, wenn sie die absolute Liquidität aufgeben. Je höher der Zins, desto höher ist die Bereitschaft, zu investieren, sei es in Realinvestitionen oder Finanzanlagen, wobei aber Finanzanlagen erstmal bevorzugt werden, weil sie liquider sind.

140. Üblicherweise verbindet man steigenden Aktienkursen eine florierende Wirtschaft. Wann ist das richtig?

Antwort 140: Es ist dann richtig, wenn die Dividenden steigen, weil die Gewinne der Unternehmen hoch sind. Je höher die Dividenden, desto höher die Zahlungsbereitschaft für eine Aktie.

141. Wie lässt es sich erklären, dass die Aktienkurse auch in einer nur langsam wachsenden Wirtschaft steigern oder sogar in dem Fall, dass die Wirtschaft stagniert, also gar nicht wächst, die Gewinne und damit auch die Dividenden gering sind?

Antwort 141: In einer stagnierenden Wirtschaft ist die Spekulationskasse hoch. Die allgemeine Unsicherheit führt dazu, dass Menschen dazu neigen, ihr Geld schlicht zinslos irgendwo zu parken. Die rentabelste Anlage in dieser Situation sind dann Finanzanlagen, denn diese sind liquide. Das deckt sich mit den empirischen Daten. Das BIP der BRD wuchs in den Jahren 2009 bis 2015 von 2,5 Billionen Euro auf 3 Billionen Euro. Das entspricht einem Wachstum von 20 Prozent. Der DAX allerdings stieg im selben Zeitraum von 4000 Punkten auf über 10000 Punkte. Das entspricht einem Zuwachs von 150 Prozent. Hohe Aktienkursen und damit einhergehende niedrige Rendite von Aktien sind also ein Zeichen einer stagnierenden Wirtschaft. Das Geld fließt nicht mehr in die Realwirtschaft, sondern verpufft auf den Finanzmärkten. Stünden rentable Realinvestitionen als Alternative zur Verfügung, würde wohl niemand in Finanzanlagen investieren.

142. Was ist eigentlich Unsicherheit?

Antwort 142: Allgemein ist Unsicherheit ein Zustand, bei dem nicht alle Informationen vorliegen, die für die Prognose der Zukunft relevant wären. Unklar ist hierbei, ob die

Informationen objektiv nicht vorliegen oder ein subjektives Unvermögen vorliegt, diese zu erlangen. Für Astronomen z.B. besteht hinsichtlich der Position der Venus am Tag X keine Unsicherheit. Sie können das berechnen. Für den Rest der Menschheit ist das extrem unsicher. Für institutionelle Investoren, Banken, Versicherungen, sind Finanzmärkte deshalb sicherer, weil Wertpapiere relativ homogene Produkte sind. Ein Teil der Problematik dürfte also damit zusammenhängen, dass für institutionelle Investoren die Realwirtschaft zu kompliziert ist.

143. Nimmt die Transaktionskasse im wirtschaftlichen Aufschwung zu oder ab?

Antwort 143: Sie nimmt zu, wie man sich unschwer klar machen kann. Hat ein Haushalt früher für 100 Euro eingekauft und kauft jetzt für 200 Euro ein, muss er eben auch statt 100 Euro 200 Euro im Portemonnaie haben.

144. Nimmt die Spekulationskasse im Aufschwung zu oder ab?

Antwort 144: Sie nimmt naheliegenderweise ab. Hält die Zentralbank die Geldmenge konstant, dann muss die Spekulationskasse notwendigerweise schrumpfen, wenn die Transaktionskasse, siehe Frage 140, zunimmt. Irgendwo muss das Geld ja herkommen und von der Vorsichtskasse sehen wir jetzt mal ab. Das bedeutet aber auch, dass die Börsenkurse im Aufschwung SINKEN müssen, wenn die Zentralbank die Geldmenge konstant hält. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Börsenkurse ist genau umgekehrt, wie er in der öffentlichen Debatte dargestellt wird. Nur wenn die Zentralbanken gegensteuern, kann es gleichzeitig ein Wachstum der Wirtschaft und ein Wachstum der Börsenkurse geben.

145. Beschreiben Sie die Zusammenhänge zwischen Zins, Kapitalakkumulation und Allokation in der klassischen Theorie. Wann stimmt diese Theorie?

Antwort 145: Kapitalakkumulation ist in der klassischen Theorie nur möglich, wenn auf Konsum in der Gegenwart zugunsten des Konsums in der Zukunft verzichtet wird. Damit dies geschieht, bedarf es eines Anreizes und dieser Anreiz ist der Zins. Kapital ist damit ein Produktionsfaktor, es ist knapp. Knappe Produktionsfaktoren müssen optimal alloziert werden. Das stimmt aus mikroökonomischer Sicht. Der einzelne kann kein Geld drucken. Will er investieren, muss er auf Ersparnis zurückgreifen. Er wird das tun, wenn er sich von seiner Investition eine hohe Rendite erwartet. Seine Mittel

sind begrenzt, folglich muss er sie optimal einsetzen, das heißt da, wo sie die höchste Rendite abwerfen. Weiter stimmt es in der Vollbeschäftigung. In der Vollbeschäftigung ist eine Ausdehnung der Produktion von Investitionsgütern nur zu Lasten der Produktion von Konsumgütern möglich. Ein hoher Zins sorgt dafür, dass auf Konsum verzichtet wird und die freigesetzten Ressourcen zur Produktion von Konsumgütern verwendet werden können.

146. Erklären Sie, warum die gesamte klassische Theorie zusammenbricht, wenn Kapital schlicht Geld ist und warum die klassische Theorie und die keynesianische Theorie nur in der Vollbeschäftigung zum gleichen Ergebnis kommen.

Antwort 146: Wenn Kapital schlicht Geld ist und damit, aus makroökonomischer Sicht, in beliebiger Menge vorhanden, dann ist sparen, in der Unterbeschäftigung, schlicht nicht nötig und wenn es nicht nötig ist, bedarf es auch keines Anreizes, es zu tun. Da es des weiteren, aus makroökonomischer Sicht, üppig vorhanden ist, besteht auch kein Bedarf es optimal zu allozieren. Überall, wo es irgendwie sinnvoll eingesetzt werden kann, sollte man es einsetzen. Mit der Allokation tatsächlich knapper Ressourcen, insbesondere qualifizierte Arbeit, hat das gar nichts zu tun, denn die rentablere Investition kann über eine höhere Entlohnung die tatsächlich knappen Ressourcen ohnehin anziehen. In der Vollbeschäftigung allerdings kommt die keynesianische Theorie und die klassische Theorie zum selben Ergebnis, auch wenn der Begründungszusammenhang ein total anderer ist. In der Vollbeschäftigung besteht tatsächlich ein trade off, ein Zielkonflikt, zwischen der Produktion von Konsumgütern und der Produktion von Investitionsgütern. Mehr Investitionsgüter, die einen höheren Konsum in der Zukunft erlauben, können nur zu Lasten der Konsumgüterproduktion produziert werden. Ein hoher Zins dämpft dann den Konsum, stellt damit Ressourcen zur Verfügung, die für die Produktion von Investitionsgütern verwendet werden können.

147. Das Buch von Keynes heißt „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Was bedeutet konkret das Wort „allgemein“?

Antwort 147: Die klassische Theorie beschreibt aus Sicht der keynesianischen Theorie einen Spezialfall, nämlich die Vollbeschäftigung und in der Vollbeschäftigung ist Kapital knapp und hat einen Preis und sparen ist notwendig. In der Unterbeschäftigung trifft dies alles nicht zu. Die keynesianische Theorie deckt beide Fälle ab, den Fall der Unterbeschäftigung und den Fall der Vollbeschäftigung, sie ist also allgemein gültig.

148. Das Buch von Keynes heißt „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“. Verweist der Titel des Buches, dass es um expansive Fiskalpolitik geht?

Antwort 148: In der öffentlichen Debatte wird Keynes reduziert auf expansive Fiskalpolitik oder auf eine antizyklische Fiskalpolitik. In der Rezession soll der Staat investieren, im Boom die in der Krise angehäuften Schulden zurückbezahlen. Das ist eine mögliche Konsequenz der Theorie. Aber ein Buch, das eine allgemeine Theorie des Zinses und des Geldes ist, beschäftigt sich eben, wie ja aus dem Titel des Buches un-
schwer herausgelesen werden kann, mit der Bedeutung des Geldes und des Zinses.

149. In der öffentlichen Debatte wird der Keynesianismus oft als Konjunkturtheorie bezeichnet. Ist das richtig?

Antwort 149: Nein, das ist nicht richtig. Eine Konjunkturtheorie geht davon aus, dass es in der Wirtschaft Schwankungen gibt, Aufschwung, Boom, Abschwung, Rezession, und dass sich diese Schwankungen regelmäßig und gesetzmäßig wiederholen. Ein Beispiel für eine Konjunkturtheorie wären alle Spielarten von Investitionstheorien. Keynes beschreibt nirgends Konjunkturzyklen. Keynes beschreibt ganz fundamentale Denkfehler im ökonomischen Denken, die in allen möglichen Bereichen zu sehr falschen Entscheidungen führen. Siehe Frage 147.

150. Kann die Riester Rente unter den Prämissen der klassischen Theorie erfolgreich sein?

Antwort 150: Dass die Riester Rente scheitern wird, hätte eigentlich jeder sofort sehen müssen. Sie kann nicht mal unter den Prämissen der klassischen Theorie funktionieren. In der klassischen Theorie bringt der Zins Sparen und Investieren zum Ausgleich. Übersteigt das Sparvolumen das Investitionsvolumen, dann sinkt der Zins mit der Wirkung, dass das Sparvolumen sinkt. Umgekehrt umgekehrt. Genau dieser Mechanismus wird aber bei der Riesterrente außer Kraft gesetzt. Subventioniert der Staat das Sparen, dann ist der Preismechanismus außer Kraft gesetzt. Es gibt keine Garantie mehr dafür, dass das Sparvolumen von Investitionen absorbiert wird und das ist um so weniger der Fall, wenn die höhere Sparquote den Konsum senkt, denn kein Investor wird investieren, wenn er die gegebene Nachfrage auch mit den bestehenden Anlagen bedienen kann und noch weniger wird er investieren, wenn diese sogar zurück geht. Die Idee der Riesterrente könnte nur aufgehen, wenn die Investoren jetzt

investieren, weil sie vermuten, dass der Konsum in dreißig oder vierzig Jahren steigt. Das wiederum werden sie nicht tun, denn für einen ungewissen Konsum in ungewisser Zukunft kann man nicht investieren. Sie könnte auch aufgehen, wenn das Sparvolumen in anderen Bereichen abnimmt, so dass sich am Gesamtvolumen nichts ändert. Allerdings spricht nichts dafür, dass dies der Fall ist. Last not least wird Geld gespart und jede Zentralbank kann in einer Nacht mehr Geld drucken, als alles Riester Sparer zusammen in zehn Jahren zusammenriestern können.

151. Kann man die Riesterrente keynesianisch betrachten?

Antwort 151: Könnte man, macht aber keinen Sinn. Man könnte argumentieren, dass die Riesterrente das allgemeine Zinsniveau senkt, da ja das Sparvolumen steigt. Die Präferenz für Konsum in der Zukunft also verstärkt. Ein sinkendes Zinsniveau würde zu mehr Investitionen führen, da die Ansprüche an die Investitionen geringer sind. Allerdings kann das nur funktionieren, wenn die EZB eine restriktive Geldpolitik betreibt, institutionelle Investoren wie Banken also auf das Geld der Sparer überhaupt angewiesen sind. In der Unterbeschäftigung ist es besser, über eine expansive Geldpolitik den Zins zu senken, denn dann bleibt die Nachfrage konstant. Ohne Nachfrage, keine Investitionen, ohne Investitionen, keine Arbeitsplätze und ohne die Arbeitsplätze haben die Leute gar keine Möglichkeit zu sparen. Sie können dann nicht mal riestern.

152. Wie hoch sollte der Zinssatz nach Keynes sein?

Antwort 152: In der Unterbeschäftigung hat der Zins nach Keynes keine marktwirtschaftlich sinnvolle Funktion. Er ist schlicht ein Kostenfaktor und verhindert jede Investition, die nicht ausreichend rentabel ist, um den Zinssatz zu bedienen. Im Idealfall ist er also schlicht Null. In der Realität ist es etwas komplizierter. Kredite werden in der Regel von Banken vergeben und diese haben Administrationskosten. Diese Kosten müssen gedeckt sein. Des Weiteren muss bei einer Kreditschöpfung, siehe Frage 116, garantiert sein, dass das zuvor geschaffene Geld anschließend wieder vernichtet wird. Ist dem nicht so, steigt die Geldmenge ständig. Anders formuliert, die Kredite müssen zurückgezahlt werden. Ist liegt in der Natur der Dinge, dass manche Kredite nicht zurückgezahlt werden und folglich muss ein Risikoaufschlag erfolgen, der in den Zins eingepreist wird. Eine Kompensation für ein Opfer allerdings ist in der Unterbeschäftigung nicht nötig, weil gar kein Opfer zu erbringen ist. Das Opfer ist makroökonomisch sogar schädlich.

153. Lebensversicherer, Pensionsfonds und Sparer im Allgemeinen beschweren sich derzeit über die Niedrigzinspolitik der EZB. Sie sagen, dass die EZB sie „enteigne“. Sind die Klagen berechtigt?

Antwort 153: Die Klagen sind in etwa so berechtigt, wie die Klage desjenigen, der seine Badewanne mit Wasser füllt und sich darüber beklagt, dass der Staat nicht das Leitungswasser vergiftet und so den Wert seines sauberen Wassers in der Badewanne mindert. Niemand hat ein Recht Erlöse aus etwas zu erhalten, das überhaupt nicht knapp ist. Die Frage, ob die Klagen berechtigt oder unberechtigt sind, ist also gleichbedeutend mit der Frage, ob die Sparer etwas ökonomisch Vernünftiges tun oder nicht. Ist es ökonomisch unvernünftig, sollten sie es einfach lassen. Die Sparer würden hohe Zinserträge erwirtschaften, wenn die EZB eine restriktive Geldpolitik betriebe. Soweit ist es richtig. Hohe Zinsen hätten aber geringe Investitionen zur Folge und geringe Investitionen würden zu einer hohen Arbeitslosigkeit führen.

154. Sie finden in der gegenwärtigen Debatte, 2016, oft das Argument, dass die niedrigen Zinsen Staaten dazu verleiten, sich stark zu verschulden. Wie plausibel ist diese These?

Antwort 154: Hohe Zinsen bedeuten schlicht, dass ein Produkt teurer ist, niedrigere Zinsen bedeuten, dass es billig ist. Würde man die These also verallgemeinern, dann würden hohe Verwaltungskosten, geringe Produktivität, teure Roh- Hilf- und Betriebsstoffe den Konsumenten davor schützen, sich übermäßig zu verschulden. Prinzipiell müsste alles teurer sein. Die Realität dürfte weit schlichter sein. Ein Staat, wie auch ein Haushalt oder ein Unternehmen, hat bestimmte Einnahmen und davon hängt eben auch seine Fähigkeit ab, Schulden zu bedienen. Bis zu dem Grad, wo er sich verschulden kann, wird er sich verschulden. Sind die Zinsen niedrig, dann kann er eben auch mehr Schulden aufnehmen. Hinsichtlich der Verschuldung sind die Zinsen allerdings irrelevant, da sich durch die Zinshöhe lediglich die Zusammensetzung zwischen Zins und Tilgung verändert, die absolute Höhe bleibt die gleiche. Ein Problem entsteht erst, wenn die Zentralbank zu einer restriktiven Geldpolitik mit höheren Zinsen übergeht.

155: Die Kredittilgungszeit spielt in der Makroökonomie keine Rolle. Wie lässt sich das erklären und was ist dabei das Problem?

Antwort 155: Die Kredittilgungszeit spielt in der ökonomischen Theorie keine Rolle,

sie spielt aber in der Praxis eine ganz erhebliche Rolle. Der Zins kann noch so niedrig sein, wenn der Kredit innerhalb der festgelegten Zeit nicht getilgt werden kann, dann kann die Investition nicht getilgt werden, egal wie profitabel sie wäre, wenn man über die gesamte Nutzungsdauer der Investition rechnen würde. Man könnte argumentieren, dass der Kredit immer wieder umgeschichtet werden kann. Ein Kredit also durch einen anderen abgelöst werden kann, das kann aber so ohne weiteres nur der Staat. Der Staat kann immer Milliardenkredite zurückzahlen, indem er einen anderen Kredit aufnimmt. Private Investoren haben diese Möglichkeit in der Regel nicht. Ein Haus mit einer Nutzungsdauer von 100 Jahren kann eben nicht gebaut werden, wenn der Kredit in dreißig Jahren getilgt sein muss.

156. Erklären Sie, warum eine expansive Fiskalpolitik einen Eingriff in die marktwirtschaftliche Ordnung bedeutet?

Antwort 156: Expansive Fiskalpolitik bedeutet, dass der Staat direkt investiert. Entweder investiv, Autobahnen baut, bzw. von Unternehmen bauen lässt, Schulen saniert, Forschung und Entwicklung fördert, Wohnraum schafft oder eben konsumtiv, das heißt über Sozialtransfers den Konsum ankurbelt. In der öffentlichen Debatte dominiert das Argument, dass der Staat hierdurch Ressourcen an sich zieht, die andernfalls von der Privatwirtschaft effizienter eingesetzt werden könnten. Dieses Argument ist kaum stichhaltig, weil in einer Situation der Unterbeschäftigung der Staat Ressourcen an sich zieht, die andernfalls gar nicht genutzt worden wären. Eine Fehlallokation brachliegender Ressourcen ist logisch unmöglich. Unstrittig richtig ist jedoch, dass der Staat hierdurch Vermögen erwirbt und dieses Vermögen eine Anballung von Macht bedeutet, wenn diese nicht demokratisch legitimiert ist. Hierbei kann der Staat durchaus ein Interesse daran haben, sein Vermögen zu schützen und Wettbewerber am Markteintritt zu hindern. Ein Beispiel hierfür wäre die Deutsche Bahn. Es war Busgesellschaften lange Zeit verboten, parallel zu Bahnstrecken einen Bus - Linienverkehr einzurichten. Die Liberalisierung des öffentlichen Fernverkehrs im Jahre 2012 zeigte dann eindringlich, wie stark die Preise durch eine Liberalisierung fallen können. Ein anderes, ähnlich dramatisches Beispiel, wäre die Telekommunikation. Je mehr Macht der Staat über diesen Weg anhäuft, desto dringlicher ist die demokratische Kontrolle.

157. In der öffentlichen Debatte wird kaum zwischen konsumtiver und investiver Fiskalpolitik unterschieden. Inwiefern ist das ein Fehler?

Antwort 157: Keynes hat durch seine Beispiele, Geld verstecken und wieder ausbuddeln lassen, Bau von Pyramiden, die öffentliche Debatte auf die expansive Fiskalpolitik qua Ausdehnung des Konsums gelenkt, obwohl er in seiner Theorie nur expansive Fiskalpolitik qua Investition behandelt. Das war wohl ein didaktischer Fehler, der dazu geführt hat, dass die ganze Diskussion um die expansive Fiskalpolitik auf die Frage fokussiert, ob die durch den Primärimpuls ausgelösten Sekundäreffekte ausreichen, um die Verschuldung nach Auslaufen der Sekundärimpulse wieder zu reduzieren. Fokussiert man auf eine expansive Fiskalpolitik qua Investition, ist die Argumentation einfacher. Dann verhält es sich wie bei jeder anderen Investition auch. Die Frage ist dann schlicht, ob der höheren Verschuldung ein entsprechender Vermögenswert entgegen steht. Ist dies der Fall, ist überhaupt kein Verlust entstanden.

158. In der öffentlichen Debatte dominiert die Vorstellung, dass eine expansive Fiskalpolitik lediglich ein Strohfeuer entfacht, das heißt die Konjunktur kurzfristig angeheizt werde, ohne jedoch langfristig zur Vollbeschäftigung zu führen. Schlussendlich führe eine expansive Fiskalpolitik lediglich zu einer Zunahme der Staatsverschuldung.

Antwort 158: Das trifft erstmal nur zu, wenn die expansive Fiskalpolitik lediglich konsumtiv war. Bei einer expansiven Fiskalpolitik qua Investition erfolgt eine Buchung der Art ‚Anlagevermögen an Verbindlichkeiten‘. Betroffen sind zwei Bestandskonten und die Wirkung auf das Vermögen ist Null. Es verhält sich wie in der Privatwirtschaft. Bei einer expansiven Fiskalpolitik qua Konsumtion verhält es sich anders. Den Verbindlichkeiten steht kein Vermögen entgegen. Buchhalterisch würde, in der Privatwirtschaft, im Soll ein Aufwandskonto angesprochen, im Haben ein Bestandskonto. Das Vermögen würde sich, betrachtet man den Vorgang isoliert, mindern. Das ist beim Staat nicht anders. Senkt man den Zins weit genug ab und entspricht die Kredittilgungszeit der Nutzungsdauer der Investition gibt es faktisch immer genug Spielraum für eine expansive Fiskalpolitik qua Investition auch in Bereichen mit geringer Produktivität. Man sollte also schlicht die expansive Fiskalpolitik qua Konsumtion auf ein Minimum beschränken.

159. Welcher Zusammenhang besteht zwischen Leistungsbilanz und expansiver Fiskalpolitik?

Antwort 159: Eine expansive Fiskalpolitik, egal ob qua Investition oder qua Konsumtion, erhöht erstmal die Kaufkraft und damit die Nachfrage. Das ist unabhängig von

der Frage, ob der Staat Geld aus der Spekulationskasse zieht oder neues Geld geschaffen wird. Insbesondere bei der expansiven Fiskalpolitik qua Konsumtion hängt der Erfolg, also die Frage, inwiefern sich Arbeitslosigkeit dauerhaft verringern lässt, von den Sekundärwirkungen ab. Wird mehr Geld in Umlauf gebracht, übersteigt die Umsatzsteigerung die in Umlauf gebrachte Geldsumme, da das Geld mehr als einmal die Hände wechselt. Die Sekundäreffekte sind natürlich schwach, wenn die Nachfrage im Ausland befriedigt wird, also der Saldo der Leistungsbilanz, der Saldo aus Import / Export von Waren und Dienstleistungen, geringer wird oder sogar ins Negative dreht. Die Sekundäreffekte fließen dann ins Ausland ab. Es gibt also gute Gründe in einem solchen Fall den Import von reinen Konsumgütern, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht erhöhen, durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden. Den Import von Computern qua Zölle zu unterbinden, auch von gebrauchten Computern, wie Cuba dies tut, ist natürlich ziemlich bescheuert, weil dann die kubanische Bevölkerung vom technischen Fortschritt und Zugang zur Bildung abgeschnitten wird.

160. Erklären Sie, warum bei einer expansiven Geldpolitik die Eingriffe in die marktwirtschaftliche Ordnung geringer sind als bei einer expansiven Fiskalpolitik.

Antwort 160: Eine expansive Geldpolitik ist nur über eine Zinssenkung möglich. Eine Zinssenkung erhöht die Nachfrage nach Geld und nur über eine Nachfrage nach Geld kann die Geldmenge erhöht werden. Angebotsseitig kann die Geldmenge beschränkt werden, sie kann aber angebotsseitig nicht erhöht werden. Da der Zins aber in der Unterbeschäftigung keinerlei Allokationswirkungen hat, weder nach Wicksell, siehe Frage 46, noch in der klassischen Theorie, hat er auch keine Wirkung auf die marktwirtschaftliche Ordnung. Die rentabelste Investition ist die rentabelste Investition, egal wie hoch der Zins ist. Des weiteren werden die Kredite von privaten Wirtschaftssubjekten aufgenommen und folglich kommt es auch zu keiner Vermögensbildung auf Seiten des Staates. Das oft, vor allem von Anhängern des Neoliberalismus und der österreichischen Schule vorgebrachte Argument, dass eine keynesianische Politik zu einer Machtverschiebung zugunsten des Staates führe, kann also maximal für die expansive Fiskalpolitik gelten.

161. Was versteht man unter einem crowding out Effekt und wieso ist dieser Effekt innerhalb der keynesianischen Theorie irrelevant?

Antwort 161: Im akademischen Umfeld wird ausführlich der crowding out Effekt dis-

kutiert als ein Problem keynesianischer Wirtschaftspolitik. Dieser Effekt ist allerdings innerhalb der keynesianischen Theorie vollkommen irrelevant. Eine expansive Fiskalpolitik würde, unter den oben genannten, Frage 155-157, Bedingungen zu einer Erhöhung des Volkseinkommens führen. Das erhöhte Volkseinkommen erfordert eine erhöhte Transaktionskasse, siehe Fragen 129 - 131. Um diese zu erhöhen müssen teilweise Aktien verkauft werden, was deren Kurse sinken lässt. (Worauf wiederum andere, die bis jetzt in der Spekulationskasse verharren Aktien kaufen, denn diese sind jetzt billiger und damit rentabler.) Das lässt die Rendite auf Aktien steigen und das wiederum macht weitere Realinvestitionen unattraktiv, weil sie nicht mit den Finanzanlagen konkurrieren können. Staatliche Investitionen verdrängen also teilweise private Investitionen. Irrelevant ist das deswegen, weil die Zentralbank bis zur Vollbeschäftigung den Zins niedrig halten kann, ohne ihre Ziel der Geldwertstabilität zu gefährden. Die Zentralbank kann den Zins immer unter ein Niveau unterhalb der Rentabilität von Finanzanlagen drücken. Der crowding out Effekt ist gar kein Problem. Das Problem ist, dass die allgemeine Verunsicherung so groß sein kann, dass die Privatwirtschaft nicht investiert und zwar auch dann nicht, wenn die expansive Fiskalpolitik für eine Aufhellung der Stimmung sorgt. Und wenn man innerhalb des IS-LM Modells argumentieren will: Die Zentralbank kann die LM Kurve immer nach rechts verschieben und wird dies bis zur Vollbeschäftigung auch tun.

162. Was versteht man unter dem Multiplikator Effekt?

Antwort 162: Der Multiplikator Effekt zeigt die durch einen Primärimpuls, Ausgaben die das bisherige Ausgabenniveau übersteigen, induzierte Steigerung des Volkseinkommens. Der Multiplikatoreffekt kann theoretisch jeden Wert zwischen eins und unendlich annehmen. Eins ist er zum Beispiel, wenn die Sparquote 100 Prozent ist. Würde z.B. der Staat für 1 Million Euro Beamte einstellen oder einem Bauunternehmer 1 Million für eine Leistung bezahlen wäre der Multiplikator 1, wenn die Beamten oder die Bauunternehmer die 1 Million auf ihr Sparkonto legen und nichts damit tun. Der Staat hat dann auch keine Chance, die eingegangenen Verbindlichkeiten zu decken. Die Verschuldung steigt. Geht man z.B. davon aus, dass der Steuersatz 25 Prozent ist, erhält er 250 000 Euro zurück, die er für die Tilgung verwenden kann. Auf 750 000 Euro bleibt er „sitzen“. Das gleiche Ergebnis erhalten wir, wenn die Beamten und der Bauunternehmer im Ausland einkaufen. Geben Sie aber die verbleibenden 750 000 wieder aus, erhalten Edeka und Lidl 750 000, die dann wiederum 187500 Euro Steuern bezahlen. Die restlichen 562500 werden wieder ausgegeben etc. etc.. Erreicht

die durch den Primärimpuls induzierte Steigerung des Volkseinkommens 4 Millionen, kann der Staat durch die höheren Steuereinnahmen die Verbindlichkeiten glatt stellen. Wie sattsam bekannt, ist der Multiplikator Effekt nicht groß genug, um die Verbindlichkeiten durch Steuererhöhungen zu decken. Das ist insbesondere dann so, wenn das Land die induzierte Mehrnachfrage nicht decken kann, weil die nachgefragten Güter im Inland nicht, nur in einer schlechteren Qualität oder teurer angeboten werden. Expansive Fiskalpolitik sollte von daher immer qua Investition erfolgen, bei der ein echter Vermögenswert geschaffen wird.

163. Die IS Kurve beschreibt alle Kombinationen aus Volkseinkommen und Zins, bei dem der Gütermarkt im Gleichgewicht ist, also das Sparvolumen dem Investitionsvolumen entspricht. Leiten Sie die IS Kurve keynesianisch ab. Starten Sie hierbei bei der exogen vorgegebenen Variable Zins. Leiten Sie dann die IS Kurve klassisch ab. Starten Sie hierbei bei der exogen vorgegebenen Variablen Volkseinkommen.

Antwort 163: Für Keynes ist der Zins die exogen von der Zentralbank vorgegebene Größe. Der Zins kann theoretisch jeden Wert abnehmen. Ist der Zins sehr hoch, dann sind die Investitionen niedrig. Bei konstanter Sparquote braucht es dann auch nur ein geringes Volkseinkommen, damit das Sparvolumen dem Investitionsvolumen entspricht. Je niedriger der Zins, desto höher sind die Investitionen und desto höher muss das Volkseinkommen sein, damit das Sparvolumen diesem Investitionsvolumen entspricht. Bei dieser Interpretation wird zuerst investiert und dann gespart. Das entspricht der Theorie von Keynes.

Das Problem bei dieser Argumentation ist, dass der Zins nur mit Hilfe der Geldmenge verändert werden kann. Die Geldmenge taucht aber in der IS Kurve gar nicht auf. Bei dieser Interpretation kann die Geldmenge nicht konstant sein, weil der Zins vom Geld abhängt. Von daher ist sie schlicht falsch, bzw. es ist die Illustrierung der keynesianischen Theorie anhand eines ungeeigneten Modells.

Man könnte die IS Kurve auch klassisch interpretieren, dann hätte Sie aber mit Keynes nichts mehr zu tun. Bei dieser Interpretation braucht man kein Geld. Ist das Volkseinkommen sehr niedrig, wir gehen von einer konstanten Bevölkerung aus, dann muss der Zins entsprechend hoch sein, um die Leute zum Sparen zu animieren. Auf der anderen Seite sind bei einem niedrigen Volkseinkommen aber auch Investitionen attraktiv, weil das Potential der Wirtschaft bedeutend erweitert werden kann, so dass

die Investoren auch bereit sind, die hohen Zinsen zu bezahlen. Je höher das Volkseinkommen, desto geringer ist das zu erbringende Opfer. Auf dem Niveau des Existenzminimums ist Sparen ein größeres Opfer, als auf einem höheren Lebensstandard. Der Zins ist bei dieser Beschreibung nicht exogen vorgegeben, sondern ist ein Gleichgewichtspreis im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung. In diesem Fall würde zuerst gespart und dann investiert. Das entspricht der klassischen Theorie.

Hier kann man sich die Geldmenge als exogen vorgegeben denken. Diese Beschreibung ist zwar logisch schlüssiger, hat aber mit Keynes nichts zu tun.

164. Inwiefern ist schon der Name IS Kurve irreführend?

Antwort 164: Die hypostasierte Annahmen der Gleichheit von I (investment) und S (saving) suggeriert einen klassischen Zusammenhang. Ob man in der keynesianischen Theorie überhaupt von sparen sprechen kann, kann bezweifelt werden. Es ist zwar in der Tat so, dass ein Teil der Einnahmen, die die Investition generiert nicht konsumtiv verwendet werden kann, weil damit die Kredite getilgt werden müssen, aber ohne die Investition wären die Einnahmen ja gar nicht entstanden. Jemandem der durch die Investition Mehreinnahmen von 10 000 Euro hat zu erzählen, dass er „spart“ oder ein Opfer bringt, weil er davon jetzt 2000 Euro zur Schuldentilgung verwenden muss, ist sinnlos. Die ganze IS Kurve ist irreführend und beinhaltet nicht die zentralen Elemente der keynesianischen Theorie. Das IS-LM Modell dürfte einen entscheidenden Beitrag zum allgemeinen Mißverständnis der keynesianischen Theorie geleistet haben.

165. Beschreiben Sie den Verlauf der LM Kurve mit und ohne Spekulationskasse

Antwort 165: Die LM Kurve, L(liquidity)M(money) beschreibt alle Kombinationen aus Zins und Volkseinkommen, bei der die Geldnachfrage zu dem jeweils gegebenen Zins im Gleichgewicht ist. Soll heißen: Die Transaktionskasse wird vom Einkommen bestimmt und der Zins gibt dann an, wieviel Geld noch in der Spekulationskasse liegt, also zinslos geparkt wird. Je höher der Zins, bzw. die Rendite auf Finanzanlagen, desto weniger Geld wird zinslos geparkt.

Bei einem niedrigen Volkseinkommen ist der Bedarf an Transaktionskasse niedrig. Wenn wir von einer konstanten Geldmenge ausgehen, ist damit die Spekulationskasse hoch. In der Spekulationskasse befinden sich sowohl die, die nur einen geringen Zins

brauchen, um die sicheren Hafen der absoluten Liquidität, nämlich Geld, zu verlassen, wie auch diejenigen, die nur bei einer höheren Rendite den Hafen der absoluten Liquidität verlassen. Daraus können wir schließen, dass in dieser Situation das Maximum an Spekulationskasse bereits in Finanzanlagen abgewandert ist. Die Aktienkurse und die Kurse anderer Finanzanlagen sind demnach hoch und die Renditen niedrig. (Das muss man verstehen. Bei Keynes sind hohe Aktienkurse ein Zeichen einer STAGNIERENDEN Wirtschaft. Leute investieren in Aktien mangels Alternativen.) Steigt nun das Volkseinkommen, so müssen manche Wirtschaftssubjekte Wertpapiere verkaufen und ihre Transaktionskasse auffüllen. Dieser Effekt isoliert betrachtet lässt die Kurse sinken und die Renditen auf Wertpapiere steigen. Andererseits werden aber bei dieser höheren Rendite auch manche, die bislang in der Spekulationskasse verharrten, Wertpapiere kaufen, so dass sich der Effekt teilweise kompensiert. Wenn aber bei einem niedrigen Volkseinkommen die besonders risikofreudigen Wertpapiere gekauft haben und diese jetzt ausgestiegen sind, dann sind jetzt mehr ängstliche in der Spekulationskasse, die einen höheren Zins brauchen um den sicheren Hafen der Liquidität zu verlassen. Das geht solange, bis überhaupt keine Spekulationskasse mehr da ist, und jede Ausdehnung des Volkseinkommens zu einem Zinsanstieg führt, mit dem Realinvestitionen nicht mehr mithalten können. Dieser Bereich der LM Kurve wird fälschlicherweise als klassischer Bereich bezeichnet. Fälschlicherweise deswegen, weil er suggeriert, dass in diesem Bereich Vollbeschäftigung herrscht, was aber überhaupt nicht der Fall sein muss. Die Tatsache allein, dass ein Punkt erreicht werden kann, bei dem die Rendite auf Wertpapiere so hoch ist, dass niemand mehr in Realinvestitionen investiert, heißt noch lange nicht, dass Vollbeschäftigung herrscht.

Die andere Darstellung ohne Spekulationskasse ist sehr viel einfacher und rein klassisch. Steigt das Volkseinkommen, ist der Bedarf an Transaktionskasse größer. Es steht also weniger Geld für Investitionen zur Verfügung, seien es Realinvestitionen oder Investitionen in Finanzanlagen. Je größer das Volkseinkommen, desto größer der Bedarf an Transaktionskasse, desto weniger Geld steht für Investitionszwecke zur Verfügung und desto höher ist der Zins. Irgendwann hat er ein Niveau erreicht, bei dem sich keine Realinvestition mehr lohnt. Bei gleicher Rendite wird immer die Finanzanlage bevorzugt.

Im Grunde ist aber die LM Kurve, wie immer man sie interpretiert, viel Lärm um nichts und die keynesianische Theorie kann man daraus nur mit Mühe ablesen, weshalb Keynes, aus diesem und anderen Gründen, auch wenig von der Darstellung seiner

Theorie anhand de IS-LM Modells hielt. Die Grundidee von Keynes lässt sich einfacher auf den Punkt bringen: Investitionen werden mit Geld finanziert und nicht mit Verzicht auf Konsum.

166. Was versteht man unter dem liquidity trap?

Antwort 166: Unter liquidity trap, Liquiditätsfalle, wird eine Situation verstanden, bei der die Geldpolitik machtlos ist, weil jede Ausdehnung der Geldmenge durch die Zentralbank in der Spekulationskasse verschwindet und weder das Zinsniveau noch die Investitionstätigkeit anregt. Allerdings ist der liquidity trap so wie er gewöhnlich dargestellt wird Unsinn. Brauchen die Banken kein Geld, dann hat die Zentralbank gar keine Möglichkeit, es in den Markt einzuschleusen. Wir haben derzeit, wir schreiben immer noch das Jahr 2016, auch keinen liquidity trap, auch wenn das immer wieder behauptet wird. Die Kurse der Wertpapiere werden durchaus durch die expansive Geldpolitik beflügelt und auch die Renditen sinken, aber der Funke springt nicht über auf die Realinvestitionen.

167. Das gegenwärtige Problem, 2016, der EZB über eine Vermehrung der Geldmenge und eine Senkung des Zinssatzes die Konjunktur anzukurbeln wird in der öffentlichen Debatte of als liquidity trap dargestellt. Warum handelt es sich hierbei ganz offensichtlich nicht um einen liquidity trap?

Antwort 167: Liquidity trap würde bedeuten, dass entweder alles Geld in der Spekulationskasse verschwindet, ein eher unwahrscheinliches Szenario, weil ohne Nachfrage gar kein Geld in den Markt eingeschleust werden kann, oder dass es schlicht unmöglich ist, Geld in den Markt einzuschleusen. Das ist aber nicht das, was tatsächlich passiert. Das Geld wird angenommen. Das Problem ist nur, dass es in Finanzanlagen investiert wird und deren Kurse steigen. Die Rendite sinkt tatsächlich, alles ganz im Einklang mit der keynesianischen Theorie, nur der Funke springt nicht über auf die Realwirtschaft. Theoretisch müssten die Rendite auf Finanzanlagen irgendwann so niedrig sein, dass Realinvestitionen mit einer geringen Rendite attraktiv werden.

168. Der Bereich der LM Kurve, der parallel zur y Achse verläuft wird als ‚klassischer Bereich‘ bezeichnet. In diesem Bereich ist keine Spekulationskasse mehr vorhanden. Wird zusätzliches Geld für Transaktionszwecke gebraucht, müssen Aktien verkauft werden. Deren Kurse sinken, deren Renditen steigen und Realinvestitionen können

mit der Rendite von Finanzanlagen nicht mehr konkurrieren. Inwiefern ist diese Interpretation eine völlige Fehlinterpretation der keynesianischen Theorie, bzw. nur in der Vollbeschäftigung richtig?

Antwort 168: Erstens macht die LM Kurve keinerlei Aussagen zum Beschäftigungsgrad. Die Realwirtschaft kann im „klassischen“ Bereich schlicht jedes Beschäftigungsniveau haben. Zweitens, noch gravierender und den Vorstellungen von Keynes diametral entgegengesetzt, wird suggeriert, das Geld etwas ist, das knapp ist, also so was Ähnliches wie das klassische Kapital. Die Verfügbarkeit von Geld begrenzt dann, wie in der klassischen Theorie, den Beschäftigungsgrad. Das ist kompletter Unsinn. Die LM Kurve geht von einer konstanten Geldmenge aus, was eine völlig irreführende Vorstellung ist. Die zentrale Idee von Keynes, dass der Zins solange abgesenkt werden muss, bis Vollbeschäftigung erreicht ist, geht vollkommen verloren.

169. Warum stimmt die Logik mit dem „klassischen Bereich“ in der Vollbeschäftigung?

Antwort 169: Bei Vollbeschäftigung würde eine Zunahme der Geldmenge zu einer Inflation führen. Das höhere Preisniveau würde eine Zunahme der Transaktionskasse verlangen, was wiederum zu einem Verkauf von Wertpapieren führen würde. Deren Kurse würden sinken, die Renditen steigen und Realinvestitionen können nicht mehr konkurrieren. Es ist dann egal, wieviel Geld die Zentralbank in den Markt schießt, das reale Volkseinkommen wird nicht steigen. In der Vollbeschäftigung gilt die Quantitätstheorie des Geldes, die Preise steigen parallel zur Zunahme des Geldes. In der Vollbeschäftigung kommt die keynesianische und die klassische Theorie zum selben Ergebnis, wobei das aber weitgehend irrelevant ist, denn Vollbeschäftigung ist ein selten vorkommender Spezialfall.

170. Was versteht Keynes unter ‚bottlenecks‘?

Antwort 170: Eine Zunahme der Nachfrage führt nie dazu, dass in allen Bereichen der Wirtschaft die erhöhte Nachfrage nicht mehr bedient werden kann. Bottlenecks, Flaschenhalse, bilden sich nur in einigen Bereichen und in diesen Bereichen werden die Preise steigen. Das führt aber dann auch zu einer allgemeinen Preissteigerung, wenn z.B. bestimmte Gruppen, z.B. die Lohnempfänger, nicht bereit sind, die Senkung ihres Realeinkommens hinzunehmen, oder wenn die gestiegenen Preise der Vorprodukte auf die Endprodukte weitergewälzt werden. Dies allerdings ist ein notwendiger Vorgang

in einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die gestiegenen Preise signalisieren Knappheit, führen zu einem Einströmen von mehr Ressourcen und zu einer Beseitigung der Knappheit. Eine expansive Fiskal- oder Geldpolitik beschleunigt diesen Vorgang lediglich. Ohne diese würde er langsamer ablaufen, aber das Ergebnis wäre das gleiche.

171. Erklären Sie, warum im Lehrbuchfall eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben zu einer Rechtsverschiebung der IS Kurve führt und nicht zu einem Wandern auf der IS Kurve.

Antwort 171: Die IS Kurve funktioniert prinzipiell wie ein Kartoffelmarkt mit dem Unterschied, dass etwas unklar ist, was die abhängige und was die unabhängige Variable ist, siehe Frage 161. Entweder gehört zu einem bestimmten Volkseinkommen ein bestimmtes Sparvolumen, das nur über Investitionen abgesaugt werden kann, wenn der Zins entsprechend ist, oder es gibt einen festen Zins, der dann das Investitionsvolumen festlegt, das wiederum das Volkseinkommen und damit auch das entsprechende Sparvolumen festlegt. Wir nehmen jetzt mal an, dass der Zins die exogene Variable ist. Zu einem bestimmten Zinssatz gehört also ein bestimmtes Investitionsvolumen, wie zu einem bestimmten Kartoffelpreis eine bestimmte Nachfrage an Kartoffeln gehört. Senkt man den Preis für Kartoffeln oder Investitionen, dann wandert man, wie auf jeder Nachfragekurve, auf der Kurve entlang. Eine völlig andere Situation hat man, wenn sich bei gleichbleibendem Preis die Nachfrage nach Investitionen, bzw. Kartoffeln erhöht. Dann wird zum gleichen Zinssatz bzw. Kartoffelpreis eben mehr nachgefragt. Die IS Kurve, bzw. die Kartoffelnachfragekurve verschiebt sich nach rechts. (Nebenbemerkung: Üblicherweise wird auf der y - Achse die endogene Variable abgebildet, folglich wäre auf der IS Kurve der Zins die endogene Variable. In der keynesianischen Theorie ist aber der Zins die exogene Variable. Der Zins wird schlicht von außen vorgegeben. Der Zins bestimmt das Investitionsvolumen, das Investitionsvolumen dann das Einkommen, das zu einem korrespondierenden Sparvolumen führt. Das vernachlässigen hier aber. Das gesamte IS-LM Modell ist kompletter Murks.)

172. Erklären Sie, warum im Lehrbuchfall eine Erhöhung der Geldmenge zu einer Rechtsverschiebung der LM Kurve führt und nicht zu einem Wandern auf der LM Kurve.

Antwort 172: Die LM Kurve beschreibt alle Kombinationen aus Volkseinkommen und Zins bei dem die GEGEBENE Geldnachfrage ausgeglichen ist. Bei keynesianischer Interpretation bedeutet dies, dass der Zins bestimmt, wieviel Geld die Leute bei ge-

gebenem Zins in der Spekulationskasse halten wollen. Ist er zu niedrig, wollen die Leute mehr Geld in der Spekulationskasse halten und ist er zu hoch, eben weniger. Bei der klassischen Interpretation gibt es keine Spekulationskasse. Dann bestimmt der Zins lediglich die Aufteilung in Transaktionskasse und Investitionen. Erhöht man nun die Geldmenge, ändert sich an der Transaktionskasse gar nichts, da sich ja am Volkseinkommen nichts ändert. Erhöht sich das Volkseinkommen, wird mehr Geld für Transaktionszwecke gebraucht. Es steht weniger Geld für Investitionen zur Verfügung, die Zinsen steigen. Unter der fiktiven Annahme, dass die Zentralbank die Geldmenge autonom erhöhen kann, was de facto nicht zutrifft, würde, aus keynesianischer Sicht, die Spekulationskasse zunehmen. Bei gegebener Liquiditätspräferenz ist also zuviel Geld in der Spekulationskasse. Wenn wir davon ausgehen, dass auch ein paar besonders Wagemutige in der Spekulationskasse sind, dann werden diese Wertpapiere kaufen, deren Rendite sinken, die LM Kurve verschiebt sich nach rechts.

173. Die gesamte klassische und neoklassische Theorie ist aus mikroökonomischer Sicht vollkommen richtig und aus makroökonomischer Sicht vollkommen falsch. Erklären Sie das.

Antwort 173: Es dürfte klar sein, dass gesamtwirtschaftlich lediglich die makroökonomische Sicht richtig ist. Wenn ein aus individueller Sicht rationales Verhalten gesamtgesellschaftlich zu einem totalen Chaos führt, dann kann man das nicht gut heißen. Dies würde im übrigen auch der fundamentalsten aller Annahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung widersprechen. Die fundamentalste Annahme der marktwirtschaftlichen Ordnung, die *conditio sine qua non*, ist die Annahme, dass die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt optimiert wird, wenn jeder seine eigene Wohlfahrt optimiert. Siehe Frage 16. Aus individueller Sicht ist sparen immer sinnvoll. Jeder der mehr einnimmt als er verbraucht wird reicher. Tun das aber alle, dann gibt es irgendwann gar keine Einnahmen mehr.

174. Erklären Sie, warum bei Vollbeschäftigung die klassische und neoklassische Sicht so richtig ist, wie sie bei Unterbeschäftigung falsch ist.

Antwort 174: In der Vollbeschäftigung sind alle Annahmen der klassischen und neoklassischen Theorie bzgl. sparen, Kapital, Funktion des Zinses richtig. In der Vollbeschäftigung kann nur durch eine Einschränkung des Konsums die Produktion von Investitionsgütern ausgedehnt werden. Der Zins ist ein Preis im Sinne der marktwirt-

schaftlichen Ordnung. Er hat eine Wirkung auf die Allokation der Ressourcen. Kapital ist zwar auch in der Vollbeschäftigung schlicht Geld und damit kein Produktionsfaktor, wird es aber knapp, dann werden qua Zins weniger rentable Investitionen verhindert.

175. Was versteht man unter der Quantitätstheorie des Geldes?

Antwort 175: Unter der Quantitätstheorie des Geldes versteht man schlicht, dass die Preise proportional zur Geldmenge steigen.

176. Warum kommt die Quantitätstheorie des Geldes und die keynesianische Geldtheorie in der Vollbeschäftigung zum gleichen Ergebnis?

Antwort 176: Es gibt in der Vollbeschäftigung kein brachliegendes Produktionspotenzial mehr, das durch Geld aktiviert werden könnte. Ein durch Geld geschaffener Zuwachs an Kaufkraft kann unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr befriedigt werden. Es kommt zur Inflation. In der keynesianischen Theorie würde der Bedarf an Transaktionskasse steigen und so das zusätzlich geschaffene Geld absaugen.

177. In der öffentlichen Debatte finden wir oft das Argument, dass keynesianische Politik strukturelle Probleme nicht lösen kann. Stimmt das?

Antwort 177: Das stimmt nur teilweise. Es ist zweifelsohne richtig, dass sowohl eine expansive Fiskalpolitik wie auch eine expansive Geldpolitik wirkungslos verpuffen, allerhöchstens den nationalen Handel eine zeitlang beleben, wenn allein das Ausland die Güter anbietet, das Ausland die Güter billiger anbietet oder in besserer Qualität. Trotzdem gibt es aber Bereiche, wo die nationale Wirtschaft etwas Sinnvolles produzieren könnte, auch wenn die Produktivität niedrig ist. Allerdings nur, wenn auch die Zinsen niedrig sind. In diesem Fall muss der Import reiner Konsumgüter, die die Produktivität nicht steigern, radikal unterbunden werden und Vollbeschäftigung erreicht werden, wenn auch auf niedrigem Produktionsniveau. Hierfür sind keine Geldtransfer aus dem Ausland nötig. Geldtransfers sind nur sinnvoll, wenn damit Investitionsgüter gekauft werden. Entscheidend ist aber der know how Transfer. Das heißt konkret. Manche afrikanischen Länder müssen den Import von Gütern des täglichen Bedarfs, Nahrung, Kleidung, einfache Werkzeuge, Lehrmaterialien, Straßen, Wohnraum etc., die auch bei geringer Produktivität erstellt werden können weitgehend, abgesehen von Notlagen, radikal einschränken und die Produktion solcher Güter durch eine Poli-

tik des billigen Geldes fördern. Das können sie auch mit ihrer nationalen Währung tun.

178. Als großer Fortschritt werden in der öffentlichen Debatte Mikrokredite gehandelt. Sind diese tatsächlich relevant?

Antwort 178: Mikrokredite behandeln Kapital als knappes Gut. Irgend jemand muss sparen und dieser jemand verlangt eine Belohnung für sein Opfer, also einen Zins. Für Kleinbauern, fliegende Händler, kleine Schneidereien, kleine Handwerksbetriebe etc. kann dieser Zins schon zu hoch sein und des Weiteren hat er keine gesamtwirtschaftliche Funktion. Es reicht, wenn der ausgereichte Kredit zurückbezahlt und das zuvor geschaffene Geld wieder vernichtet wird. Ist diese Bedingung erfüllt, können beliebig viele Projekte realisiert werden. Der Mikrokredit suggeriert das Vorhandensein eines klassischen Zusammenhanges, nämlich das Kapital knapp ist. Kapital ist aber überhaupt nicht knapp, es ist schlicht Geld und kann in der nationalen Währung in beliebiger Menge zur Verfügung gestellt werden. Dies zu tun wäre eine Aufgabe der jeweiligen nationalen Regierungen.

179. Keynes prognostiziert den Tod des Rentiers, also der Bevölkerungsschicht, die von Kapitalerträgen lebt. Das macht ihn für viele Leute verdächtig, qualifiziert ihn als Sozialisten. Wieso ist Keynes dem Marxismus diametral entgegengesetzt?

Antwort 179: Bei Marx ist Kapital ein Produktionsfaktor und der limitierende Faktor für die Arbeit. Die Arbeit ist ein Anhängsel des Kapitals. Zwar ist Arbeit die Quelle des Kapitals, aber genau deshalb ist Kapital eben knapp. Bei Keynes ist Kapital überhaupt kein Produktionsfaktor und damit bleibt als einziger Produktionsfaktor nur noch Arbeit übrig. Die Kapitalisten werden beim jüngsten revolutionären Gericht auch nicht vom Proletariat expropriert. Das machen derzeit die Zentralbanken. Die produzieren, 2016, derzeit jeden Monat mehr Kapital qua Druckmaschine, als alle Kapitalisten der Welt in zehn Jahren akkumulieren können. Marx zermartert sich dann das Hirn über die Entwicklung der Profitrate. Das Problem hat Keynes schon gelöst. Die kann schlicht Null sein, denn sie hat eh keine gesamtwirtschaftliche Funktion. Allerdings stellt Keynes die Funktion von Preisen nicht in Frage. Sie signalisieren Knappheit und ermöglichen bzw. erzwingen damit auch die Beseitigung von Knappheit, wohingegen Marx den Markt schlicht abgeschafft hat. Damit rückt bei Keynes natürlich die individuelle Leistungsfähigkeit in den Vordergrund. In der Keynes Welt nützt es nicht viel, auf einem Berg Kapital zu sitzen und sich dort auszuruhen, denn der innovative Mitwerber kann

seine überlegene Idee mit Krediten durchsetzen. Dass dies relativ oft geschieht, haben wir in den letzten zwanzig Jahren, wo ganze einst mächtige Branchen durch das Internet platt gemacht wurden, eindrucksvoll vor Augen geführt bekommen.

Ordoliberalismus

180. Inhaltlich sind Ordoliberalismus, Soziale Marktwirtschaft, Österreichische Schule und Neoliberalismus schwer von einander abzugrenzen, teilweise werden einzelne Autoren manchmal dieser, manchmal jener Richtung zugeordnet. Beschreiben Sie die drei Ziele, die mit unterschiedlicher Gewichtung von allen vier Strömungen angestrebt werden.

Antwort 180: Ziel des Ordoliberalismus ist die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs. Der Wettbewerb wird hierbei als effizienter und objektiver Kontrollmechanismus gesehen. Der Unterschied zu Adam Smith besteht darin, dass Adam Smith nicht daran glaubte, dass der Staat gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorgehen könne. Im Fokus der Sozialen Marktwirtschaft steht der Ausgleich zwischen sozialer Balance und Effizienz. Da die soziale Marktwirtschaft, wie auch die anderen drei verwandten Strömungen, auf der klassischen und neoklassischen Theorie beruhen, wird davon ausgegangen, dass sozialer Ausgleich und Effizienz in Widerspruch zueinander stehen. Die österreichische Schule und der Neoliberalismus betonen die Freiheit als Ziel und die Verwirklichung eines sozialen Ausgleiches stellt die Freiheit in Frage.

181. Kann es unter den Prämissen der klassischen und neoklassischen Theorie einen Ausgleich geben zwischen Effizienz und sozialer Balance?

Antwort 181: Die schlichte Antwort lautet nein. Unter den Prämissen der klassischen Theorie kann das Bemühen um sozialen Ausgleich nur auf Kosten der Effizienz erreicht werden. Massenarbeitslosigkeit und damit einhergehend niedrige Löhne sind bei David Ricardo die Bedingung für Wirtschaftswachstum. Je geringer die Entlohnung, die bei David Ricardo nie das Existenzminimum übersteigt, desto höher sind die Profite, desto größer die Kapitalakkumulation und desto größer das Wachstum. Etwas besser sieht es aus in der neoklassischen Theorie. Hier erfolgt die Entlohnung nach Maßgabe des monetären Grenzertrages der Arbeit, siehe Frage 11. Allerdings verzerrt jede Umverteilung die Preisverhältnisse, mit dem Ergebnis, dass die Produktionsfaktoren suboptimal alloziert werden, bzw. die Produktionsfaktoren in Verwendungen gehalten

werden, obwohl sie anderweitig produktiver eingesetzt werden könnten. Anders formuliert: Unter den falschen Prämissen der klassischen und neoklassischen Theorie besteht ein trade off zwischen sozialem Ausgleich und Effizienz. Ein rein ökonomisches Problem wird zu einem moralischen Problem. Man braucht ein moralisches Prinzip, um die Ziele auszutarieren. Der Begriff Soziale Marktwirtschaft suggeriert, dass es sich um eine neue Theorie handelt, auf deren Basis eine Wirtschaftspolitik möglich ist, die den trade off zwischen diesen Zielen auflöst. Dies ist unzutreffend. Unter den Prämissen der klassischen und neoklassischen Theorie ist dieser Konflikt nicht auflösbar. In der klassischen und neoklassischen Theorie ist der Staat folgerichtig auch funktionslos und insbesondere wird sozialer Ausgleich nicht mal als Ziel genannt. Müller-Armack, der „Begründer“ der Sozialen Marktwirtschaft, hätte erstmal schlüssig nachweisen müssen, dass das Problem, das er lösen will, überhaupt besteht. Er hätte die ökonomischen Grundlagen seiner „Theorie“ erläutern müssen. Bei einer keynesianischen Perspektive besteht das Problem gar nicht. Arbeitslosigkeit verschärft soziale Probleme und ist gleichzeitig hochgradig ineffizient. Löst man das eine Problem, wird auch das andere gelöst.

182. Der Ordoliberalismus und der Neoliberalismus werden oft als verwandte Denkrichtungen wahrgenommen. Allerdings bestehen beträchtliche Unterschiede. Welche?

Antwort 182: Der Ordoliberalismus spricht dem Staat die Aufgabe zu, den Wettbewerb aufrechtzuerhalten. Der Staat ist also nicht die Gefahr, sondern die Wirtschaft, bzw. die Unernehmen, die dazu tendieren, dem Wettbewerb auszuweichen und sich damit der Kontrolle zu entziehen. Bei Milton Friedman und Friedrich Hayek ist es genau umgekehrt. Für sie bedroht ausschließlich der Staat die Freiheit und seine Macht gilt es zu begrenzen. Während die diesbezügliche Position von Friedrich Hayek schwer nachvollziehbar ist, weil er sich in einem allgemeinen Blabla verliert, ist Milton Friedman hier sehr konkret. Er weist anhand zahlreicher Beispiele nach, dass es meistens der Staat selbst ist, der den Wettbewerb ausschaltet.

183. In der Volkswirtschaftslehre spricht man oft von einem magischen Viereck, von dem Zielkonflikt zwischen Stabilität der Währung nach Innen und Außen, angemessenem Wirtschaftswachstum, ausgeglichener Leistungsbilanz und Vollbeschäftigung. Welches sind die Ziele des magischen Dreiecks bei Strömungen wie dem Ordoliberalismus, Neoliberalismus, Österreichische Schule und der Sozialen Marktwirtschaft und inwiefern verlassen sie den Kontext der reinen Ökonomie?

Antwort 183: Die Ziele dieses magischen Dreiecks sind Effizienz, Freiheit und sozialer Ausgleich. Der Lehrbuchfall des magischen Vierecks überbetont zwar die Problematik, aber es handelt sich um rein ökonomische Zusammenhänge. Will man z.B. das Wachstum beschleunigen, wird man eine höhere Inflation, das heißt eine schnellere Anpassung des Preisgefüges an strukturelle Änderungen akzeptieren müssen. Bei dem magischen Dreieck aus Effizienz, Freiheit und sozialem Ausgleich haben wir eine Debatte, die aus einem wilden Tohuwabohu, insbesondere bei Hayek, aus „philosophischen“ und „soziologischen“ Befunden besteht, die empirisch belastbar nicht dargestellt werden können, weil schon die verwendeten Begrifflichkeiten sich jeder Möglichkeit zur Konkretisierung entziehen.

184. Für den Neoliberalismus, und dies gilt auch, wenn auch in geringerem Maße für die ihm verwandten Strömungen, ist die marktwirtschaftliche Ordnung der Garant für Freiheit. Für Milton Friedman ist die marktwirtschaftliche Ordnung Kooperation ohne Zwang. Inwiefern widerspricht das Adam Smith?

Antwort 184: Entscheidend für Adam Smith ist der Wettbewerb als Kontrollmechanismus. Der Wettbewerb erzwingt den optimalen Einsatz der Ressourcen. Zwar ermöglicht und fördert die marktwirtschaftliche Ordnung mehrere alternative Allokation von Ressourcen, aber nur die rentabelste, die Alternative also, die die Knappheitsverhältnisse am effizientesten beseitigt, wird sich durchsetzen. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist also aus der Sicht der Anbieter eine massive Einschränkung der Freiheit. Die Anbieter versuchen auch, wie schon Adam Smith zutreffend feststellte, sich dieser Kontrolle durch die Bildung von Kartellen, Schaffung von Marktzugangsbarrieren für Wettbewerber, Preisabsprachen etc. zu entziehen. Sie fühlen sich folglich überhaupt nicht frei. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist eben gerade nicht, wie Milton Friedman sich das vorstellt, der Garant der Freiheit. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist ein Kontrollmechanismus, der die Freiheit einschränkt. Frei ist lediglich der Konsument. Der Preis, der für Effizienz gezahlt werden muss, ist die Einschränkung der Freiheit. Insofern ist der Neoliberalismus auch dem Ordoliberalismus diametral entgegengesetzt. Der Ordoliberalismus betont die Notwendigkeit des Wettbewerbs als effizienten Kontrollmechanismus und weist dem Staat die Aufgabe zu, für eine ausreichende Wettbewerbsintensität zu sorgen und wo Kontrolle ist, da ist auch eine Einschränkung der Freiheit. Verhalten sich die Leute ohne Kontrolle so, wie mit Kontrolle, braucht man die Kontrolle nicht.

185. Erläutern Sie den Begriff sozialer Ausgleich anhand des Sayschen Gesetzes.

Antwort 185: Das Saysche Gesetz begegnet uns, in einer offensichtlichen Fehlinterpretation siehe Frage 38 / 39, normalerweise im Zusammenhang mit einer Diskussion über Vollbeschäftigung. Die Tatsache, dass die Nachfrage das Angebot absaugt, garantiert aber keine Vollbeschäftigung. Die tatsächliche Aussage des Abschnitts des „*Traité d'économie politique*“ ist eigentlich eine andere, viel schlichtere: Nur wer etwas produziert, kann auch etwas kaufen. Diese schlichte Erkenntnis wirft aber ein ganz anderes Licht auf die Wirtschaft. Reicher können wir nur werden, wenn andere auch reicher werden. Das heißt z.B. im internationalen Kontext, dass sich Länder nur dann auf das spezialisieren können, was sie am besten können, wenn andere ihnen dann die Güter liefern, die sie nicht mehr selber produzieren. Dass dies so ist, ist offensichtlich. Handel findet nicht statt zwischen reichen und armen Ländern, sondern zwischen reichen Ländern. Ein trade off zwischen sozialem Ausgleich und Effizienz besteht dann gar nicht. Der Begriff Soziale Marktwirtschaft suggeriert, dass es vor allem darum geht, einen gegebenen Kuchen „gerecht“ zu verteilen. Das Verteilungsproblem ist dann ein moralisches Problem und letztlich unlösbar. Das ist auch der Grundfehler von Pareto. Pareto meint, dass es darum gehe, dass optimale Tauschverhältnis zwischen gegebenen Gütermengen zu finden. Diese Frage ist komplett irrelevant und diese Perspektive bietet auch keine Handlungsoptionen. Wenn jeder sich nur dann etwas kaufen kann, wenn er auch etwas produziert, kann es nur darum gehen, die Produktivität aller zu steigern. Es handelt sich nicht mehr um ein moralisches Problem. Es geht dann nur noch um die Frage, ob die Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik intelligent ist. Es geht dann auch nicht um die Chancengerechtigkeit, also um die Frage, ob alle die gleichen Chancen hatten als erste ins Ziel zu kommen. Es geht um eine Erweiterung der Anzahl an Chancen für alle. Chancengleichheit ist ein Konfliktmodell. Von einer intelligenten Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik, die die Chancen erweitern, profitieren alle. Einen trade off zwischen Effizienz und sozialem Ausgleich, gibt es nur unter den Annahmen der klassischen und neoklassischen Theorie.

186. Sowohl der Ordoliberalismus wie auch die Soziale Marktwirtschaft sind „theorielos“. Wie lässt sich das erklären?

Antwort 186: Implizit basiert sowohl der Ordoliberalismus wie auch die Soziale Marktwirtschaft auf Konzepten der Klassik bzw. der Neoklassik. Implizit deshalb, weil diese Konzepte gar nicht weiter diskutiert werden, sie werden als wahr schlicht vorausge-

setzt. Zwar beschreiben beide ihre Ansätze als „Dritten Weg“, aber ein solcher dritter Weg, also ein Weg zwischen „Kapitalismus“ und freier Marktwirtschaft ist nicht erkennbar. Abgesehen davon wäre es in Zeiten des Keynesianismus ja auch ein vierter Weg gewesen, aber der Keynesianismus wird schlicht komplett ignoriert.

„Grundsätze der Wirtschaftsordnung“ von Walter Eucken erschien 1952, „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ von Alfred Müller-Armack im Jahre 1946. Nach 1936, nach dem Erscheinen der ‚General Theory of Employment, Interest and Money‘ waren die Grundannahmen der klassischen und neoklassischen Theorie nachhaltig erschüttert. Das nahmen die zwei aber überhaupt nicht zur Kenntnis. Es ist davon auszugehen, dass sie von der gesamten weltweiten Diskussion in den Jahren 1933 bis 1945 vollkommen abgeschnitten waren.

187. Der Neoliberalismus und die Österreichische Schule weisen der Marktwirtschaft eine zweite Funktion, neben der optimalen Allokation, zu: Sie wird zum Garanten der ökonomischen und persönlichen Freiheit. Unter welchen Voraussetzungen würde diese These zutreffen?

Antwort 187: Wir sehen jetzt von der Tatsache ab, dass marktwirtschaftliche Ordnungen vor allem das Ziel haben, Freiheit einzuschränken, siehe Frage 184. Die Einschränkung der Freiheit, ist der Preis, der für Effizienz gezahlt werden muss. Das grundlegende Problem bei dieser Betrachtungsweise ist aber, dass unklar bleibt, welchem Ziel im Zweifelsfalle der Vorrang gegeben wird. Für Milton Friedman wäre die (sehr) freie Marktwirtschaft selbst dann das überlegene Wirtschaftssystem, wenn es weniger effizient wäre. Damit wird aus einer ökonomischen Debatte eine Grundsatzdebatte, die sich jeder ökonomischen Bewertung entzieht. Selbst wenn der Staat der einzige ist, der z.B. ein effizientes, pluralistisches Bildungssystem mit freiem Zugang für alle durchsetzen kann, ist ein privat finanziertes Bildungssystem vorzuziehen, da nur dann die Freiheit garantiert ist. Abgehen davon ist es bei den meisten Beispielen mit denen Milton Friedman seine Thesen untermauert die private Wirtschaft, die die Freiheit einschränkt und nicht der Staat. Der Staat ist bei seinen Beispielen lediglich das Vehikel, mit dem private Lobbygruppen ihre Interessen durchsetzen. Die These von Milton Friedman trifft lediglich zu, wenn die Produktivität hoch ist und Vollbeschäftigung herrscht. In so einer Situation gibt es tatsächlich Handlungsspielräume. Allerdings ist das nicht mal gegeben wenn man die Prämissen der klassischen und neoklassischen Theorie akzeptiert. In der Welt des David Ricardo ist hohe Arbeitslo-

sigkeit und Massenarmut Bedingung für Wachstum und der Zusammenhang ist erst recht nicht gegeben, wenn man die zentralen Prämissen eben nicht akzeptiert. Ohne eine ökonomische Fundierung, sind die Aussagen sinnlos.

Walter Eucken

188. Wieso kann davon ausgegangen werden, dass die marktwirtschaftliche Ordnung langfristig zu besseren Lösungen führt?

Antwort 188: Siehe auch Frage 17. Bei zentraler Planung wird es nur eine Lösung für ein Problem geben. Zum einen hat die zentrale Planungskommission gar keinen Anreiz, mehrere konkurrierende Lösungsvorschläge anzubieten, zum anderen dürfte sie auch nicht in der Lage sein, mehrere Lösungsvorschläge anzubieten und durchzusetzen, da die erfolgreichere Alternative Rückwirkungen hätte auf die Zusammensetzung der Planungskommission. Wird aber nur eine Alternative umgesetzt, wird für ewig unbekannt bleiben, welche die bessere ist. In der marktwirtschaftlichen Ordnung wird sich die überlegene Organisation, die leistungsfähigere Technik, das Angebot, welches am besten der Nachfrage entspricht durchsetzen. Für die klassische Theorie ist dieser Ansatz problematisch, weil dies einer Kapitalvernichtung gleichkommt. Wenn Kapital aber schlicht Geld ist, ist diese Kapitalvernichtung aus makroökonomischer Sicht bedeutungslos. Entstand das Kapital aus einem Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben, wie die Klassik sich das vorstellt, dann hat sich die Geldmenge nicht verringert. Hat die Zentralbank die Geldmenge vorher erhöht, verbleibt das Geld in der Zirkulation. In beiden Fällen ist die ‚Kapitalvernichtung‘ bedeutungslos. Kritischer wäre eine Geldvernichtung, die findet aber gar nicht statt, wenn Anlagevermögen vernichtet wird.

189 Nennen Sie Beispiele, wo der Staat selbst den Wettbewerb einschränkt.

Antwort 189: Zölle im allgemeinen z.B. auf Agrarprodukte z.B. Zucker, Kaffee, Kakao. Jede Art von Lizenzen, z.B. Taxi-Lizenzen, Zugang zur Rechtsberatung nur für Anwälte, Handwerksrolle. Zugang zum Lehrberuf nur mit Staatsexamen. Urheberrecht wenn dieses nur dazu dient, dass die Nutzungsrechte an z.B. von Musik im 10 000 Pack aufgekauft wird, ohne dass eine Vermarktungsabsicht besteht, Unternehmen in staatlichem Besitz, die private Konkurrenten qua Gesetz ausschließen, z.B. DB.

190. Sowohl bei Autoren des Ordoliberalismus, wie auch des Neoliberalismus, der österreichischen Schule oder der sozialen Marktwirtschaft kann man Zitate dieser Art finden. In diesem Fall stammt es von Walter Eucken.

„Eine gut funktionierende Wettbewerbsordnung vermag den Menschen nicht bloß vor wirtschaftlicher Not zu bewahren. Sie allein schützt ihn vor der Gefahr des Totalitarismus.“

- a) Welche Bedeutung wird hier demokratischen Entscheidungsprozessen zugemessen?
- b) Inwiefern deckt sich die Aussage mit den empirischen Tatsachen?
- c) Was ist die logische Konsequenz, wenn sich Demokratien gegen einen funktionierenden Wettbewerb aussprechen?
- d) Kann man aus der klassischen und neoklassischen Theorie ableiten, dass eine Wettbewerbsordnung gegen wirtschaftliche Not schützt?

Antwort 190:

a) Die Betonung liegt auf „sie allein“. Damit schützt die Demokratie nicht mehr vor der Gefahr des Totalitarismus, denn die Wettbewerbsordnung allein schützt vor Totalitarismus. Weiter wird die Aussage gemacht, dass der Totalitarismus mit einer Demokratie kompatibel ist, denn wäre dem nicht so, wäre die Demokratie mit dem Totalitarismus inkompatibel. In diesem Falle hätten wir entweder Demokratie oder Totalitarismus. Allerdings ist schwer einzusehen, wie ein Regime, das ständig damit rechnen muss, bei der nächsten Wahl abgewählt zu werden, seine Vorstellungen von der idealen Sozialordnung mittels Terror durchzusetzen wird. Es müsste ständig damit rechnen, nach der nächsten Wahl zur Rechenschaft gezogen zu werden.

b) Das erste Problem besteht darin, dass der Begriff „gut funktionierende Wirtschaftsordnung“ völlig unbestimmt ist. Walter Eucken stellt lediglich fest, dass der „laissez-faire“ Kapitalismus zu einer Einschränkung des Wettbewerbs führen wird, insofern richtet er sich gegen Adam Smith. Bestimmt ist er also nur, hinsichtlich der Einschränkung. Unbestimmt ist er am anderen Ende, beinhaltet also auch das, was man als Marktradikalismus bezeichnet. Der Staat hat bei Walter Eucken lediglich die Aufgabe, Wettbewerbsbeschränkungen zu verhindern. Das würde aber auch bedeuten, was Milton Friedman ja befürwortet, dass z.B. auch Gewerkschaften zerschlagen werden, denn auch sie schränken den Wettbewerb ein. Demokratien haben

seine Auffassung von Wettbewerb nicht bestätigt. Arbeitsrecht, sozialer Wohnungsbau, Industriepolitik (z.B. Förderung alternativer Energien), Bildungspolitik, Steuerpolitik etc. beschränken den Wettbewerb. Die Allokation der Ressourcen erfolgt nicht mehr nur aufgrund von Knappheitssignalen als Ergebnis des reinen Marktes. Abgesehen davon kann es auch keinen Wettbewerb geben zwischen den gegenwärtigen Generationen und zukünftigen Generationen, da zukünftige Generationen an dem Wettbewerb nicht teilnehmen, haben sie einen erheblichen Wettbewerbsnachteil, der unter Umständen vom Staat zu korrigieren ist. Des weiteren blendet er aus, wie externe Kosten, meritorische Güter und öffentliche Güter zu berücksichtigen sind.

c) Sieht man von der Einschränkung ab, dass Walter Eucken dem Staat die Aufgabe zuweist, den Wettbewerb aufrechtzuerhalten, Adam Smith sah lediglich das Problem, hielt dieses aber für unlösbar, ist Walter Eucken schlicht Adam Smith reloaded. Es gilt also das, was für alle Strömungen dieser Art wie auch auf für die Theoriegebäude gilt, auf denen diese beruhen: Was zu regeln ist, regelt der Markt und was der Markt nicht regelt, muss auch nicht geregelt werden. Wenn der „gut funktionierende Wettbewerb“ vor Totalitarismus schützt, erhalten wir die skurrile Situation, dass ein Diktator, der den „gut funktionierenden“ Wettbewerb schützt, vor Totalitarismus bewahrt, wenn er eben diesen „gut funktionierenden“ Wettbewerb gegen die Mehrheit durchsetzt. Was theoretisch klingt, hat praktische Bedeutung. Denn die Unterstützung des Pinochet Regimes durch Friedrich von Hayek und Milton Friedman nach 1973 beruhte auf dieser wirren Logik. Der prinzipielle Fehler ist aber ein anderer. Einen Lernprozeß kann es nur geben, wenn jede Alternative mal durchprobiert werden kann. Der Sozialismus ist nicht gescheitert, weil er theoretisch widerlegt wurde. Er ist gescheitert, weil er seine Versprechen nicht einlöste. In einer Demokratie hätte das Experiment nicht so lange gedauert, aber die Begrenztheit des Lösungsansatzes wäre allen deutlich geworden. Unterdrückt man die Variante, wird sie im Bewußtsein der Öffentlichkeit immer als Alternative bestehen bleiben und ein Lernprozeß findet nicht statt.

d) Weder in der klassischen Theorie noch in der neoklassischen Theorie, auf deren Annahme die gesamte Theorie von Walter Eucken beruht, schützt die Wettbewerbsordnung vor wirtschaftlicher Not. Aussagen über die Einkommenshöhe oder über die Verteilung machen diese Theorien nicht. Ein Unterschied zwischen der klassischen Theorie, insbesondere David Ricardo und der neoklassischen Theorie besteht nur insofern, als bei David Ricardo Massenverelendung, das krepieren am Existenzminimum, notwendige Voraussetzung ist für Wachstum. Je dichter der Lohn am Existenzminimum, desto höher das Wachstum. In der neoklassischen Theorie sind die Unternehmen gezwungen mehr als den lediglich existenzsichernden Lohn zu bezah-

len, da sie um den knappen Faktor Arbeit konkurrieren. Sie werden nie mehr bezahlen, als den Gegenwert, den sie für die Lohnzahlung erhalten, müssen allerdings mehr bezahlen als das Existenzminimum. Weniger als das Existenzminimum geht nicht, weil dann die Arbeit ja stirbt. Allerdings macht auch die neoklassische Theorie keinerlei Aussagen über die absolute Höhe des Einkommens. Dies mag hoch sein bei hoher Produktivität, kann aber auch beliebig niedrig sein. Dass die Wettbewerbsordnung allein vor wirtschaftlicher Armut schützt, ist schlicht nonsense. Insbesondere unter den Annahmen der klassischen und neoklassischen Theorie ist die Aussage nonsense, weil hier Kapital der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ist, die Mittel zur investiven Verwendung sind also beschränkt und wer nicht über diese Mittel verfügt, kann am Wettbewerb gar nicht teilnehmen, obwohl die Leistungserstellung überlegen wäre. Wettbewerb bedeutet, dass die Produktionsfaktoren optimal eingesetzt werden. Ist Kapital aber knapp und von der Vergangenheit determiniert, kann sich die optimale Kombination, wie Schumpeter das nennt, gar nicht durchsetzen. Insofern ist der Wettbewerb bei Keynes und Schumpeter schärfer. Bei Walter Eucken, der die Annahmen der klassischen und neoklassischen Theorie als zutreffend akzeptiert, haben wir einen Schnarchnasen Wettbewerb. Es werden lediglich Pfründe der Vergangenheit verteidigt.

191. Wie Friedrich Hayek, wenn auch weniger dezidiert, stellt Walter Eucken den Ordnungsrahmen gegen die Demokratie. Welche Bedingung müsste erfüllt sein, damit jedes zukünftige Szenario durch den Ordnungsrahmen abgedeckt ist?

Antwort 191: Mit dem Ordnungsrahmen werden erstmal weite Bereiche dem demokratischen Entscheidungsfindungsprozess entzogen. Zwar haben alle modernen Demokratien einen konstitutionellen Rahmen, der dem demokratischen Entscheidungsfindungsprozess entzogen ist, z.B. die Grund- und Menschenrechte, aber der als optimal hypostasierte Ordnungsrahmen zieht die Grenzen sehr viel enger. Was Walter Eucken meint, dürfte aber ziemlich irrelevant sein. Auch der Ordnungsrahmen ist einem demokratischen Entscheidungsfindungsprozess unterworfen. Das ist aber nicht das prinzipielle Problem. Das prinzipielle Problem besteht darin, dass Regierungen gewählt werden um zu handeln. Als Wächter eines Ordnungsrahmens, entfällt die Notwendigkeit einer demokratischen Wahl, jede Regierung würde ja dann das gleiche machen. Wir würden wieder da landen, wo wir im Neoliberalismus landen. Des weiteren wird kein Ordnungsrahmen für jedes eventuelle Szenario eine Handlungsempfehlung geben, von der Tatsache, dass der Ordnungsrahmen von Walter Eucken nur äußerst vage beschrieben wird abgesehen.

Alfred Müller-Armack

192. Was wäre die kürzeste Definition von Sozialer Marktwirtschaft?

Antwort 192: In der Sozialen Marktwirtschaft entscheidet der Markt wer, was, wie für wen produziert. Allerdings wird die hieraus resultierende Verteilung des Einkommens nachträglich über Sozialtransfers korrigiert.

193. Was lässt sich diesem Zitat von Alfred Müller-Armack entnehmen?

„Wir sprechen von „Sozialer Marktwirtschaft“, um diese dritte wirtschaftspolitische Form zu kennzeichnen.“

Antwort 193: Die zwei anderen sind die freie Marktwirtschaft und der Sozialismus. Der Keynesianismus wäre eine andere Option, aber den ignoriert er schlicht. Bei ihm gibt es nur Marktwirtschaft und Sozialismus, sowie eben sein Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Das ist um so bemerkenswerter, als sowohl die freie Marktwirtschaft als auch der Sozialismus sich in den fundamentalen Vorstellungen über wirtschaftliche Zusammenhänge gar nicht unterscheiden und der methodische Ansatz derselbe ist. Fundamental anders ist nur der Keynesianismus.

194. Müller-Armack definiert die Soziale Marktwirtschaft als eine Marktwirtschaft, die nicht sich selbst überlassen bleibt, sondern bewusst unter sozialen Gesichtspunkten gesteuert wird. Was kann man sich darunter vorstellen?

Antwort 194: Nichts. Es ist in der Tat so, dass es in allen entwickelten Industriestaaten soziale Sicherungssysteme gibt, die aber mehr auf konkrete Probleme pragmatisch reagieren, als auf einer logisch kohärenten Theorie beruhen. Es gibt nichts an der Sozialen Marktwirtschaft, das irgendwie spezifisch deutsch ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist auch lediglich ein Kurieren am Symptom und der soziale Ausgleich setzt die entsprechenden Ressourcen voraus. Das entscheidende Problem ist, dass es in der derzeitigen Wirtschaftsordnung nicht gelingt, das gesamte Produktionspotential auszuschöpfen und gegebenenfalls dieses zu steigern. Siehe Frage 110 ff.

195. Müller-Armack beschreibt die Marktwirtschaft als einen Signalapparat, dem es völlig egal ist, ob die Verteilung des Einkommens anschließend umverteilt wird oder nicht.

Warum ist das hanebüchener Blödsinn?

Antwort 195: Mit Signalapparat meint er, dass Marktpreise Knappheitsverhältnisse spiegeln und so eine Reallokation der Ressourcen ermöglichen und erzwingen, die eben diese Knappheitsverhältnisse beseitigen. Die Aussage allerdings, dass es dem Signalapparat egal ist, wie das Einkommen als Resultat des Marktprozesses anschließend umverteilt wird, ist hanebüchener Blödsinn. Das erkennt man sofort, wenn man die Aussage extrem formuliert. In der extremsten Ausprägung würde dies eine vollkommen Gleichverteilung des Einkommens bedeuten. Damit bestünde kein Anreiz mehr, die Knappheitsverhältnisse zu beseitigen.

196. Inwiefern haben wir in diesem Zitat eine Gegenposition zu Friedrich Hayek und Milton Friedman: „Es ist nicht so, als ob die geistige Freiheit und Unabhängigkeit schon durch die Marktwirtschaft als solche gesichert würden, in jedem Fall bedarf es dazu noch des Mutes, der auf seiner Freiheit besteht.“

Antwort 196: Auch ein blindes Huhn, findet mal ein Korn. Für Friedrich Hayek und Milton Friedman folgt auf die ökonomische Freiheit zwingend die persönliche Freiheit. Ein Befund, der sich nicht mit den empirischen Daten deckt. Ohne das subjektive Bewusstsein der Existenz von Alternativen im Denken, Verhalten und Fühlen, kann der Spielraum, der durch die objektive Freiheit, der Abwesenheit von Zwang, gegeben ist, nicht ausgefüllt werden. Er nähert sich hier der Position von John Stuart Mill, siehe Frage 49. Man kann zwar bezweifeln, dass er das Problem so scharf erfasst hat wie John Stuart Mill, aber immerhin sagt er mal etwas, was zumindest halbwegs richtig ist.

197. Was unterscheidet die marktwirtschaftliche Ordnung und die Demokratie fundamental von einer Ideologie oder Weltanschauung?

Antwort 197: Die Demokratie wie auch die freie Marktwirtschaft implizieren Alternativen, andernfalls bräuchte man sie nicht. Weder gibt es eine Demokratie noch eine Marktwirtschaft, wenn es keine denkbaren Alternativen gibt. Die Demokratie und die freie Marktwirtschaft sind sozusagen Anti-Ideologie und Anti-Weltanschauung, denn sie implizieren den Wandel. Allerdings gilt das für die Marktwirtschaft, ganz im Gegensatz zu dem was Milton Friedman meint, nur auf ökonomischem Gebiet. Ein Staat kann auf wirtschaftlichem Gebiet maximale Freiheit gewähren und gleichzeitig die persönliche Freiheit massiv einschränken. Das Argument, dass auch Demokratien die

Freiheiten einschränken können, sogar Freiheiten, die zum Kernelement demokratischer Entscheidungsprozesse gehören, etwa das allgemeine Wahlrecht, sticht nicht wirklich. Werden Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen, bzw. das Wahlrecht vom Einkommen abhängig gemacht, haben wir eben gar keine Demokratie.

Friedrich Hayek

198. Staatliche Bürokratien sind dadurch gekennzeichnet, dass der Nachfrager der Leistung den Anbieter nicht direkt bezahlt. Welche Probleme ergeben sich daraus?

Antwort 198: Bürokratien widersprechen vollumfänglich der marktwirtschaftlichen Ordnung in jeder Beziehung. Alle Probleme, die wir aus Ländern mit einer Planwirtschaft kennen, treten verschärft in Bürokratien auf. Das erste Problem besteht darin, dass gar nicht bekannt ist, ob eine Nachfrage nach dem Produkt oder der Leistung überhaupt besteht und wenn ja, ob es in dieser Menge besteht. Bürokratien erhalten, auch wenn dies zur Zeit umgestellt wird, ein festes Budget und werden dieses Budget im Verlaufe des Jahres aufbrauchen. Wird es nicht vollkommen aufgebraucht, besteht die Gefahr, dass die Budgetzuweisung im nächsten Jahr niedriger ist, von daher wird es immer aufgebraucht. Dadurch entsteht ein großer Spielraum hinsichtlich der Frage, was überhaupt angeboten wird und in welcher Menge. Welche Zahlungsbereitschaft auf der Seite der Nachfrager tatsächlich vorhanden ist, ist vollkommen unbekannt, es sei denn es werden Gebühren erhoben, und da keine Kosten- und Leistungsrechnung vorliegt, auch diese soll seit Jahren eingeführt werden, ohne dass es tatsächlich flächendeckend geschieht, ist nicht mal klar, was die Produkte und Leistungen überhaupt kosten. Bürokratien haben auch keinerlei Interesse daran, die für die Leistungserstellung tatsächlichen notwendigen Ressourcen transparent zu ermitteln. Dies würde bedeuten, dass das Optimum zur Norm wird. Es ist unter diesen Auspizien offensichtlich, dass diese Systeme ineffizient sind. Wären diese Systeme hinsichtlich der Ineffizienz mit Märkten vergleichbar, müsste eine Planwirtschaft funktionieren. Der empirische Befund ist aber eindeutig. Planwirtschaften funktionieren eben nicht. Von den genannten Problemen abgesehen, bestehen auch keine Anreizsysteme, bzw. keine, die volkswirtschaftlich sinnvoll sind.

199. Sieht man von seiner Überinvestitionstheorie ab, siehe Frage 105, teilt Hayek alle grundsätzlichen Annahmen der klassischen und neoklassischen Theorie. Inwiefern erklärt dies seinen Paradigmenwechsel? Weg von einer ökonomischen Diskussion zu einer eher philosophischen Diskussion.

Antwort 199: Wie alle Autoren der Österreichischen Schule und verwandter Denkrichtungen, Neoliberalismus, Ordoliberalismus etc. ignoriert Friedrich Hayek was kaum zu ignorieren ist. Die klassische und neoklassische Theorie kann das Phänomen Massenarbeitslosigkeit nicht erklären. Davon abgesehen, ist Vollbeschäftigung auch eine Leerformel. Dass es eine Lohnhöhe gibt, bei der Vollbeschäftigung herrscht, ist offensichtlich. Spätestens dann, wenn die Lohnhöhe unter das Existenzminimum rutscht, herrscht Vollbeschäftigung, weil der Angebotsüberhang, Leute die Arbeit suchen aber keine finden, dann wegstirbt. Die richtige Definition von Vollbeschäftigung wäre diese: Vollbeschäftigung herrscht dann, wenn das tatsächliche Produktionspotential voll ausgeschöpft wird. Dieser Zustand wird offensichtlich nie erreicht, von daher kann mit der klassischen und neoklassischen Theorie irgendwas nicht stimmen. Die zentrale Aussage der klassischen und neoklassischen Theorie, dass die Wirtschaft ihr Optimum erreicht, wenn die Geldpolitik neutral ist, sich also am Wachstum des Volkseinkommens orientiert, und der Staat nicht interveniert ist also offensichtlich falsch. Naheliegender wäre es, wenn Hayek die offensichtlich Ineffizienz mit Eingriffen der Geldpolitik und des Staates in die Wirtschaft erklärt hätte, das tut er aber nur am Rande und höchst abstrakt. Tatsächlich findet ein kompletter Paradigmenwechsel statt. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist nicht mehr Garant für Effizienz, wie bei Adam Smith, sondern der Garant der Freiheit. Interventionen des Staates bedrohen nicht mehr die Effizienz, sondern die Freiheit. Die Effizienz wird zu einem sekundären Problem. Damit verlässt er den Rahmen, den das ökonomische Denken setzt. Ökonomisches Denken beschäftigt sich ausschließlich mit der Frage, wie Ressourcen optimal und effizient genutzt werden, bzw. brachliegende Ressourcen aktiviert werden können. Freiheit ist kein Ziel, das vom ökonomischen Denken erfasst wird. Der gesunde Menschenverstand und Erfahrung lehrt einen zwar, dass der Handlungsspielraum mit zunehmendem Wohlstand steigt, Freiheit also eine Folge des effizienten Einsatzes der Ressourcen ist, aber das sieht Hayek wohl nicht so. Würde er es so sehen, wäre er beim eigentlichen Thema der klassischen und neoklassischen Theorie geblieben. Offensichtlich war er nicht in der Lage, die Widersprüche aufzudecken, war mit seinen Auffassungen weitgehend isoliert und hat sich deshalb auf eine eher philosophische Argumentation verlegt. Wer in einer expansiven Geldpolitik einen Anschlag auf die Freiheit sieht, braucht sich mit der klassischen Zinstheorie natürlich nicht mehr auseinanderzusetzen.

200. Hayek hypostasiert die Existenz einer Mehrheit als kompakte Menge homogener Individuen mit gleichen Interessen. Inwiefern widerspricht das dem empirischen Befund und inwiefern ist es auch theoretisch nicht plausibel?

Antwort 200: Weit relevanter als die Übermacht einer parlamentarischen Mehrheit ist die Instabilität der parlamentarischen Mehrheit. Extreme Beispiele sind hierfür Italien und Spanien, aber immer wieder auch Deutschland. In diesen Ländern ist es nach Wahlen oft nicht möglich, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden. Die meisten demokratischen Verfassungen haben deshalb Bestimmungen, die die Anzahl der Parteien von vorneherein beschränken. Hinsichtlich der Plausibilität können wir eine Fallunterscheidung treffen. Wenn wir davon ausgehen, dass wahlentscheidend ein Programm mit einem breiten Themenspektrum ist, dann werden politische Parteien versuchen den Mix zu finden, der möglichst viele Gruppen anspricht. Die Mehrheit ist also ein Kompromiss aus den Vorstellungen vieler Minderheiten und dieses fragile Gleichgewicht zerbricht, wenn eine dieser Minderheiten diskriminiert wird, da diese dann sich der Opposition anschließt. Aber selbst wenn es nur ein einziges Thema gibt, wovon Hayek offensichtlich ausgeht, also allein die Einkommensverteilung wahlentscheidend ist, ist unklar, welche Einkommensverteilung sich letztlich durchsetzen wird. Damit eine Partei gewinnt, muss die Gruppe der positiv Betroffenen größer sein, als die Gruppe der negativ Betroffenen und die positiv Betroffenen müssen sich sicher sein, dass sie nicht eines Tages zu den negativ Betroffenen gehören. Aus diesen und anderen Gründen decken sich die Thesen von Hayek nicht mit dem empirischen Befund. Parteien, die für eine verstärkte Umverteilung plädieren, können dies nicht in Wahlerfolge umsetzen.

201. Für Hayek bedeutet Demokratie die Herrschaft der Mehrheit. Was ist falsch an dieser Definition?

Antwort 201: Pragmatisch gesehen bedeutet Demokratie natürlich Herrschaft der Mehrheit. In der Demokratie herrscht auch nicht das Volk, sondern eben nur die Mehrheit des Volkes. Das ist logisch, aber nicht der springende Punkt. Dass in komplexen Entscheidungen die Mehrheit Recht behält, ist eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlich ist aber, dass die Mehrheit aus Erfahrungen lernt und nicht dieselbe falsche Option immer wieder wählt. Der entscheidende Punkt ist also, dass die Demokratie der institutionalisierte Wandel ist. Das hat zwei Konsequenzen. Die parlamentarische Mehrheit wird sich hüten, ihre Macht für ihre Zwecke zu auzunützen, denn sie kann nach der nächsten Wahl zur Rechenschaft gezogen werden. Zweitens werden offensichtlich falsche Optionen langfristig eliminiert.

202. Leute wie Friedrich Hayek, Walter Eucken oder Alfred Müller-Armack haben eine

Neigung in Bereichen wie Soziologie oder Psychologie zu dilettieren, ohne hierzu jedoch die entsprechende Ausbildung zu besitzen. Das unterscheidet sie deutlich von Intellektuellen wie Th. W. Adorno. Für Friedrich Hayek & Co ist der Nationalsozialismus wie auch der Sozialismus eine Spielart des Kollektivismus. Vergleichen Sie diese These mit seriösen Totalitarismustheorien, etwa der Theorie von Hannah Arendt.

Antwort 202: Auch Hannah Arendt sieht, wie alle Totalitarismustheorien, eine Ähnlichkeit bzw. Identität zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus. Beide Systeme zielen auf totale Kontrolle der Gesellschaft in allen Bereichen, Wirtschaft, Bildung, Kultur, Freizeit, wobei die Mittel die gleichen sind: Terror, Kontrolle durch Massenorganisationen, physische Eliminierung jeder Opposition, Führerkult, komplette Unterwerfung von Polizei, Rechtssprechung, Militär unter den Willen des Regimes. Die Art des ideologischen Überbaus allerdings spielt überhaupt keine Rolle, was wiederum das eigentlich Erschreckende ist. Eine Figur wie Eichman hat, zumindest nach Hannah Arendt, gar keine Grundüberzeugungen. Er würde in jedem System auf gegebene Anreize reagieren. Das ist das eigentlich Erschreckende. Hätte die Leute lediglich irreführende Ideen über Sachzusammenhänge, wäre die Lösung einfach. Man bräuchte ihnen nur erklären, dass ihre Ansichten logisch inkonsistent sind. Das wäre aber in etwa so sinnvoll, wie der Mafia zu erklären, dass ihr business model nur solange aufgeht, wie es nicht von der Gesamtgesellschaft kopiert wird. Täte sie dies, gäbe es bald niemanden mehr, den man ausrauben kann, weil niemand mehr etwas herstellen würde.

Der Totalitarismus ist keine Spielart de Kollektivismus. Kollektivismus kann unterschiedliche Bedeutungen haben. Es kann bedeuten, dass alle Mitglieder des Kollektivs dieselben moralischen Grundüberzeugen teilen, sich ähnlich verhalten, ähnlich fühlen, die gleichen Vorurteile haben etc.. In diesem Sinne ist der Kollektivismus aber sozusagen der „Naturzustand“. Der Individualisierungsprozess erfordert eine Anstrengung und im übrigen ist das Individuum eine Erscheinung neueren Datums. Kollektivismus bedeutet auch nicht notwendigerweise, dass das Individuum seine Interessen zugunsten des Kollektivs hinten anstellt. Kollektivismus kann auch bedeuten, dass das kompakt handelnde Kollektiv auch die Interessen des Individuums effizienter durchsetzt. Anders ist der Fall gelagert, wie etwa beim Patriotismus, wenn der einzelne sich tatsächlich für das Kollektiv opfert. Zusammenfassend: Hayek stellt eine Verbindung zwischen zwei Begriffen her, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben. Man kann seine Thesen also gar nicht diskutieren. Sie sind schlicht konfuser Unsinn.

Joseph Schumpeter

203. Was bezeichnet Joseph Schumpeter als statische Wirtschaft?

Antwort 203: Eine statische Wirtschaft ist schlicht eine Wirtschaft bei der jährlich die gleichen Güter, in gleicher Menge, mit den gleichen Methoden von den gleichen Leuten für die gleichen Leute produziert wird. Eine solche Wirtschaft hat einige Besonderheiten. In einer solchen Wirtschaft braucht man keine Unternehmer, sondern Buchhalter. Es gibt dort wenig unternehmerische Entscheidungen zu treffen. Eine solche Wirtschaft könnte auch von einer zentralen Planungskommission gesteuert werden. Da die optimale Faktorkombination bekannt ist, braucht man auch keine Auswahl aus mehreren Alternativen mehr. Die Planungskommission kann also das Plansoll problemlos festlegen und bei Nichterreichung sanktionieren. Das entspricht dem Marktgleichgewicht, das wir in allen Lehrbüchern zur Mikroökonomie finden, also das Kreuz aus Angebot und Nachfrage von Alfred Marshall. Allerdings ist eine solche Wirtschaft ein Widerspruch in sich. Auf der einen Seite gibt es eine Produzentenrente, das heißt die Produktionsstruktur der Unternehmen ist unterschiedlich. Damit das System aber stabil und im Gleichgewicht bleibt, dürfen sich die Produktionsstrukturen auch nicht anpassen. Passen sie sich aber nicht an, fehlt das entscheidende Moment, das marktwirtschaftliche Ordnungen charakterisiert. Passen sich die Produktionsstrukturen nicht an, was in der kurzen Frist tatsächlich nicht der Fall ist, dann gibt es keinen Wettbewerb.

204. Joseph Schumpeter beschreibt die Annäherung an das Marktgleichgewicht als Prozess. Inwiefern weicht das von den Vorstellungen ab, die wir in Lehrbüchern zur Mikroökonomie finden?

Antwort 204: In den Modellen, die wir in den Lehrbüchern finden, ist die Angebotskurve und die Nachfragekurve bekannt. Das heißt die Wirtschaft hat sich bereits auf eine optimale Alternative festgelegt und es geht nur noch darum, das Optimum, also die gleichgewichtige Menge und den gleichgewichtigen Preis zu berechnen, wenn die optimale Alternative bekannt ist. Hierfür bedarf es keiner Marktwirtschaft, die die optimale Alternative durch Trial and Error ermittelt. Es ist ein simples Rechenexempel. Von den Interaktionen zwischen den einzelnen Produktionsstufen und von deren Koordination durch eine zentrale Informationsverarbeitung wird vollkommen abstrahiert. Die ganze Wirtschaft wird zum trivialen Rechenexempel.

Das zentrale Element marktwirtschaftlicher Ordnungen fehlt. Bei Schumpeter haben wir einen dynamischen Prozess, der sich über mehrere Jahre hinziehen kann. Ein direkter Zusammenhang zwischen Anbieter und Endverbraucher, wie bei dem Gleichgewichtsmodell, das wir in Lehrbüchern finden, besteht nicht. Er fokussiert auf die dezentrale Informationsverarbeitung durch Preise. Obwohl niemand das gesamtgesellschaftliche Optimum kennt und jeder nur die Nutzung seiner eigenen Ressourcen optimiert, wird das gesamtwirtschaftliche Optimum erreicht. Das ist der entscheidende Punkt. Es ist hierbei sogar gleichgültig, ob das Gleichgewicht jemals erreicht wird, was ja nie der Fall ist. Für die marktwirtschaftliche Ordnung reicht es vollkommen, dass eine Tendenz zum Gleichgewicht besteht.

205. Joseph Schumpeter definiert das Erkenntnisobjekt der Volkswirtschaftslehre als wirtschaftliches Handeln. Nehmen Sie dazu Stellung.

Antwort 205: Nach Joseph Schumpeter soll die Ökonomie die Kausalketten solange zurückverfolgen, bis der Grund nicht mehr ökonomischer Natur ist. Man könnte das Erkenntnisobjekt auch anders definieren. Etwa als Umgang des Menschen mit knappen Gütern oder, wie Alfred Marshall dies tut, also das menschliche Verhalten, dessen Stärke, nicht das Motiv, sich in Geld messen lässt. Egal wie man das Erkenntnisobjekt definiert, die Grenzen werden immer fließend sein. Nicht-ökonomische Faktoren können die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend beeinflussen. Es macht dann keinen Sinn, von diesen Faktoren zu abstrahieren. Die politische Ordnung z.B. kann einen entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung haben, werden aber von keiner dieser Definitionen erfasst. Die Volkswirtschaftslehre kann nur als Querschnittswissenschaft funktionieren, weil schon ihr Erkenntnisobjekt nicht klar definiert werden kann.

206. Nehmen Sie Stellung zu diesem Zitat von Joseph Schumpeter: „Die wirtschaftlichen Dinge haben ihre Logik, die jeder Praktiker kennt, und die wir nur bewusst zu präzisieren brauchen“.

Antwort 206: Kennt der Praktiker die Logik, dann ist die Ökonomie schlicht überflüssig. Wir brauchen uns keine Gedanken über etwas machen, was alle Leute ohnehin richtig machen. Davon abgesehen stimmt die Aussage auch höchstens für die Mikroökonomik. Hier stellte schon Alfred Marshall zutreffend fest, dass der gesunde Menschenverstand oft zu zutreffenderen Aussagen über ökonomische Zusammenhänge

kommt, als der akademische Ökonom, der sich in seinen mathematischen Modellen verstrickt hat. Bezweifelt werden kann die These aber in Bezug auf die Makroökonomie, denn diese entzieht sich dem Bereich der persönlichen Erfahrung. Hier ist der einzelne mit einem Datenkranz konfrontiert, den er als Datum hinnehmen muss, den er aber nicht versteht. Der entscheidende Punkt ist aber das Wörtchen „kennen“, denn „kennen“ kann viel bedeuten. Jeder kann in seiner Muttersprache grammatikalisch korrekte Sätze bilden, obwohl nur die wenigsten erklären können, warum ein Satz der grammatikalischen Norm entspricht oder eben nicht. Aus sprachwissenschaftlicher Sicht ist dies im übrigen selbst dann Problem, wenn er die Grammatik beherrscht, denn dann stellt sich die Frage, wie man diese überhaupt erlernt. Obwohl also alle die Grammatik „kennen“, kann man sich mit der Frage, wie der Spracherwerb funktioniert und das sprachliche System stabil gehalten wird, jahrelang beschäftigen. Menschliches Verhalten kann auch durch Motive geleitet sein, die knapp unterhalb der Schwelle des Bewußtseins liegen, aber bewusst gemacht werden können oder definitiv unterhalb dieser Schwelle und damit der Introspektion nicht mehr zugänglich sind. Auch dann kann es höchst sinnvoll sein, darüber nachzudenken. Rechtsradikale z.B. haben bewusst ein bestimmtes Weltbild, aber über die Gründe, die zu dieser Verwirrung führen, sind ihnen nicht bewusst.

207. Nach Joseph Schumpeter hat der Bankier den „Kapitalisten“ abgelöst. Erklären Sie diese These.

Antwort 207: Kapitalisten gibt es, solange Kapital, was im Verständnis der klassischen und neoklassischen Theorie Geld ist, knapp ist. Ist es nicht mehr knapp, gibt es auch keine „Kapitalisten“ mehr. Das ist offensichtlich. Wenn das Bankensystem Geld aus dem „Nichts“ schöpfen kann, was tatsächlich der Fall ist, dann ist Geld nicht mehr knapp und der Kapitalist bedeutungslos. Was der „Kapitalist“ zur Verfügung stellen kann, nämlich Geld, kann der Bankier noch in weit größerem Umfang zur Verfügung stellen. Siehe auch Fragen 106, 109, 113, 115, 117, 119, 122, 124.

208. Sowohl Keynes wie auch Schumpeter brechen mit der irrigen Vorstellung der klassischen und neoklassischen Theorie, dass Kapital das Resultat eines Überschusses der Einnahmen über die Ausgaben der Vergangenheit darstellt, also auf einem Konsumverzicht beruht. Inwiefern unterscheiden sie sich?

Antwort 208: Schumpeter bleibt hinsichtlich der Annahme der Vollbeschäftigung

vollkommen in der klassischen Theorie befangen. Die Möglichkeit der Unterbeschäftigung wird verneint. Er akzeptiert also zwei fundamentale Thesen der klassischen und neoklassischen Theorie: Erstens wird Geld entweder konsumiert oder gespart um dann investiert zu werden; bei Keynes gibt es noch eine dritte Möglichkeit: Die Investition in Finanzanlagen, die beschäftigungsunwirksam sind. Zweitens bringt der Lohn den Arbeitsmarkt ins Gleichgewicht; bei Keynes ist dies nicht der Fall, denn ein geringerer Lohn bedeutet auch eine geringere Kaufkraft, da die Güterpreise nicht in dem Maße sinken werden, wie der Lohn oder anders formuliert: Die Arbeiter haben nur einen Einfluss auf den Nominallohn, aber nicht auf den letztlich entscheidenden Reallohn. Den Reallohn können die Unternehmen qua Preiserhöhung ohnehin selbst bestimmen. Gibt es trotzdem Arbeitslosigkeit, kann es nicht an zu hohen Löhnen liegen. (Die Phillipskurve bestätigt zwar die klassische Theorie, aber der Autor würde sagen, dass sie nur gilt, wenn die Inflation von der Angebotseite her ausgelöst wird. Bedingung für eine nachfrageseitig getriebene Inflation wäre, dass das Angebot sich an die durch die höhere Kaufkraft ausgelöste Mehrnachfrage nicht anpassen kann. Der Autor bezweifelt aber, dass 3, 4 Prozent Zuwachs an Kaufkraft für das Angebot ein Problem darstellen, wenn der Auslastungsgrad der Industrie lediglich 80 Prozent ist. Die gewaltige und plötzliche Zunahme der Nachfrage nach dem Fall der Mauer auf jeden Fall führte nicht zu einer Inflation und das war eine Steigerung der Nachfrage historischen Ausmaßes. Abgesehen davon lässt sich die Phillipskurve auch keynesianisch interpretieren. Die Arbeiter bestimmen eben gerade nicht die Höhe des Reallohnes.)

209. Welche Unterschiede gibt es zwischen den Wirkungen einer expansiven Geldpolitik bei Schumpeter und bei Keynes?

Antwort 209: Bei Schumpeter herrscht Vollbeschäftigung. Eine expansive Geldpolitik kann folglich nur zu qualitativen Änderungen führen, neuen Kombinationen, wie Schumpeter das nennt. Das heißt, die Wirtschaft wird produktiver. Bei Keynes herrscht Unterbeschäftigung und Änderungen in der Struktur der Wirtschaft, der Intensität des Wettbewerbs, der Organisation, der technischen Entwicklung etc. schließt Keynes für den Zweck seiner Analyse *expressis verbis* aus. Ihm geht es um ein rein quantitatives Wachstum.

210. Mit der Aufgabe der klassischen und neoklassischen Vorstellung von der Funktion des Geldes sind auch andere Vorstellungen der klassischen und neoklassischen Theorie nicht mehr haltbar. Welche?

Antwort 210: Wenn Kapital schlicht Geld ist und das Bankensystem über unterschiedliche Mechanismen Geld in beliebiger Menge schöpfen kann, dann ist der Zins auch kein Preis mehr für Geld, denn etwas was gar nicht knapp ist, kann keinen Preis haben. Es stellt sich also letztlich auch die Frage, nach der Bedeutung von Banken, denn deren Geschäftskonzept beruht darauf, dass Geld einen Preis hat, der die reinen Administrationskosten und den Risikoausgleich übersteigt. Sollte also die EZB ihre derzeitige Null Zinspolitik, wir schreiben immer noch das Jahr 2016, aufrechterhalten, steht das Geschäftskonzept der Banken, wie derzeit, zur Disposition. Die Konkurrenz zwischen den Banken wird die Gewinne abschmelzen. Als Mittler zwischen Sparern und Investoren haben Banken eine Funktion. Als Mittler zwischen den Zentralbanken und Investoren haben sie diese Funktion nicht.

211. Wieso hat der Zins in der Vollbeschäftigung eine Allokationswirkung und in der Unterbeschäftigung nicht, siehe auch Frage 114.

Antwort 211: In der Vollbeschäftigung gibt es einen trade off zwischen der Produktion von Konsumgütern und der Produktion von Investitionsgütern. Mehr Investitionen sind nur möglich, wenn der Konsum eingeschränkt wird und eine hoher Zinssatz führt zu einer höheren Sparquote, was eben den Konsum einschränkt. In der Unterbeschäftigung besteht dieser trade off nicht. Zwar wird auch in der Unterbeschäftigung ein hoher Zins den Konsum eindämmen, aber genau dies ist eben nicht sinnvoll.

212. Inwiefern werden Zentralbanken die Vorstellungen von Joseph Schumpeter konterkarieren?

Antwort 212: Wie Schumpeter expressis verbis schreibt, wird die neue Kaufkraft durch das neu geschaffene Geld zur Inflation führen. Das Angebot kann sich nicht mehr an die Nachfrage anpassen, wenn Vollbeschäftigung herrscht, wovon Schumpeter ja ausgeht. Zentralbanken sind aber der Stabilität der Währung verpflichtet, das ist ihr gesetzlicher Auftrag, folglich werden sie über eine Erhöhung des Mindestreservesatzes und ähnlicher Maßnahmen, z.B. Verkauf von Wertpapieren, die Geldmenge einschränken. Der schöpferisch zerstörerische Unternehmer Schumpeters kann dann seine Innovation nur noch durchsetzen, wenn er einen höheren Zins bezahlen kann. Einen höheren Zins können aber nur bestehende Unternehmen zahlen, weil nur diese über die nötigen Sicherheiten verfügen und die Rentabilität ihrer Investitionen durch empirisch belastbare Daten nachweisen können.

213. Bei Keynes muss in der Unterbeschäftigung der Zins solange abgesenkt werden, bis Vollbeschäftigung erreicht ist. Welches Problem gibt es damit in der Praxis?

Antwort 213: Für Keynes ist der Zins in erster Linie ein Hindernis für Investitionen. Sind von Arbeitslosigkeit vor allem Menschen mit geringer Produktivität betroffen, so braucht man Investitionen, die diese Gruppe wieder in Arbeit bringen. Das sind dann aber eben Investitionen mit geringer Rentabilität, die hohe Zinsen nicht bedienen können. Das Problem ist, dass Banken unter Umständen kein Interesse daran haben, die Zinsen soweit abzusenken. Senken Sie die Zinsen so weit ab wie Keynes sich das vorstellt, also auf ein Niveau bei dem lediglich die Verwaltungskosten der Banken und das Risiko gedeckt ist, dann wären die Gewinne der Banken Null. Es wäre das Ende der Banken. Selbst wenn die Zentralbanken den Zins auf Null setzen, wie derzeit, wir schreiben immer noch das Jahr 2016, werden die Zinsen nicht auf das von Keynes befürwortete Niveau fallen. Sinkt die Produktivität allgemein und die Banken werden nicht effizienter, wird die Arbeitslosigkeit steigen, wenn nicht ein Systemwechsel eingeführt wird. Alternativ könnten Banken auch als venture capitalist agieren, doch hierzu dürften sie intellektuell nicht in der Lage sein und die Rahmenbedingungen lassen das auch nicht zu. Zwar besteht weltweit aufgrund des enormen Technologiegefälles kein Mangel an Nachfrage, aber diese Nachfrage zu bedienen erfordert unternehmerisches Geschick, über welches Banken eben nicht verfügen. Die Rentabilität wird also sinken und da die Banken einen höheren Zins verlangen müssen, es sei denn man strukturiert um, wird der Zins zu einer Bremse für die Beschäftigung.

214. Was ist der Unterschied zwischen der Überinvestitionstheorie von Friedrich Hayek und der Durchsetzung von Innovationen qua Geldschöpfung bei Joseph Schumpeter?

Antwort 214: Sowohl bei Joseph Schumpeter wie auch bei Friedrich Hayek führt die expansive Kreditvergabe zu einer Kaufkraft, die durch das Angebot nicht gedeckt ist. Es kommt also zur Inflation. Der Unterschied besteht darin, dass dieser Prozess bei Joseph Schumpeter zu einer Umstrukturierung der Wirtschaft und zu höherer Produktivität führt, bei Friedrich Hayek nicht. Allerdings wird die grundsätzliche Vermutung, die Fiktion, dass das Produktionspotential vollkommen ausgeschöpft ist, durch die empirischen Daten nicht gedeckt. Wir haben seit 30 Jahren keine Inflation mehr und wenn es in Zukunft irgendwann eine geben wird, dann wird diese von steigenden Rohstoffpreisen getrieben und nicht von der Nachfrage. Des weiteren besteht ein Unterschied für

die Erklärung der Rezession. Bei Hayek erweisen sich die Investitionen als unrentabel, weil die Ressourcen zu deren Verwirklichung nicht zur Verfügung stehen. Bei Schumpeter führt die Verknappung der Geldmenge zur Rezession. Siehe Frage 216.

215. Unter Innovation versteht Schumpeter eine Änderung der Produktionsstruktur mit Auswirkungen auf die ganze Wirtschaft. Der Begriff ist etwas unscharf, aber auf jeden Fall geht Schumpeter davon aus, dass die Innovation von der Angebotsseite getrieben wird. Änderungen in der Nachfrage führen nicht zu solch radikalen Umbrüchen. Nehmen Sie Stellung zu dieser These.

Antwort 215: Die Aussage ist formal betrachtet natürlich richtig, allerdings nur deswegen, weil die Akzeptanz dieser Innovation nachfrageseitig gewaltig ist. Gelingt es aus Stammzellen jedes x-beliebige Organ nachzubilden, hätte dies deswegen einen enormen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung, weil die Nachfrage nach dieser Technologie gewaltig wäre. Ein technischer Fortschritt ohne Nachfrage ist vielleicht ein wissenschaftlicher Durchbruch, aber ohne eine nachfrageseitige Akzeptanz, ist der Einfluss auf die Wirtschaft gering.

216. Schumpeter definiert das Erkenntnisobjekt der Ökonomie als die Summe aller Sachzusammenhänge, die über einen ökonomischen Kausalzusammenhang miteinander verknüpft sind. Er verfolgt also Kausalketten solange, bis sie nicht mehr auf eine ökonomische Ursache zurückgeführt werden können. Inwiefern widerspricht seine Beschreibung des schöpferisch - zerstörerischen Unternehmers diesem methodischen Ansatz?

Antwort 216: Die Beschreibung des schöpferisch - zerstörerischen Unternehmers ist rein psychologisch. Schumpeter hatte wohl irgendeine konkrete Person vor Augen und hat diese beschrieben. Die Beschreibung ist zwar künstlerisch wertvoll, aber nicht empirisch belastbar, wobei das aber nicht der Punkt ist. Der Punkt ist, dass ein nicht-ökonomischer Zusammenhang eine Relevanz für die ökonomische Entwicklung hat. Es macht von daher wenig Sinn, diesen Bereich auszuklammern. Wenn Kreativität, Durchsetzungskraft, unternehmerische Denke etc. einen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung hat, dann ist die Frage, wie man diese Fähigkeiten steigert, ein sehr reales ökonomisches Problem. Joseph Schumpeter zeigt also durch konkludentes Handeln, dass er anders als sein methodologischer Ansatz dies suggeriert, die Ökonomie als eine Querschnittswissenschaft bezeichnet.

217. *Wie erklärt Schumpeter die Rezession?*

Antwort 217: Während der Durchsetzung der Innovation durch den schöpferisch - zerstörerischen Unternehmer wurde das Kredit- und damit das Geldvolumen ausgedehnt, da bei Schumpeter ja Kredite, zutreffenderweise, auch aus dem Nichts geschöpft werden können. Nachdem sich aber der Erfolg eingestellt hat, zahlen diese Unternehmer den Kredit zurück und die Geldmenge schrumpft wieder. Allerdings stiegen die Preise, nach Schumpeter, in der Zeit des Booms, und folglich wird die Transaktionskasse zu klein. Die Preise müssen sinken, es kommt zur Depression und Arbeitslosigkeit. Das ist natürlich kompletter Nonsense, weil die Zentralbanken die Geldmenge beliebig ausdehnen können und ausdehnen werden, solange eine Nachfrage nach Geld besteht. Abgesehen davon müsste die Logik ja auch umgekehrt funktionieren. Sind die schöpferisch - zerstörerischen Unternehmer nicht erfolgreich, zahlen sie auch den Kredit nicht zurück. Das Geld würde ewig in der Zirkulation bleiben. Es ist aber für Zentralbanken ein leichtes, die Geldmenge auch wieder schrumpfen zu lassen, sie brauchen hierfür lediglich den Mindestreservesatz zu erhöhen.

Karl Popper

218. *Was versteht man unter Falsifizierung und Falsifizierbarkeit und was ist der entscheidende Unterschied zur Verifizierung und Verifizierbarkeit?*

Antwort 218: Falsifizierbarkeit und Verifizierbarkeit bedeutet erstmal, dass eine Theorie gegen die Empirie getestet werden können muss. Eine Theorie wird zwar nicht notwendigerweise beruhend auf empirischen Daten gewonnen, das Gesetz vom freien Fall z.B. beruht nicht auf empirischen Daten, denn Galilei konnte nicht im luftleeren Raum experimentieren und nur da fällt eine Feder so schnell wie eine Bleikugel, aber die Theorie muss so formuliert sein, dass sie irgendwann gegen die Realität getestet werden kann. Die Tatsache, dass man eine Theorie verifizieren kann, das heißt sie von der Realität gedeckt wird, heißt nichts. Das Gesetz vom freien Fall z.B. kann man ohne weiteres widerlegen, obwohl es richtig ist. Für die Verifizierung ist der Beweis für die Richtigkeit einer These erbracht, wenn sie sich einmal bestätigt hat. Falsifikation stellt darauf ab, dass eine These widerlegt wurde, wenn sie sich einmal als falsch erwiesen hat. Allgemeiner: Man kann von einer endlichen Menge von Ereignissen nicht auf eine unendliche Menge von Ereignissen schließen. In diesem Sinne lässt sich also die Wahrheit einer Theorie als endgültige Wahrheit schlicht nie beweisen.

219. Was sind nach Popper sinnlose Aussagen?

Antwort 219: Sinnlos sind z.B. Aussagen, die von jedem empirischen Befund bestätigt werden. Ein guter Wettermoderator wird z.B. das Wetter der nächsten Tage so blumig beschreiben, dass die Prognose zutrifft egal ob die Sonne scheint oder ob es regnet. (Leicht bewölkt mit einzelnen Schauern.) Sinnlos ist eine Aussage auch dann, wenn sie unter Nebenbedingungen formuliert wird, die so restriktiv sind, dass der Test gegen die Realität ausgeschlossen ist. Die Quantitätstheorie des Geldes, eine Erhöhung der Geldmenge führt zur Inflation ist eine Aussage dieses Typs. Sie trifft nämlich nur zu, wenn sich das Angebot an eine Erhöhung der Kaufkraft nicht anpassen kann, was aber selten bis nie zutrifft. Sinnlos sind natürlich auch Aussage, die mit der Realität schlicht gar nicht in Konflikt kommen können. Die Aussage, dass Gott allwissend ist, ist weder falsifizierbar noch verifizierbar.

220. Sind Theorien, die auf statistischen Zusammenhängen beruhen falsifizierbar formuliert?

Antwort 220: Sind sie, aber sinnlos sind sie trotzdem. Die These, dass ein Rückgang der Geburtenrate mit dem Rückgang der Storchenpopulation zusammenhängt, ist verifizierbar formuliert. Solange nicht jemand diese These falsifiziert, hat sie also als richtig zu gelten. Das Problem ist, die beiden Effekte von irgendwas sind theorie-los miteinander verbunden. Ohne eine Theorie, die einen kausalen Zusammenhang herstellt, sind statistische Daten sinnlos. Dasselbe gilt auch umgekehrt. Selbst wenn die statistischen Daten der Theorie widersprechen, kann die Theorie trotzdem richtig sein, nur eben einen Spezialfall nicht abdecken, bzw. unvollständig sein. Zutreffend ist also, dass eine Theorie, die verifiziert wurde, nicht notwendigerweise richtig ist. Genau so zutreffend allerdings ist, dass eine Theorie, die falsifiziert wurde, noch lange nicht falsch sein muss.

221. Wie lässt sich die Bedeutung von Karl Popper in den Sozialwissenschaften erklären, obwohl er in den Naturwissenschaften, wo sein eigentlicher Fokus liegt, keine Rolle spielt?

Antwort 221: In den Naturwissenschaften sind die Thesen Poppers schlicht trivial. Solange eine Theorie halbwegs plausibel ist, wird sie beibehalten, solange keine bessere vorhanden ist. Das Ptolemäische Weltbild, die Sonne kreist um die Erde, konnte

erst erschüttert werden, als eine neue Theorie eine höhere Erklärungskraft hatte, bzw. mit weniger Annahmen auskam, die dann die Abweichungen erklärten. In der Medizin wird die Theorie, auf der eine Behandlung beruht nicht deshalb falsifiziert, weil sie in manchen Fällen versagt, solange es keine andere Behandlungsmethode gibt, die auf einer anderen Theorie beruht und bessere Ergebnisse liefert. Allerdings suggeriert die Übertragung der Ideen Poppers auf die Volkswirtschaftslehre, dass die Volkswirtschaftslehre eine ähnlich exakte Wissenschaft ist, wie die Naturwissenschaften, also empirisch belastbare Ergebnisse liefert. Die Problematik ist aber die gleiche, wie bei der mathematischen Modellierung. Um in einem Bereich dieselben Methoden anwenden zu können wie in einem anderen, muss das Erkenntnisobjekt strukturgleich sein. Der Vorwurf, dass die Volkswirtschaftslehre keine exakte Wissenschaft sei, was zweifelsohne zutrifft, greift ins Leere. Es ist schlicht so, dass die Methoden der Naturwissenschaften nicht anwendbar sind, was allerdings immer zutrifft. Die Methoden der Astronomie lassen sich auch nicht auf die Molekular Genetik anwenden.

222. Welche drei Begriffe kennt jede Sprache für die Durchdringung der Wirklichkeit und worin unterscheiden sie sich?

Antwort 222: Beschreibung, Interpretation und Theorie. Eine Beschreibung enthält keine Theorie und interpretiert den Sachverhalt nicht. Sie ist, im Idealfall, eine schlichte Wiedergabe des mit den Sinnen Wahrnehmbaren. Um den Sternenhimmel zu beschreiben, braucht man auch keine Theorie. Eine Theorie braucht man erst, wenn man die Konstellation der Sterne in der Zukunft beschreiben will. Bei der Beschreibung ist allein das Objekt von Bedeutung. Bei der Interpretation steht das Subjekt im Vordergrund. Die Interpretation ist eine Subjekt - Objekt Beziehung und von daher kann in Abhängigkeit vom kulturellen Hintergrund des Subjekts mehrere Interpretationen geben. Die Theorie ist die einzige Kategorie, bei der Falsifikation eine Rolle spielt.

223. Inwiefern ist die Demokratie eine offene Gesellschaft

Antwort 223: Die Demokratie ist, wie die freie Marktwirtschaft, ein Ordnungsrahmen hat aber selbst keine Vorstellung bezüglich der gesellschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen Ausgestaltung der Gesellschaft. Sie ist für jede Option offen, solange der demokratische Ordnungsrahmen selbst nicht in Frage gestellt wird. Weiter impliziert Demokratie, dass die Entwicklung der Gesellschaft von menschlichen Entscheidungen abhängt und der Kurs jederzeit geändert werden kann. Bei Marx wird das ja

ausgeschlossen. Eigentlich könnte der Mehrwert ja jederzeit umverteilt werden, so die Mehrheit das will. Diese naheliegende Möglichkeit wird aber von Marx schlicht ignoriert. Eine gleichermaßen klare Vorstellung von der Ausgestaltung der Gesellschaft hat aber auch die klassische und neoklassische Theorie. Ideal ist eine Gesellschaft, wo der Staat schlicht nichts tut. Auch diese Theorien ignorieren die Möglichkeit eines demokratischen Entscheidungsprozesses, der die von ihnen für optimal gehaltene Ausgestaltung der Gesellschaft modifiziert.

224. Was versteht man unter Historizismus und inwiefern ist der Historizismus lediglich eine Variante eines allgemeinen Problems?

Antwort 224: Der Historizismus geht davon aus, dass sich der Lauf der Geschichte prognostizieren lässt, mit anderen Worten, dass bestimmte Tendenzen oder Gesetze diesen Verlauf bestimmen und dieser Verlauf durch menschliche Entscheidungen nicht beeinflusst werden kann. Fraglich ist allerdings, ob der Historizismus nicht lediglich eine Variante eines allgemeineren Problems ist. Die Beurteilung der Gegenwart und der Zukunft hängt immer davon ab, welche Parameter in die Beurteilung eingehen und ob diese Parameter tatsächlich die relevanten Parameter sind und welche möglichen Ausprägungen dieser Parameter sich der einzelne vorstellen kann. In Abhängigkeit von der Anzahl der Parameter, die ein System determinieren oder als bestimmend angenommen werden und der Ausprägung, die diese Parameter annehmen können, steigt die Zahl der möglichen Handlungsoptionen und damit auch die mögliche Bandbreite der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Tatsache, dass der Blickwinkel im Allgemeinen verengt ist, ist ein extrem spannendes Thema, über das man mehrere dicke Bücher schreiben kann, ‚Das Prinzip Hoffnung‘ von Ernst Bloch wäre hierfür ein Beispiel, aber Karl Popper hat das Thema auf dem trivialsten überhaupt möglichen Niveau abgehandelt.

225. Karl Popper erläutert den Historizismus anhand literarischer Werke. Inwiefern ist dieser Ansatz problematisch?

Antwort 225: Auch wenn wir davon absehen, dass der Historizismus ohnehin nur eine Variation eines allgemeineren Problems ist, bleibt immer noch die Frage, warum Popper ausgerechnet Georg Friedrich Hegel und Karl Marx zur Illustrierung des Historizismus gewählt hat. Autoren, die eine Kontinuität in der geschichtlichen Entwicklung sehen, gibt es unendlich viele. Andere Beispiele wären ‚Der Untergang des Abendlan-

des‘ von Oswald Spengler oder ‚First Principles of a New System of Philosophy‘ von Herbert Spencer. Karl Popper versucht anhand dieser literarischen Werke totalitäre Systeme zu erklären, wobei allerdings unklar ist, ob diese Werke eine Blaupause für totalitäre Ideologien waren oder lediglich totalitäre Ideologien allgemein beschreiben. Ersteres können wir ausschließen, denn Hegel ist definitiv keine Lektüre, die der Führungsmannschaft der NSDAP intellektuell zugänglich war. Letzteres können wir aber auch ausschließen, denn die Ideologie einer totalitären Bewegung ist bedeutungslos, siehe Frage 201. Was im übrigen niemand so klar gesehen hat, wie Hitler selbst, der ja wahrlich kein großes Licht war. Propaganda muss anknüpfen an elementare Instinkte und die Massen zum Kochen bringen. Mit was, ist hierbei völlig egal. In Mein Krampf heißt es.

„Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß. Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und die schlagwortartig so lange zu verwerten, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag.“

Die ergiebigste Perspektive zur Analyse des Nationalsozialismus wäre wahrscheinlich ein psychologischer Ansatz, der aller unproduktivste ist der ökonomische, der nur noch getoppt wird von dem Ansatz Karl Poppers, also durch den Versuch, das Phänomen anhand literarischer Werke zu erklären.

226. Inwiefern kristallisieren sich im Begriff Demokratie bei Hayek /Friedman und Popper zwei unterschiedliche weltanschauliche Perspektiven?

Antwort 226: Das Ideal ist für Hayek / Friedman ‚cooperation without restriction‘, Kooperation ohne Zwang. Diese sehen sie in der marktwirtschaftlichen Ordnung verwirklicht, siehe Frage 182. Aus dieser Perspektive bedeutet die Demokratie die Unterordnung der Minderheit, siehe Frage 199. Für Popper ist die Demokratie der einer „offenen Gesellschaft“ korrespondierende Ordnungsrahmen. Die Demokratie selbst hat keine Vorstellung von der Ausgestaltung der sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Verhältnisse. Sie ist für jede Option offen und opponiert dadurch gegen jede Ideologie, die bestimmte Vorstellungen auf ewig durchsetzen will, da den jederzeit mögliche Wechsel ja ausschließt.

227. Es gibt unterschiedliche methodische Ansätze, wie man ein Phänomen wie die Entstehung des Nationalsozialismus analysieren kann. Welche sind es und wie lassen sich die unterschiedlichen Herangehensweisen erklären?

Antwort 227: Mit dem Phänomen der Entstehung des Nationalsozialismus befassen sich Historiker, Soziologen und Psychologen und, eher selten, auch Ökonomen. Gelegentlich gibt es Überschneidungen, etwa wenn Historiker die soziale Zusammensetzung der NSDAP Mitglieder analysieren oder die ablehnende Haltung der Beamten gegenüber der Weimarer Republik. Eine fächerübergreifende Diskussion ist aber selten, da es offensichtlich allen Beteiligten schwer fällt, die Relevanz eines anderen methodischen Ansatzes anzuerkennen. Ökonomen, zu denen im weiteren Sinne auch Hayek zählt, haben eine systemische Sicht auf die Probleme. Die psychologische Verfasstheit der Akteure ist aus dieser Sicht egal. Das System setzt Anreize und wenn die Anreize ein Verhalten fördern, das gesamtwirtschaftlich sinnlos bzw. schädlich ist, dann sind die Anreize eben falsch gesetzt. Erweitert man diesen Ansatz und bezieht ihn nicht nur auf die Ökonomie, ist er durchaus fruchtbar. Psychologen versuchen die Entstehung des Nationalsozialismus und insbesondere seine Machtergreifung durch Defizite in der Persönlichkeitsstruktur von Individuen und Massen zu erklären, die totalitäre Bewegungen wie der Nationalsozialismus zur Mobilisierung nutzen können. Würde dies gelingen, könnte man auch Rückschlüsse ziehen auf gegenwärtige totalitäre Bewegungen unter Umständen ließen sich auch Ähnlichkeiten feststellen zu totalitären Bewegungen, die sich ideologisch vom Nationalsozialismus unterscheiden, etwa religiös fundamentalistische Strömungen. Historiker versuchen eine Situation als Resultat kontingenter Entwicklungen in ihrer Individualität zu verstehen. Das Ziel hieraus Rückschlüsse für die Gegenwart zu ziehen ist hierbei sekundär und auch kaum möglich, denn die kontingente Situation wird sich nicht wiederholen und die latenten psychologischen Defizite werden nicht analysiert. Allein schon die Tatsache, dass wir alle mit Rechtsradikalismus ein kompaktes Bündel an Einstellungen verbinden, übersteigter Nationalismus bis hin zum Rassismus, geringes Bildungsniveau, Ablehnung divergierender sexueller Orientierung, Ablehnung der Demokratie, ähnliche Gestaltungsmerkmale im äußeren Auftreten etc., lässt auf einen psychologischen Zusammenhang schließen, denn es gibt nur einen schwachen logischen Zusammenhang zwischen den einzelnen Momenten, die ein rechtsradikales Weltbild konstituieren.

Th.W. Adorno

228. Wieso wird das Angebot an Kultur und Nachrichten unter marktwirtschaftlichen Bedingungen immer dazu tendieren, reine Unterhaltung zu sein?

Antwort 228: Die marktwirtschaftliche Ordnung befriedigt Bedürfnisse, das ihr Ziel. Das heißt für die Kultur- und Nachrichtenindustrie, dass sie etwas bieten muss, was mühelos und spontan konsumiert werden kann. Konsum, der selbst Arbeit erfordert, ist kaum durchsetzbar. Problemlos konsumierbar ist nur die Unterhaltung. Die Unterhaltung übersteigt nicht den durch die sozialen Verhältnisse vorgegebenen Erfahrungshorizont und die daraus resultierende psychische Konstitution. Rein logisch gesehen machen Nachrichten und Informationen nur dann einen Sinn, wenn sie den gegebenen Kenntnisstand erweitern. Die Aufnahme neuer Nachrichten und Informationen verlangt aber, zumindest wenn diese komplexerer Natur sind, Arbeit und diese wird nur erbracht, wenn es eine Kompensation gibt. Bei Themen von allgemeiner gesellschaftlicher Relevanz ist der einzelne aber nur sehr mittelbar betroffen. Entweder weil er nicht der Gruppe angehört, die direkt betroffen ist, ihm nicht klar ist, dass es ihn langfristig betrifft, die konkreten Auswirkungen so gering sind, dass keine Bereitschaft besteht, sich mit dem Thema zu befassen oder weil er sich schlicht nicht zutraut, auch nach Einarbeitung, zu einem Urteil zu kommen. Die Nachricht oder Information hat von daher nur einen ökonomischen Wert, wenn sie reine Unterhaltung ist, also problemlos konsumiert werden kann. Die Demokratie funktioniert dann zwar immer noch, aber die Ergebnisse eines demokratischen Entscheidungsprozesses sind suboptimal. Die Nachrichtenindustrie lebt nicht vom Verkauf neuer Nachrichten, diese sind ja kostenlos überall, redundant erhältlich, sondern von der Emotionalisierung von Nachrichten, von einer Steigerung ihres Unterhaltungswertes. Dass das Geschäftskonzept der Bildzeitung jetzt nicht mehr funktioniert, hat weniger mit einem gesteigerten Interesse an Nachrichten zu tun, als mit der Tatsache, dass diese Emotionalisierung von Nachrichten einfach zu bewerkstelligen ist und es nun Milliarden von Bildern im Internet gibt, von Videos mal ganz abgesehen. Das gleiche trifft auf Kultur zu. Ohne einen ‚Überschuss‘, etwas das das bestehende Bewusstsein übersteigt und dessen Rezeption Arbeit verlangt, ist sie Unterhaltung. Um ihren „Mehrwert“ zu erkennen, müsste dieser bereits vermittelt sein. Das Unbekannte kann ex ante keinen „Mehrwert“ haben. Die Kulturindustrie wird also das liefern, was die Leute haben wollen, obwohl sie dadurch gerade um das betrogen werden, was sie eigentlich einkaufen.

229. Inwiefern wird die Meinung Adornos auf der anderen Seite des politischen Spektrums geteilt?

Antwort 229: Adorno sieht die Gesellschaft der Nachkriegszeit aus unterschiedlichen Gründen kritisch auch wenn er selten zu konkreten Ereignissen Stellung bezogen hat. Hinsichtlich der Massenmedien allerdings wurde seine Einstellung von den damals regierenden Parteien geteilt. Das in der Nachkriegszeit dominierende Leitmedium, Radio und Fernsehen, stand unter staatlicher Aufsicht und bis heute herrschte die Vorstellung, dass ein Massenmedium nur dann seinen kulturellen Auftrag erfüllen kann, wenn es sich über zwangsweise erhobene Gebühren finanziert. Der Rundfunkstaatsvertrag in der Fassung von 1991 führt hierzu aus.

„ § 11 Auftrag

(1) Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie sollen hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern fördern. Ihre Angebote haben der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung zu dienen. Sie haben Beiträge insbesondere zur Kultur anzubieten. Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen.

(2) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen.“

Kultur wird *expressis verbis* als Auftrag genannt, wobei allerdings nirgends definiert wird, inwiefern sich diese von der Unterhaltung unterscheidet und man kann bezweifeln, dass die an dem Vertragswerk Beteiligten in der Lage wären, den Unterschied zu erklären. Weiter ist der bloße Wille Kultur anzubieten nicht gleichbedeutend mit der konkreten Fähigkeit, Kultur zu einer spannenden Sache zu machen. Fehlt im Überschuss das Subjekt, degeneriert Kultur zum reinen Tauschwert. Der Überschuss hat dann lediglich einen systemischen Wert. Um es poetisch mit dem in zahlreichen Varianten vorliegenden Aphorismus auszudrücken: Man muss das Feuer weitertragen und nicht die Asche anbieten.

230. Der Rundfunkstaatsvertrag geht davon aus, dass allein durch die Tatsache, dass ein Angebot nicht von zahlenden Kunden abhängt und die Finanzierung damit gesichert ist, die Qualität der Berichterstattung und das kulturelle Angebot steigt. Ist diese Annahme plausibel?

Antwort 230: Das ist implizit die These, die auch Adorno vertritt, allerdings kritisiert Adorno auch die institutionalisierte Kultur. Tatsächlich ist es weder theoretisch plausibel noch tatsächlich der Fall, dass die Berichterstattung des öffentlich rechtlichen Rundfunks der Berichterstattung privater Massenmedien überlegen ist. Schon der im Rundfunkstaatsvertrag als Ziel genannte Pluralismus rechtfertigt keine Zwangsfinanzierung, den dieser würde sich auch durch konkurrierende Medien ergeben. Mit demselben Argument könnte man auch politische Parteien in ihrer Reichweite beschränken, wenn sie aufgrund ihrer Größe die öffentliche Meinungsbildung dominieren. Man kann zwar konzedieren, dass in Talksshows irgendwelche Celebrities mit unterschiedlichen Meinungen debattieren, doch das allein ist keine Garantie für eine fundierte Berichterstattung. Diese hängt weniger von der Menge der Meinungen ab, also von der Fundiertheit der vorgetragenen Argumente. Irgendwelche Celebrities zusammenzutrommeln ist hierbei relativ einfach und kostengünstig. Fundiert zu recherchieren relativ schwierig und teuer. Strittig ist auch, ob die öffentlich rechtlichen Sender ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen. Geht man davon aus, dass die Reihenfolge nicht zufällig ist, dann wäre die Rangordnung der Schwerpunkte Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung, wobei Kultur extra genannt wird. Tatsächlich ist aber eindeutig Unterhaltung der Schwerpunkt. Kämen die öffentlich rechtlichen Sender ihrem Auftrag nach, müssten sie nicht für unsinnige Summen die Übertragungsrechte an irgendwelchen sportlichen Großereignissen erwerben und könnten dieses Geld in die Recherche stecken. Das hätte auch den Vorteil, dass diese Übertragungsrechte auch von Privatsendern erworben werden könnten und zwar zu günstigeren Preisen. Zu guter letzt gibt es natürlich noch das Totschlag Argument. Es gibt schlicht kein Thema, sei es der Krieg in Syrien, sei es die Finanzkrise, sei es die spanische Regierungskrise, der Wahlkampf in den USA etc. etc. zu dem sich nicht im Internet weit, weit, weit detailliertere Informationen finden lassen. Noch schlechter sieht es aus beim Punkt Beratung. Der Detailliertheitsgrad des Internets ist hier so hoch, seien es Versicherungsfragen, Finanzierungsfragen, rechtliche Fragen, Probleme mit technischen Geräten etc. etc. dass ein Angebot der öffentlich rechtlichen Sender in diesem Bereich, was immer damit gemeint sein mag, völlig sinnlos ist.

Ernst Bloch

231. Was ist der ganz grundsätzliche Denkfehler der Utopiekritik von Karl Popper?

Ansicht 231: Der ganz grundsätzliche Denkfehler der Utopiekritik von Karl Popper besteht darin, dass er meint „dass der Weg in die Hölle mit lauter guten Absichten gepflastert sei“. Das ist zwar ein hübsches Bonmot, das alle möglichen Leute, die besonders intelligent sein wollen immer wieder wiederholen, hat allerdings keinerlei Erklärungskraft. Insbesondere dann nicht, wenn er diese These mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus oder des Stalinismus illustrieren will. Die Aussage ist, dass eine als ideal vorgestellte Gesellschaft, eine Utopie, mit Gewalt verwirklicht werden sollte. Damit würde man Hitler und Stalin oder auch Mussolini, Franco, Salazar, Marcos etc. zuviel Ehre zuteil werden lassen. Sie wären ja dann quasi Idealisten, die mit ungeeigneten Methoden versuchten hehre und ehrenhafte Ziele durchzusetzen. Der Aufstieg der NSDAP zur Macht hat aber mehr Ähnlichkeiten mit der Durchdringung der Gesellschaft durch die Mafia, als mit dem Versuch eine Utopie zu verwirklichen. Die Geschichte ist zwar keine Geschichte von Klassenkämpfen, wie Marx meinte, aber es ist offensichtlich, dass im geschichtlichen Prozess verschiedene Gruppen auf unterschiedlichen Wegen um die Macht kämpfen. Dass hier in Abhängigkeit vom politischen Ordnungsrahmen bestimmte Vorstellungen als für das Allgemeinwohl förderlich propagiert werden, heißt noch lange nicht, dass die handelnden Akteure daran wirklich glauben. Will man Wahlen gewinnen, kann man nicht öffentlich für die Privilegierung einer bestimmten Gruppe plädieren. Nimmt man die Thesen von Karl Popper ernst, müsste die Geschichte voll sein von wohlgesonnenen Menschen, die sich lediglich irren. Die schlichte Wahrheit ist, dass die handelnden Akteure konkrete Interessen vertreten, bei deren Durchsetzung sie immer mal wieder über Leichen gehen. Die Utopiekritik Poppers ist schlicht kompletter Blödsinn. Fahndet man in der Geschichte nach Konstellationen, wo sein Szenario zutreffen könnte, dann könnte einem, als seltenes Beispiel, die kubanische Revolution einfallen, die zweifelfrei von Idealisten getragen wurde, letztlich aber scheiterte. Allerdings könnte man hier die Frage stellen, ob die ideologische Verbohrtheit, die das Regime in Cuba heute charakterisiert, nicht durch die äußeren Umstände bedingt sind. Die Dynamik geschichtlicher Prozesse ist mit seinem simplen Schema nicht erklärbar.

232. Es gibt, mal abgesehen von einigen abfälligen Bemerkungen Poppers, keine Diskussion zwischen Popper und Bloch. Sie haben sich wechselseitig umfassend

ignoriert. Erklären Sie anhand der blochschen Kategorien Nicht, Noch-Nicht, Alles, warum Bloch eine viel radikalere Absage an den Historizismus ist, als „ Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen “ von Karl Popper.

Antwort 232: Die Grundannahme von Hegel ist, dass zu Beginn der Weltgeschichte die Qualitäten des Weltgeistes unmittelbar vorliegen und in dieser Unmittelbarkeit eben unbewusst sind und damit NICHTS. Dass es den Weltgeist treibt, das unmittelbare Seiende, das folglich Nichts ist, herauszuprozessieren, ist ein bisschen Hokusfokus. Dass man sich aber seiner selbst nur bewusst wird, wenn das Unbewusste von außen angestrahlt wird, kann man psychologisch nachvollziehen. Andernfalls wären Individuen leere Hüllen, in die man beliebigen Inhalt schütten kann.

Bei Bloch allerdings ist am Anfang NICHT und NICHT ist was total anderes als NICHTS. NICHTS ist eine Möglichkeit. Das definitive Scheitern. NICHTS ist am Ende, als Scheitern. Am Anfang jedoch ist NICHT, das Ausfahrt ist. Das ist ein radikaler Bruch mit Hegel. Wie sattsam bekannt, hat Marx ja den Weltgeist durch das Kapital ersetzt, das ist der gleiche Hokusfokus wie bei Hegel, nur jetzt eben materialistisch. Was wir aber psychologisch gut nachvollziehen können, ist die Idee, dass der Hunger, der Mangel aus dem NICHT hinaustreibt. Das ist die nächste Breitseite sowohl gegen Hegel wie auch gegen Marx. Die treibende Kraft der Geschichte ist das Individuum, denn nur das Individuum kann Mangel empfinden. Dass Bloch wenig mit dem Marxismus zu tun hat, hat zwar Popper nicht begriffen, sehr wohl aber die Apparatschicks der SED. Bloch prognostiziert auch nicht einen Gang der Geschichte. Ganz im Gegenteil. Das NICHTS, das definitive Scheitern, ist genau so eine Möglichkeit wie das ALLES, das definitive Gelingen. Was immer aus dem NICHT und aus dem Mangel hinaustreibt, was eine konkretere Vorstellung ist, wie der Mangel beseitigt werden kann, ist ein NOCH NICHT. Das NOCH NICHT allerdings beschreibt den Prozess hin zum ALLES, das Unbekannt ist. Solange das Individuum das ALLES nicht hat, wird der Prozess nicht stillstehen. Radikaler kann man gegen den Historizismus nicht argumentieren.

233. Sind Utopien das Problem oder die Anti-Utopien?

Antwort 233: Karl Popper hat es mit den Utopien, wobei Marx ein äußerst schlechtes Beispiel ist, denn Marx beschreibt, basierend auf kruden Annahmen, lediglich den Zusammenbruch des „Kapitalismus“. Da wo es wirklich spannend wird, also bei der Beschreibung, was danach passiert, steht in den drei blauen Bänden nix.

Die Vorstellungen von einer besseren Welt und der Versuch diese umzusetzen, sind sein Hauptproblem. Der Autor würde sich da eher an Adorno halten. Menschen, die keine Vorstellung haben vom Gelingen, sind leichter manipulierbar und neigen zu regressivem Verhalten. Es stirbt sich leichter für Volk und Vaterland und ähnlichen Hokuspokus, wenn es nichts gibt, für das sich zu leben lohnt. Anti-Utopien, die Vorstellung, dass in dem irdischen Jammertal alles ganz schrecklich ist, gibt es im übrigen weit mehr als Utopien. Utopie heißt erstmal nur, dass an das Gelingen geglaubt wird und die Parameter, die dem Gelingen entgegenstehen, verändert werden können. Die Utopie ist getrieben von der Hoffnung. Anti-Utopien gibt es massig, weit mehr als Utopien. Alle Weltreligionen z.B. sind Anti-Utopien. Das ALLES liegt abstrakt im Jenseits, der Versuch es zu beschreiben, wie Dante dies tut in der Divina Commedia, muss scheitern, denn Menschen können Gelingen nur beschreiben, wenn sie Erfahrungen des Gelingens in die Zukunft fortschreiben. Das macht Bloch. Anti-Utopien halten die Parameter, die dem Gelingen entgegenstehen, für unveränderlich und deswegen sind sie, wie das Christentum und andere Anti-Utopien, auch ziemlich misanthropisch. Anti-Utopien bieten von daher immer eine geringere Anzahl an Handlungsoptionen, da entscheidende Parameter als stabil in der Geschichte und unveränderlich wahrgenommen werden. Ganz im Gegensatz zu dem was Popper sich vorstellt, ist die Anti-Utopie wesentlich deterministischer als die Utopie und erstere ist typischer als letztere. Die Anti-Utopie speist sich aus der Vergangenheit und hält die Parameter, die diese konstituierten, für stabil. Die Utopie hält die Parameter für veränderbar. Der Nationalsozialismus argumentiert mit Jahrtausende alten Stereotypen, Überlegenheit der einen Rasse über die andere, Bedarf nach Lebensraum, Kampf ums Dasein, Frauenbild, konservative Kunstverständnis etc. etc.. Er ist eher eine Anti-Utopie als eine Utopie. Die Utopie ist vor allem ein ausgreifendes Denken. Der gewöhnliche Sprachgebrauch trifft die Sache genauer. Die Utopie ist nicht der Nicht-Ort, wie man allenthalben liest. Im Sprachgebrauch ist der Utopist jemand, der etwas verwirklichen will, was andere für nicht oder noch nicht realisierbar halten. Sie ist das Gegenteil von Regression. Sie durchdenkt die Dinge neu und stellt in Frage. Psychologisch interessanter und von historisch größerer Bedeutung ist die Anti-Utopie. Die Verengung des Horizontes ist das historisch gravierendere Problem. Ausgreifendes Denken war noch nie ein Problem.

234. Fassen Sie alle Fehler der Popperschen Ideologiekritik zusammen.

Antwort 234: 1) Popper stellt einen Zusammenhang her zwischen literarischen

Texten, etwa der Politeia von Platon, und dem Aufkommen totalitärer Bewegungen, wobei er allerdings den konkreten Zusammenhang nirgends erläutert. Ein Text, den faktisch niemand kennt, kann keine Wirkung entfalten und abgesehen davon waren die Überzeugungen, die Popper in diesem Zusammenhang aus der Politeia herausliest, Allgemeingut. 2) Totalitäre Strömungen streben keine Utopie an, es sind eher Anti-Utopien. 3) Für Popper ist der Versuch, eine Utopie umzusetzen, das Grundproblem der Menschheitsgeschichte. Die These lässt sich mit historischen Fakten nicht untermauern. Das Problem der Menschheitsgeschichte sind divergierende Gruppeninteressen, die mit inadäquaten Methoden zum Ausgleich gebracht werden sollen. 4) Popper betont das Scheitern von Utopien. Weit typischer ist, dass sich Utopien langfristig durchsetzen und zwar auf allen Gebieten: auf dem Gebiet der Technik, der Wirtschaft, der Medizin, etc.. Faktisch alles, was wir heute kennen, war vor 300 Jahren völlig utopisch. 5) Popper erkennt auch nicht das zentrale Moment der Utopie. Der Utopist glaubt, dass die Parameter, die den status quo festlegen verändert werden können bzw. im Zeitablauf instabil sind. Der Anti-Utopist hält dies für unmöglich, mit dem Ergebnis, dass er immer wieder die gleichen Strategien anwenden wird. 6) Im Grunde ist nicht mal klar, was Popper unter Utopie überhaupt versteht, wo also die Grenze bei Popper liegt zwischen utopischem Überschuss, für dessen Realisierung die Bedingungen fast erfüllt sind und der totalitären Ideologie. 7) Wie im praktischen Leben allgemein reicht es auch nicht aus festzustellen, dass etwas nicht geht. Interessant ist zu erfahren wie es geht und zu diesem Thema hat Popper wenig bis nichts zu sagen, was ein Großteil seiner Bekanntheit ausmacht. Seine Theorie eignet sich als ideologischer Überbau für all jene, die wollen, dass alles so bleibt wie es ist.

235. Mephistopheles gibt zu Beginn des Werkes eine ziemlich genaue Beschreibung des Faust.

Fürwahr! er dient Euch auf besondere Weise.
Nicht irdisch ist des Toren Trank noch Speise.
Ihn treibt die Gärung in die Ferne,
Er ist sich seiner Tollheit halb bewußt;
Vom Himmel fordert er die schönsten Sterne
Und von der Erde jede höchste Lust,
Und alle Näh und alle Ferne
Befriedigt nicht die tiefbewegte Brust.

Beschreiben Sie inwiefern radikale Ablehnung einen utopischen Überschuss haben kann. Unter einem utopischen Überschuss verstehen wir eine Vorstellung, die die Handlungsoptionen erweitert.

Antwort 235: Bemerkenswert ist die erste Zeile. Faust dient Gott auf besondere Weise. Das heißt er dient Gott durch die reine, pure destruktive Verneinung. Abstrakt und mit Bloch ausgedrückt, startet Faust beim inhaltsleeren NICHT, wo nur Mangel ist, aber noch keine Vorstellung, wie dieser beseitigt werden könnte. Damit dient er in der Tat Gott auf „besondere Weise“. Damit ist das eigentlich Rätsel zwar nicht gelöst, aber immerhin beschrieben. Das Rätsel besteht darin, dass manche Leute die Wertvorstellungen und Ziele der Gesellschaft in Frage stellen, im Falle Fausts sogar ohne eine konkrete Vorstellung, was überhaupt die bessere Alternative sein könnte, und andere eben nicht. Ist die überlegene Alternative bekannt, dürfte das Verhalten auf Verständnis stoßen. Ist es reine Ablehnung weniger. Die radikale Ablehnung allerdings kann der Beginn einer Suche sein, die zur besseren Alternativen führt, wohingegen die Identifikation und Akzeptanz des status quo die Verhältnisse bestätigt. Dass Gott, der Faust seinen Knecht nennt, mit dem christlichen Gott nichts gemein hat, ist offensichtlich. In seiner Suche nach dem ALLES, um es mit blochschen Begriffen auszudrücken, dient er Gott und Faust sucht das ALLES im Diesseits, nicht im Jenseits.

Milton Friedman

236. In der öffentlichen Wahrnehmung wird der Neoliberalismus, wie auch die Österreicherische Schule als eine Denkrichtung wahrgenommen, die Freiheitsrechte des Individuums gegen den Staat verteidigt und auch davon ausgeht, dass das Individuum diesen Handlungsspielraum ausfüllt. Unausgesprochen basiert er aber auf einem bestimmten Menschenbild. Dieses muss nicht falsch sein, dürfte im Groben und Ganzen sogar stimmen, aber es ist im Grunde die konkretere Aussage. Auf welchem Menschenbild basiert der Neoliberalismus?

Antwort 236: Für Adam Smith steht die Kontrolle der Unternehmen durch Wettbewerb im Vordergrund. Der Wettbewerb zwingt sie knappe Ressourcen optimal einzusetzen und die Nachfrage best möglich zu bedienen. Es ist bei Adam Smith eben die BESCHRÄNKUNG der Freiheit durch Wettbewerb, die für Effizienz sorgt und der Wettbewerb liegt als psychologische Grundannahmen allen Modellen der Volkswirtschaftslehre zugrunde, siehe Frage 48. Die Unternehmer stellen sich dem Wettbe-

werb oder scheiden aus. Der Wettbewerb und damit die Einschränkung der Freiheit ist der Preis, der gezahlt werden muss für Effizienz. Der von Milton Friedman geprägte Ausdruck „cooperation without coercion“, Kooperation ohne Zwang, könnte auf das zweite entscheidende Moment marktwirtschaftlicher Ordnungen verweisen, nämlich auf die dezentrale Informationsverarbeitung durch Preise, siehe Frage 37. Die Interaktion zwischen den Marktakteuren erfolgt tatsächlich über Preise, aber Milton Friedman betont eher das ‚without coercion‘, ohne Zwang, und das ist falsch. Unternehmen können nicht auf Preissignale reagieren, sie müssen auf Preissignale reagieren. Im Grunde meint Milton Friedman aber auch genau dies, denn andernfalls lässt sich seine negative Einstellung bzgl. staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft nicht erklären, denn das Problem dabei ist, dass wir bei staatlichen Aktivitäten eben keinen Wettbewerb und damit auch keine inhärente Kontrolle haben. Staatliche Aktivitäten können nur von externen Stellen, etwa dem Bundesrechnungshof, kontrolliert werden. Das heißt die Kontrolle kostet Geld und ist auch nicht sonderlich effizient. Milton Friedman geht also davon aus, dass ein verantwortlicher Umgang mit Ressourcen nur dann erfolgt, wenn der Markt Verschwendung sanktioniert. Dem kann man zustimmen, aber Milton Friedman stellt die Verhältnisse umgekehrt dar. Cooperation without coercion haben wir im staatlichen Sektor. Der Staat bietet an was er will, zu Preisen, die er will, kooperiert mit wem er will und macht überhaupt, was er will. Niemand ist in der Lage, sich ein Bild darüber zu machen, ob die beachtlichen 310 Milliarden Euro des Bundeshaushaltes sinnvoll und effizient ausgegeben werden. Die Idee, dass das Parlament den Bundeshaushalt kontrolliert ist völlig abwegig. Dies wäre nur dann zu vermuten, wenn sich eine bessere Kontrolle in Wählerstimmen ummünzen lässt, was ja wiederum einen Zuwachs an Macht und Mittel bedeuten würde. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben also bei staatlichen Aktivitäten ein Maximum an cooperation without coercion und genau das ist das Problem. Warum Milton Friedman nicht schlicht die Dinge beim Namen nennt und den Freiheitshokuspokus weg lässt, ist ein Rätsel. Ganz schlicht ausgedrückt ist es so und Adam Smith sah das richtig: In der Marktwirtschaft herrscht eine durchschlagende Kontrolle, deshalb ist sie effizient. Bei staatlichen Aktivitäten haben wir keine Kontrolle und deswegen ist sie ineffizient. Vermutlich ließ sich diese schlichte Tatsache nicht besonders gut verkaufen, weswegen dann der ganze Freiheitshokuspokus ins Spiel gebracht wurde. Ein ähnliches Phänomen haben wir auch mit dem Begriff ‚soziale Marktwirtschaft‘. Ein im Grunde völlig nichtssagender Begriff, der aber marketingtechnisch wirkungsvoll war.

237. Milton Friedman plädiert im Bereich Schulbildung für ein System, dass auf vou-

chers beruht. Was ist damit gemeint und inwiefern wäre es eine marktnahe Lösung?

Antwort 237: Vouchers sind Gutscheine, die die Eltern der Schüler erhalten und dann bei der Schule ihrer Wahl einlösen können. Die Schulen werden auf der Basis der erhaltenen Vouchers bezahlt. Das System wäre ein Kompromiss zwischen einer vollkommen privaten Finanzierung des Schulsystems und einer staatlichen Finanzierung. Die Präferenzen der Eltern würden berücksichtigt, die Finanzierung wäre aber staatlich. Die zentralen Probleme dieses Systems diskutiert Friedman allerdings nicht. Zu klären wäre wie frei die Schulen bzgl. den Inhalten sind und unter welchen Bedingungen, welche Abschlüsse vergeben werden. Ohne weiteres vorstellbar ist lediglich ein System, bei dem bzgl. den Inhalten und den Abschlüssen alles beim alten bleibt und die Schulen lediglich die Unterrichtsmethoden frei wählen können.

Können die Schulen über die Unterrichtsinhalte frei bestimmen, gibt es mehrere Probleme. Zum einen müssten die Eltern in der Lage sein, die Relevanz der Inhalte zu bewerten und / oder sich über die Unterrichtsinhalte einigen. Es ist fraglich, ob sie das könnten. Weiter gäbe es für die gewählten Unterrichtsinhalte unter Umständen gar kein Lehrpersonal, weil es keine Abstimmung mehr gäbe mit den Universitäten und umgekehrt gäbe es auch gar keinen gemeinsamen Standard mehr, auf den Universitäten aufbauen könnten. Von all dem abgesehen, das zeigt die Praxis, würden auch Schulen entstehen, die Inhalte vermitteln, die mit der modernen Welt und dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand nicht vereinbar sind.

238. Milton Friedman unterscheidet zwischen Lizenz und fachlichem Nachweis. Erläutern Sie warum der fachliche Nachweis mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung vereinbar ist, die Lizenz nicht unbedingt.

Antwort 238: Die Lizenz beruht auf der Annahme, dass ein Informationsgefälle besteht zwischen dem Anbieter einer Leistung und dem Nachfrager einer Leistung. Der Nachfrager kann, so die Annahme, die Qualität des Angebots nicht beurteilen wodurch bei freier Wahl des Anbieters ein Risiko entsteht. Das Problem lässt sich abmildern, so die Annahme, wenn nur Anbieter die Leistung erbringen dürfen, die zertifiziert sind. Die erste Annahme, dass ein Informationsgefälle besteht, ist zutreffend. Streiten kann man sich aber über die Konsequenzen, die hieraus zu ziehen sind.

Das kritischste Beispiel hierbei ist die Rechtsberatung. Denkbar wäre, dass der Staat lediglich Zertifikate ausstellt, die gewisses standardisiertes Wissen dokumentieren.

Jeder, der sich kein eigenes Urteil nicht zutraut, kann sich dann an diesen Zertifikaten orientieren. Jemand der sich ein eigenes Urteil zutraut, kann sich bei jedem rechtlich beraten lassen, den er für kompetent hält. Allerdings ist die Tatsache, dass der Markt für Rechtsberatung nur für Personen zugänglich ist, die das entsprechende Zertifikat besitzen nicht der relevante Eingriff in die marktwirtschaftliche Ordnung. Wesentlich einschneidender ist, dass auch die Honorare, die für diese Leistungen geltend gemacht werden können, festgelegt sind. Wir haben zwar auch in anderen Bereichen das Problem, dass nur eine Lizenz den Zugang zum Markt gestattet, obwohl ein Zertifikat genügen würde, aber es gibt nicht viele Fälle, wo auch die Entgelte vom Staat bzw. einer vom Staat mit den entsprechenden Befugnissen ausgestatteten Stelle festgelegt werden. Bei Rechtsanwälten entsteht so ein Anreiz zur Minderleistung. Rechtsberatung ist der einzige Beruf, wo man mehr verdienen kann, je unqualifizierter man ist. Ein unqualifizierter Rechtsanwalt hat weit bessere Chancen in die zweite Instanz zu kommen, als ein qualifizierter. Da die Gebühren lediglich an formalen Kriterien ansetzen, besteht auch kein Anreiz für ein besonderes Engagement. Hinzu kommt, dass wir auch bei den Gerichtskosten eine Quersubventionierung haben. Da keine Kosten- und Leistungsrechnung vorliegt und Gerichtskosten freihändig bzw. anhand von formalen Kriterien festgelegt werden, sind sie tendenziell überhöht und tragen die Kosten der Strafprozesse, die defizitär sind. Allerdings wären die Kosten für Strafprozesse von der Allgemeinheit zu tragen. Lizenzen gibt es auch in anderen Bereichen, z.B. im Handwerk. Dass aber auch noch die Preise vom Staat festgesetzt werden, ist ein Kuriosum in der marktwirtschaftlichen Ordnung. Wir erhalten die kuriose Situation eines Polypol Marktes, beliebig viele Anbieter, mit einem Monopolpreis, das heißt einen gewaltigen Angebotsüberhang. Erschwerend kommt hinzu, dass Rechtsanwälte überwiegend Universaldilettanten sind. Günstiger wäre ein Studium, dass eine größere Spezialisierung verlangt, z.B. die Verknüpfung von Jura mit Medizin, Informatik, Medien, etc..

Einen ähnlichen Fall haben wir, ein deutscher Sonderweg, bei Lehrern. Das Staatsexamen ist eine Lizenz, der Qualifikationsnachweis wäre auch ein Magister bzw. eine Diplom. Das System wäre flexibler und könnte sich an eine schwankende Nachfrage besser anpassen, wenn der Zugang mit jedem Qualifikationsnachweis möglich wäre und es keine Verbeamtung mehr gäbe. Diese würde allerdings zu einer Absenkung der Gehälter führen, was mit ein Grund dafür ist, dass der deutsche Philologenverband gegen den Bachelor Abschluss als ausreichende Qualifikation für den Lehrerberuf rebelliert, weil die Gehaltsstruktur sich an formalen Kriterien orientiert.

239. Wieso sind Lobbygruppen erfolgreich?

Antwort 239: Lobbygruppen setzen Partikularinteressen zu Lasten des Gesamtinteresses durch. Dies kann nur gelingen, wenn die negativ Betroffenen keinen Widerstand leisten und sie leisten keinen Widerstand, wenn ihnen gar nicht bewusst ist, dass sie die Zeche bezahlen oder wenn der Aufwand, Widerstand zu leisten in keinem Verhältnis steht zum Ertrag. Für die Politik kann es interessanter sein, die Partikularinteressen einer kleinen Gruppe zu bedienen auch wenn die belastete Gruppe sehr viel größer ist, was ja in einer Demokratie erstmal erstaunlich ist. Die Gründe hierfür können unterschiedlich sein. Es kann sein, dass auch die negativ betroffene Gruppe relativ klein ist, so dass es sich für Politiker nicht lohnt, sich zu engagieren. Die IHK Beiträge wären hierfür ein Beispiel. Die IHKs braucht kein Mensch, an den Wahlen zur IHK nehmen lediglich 6 Prozent aller Unternehmen überhaupt teil. Trotzdem besteht Zwangsmitgliedschaft. Da die Gruppe der Betroffenen aber relativ klein ist, eben nur Unternehmer, lohnt es sich für die Politik nicht, das Thema aufzugreifen. Ein anderer Fall ist, wenn die Gruppe der negativ Betroffenen schlicht nicht weiß, dass sie die Kosten trägt. Das ist z.B. bei der Kaffeesteuer so. Die Kaffeesteuer oder die Steuer auf Kakao, macht wirtschaftlich keinen Sinn, hält aber den inländischen Anbietern, die ausländische Konkurrenz vom Hals. Da aber niemand weiß, dass diese überhaupt erhoben wird, beschwert sich auch niemand. Auch hier können Politiker nicht dadurch punkten, dass sie für deren Abschaffung plädieren.

240. Was ist mit „money matters“ gemeint?

Antwort 240: Die Aussage „money matters“, die man oft als Kennzeichnung des Monetarismus findet, ist etwas verwirrend, weil die Kernaussage des Monetarismus ist, dass money eben langfristig nicht mattert, also eine expansive Geldpolitik langfristig eben keine Wirkung hat und sogar kontraproduktiv ist. Die Aussage „money matters“ bezieht sich aber auf einen anderen Zusammenhang. Nach Milton Friedman, wie er auf diese Idee kommt bleibt unklar, denn er nennt die Quelle nicht, hat Keynes behauptet, dass die Weltwirtschaftskrise von 1929 auch durch die expansive Geldpolitik der FED nicht verhindert bzw. deren Auswirkungen gemildert werden konnte. Keynes soll also gesagt haben, behauptet Milton Friedman, dass die FED zwar tat was sie konnte, aber die expansive Geldpolitik sich als wirkungslos erwies. Daraus soll Keynes, nach Milton Friedman, geschlossen haben, dass die Geldpolitik immer wirkungslos ist und in Krisenzeiten allein mit einer expansiven Fiskalpolitik gegengesteuert werden könne.

Die Aussage bezieht sich also auf eine vermeintliche These von Keynes. Keynes soll gesagt haben money doesn't matter und die Aussage money matters soll sagen, dass Keynes unrecht hatte. Das Problem ist, dass im Zentrum der keynesianischen Theorie die Geldpolitik steht, wie ja schon aus dem Titel des Werkes von Keynes hervorgeht, General Theory of Employment, INTEREST and MONEY. Money doesn't matter in der KLASSISCHEN und NEOKLASSISCHEN Theorie, das ist es, wogegen Keynes sich wendet.

241. Erläutern Sie anhand einer Quelle, warum diese Aussage von Milton Friedman schlicht falsch ist. „ Wenn Investitionen und der Konsum nicht von den Zinsraten abhängen - wovon Hansen und viele der anderen amerikanischen Anhänger Keynes glauben - dann werden niedrigere Zinsraten, selbst wenn man sie erreichen kann, keine positiven Effekte haben.“

Antwort 241: Das Zitat von Keynes befindet sich auf Seite 357: „Wir haben jedoch gesehen, dass Sparen vom Investitionsvolumen abhängt und das Investitionsvolumen wiederum hängt, vorausgesetzt, dass wir den Zins nicht über das Maß hinaustreiben, das der Vollbeschäftigung entspricht, von einem niedrigen Zinssatz ab.“

Keynes konstatiert also ganz klar einen Zusammenhang zwischen Zinsniveau und Investitionen und dieser Zusammenhang ist schwer bestreitbar. Bekommen die Leute Geld für Null Prozent, also wenn sie es tatsächlich erhalten und nicht lediglich die EZB den Zinssatz auf Null Prozent senkt und ist die Amortisationszeit ausreichend lang, dann werde wir einen Anstieg der z.B. Bautätigkeit haben.

242. Was ist das fundamentale Problem des Monetarismus?

Antwort 242: Der Monetarismus beschreibt verschiedene Mechanismen, die eine expansive Geldpolitik langfristig unwirksam machen, wobei alle Mechanismen nur wirksam sind, wenn eine expansive Geldpolitik zur Inflation führt. Das Problem des Monetarismus ist, dass wir schon seit 30 Jahren keine Inflation mehr haben, bzw. keine, die nicht notwendig ist. Eine leichte Inflation ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung notwendig. Knappheitsverhältnisse werden durch Preissteigerungen angezeigt. Keine Inflation könnte es nur geben, wenn andere Preise dann sinken. Da sich aber die Knappheitsverhältnisse in den anderen Bereichen nicht ändern, nur weil irgendwo in einer Wachstumsbranche Engpässe entstehen, werden die Preise nicht sinken. Unter-

stellt wird also Vollbeschäftigung, das Angebot kann sich an die erhöhte Nachfrage nicht anpassen. Unter diesen Bedingungen ist auch bei Keynes eine expansive Geldpolitik wirkungslos, allerdings ist in einer solchen Situation auch gar keine expansive Geldpolitik nötig. Weder eine expansive Geldpolitik, noch eine expansive Fiskalpolitik. Milton Friedman nennt hierbei verschiedene Mechanismen, um die Wirkungslosigkeit der expansiven Fiskalpolitik in dieser Situation zu erläutern. Eine expansive Geldpolitik, die zu einer Preissteigerung führt, würde z.B. den Realzins absenken, was förderlich für Investitionen wäre. Real erhalten die Kreditgeber weniger als nominal. Langfristig allerdings werden die Kreditgeber die Inflation antizipieren und das Zinsniveau wird steigen und nach Milton Friedman wird es selbst dann noch steigen, wenn die Inflation schon gestoppt wurde. Einen ähnlichen Zusammenhang haben wir auf dem Arbeitsmarkt. Von einer Inflation profitieren die Gewinnempfänger vor den Empfängern aus Arbeitseinkommen, der Reallohn sinkt also, was zu vermehrten Einstellungen führt. Langfristig allerdings werden die Gewerkschaften die Preissteigerungen in die Lohnverhandlungen einpreisen. Ein weiterer denkbarer Mechanismus wäre, den übrigens schon Keynes selbst nennt, dass höhere Preise zu einer höheren Transaktionskasse führen, was wiederum zum Verkauf von Wertpapieren führt, wodurch deren Kurse fallen und die Renditen steigen. Da Realinvestitionen mit Wertpapieren konkurrieren, sinkt die Attraktivität der Realinvestitionen. All diese Mechanismen sind ausgesprochen spekulativ, aber das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass alle nur wirksam sind, wenn wir eine Preissteigerung haben. Eine solche haben wir aber seit dreißig Jahren nicht und die Preissteigerungen in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden von der Kostenseite getrieben, nicht von einer Zunahme der Kaufkraft durch Geldschöpfung. Die Ausdehnung der Geldmenge ist bei einer kostenseitig bedingten Preissteigerung der EFFEKT, aber nicht die Ursache. Milton Friedman unterstellt aber ein Szenario, bei dem die Ausweitung der Geldmenge die Ursache ist und nicht der Effekt. Bei einer nachfrageseitig induzierten Inflation wurde zuerst die Kaufkraft qua Geldschöpfung erhöht und dies führt dann zu Inflation.

